

Traditionelle gesellschaftliche Konfliktlinien in Ungarn

Relevanz in der Posttransformationsphase

Dissertation

zur Erlangung des Doktorgrades

der Wirtschafts- und Sozialwissenschaftlichen Fakultät

der Eberhard Karls Universität Tübingen

vorgelegt von

Melani Barlai

aus Pécs

Tübingen

2017

Tag der mündlichen Prüfung:	4.12.2017
Dekan:	Professor Dr. rer. soc. Josef Schmid
1. Gutachter:	Professor Dr. rer. soc. Josef Schmid
2. Gutachterin:	Professorin Dr. phil. Ellen Bos

Danksagung

An dieser Stelle möchte ich mich bei all denjenigen herzlich bedanken, die mich während der Anfertigung meiner Dissertation begleitet und unterstützt haben.

Zuerst gebührt mein Dank Prof. Dr. Josef Schmid und Prof. Dr. Ellen Bos, die meine Arbeit betreut und begutachtet haben. Für die hilfreichen Anregungen, Korrekturen und die konstruktive Kritik bei der Erstellung dieser Arbeit möchte ich mich bei ihnen herzlich bedanken.

Mein besonderer Dank gilt Prof. Dr. Helmut Fehr (Emeritus) für die zahlreichen freundschaftlich-konstruktiven Gespräche, hilfreichen Hinweise und Korrekturen am Manuskript sowie für seine selbstlosen Ratschläge und insbesondere für seine immerwährende Ermutigung und sein Vertrauen.

Herzlich danken möchte ich Dr. Florian Hartleb, der vor vielen Jahren mein Interesse für das Thema geweckt und meine wissenschaftliche Laufbahn durch die Ermöglichung von gemeinsamen Publikationen gefördert und mich stets zum Verfassen dieser Dissertation motiviert hat.

Ebenfalls möchte ich mich meinen Kollegen und Kolleginnen, Freunden und Freundinnen an der Andrassy Universität Budapest und des Netzwerks Politische Kommunikation (netPOL) sowie den Kämpferinnen für Gendergerechtigkeit in Ungarn danken, die mich in meinem Vorhaben stets bestärkt und mit mir „mitgefiebert“ haben. Hervorzuheben sind an dieser Stelle meine Bürokolleginnen und Freundinnen Dr. Christina Griessler, Dr. Henriett Kovács, unser Kollege und Freund Dr. Christopher Walsch sowie Prof. Dr. Andrea Petó, Dr. Szilvia Szabó und Eszter Kováts.

Meinen Schwiegereltern Dr. István Kuczik und Mária Demény danke ich von Herzen für ihr stetes Interesse an meinem Thema, für die anregenden Gespräche, für den uneingeschränkten Zugang zu ihrer Hausbibliothek und ihren persönlichen Netzwerken und für all ihre seelische Unterstützung.

Meinen Freunden und Freundinnen, allen voran Viktória Kókai, József Róbert Dán, Judit Mihalik, Péter Balog und Barbara Takács danke ich dafür, dass sie mich durch gemeinsame Freizeitaktivitäten vom Schreibtisch geholt haben und somit mir dabei halfen, mich immer wieder neu zu motivieren.

Zu besonderem Dank bin ich meinen Eltern, Emil Barlai, Csilla Dávid sowie meinen Großeltern Emil Barlai und Anna Hartmann verpflichtet, die mir beigebracht haben, neugierig zu sein, mir meine Ausbildung trotz ihrer begrenzten Möglichkeiten ermöglicht haben und stets ein offenes Ohr für meine Sorgen hatten. Meinem kleinen Bruder, Gábor Barlai danke ich dafür, dass er mir stets das Gefühl vermittelt hat, stolz auf mich zu sein und mich dadurch in meinem Vorhaben gestärkt hat. Ich danke für ihre Liebe.

Von Herzen danke ich meinem Mann, István Kuczik für sein außerordentliches Verständnis für meine häufige geistige wie physische Abwesenheit und seine aufmunternden und ermutigenden Worte in schwierigen Zeiten, in denen ich nicht selten die vorzeitige Beendigung der Promotion in Erwägung zog. Ich danke für seine Liebe.

Ich widme diese Arbeit meinen Eltern.

Inhalt

1.	Einleitung	6
1.1	Aktualität des Themas	6
1.2	Problemstellung	9
1.3	Methodik und Operationalisierung	11
1.4.1	Operationalisierung der historischen Konfliktanalyse	12
1.4.2	Operationalisierung der wahlgeographischen Analyse	16
1.5	Aufbau der Untersuchung	20
2.	Theoretischer Bezugsrahmen	22
2.1	Theoretischer Rahmen: Das Cleavage-Modell	22
2.1.	Dimensionen der „Cleavages“	25
2.2.	Interpretation of the Internal Structure of the I Quadrat	27
2.3.	Cleavages im „A-G-I-L-Paradigma“	29
2.3.1.	Territorial-kulturelle und ökonomisch-funktionale Cleavages	30
2.3.1.1	Spaltungen auf der kulturellen Achse	32
2.3.2.	Spaltungen auf der ökonomischen Achse	33
2.4	Parteienwettbewerb und „Funktionale Äquivalente“ als Erklärungsalternativen	36
2.5	Der Anwendungsfall Ungarn im postsozialistischen Kontext	40
2.5.1	Diskontinuitäts- vs. Kontinuitätshypothese	42
2.5.2	„Post-Cleavages“ und Operationalisierungsprobleme	44
2.5.2.1.	Enthistorisierung der Cleavages	46
2.5.2.1.1	Post-Kommunist und EU-Cleavage	49
2.5.2.2.	(Re)historisierung der Cleavages	51
2.5.2.2.1	Traditionalisten vs. Westernizer	56
2.6	Funktionale Äquivalente der Wähler-Partei-Bindungen	58
3.	Historische Konfliktanalyse bis 1945	61
3.1.	Ausgangsbedingungen	62
3.1.1.	Spaltungsstrukturen während der Reformation	63
3.2.	Die Nationale Revolution	65
3.2.1	Konflikt zwischen dem Herrscherhaus und den ungarischen Ständen	65
3.2.2	Konflikte zwischen dem liberalen Nationalismus vs. Absolutismus	67
3.3.	Nationale Revolution - Konfliktstrukturen unter Leopold II.	68
3.3.1	Die 1790er Gesetze	69
3.3.2	Befürworter vs. Gegner des Ständewesens	71
3.3.3	Anhänger vs. Gegner des feudalen Systems	72
3.3.4.	„Freezing“ der Konflikte im Überwachungsstaat	73
3.4	Konfliktstrukturen im ungarischen Reformzeitalter	74
3.4.1	Konflikte zwischen den Liberalen und den Konservativen	75
3.4.2	Parteilpolitische Konflikte zwischen den Liberalen und Konservativen	77
3.4.3	Konflikte innerhalb der politischen Elite: Széchenyi versus Kossuth	80
3.4.4.2	„Aristokratieliberalismus“ versus „Adelsliberalismus“	80
3.4.5.	Parteilpolitische Konflikte: Die Konservativen vs. die Liberalen	82
3.4.5.1	Das konservative Parteiprogramm	83
3.4.5.2	Das liberale Parteiprogramm	86
3.4.5.3	Vergleich der Parteiprogramme der Konservativen und der Liberalen	86
3.5	Zwischenfazit: Historische Konfliktanalyse von 1790 bis 1848	87

3.6.	Industrielle Revolution - Konfliktstrukturen nach der Märzrevolution von 1848	89
3.6.1.	Konflikt zwischen 1848er und 1867er	91
3.6.1.1	Konflikte in Autonomiefragen	91
3.6.1.2	Slawische Konföderation versus Donaukonföderation	92
3.7.	Konfliktstrukturen während der Zeit des Dualismus: 1867-1918	94
3.7.1.	Konflikte zwischen den 1867er und 1848er	94
3.7.1.1	Gemeinsamkeiten der 1867 und der 1848er	96
3.7.2.	Zwischenfazit: Konfliktstrukturen im Dualismus	100
3.7.2.1	Zwischenfazit: Konfliktstruktur im Parteiensystem des Dualismus	101
3.8.	Konfliktstrukturen zwischen 1918 und 1947	102
3.8.1	Die parteipolitische Ausgangslage	102
3.8.2	Das Parteienspektrum	103
3.8.2.1	Die Anfänge der ungarischen Sozialdemokratie	103
3.8.2.2	Die Anfänge der ungarischen Bauernparteien	103
3.8.3	Ausgangslage: geerbte parlamentarische Konfliktstrukturen	104
3.8.3.1	Die Volksrepublik 1918-1919	107
3.8.3.2	Die Räterepublik 1919	108
3.8.4.	Parteienstrukturen in der Horthy-Ära: 1920-1944	109
3.8.4.1	Parteifamilien in der Horthy-Ära	109
3.8.4.1.1	Rechtsextreme Kräfte	110
3.8.4.1.2	Christlich-konservative und christlich-nationale Parteien	111
3.8.4.1.3	Die drei Agrarströmungen	112
3.8.5	Der ungarische Parlamentarismus unter Horthy	112
3.8.6.	Konfliktstrukturen im Horthy-System	113
3.8.6.1	Der „Rechtsruck“	113
3.8.6.2	Staatlicher Korporatismus	114
3.8.6.3	Gesellschaftliche Konflikte in der Zwischenkriegszeit	116
3.8.7	Zwischenfazit: Konfliktstrukturen im „Horthysmus“	119
3.8.7.1	Agrarpopulisten (népiek) vs. Urbanisten	120
3.8.8	Zwischenfazit: Konfliktstrukturen von 1918 bis 1947	122
4.	Zusammenfassung der historischen Diskursanalyse 1790 bis 1947	125
4.1	Determinanten des politischen Lebens in Ungarn	125
4.2	Dominante Konfliktstrukturen 16-17. Jahrhundert bis 1947	126
4.2.1	Übersicht der Konfliktstrukturen bis 1947	130
5.	Wahlgeographische Charakteristika 1790 bis 1947	135
5.1.	Wahlgeographischen Charakteristika 1790 bis 1848	135
5.1.1	„Konfliktstruktur“ der Komitate bis 1848	137
5.1.2	Wahlgeographische Kontinuitäten auf Komitateebene 1790-1848:	138
5.2.	Wahlgeographische Charakteristika von 1848 bis 1867	139
5.3.	Wahlgeographische Charakteristika von 1867 bis 1918	139
5.4.	Wahlgeographische Charakteristika von 1918 bis 1947	142
5.4.1	Parlamentswahlen 1920/21 und 1922	142
5.4.2	Parlamentswahlen 1939	146
5.4.3	Die Parlamentswahlen 1945 und 1947	149
6.	Konfliktstrukturen im Sozialismus: 1947-1990	153
6.1.	Konfliktstrukturen von 1947 bis 1957	153
6.1.1	Mächteverhältnisse im Vorfeld der Oktoberrevolution 1956	154
6.1.2	(Agrar)Populisten versus Urbanisten	155
6.2.	Konfliktstrukturen in den 1960er Jahren: Agrar- versus Industrielobby	157
6.3	Gleichsetzungspolitik der 1970er Jahre	159

6.4	Der religiöse Konflikt im Sozialismus	159
6.5	Kritische Gesellschaftsstruktur im Sozialismus	161
6.5.1	Die Reformkommunisten und die Anfänge des „korporatistischen Arrangements“	163
6.5.1.1	Die Kleinlandwirte und die Bauernpartei	164
6.5.3	Agrarpopulistische und urbane Bewegungen	165
6.5.3.1	Oppositionstreffen in Monor 1985.....	166
6.5.3.2	Oppositionstreffen in Lakitelek	167
6.6.	Freezing im Sozialismus.....	168
6.6.1	Freezing-Konzept nach Mair	168
6.6.2	Freezing-Eigenschaften im Sozialismus	169
6.6.2.1	Ungarisches Freezing im Sozialismus	170
6.7	Zwischenfazit: Konfliktstrukturen im Sozialismus	170
7.	Zwischenfazit: Modifizierung der Cleavages für Ungarn	172
7.2	Ökonomische Konflikte.....	173
7.3	Kulturelle Konflikte.....	173
7.4	Wahlgeographische Kontinuitäten 1790-1947	174
8.	Konfliktstrukturen nach 1990.....	177
8.1	Die Etablierung des Staatskorporatismus	177
8.2.	Die ungarischen Parlamentswahlen 1994.....	179
8.2.1	Parteipolitische Ausgangslage	179
8.2.2	Konfliktstrukturen bei den Parlamentswahlen 1994.....	179
8.2.2.1	Kulturelle Konflikte: Westernizer vs. Traditionalisten.....	180
8.2.2.1.1	Die Rolle der Kirchen	183
8.2.2.2	Ökonomische Konflikte: Urbanisten vs. Agrarpopulisten.....	184
8.2.2.2.1	Links-rechts.....	185
8.2.3.	Wahlgeographische Gesichtspunkte bei den Parlamentswahlen 1994	186
8.2.3.1	Regionale Verteilung der Wählerstimmen (Listenstimmen)	188
8.2.3.1.1	Regionale Verteilung der Wählerstimmen 1994 für MSZP	188
8.2.3.1.2	Regionale Verteilung der Wählerstimmen 1994 für SZDSZ.....	190
8.2.3.1.3	Regionale Verteilung der Wählerstimmen 1994 für FGKP.....	191
8.2.3.1.4	Regionale Verteilung der Wählerstimmen 1994 für Fidesz.....	192
8.2.3.1.5	Regionale Verteilung der Wählerstimmen 1994 für MDF	193
8.2.3.1.6	Regionale Verteilung der Wählerstimmen 1994 für die KDNP	194
8.2.3.1.7	Regionale Verteilung der Wählerstimmen 1994 für MIÉP	195
8.2.4.	Zwischenfazit Konfliktstrukturen 1994	196
8.2.4.1	Wahlgeographische Charakteristika	196
8.2.4.2	Kulturelle und ökonomische Konflikte.....	196
8.3.	Die ungarischen Parlamentswahlen von 2006.....	198
8.3.1.	Parteipolitische Ausgangslage: Dominanz der Großparteien	198
8.3.2	Konfliktstrukturen bei den Parlamentswahlen 2006.....	200
8.3.2.1	Kulturelle Konflikte: Westernizer vs. Traditionalisten.....	200
8.3.2.1.1	Die Rolle der Kirchen	202
8.3.2.2.	Ökonomische Konflikte: Urbanisten vs. Agrarpopulisten.....	203
8.3.2.2.1	Links-rechts.....	205
8.3.2.2.2	EU	206
8.3.3.	Wahlgeographische Gesichtspunkte bei den Parlamentswahlen 2006	208
8.3.4.	Regionale Verteilung der Wählerstimmen.....	209
8.3.4.1	Regionale Verteilung der Wählerstimmen 2006 für MSZP	209
8.3.4.2.	Regionale Verteilung der Wählerstimmen 2006 für Fidesz-KDNP	212

8.3.4.3.	Regionale Verteilung der Wählerstimmen 2006 für SZDSZ.....	214
8.3.4.4.	Regionale Verteilung der Wählerstimmen für MDF	216
8.3.4.5.	Verteilung der Wählerstimmen der nicht-etablierten Kleinparteien.....	217
8.3.5.	Zwischenfazit Konfliktstrukturen 2006	219
8.3.5.1.	Wahlgeographische Charakteristika.....	219
8.3.5.2	Kulturelle und ökonomische Konflikte.....	220
8.4.	Die ungarischen Parlamentswahlen 2014	221
8.4.1	Parteipolitische Ausgangslage	221
8.4.2.	Konfliktstrukturen bei den Parlamentswahlen 2014.....	223
8.4.2.1	Kulturelle Konflikte: Westernizer vs. Traditionalisten.....	223
8.4.2.2	Ökonomische Konflikte: Urbanisten vs. Agrarpopulisten.....	226
8.4.3.	Wahlgeographische Gesichtspunkte bei den Parlamentswahlen 2014	228
8.3.3.1	Regionale Verteilung der Wählerstimmen.....	229
8.3.3.1.1	Regionale Verteilung der Wählerstimmen für Fidesz-KDNP	229
8.4.3.1.2	Regionale Verteilung der Wählerstimmen für „Zusammenschluss 2014“ und die LMP.....	230
8.4.3.1.3	Regionale Verteilung der Wählerstimmen für Jobbik	231
8.4.4.	Zwischenfazit Konfliktstrukturen 2014	232
8.4.4.1	Wahlgeographische Charakteristika	232
8.4.5.2	Kulturelle und ökonomische Konflikte.....	233
9.	Analytische Folgerungen	235
9.1.	Signifikanz von historischen Konflikten	235
9.1.1	Kulturelle Achse	235
9.1.2.	Ökonomische Achse	237
9.1.3	Historische Signifikanzen der Konfliktstrukturen	240
9.2	Signifikanz von historischen wahlgeographischen Merkmalen	242
10.	Fazit	247
10.1	Zusammenfassung und Schlussbemerkungen	247
10.1.2	Funktionale Äquivalenz als notwendiges Korrektiv der Cleavage-Theorie.....	248
10.2	Perspektiven.....	252
Literatur	255

Abbildungen

Abb. 1	Allianzbildungen im Zentrum und in der Peripherie	14
Abb. 2	Operationalisierung der Diskursanalyse	15
Abb. 3	I-Quadrat im AGIL	28
Abb. 4	Konfliktlinien im AGIL	29
Abb. 5	Rokkans Zentrum-Peripherie Achse	32
Abb. 6	Übersicht der Konfliktstrukturen bis 1947	130
Abb. 7	„Konfliktstruktur“ der Komitate bis 1848	137
Abb. 8	„Konfliktstruktur“ der Komitate von 1867 bis 1918	139
Abb. 9	Wahlgeographische Charakteristika von 1918 bis 1947	152
Abb. 10	Freezing-Konzept nach Mair	168
Abb. 11	Ungarisches Freezing im Sozialismus	170
Abb. 12	Ausprägung der kulturellen und ökonomische Konflikte 1790-1947	172
Abb. 13	Wahlgeographische Kontinuitäten 1790-1947	174
Abb. 14	Kulturelle und ökonomische Konflikte nach der Wahl 1994	186
Abb. 15	Kulturelle und ökonomische Konflikte mit Allianzbildungen	

	nach der Wahl 2006	208
Abb. 16	Allianzbildungen nach der Wahl 2014	228
Abb. 17	Historische Signifikanzen der Konfliktstrukturen	240
Abb. 18	Signifikanz von historischen wahlgeographischen Merkmalen	242
W. Karte 1	Parteizugehörigkeit der Mandatsträger 1922	144
W. Karte 2	Differenzen in den Wahlergebnissen der FKGP und der Rechtsextremen bei der Parlamentswahl 1939	149
W. Karte 3	Regionale Verteilung der Wählerstimmen 1994 für MSZP	188
W. Karte 4	Regionale Verteilung der Wählerstimmen 1994 für SZDSZ	190
W. Karte 5	Regionale Verteilung der Wählerstimmen 1994 für FGKP	191
W. Karte 6	Regionale Verteilung der Wählerstimmen 1994 für Fidesz	192
W. Karte 7	Regionale Verteilung der Wählerstimmen 1994 für MDF	193
W. Karte 8	Regionale Verteilung der Wählerstimmen 1994 für die KDNP	194
W. Karte 9	Regionale Verteilung der Wählerstimmen 1994 für MIÉP	195
W. Karte 10	Regionale Verteilung der Wählerstimmen 2006 für MSZP	209
W. Karte 11	Regionale Verteilung der Wählerstimmen 2006 für Fidesz-KDNP	212
W. Karte 12	Regionale Verteilung der Wählerstimmen 2006 für SZDSZ	214
W. Karte 13	Regionale Verteilung der Wählerstimmen 2014 für Fidesz-KDNP	229
W. Karte 14	W-A-T-U auf der Ebene der Komitate und Budapest 1790-2014	244

1. Einleitung

1.1 Aktualität des Themas

In der Transformationsforschung wird eine erfolgreiche Konsolidierung der Demokratie für die ostmitteleuropäischen Staaten konstatiert. Nach Ansicht von Wolfgang Merkel „unterscheiden sich Qualität wie Stabilität nicht mehr wesentlich von den westeuropäischen Demokratien“.¹ Diese formal zutreffende Einordnung relativiert sich für Ungarn bei Einbeziehung gesellschaftlicher Konfliktmuster. Landesexperten sind sich in ihrem kritischen Urteil einig: „Seit Jahren ist die ungarische Gesellschaft gespalten wie kaum eine zweite in Europa“². Dieses Urteil schließt insbesondere die Konfliktmuster im Parteienwettbewerb ein. Die aktuelle politische Situation in Ungarn lässt die Aufmerksamkeit auf die Stabilität einer jungen Demokratie innerhalb der Europäischen Union lenken. Aufgrund des nationalistischen Kurses der Orbán-Regierung befürchten Experten einen Angriff auf die Demokratie und rechnen zudem mit nationalen Protesten, so auch anlässlich des 60. Jahrestages der 1956er Revolution. Ungarn hat sich in den letzten Jahren im internationalen Vergleich auf der Skala von Organisationen wie Freedom House und Transparency International (TI) weit nach unten bewegt. Im Bereich der Kategorie Pressefreiheit erhielt Ungarn die Einstufung: „partly free“³. Der jüngste Korruptionswahrnehmungsindex der TI berichtet von einem weiteren Abstieg Ungarns auf der Korruptionsskala, auf der das Land seinen historischen Tiefstwert von 48 Punkten (von den möglichen 100) erreichte.⁴ Auf der wirtschaftlichen Ebene zeichnet sich ein ähnliches Bild ab, das auf Ungarn seit spätestens 2009 lastet, als der Staatsbankrott nur mit Hilfe eines Kredits der EU und des IWF in Höhe von 6,5 Milliarden Euro vermieden werden konnte.⁵ Laut Messungen des World Economic Forums (WEF) und des International Institute for

1 Wolfgang Merkel: Gegen alle Theorie? Die Konsolidierung der Demokratie in Ostmitteleuropa, in: Politische Vierteljahresschrift, Jg. 48, 2007 (3), S. 413-133, hier S. 426. Renommierete Transformationsbarometer wie Freedom House oder Bertelsmann Transformation Index sprechen schon längere Zeit von konsolidierten Demokratien.

2 O.A.: Die Ungarn sind der Polarisierung überdrüssig, in: Neue Zürcher Zeitung vom 28.02.2008, auf: www.nzz.ch, abgerufen am 11.01.2010.

3 Vgl. <http://freedomhouse.org/report/freedom-press/2013/hungary#.U7acq7F9nTU>, zuletzt abgerufen 3.7.2014.

4 Transparency International Hungary: CPI 2016. Hungary still in decline vom 25.1.2017, auf: <https://transparency.hu/en/news/cpi-2016-magyarorszag-tovabbra-is-lejtmenetben/>, zuletzt abgerufen am 29.1.2017.

5 Vgl. Nadine Oberhuber: Hilfszahlungen. Teure Unterlassung, in: www.faz-net vom 16.03.2009, abgerufen am 16.03.2010.

Management Development (IMD) ist die Wettbewerbsfähigkeit in Ungarn im letzten Jahrzehnt drastisch gesunken.⁶

Die innenpolitische Handlungsunfähigkeit der sozial-liberalen Regierung sorgte bereits kurz nach dem EU-Beitritt Ungarns für Unzufriedenheit und Enttäuschung in der Gesellschaft. Die „Depression“ der Bevölkerung, die im März 2009 einen negativen Rekordwert auf dem Stimmungsbarometer erreichte⁷, war auch auf Regierungsebene spürbar – in einem Land, das sich in der Transformationsphase aus vergleichender ostmitteleuropäischer Perspektive bislang durch eine hohe Stabilität ausgezeichnet hat. Die Folge der anhaltenden moralischen Krise zeigte sich bei den Parlamentswahlen im April 2010 deutlich. Die rechtsextremistische Partei Jobbik erreichte 16,6 Prozent der Wählerstimmen und zog als drittstärkste Kraft erstmalig ins Parlament ein.⁸ Die wiederholten und gesteigerten Erfolge von Jobbik bei der Parlamentswahl im Frühjahr 2014 (20, 22 Prozent) und bei der Kommunalwahl im Herbst 2014 – als sie sich in 17 der 19 Komitate den zweiten Platz nach dem Fidesz-KDNP-Bündnis sichern konnte - zeigen darüber hinaus, dass die Rechtsextremen längst keine gesellschaftliche Randerscheinung mehr sind. Vielmehr sind sie in der Mitte der ungarischen Gesellschaft angekommen.

2010 erhielt die damals oppositionelle Fidesz-KDNP 52,7 Prozent der Wählerstimmen. Dies bedeutete für die Konservativen den „Erdrutschsieg“ und sicherte Viktor Orbán ein sensationelles Comeback. 2014 konnte das Fidesz-KDNP-Bündnis mit 44,87 Prozent der Wählerstimmen ihren Erfolg wiederholen. Die Ergebnisse von 2010 bestätigten zudem die tiefe Unzufriedenheit der ungarischen Bevölkerung mit der alten sozial-liberalen Regierung. Schon durch eine Demonstrationswelle im Herbst 2006 stand Ungarn im Zentrum negativer internationaler Aufmerksamkeit. Aus dem subkulturellen Milieu griffen vornehmlich junge Aktivisten zur Gewalt. Auslöser, nicht Ursache war eine öffentlich bekanntgewordene „Geheimrede“ des damaligen ungarischen Ministerpräsidenten Ferenc Gyurcsány. Er gab zu, die Staatsverschuldung vor den Parlamentswahlen 2006 bewusst verheimlicht zu haben.

6 Auf der Skala des WEF sank Ungarn in den letzten zehn Jahren von Platz 38 auf Platz 69 (von 140). Vgl. WEF vom 28.9.2017, unter: http://www3.weforum.org/docs/GCR2016-2017/05FullReport/TheGlobalCompetitivenessReport2016-2017_FINAL.pdf, S. 7., IMD setzte Ungarn auf Platz 46. Vgl. <http://www.presseportal.ch/de/pm/100006390/100788673>, zuletzt abgerufen am 29.1.2017.

7 Vgl. die Umfrageergebnisse vom 27.03.2009 des Meinungsforschungsinstitutes Forense. Diese berichten über einen Rekord der negativen Stimmungswerte, demnach 82 Prozent der Bevölkerung pessimistisch in die Zukunft blickt. Vgl. www.szazadveg.hu/kutatas, abgerufen am 02.04.2010.

8 Vgl. Melani Barlai: Der Rechtspopulist Orbán erlebt ein erstaunliches Comeback, auf: www.zeit.de/politik/ausland/2010-04/ungarn-wahl vom 12.04.2010, abgerufen am 12.04.2010.

Wenig später spaltete sich die Gesellschaft an der Erinnerungskultur: Anstatt einhellig am 23. Oktober 2006 dem 50. Jahrestag der tragisch verlaufenen Revolution von 1956 zu gedenken, fanden in Budapest mangels einer einheitlichen Linie zwischen den großen politischen Kräften, der Opposition und Regierung, „Gedenk- und Gegengedenkfeiern“ statt.

Seit 2010 sind die „Rechten“ an der Regierung, die „Linken“ in der Opposition. Inner- und außerparlamentarische Strategien dominieren das Strategiewerkzeug der Parteien zur Darstellung ihrer jeweiligen Positionen. Das Spannungsfeld „zwischen Macht und Gegenmacht“ veranschaulicht der Blick auf die Partei Fidesz: 2002 erschien dieser Partei als wirksames Instrument, die Wahrhaftigkeit der Wahlergebnisse aufgrund vom Manipulations- und Fälschungsverdacht anzuzweifeln und Neuwahlen „auszurufen“. Die parteipolitische Polarisierung als Folge des Dualismus zwischen den Großparteien führt zu fast extremistischen Verhaltensmustern.⁹ Die nationalen und lokalen Wahlkämpfe sind spätestens seit 2002 von Aggressivität, Freund-Feind-Denken und Verschwörungstheorien bis hin zu Spitzelvorwürfen¹⁰ geprägt. Das sind Elemente, welche die westlich geprägte normative Extremismustheorie als konstitutive Merkmale von Extremismus sieht.¹¹ Die institutionalisierten Machtkämpfe zwischen Regierung und Opposition bilden, in Form von parteipolitischen Konflikten, die Grundpfeiler des ungarischen politischen Systems, das zugleich eine bipolare Struktur erzeugt.¹²

Die öffentliche Austragung der Machtkämpfe zwischen MSZP bzw. dem linken Lager und Fidesz symbolisiert zugleich die tiefen Risse entlang der Links-Rechts-Achse in der Gesellschaft – mit dramatischen Folgen für das Parteiensystem. Die Betrachtung aus der Cleavage-Perspektive, die den Einfluss von soziostrukturellen Eigenschaften auf die Entstehung von Parteiensystemen untersucht, bietet hier Aufschluss. Offenkundig führen

9 Vgl. András Körösnéyi: A jobboldal elhúzózó válsága [Lange Krise der Rechten], in: Honi Figyelő [Nationale Rundschau], Jg. 12, 2007 (4), S. 4-10, hier S. 8.

10 Für Empörung bei den Wählern sorgte vor allem eine als „Watergate an der Donau“ bekannt gewordene Affäre. Fidesz-Mitglieder hackten sich illegal in den Server von MSZP ein. Es wurden knapp 3000 geheime Dokumente heruntergeladen – darunter angeblich auch die detaillierten Wahlkampfpläne der Parteispitze. Die Parteiführung versuchte den Vorfall erfolglos herunterzuspielen. Der Fidesz-Wahlkampfleiter Antal Rogan sagte, „übereifrige“ Helfer hätten eine „Dummheit“ begangen. Vgl. Tobias Lill: Ungarn. Watergate an der Donau, in: Spiegel-online vom 07.04.2006, auf: www.spiegel.de/politik/ausland/0,1518,410180,00.html, abgerufen am 09.06.2008. Schon im Wahlkampf 2002 brachte Fidesz Gerüchte über eine Wahlfälschung von Sozialisten im Umlauf.

11 Vgl. Uwe Backes: Politischer Extremismus im demokratischen Verfassungsstaat. Elemente einer normativen Rahmentheorie, Opladen 1989.

12 Vgl. Máté Szabó: A „forró ősz“ 2006-ban Budapesten – értelmezési kísérlet politológiai-politikai szociológiai szempontból [Der „Heiße Herbst“ 2006 in Budapest – Interpretation unter politologischen, politischen sowie soziologischen Gesichtspunkten], in: Péter Sándor/László Vass (Hrsg.): Magyarország politikai évkönyve 2006-ról [Politisches Jahrbuch Ungarns über 2006], Budapest 2007, o. S.

nun die beiden nur schwer kompatiblen Rollen zu einer Zerreißprobe: Einerseits vertritt das Parteiensystem auf der kulturellen Achse der Cleavage-Matrix kosmopolitisch-liberale Einstellungen der Bevölkerung, andererseits repräsentiert es im ökonomischen Konflikt nach wie vor die kdrsche Teilgesellschaft. Das Rechtsaußen-Lager greift auf tradierte und neu belebte Ressentiments - zum Beispiel die Romaphobie - und antiintellektuelle Vorurteile auf beiden Achsen zurück wie auch bei den jüngsten Kommunalwahlen¹³ im Herbst 2014. Damit deutet sich eine Verstärkung einzelner Cleavages an. Für die ungarische Parteienpolitik ergibt sich ein pessimistisches Szenario. Die politisch wie wissenschaftlich häufig verwandten Worte von der gelungenen Transformation dürften nach dem erstaunlichen Erfolg der rechtsextremen Jobbik bei den Parlaments- und Kommunalwahlen 2010 und 2014 der Vergangenheit angehören.

1.2 Problemstellung

Die konfliktbeladene Stimmung in Ungarn seit 2002 als Ausgangspunkt erweckt das Interesse der Verfasserin. Dabei gilt es, die Ursachen für die dauerhafte innenpolitische Spannung innerhalb der politischen Elite wie auch in der Bevölkerung zu erforschen. Nach der kritischen Prüfung der Anwendbarkeit der Cleavage-Theorie auf Ungarn werden mithilfe der modifizierten Cleavage-Kategorien die Forschungsfragen der Arbeit formuliert. Als zentrale Grundannahmen dienen zum einen die Eignung des Cleavage-Konzepts, um Spaltungen in Gesellschafts- und Parteiensystemen zu strukturieren und zum zweiten der Nachweis von wahlwirksamen Konflikten. Die zentralen Leitfragen lauten:

1. Gibt es in Ungarn tradierte Cleavages, die das Wahlverhalten der ungarischen Wähler seit 1990 erklären und zueinander in Bezug setzen?
2. Deutet die historische Konfliktanalyse auf eine tradierte bis heute überdauernde Konfliktstruktur hin?
3. Wie gestalten sich die von der politischen Elite gesteuerten top-down-Mechanismen bei der Entstehung und Konservierung von Konfliktstrukturen?

13 Im Vergleich zu 2010 führen die Rechtsextremen bei der Parlamentswahl 2014 eine deutlich mildere Wahlkampfstrategie, die sich deutlich von dem aggressiven Ton der Kommunalwahl 2014 unterschied. Vgl. beispielsweise die gegen Roma gerichteten politischen Wahlkampfthemen in der nordöstlichen Stadt zd, wo Jobbik nun den Bürgermeister stellen kann.

4. Kann man im Fall von Ungarn von Cleavages sprechen oder sind die polarisierenden aktuell-politischen Debatten vielmehr als vorübergehende Konflikte zu betrachten, die keine feste gesellschaftliche Verankerung vorweisen?

5. Im Fall von wenig ausgeprägten Cleavage-Strukturen, wie kann dies aus Sicht der Transformationsforschung gedeutet werden?

Folgende Hypothesen werden aus der zentralen Leitfrage und der wissenschaftlichen Diskussion um die „Kontinuität vs. Diskontinuitäts“-These abgeleitet:

1. Aus der Kontinuitätsthese folgt die Hypothese:

Traditionelle ungarische Konfliktlinien haben latent und unter der „eingefrorenen“ Oberfläche über die Jahrzehnte hinweg fortbestanden. Abgeleitet aus der „Freezing-These“¹⁴ bestimmen „vor-post-moderne“ Cleavages das Wahlverhalten, da die Trennung von Gesellschaftsgruppen und Parteien etwa durch einen postmaterialistischen Wertewandel nicht erfolgt ist.¹⁵ Folglich würden sich „Sozialisten“ wie auch „Bürgerliche“ in der ungarischen Parteienstruktur wiederfinden.

Aus der Diskontinuitätsthese folgt die Gegenhypothese:

Traditionelle Cleavages, die auf einem Gruppenbewusstsein basieren, haben sich nicht nur gelockert, sondern aufgelöst. Demnach sind in Ungarn keine fixierbaren Cleavages mehr existent.

Basierend auf den beiden Hypothesen, gilt es, im Sinne der „Freezing-These“, die folgende Hypothese und Gegenhypothese ebenfalls zu prüfen:

Hypothese:

Während der sozialistischen Ära sind keine neuen Cleavages entstanden, die als Ausgangspunkt einer neuen Cleavage-Struktur infolge des Systemwechsels dienen können.

Gegenhypothese:

14 Vgl. Stein Rokkan: Nation-building, cleavage formation and the structuring of mass politics, in: Angus Campbell/Per Torsvik/Henry Valen (Hrsg.): Citizens, Elections, Parties, Oslo 1970, S. 72-144.

15 Vgl. Susanne Pickel: Triangulation als Methode der Politikwissenschaft, in: Susanne Pickel/Gert Pickel/Hans-Joachim Lauth/Detlef Jahn (Hrsg.): Methoden der vergleichenden Politik- und Sozialwissenschaft. Neue Entwicklungen und Anwendungen, Wiesbaden 2009, S. 517-542, hier S. 529.

Während der sozialistischen Diktatur kam es zur Herausbildung neuer Cleavage-Strukturen, die das heutige Parteiensystem beeinflusst(en).

Die Beantwortung der Leitfragen liefert schließlich die Grundlage für die Bestimmung der „bewährten“ Konfliktlinien des ungarischen Parteiensystems, welche als Erklärungsmuster zum einen für eine konventionelle Polarisierung der ungarischen Gesellschaft und zum anderen jedoch – im Falle von „extremen“ Cleavage-Strukturen – als Nachweis für die Transformationskrise dienen sollen. Damit sollen zwei Ziele erreicht werden. Einerseits dient die vergleichende Analyse des Wahlverhaltens in der Phase der Posttransformation zum Verständnis von Transformationsprozessen - mit Blick auf Konsolidierung, Fragmentierung oder Volatilität. Andererseits soll die Gegenwartsanalyse im Spiegel der historisch determinierten Konfliktstrukturen neue Erkenntnisse liefern. Dabei wird von der Hypothese ausgegangen, dass die allgemeine Annahme über die Stabilität des Demokratie- und formalen Parteiensystems vor diesem Hintergrund neu betrachtet werden muss.

1.3 Methodik und Operationalisierung

Die Arbeit beschränkt sich ausschließlich auf Ungarn. Dies ist keineswegs darin begründet, die kontroverse und vielschichtige Diskussion¹⁶, ob die weiteren drei V4-Staaten, Polen, Tschechien und die Slowakei nun als ostmitteleuropäisch, mittelosteuropäisch oder nur mitteleuropäisch bezeichnet werden sollen sowie ob Ungarn eher zu Südosteuropa gehört, umgehen zu wollen. Vielmehr soll die Arbeit dazu dienen, eine im deutsch- und englischsprachigen Raum bislang stark vernachlässigte Studie über Ungarn zu verfassen. Die Untersuchung ist eine quantitativ wie qualitativ vergleichende theoriestützende Analyse des Falles Ungarn. Die im ostmitteleuropäischen Raum anzutreffenden Krisenszenarien konturieren sich verschieden, als Folge von ganz unterschiedlichen historischen und aktuellen Konfliktmustern.¹⁷ Die Verfasserin arbeitet die Konfliktstrukturen in der Posttransformationsgesellschaft Ungarns heraus. Damit wird wissenschaftstheoretisch bewusst einem idiographischen, an einem Verstehen des Einzelfalles Ungarn interessierten Vorgehen gefolgt.¹⁸ Trotz einiger Schwachpunkte lässt sich das Untersuchungsdesign einer „Single Country Study“¹⁹ damit rechtfertigen, dass sie erst die Grundlage für Komparatistik

16 Vgl. z.B. Attila Ágh: *The Politics of Central Europe*, London et al, 1998.

17 Vgl. Dieter Segert, *Parteiendemokratie in der Krise. Gründe und Grundlagen in Ostmitteleuropa*, in: *Osteuropa*, Jg. 58, 2008 (1), S. 49-61.

18 Vgl. ebd.

19 Vgl. B. Guy Peters: *Comparative Politics. Theory and Methods*, Houndmills 1998.

bietet. Mit Blick auf die Cleavage-Theorie, die anhand des Falles Norwegen entwickelt und später auf andere Länder übertragen wurde, kann die Anwendung auf die junge Demokratie Ungarn theoriebestätigend, theorieerweiternd oder theoriewiderlegend sein. Auch Rokkan plädiert für die selbstständige Betrachtung und Analyse von Regionen, da sie „dazu neigen, so sehr von ihren Umgebungen abzuhängen, dass es ergiebiger scheint, sie Region für Region zu vergleichen und nicht wahllos quer über Kontinente“²⁰.

1.4.1 Operationalisierung der historischen Konfliktanalyse

Im ersten Teil der Untersuchung werden Entwicklungen bis zum Jahr 1945 beleuchtet. Die geschichtlich bedingten Konfliktpotenziale werden anhand einer Diskursanalyse aufgezeigt, die sich auf ideengeschichtliche Konfliktdiskurse konzentriert. Diskurs wird an dieser Stelle als „ein Ensemble von Ideen, Konzepten und Kategorien, mittels derer sozialen und physischen Phänomenen ein Sinn zugeordnet wird [...]“²¹ verstanden.

Die historische Konfliktanalyse verfolgt das Ziel, den Konfliktcharakter der historischen Momente aufzudecken, sie zu konkretisieren, die Machtkräfte im Konflikt zu definieren, die Interessen der einzelnen Konfliktparteien zu beschreiben, die solidarischen Verhaltensweisen von Gruppen und Klassen zu benennen und die den Konflikten zugrunde liegenden Ideen und/oder Ideologien darzulegen und schließlich, wo es möglich ist, die politischen Abbildungen der Konflikte in den Komitaten zu rekonstruieren. Zudem wird eine weitere Untersuchungsdimension in die Analyse aufgenommen: Zusätzlich zu den oben genannten Fragestellungen wird auch der Frage nachgegangen: Welche Akteure gibt es auf der Ebene der politischen Elite? Welche politischen Persönlichkeiten haben eine bedeutende Rolle im Prozess der Formulierung, Verwirklichung oder auch der Beilegung der Konflikte gespielt? Die Berücksichtigung von „personellen“ Komponenten erscheint insofern von Bedeutung, als in Ungarn dem Erbe von politischen Persönlichkeiten aus der Vergangenheit eine besondere Bedeutung beigemessen wird. Das politische Tagesgeschäft ist durch die Antiquirierung von historischen „Politpersönlichkeiten“ und in bemerkenswerter Weise von der Forsetzung des politischen Diskurses der vergangenen Jahrhunderte (siehe das Kapitel: historische Konfliktanalyse bis 1945) geprägt, mit dem Unterschied, dass sich die Qualität

20 Stein Rokkan: Vergleichende Sozialwissenschaft. Die Entwicklung der inter-kulturellen, inter-gesellschaftlichen und inter-nationalen Forschung. Hauptströmungen der sozialwissenschaftlichen Forschung, Frankfurt am Main/Berlin/Wien 1972, S. 67.

21 Maarten A. Hajer: Diskursanalyse in der Praxis: Koalitionen, Praktiken und Bedeutung, in: Frank Janning/Katrin Toens (Hrsg.): Die Zukunft der Policy-Forschung. Theorien, Methoden, Anwendungen, Wiesbaden 2008, S. 211-222, hier S. 214.

und die Intensität in Bezug auf den Mobilisierungsgrad verändert haben. Daher fließen in die Analyse auch die zentralen von der ungarischen politischen Elite gelenkten Diskurse in den vergangenen Jahrhunderten als Vergleichsgegenstände in die Analyse mit ein. Diesem Aspekt wird insbesondere in der Schlussfolgerung eine größere Aufmerksamkeit gewidmet, zumal „[...] the quality of elite discourse plays a key role in the consolidation of a new established democracy [...]“²² und zum anderen, da in Ungarn die Dominanz eines führenden Personenkults innerhalb der Parteien auch zur Veränderung des Parteiensystems führte.²³

Seit Mitte der 90er Jahre wurde es immer offenkundiger, dass sich die Politik entlang der zwei Lager: der alten und der neuen politischen Elite formierte und schließlich spaltete. Folglich etablierte sich in der Elite eine Kultur der Konfrontation.²⁴ Zudem fanden Kitschelt et al. Ende der 90er Jahre heraus, dass die politische Klasse in den untersuchten Ländern Tschechien, Polen, Bulgarien und Ungarn vor allem von zwei Gruppen dominiert wird: Zum einen von den „Christian, national and collectivist authoritarians“ und zum anderen von den „secular, cosmopolitan and libertarian individualists“²⁵. Diese Elitenkultur der Konfrontation, die in dem Ausmaß in den westeuropäischen Demokratien einen Fremdkörper darstellt, soll historisch abgeleitet werden. Zudem soll geprüft werden, inwiefern sich der Diskurs der politischen Akteure aus der Vergangenheit in das heutige politische Tagesgeschäft transferiert hat und welche Wirkung auf die politische Elite im Prozess der ungarischen Parteiensystementwicklung entfalten konnte. Beim letzt genannten Aspekt wird an die top-down-These von Holländer angelehnt, derzufolge sich „die postkommunistischen Parteienlager in Polen, Ungarn, Tschechien und der Slowakei überwiegend ´top-down, also von oben nach unten, entwickelt haben“.²⁶ Dabei sind die Eigenschaften der historischen top-down-Prozesse und ihre legacies für das heutige politische System von Interesse. Um diese Annahmen wissenschaftlich zu erforschen, wird im ersten Teil der Untersuchung - die sich auf ideengeschichtliche ungarischsprachige Literatur stützt und in der sprach- und geschichtswissenschaftliches Vorgehen kombiniert werden - die Analyse der historischen

22 György Lengyel/Gabriella Ilonszki: Simulated Democracy and Pseudo-Transformational Leadership in Hungary, in: Historical Social Research, Jg. 37, 2012, S. 107-126, hier S. 107.

23 Vgl. ebd., S. 110f.

24 Vgl. Nicole Gallina: Political Elites in East Central Europe. Paving the way for „negative Europeanisation“?, Opladen 2008, S. 176; Helmut Fehr, Eliten und zivile Gesellschaft – Legitimitätskonflikte in Ostmitteleuropa, Wiesbaden 2014, S. 412.

25 Kitschelt 1999, n. Ebd., S. 179.

26 Michael Holländer: Konfliktlinien und Konfiguration der Parteiensysteme in Ostmitteleuropa 1988-2002, Dissertationsschrift, Tübingen 2003, S. 17.

Diskurse innerhalb der politischen Elite vorgenommen. Die Untersuchung der Materialien erfolgt unter einem theoriegeleitet entwickelten Kategoriensystem innerhalb der Diskursanalyse. Die Analyse besteht aus Korpusbildung (Einzeltex-te als Korpora), Kontextanalyse (Text und Kontext gleichrangig behandelt), Analyse der Aussagen und schließlich Diskursanalyse (Analyse der kontinuierlichen Argumentationsmerkmalen). Die Auswertung der historischen Analyse bietet die Grundlage für den zweiten Teil der Untersuchung und dient zudem als Zwischenbilanz.

Die Systematisierung der historischen Informationen erfolgt durch die Verknüpfung der Typologisierung der politischen Konflikttypen nach Körösényi und des von Rokkan ausgearbeiteten Analyseraster für diverse Allianzstrategien und –bindungen (siehe ausführlicher im Kapitel 4.2).

Abbildung 1: Allianzbildungen im Zentrum und in der Peripherie während der Reformation, der Nationalen und der Industriellen Revolution

Allianzen im Zentrum Allianzen in der Periph.	K (nation ale Kirche)	R (Supranat ionale Kirche)	D (religiöse Dissidenten)	L (kooperierende Landbesitzer)	U (städtische Unternehmer)	S (säkulare Gruppen)
D-U	×			×		
D-L	×				×	
<u>P1-S-U</u> P2-R	×			×		
<u>P1-D-L</u> P2-R_L	×				×	
<u>P1-U</u> P2-R				×		×
R-L					×	×
S-U		×		×		
L		×			×	

Eigene Darstellung anlehnend an Rokkan, in Flora 2002, S. 381.

Mit Hilfe der Typologisierung Rokkans sollen durch die Aufzeichnung der Allianzbildungsstrategien der ungarischen Elite während der Nationalen und der Industriellen Revolution die historischen Motive beschrieben werden, die die Systementwicklung bis 1990 erklären. Ziel ist es, die Genese der Koalitionsbildungen in der jeweiligen Untersuchungsphase und die Natur des politischen Konflikts zu bestimmen. Über die politischen Konflikte arbeitete der ungarische Politikwissenschaftler Körösényi eine Typologisierung heraus, die das Cleavage-Modell mit dem Konzept der politischen Kulturforschung verknüpft. Körösényi unterscheidet zwischen pragmatischen (ökonomischen) und ideologischen (kulturellen) Konflikten anhand deren Handlungsweise, Kompromissfähigkeit und deren Handlungssubjekte.²⁷ Spielen sich die Konflikte am Endpunkt der von Lipset und Rokkan definierten ökonomisch-funktionalen Achse ab, so werden Diskurse durch Interessenkonflikte geprägt. Dadurch werden die Gegner zu konsensualen Lösungsstrategien motiviert. Laut Almond verfügen Gesellschaften mit einer pragmatischen Konfliktstruktur über eine homogene politische Kultur. Staaten mit fragmentierter politischer Kultur besitzen dagegen einen ideologischen Konflikttypus. Hierbei bilden ideologiegeleitete Wertkonflikte Streitpunkte und die Kompromissfähigkeit der Akteure ist eingeschränkt.²⁸

Daraus ableitend wird in der vorliegenden Untersuchung folgende Formel für die Operationalisierung der historischen Diskursanalyse angewandt:

Abbildung 2: Operationalisierung der Diskursanalyse

Epoche	Allianzbildungen im Zentrum (ZA) und in der Peripherie (PA)	Natur des Konflikts	Art der politischen Kultur
Nationale Revolution	ZA+PA	Pragmatisch/ideologisch	Homogen/fragmentiert
Industrielle Revolution	ZA+PA	Pragmatisch/ideologisch	Homogen/fragmentiert
Sozialismus	ZA+PA	Pragmatisch/ideologisch	Homogen/fragmentiert



Systemwechsel

Eigene Darstellung.

²⁷ Vgl. Körösényi 1993, S. 25.

²⁸ Vgl. Gabriel Almond: Political Development - Analytical and Normative Perspectives, Boston 1968.

1.4.2 Operationalisierung der wahlgeographischen Analyse

Der makrosoziale Ansatz von Lipset und Rokkan misst den Milieu- oder Gruppenstrukturen zwar eine bedeutende Rolle bei, erlaubt diesen aber lediglich eine indirekte Aussage über das Wahlverhalten.²⁹ Für empirisch überprüfbare Schlussfolgerungen über den Einfluss der soziostrukturellen Position auf das Wahlverhalten wird in der Literatur häufig der mikrosoziologische Ansatz aufgegriffen. Es werden Aggregatdaten (basierend auf Individualdaten) zu Beruf, Einkommen, Bildungsniveau, Religionszugehörigkeit, Alter der Wahlbevölkerung als unabhängige Variablen und als Abbildung der Cleavage-Strukturen in die Untersuchung aufgenommen und auf ihre Korrelationen geprüft. Dabei gilt folgende Formel: Kommt es bei der Analyse zu einer starken Korrelation, werden Cleavages nachgewiesen; korrelieren dagegen die Werte nur schwach miteinander, wird das Vorhandensein von Konfliktlinien bestritten. Durch die vereinfachte dichotome Operationalisierung (dazu Kapitel 2.6.2) von sozio-demographischen Merkmalen bleiben jedoch Variablen unberücksichtigt, die auch ohne den Kausalitätsanspruch auskommen und zur Beschreibung eines Soll-Zustandes geeignet sind. Diese sind zudem innerhalb der Erklärungsschemata als funktionale Äquivalente dienlich. Um dieser Annahme Geltung zu verschaffen, werden die im historischen Teil ausgearbeiteten Merkmale bei den ausgewählten Parlamentswahlen auf wahlgeographische Ausprägungen und Kontinuitäten hin untersucht. In die Kontextanalyse werden zudem die regionalen Ausprägungen der Industrie, die Gewerkschaftsmitgliedschaft wie auch die Religiosität einfließen. Die zusätzliche wahlgeographische Untersuchung wird als sinnvoll erachtet, zumal das strukturfunktionalistische AGIL-Paradigma der „Sozialen Interaktion“ von Talcott Parons, das als Grundlage der Cleavage-Theorie dient, auch die territoriale Gesellschaft einbezieht (wie ich ausführlicher im theoretischen Teil zeige). Die Studien Rokkans der 70er und 80er Jahre berühren ebenfalls die Bedeutung der territorialen Diversität im Hinblick auf die geoethnischen, geopolitischen und geoökonomischen Eigenheiten der europäischen Länder.³⁰

Neben soziologischen, ökonomischen und sozialpsychologischen Wahlanalysen entwickelte sich die Wahlgeographie als neuer Ansatz der Wahlforschung. Sie fungiert als Teilgebiet der

29 Jürgen W. Falter/Harald Schoen (Hrsg.): Handbuch Wahlforschung, 1. Aufl., Wiesbaden 2005, S. 145.

30 Siehe beispielsweise Stein Rokkan: A conceptual map of Europe. Suggestions and Reflections, in: John Burchard (Hrsg.): Thoughts from the Lake of Time, New York, 1971, S. 49-69.

Politischen Geographie. Anne Robert und Jaques Turgot³¹ definieren sie als eine Fachrichtung, die geographische Merkmale anhand von politischen Prozessen untersucht. Die Wahlgeographie beschäftigt sich mit dem Einfluss von räumlichen Faktoren auf das Wahlverhalten. Pionierarbeiten Anfang des 20. Jahrhunderts in diesem Fach leistete André Siegfried für Frankreich, der als erster in einer Studie die Verbindung zwischen dem Wahlverhalten und der räumlichen Umwelt herstellte.³² Siegfried brachte die Bodenqualität und klimatische Einflüsse mit dem sozialen Stand der französischen Bevölkerung in Verbindung, die als Erklärungsmuster für das Verhalten der die Böden bewirtschaftenden Bauern dienten.³³ Für die weitere Analyse des ungarischen Falls sind die Untersuchungen Siegfrieds entscheidend; zum Beispiel die Untersuchung über die Auswirkungen der kulturell-religiösen Teilung der Bretagne in eine Ost- und Westhälfte, die sich auch auf die ökonomischen Allianzbildungen in der Region auswirkten. Auf die Erkenntnisse des französischen Wahlforschers nimmt auch Rokkan in seinen Ausführungen über die Zentren und Peripherien in Europa Bezug, in denen er die geopolitischen und geoökonomischen Eigenschaften der untersuchten Regionen berücksichtigt.³⁴

Die Wahlgeographie fand innerhalb der Geographie erst relativ spät einen Platz. In Deutschland wurde ihr lange Zeit keine Beachtung geschenkt. Die Arbeiten von Taylor und Johnston in den 70er Jahren veranlassten die Hinwendung zur Wahlgeographie bei gleichzeitiger Verwendung neuer Methoden und Techniken. Dies führte schließlich dazu, dass sich die Wahlgeographie zu einem interdisziplinären Fach entwickelte.³⁵ Die geographische Wahlforschung der Gegenwart, die auch in der vorliegenden Arbeit primär Anwendung findet, lehnt sich eng an die Meinungsforschung an und untersucht die regional unterschiedlichen Erscheinungsbilder der Parteien. Weitere wichtige Untersuchungsthemen sind beispielsweise der Nachbarschaftseffekt oder die regionalen Aspekte der Wahlkämpfe.³⁶

31 Vgl. Jürgen W. Falter/Harald Schoen (Hrsg.): Handbuch Wahlforschung, Wiesbaden 2005, S. 107-133, hier S. 107.

32 Vgl. André Siegfried: *Tableau politique de la France de l'Ouest sous la Troisième République*, Genf 1913, Nachdruck 1980.

33 Vgl. ebd.

34 Vgl. z.B.: Stein Rokkan: *Territories, centres and peripheries: Toward a geo-ethnic-geo-economic-geopolitical model of differentiation within Western-Europe*, in; Jean Gottmann (Hrsg.): *Centre and Periphery: Spatial Variation in Politics*, London 1980, S. 163-204.

35 Vgl. Jürgen W. Falter/Harald Schoen (Hrsg.): Handbuch Wahlforschung, Wiesbaden 2005, S. 107-133, hier S. 108f.

36 Vgl. Ernst Brunotte et al. (Hrsg.): *Lexikon der Geographie*, Band 3, Heidelberg 2002, S. 455.

Wahlgeographische Untersuchungen haben vor allem vier Ziele:

- Darstellung der räumlichen Verteilung von Wahlergebnissen;
- Beschreibung von politischen Merkmalen zur Typologisierung von Räumen;
- Untersuchung von räumlichen Einflüssen auf das Wahlverhalten;
- Darstellung von Wahlkreisgrenzen und deren Einfluss auf die Wahlergebnisse.³⁷

Siegfried geht davon aus, dass politische Kräfte in den westlichen Regionen Frankreichs, trotz wechselnder Parteienamen, über bestimmte Hochburgen verfügten. Die zentrale Annahme lautete: Es ist möglich, politische Regionen, die mit den geographischen Gebieten identisch sind, aufgrund ihres besonderen politischen Klimas zu unterscheiden. So liefern die regionalen Disparitäten, die sich in den Wahlergebnissen niederschlagen, eine geographische Erklärung. Sie beinhaltet nach Siegfried sowohl die physikalische, also konstante Geographie als auch die Kulturgeographie.³⁸ Letztere liefert Hinweise dafür, dass zum Beispiel in Frankreich die Allianzbildungen im Zentrum und in der Peripherie durch „historische Festlegungen pro oder contra die Revolution“ geprägt worden sind.³⁹ Bei der Untersuchung der soziokulturellen Charakteristika stellte Siegfried für Frankreich fest, dass die rechten politischen Kräfte in den Regionen über Wählerbastionen verfügten, die der Revolution gegenüber ablehnend waren. Diese Kräfte mobilisierten Anhänger in der Peripherie und gründeten christliche Gewerkschaften.⁴⁰

Ähnliche Aspekte sollen in der empirischen Untersuchung aufgegriffen werden, um die komitatsspezifischen Wahlergebnisse seit 1990 aufzeichnen zu können. Die empirische Analyse erfolgt durch eine zeitliche Vergleichsanalyse von drei Phasen, die wichtige Einschnitte in der ungarischen Parteiensystementwicklung darstellen. Die erste relevante Phase beinhaltet die Parlamentswahlen in den Jahren 1990 und 1994, die in den Zeitraum der Transformation fallen. Exemplarisch für die Konsolidierungsphase der Parteiensystementwicklung stehen die Parlamentswahlen 1998, 2002 und 2006. In der Umbruchphase seit 2010 werden die Wahlergebnisse der Parlamentswahl 2014 berücksichtigt. Die ideologische Unsicherheit der politischen Elite samt den Parteigründern in der Transformationsphase, führte zu vermehrten personellen Wechseln innerhalb und zwischen den Parteien Anfang der 90er Jahre. Eine gefestigte Struktur, die zunächst ihre

37 Vgl. Falter/ Schoen 2005, S. 107-133, hier S. 109.

38 Vgl. ebd., S. 110.

39 Vgl. Flora 2000, S. 384.

40 Vgl. Siegfried 1913.

ideologische Position und Personalpolitik betraf, erreichten sie bis 1994. Folglich finden die Parlamentswahlen 1994 aus der Zeit des Systemwechsels Berücksichtigung. Als konsolidierte Wahlen gelten jene von 2002 und 2006, bei denen sich in mehrfacher Hinsicht Kontinuitäten abzeichneten. Da seit dem Systemwechsel erstmalig 2006 eine Regierung bestätigt wurde, werden die Resultate jener Parlamentswahlen analysiert. Aufgrund ihrer Aktualität und Kontinuität soll exemplarisch für die „neue“ Umbruchphase die Wahl 2014 als letztes Vergleichsobjekt erforscht werden.

Bei der empirischen Untersuchung wird das Wahlverhalten der ungarischen Wahlbevölkerung vor dem Hintergrund der regionalen Charakteristika von größeren Wahleinheiten (Komitaten) beleuchtet. Konstante geographische Merkmale wie Klima, geologische Eigenschaften und Bodenart werden zum einen aufgrund der fehlenden Messdaten nicht erläutert; und zum anderen nicht, da sie im Hinblick auf die gesellschaftspolitischen Aspekte der Fragestellung eine verzichtbare Einflussgröße darstellen. Die Aspekte der Bevölkerungsstruktur - die Beschäftigung, der Bildungsstand und die Religion der Wähler und die Veränderungen der Wahlkreisgrenzen infolge der neuen Wahlgesetze 2011 und 2014 - werden zwar in die Analyse aufgenommen, werden jedoch nicht als Variablen für eine statistische Korrelationsanalyse verwendet. Mit jenen Daten soll die Nachvollziehbarkeit für die Unterschiede und Gemeinsamkeiten in der Regionalisierung der Wahlergebnisse lediglich unterstrichen werden. Ausgehend von der Forschungsfrage der vorliegenden Arbeit konzentriere ich mich im empirischen Teil darauf, wie die abgegebenen Stimmen für Parteien mit den besten Aussichten auf eine parlamentarische Vertretung im Land verteilt sind und, ob sich die wahlgeographischen Daten zu den klassischen soziostrukturellen Variablen wie beispielsweise Religiosität, Bildungsstand, Beschäftigungsverhältnis funktional äquivalent verhalten. Bei der Untersuchung sollen Kontinuitäten und Abweichungen im Abstimmungsverhalten der Bevölkerung nach folgendem Muster aufgedeckt werden:

	Ökonomische Konflikte Σ1=19 Komitate + Budapest	Kulturelle Konflikte Σ1=19Komitate+Budapest
Transformationsphase	1994	1994
Konsolidierungsphase	2006	2006
Umbruchsphase	2014	2014

Eigene Darstellung.

Dabei werden die ausgewählten Parlamentswahlen in der Transformations-, Konsolidierungs- und Umbruchsphase auf die Existenz von ökonomischen und kulturellen Konfliktmustern in den 19 Komitaten und Budapest untersucht. Der wahlgeographische Fokus auf die Komitate ist zum einen damit begründet, dass die wahlgeographischen Daten betreffend der Bevölkerungsstruktur von den statistischen Ämtern auf der Ebene der Komitate erfasst werden; und zum zweiten dadurch, dass das ungarische Komitatssystem eine tradierte institutionelle Kontinuität aufweist. Die Selbstverwaltungen der Komitate gründen auf einer über 750 Jahre alten Tradition. Bereits während der Türkenherrschaft im 15.-16. Jahrhundert spielten diese Verwaltungseinheiten eine zentrale Rolle bei der „Wahrung des Ungarntums“. ⁴¹ Erst im 19. Jahrhundert tauchte die Systemreform der Burgkomitate im politischen Diskurs auf. Lajos Kossuth, der Anführer der 1848er Märzrevolution sah in den (Burg)Komitaten die Seele der Nation und beharrte im Gegensatz zu István Széchenyi auf den Status quo der Verwaltungsordnung. Trotz der weit verbreiteten Reformgedanken blieb die Komitatsstruktur erhalten. Der nächste Reformvorschlag erfolgte erst zweihundert Jahre später, nämlich 2006 im Zuge der institutionellen Neustrukturierung im Sinne der EU-Fördermittelverwaltung. Der Gesetzesvorschlag zur Etablierung der Regionen als territoriale Verwaltungseinheit auf der Mesoebene, also zwischen Staat und den Gemeinden, ist jedoch an der fehlenden parlamentarischen Zweidrittelmehrheit gescheitert. ⁴² Vor diesem Hintergrund sollen die historischen Konflikte, die den Parteienwettbewerb bis in die Gegenwart strukturieren, aufgedeckt, konstante Konfliktstrukturen über den Systemwechsel hinaus beleuchtet und der „moderne“ Wandel von Konflikten vorrangig auf der Ebene der Komitate dargestellt werden.

1.5 Aufbau der Untersuchung

Die Arbeit ist in drei Teile gegliedert. Im ersten Teil werden das Cleavage-Konzept von Lipset und Rokkan vorgestellt und die bestehenden Cleavage-Theorien auf ihre Erklärungskraft in den postsozialistischen Staaten mit besonderer Berücksichtigung Ungarns diskutiert. Dies dient dem Vorhaben, den Ansatz von Lipset und Rokkan aus funktionalistischen Zwängen zu befreien und die Diskussion über die Rehistorisierung der Konfliktlinienvariablen anzuregen. In der historischen Diskursanalyse werden zum einen die ungarnspezifischen Konfliktstrukturen im Zeitraum von 1790 bis 1990 herausgearbeitet und

41 Zoltán Ágg: Politikai földrajz és megyerendszer [Politische Geographie und das Komitatssystem], Veszprém 2005, S. 108f.

42 Vgl. Loretta Huszák: Wettbewerb der Regionen. Regionale Unterschiede in der Absorption der EU-Fördergelder, Dissertationsschrift, Leipzig 2009, S. 147.

zum anderen die top-down-Prozesse in der Entwicklung von Parteiensystemen mit besonderem Fokus auf die Allianzbildungen im Zentrum und in der Peripherie dargestellt. Die Diskursanalyse behandelt die Konfliktdimensionen im Vorfeld, während und im Nachgang der Nationalen und Industriellen Revolution sowie bei dem Systemwechsel. Dies soll dem Erkenntnisziel dienen, das Konfliktlinien-Modell auf das „historische Gewordensein“ Ungarns anzupassen. Im Anschluss an die rehistorisierten theoretisch-konzeptionellen Überlegungen und Erweiterungen wird im empirischen Hauptteil der Arbeit die wahlgeographische Untersuchung vorgenommen, die dazu dient, historische Kontinuitäten im regionalen Wahlverhalten zu erforschen. Die Längsschnittanalyse soll erstens darüber Aufschluss geben, ob konstante Muster im regionalen Abstimmungsverhalten der ungarischen Gesellschaft nachzuweisen sind, und zweitens, ob die neu gewonnenen wahlgeographischen Daten den soziodemographischen Merkmalen als funktionale Äquivalente dienlich sind. Die wahlgeographische Untersuchung wird im Kapitel zu Konfliktstrukturen im Sozialismus unterbrochen. Dabei geht es primär darum, die Phasen der Aufbruchsstimmung gegen die erzwungene Loyalität vor dem Hintergrund der legacies der historischen Konfliktstrukturen zu beleuchten sowie ihre Wirkung auf die Gründung von Intellektuellenkreisen und Parteien der 80er Jahre zu erschließen. Schließlich soll der Exkurs Antwort auf eine der Leitfragen der Arbeit geben: „Sind die Konfliktstrukturen im Sozialismus eingefroren?“ Hergeleitet aus den theoretischen Überlegungen, der deskriptiven Diskurs- und der empirisch-analytischen Analyse werden im Kapitel 7 die auf den Anwendungsfall Ungarn angepassten Cleavage-Dimensionen definiert und die komitatsspezifischen wahlgeographischen Kontinuitäten von 1790 bis 1990 dargestellt. Die für Ungarn neu konzipierten Konfliktlinien sollen im Kapitel 8 anhand von ausgewählten Parlamentswahlen in der Transformations-, der Konsolidierungs- und der Umbruchphase auf ihre Relevanz nach dem Systemwechsel untersucht und auf ihren Erkenntnisgewinn hin geprüft werden. Anschließend werden die komparativen Analysegesichtspunkte aus den empirisch-deskriptiven Fallstudien bestimmt und die Signifikanzen in der Verteilung der Wählerstimmen zusammenfassend demonstriert. Im abschließenden Kapitel werden die Ergebnisse der Cleavage-Analyse zusammengefasst sowie Schlussfolgerungen für das Cleavage-Modell skizziert. Schließlich sollen offene Fragen für die weitere Konfliktlinien-Forschung im ungarischen Parteien- und Gesellschaftssystem formuliert und Perspektiven für die Parlamentswahl 2018 ausgelotet werden.

2. Theoretischer Bezugsrahmen

2.1 Theoretischer Rahmen: Das Cleavage-Modell

Fragen nach der Entstehung von Parteiensystemen weisen eine lange Tradition innerhalb der Politikwissenschaft auf. Das Testen verschiedener Hypothesen ging mit unterschiedlichen Ansätzen einher: Für die Erforschung der Herausbildung und Entwicklung der Parteiensysteme sind die drei wichtigsten Hauptansätze zu erwähnen.⁴³ Maurice Duverger, Vertreter des Institutionalismus klassifizierte die Wahlsysteme als Mehrheits- vs. Verhältniswahlsysteme und stellte, entsprechend dem Typ der Wahlsysteme die Kategorien Einparteien-, Zweiparteien- und Mehrparteisysteme auf.⁴⁴ Diese Kategorisierung erfuhr durch Sartori eine Weiterentwicklung, wonach der Grad der Polarisierung der Parteien und die Verortung auf der Links-Rechts-Achse bestimmt werden konnten.⁴⁵ Lane und Ersson kritisierten jedoch den institutionellen Ansatz, der „run into the problem of social indeterminism“ und die historischen Eigenheiten übersieht, die die Herausbildung von Parteiensystemen ebenfalls beeinflussen.⁴⁶

Der zweite Ansatz ist durch die Theorie des rationalen Handelns vertreten, die das Handeln der politischen Parteien und der Wähler aus der ökonomischen Perspektive der Nutzenmaximierung. Downs, der Hauptvertreter der ökonomischen Theorie, beschreibt die Wähler als gut informierte und rationale Bürger, die bei ihrem Wahlentscheid von ökonomischen Interessen geleitet sind, und dementsprechend ihre Votes für jene Parteien abgeben, von denen sie sich die meisten (wirtschaftlichen) Vorteile erhoffen.⁴⁷

Der dritte Ansatz folgt einer historisch-strukturellen Herangehensweise, die bei der Analyse von Parteiensystemen auch die historischen Erbschaften in sozialen und kulturellen Lebensbereichen berücksichtigt.

Für die Beantwortung der Fragestellung dieser Arbeit eignet sich weder der institutionelle Ansatz, bei dem die formalen Eigenschaften von Parteiensystemen ins Blickfeld gerückt

43 Vgl. Daniele Caramani: Party Systems, in: Dies. (Hrsg.): Comparative Politics, New York 2008, S. 318–348, nach Cuneyt Dinç: Societal Cleavages and the Formation of the Turkish Party System since 1950, in: CEU Political Science Journal, Jg. 7, 2012 (4), S. 454-495, hier S. 457f.

44 Vgl. ebd.

45 Vgl. Giovanni Sartori: Parties and Party Systems. A Framework for Analysis, Cambridge 1976, S. 119–216, hier S. 156.

46 Vgl. Jan-Erik Lane and Svante Ersson: European Politics. An Introduction, London 1996, S. 16, nach Dinç 2012, S. 458.

47 Vgl. Anthony Downs: Ökonomische Theorie der Wahl, Tübingen 1968. Ferner: Dinç 2012, S. 459.

werden, noch der ökonomische Zugang, der die Wahlentscheidungen der Wähler gänzlich entideologisiert und lediglich Momentaufnahmen im Wahlverhalten aufzeichnet.

Das Forschungsinteresse der Untersuchung richtet sich auf die soziale und wie auch die tradierte Einbettung der Wahlentscheidungen von gesellschaftlichen Gruppen. Daher wird jenes theoretische Konstrukt herangezogen, das für die Beziehung zwischen Parteien- und überzeitlichen Konfliktstrukturen Erklärungsmuster liefert, und demnach Parteien- und Parteiensystem auch als Abbild von sozialen Konstellationen aufgefasst werden können. Im ersten Schritt erfolgt deshalb eine kritische Auseinandersetzung mit dem Cleavage-Konzept und dessen Anwendung auf die postsozialistischen Gesellschaften. Vor diesem Hintergrund wird der theoretische Zugangs an den Fall Ungarn angepasst.

Die Erforschung gesellschaftlich-politischer Konflikte in westeuropäischen Parteiensystemen unternahmen zuerst Seymour Martin Lipset und Stein Rokkan im Jahre 1967. Lipset und Rokkan prüften auf der Grundlage von sozialstrukturellen Aggregatdaten die Wechselbeziehung zwischen den sozio-politischen Konfliktlinien und den Modernisierungsprozessen und zeigten deren Institutionalisierung entlang von politischen Parteien auf.⁴⁸ Das Cleavage-Konzept, das von beiden Verfassern im ersten Kapitel von „Party Systems and Voter Alignments“⁴⁹ vorgestellt wird, hat den Anspruch, die Entstehung von Parteiensystemen dadurch zu erklären, dass Parteien tradierte Konfliktlinien einer Gesellschaft widerspiegeln. Das Modell fragt nach der Entstehung, Veränderung und Gewichtung von Cleavages und dem Verhältnis zwischen Parteien (-trägern) und der Wählerschaft. Die Arbeit von Lipset und Rokkan baut auf das Parson'sche AGIL-Paradigma⁵⁰ auf, das im Kapitel 2.1 erläutert wird. Innerhalb der Politikwissenschaft hat das Cleavage-Modell als Schlüsselwerk einen zentralen Platz gefunden, nicht nur bei der Analyse von Parteiensystemen, sondern auch als soziologisches Modell zur Erklärung des Wählerverhaltens.⁵¹ Die Arbeit von Lipset und Rokkan wurde u.a. von Arend Lijphart,⁵²

48 Vgl. Seymour Lipset/Stein Rokkan (Hrsg.): Party Systems and Voter Alignments. Cross-National Perspectives, New York 1967.

49 Vgl. ebd.

50 Vgl. Talcott Parsons/Neil J. Smelser: Economy and Society, London 1956; Talcott Parsons, American Society – A Theory of the Societal Community, Boulder 2007, Chapter 6 insbes. Eine Zusammenfassung des AGIL-Paradigmas ist in: Talcott Parsons: General Theory in Sociology, in: Robert K. Merton et al. (Hrsg.): Sociology Today, New York 1959, S. 39-78 zu finden.

51 Vgl. Rüdiger Schmitt-Beck: Essay zu Seymour Lipset/Stein Rokkan (Hrsg.): Party Systems and Voter Alignments. Cross-National Perspectives, New York 1967, in: Steffen Kailitz (Hrsg.): Schlüsselwerke der Politikwissenschaft, Wiesbaden 2007, S. 251-255.

52 Vgl. Arend Lijphart: The Politics of Accommodation, Berkeley 1968.

Ronald Inglehart⁵³ sowie Herbert Kitschelt⁵⁴ weiterentwickelt. Kitschelt wendete die Theorie erstmalig auf den ostmitteleuropäischen Raum an.

Der ursprüngliche Cleavage-Ansatz zieht „historische“ Analysen aus zwölf Regierungssystemen heran und untersucht vor dem Hintergrund der ökonomischen, sozialen und kulturellen Rahmenbedingungen das Wahlverhalten der jeweiligen gesellschaftlichen Gruppen. Die Länderauswahl fällt auf zehn westliche und zwei nicht-westliche politische Systeme: Den Gegenstand der Studie bilden fünf anglo-amerikanische, drei kontinental-europäische, zwei skandinavische Länder sowie Spanien - zur Zeit der Untersuchung ein autoritäres Land-, sowie Brasilien und Japan als nicht-westliche Systeme. Ferner wurde die Untersuchung durch Analysen Immanuel Wallersteins über West-Afrika ergänzt.⁵⁵

Die zentrale Grundannahme von Rokkan lautet, dass sich die durch historische Ereignisse bestimmten gesellschaftlichen Konflikte in den Parteiensystemen widerspiegeln, diese prägen und verfestigen. Vor dem Hintergrund dieser Prämisse definieren die Autoren drei Fragenkomplexe, die sie näher ausführen:

Erstens geht es Lipset und Rokkan darum: „[...] the genesis of the systems of contrasts and cleavages within the national community“⁵⁶ aufzudecken, zweitens die „[...] conditions for the development of a stable system of cleavage and oppositions in national political life“⁵⁷ zu bestimmen und drittens „[...] the behavior of the mass of rank-and file citizens within the resultant party systems“⁵⁸ zu erkunden. Die zentrale Fragestellung impliziert weitere Unterfragen, die zum einen die Existenzdauer und die Konsistenz der Konflikte und zum anderen die Polarisierungseigenschaften der Cleavages ermitteln.⁵⁹

Im zweiten Fragenkomplex benennen die Autoren folgende Unterfragen: Warum begünstigten einige tradierten Konfliktlinien die Entstehung von Oppositionsparteien, und aus welchem Grund tun das andere nicht? Welche Konfliktinteressen erzeugten Widerstand innerhalb des Parteienwettbewerbs und welche Interessen waren in der Lage, sich als eine

53 Vgl. Ronald Inglehart: Traditionelle politische Trennungslinien und die Entwicklung der neuen Politik in westlichen Gesellschaften, in: Politische Vierteljahresschrift, Jg. 24, 1983 (4), S. 139–165.

54 Vgl. Herbert Kitschelt/Zdenka Mansfeldova/Radoslaw Markowski/Gábor Tóka: Post Communist Party Systems. Competition, Representation and Inter-Party Cooperation, Cambridge 1999.

55 Vgl. Seymour Lipset/Stein Rokkan: Cleavage Structures, Party Systems, and Voter Alignments, in: Dies. (Hrsg.): Party System and Voter Alignments. Cross National Perspectives, New York 1967, S. 1-65, hier S. 2.

56 Ebd., S. 1-65, hier S. 1.

57 Ebd., S. 1.

58 Ebd., S. 2.

59 Vgl. ebd., S. 1.

Einheit im Parteienspektrum zu positionieren.⁶⁰ Der dritte Fragenkomplex betrifft den Rekrutierungsprozess der Parteien von „new masses of enfranchized citizens“⁶¹, in dem der Fokus auf mikrosoziologische Aspekte gelegt wird. Hierbei werden jene Rahmenbedingungen herausgearbeitet, die den Mobilisierungsprozess der Gesellschaften begünstigten oder behinderten sowie jene ökonomische, soziale und kulturelle Veränderungen, die sich in den Parteienstrategien widerspiegeln.⁶²

In ihrer Studie resümierten Lipset und Rokkan, dass Wähler, nachdem ein „Freezing“ des Parteiensystems stattgefunden hat, ihre Stimmen für historisch bedingte Parteien-„Packages“ abgeben, die sich eben aus den sozialen, kulturellen und ökonomischen Identitäten im Sinne der Weber'schen Schicksalsgemeinschaft⁶³ zusammensetzen. Das Einfrieren erfolgt dann, wenn Demokratisierungsprozesse im Hinblick auf das allgemeingültige Wahlrecht sowie auf die politische Artikulation und Interessenvertretung abgeschlossen sind.⁶⁴ An dieser Stelle entsteht meines Erachtens im Anschluss an die Differenzierung der Freezing-These durch Peter Mair die Frage, welche Effekte des Einfrierens es im ungarischen Sozialismus gegeben hat.

Lipset und Rokkan verfolgten das Ziel, ein realistisches Modell zu entwickeln, das zum einen die Herausbildung von „historisch gegebenen 'Gesamtpaketen' von Programmen, Bindungen, Ansichten, und manchmal sogar Weltanschauungen“⁶⁵ vor dem Hintergrund unterschiedlicher sozioökonomischer Entwicklungen in den ausgewählten politischen Systemen erklärt, und zum anderen diese zur Erklärung des Wählerverhaltens heranzieht.⁶⁶ In diesem Zusammenhang setzen Lipset und Rokkan das Vorhandensein von etablierten kompetitiven politischen Systemen voraus, in denen sich die „Konstellationen von Alternativen“ den Bürgern samt ihrer eigenen Geschichte präsentieren.⁶⁷

2.1. Dimensionen der „Cleavages“

60 Vgl. ebd., S. 1.

61 Ebd., S.2.

62 Vgl. ebd., S. 2.

63 Vgl. Stein Rokkan: Eine Familie von Modellen für die vergleichende Geschichte Europas, in: Zeitschrift für Soziologie, Jg. 9, 1980 (2), S. 118-128., auch abrufbar unter: <http://www.zfs-online.org/index.php/zfs/article/viewFile/2410/1947>, S. 120.

64 Vgl. Christian Förster/Josef Schmid/Nicolas Trick (Hrsg.): Die nordischen Länder: Politik in Dänemark, Finnland, Norwegen und Schweden, Wiesbaden 2014, S. 126.

65 Vgl. Flora 2000, S. 333.

66 Vgl. ebd.

67 Vgl. ebd., S. 332f.

Die Grundlage für das Modell von Lipset und Rokkan bildet das AGIL-Schema, das der US-amerikanische Soziologe Talcott Parsons 1956 in seinem theoretischen Werk über „Economy and Society“⁶⁸ ausarbeitete. Mit der struktur-funktionalen Systemtheorie distanzierte sich Parsons von der damals allgemeingültigen utilitaristischen Denkweise, wonach der Mensch ein egoistischer, nutzenmaximierender „homo economicus“ ist und argumentierte im Anschluss an Emile Durkheim und Max Weber, dass das Handeln durch ein „integrated value system, common to large numbers“⁶⁹ beeinflusst wird. Damit legte er die Grundlagen für eine voluntaristische Handlungstheorie, die neben der Beschreibung der von Akteuren in unterschiedlichen Situationen eingesetzten Mittel zur Erreichung bestimmter Ziele auch die normative Dimension der Mittelwahl berücksichtigt.⁷⁰ Dies führte er auf die historischen Erfahrungen der letzten Jahrhunderte zurück, in denen Systeme, die mit Gewalt aufrechterhalten worden sind, mit der Zeit zerbrachen.⁷¹ Durch den handlungstheoretischen Zugang Parsons sollen die kulturellen, sozialen und Persönlichkeitssysteme als soziale Einheiten erklärt werden.

Das AGIL-Paradigma bringt Parsons Überlegungen auf eine systemtheoretische Ebene. Das Modell setzt voraus, dass sich Systeme mit ihrer Umwelt im Austausch befinden und die Systemelemente eine in sich logische Struktur ergeben. Für jede Gesellschaft nimmt Parsons vier funktionelle Subsysteme an und verbindet diese mit gegenseitigen Leistungsverhältnissen⁷². Für die „Soziale Interaktion“ legt Parsons vier funktionale Erfordernisse fest, die zueinander im Abhängigkeitsverhältnis stehen und für das Zustandekommen einer Handlung zusammenwirken und dabei Probleme im Prozess der A: Adaption (Anpassung), G: Goal Attainment (Zielerreichung), I: Integration (Integration) und im Zuge des L: Latent Pattern Maintenance (Bewahrung latenter Strukturen) überwinden müssen. Gemeinsam bilden sie die interne und externe, sowie die instrumentelle und konsumatorische Achse eines Systems, das die „Action in System“, das AGIL-Schema ergibt.⁷³

68 Vgl. Talcott Parsons/Neil J. Smelser: Economy and Society, London 1956. Eine Zusammenfassung der Theorie ist in: Talcott Parsons: General Theory in Sociology, in: Robert K. Merton et al. (Hrsg.): Sociology Today, New York 1959, S. 39-78 zu finden.

69 Talcott Parsons: The Structure of Social Action, New York 1967, S. 704.

70 Vgl. Uwe Schimank: Theorien gesellschaftlicher Differenzierung, Opladen 1996, S. 84.

71 Vgl. Heinz Abels: Einführung in die Soziologie, Bd. 1: Der Blick auf die Gesellschaft. 2. Aufl., Wiesbaden 2004.

72 Talcott Parsons: Das System moderner gesellschaften, München 1974, S. 12–42.

73 Vgl. Jorge Galindo: Zwischen Notwendigkeit und Kontingenz. Theoretische Selbstbeobachtung der Soziologie, Dissertationsschrift, München 2005, S. 50-59, hier S.57.

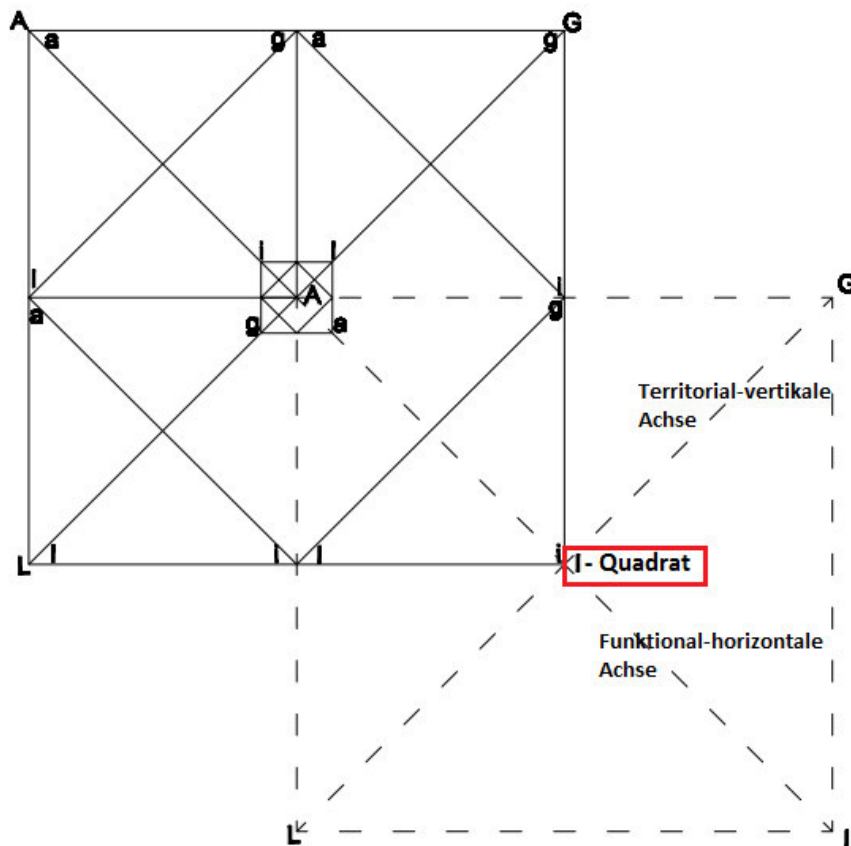
2.2. Interpretation of the Internal Structure of the I Quadrat

Lipset und Rokkan betrachteten das Vierfelderschema Parsons als Grundlage für die Ausarbeitung ihres Spaltungskonzepts. Von den durch Parsons definierten sechs Austauschbeziehungen zwischen den Subsystemen zogen Lipset und Rokkan drei Interaktionen für ihr Modell heran: jene zwischen I und G, also die Einflussnahme von latenten gesellschaftlichen Interessenstrukturen auf die Exekutive und das politische Angebot; die zwischen L und I, die Mobilisierbarkeit von Individuen und Haushalten sowie die Austauschbeziehungen zwischen L und G, die das Wahlverhalten von lokalen Haushalten und Individuen repräsentiert.⁷⁴ Aber auch hier nahmen die Forscher systematische Eingrenzungen vor und prüften nur jene Interaktionen, die bei der Herausbildung von konkurrierenden Parteien (I-G), von Partei-Wähler-Bindungen (I-L) sowie von tradiertem Wahlverhalten eine Rolle spielen.⁷⁵ Anhand einer vierstufigen Untersuchung analysierten sie zunächst die interne Struktur des I-Quadranten der ausgewählten westeuropäischen Territorialstaaten. Auf der Basis der gewonnenen Daten verglichen sie die drei Austauschbeziehungen und prüften diese auf ihre Wirkungsmechanismen.

74 Vgl. Flora 2000, S. 335.

75 Vgl. ebd.

Abbildung 3: I-Quadrat im AGIL



Eigene Darstellung.

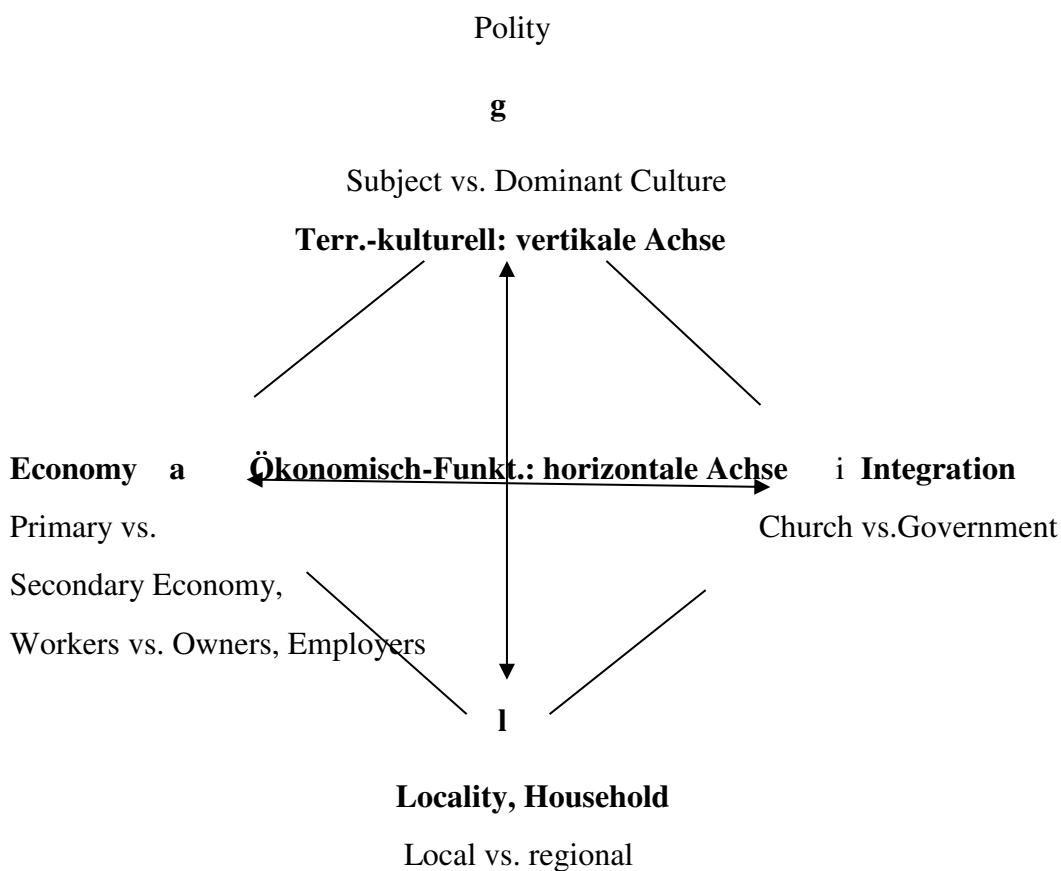
Im Fokus ihrer Untersuchungen liegt der Einfluss der Öffentlichkeit samt ihrer soziostrukturellen Merkmalen auf die politische Ordnung, die durch die Interaktion eines politischen Angebots und der kollektiven Nachfrage aufrechterhalten wird. Dabei bilden die soziodemographischen Merkmale die unabhängigen Variablen, die Ausgestaltungsmerkmale der politischen Ordnung die abhängigen Variablen. Damit wird das ursprüngliche funktionalistische Modell von Parsons mit neuen quantitativen Erhebungsmethoden ergänzt, die maßgeblich zur Entstehung der politischen Soziologie beitrug.⁷⁶ Der Schwerpunkt auf die Interaktionen innerhalb des I-Quadrats impliziert die Betrachtung von kurzfristigen Systemprozessen, zumal der Endpunkt i im AGIL-Modell für kurzfristige Problemlösungsstrategien steht, die den internen Differenzierungen entgegenwirken. Die l-i-Interaktionen verbinden zwar die lang- und kurzfristigen Handlungselemente, jedoch nur auf der internen Achse des Systems. Durch die strenge Anlehnung an Parsons lässt das Cleavage-Modell die Handlungskomponenten auf der

⁷⁶ Vgl. Giovanni Sartori: From the Sociology of Politics to Political Sociology, in: Seymour Martin Lipset (Hrsg.): Politics and the Social Sciences, New York 1996, S. 65-100.

externen Achse und auch die langfristigen Systemmechanismen unberücksichtigt. Der Zeitfaktor als abhängige Variable bleibt folglich wenig reflektiert. Zeit wird lediglich als Schwelle zur Erreichung der normativ aufgeladenen industriellen Gesellschaft definiert, und verliert nach erfolgreicher Integration an Bedeutung. Beide Modelle bedienen sich der zeitgemäßen Auffassung der Nachkriegssoziologie, die das Ende der Geschichte proklamiert hat.⁷⁷

2.3. Cleavages im „A-G-I-L-Paradigma“

Abbildung 4: Konfliktlinien im AGIL



Quelle: Lipset und Rokkan 1967, S. 14.

Dennoch verleiht die Zweidimensionalität des Modells, in dem die l-g-Linie die territorial-kulturelle und die a-i-Linie die ökonomisch-funktionalen Konfliktlinien symbolisieren, dem ursprünglichen AGIL-Paradigma eine neue Strukturiertheit mit Fokus auf dem I-Quadrat, wo Parteien und Parteilanzen gebildet werden⁷⁸. Der Fokus neben dem Subject und der

⁷⁷ Vgl. Erik Allardt: Party Systems and Voter Alignments in the Tradition of Political Sociology, in: Karvonen/Kuhnle 2002, S. 13-26, hier S. 22.

⁷⁸ Flora 2000, S. 338.

Region wird in der Studie Rokkans und Urwins über „Economy, Territory, Identity“⁷⁹ ebenfalls deutlich, in der die Autoren die Parteien als maßgebliche Akteure für die Entstehung von Cleavages benennen.⁸⁰ Lipset und Rokkan formulierten bei der Anwendung der AGIL-Schemata die Hypothese, dass die entscheidenden Cleavages entlang der zweidimensionalen Diagonale der Doppel-Dichotomie abzulesen sind.⁸¹ Am Endpunkt „g“ verorten sie jene Konflikte, die die Organisation, die Ziele und die politischen Prozesse als Ganzes betreffen. Diese können Gegensätze innerhalb der Nationalpolitik, in innenpolitischen Prioritäten und in außenpolitischen Strategien beinhalten. Am Endpunkt „a“ erscheinen die Konflikte um die Ressourcen, Produkte und die Erlöse innerhalb des ökonomischen Systems, die sich in den Auseinandersetzungen zwischen Produzenten und Käufern, zwischen Arbeitgebern und Arbeitnehmern, zwischen Mietern und Besitzern etc. manifestieren können. Am Endpunkt „i“ platzieren Lipset und Rokkan die vereinfachten Freund-Feind-Gegensätze, welche auf religiösen oder ideologischen Unterschieden basieren. Der Endpunkt „l“ bezieht sich auf den Konflikt zwischen den städtischen und den ländlichen Interessen.

Trotz ihrer Errungenschaften und Bedeutung für die politische Soziologie blieb das Cleavage-Konzept eine Integrationstheorie ohne Reflexion auf die neu entstandenen Sozialstrukturen in der Nachkriegszeit.⁸² Folglich gilt es für den ungarischen Fall, zum einen die an die Cleavage-Theorie angelehnten gegenwartsfixierten methodischen Zugänge zu überprüfen und zum anderen das Modell an den Fortgang der Geschichte, nämlich an die Zeit nach der Massenmobilisierungsphase anzupassen.

2.3.1. Territorial-kulturelle und ökonomisch-funktionale Cleavages

Die Cleavages verorten Lipset und Rokkan in einem zweiachsigen Koordinatensystem mit einer territorial-kulturellen und einer ökonomisch-funktionalen Ausprägung, wobei letztere von den territorial-kulturellen legacies geformt wird. Somit kombinieren die Autoren für die Untersuchung der ausgewählten Länder systemtheoretische Komponenten mit Annahmen über historische Prozesse der Staatsbildung, der Industrialisierung und der Demokratisierung⁸³. Auf diese Weise erscheint das Konzept für die Erforschung

79 Stein Rokkan/Derek Urwin: *Economy, Territory, Identity: Politics of West European Peripheries*, London 1983.

80 Vgl. ebd., S. 127ff; 171ff; 252ff.

81 Vgl. ebd., S. 9f.

82 Vgl. Allardt 2002, S.22.

83 Vgl. Vicky Randall: *New democracies of the Third World*, in: Lauri Karvonen/Stein Kuhnle (Hrsg.): *Party system and voter alignments revisited*, London/New York 2002, S. 238-260, hier S. 239.

längerfristiger, die Zeit überdauernder Konfliktstrukturen prädestiniert. Das „Makromodell der politischen Entwicklung Europas“⁸⁴ beschreibt die europäischen politischen Prozesse während der Industrialisierung und der nationalen Revolutionen und macht diese für die Herausbildung der Staatswesen und der Parteiensysteme verantwortlich. Die Ausprägungen der Parteiensysteme definieren die Autoren anhand von vier, aus den beiden Revolutionen hervorgegangenen Konfliktlinien. In dem bereits nach seinem Tod erschienenen Transkript eines Vortrags, den Rokkan⁸⁵ 1976 in Paris gehalten hat, betont er, dass die vier 1967 festgelegten Konfliktlinien nicht in allen Ländern im gleichen Ausmaß politisieren und zu den gleichen Parteigegensätzen führen. Die Kritik an seinem Konzept veranlasste Rokkan schließlich dazu, sich stärker mit den historischen Fakten zu befassen, um zu einer „detaillierteren Differenzierung gelangen“ zu können.⁸⁶ Gleichzeitig war Rokkan stets auf der Suche nach den bestmöglichen Variablen für die Operationalisierung.⁸⁷ Mithilfe einer Dreier-Typologie, die sich auf die historischen Ereignisse der Reformation, der Französischen Revolution und der Industriellen Revolution stützt, gelangt Rokkan bereits 1968 zu acht Spaltungsvariationen,⁸⁸ die im „Modell des Übergangs von Spaltungen zu Parteien“ ihren Platz fanden.⁸⁹

Zunächst werden die von Lipset und Rokkan definierten klassischen Cleavages als Ausdruck der institutionalisierten Konflikte in Form von „alliances“ zwischen den politischen Eliten und den Wählergruppen beschrieben. Die Darstellung der einzelnen Konfliktlinien erfolgt anhand der von Rokkan später aufgezeichneten Abbildung, die die Cleavages auf der territorialen Zentrum-Peripherie Achse anordnet.

84 Förster et al. 2014, S. 9.

85 Vgl. Rokkan 1980.

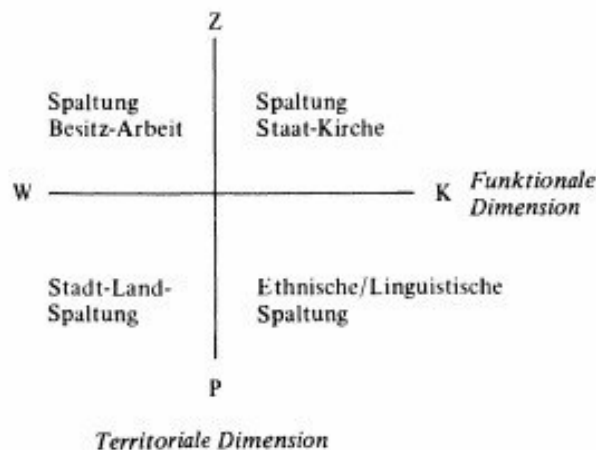
86 Ebd., S. 122.

87 Vgl. M. Rainer Lepsius: Stein Rokkans Beitrag zur vergleichenden Strukturforchung Westeuropas, in: Zeitschrift für Soziologie, Jg. 9, 1980 (2), S. 115-117, hier S. 117.

88 Vgl. Stein Rokkan: The Structuring of Mass Politics in the Smaller European Democracies, in: Comparative Studies in Science and History, Jg. 10, 1968 (2), S. 173-210.

89 Vgl. Stein Rokkan: Citizens, Elections, Parties, Oslo 1970.

Abbildung 5: Rokkans Zentrum-Peripherie Achse



Quelle: Rokkan 1980, S. 121.

In diesem Modell trug Rokkan seine Strukturbegriffe zusammen, nämlich die Spaltungsstrukturen und die Zentrum-Peripherie-Strukturen, die er für die Erforschung der Merkmale der westeuropäischen politischen Systeme entwickelte.

2.3.1.1 Spaltungen auf der kulturellen Achse

Für die Existenz der Cleavages ziehen Lipset und Rokkan zwei epochale Ereignisse heran. Aus der „Nationalen Revolution“ resultierend, erscheinen auf der kulturellen Achse des Modells zwei, sich im Zentrum und in der Peripherie entfaltende Konfliktlinien. Im Zentrum existiert der Konflikt zwischen dem säkularen Staat und Bestrebungen der Kirche, ihre Dominanz aufrecht zu erhalten. Entlang der Konfliktlinie im Zentrum beansprucht die Kirche historisch bedingte Zuständigkeitsbereiche gegenüber dem Machtanspruch des Staates.⁹⁰ Sie trennt das weltliche von einem religiösen Staats- und Politikverständnis. Die Kirche – Staat- Konfliktlinie kann in Konflikten zwischen religiösen und atheistischen Bevölkerungsgruppen zur Geltung gelangen, wenn Teile der Bevölkerung Parteien mit christlichen Werten oder liberale, sozialdemokratische, kommunistische sowie grüne Parteien unterstützen.⁹¹

In der Peripherie erscheint der Konflikt zwischen der „Subject vs. Dominant Culture“, der den Gegensatz zwischen der Mehrheitsgesellschaft und Minderheiten einer Nation bezeichnet. Hier werden die Vertreter eines zentralistischen Nationalstaates von den

⁹⁰ Vgl. Falter/ Schoen 2005, S. 145f.

⁹¹ Vgl. ebd.

religiösen, ethnischen oder nationalen Minderheiten, die sich der Nationsbildung widersetzen, getrennt.⁹² Dabei können Konflikte „between the central national-building culture and the increasing resistance of the ethnically, linguistically, or religiously distinct subject populations in the provinces and the peripheries“⁹³ auftreten. Diese umfassen national-partikularistische und international-kosmopolitische Einstellungen, Werte und Normen. Eine weitere Grundlage für Auseinandersetzungen bildet die ethnisch-partikularistische sowie die universell-kosmopolitische Auslegung der Staatsangehörigkeit.⁹⁴

2.3.2. Spaltungen auf der ökonomischen Achse

Im Zentrum der ökonomischen Achse definiert Rokkan die Konfliktlinien zwischen Arbeit und Kapital, also zwischen Kapitaleignern und abhängiger Beschäftigten oder auch Arbeitern und Unternehmern.⁹⁵ Als der bekannteste Cleavage wird die Arbeit-Kapital-Konfliktlinie bezeichnet, oft auch als sozioökonomische Links-Rechts-Achse umschrieben. Die „linke“ Achse wird demnach von kommunistischen, sozialistischen/sozialdemokratischen, die „rechte“ von konservativen, nationalistischen sowie liberalen Parteien gebildet.⁹⁶ Im Mittelpunkt der Arbeit-Kapital-Spaltungslinie steht die Annahme, dass sozioökonomische Fragen den Parteienwettbewerb und die Cleavages einer Gesellschaft bestimmen.⁹⁷ Nach der klassischen Einordnung betonen Parteien im linken Spektrum die Chancengleichheit, die gerechte Verteilung der Ressourcen und setzen auf den Ausbau eines sozialen Staates. Demgegenüber befürworten Vertreter des rechten „konservativen“ Lagers die freie Marktwirtschaft, den Privatbesitz und die individuelle Freiheit. Liberale Parteien werden im Zentrum verortet.⁹⁸

In der Peripherie der funktionalen Achse verankern Lipset und Rokkan die Konfliktlinie zwischen Stadt und Land. Das Spannungsfeld Stadt-Land führt Rokkan auf die industrielle Revolution zurück, wonach die Interessen der neu entstandenen Schicht der städtischen Unternehmer im Gegensatz zu den der ländlichen Großgrundbesitzer standen. In den Städten dominierten die industriellen Produktionsformen, dagegen wurde auf dem Land für die

92 Vgl. ebd.

93 Lipset/Rokkan 1967, S. 1-65, hier S. 14.

94 Vgl. Holländer 2003, S. 77.

95 Vgl. Falter/Schoen 2005, S. 146.

96 Vgl. Holländer 2003, S. 78.

97 Vgl. ebd.

98 Vgl. Dieter Fuchs/Hans-Dieter Klingemann: The Left-Right-Schema, in: Kent M. Jennings et al. (Hrsg.): Continuities in Political Action, Berlin/New York 1990, S. 203-234, hier S. 206f.

Beibehaltung des Freihandels gekämpft.⁹⁹ Folglich bildeten Konflikte in der Peripherie die Grundlage für die Entstehung von Bauern- und Arbeiterparteien, die sich für die Landbevölkerung und für die in der Landwirtschaft Beschäftigten und Produzierenden einsetzen.¹⁰⁰ Bäuerliche Bewegungen - nationalistisch und volkstümlich ausgerichtet - entstanden in Osteuropa und auf dem Balkan in der Zwischenkriegszeit. Sie traten für Mobilisierungsstrategien ein, die von „unten“, von Bauern und einheimischen Kleinunternehmern (nicht von Industriearbeitern) ausgehen sollten.

Demzufolge sind Cleavages in der Gesellschaft verankerte sozialstrukturelle, interessen- bzw. wertorientierte und parteipolitische Konflikte, die Einfluss auf die Politik und das Parteiensystem haben¹⁰¹. Lipset und Rokkan prüften neben den soziostrukturellen Merkmalen auch die äußeren Faktoren, die die Abbildung der Cleavages in den Parteiensystemen ebenfalls beeinflussen können. Auf der Basis der vier festgelegten Faktoren, nämlich der Entscheidungstradition, der Mobilisierungskraft von oppositionellen Stimmen, der Möglichkeit und Wirkung von Allianzbildungen und schließlich des Prozesses einer Regierungsbildung legten sie vier Schwellen fest, die Parteien überwinden müssen, um sich fest etablieren zu können. Die Art der Schwellen-Bewältigung wie auch die Nicht-Bewältigung beeinflussen die Parteienzusammensetzung und folglich auch die Transformation eines Konflikts in Konfliktlinien. Die vier Schwellen sind: Legitimation, Integration, Repräsentation und Mehrheitsbildung.¹⁰² Die Stabilität der westeuropäischen Parteiensysteme führen Lipset und Rokkan darauf zurück, dass in der letzten Mobilisierungsphase die Parteien die Schwellen einer Cleavage-Bildung problemlos überwinden und ihre Position „einfrieren“ konnten.¹⁰³ Dieses Einfrieren blockierte jedoch nahezu alle Partieneugründungen. (Der Einfriereffekt und die Anwendbarkeit auf die ostmitteleuropäischen Parteiensysteme wird im Kapitel 2.6.1 behandelt).

Die weltpolitischen Veränderungen der späten sechziger und siebziger Jahre führten zum Aufbrechen der bis dahin existenten parteipolitischen Strukturen. Im Zuge der von Ronald Inglehart als „Silent Revolution“¹⁰⁴ interpretierten politischen wie gesellschaftlichen

99 Vgl. Falter/ Schoen 2005, S. 145f.

100 Vgl. Holländer 2003, S. 77.

101 Vgl. Oddbjorn Knutsen/Elinor Scarbrough: Cleavage Politics, in: Jan W. van Deth/ Elinor Scarbrough (Hrsg.): *The Impact of Values*, 1995 Oxford/New York, S. 492-523.

102 Vgl. Lipset/Rokkan 1967, S. 27.

103 Vgl. ebd., S. 50.

104 Ronald Inglehart: *The Silent Revolution. Changing Values and Political Styles Among Western Publics*, New Jersey 1977.

Umwälzungen wurde die Legitimation des Cleavage-Konzepts und sein Ansatz hinterfragt, das Wahlverhalten durch die tradierten Spaltungslinien zu erklären. Selbst Rokkan – wie bereits dargestellt - erweiterte die Spaltungstypen für Norwegen. Zudem fanden auch die Bezeichnungen der Cleavages zeitgemäße Anpassungen. So wurde beispielsweise dem Konfliktpaar Kapital und Arbeit mit den zeitgemäßen Bezeichnungen wie Management und Arbeitnehmerschaft oder Marktliberalismus und Sozialstaatsbefürwortung neue Deutungsdimensionen zugeteilt. Der Konflikt zwischen Kirche und Staat avancierte zum Gegensatz zwischen Konservativen und Modernen, und auf der territorialen Achse gestalteten sich die Konflikte im Materialismus vs. dem Postmaterialismus neu.¹⁰⁵

Auf die veränderten politischen und gesellschaftlichen Rahmenbedingungen reagierten auch Lipset und Rokkan. Im Prozess des postmaterialistischen Wertewandels in Westeuropa während der achtziger Jahre arbeiteten sie die Erfolgsvoraussetzungen für neue Parteien aus. Als Faktoren benannten sie die Legitimität des neuen Protestes, die Rechte und Möglichkeiten ihrer Träger, die Kompetenz der neuen Parteien, Wähler mobilisieren zu können und den Grad der Starrheit des etablierten Parteiensystems. Nachdem die ersten beiden Schwellen in etablierten Demokratien leicht überwindbar sind, konzentrieren sich die Analysen auf die anderen beiden Faktoren, bei denen das Handeln der politischen Eliten einerseits und der Partizipationswille der Bevölkerung andererseits im Fokus stehen.¹⁰⁶ Insbesondere sind die Erfolgsfaktoren dann von Wichtigkeit, wenn es zu Veränderungen in der Sozialstruktur, bei der Schwerpunktsetzung von Interessen gesellschaftlicher Gruppen und/oder in den Organisationsstrukturen kommt, die zur Folge haben können, dass sich Cleavage-Strukturen und einzelne Cleavages verstärken oder abschwächen. Im Kampf um die Cleavages können diejenigen alten wie auch die neu gegründeten Parteien überleben, die auf die internen und externen Systemveränderungen im Sinne des AGIL-Paradigmas reagieren und somit die politische Ordnung aufrechterhalten können.

105 Vgl. Heiko Geiling/Michael Vester: Das soziale Kapital der politischen Parteien. Die Akzeptanzkrise der Volksparteien als Frage der Individualisierung oder der sozialen Gerechtigkeit, in: Frank Brettschneider/Oskar Niedermayer/Bernhard Weßels (Hrsg.): Die Bundestagswahl 2005. Analysen des Wahlkampfes und der Wahlergebnisse, Wiesbaden 2007, S. 457–490, hier S. 468.

106 Vgl. Karl-Rudolf Korte: Wahlen in Deutschland, Bonn 2013, S. 108f.

2.4 Parteienwettbewerb und „Funktionale Äquivalente“ als Erklärungsalternativen

Durch die enge Anlehnung Lipset und Rokkans an das Parsonische Modell kann die Cleavage-Theorie zu Recht für ihren Anspruch kritisiert werden, als ein allgemeingültiges Modell für Beschreibungen von durch sozio-kulturelle Gegebenheiten bestimmten politischen Entwicklungen in „cross-cultural“ Nationen zu gelten.¹⁰⁷ Es kann vielmehr festgehalten werden, dass die Autoren nur vordergründig den politischen Einfluss auf und die Mobilisierung von gesellschaftlichen Gruppen¹⁰⁸ vor dem Hintergrund ihrer sozialstrukturellen Merkmale untersuchten. Die Stabilität der entstandenen politischen Ordnung sahen sie durch den Einfriereffekt der politischen Parteien garantiert, denen es gelungen ist, die eigene Wählerschaft langfristig an sich zu binden.¹⁰⁹ Auf der Suche nach Unterschieden der Parteiensysteme und der Wähler-Partei-Bindungen in Westeuropa anhand seines „Modells alternativer Allianzen und Oppositionen“¹¹⁰, bezieht sich Rokkan auf die drei „kritischen Phasen der Geschichte“; nämlich die Reformation, die Französische und die Industrielle Revolution. Die daraus resultierenden Spaltungen verknüpft er mit den Akteuren und Restriktionen der Allianzbildungen. Durch dieses Modell verortete Rokkan die Parteien Westeuropas entlang der klassischen drei ideologischen Strömungen, des christlich-nationalen Konservatismus, des Liberalismus, und der linken Sozialdemokratie.¹¹¹

Nach Überwindung der Schwellen und Krisen kommt es zur „eingefrorenen“ Stabilität des Parteiensystems, so die Argumentation Lipsets und Rokkans. Das „Freezing“ des politischen Systems geht mit der Einschränkung des Parteienwettbewerbs und einem geschlossenen politischen Markt einher. Dies hat zur Folge, dass neuen Parteien der Zugang zum Markt eingeschränkt wird. Auch der Parteienwettbewerb strukturiert sich in der Form neu, als die primäre Tätigkeit der Parteien darin besteht, für die Beibehaltung ihrer Wählerschaft zu kämpfen. Der Wettbewerb um neue Wähler bleibt im Hintergrund und die Cleavage-basierte Wähler-Partei-Bindung erfährt folglich eine zusätzliche Verfestigung. Jene Parteibindung schließt jedoch nicht aus, dass Wähler innerhalb eines Parteilagers Positionen wechseln, und „ihr“ Cleavage zunächst schwächen.¹¹² Ein ähnlicher, weniger deterministischer Zugang für die Betrachtung von Parteilagern (statt einzelner Parteien) ermöglicht die Betrachtung des

107 Vgl. Rokkan 1972, S. 55.

108 Vgl. Holländer 2003, S. 78.

109 Vgl. ebd., 79.

110 Flora 2000, S. 378.

111 Vgl. ebd., S. 281.

112 Vgl. Holländer 2003, S. 78.

Wechsels von Schwerpunkten der Wähler innerhalb „ihrer“ Cleavages, ohne die Annahme eines Aufbrechens des Systems. Auch eine ideologische Umorientierung der Wähler bedeutet zunächst lediglich die Schwächung des ursprünglichen Cleavages, nicht aber dessen Auflösung. Das Ausmaß der Abschwächung und das Ableben der Konflikte sollten in allen Fällen vor dem Hintergrund der Anzahl der sich distanzierenden Wähler und vor allem von der Dauer der Entfernung bestimmt werden. Ebenso wie es nicht möglich ist, bei empirischen Momentaufnahmen ohne historische Rückkopplung, beispielsweise bei Wahlanalysen, von Konfliktlinien zu sprechen, ist es auch unzutreffend, bei der Feststellung von kurzfristigen Diskontinuitäten innerhalb der tradierten Konfliktstrukturen das Vorhandensein von Cleavages zu negieren. Denn durch die Pluralisierung der Parteilandschaften kommt es zu Verschiebungen im Wählerverhalten, das - wie internationale Studien zeigen - nur selten mit einem ideologischen Richtungswechsel einhergeht. Vielmehr werden Wählerströme zwischen Parteien mit der geringsten ideologischen Distanz beobachtet. Durch die Lockerung und Entideologisierung der Partei-Wählerbindungen kommt es zum härteren Kampf um die eigenen und um neue Wähler. Dies hat häufig die Pluralisierung innerhalb eines Parteilagers zur Folge; das bedeutet, dass mehrere Parteien mit ähnlichen Inhalten werben. In diesem Fall ist die Rede von einer funktionalen Äquivalenz, die besonders bei Parteien mit christlich-konservativen und säkular-konservativen Parteien in Westeuropa ersichtlich wird: Parteitypen, die über eine sehr ähnliche Wählerbasis verfügen und folglich die gleiche Wählerschaft mobilisieren wollen. In diesem Fall sind für die Wähler die christlich-konservative und die säkular-konservative Partei funktional äquivalent.

Das Phänomen der funktionalen Äquivalenz erörterte zuerst Niklas Luhmann¹¹³. Sein funktionalistischer Systembegriff und seine Kritik am klassischen Funktionalismus mündeten in den „Äquivalenzfunktionalismus“, in eine funktionale Analyse, die er als methodisches Instrument zum Entgegenwirken der analytischen Enge von kausalen Erklärungen betrachtet. Damit bricht er mit der konservativen Annahme, dass einzelne Ursachen mit einzelnen Wirkungen verknüpfbar sind und diese in einen kausalen Zusammenhang gebracht werden müssen. Vielmehr betont Luhmann die Kontingenz von Ursachen- und Wirkungsprozessen und prophezeit damit die Zufälligkeit und die Nicht-

113 Niklas Luhmann: Funktion und Kausalität, in: ders.: Soziologische Aufklärung, Opladen 1970, S. 14ff.

Vorhersehbarkeit des menschlichen Handelns.¹¹⁴ Laut Luhmann erfahren folglich unsere Handlungen im Gegensatz zum Parsonschen Modell einen legitimierbaren Zufälligkeitscharakter, der den Teilen der Ursache-Wirkungsfunktionen statt dem „Muss-“, den „Kann-Zustand“ ermöglicht. Zwar wird somit das Konzept an seinem funktionalen Beitrag und durch die losen Verbindungen der Systeme zueinander auch in seiner Stabilität geschwächt, dennoch bietet der Äquivalenzfunktionalismus bei den Ableitungen mehr Flexibilität.

Insbesondere gilt die analytische Breite, wenn es um die „unintendierten Handlungen“ und die „unintendierten Handlungsfolgen“ nach Anthony Giddens geht, wo Raum und Zeit nicht als Randerscheinungen betrachtet und nicht zwingend auf ihre Funktionen geprüft werden. In seiner Studie „Capitalism and Modern Social Theory“¹¹⁵ widerspricht Giddens der Theorie der „Social Action“ von Parsons und bricht mit dem Mainstream der soziologischen Auffassungen der Zeit. Statt der AGIL-Schemata schlägt er die Strukturierung von Klassen vor und verbindet somit die Klassentheorie von Marx mit dem bipolaren Gesellschaftskonzept Webers.¹¹⁶ Er selbst bezeichnet seinen Zugang als „creative appropriation from Max Weber as well as from Marx [...] which owes much more to Marx than to Weber“¹¹⁷. In seiner Strukturanalyse stützt er sich auf das Klassenmodell von Marx, erlaubt jedoch die „hierarchische Differenzierung von Klassenlagen“¹¹⁸, indem er in der Marx'schen Klassenstruktur von Besitzern und Nicht-Besitzern auch den Arbeitern - je nach Qualifikation und Verhandlungskompetenz - Eigentumsrechte zuschreibt.¹¹⁹

Giddens betrachtet funktionale Erklärungen von Handlungsmustern als zu einseitig und deterministisch, da diese darauf abzielen, Handlungen einzuschränken und zu vereinfachen. Stattdessen schlägt Giddens einen prozeduralen Strukturbegriff vor und betont, dass:

114 Vgl. Andreas Reckwitz: Der verschobene Problemzusammenhang des Funktionalismus. Von der Ontologie der sozialen Zweckhaftigkeit zu den Raum-Zeit-Distanzierungen, in: Jens Jetzkowitz/Carsten Stark (Hrsg.): Soziologischer Funktionalismus: Zur Methodologie einer Theorietradition, Opladen 2003, S. 57-81, hier S. 65f.

115 Vgl. Anthony Giddens: Capitalism and Modern Social Theory. An analysis of the writings Marx, Durkheim and Max Weber, Cambridge, London, New York, Melbourne 1971.

116 Vgl. Hans Joas: Giddens Theorie der Strukturbildung. Einführende Bemerkungen zu einer soziologischen Transformation der Praxisphilosophie, in: Zeitschrift für Soziologie, Jg. 15, 1986 (4), S. 237-245, hier S. 238.

117 Anthony Giddens: New Roles of Sociological Method: A Positive Critique of Interpretative Sociologies, London 1976, n. Reinhard Kreckel: Klassenstrukturanalyse zwischen Marx und Weber, in: Soziologische Revue, 1980 (3), S. 251-259, hier S. 254.; Vgl. auch Anthony Giddens: Central Problems in Social Theory. Action, Structure and Contradiction in Social Analysis, London/Basingstoke 1979, S. 109f.

118 Reinhard Kreckel 1980, S. 254.

119 Vgl. ebd.

„structural properties of social systems are both the medium and the outcome of the practices that constitute those systems. The theory of structuration, thus formulated, rejects any differentiation of synchrony and diachrony or statics and dynamics. [...] structure is both enabling and constraining [...]“.¹²⁰ Damit gelangen Prozesse der Strukturbildung in den Fokus seiner Handlungstheorie, die zugleich dem Voluntarismus und dem Determinismus zu begegnen versucht. Mit seiner dualen Handlungsstruktur widersetzt sich Giddens der voluntaristischen Handlungstheorie von Parsons, „by which he (Parsons, Ergänzung, M.B.) refers primarily to the purposive character of human conduct, and to the capability of actors to choose between different goals or projects.“¹²¹ In der voluntaristischen Denkweise erkennt Giddens den Grund dafür, dass das von Parsons beschriebene „Hobbesian problem of order“ in dem Modell ungelöst bleibt und stellt die kritische Frage, „how purposiveness or a diversity of wills is compatible with order“¹²². Auf diese Weise spricht Giddens auch das häufig mit Kritik versehene normative Schweigekonzept von Parsons an, das die unintendierten Handlungsfolgen unberücksichtigt lässt. Gerade die unbeabsichtigten Handlungskonsequenzen bilden den Kern von Giddens Strukturationstheorie, in der im Unterschied zu Parsons System und Struktur klar voneinander unterschieden werden. Als System bezeichnet Giddens die Summe der reproduzierten unbeabsichtigten Handlungen, die er von den determinierten Strukturen befreit.¹²³ Hierfür greift Giddens auf die geschichtlichen Kontinuitäten der Handlungen zurück: „We may agree, in the sense that every process of action is a production of something new, a fresh act; but at the same time all action exists in continuity with the past, which supplies the means of its initiation.“¹²⁴ Struktur versteht Giddens als Produktionsbestandteil von Handlungen, „even in the most radical processes of social change which, like any others, occur in time“.¹²⁵

Wie lassen sich die Funktionalismuskritik und die Äquivalenztheorie mit dem Vorhaben der vorliegenden Arbeit verbinden? Der Argumentationslinie Luhmanns und Giddens folgend, führen die Handlungen einschränkende Strukturen zur Enthistorisierung (näher erläutert im Kapitel 2.6.2) und Destruktion und somit zur Destabilisierung des Systems, das ohne die Reproduktion seiner Elemente zerfällt. Dabei verhalten sich die Elemente des Systems im Hinblick auf ihre systemerhaltende Funktion gegenseitig als funktionale Äquivalente, um

120 Vgl. Giddens 1979, S. 69.

121 Vgl. ebd., S. 253f.

122 Ebd. 254.

123 Vgl. Joas 1986, S. 240.

124 Giddens 1979, S. 70.

125 Ebd.

das System aufrechtzuerhalten. Doch allein die auf Normen und Ressourcen basierten Interaktionen reichen zur Aufrechterhaltung der Systemstabilität nicht aus. Giddens erteilt der „pragmatic acceptance of normative prescriptions as ‘facts’ of the circumstances of action“¹²⁶ von Parsons eine Absage und betont, dass die Reproduktionsabläufe durch die „(dialectic) control of the setting“ in Raum („front/back regions“) und Zeit gesichert werden. Dadurch wird auch die Systemstabilität gewährleistet. Besonders relevant werden im empirischen Teil der vorliegenden Arbeit der Zugang der analytischen Breite und die Distanzierung vom klassischen Funktionalismus in den Fällen, wo die funktionale Achse in dem Cleavage-Konzept nicht erklärbar ist. In diesem Fall stellt sich zum einen die Frage, inwiefern die funktionale Äquivalenz, also die Aufhebung der funktionalen Differenzierung die Erklärungen auf ihrer Achse relativiert und die Cleavages auf der ökonomischen Dimension schwächt. Zum anderen wird danach gefragt, inwiefern die Konflikte auf der kulturellen Achse samt ihren historisch-kulturellen Ausprägungen Erklärungsalternativen bieten können.

Der historische Zugang soll auf dem von Max Weber definierten Weg erfolgen, der die „[...] (hypothetischen) Gesetze und Faktoren [...] lediglich als Mittel zur Erreichung des Erkenntnisinteresses betrachtet. Als Aufgabe der Soziologie sieht Weber die „Verständlichmachung“ der Bedeutung von historischen Prägungen auf die Gegenwart, um „Zukunftskonstellationen“ abschätzen zu können. Dabei soll die Zurückverfolgung der historischen Eigenheiten „so weit in die Vergangenheit als möglich“ erfolgen, und zu der Erkenntnis des „so-und-nicht-anders-Gewordenseins“ beitragen.¹²⁷

2.5 Der Anwendungsfall Ungarn im postsozialistischen Kontext

Abgeleitet aus den theoretischen Überlegungen und der kritischen Auseinandersetzung mit den Anpassungen des Cleavage-Konzepts gilt es im nächsten Schritt, das Untersuchungsdesign für den Anwendungsfall Ungarn festzulegen, das sowohl im historischen wie auch im empirischen Teil der Arbeit Anwendung findet.

Ungarn ist (zu häufig) Teil komparatistischer Studien mit dem Referenzpunkt „Ostmitteleuropa“, die mitunter zu Lasten der inhaltlichen Tiefe gehen. Das gilt für die

126 Vgl. ebd., S. 208.

127 Max Weber: Soziologie, Universalgeschichtliche Analysen und Politik, Stuttgart 1973, S. 174.

Parteienforschung,¹²⁸ aber auch für die politische Kulturforschung.¹²⁹ Schon die kommunistische Epoche bringt durch den Kádárismus sowie die eigene Konfliktlinienstruktur Unterschiede zu den anderen ostmitteleuropäischen Staaten mit sich, die in der Forschung nur am Rande berücksichtigt werden. Insgesamt fehlt es bislang an Erklärungsmustern dafür, wie es nach einer allgemein als erfolgreich und abgeschlossen beurteilten Transformation von der Diktatur hin zur Demokratie zu erneuten extremistischen und populistischen Ausschreitungen kommen kann. Hängt es einerseits mit einem ungarischen „Post-EU-Beitrittssyndrom“¹³⁰ zusammen, wonach Europäisierungstendenzen im nationalen Parteiensystem bislang kaum vertreten sind? Oder lässt sich die ungarische Entwicklung vor dem Hintergrund von wenig ausgeprägten Cleavage-Strukturen erklären, denen in der ungarischen Gesellschaft kein politischer Geltungsbereich beigemessen wird? Andererseits wäre es angesichts der verspäteten innenpolitischen Krise in Ungarn falsch akzentuiert, von Transformationspopulismus¹³¹ oder Transformationsrechtsextremismus zu sprechen. Die politikwissenschaftlichen Analysen über Ungarn fokussieren verstärkt auf die Phase der Posttransformation¹³², die jedoch ohne Bezug auf die historischen legacies aus der Zeit des Sozialismus sowie der Zwischen- und Vorkriegszeit nur schwer nachvollziehbar ist. Die verständliche Ignoranz der historischen Erbschaften bei der Analyse der ungarischen Tagespolitik kann - wie 2012, 2013 und 2015 - zur internationalen medialen „Schwarzseherei“ führen, die dazu tendiert, Ungarn als eine softe Diktatur zu stigmatisieren.¹³³

128 Vgl. Radoslaw Markowski: Political Parties and Ideological Spaces in East Central Europe, in: Communist and Post-Communist Studies, Jg. 30 1997 (3), S. 221-254; Tom Thieme, Hammer, Sichel, Hakenkreuz. Parteipolitischer Extremismus in Ostmitteleuropa: Entstehungsbedingungen und Erscheinungsformen, Baden-Baden 2007.

129 Vgl. Ludger Helms, Die politischen Kulturen Osteuropas: Vielfalt und Differenz, in: Osteuropa, Jg. 57, 2007 (7), S. 13-26.

130 So die Kernthese des Landesexperten Attila Ágh (Beitrag zu Ungarn) auf der Internationalen Konferenz der Deutschen Gesellschaft für Osteuropakunde in Zusammenarbeit mit dem Auswärtigen Amt zum Thema „Der EU-Erweiterungsprozess und das „Post-Beitritt-Syndrom“. Extremismus, Populismus und politische Kultur bei den neuen EU-Mitgliedsstaaten am 7./8. November 2007 in Berlin.

131 Das tut für den ostmitteleuropäischen Raum, Ungarn eingeschlossen, Marianne Kneuer. Vgl. Dies., Die Stabilität populistischer Regierungen am Beispiel der slowakischen HZDS: Wechselwirkungen innen- und außenpolitischer Prozesse, in: Susanne Frölich-Steffen/Lars Rensmann (Hrsg.): Populisten an der Macht: Populistische Regierungsparteien in Ost- und Westeuropa, Wien 2005, S. 149-171, hier S. 168.

132 Siehe dazu beispielsweise u.a. die Debatten in der wissenschaftlichen Zeitschrift Osteuropa, Jg. 61, 2011 (12), Sonderausgabe zu Ungarn oder auch Odbjorn Knutsen: Social structure, social coalitions and party choice in Hungary, in: Communist & Post-Communist Studies, Jg. 46, 2013 (3), S. 25-38.

133 Siehe die Berichterstattung des Kinderkanals von ARD über Ungarn im Mai 2013 oder auch den Bericht auf: <http://europa.deutschlandfunk.de/2013/04/18/in-europa-entsteht-eine-diktatur/>.

2.5.1 Diskontinuitäts- vs. Kontinuitätshypothese

Lipset und Rokkan bestimmen Parteien als Akteure, die die Interessenkonflikte und die verborgenen Spannungen einer sozialen Struktur widerspiegeln und nach Anhängern suchen, die sich mit dem Konflikt identifizieren.¹³⁴ Innerhalb der Politikwissenschaft hat das Konzept der Cleavages als Schlüssel einen zentralen Platz erhalten; nicht nur bei der Analyse von Parteiensystemen, sondern auch als soziologisches Modell des Wählerverhaltens.¹³⁵ Die Anwendbarkeit der Theorie auf die jungen Demokratiesysteme Ostmitteleuropas ist in der Literatur allerdings umstritten.¹³⁶ Allgemein ist diskussionswürdig, welche soziopolitischen Gegensätze zu beschreiben sind, und wie eine Wechselwirkung mit dem Parteiensystem konstatiert werden kann. Für Ostmitteleuropa stellt sich die Frage, ob Brüche in der Gesellschaft konjunkturell durch die Transformation bedingt oder historisch verankert sind. Diskussionen zur Übertragbarkeit des Modells auf Osteuropa verlaufen entlang der Kontinuitäts- und Diskontinuitätshypothese. Die Vertreter der „Freezing-These“¹³⁷ erwarteten die Wiederkehr der im Sozialismus eingefrorenen Konfliktlinien ähnlich wie die westeuropäischen Cleavages von den zwanziger bis sechziger Jahren. Die graduelle Entwicklung von Cleavages sei durch die autoritären kommunistischen Regime lediglich unterbrochen worden und das Muster der vorkommunistischen Parteiensysteme, die im Sozialismus eingefroren waren, werde sich wieder durchsetzen wie Erwartungen der Freezing-These lauten.

Die Annahmen der Diskontinuitätshypothese lassen die Anwendbarkeit der Cleavage-Theorie ins Schwanken geraten. Sie verleiten zu der „Stunde Null“-Theorie, die die postkommunistische Parteienlandschaft als einen Neuanfang definiert,¹³⁸ und weist zudem auf die Entwicklungen in Ostmitteleuropa nach dem Systemwechsel hin, als die Neugründungen „historischer Parteien“ ohne Erfolg verliefen.¹³⁹ Die Vertreter der tabula

134 Lipset/Rokkan, 1967, S. 5.

135 Vgl. Rüdiger Schmitt-Beck: Essay zu Seymour Lipset/Stein Rokkan (Hrsg.): Party Systems and Voter Alignments. Cross-National Perspectives, New York 1967, in: Steffen Kailitz (Hrsg.): Schlüsselwerke der Politikwissenschaft, Wiesbaden 2007, S. 251-255.

136 So Guido Tiemann: „Cleavages“ oder „Legacies“? Die Institutionalisierung und Struktur des politischen Wettbewerbs im postsozialistischen Osteuropa, in: Ellen Bos/Dieter Segert (Hrsg.): Osteuropäische Demokratien als Trendsetter? Parteien und Parteiensysteme nach dem Ende des Übergangsjahrzehnts, Opladen/Farmington Hills 2008, S. 33-55.

137 Die Freezing-These ruht auf die Aussage: „frozen party systems“ von Lipset und Rokkan in Bezug auf die Parteiensysteme der westlichen Industriestaaten. Vgl. Lipset/ Rokkan 1967, S.50.

138 Klaus von Beyme: 1994, S. 291.

139 Vgl. Tiemann 2008, S. 33-55, hier S. 37.

rasa-Hypothese¹⁴⁰ betonen die Abwesenheit von sozialen Cleavages, das chaotische sozio-ökonomische Umfeld nach der Systemtransformation und bezweifeln das Vorhandensein einer historischen Cleavage-Dimension. Bielasiaak begründet dies mit dem südamerikanischen Charakter der ostmitteleuropäischen Parteiensysteme, die nach 1989/90 - ähnlich wie die Staaten in Lateinamerika - ihre Vergangenheit verdräng(t)en. Nach dem Ende der autoritären Systeme trat in den ostmitteleuropäischen Parteiensystemen folglich eine Stunde-Null ein.¹⁴¹ Kitschelt betont zudem, dass die zivilgesellschaftliche Inkompetenz und das internationale Umfeld die Herausbildung eines Cleavage-Systems im ostmitteleuropäischen Raum verhinderten und zugleich eine Situation der „There is no alternative“ begünstigten.¹⁴² Grotz stellt in einer ländervergleichenden Untersuchung für den ungarischen politischen Wettbewerb bis zum Jahr 1998 fest, dass „die bisherige Parteiensystementwicklung im post-sozialistischen Ungarn nicht auf die Existenz festgefügtter social cleavages hindeutet [...],“¹⁴³ zumal es an einer tradierten Parteienbindung der Wähler mangelt.¹⁴⁴

Bei ausschließlicher Betrachtung des Transformationsmoments mögen diese Beobachtungen zwar richtig erscheinen. Werden jedoch die historischen, von dem Systemwechsel losgelösten parteiförmigen Konfliktkonstellationen analysiert, müssen die Stunde-Null-Annahmen relativiert werden. So konnte sich zum Beispiel die FGKP, deren Gründung auf das Jahr 1908 zurückgeht, bis 2002 im ungarischen Parteienwettbewerb behaupten. Sie bildete sogar in zwei von vier Legislaturperioden eine Mit-Regierungspartei. Die 1943 gegründete KDNP war von 1990 bis 1994 ein Teil der Antall-Regierung und konnte nach langer Pause 2006 erneut ins Parlament einziehen. Heute bildet die KDNP zusammen mit Fidesz die Regierung. Die Wurzeln des MSZP-Vorgängers, der MSZMP, liegen in der sozialistischen Diktatur; auch in der Demokratie entfaltet die Tradition der alten Kader eine Prägekraft. Nach dem schlechten Abschneiden der MSZP bei der Parlamentswahl und Europawahl 2014 befindet sich die Partei zwar in einer

140 Vgl. Herbert Kitschelt: Formation of Party Cleavages in Post Communist Democracies, in: Party Politics Jg. 1, 1995 (4), S. 447-472, hier 450.

141 Vgl. Jan Bielasiaak: Substance and Process in the Development of Party Systems in East Central Europe, in: Communist and Post-Communist Studies, Jg. 30, 1997 (1), S. 23-44, hier S. 24.

142 Kitschelt 1995.

143 Florian Grotz: Politische Institutionen und post-sozialistische Parteiensysteme in Ostmitteleuropa, Opladen 2000, S. 277.

144 Vgl. ebd., S. 278.

Legitimationskrise; langfristig wird sie jedoch aus dem ungarischen Parteiensystem nicht wegzudenken sein.

2.5.2 „Post-Cleavages“ und Operationalisierungsprobleme

Neben der konzeptuellen Erweiterung und der Theoriekritik soll in diesem Kapitel nochmals die Frage: „Was macht Cleavages zu Cleavages“ aufgegriffen und vor dem Hintergrund der wissenschaftlichen Diskussion über Konfliktlinien versus Ersatz-Streit-Themen beantwortet werden. Dabei wird auf die Problematik der „Dichotomisierung“ und der sozio-demographischen Fixierung bei der Operationalisierung eingegangen.

Einer der Hauptkritiker und wichtigster „Weiterentwickler“ der Cleavage-Theorie ist Peter Mair, der aus der systemtheoretischen Perspektive David Eastons die Anwendbarkeit der Theorie auf die ostmitteleuropäischen Staaten in Zweifel zieht. Mair unterstreicht, dass mit dem Zusammenbruch des Sozialismus die jungen Demokratien mit den Anforderungen an die neuen Systeme überladen waren. Demzufolge entstand ein „demand input overload“¹⁴⁵, in dem die neuen politischen Systeme mit der Neuformung nationaler Identitäten, sozialer Strukturen und zugleich mit der ökonomischen Transformation „beauftragt“ wurden. Die Neuorientierung erschwerte die Bildung einer politischen Elite und eines stabilen Parteiensystems erheblich, wie Mair betont.¹⁴⁶ Er nimmt an, dass in Ostmitteleuropa der intensive Wettbewerb auf dem politischen Markt nach dem Zusammenbruch des Sozialismus das Parteiensystem destabilisierte.¹⁴⁷ Für die definitorische Eingrenzung des Cleavage-Begriffs¹⁴⁸ entwickelten Mair und Gallagher eine „bahnbrechende“ Typologisierung¹⁴⁹. Sie legten drei strukturelle Kennzeichen fest, die zur Entstehung eines Cleavages unabdingbar sind: 1. innerhalb einer Gesellschaft müssen Konflikte auf sozialen Unterschieden beruhen,¹⁵⁰ die zweitens den Willen zur kollektiven Handlung entlang der gemeinsamen Identität der Gruppe erfordern.¹⁵¹ Drittens wird das Vorhandensein einer

145 David Easton: 1965, S. 58.

146 Vgl.: Peter Mair: Party System Change. Approaches and Interpretations, Oxford 1997, S. 196f.

147 Mair 1997 n. Márkus 1998., S. 5.

148 Skeptiker wie Jon Elster sowie die Autoren in Kay Lawson et al. weisen zudem auf die fehlende Eingrenzung des Cleavage-Begriffs hin, Vgl. Jon Elster/Claus Offe/Ulrich Preß: Institutional Design in Post-Communist Societies. Rebuilding the Ship in the Sea, Cambridge 1998.

149 Vgl. Tom Gallagher/Michael Laver/Peter Mair: Representative Government in Western Europe. New York 1992.

150 Vgl. Holländer 2003, S. 74.

151 Vgl. ebd., S. 75.

Organisation (z.B. religiöse Einrichtungen, Parteien, Verbände) betont, die dem Gruppeninteresse dient.¹⁵²

Bartolini und Mair¹⁵³ setzen den Fokus bei der Analyse von 303 Wahlen in dreizehn westeuropäischen Ländern auf Kontinuitäten im Wählerverhalten, die sowohl das Parteiensystem bestimmen als auch die gesellschaftlichen Cleavages symbolisieren sollen.¹⁵⁴ Dementsprechend wird in dem Modell eine Brücke zwischen der sozialen Struktur und der politischen Ordnung formuliert. Die Dynamik des Modells ist darin begründet, dass Konfliktlinien als Ergebnis von Entwicklungsprozessen vorgestellt werden.¹⁵⁵

Der ungarische Parteienforscher Dániel Róna hat die strukturellen Merkmale Mair's und Gallaghers enger gefasst und diese in eine empirische, normative und strukturelle Ebene eingeteilt. Róna macht die Cleavages von dem Vorhandensein von drei Merkmalen abhängig: Erstens müssen die Konflikte auf dauerhaften sozio-demographischen Unterschieden basieren, die die Gesellschaft entlang den Konflikten innerhalb der politisch agierenden Gruppen teilen. Diese Ebene bezeichnet er als die empirische Ebene, die dazu dienen soll, die sozio-demographischen Charakteristika einer Gesellschaft zur Untersuchung heranzuziehen. Zweitens müssen die konfliktgebundenen Werte und Attitüden der gesellschaftlichen Gruppen mit den Ideologien und Programmen der „gleichstehenden“ Parteien identisch sein. Diese Voraussetzung verortet er auf der normativen Ebene. Drittens muss sich auf der strukturellen Ebene die soziokulturelle Eigenheit der politischen Elite mit den Parteipositionen innerhalb der Konflikte decken, und hinter den Parteien müssen sich entsprechende Interessenvertretungen etablieren.¹⁵⁶ Im Anschluss an die strukturellen Merkmale von Gallagher und Mair setzt Róna ebenfalls voraus, dass alle drei Merkmale zur gleichen Zeit vorhanden sein müssen. Wenn dies nicht erfüllt ist, ist es sinnvoll, den Cleavage-Begriff durch weichere Konfliktdimensionen zu ersetzen¹⁵⁷ und die schwachen oder starken Ausprägungen von „Cleavages“ auf allen drei Ebenen genau zu bestimmen.¹⁵⁸

152 Vgl. ebd.

153 Stefano Bartolini/Peter Mair: *Identity, Competition, and Electoral Availability. The Stabilisation of European Electorates. 1885-1985*, Cambridge 1990.

154 Susanne Pickel: Stefano Bartolini/Peter Mair: *Identity, Competition, and Electoral Availability. The Stabilisation of European Electorates. 1885-1985*, Cambridge 1990, in: Kailitz 2007, S. 42-45, hier S. 43.

155 Vgl. Peter Flora/Elisabeth Fix (Hrsg.): *Stein Rokkan. Staat, Nation und Demokratie in Europa. Die Theorie Stein Rokkans aus seinen gesammelten Werken rekonstruiert und eingeleitet von Peter Flora*, Frankfurt am Main 2000, S. 54.

156 Dániel Róna: *A törésvonal fogalma a politikatudományban [Die Cleavage-Definition in der Politikwissenschaft]*, in: *Review of Political Science*, 2008 (4), S. 121-144, hier S. 138f.

157 Vgl. Kevin Deegan-Krause: *New dimensions of political cleavage*, Oxford 2007, n. Róna 2008.

158 Róna 2008, S. 140.

Deegan-Krause hat hierfür eine Typologie ausgearbeitet. Er bezeichnet den Umstand eines Konflikts, in dem nur eine von den drei Ebenen ausgeprägt ist, als Unterschied (difference). Für den Fall, dass zwei Ebenen vorhanden sind, spricht er von Spaltung (divide).¹⁵⁹ Sind die empirischen und die normativen Ebenen vorhanden, fehlt es jedoch an der Politisierung der Bevölkerung, kann die Spaltung als eine „position divide“ bezeichnet werden. Werden aber den Parteien Stimmen ohne die Akzeptanz ihrer Ideologie vergeben, liegt nach Deegan-Krause ein „census-divide“ vor. Die dritte Ausprägung entsteht, wenn sowohl die normativen als auch die strukturelle Ebenen beim Wahlverhalten vorhanden sind, aber es an einem tradierten sozio-demographischen Merkmal der Gruppe mangelt. In diesem Fall spricht Deegan-Krause von einem „issue-divide“.

2.5.2.1. Enthistorisierung der Cleavages

Trotz des differenzierteren Konzepts von Deegan-Krause und Róna mangelt es jedoch an der kritischen Betrachtung des funktionalistischen Erklärungsmodells für das Wahlverhalten. Das soziostrukturelle Operationalisierungskorsett bleibt ebenfalls unberührt. Auch wenn die Kategorisierung von Cleavages nach ihrer Ausprägung dem Cleavage-Konzept eine inhaltliche Schärfe gibt, bleiben die sozio-demographischen Merkmale von gesellschaftlichen Gruppen Gegenstand von Momentaufnahmen. Ferner verengt die „Dichotomisierung“ des Konzepts die Variablenbildung bei der Operationalisierung der Cleavages, wodurch die Cleavage-Variablen gänzlich „enthistorisiert“ werden. Auch die an das Konzept des postmaterialistischen Wertewandels¹⁶⁰ angelehnte Wertekonflikt-Debatte in den westeuropäischen Staaten stellt die Enthistorisierung des Modells in den Fokus der Auseinandersetzungen über die Legitimation der ahistorischen Cleavages. Vertreter eines engen Cleavage-Begriffs lehnen die postmaterialistischen Werte als „value cleavages“ ab, was sie allein mit der fehlenden soziostrukturellen Einbettung der Konflikte begründen. Demzufolge zweifeln sie die Herausbildung von neuen Cleavages ebenfalls an.¹⁶¹

Die Enthistorisierung des Cleavage-Modells beeinflusste die Arbeit von Daniel Bell, der den Terminus der postindustriellen Gesellschaft von David Riesman¹⁶² auf die Cleavage-Strukturen angewendet hat. In seinem Werk „Coming of Post-Industrial Society“¹⁶³ spricht

159 Vgl. Deegan-Krause, Kevin: New dimensions of political cleavage, Oxford 2007.

160 Vgl. Inglehart 1990.

161 Vgl. Falter/Schoen 2005 und Knutsen/Scarborough 1995.

162 David Riesman: Leisure and Work in Post-Industrial Society, in: Eric Larra- bee/Rolf Meversohn (Hrsg.): Mass Leisure, Glencoe 1958, S. 358-370.

163 Daniel Bell: Coming of Post-Industrial Society. A Venture in Social Forecasting, New York 1973/1976.

Bell von einem neu aufkommenden Wertekonflikt, der als Ergebnis der postindustriellen Revolution auf das Wahlverhalten wirkt. Innerhalb der westeuropäischen Politikwissenschaft stieß das Konzept des „value cleavage“ auf bemerkenswerte Resonanz, mit dem die materialistische „Alte Politik“ von der nicht-materialistischen „Neuen Politik“¹⁶⁴ abgegrenzt wurde und der alte Klassenkonflikt durch die „Neue Linke“ versus die „Neue Rechte“ ersetzt wurde. Flanagan bedient sich somit zwar aus der Theorie des postmaterialistischen Wertewandels von Inglehart, trennt aber die neu definierten ökonomischen und kulturell-ideologischen Konfliktlinien klar voneinander.¹⁶⁵ Selbst Lipset reflektiert in seinen späteren Arbeiten auf diese Debatten und weist auf neue Konfliktlinien im Postindustrialismus hin.¹⁶⁶¹⁶⁷

Die Enthistorisierer stützen ihre Operationalisierung auf die normative Feststellung der „Herauslösung aus traditionellen Bindungen“¹⁶⁸ und bedienen sich Variablen, die im Zuge der Säkularisierungsprozesse und der Tertiarisierung der Beschäftigungsverhältnisse sowohl die tradierten soziostrukturellen wie auch die Klassen-Cleavages hinterfragen oder weglassen. Selbst Lipset relativiert die Bedeutung des Klassenbewusstseins als einziger Faktor für die Cleavage-Bildung.¹⁶⁹ In den meisten „value cleavage“-Studien werden Variablen der Religiosität und Konfession, des Bildungsniveaus und der Beschäftigungsart für die Falsifizierung der Cleavage-Theorie herangezogen, die entgegen prozessualen Messungen eher dem Charakter von empirischen Momentaufnahmen gleichen und historische Eigenheiten ausklammern.

Die Diskussion über die Anwendbarkeit des Cleavage-Konzepts auf die postsozialistischen Staaten verläuft ebenfalls entlang der Ent- versus Rehistorisierung. Nach dem

164 Kendall L. Baker/Russell J. Dalton/Kai Hildebrandt: *Germany Transformed. Political Culture and the New Politics*, Cambridge 1981.

165 Vgl. Scott C. Flanagan: *Value change in industrial societies*, in: *American Political Science Review*, Jg. 81, 1987, S. 1303-1319.

166 Vgl. Terry Nichols Clark/Seymour Martin Lipset (Hrsg.): *The Breakdown of Class Politics*, Baltimore 2001, S. 7.

167 Weiterführend siehe: Ivor Crewe et al.: *Partisan dealignment in Britain 1964-1974*, in: *British Journal of Political Science*, 1977 (7), S. 129-90; Norman Nie/Sidney Verba/John Petrocik: *The Changing American Voter*, Cambridge 1976; Russell J. Dalton/Scott Flanagan/Paul Allen Beck (Hrsg.): *Electoral Change in Advanced Industrial Democracies: Realignment or Dealignment?* Princeton 1984 und Mark Franklin: *The Decline of Class Voting in Britain: Changes in the Basis of Electoral Choice, 1964-1983*, Oxford 1985.

168 Martin Heidenreich: *Die subjektive Modernisierung fortgeschrittener Arbeitsgesellschaften*, in: *Soziale Welt*, Jg. 47, 1996 (1), S. 24-43, hier S. 24.

169 Vgl. Seymour Martin Lipset: *Cleavages, Parties and Democracy*, in: *Karvonen/Kuhnle 2002*, S. 5-9, hier S. 6.

Systemwechsel wurden Parteien in Ostmitteleuropa als „children of revolution“¹⁷⁰ betrachtet, jedoch nicht im Sinne Hans Daalders, der die moderne Partei als „child of the Industrial Revolution“ bezeichnete.¹⁷¹ Vielmehr tauchten Parteien als traditionslose aus dem annus mirabilis entsprungene Entitäten auf. Insgesamt gilt, dass die Mehrheit der Enthistorisierer der Cleavages die Spaltungen in den postsozialistischen Staaten durch die Brille des Übergangprozesses von der Plan- zur Marktwirtschaft betrachten und folglich die Konfliktlinien daran festmachen. So verwundert es nicht, dass als Hauptkonflikt der Gegensatz zwischen den Anhängern der marktwirtschaftlichen Reformen versus den Befürwortern eines regulierenden Staates¹⁷² bzw. zwischen Marktwirtschaft und der Beibehaltung von sozialistischen Strukturen¹⁷³ benannt werden. Häufig ist auch von „winners“ und „losers“¹⁷⁴ die Rede. Aus dem wirtschaftlichen „Konflikt erster Ordnung“¹⁷⁵ lässt sich auch die für den Fall Ungarn relevante „Modernisierung“ des Cleavage-Konzepts von Herbert Kitschelt ableiten. Kitschelt hat die Theorie aus einer ostmitteleuropäischen Perspektive weiterentwickelt. Er schlägt vor, Parteiensysteme in dem postkommunistischen Raum anhand der wirtschaftlichen Programmatik und der Gestaltung des politischen Systems zu kategorisieren. Demgemäß definiert er zwei Parteientypen: die klientelistischen Parteien und die Programmparteien und prüft ihre Programmatik auf drei Analyseebenen. Die erste Gruppe bilden die liberalen Parteien mit Werten der Säkularisierung, Toleranz, zivilen Freiheiten, der „milden“ Entkommunisierung, Marktorientierung, Kosmopolitismus und westlicher Orientierung. Auf der zweiten Ebene finden sich die christlich-nationalen Parteien, die sich durch Begriffe wie soziale Ordnung, Autorität, kollektiver Moral, „radikale“ Entkommunisierung und nationale Autonomie definieren. Und auf der dritten Ebene nehmen die post-kommunistischen oder sozialdemokratischen Parteien mit

170 János Simon: The Change of Function of Political Parties at the Turn of Millennium, Working Papers 221, n. Florian Eckert: Wie soll man osteuropäische Parteien einteilen, in: Mitteilungen des Instituts für Deutsches und Europäisches Parteienrecht und Parteienforschung (PRuF), Jg. 12, 2004/2005 (12), S. 30-39, hier S. 30.

171 Hans Daalder: State formation, parties and democracy. Studies in comparative European perspectives, abrufbar unter: http://www.dbnl.org/tekst/daal024stat01_01/daal024stat01_01_0008.php, S. 77 (Das hier zitierte Kapitel ist zuerst erschienen in: Joseph La Polambara/Myron Weiner (Hrsg.): Political Parties and Political Development, Princeton 1966.

172 Vgl. Paul Lewis: Political Parties in Post-Communist Eastern-Europe, London/New York 2000, S. 145.

173 Vgl. Erhard Crome: Politische Stabilität im Osten Europas und ihre ethnisch-nationalen Gefährdungen, in: Dieter Segert (Hrsg.): Konfliktregulierung durch Parteien und politische Stabilität in Ostmitteleuropa, Frankfurt am Main 1994, S. 187-205, hier S. S. 198.

174 Vgl. George Blazycyca: The Politics of Economic Transformation, in: Stephen White/Judy Batt/Paul Lewis (Hrsg.): Development in Central and Eastern European Politics, 2. Aufl., London 1998, S. 206.

175 Richard Stöss/Dieter Segert: Entstehung, Struktur und Entwicklung von Parteiensystemen nach 1989. Eine Bilanz, in: Dieter Segert/Richard Stöss/Oskar Niedermeyer (Hrsg.): Parteiensysteme in postkommunistischen Gesellschaften Osteuropas, Opladen 1997, S. 379- 429, hier S. 400.

Charakterzügen der sogenannten Express-Liberalen den Platz ein, die den sozialen Libertarismus, aber auch den ökonomischen Populismus vertreten.¹⁷⁶

Als Weiterentwicklung der Theorie von Kitschelt gelten beispielsweise die Überlegungen von Inglehart, die auf dem postmaterialistischen Wertewandel basieren und auch für den ostmitteleuropäischen Raum angewendet werden. Die „moderne“ Konfliktlinie bezeichnet er als den Cleavage zwischen Materialisten und Post-Materialisten. Die Bildung von gegenseitigen Referenzpunkten unter den Vertretern der „reduzierten“ Cleavage-Konzepte führt zu der Annahme, dass “each case, social change, and the social problems arising from economic restructuring are likely to continue to exert a significant influence on politics throughout the region“¹⁷⁷.

2.5.2.1.1 Post-Kommunist und EU-Cleavage

Der Cleavage Post-Kommunist vs. Anti-Post-Kommunist fügt sich in diese Debatte ein: Der Konflikt wird unter der Partielite zum einen zwischen den „sozialkonservativen Traditionalisten“¹⁷⁸, zum anderen zwischen den „Abkömmlingen der kommunistischen Einheitsparteien“¹⁷⁹ ausgetragen. Dieser Streit konnte sich aufgrund der verpassten Gründung neuer sozialdemokratischer Partei nach dem Systemwechsel am politischen Leben erhalten.¹⁸⁰ Die „leninist legacies“¹⁸¹ werden zusammen mit dem Generationenkonflikt alt versus jung aus wirtschaftlichen Gesichtspunkten erklärt, da der ökonomische Wandel vorrangig bei der jüngeren Generation auf Akzeptanz stößt. Daraus ableitend spricht Glaeßner von einer durch Strukturkonservative und Modernisierer zweigeteilten osteuropäischen Gesellschaft¹⁸².

Die enthistorisierte Ökonomisierung der Cleavages erfuhr eine neue Dimension mit der ostmitteleuropäischen EU- Erweiterung am 1. Mai 2004, als die euroskeptische Haltung des Westens, die Ablehnung der „Idee Europa“ oder die Kritik an dem institutionellen System

176 Herbert Kitschelt: Die Entwicklung post-sozialistischer Parteiensysteme. Vergleichende Perspektiven, in: Hellmut Wollmann/Helmut Wiesenthal/Frank Bönker (Hrsg.): Transformation sozialistischer Gesellschaften: Am Ende des Anfangs, Leviathan, Sonderheft Jg. 15, 1995, S. 475-508.

177 Terry Cox: The Politics of Social Change, in: Stephen White et al. 1998, S. 216-234, hier S. 233.

178 Kai-Olaf Lang: Wallungen des Grolls, in: Internationale Politik, Jg. 67, 2007 (10), S. 58-63, hier S. 60.

179 Kai-Olaf Lang: Systemtransformation in Osteuropa. Eine erste Erfolgsbilanz, in: Aus Politik und Zeitgeschichte, 2001 (15), S. 13-21, hier S. 18.

180 Vgl. ebd.

181 Whitefield 2002, S. 184.

182 Vgl. Gert-Joachim Glaeßner: Demokratie nach dem Ende des Kommunismus, Opladen 1994.

EU ebenfalls im ostmitteleuropäischen Raum angekommen zu sein schien.¹⁸³ Entstehung und Erfolg euroskeptischer Parteien in den ostmitteleuropäischen Staaten rückten in den Blickpunkt zahlreicher Analysen, da diese Parteien wie in Ungarn, Polen, Tschechien oder der Slowakei Einfluss durch Regierungsbeteiligung entfaltet haben.¹⁸⁴ Vom Erbe des Beitritts¹⁸⁵ sowie Post-Beitritts-Syndrom¹⁸⁶ ist die Rede, zumal sich die hohen Erwartungen der Bevölkerung und Eliten, ein „Mehr an Wohlstand“ und Sicherheit durch den EU-Beitritt zu erreichen nicht erfüllt haben. Die EU in der Rolle eines „Contemporary-Cleavages“, der sich erst nach der Transformation aufgrund der ökonomischen und kulturellen Globalisierung etablieren konnte, erscheint zwar vor diesem Hintergrund als eine sinnvollere Ergänzung zu den klassischen Konfliktlinien, konkreter und fassbarer als der unspezifische, nicht fachwissenschaftlich diskutierte Globalisierung¹⁸⁷ versus Nationalismus-Konflikt. Aufgrund der traditions- und bislang strukturlosen Einstellungen der ostmitteleuropäischen Wähler gegenüber der Europäischen Union sollten die nationalen Wahlausgänge beeinflussenden Faktoren der EU-Erweiterung lediglich zusammen mit anderen Variablen betrachtet und analysiert werden. Entlang eines EU-Cleavages können Konflikte zwischen EU-Befürwortern und Europaskeptikern entstehen, die von politisch autoritären sowie ökonomisch protektionistisch ausgerichteten Parteien artikuliert werden.¹⁸⁸ Europaskeptische Positionen treten beispielsweise in Ungarn meist im Zusammenhang mit revisionistischen¹⁸⁹ und nationalistischen Forderungen auf. Den größten Gegenwind im Vorfeld des ungarischen EU-Beitritts leistete die rechtsradikale MIÉP, welche die „Enttäuschung durch den EU-Beitritt“, die „Beschädigung des Ungarntums“ mit

183 Vgl. Guido Tiemann: Euroskeptische Parteien zwischen Strategie und Ideologie, in: Amelie Kutter/Vera Trappmann (Hrsg.): Das Erbe des Beitritts. Europäisierung in Mittel- und Osteuropa, Baden-Baden 2006, S. 171-188, hier S. 171.

184 Zur Grundlage der Theorie von Euroskeptizismus und den euroskeptischen Parteien im ostmitteleuropäischen Raum vgl. Paul Taggart/Aleks Szczerbiak: The Party Politics of Euroscepticism in EU Member and Candidate States, Opposing Europe Research Network Working Paper No 6., Brighton 2002, S. 1-54.

185 Buchtitel von Amelie Kutter/Vera Trappmann (Hrsg.): Das Erbe des Beitritts. Europäisierung in Mittel- und Osteuropa, Baden-Baden 2006.

186 Vgl. Attila Ágh: Hungarian Politics in The Early 21st Century: Reforms and Post-EU Accession Crisis, in: Südosteuropa Mitteilungen, Jg. 48, 2008 (2), S. 68-81.

187 Globalisierung hat viele Gesichter und mehrere Dimensionen, vor allem eine wirtschaftliche, politische, kulturelle, kommunikationstechnische und soziale, vgl. Cas Mudde, Populist Radical Right Parties in Europe, Cambridge 2007, S. 184-197.

188 Vgl. Guido Tiemann: Euroskeptische Parteien zwischen Strategie und Ideologie, in: Amelie Kutter/Vera Trappmann (Hrsg.): Das Erbe des Beitritts. Europäisierung in Mittel- und Osteuropa, Baden-Baden 2006, S. 171-188, hier S. 185.

189 Revisionistische Forderungen äußern sich in dem Diskurs um die nach dem I. Weltkrieg, durch den Vertrag von Trianon 1920 verlorenen Gebiete.

„biologisch-nativistischer“¹⁹⁰ Rhetorik betonte¹⁹¹ und das Land vor den „alien business interests“ zu beschützen versuchte.¹⁹² Die Position des Fidesz, der trotz ähnlicher Wortwahl nicht das Bestreben hat, die EU abzuschaffen gilt als „EU-realistisch“ bzw. leicht europaskeptisch.¹⁹³ Die 2006 gegründete rechtsextreme Jobbik gilt als harter EU-Skeptiker, und sieht in der EU ein überbürokratisiertes Konstrukt, das danach strebt, durch den Souveränitätsabbau der Mitgliedstaaten und die „Delegitimierung der Werte der seit Jahrtausenden bestehenden europäischen christlichen Zivilisation“¹⁹⁴ einen Superstaat zu errichten.

Trotz der zunehmenden von ostmitteleuropäischen rechtspopulistischen Parteien formulierten Kritik an der EU mangelt es bislang in der mehrheitlich pro-europäisch gestimmten Bevölkerung an einer strukturellen und institutionalisierten Anti-EU-Revolution. Dieser Umstand motiviert die EU-kritischen Parteien dazu, bei innen- wie außenpolitischen Herausforderungen die EU zur Verantwortung zu ziehen. Es ist abzuwarten, ob die harten EU-Skeptiker und -Ablehner künftig in der Lage sein werden, einen peripheren Anti-EU-Cleavage „top down“ zu konstruieren, um ihre rechtspopulistischen und rechtsextremen Positionen zu stärken und zu verfestigen.

2.5.2.2. (Re)historisierung der Cleavages

Anlehnend an die theoretischen Überlegungen und kritische Auseinandersetzung mit der Cleavage-Theorie werden im weiteren Verlauf jene Konzepte berücksichtigt, die neben den Klassenmerkmalen auch die politischen Traditionen und die historischen Gegebenheiten ins Auge fassen. Dieser Vorgang ist insofern notwendig, als in Ungarn die Klassensolidarität und ihre Abbildung im Wahlverhalten entlang der klassischen links-rechts Dichotomie

190 Tim Beichelt/Michael Minkenberg: Rechtsradikalismus in Transformationsgesellschaften. Entstehungsbedingungen und Erklärungsmodell, in: Osteuropa, Jg. 52, 2002 (6), S. 248-262, hier S. 253.

191 Vgl. János Oláh: Nemzeti akarat [Volkswille], Interview mit Mátyás Szűrös vom 29.04.2009, auf: www.miep.hu/index.php?option=com_content&view=article&id=2393:nemzeti-akarat&catid=39:interju&Itemid=62, abgerufen am 02.05.2009, o.S.

192 Janusz Bugajski: Political Parties of Eastern Europe. A Guide to Politics in the Post Communist Era, Armonk u.a., 2002, S. 360.

193 Vgl. Jürgen Dieringer: Ungarn und Europa – Wandel des politischen Systems im Europäisierungsprozess, in: Aron Buzogány/Rolf Frankenberger (Hrsg.): Osteuropa. Politik, Wirtschaft und Gesellschaft, Baden-Baden 2007, S. 67-86, hier S. 70.

194 Jobbik's Antwort auf die Frage der ungarischen online Wahlhilfe anlässlich der Europawahl 2014, ob die EU eine Wertegemeinschaft sei, unter: <http://www.vokskabin.hu/de/Questionnaire/EuropeanParlament2014>, zuletzt abgerufen am 1.12.2016.

wenig ausgeprägt ist.¹⁹⁵ Dies belegen sowohl Studien der Jahrtausendwende¹⁹⁶ wie auch aktuelle Untersuchungen,¹⁹⁷ die den Wohnort und die regionale Zugehörigkeit als das Wahlverhalten beeinflussende Faktoren betrachten. Vor diesem Hintergrund erlangt die Analyse von historisch-kulturellen Determinanten für wahlgeographische Ausprägungen an Bedeutung.

Spätestens nach dem Ausgang der US-Wahlen 2016 sollten die Erhebungsmethoden der Meinungsforscher, die einen klaren Sieg für Hillary Clinton prognostizierten hinterfragt und die Analyseraster der makrosozialen Wahlforschung überdacht werden. Für die Einbeziehung von historischen Perspektiven plädieren in einem jüngsten Beitrag über die veränderte soziale Verankerung von Parteien auch die deutschen Parteienforscher Ulrich Eith und Gerd Mielke:¹⁹⁸ „Wahl- und Parteienforschung sind also gut beraten, wenn sie in den Konzepten des Cleavage-Ansatzes immer auch Destillate und Abstraktionen von höchstwahrscheinlich viel komplexeren und auch in mehreren Schattierungen und Differenzierungen auftretenden historischen Kontexten und Prozessen erkennen.“¹⁹⁹ Insbesondere sind die unter anderem von Eith und Mielke vorgeschlagenen historischen Pfadabhängigkeiten für die Analyse dann von Bedeutung, wenn der gegenwartsbezogene Querschnitt als unzureichende Projektionsfläche erscheint. Die Erforschung von historischen Wählermilieus mithilfe von wahlgeographischen Instrumenten berücksichtigt auch jene Sozialräume, in denen tradierte gesellschaftliche Strukturen vorhanden sind. Wahlgeographische Kontinuitäten könnten den Beweis für die funktionale Äquivalenz liefern; also dafür, dass Parteien innerhalb einer Parteifamilie für Wähler mit Wohnsitz aus der gleichen Region über einen längeren Zeitraum hinaus funktional gleichwertig sind.

195 Vgl. Oldbjorn Knutsen: Strukturális hatások, társadalmi koalíciók és pártválasztás [Strukturelle Einflüsse, gesellschaftliche Koalitionen und Parteisympathien], in: Tardos et al. 2011, S. 119-158., hier S.142.

196 Vgl. Róbert Angelusz/Róbert Tardos: A választói tömbök rejtett hálózata. Tömbösödés, törésvonalak, ideológiai-politikai dimenziók [Latente Netzwerke der Wähler. Blöcke, Konfliktlinien, ideologische-politische Dimensionen], in: Dies.: Törések, hálók, hidak. Választói magatartás és politikai tagoltság Magyarországon [Brüche, Netze, Brücken. Wählerverhalten und politische Teilung in Ungarn], Budapest 2005, S. 65-92.

197 Vgl. Tibor Závecz: Maradók, lemorzsolódók, érkezők – A pártokhoz való kötődések sajátosságai [Bleibende, Zurückgelassene, Ankommende - Die Eigenheiten der Parteizugehörigkeit] auf der Konferenz: Közvélemény-kutatók: Hogy állnak a pártok a ciklus-félidőben? [Meinungsforscher: Wie stehen die Parteien in der Halbzeit] am 21. April 2016 in Budapest.

198 Vgl. Ulrich Eith/Gerd Mielke: Gesellschaftlicher Strukturwandel und soziale Verankerung der Parteien, in: Elmar Wiesendahl (Hrsg.): Parteien und soziale Ungleichheit, Wiesbaden 2017, S. 39-64., hier S. 41.

199 Ebd.,S. 42.

Die Anwendbarkeit der Cleavage-Theorie auf Ungarn und die Bedeutung von historischen legacies prüft als einer der ersten György Márkus in seiner Studie: „Party Politics, Party System and the Dynamics of political cleavages in Hungary“²⁰⁰ aus dem Jahr 1998. Márkus geht auf die wichtigsten Kritikpunkte des Konzepts ein und passt die Cleavage-Kategorien für den Anwendungsfall Ungarn an. In seinem Plädoyer für die Anpassung des Konzepts an das ungarische Parteiensystem führt er fünf Argumente auf.

Die Herausbildung von territorialen und kulturellen Spaltungen, die auf den Identitäten der Wählerschichten basieren und die soziökonomischen Unterschiede innerhalb der Wählergruppen überlagern, bestätigt das Vorhandensein von Cleavages nach dem westeuropäischen Muster, zumal das ungarische Parteiensystem zunehmend die Formen der westeuropäischen Parteiensysteme annimmt.²⁰¹ Somit argumentiert Márkus ebenfalls mit der Bedeutung der Konflikte auf der territorial-kulturellen Achse und betrachtet die soziodemographischen Merkmale bei der Herausbildung von Cleavages als weniger relevant.

Márkus spricht im ungarischen Kontext über eine spezielle Form des Freezing. Rokkan und Lipset betrachten die Wertesysteme der Parteien und das Parteiensystem als Ganzes als gefroren. Nach Márkus existieren zwar in Ungarn wie auch in anderen OME-Staaten kurzlebige Parteien mit einer volatilen Anhängerschaft, welche Aussagen über instabile Parteiensysteme legitimieren – im Falle von Ungarn wäre eine ähnliche Schlussfolgerung aber eine irreführende, sind doch jene Werte, die die Grundsteine für die Entstehung von Cleavages bilden, in Ungarn als extrem stabil zu bezeichnen.²⁰² Márkus führt dies auf die Cleavages bei den Parlamentswahlen 1990, 1994 und 1998 zurück, als die Konfliktlinien Westerniser vs. Traditionalisten, die Post-Kommunisten vs. Anti-Post-Kommunisten²⁰³ und die Anhänger des Sozialstaates (Verlierer) vs. Anhänger der Privatisierung (Gewinner) das Parteiensystem formten. Aufgrund der starken Präsenz der postkommunistischen Elite innerhalb der ungarischen Parteien gilt der Post-Kommunist vs. Antikommunist Cleavage als die am meisten ausgeprägte Konfliktlinie. Ihre dominante Stellung erklärt Márkus dadurch, dass es nach 1989 entlang der Arbeit-Kapital-Achse keine politische Mobilisierung gegeben hat und die tradierten Werte des Arbeit-Kapital-Cleavage durch die Erstarkung

200 Vgl. György Márkus: Party Politics, Party System and the Dynamics of political cleavages in Hungary, Final Report to NATIP, Budapest 1998.

201 Vgl. ebd.

202 Vgl. ebd.

203 Vgl. ebd.

anderer Cleavages ihre Stellung verloren.²⁰⁴ So resümiert er, dass in Ungarn nicht das Parteiensystem gefroren ist. Vielmehr sind die Cleavage-Strukturen eingefroren.²⁰⁵

Auf dieser Grundlage hat Márkus für Ungarn folgende Cleavage-Dimensionen entwickelt:

1. Die Familie der territorialen und kulturellen Cleavages

Als erste Kategorie definiert Márkus die Familie der territorialen und kulturellen Konfliktlinien. Innerhalb dieser Gruppe verortet er den Konflikt zwischen den Traditionalisten und den Westernizern. Demnach setzen Traditionalisten auf historische Kontinuitäten, befürworten starke Autoritäten, eine starke Kirche und bevorzugen gegenüber der Stadt das Land. Dahingegen sind die Westernizer westlich orientiert, gelten als die Modernisierer und unterstützen multikulturelle Gesellschaften und einen säkularen Staat. Diese Konfliktlinie führt der Autor auf die historischen Gegebenheiten des ungarischen Parteiensystems zurück, womit er sich von dem engen Operationalisierungskorsett der ursprünglichen Cleavage-Theorie distanziert.

2. Die Familie der Post-Kommunist-Cleavages

Als zweite Kategorie beschreibt Márkus die Konfliktlinie entlang den Befürwortern und den Ablehnern des sozialistischen Systems, die sich auf der ideologischen, politischen, strukturellen, emotionalen und auf der Machtdimension äußern. Auf der ideologischen Ebene verortet Márkus jene Wertesysteme, die auf nationalen und religiösen Identitätsgedanken wie auch auf den universellen Menschenrechten und rationalem Denken basieren. Die politische Dimension äußert sich in der Präsenz und im Erfolg von sozialistischen Parteien. Die Machtdimension bestimmt den Wettbewerb der politischen Eliten und die Neudefinition der „rules of the game“ nach Offe²⁰⁶ außerhalb und innerhalb des politischen Geschehens. Auf der strukturellen und emotionalen Ebene spaltet und strukturiert sich die Gesellschaft in das Lager der Nostalgiker für das „alte“ Regime gegen das der Ablehner des sozialistischen Systems.²⁰⁷ Ähnlich zu den oben ausgeführten ökonomisierten Konfliktlinien ist der Post-Kommunist-Cleavage in der Tradition der Enthistorisierer zu deuten. Und kann in den Konflikt zwischen Strukturkonservativen und

204 Vgl. ebd.

205 Márkus, 2008, S. 6ff.

206 Vgl. Claus Offe: Varieties of Transition. The East European and East German Experience, Cambridge 1997.

207 Vgl. ebd.

Modernisierern, - nach Márkus Kategorisierung - in den Traditionalisten vs. Westernizern-Gegensatz transferiert werden.

3. Die Familie der sozio-ökonomischen Cleavages

Diese Spaltungslinie entspricht der klassischen Links-Rechts-Einteilung von Parteienlandschaften, die sich in Ungarn, ähnlich zu anderen ostmitteleuropäischen Staaten entgegengesetzt verhält. Der eine Pol vertritt die Privatisierung und Marktverteilung nach Einkommen und Wohlstand, der andere Pol setzt sich für Deprivatisierungsmaßnahmen, Marktregulierungen und im Allgemeinen für einen starken Staat ein.²⁰⁸ Nach Márkus ist jedoch diese Konfliktfamilie aufgrund der Dominanz der ersten beiden Konfliktlinien am wenigsten ausgeprägt. Die sozio-ökonomischen Unterschiede sind zwar stark in der ungarischen Gesellschaft vertreten, doch gibt es keinen Transfer auf eine klar zuordbare parteipolitische Ebene.²⁰⁹ Die Anwendbarkeit der links-rechts-Dichotomie auf Europa ist in der Literatur umstritten. Vor allem wird ihre Relevanz in Westeuropa, wo sich Großparteien zunehmend entideologisieren, infrage gestellt.²¹⁰ In Ungarn erfreut sie sich bei der ideologischen Einordnung von Parteien und Wählern großer Beliebtheit,²¹¹ trotz der allgemein bekannten Verkehrung der wirtschaftlichen Positionen der Parteien im Vergleich zu Westeuropa, wo rechte Parteien für eine schwachen und die „Linken“ für einen starken Staat plädieren. In der einschlägigen empirischen Partei- und Wahlforschung wird das Dilemma gelöst, in dem das Links-Rechts-Schema durch den Diskurs zwischen Liberalen und Konservativen ersetzt wird.²¹² Auffällig wird dabei der bipolare Zugang innerhalb der ungarischen empirischen Konfliktforschung zum Parteien- und Gesellschaftssystem, der als Beleg für eine zweipolige Wissenschaftskultur in Ungarn – zumindest innerhalb der Politikwissenschaft – aufgefasst werden kann.

208 Ebd., S. 8f.

209 Vgl. ebd.

210 Vgl. Uwe Backes/Eckhard Jesse: Die Rechts-Links-Unterscheidung - Betrachtungen zu ihrer Geschichte, Logik, Leistungsfähigkeit und Problematik, in: Ders. (Hrsg.): Jahrbuch Extremismus & Demokratie: (E&D), Jg. 9, Baden-Baden 1997, S. 13-38.

211 Vgl. András Körösenyi: Bal és jobb. Az európai és a magyar politikai paletta [Die europäische und die ungarische politische Palette], in: Politikatudományi Szemle, 1993(3), S. 94-111 und Róbert Angelusz/RóbertTardos: Régi és új törésvonalak [Alte und neue Konfliktlinien], in: Tardos et al.: Részvétel, képviselet, politikai változás [Partizipation, Interessenvertretung, politischer Wandel], Budapest 2011, S. 347-382 als Befürworter der Links-Rechts-Achse.

212 Vgl. Angelusz/Tardos 2011, S. 347ff.

2.5.2.2.1 Traditionalisten vs. Westernizer

Die Konfliktlinie Traditionalisten vs. Westernizer kann für Ungarn im Verhältnis zur Nation gelten. Die Verfechter des nationalen Gedankenguts betonen, bereits seit den zwanziger Jahren des 20. Jahrhunderts, die nationale Selbstständigkeit, den Schutz des nationalen Interesses. Sie setzen den Schwerpunkt auf die Bewahrung nationaler Traditionen und Werte, wie bei der Anhängerschaft der konservativen Parteien, auch innerhalb der Europäischen Union.²¹³ Die andere Seite akzentuiert die Europäisierung, ohne feste Bindung an die nationalen Traditionen.

Exemplarisch in diesen Kontext fügen sich die abweichenden Meinungen über die Versorgung der Auslandsungarn ein: Die Konservativen, die nationale Werte vertreten, kämpfen für die Gleichberechtigung²¹⁴ der im Ausland lebenden Ungarn, welche den Ausbau der diplomatischen Beziehungen zu den Nachbarländern oftmals erschwert. Das sozialistische Lager meint dagegen, man dürfe die bilateralen Beziehungen zu den Nachbarn nicht mit emotional aufgeladener Minderheitenpolitik gefährden. Mit der Minderheitenfrage sollte vielmehr innerhalb der Europäischen Union behutsam umgegangen werden.²¹⁵

Parteien mit christlicher Tradition waren im ungarischen Parteienspektrum nach 1989, anders als in den meisten westeuropäischen Ländern, weniger vertreten und erfolgreich. 1989 fand die Christlich-Demokratische Volkspartei (KDNP) ihre zunächst ambitionierte Neugründung als eine christlich-soziale und national-konservative Partei. Mit dem Anstieg der Fidesz-Popularität sowie der nun doppelten Vertretung von national-konservativen Werten ging ihr Rückhalt in der Bevölkerung zurück.²¹⁶ 1998 erreichte sie lediglich 2,3 % der Wählerstimmen.²¹⁷ Daraufhin verließen einige Abgeordnete die KDNP und gründeten 1997 den MKDSZ (Ungarischer Bund der Christdemokraten), der sich als Minderheitsflügel in den Fidesz eingliederte. Der Fraktionsverband Fidesz-MKDSZ nach dem deutschen

213 Vgl. Tamás Fricz: A politikai megosztottság és a törésvonalak természetrajza Magyarországon. Autoritáshiány [Politische Teilung und die Natur der Konfliktlinien in Ungarn – Mangelnde Autorität], in: Péter Sándor/László Vass (Hrsg.): Magyarország politikai évkönyve 2005-ről [Politisches Jahrbuch Ungarns über 2005], Budapest 2006, o.S.

214 Die wichtigsten Probleme bilden die Ungleichbehandlung sowie die negative Diskriminierung (gegenüber der ungarischen Sprache und Kultur) der Ungarn hauptsächlich in der Slowakei, aber auch in Rumänien. Nicht selten kommt es zur gewaltigen Ausschreitungen in den von der ungarischen Minderheit bewohnten Regionen. Vgl. z.B. den Fall von Malina Hedvig, die im August 2006 von zwei Männern angegriffen wurde, wegen der Ausübung ihrer Muttersprache, wie sie später angab, www.hvg.hu/vilag/20071210_malina_hedvig_szlovakia, zuletzt abgerufen am 25.02.2009.

215 Tamás Fricz 2006.

216 Vgl. ebd.

217 Vgl. www.vokscentrum.hu/valaszt/valeredm.php?mszkod=112405&evvalaszt=1998&jny=hun, abgerufen am 17.04.2009.

Vorbild der CDU/CSU war nun etabliert.²¹⁸ Nach dem Systemwechsel in Ungarn gab es lediglich eine geringe Korrelation zwischen der Häufigkeit der Kirchgänge und den Wählerstimmen.²¹⁹ Dennoch: Innerhalb der KDNP-Wählerschaft galt beispielsweise 1994 die Religiosität als wichtigster Faktor der Parteiidentifikation. So gaben 89 Prozent der Befragten mit starker Parteiidentifikation an, die Partei aufgrund ihrer religiösen Ausrichtung gewählt zu haben.²²⁰

Im Gegensatz zum Westen wandelte sich in Ungarn der Kleinadel nicht in eine Unternehmer-, sondern in eine antiwestliche Schicht, die sich von dem westlichen Modell der Marktwirtschaft und parlamentarischen Demokratie distanzierte. Die Agrarpopulisten, bestehend aus politisch entrechteten Bauern, waren in erster Linie von „populistischen“ (ungarisch: népi, im Deutschen völkisch) Schriftstellern vertreten und setzten sich für die nationale Identität und das nationale Interesse ein. Ihnen gegenüber standen die urbanen, sich nach Westen orientierenden Mitglieder der bürgerlich-radikalen Intelligenz, die jedoch politisch eher unbedeutend blieben. Die beiden Grundrichtungen mündeten in einen Kulturkampf zwischen „Agrarpopulisten“ und „Urbanisten“²²¹, der nach der Transformation wieder zum Vorschein kam. In Ungarn sahen sich die Agrarpopulisten hinsichtlich der Agrarinteressen auf dem Land lange Zeit durch die Unabhängige Partei der Kleinlandwirte (FKGP) mit deren anfänglichen Wahlerfolgen bis Mitte der 90er Jahre vertreten. Für die Interessen der „Urbanisten“ trat der Bund der Freien Demokraten (SZDSZ) ein.²²² Mit der Gründung des Ungarischen Demokratischen Forums (MDF) trat eine neue politische Kraft auf die politische Bühne, welche ihre Ursprünge in der völkischen Bewegung der Zwischenkriegszeit hatte.²²³ Der Stadt-Land Gegensatz ist bereits seit den 20ern und 30ern

218 Vgl. Zoltán Kiszelly: Ungarn auf dem Weg zum Kartellparteiensystem?, in: Ellen Bos/Dieter Segert (Hrsg.): Osteuropäische Demokratien als Trendsetter? Parteien und Parteiensysteme nach dem Ende des Übergangsjahrzehnts, Opladen/Farmington Hills 2008, S. 121-132, hier S. 125.

219 Vgl. Gábor Tóka: A kakukk fészke. Pártrendszer és törésvonalak Magyarországon [Kuckucksnest. Parteiensystem und Konfliktlinien in Ungarn], in: Politikatudományi Szemle [Politikwissenschaftliche Rundschau], 1992 (2), S. 123-159, hier S. 126.

220 Vgl. Ferenc Gázsó/István Stumpf: Pártbázisok és a választói magatartástípusok [Parteibasis und Typen des Wählerverhaltens], in: Sándor Kurtán et al. (Hrsg.): Magyarország politikai évkönyve 1 [Politisches Jahrbuch Ungarns], Budapest 1995, S. 567-580, hier S. 575.

221 Das Begriffspaar Urbanisten vs. Populisten findet erstmalig im Aufsatz des ungarischen Politikwissenschaftlers József Bayer von 2002 Verwendung. Bayer bezeichnet mit den Termini die Machtfronten der politischen Elite im Kampf um ihre Führungsansprüche. Vgl. József Bayer: Rechtspopulismus und Rechtsextremismus in Ostmitteleuropa, in: Österreichische Zeitschrift für Politikwissenschaft (ÖZP), Jg. 31, 2002 (3), Schwerpunktthema: „Rechtspopulismus und Rechtsradikalismus in Europa“, S. 265-280, hier S. 267.

222 Vgl. ebd., S. 268.

223 Mihály Bihari: Többpártrendszer kialakulása Magyarországon 1985-1991 [Die Herausbildung eines Mehrparteiensystems in Ungarn, 1985-1991], Budapest 1992, S. 46f.

Jahren durch mehrere Elemente gekennzeichnet und umfasst die Narrative über Nation, Religion und Ethnie sowie die diese verbindende allgemeingültige Weltanschauung.²²⁴

2.6 Funktionale Äquivalente der Wähler-Partei-Bindungen

In diesem Kapitel sollen unterschiedliche Parteienstrategien erläutert werden, die für die Betrachtung von Prozessen der Wähler-Partei-Bindungen wichtig sind. Auch Rokkan bezieht sich in seiner Abhandlung auf die Parteienstrategien und erkennt damit an, dass die politischen Akteure im Prozess der Cleavagebildung keineswegs ausgeschlossen sind und dass neben den tradierten Cleavages von Parteien bestimmte Faktoren ebenfalls das Wahlverhalten beeinflussen können. Das Konzept der Parteienstrategie und die Erläuterung der unterschiedlichen Wähler-Partei-Bindungen sollen dazu dienen, den Charakter des ungarischen Parteienwettbewerbs zu bestimmen. Das erlaubt schließlich „[...] Hypothesen sowohl in Bezug auf die dominante Richtung der Parteiensystementwicklung als auch in Bezug auf die Dominanz bestimmter Cleavages (...), welche der Parteiensystementwicklung zugrunde liegen.“²²⁵ Trotz des allgemeinen Rückgangs der Parteibindungen im westlichen Teil Europas, das die Infragestellung des Konzepts von Campbell zur Parteienidentifikation zu legitimieren scheint, muss die These der „kognitiven Mobilisierung“ nach Inglehart (und später) Dalton²²⁶ mit Blick auf Ungarn relativiert werden, zumal Studien über eine ausgeprägt starke Parteibindung der Wähler in Ungarn berichten. Laut einer Meinungsumfrage des Budapester Instituts für Transformationsforschung aus dem Jahr 2014 gaben 92 Prozent der MSZP-Wähler und 89 Prozent der Fidesz-Wähler von 2010 an, sich auch im Jahr 2014 für ihre frühere Wahl zu entscheiden. In dieser Studie wurde ersichtlich, dass es keine nennenswerten Wählerströme gegeben hat.²²⁷

In der sozialwissenschaftlichen Literatur werden fünf Typen von Wähler-Partei-Bindungen unterschieden: die sozialstrukturelle, die programmatische, die politisch-kulturelle, die Wähler-Eliten-Bindung und die klientelistische Bindung.²²⁸ Michael Holländer formuliert in seiner Arbeit Hypothesen über mögliche Parteistrategien entlang den Wähler-Partei-Bindungen in den V4-Ländern. Er kommt zum Ergebnis, „[...] dass gerade die politisch-

224 Vgl. Fricz 2006.

225 Vgl. Michael Holländer 2003, S. 102.

226 Vgl. Inglehart 1977. Ferner: Russell J. Dalton: Cognitive Mobilization and Partisan Dealignment in Advanced Industrial Democracies, in: *The Journal of Politics*, 1984, Vol. 46., S. 264-284.

227 Vgl. Studie des Instituts und Archivs der Transformationsforschung Budapest (Rendszerváltás Történetét Kutató Intézet és Archivum) 2014.

228 Vgl. Holländer 2003, S. 102ff.

kulturelle Bindungsstrategie für die meist mitgliederschwachen Parteien in den postkommunistischen V4-Staaten besonders interessant ist“.²²⁹ Folglich stellt Holländer die Hypothese auf, dass „inszenierte oder instrumentalisierte Cleavages“²³⁰ die Parteistrategien für die Wählerbindung in den V4-Staaten bestimmen und somit die Entwicklung des Parteiensystems beeinflussen. Diese Hypothese belegt er im weiteren Verlauf seiner Analyse und sieht den ungarischen Parteienwettbewerb von politisch-kulturellen Cleavages gesteuert, in dem Parteien die dominanten Wertekonflikte als Strategiewerkzeuge instrumentalisieren, um die Wähler an sich zu binden.²³¹ Die politisch-kulturellen Aspekte tauchen innerhalb des Zentrum-Peripherie Cleavage auf. Auch Lipset und Rokkan verorten dort die kulturellen Konfliktpotenziale, die für die Entstehung des „ungarischen Kulturkampfes“²³² nach dem Systemwechsel stehen. Neben der politisch-kulturellen sieht Holländer die klientelistische Wählerbindung in Ungarn ebenfalls als relevanten Typ an, zumal die beiden Großparteien²³³ Fidesz und MSZP als Klientelparteien aufzufassen sind. Die sozialstrukturelle Bindung, die auch der Cleavage-Theorie zugrunde liegt, wird von Holländer für den Anwendungsfall Ungarn mit Bauers Argument widerlegt, demnach „in Ungarn sich weder sozialstrukturell noch regional stabile Parteibindungen entwickelt haben“²³⁴. Dieser Aussage liegt die Annahme zugrunde, dass in Ungarn das „regionale“ (Stadt vs. Land) und das religiöse Cleavage nicht ausgeprägt sind. Im empirischen Teil meiner Arbeit, in der wahlgeographische Untersuchungsmethoden herangezogen werden, soll geprüft werden, ob laut der These von Lazarsfeld: „A person thinks, politically, as he is socially. Social characteristics determine political preferences“²³⁵ tradierte regionale Merkmale in Ungarn vorzufinden sind. Die Signifikanz von wahlgeographischen Charakteristika würde das Vorhandensein einer sozialstrukturellen Wähler-Partei-Bindung belegen, indem die regionalen Kontinuitäten zu funktionalen Äquivalenten der strukturellen Merkmale avancieren. In einer Längsschnittuntersuchung erforschte Analogien in dem regionalen Abstimmungsverhalten könnten Beweise für „So und nicht anders“-Wähler-Partei-Bindungen liefern und die Erweiterung des Operationalisierungsspektrums der Cleavage-Theorie sowie den Rückgriff auf historische Datenbestände anregen.

229 Ebd.

230 Ebd.

231 Vgl. ebd., S. 270f. und 278f.

232 Vgl. Márkus 1996.

233 Zurzeit der Abhandlung Holländers existierte die rechtstradikale Partei Jobbik noch nicht, die heute ebenfalls in die Gruppe der Großparteien gehört.

234 Bauer 2002, S. 794 nach Holländer 2003, S. 278.

235 Lazarsfeld 1944, S. 27., nach Holländer 2003, S. 102f.

Auch die Option, Wähler durch policy issues anzuwerben, wurde von Holländer für den Fall Ungarns als mögliches Element der Parteienstrategie verworfen.²³⁶ Vor dem Hintergrund der neuesten Erkenntnisse der Wahlforschung im Hinblick auf die zunehmende Bedeutung von Sachthemen, werden Issue-setting-Strategien für Wählermobilisierung sowohl in der historischen Diskursanalyse wie auch im empirischen Teil beleuchtet. Die Eliten erfahren in Ungarn bei der Mobilisierung von Wählerstimmen eine lange Tradition (siehe Einführung). Deshalb wird der Akteursperspektive - vorrangig im historischen Teil der Arbeit - Beachtung geschenkt. Dies soll ebenfalls dazu beitragen, die Eigenarten in der ungarischen Parteiensystementwicklung zu bestimmen.

236 Vgl. ebd., S. 278f.

3. Historische Konfliktanalyse bis 1945

Betrachter des ungarischen politischen Lebens sind sich einig, dass die heutigen politischen Elitenkonflikte vergleichbare Strukturen mit den Konflikten des 18. und 19. Jahrhunderts aufweisen. Im nächsten Abschnitt soll aufgezeigt werden, inwiefern sich Konflikte der früheren intellektuellen Elite in das 20. und sogar in das 21. Jahrhundert „hinüberretten“ konnten. Die historische Konfliktanalyse dient dazu, die im 19. Jahrhundert geführten kontroversen politischen Diskussionen und deren strukturelle Widerspiegelungen in der damaligen Gesellschaft des Ungarischen Königreichs und der KuK-Monarchie darzulegen. Dabei wird der Konfliktcharakter in bedeutenden historischen Umbruchphasen analysiert, werden die Mächteverhältnisse im Konflikt definiert und die Interessen der einzelnen Konfliktparteien beschrieben. Ferner werden die solidarischen Verhaltensweisen von Gruppen und Klassen benannt, die den Konflikten zugrunde liegenden Ideen und/oder Ideologien dargelegt und erste Cleavage-Kategorien für die weitere Untersuchung benannt. Zusätzlich werden die folgenden Fragen gestellt: Welche Akteure waren im untersuchten Zeitraum innerhalb der politischen Eliten vertreten, die mit ihrem Handeln und Wirken Konflikte langfristig verfestigten und welche Rolle haben sie im Prozess der Formulierung, Verwirklichung oder auch der Beilegung der Konflikte gespielt? Die angewandten Kategorien (siehe methodischer Abschnitt) werden somit durch eine „personelle“ Komponente erweitert. Im Anschluss an die zeitliche Strukturierung der historischen Aufzeichnungen Rokkans, die dazu dienen sollte, die Unterschiede der Parteiensystementwicklungen in Europa aufzudecken, behandelt das historische Kapitel die Spaltungsstrukturen während des 19. und des 20. Jahrhunderts, in Zeiten der Nationalen und der Industriellen Revolution. Ähnlich zum historischen Zugang Rokkans wird darüber hinaus auch auf die Spaltungsstrukturen während den Reformationsbewegungen kurz eingegangen. Alle für die historische Untersuchung herangezogenen Epochen erscheinen aus Sicht der ungarischen Konfliktforschung von Relevanz, zumal sie die Konflikte im Prozess der ungarischen Selbstbestimmung gegenüber dem Habsburger Reich während und nach der Auflösung der österreich-ungarischen Monarchie verdeutlichen. Jene Diskurse und Gegensätze entlang staatsrechtlicher Fragen zeigen bis heute Wirkung. Sie fließen in die Diskussionen über die Selbstwahrnehmung, die Gestaltung und die Ablehnung eines ungarischen Nationalstaates ein.

3.1. Ausgangsbedingungen

Die meisten europäischen Gesellschaften waren seit Mitte des 19. Jahrhunderts von drei ideologischen Strömungen, nämlich dem Liberalismus, dem marxistischen Sozialismus und dem Konservativismus geprägt, die als die kritischen ideologischen Reaktionen auf den französischen Rationalismus anzusehen sind. In Europa konnte die seit 1815 von den Dynastien aufgedrückte und längst überholte politische Einheit nicht mehr aufrechterhalten werden. Immer stärker traten die Gegensätze zwischen den bürgerlichen, westlichen und den feudalen, autokratisch-absolutistischen Mächten Europas zutage. Zeitgleich übte der Westen mit seiner enormen wirtschaftlichen Überlegenheit Druck auf die wirtschaftlich schwächeren Staaten aus. Das hatte zur Folge, dass sich die industrielle Revolution in England auch in West-Europa ausbreitete und die dortige Wirtschaft ebenfalls zu dynamisieren begann. In der Folge wurde der Staat von den Kapitalunternehmern in der wirtschaftssteuernden Funktion immer mehr zurückgedrängt. Und auch die Politik erlebte eine Umstrukturierung, in der sich nun das Bürgertum entfalten und erstarken und die Idee eines bürgerlichen Staates hervorbringen konnte. Der Wunsch nach mehr Bürgertum basierte vor allem auf der englischen Aufklärung samt ihrer volkswirtschaftlichen Erfolge sowie auf den positiven Erfahrungen der US-amerikanischen Verfassungsordnung.²³⁷ Aus der Kritik gegenüber der Ständeordnung und dem Absolutismus sowie im Wettstreit mit dem Konservativismus und den radikalen Ideologieströmungen ist die neue Idee des politischen Denkens, der Liberalismus entstanden, der sich an den Ideen des politischen Pluralismus anlehnte. Diese Entwicklungen haben auch die ungarische Gesellschaft als Teil einer landgerichteten Imperium-Nation liberalisiert wie Rokkan Österreich-Ungarn im 17. und 18. Jahrhundert in seinem „Modell von Europa“²³⁸ beschrieb. Während der absolutistischen Herrschaft von Joseph II. war jedoch lediglich einem Teil der intellektuellen Eliten der Zugang zum Liberalismus möglich. Durch die bis zur zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts herrschende Zensur der Post und Presse war die Verbreitung und der Diskurs von liberalen Ideen lediglich durch mithilfe von „verlässlichen Gesandten“ ausgetauschten Privatbriefen

237 István Schlett: A politikai gondolkodás története Magyarországon [Die politische Ideengeschichte Ungarns], Bd. 1, 2009.

238 Vgl. Stein Rokkan: Territories, nations, parties: Towards a geoeconomic-geopolitical model for the explanation of variations within Western Europe, in: Richard L. Merritt/Bruce M. Russett (Hrsg.): From national development to global community: Essays on honor of Karl W. Deutsch, London 1981, S. 70-95.

und im Ausland veröffentlichten Werken des intellektuellen Adels möglich.²³⁹ Die Zensur war eine Folge der seit dem Ende der Regierungszeit von Joseph II. dominierenden Krise des „historischen Dualismus“, die mit dem Tod Josephs 1790 und der Beendigung seines aufgeklärten Absolutismus entstand.

Die Politik des 18. Jahrhunderts war von der Epoche des ungarischen Mittelalters geprägt. Nach der gegen die Türken geführten und verlorenen Schlacht von Mohács (1526) dominieren in Ungarn drei in sich zusammenhängende Diskurse: Erstens war das politische Denken vom Schutz der ständischen Freiheiten gegen den asiatischen Despotismus und das zentralistische und absolutistische Habsburgerreich gerichtet; zweitens – nach Mohács und später infolge der Vertreibung der Türken - von dem Kampf um die territoriale Integrität und Souveränität Ungarns, das die Stärkung und den weitere Expansion des Habsburgerreichs negierte, und drittens - als Folge der Kirchenspaltung – von den politischen Kämpfen und Gegensätzen der nebeneinander existierenden religiösen Gemeinschaften dominiert. Beim Kirchenkonflikt stand die Etablierung einer Staatskirche der Forderung der Religionsfreiheit als Teil der ständischen Freiheiten gegenüber.²⁴⁰

3.1.1. Spaltungsstrukturen während der Reformation

Die Konfliktstruktur des ungarischen politischen Lebens des 16. und 17. Jahrhunderts übertrug sich auch ins 18. Jahrhundert und ließ ihre Spuren in der damaligen ungarischen Gesellschaft zurück. Nach der Türkenbefreiung dominierten in Ungarn ebenfalls drei Konfliktströmungen, die sich insbesondere entlang von nationalen Identitäten und vor allem in der allgegenwärtigen Diskussion um die Ungarischsprachigkeit entfalteten.²⁴¹ Die ersten Konflikte wurden zwischen den Befürwortern der Reformationsbewegungen und ihren Gegnern sichtbar. Im 16. Jahrhundert war die ungarische Gesellschaft bis zu 80 Prozent reformiert. Erst nach der Türkenvertreibung als Folge der Gegenreformation sind viele zum Katholizismus zurückgekehrt. Die Reformation²⁴² erfolgte auch in Ungarn durch die

239 Vgl. Károly Kecskeméti: Magyar Liberalizmus 1790-1848 [Ungarischer Liberalismus 179-1848], o.O., 2008.

240 Vgl. István Schlett: A politikai gondolkodás története Magyarországon [Die Geschichte des politischen Denkens in Ungarn], Bd. 1, Budapest 2009, S. 155ff.

241 Viktor Karády: Egenlötlen elmagyarosodás, avagy hogyan vált Magyarország magyar nyelvű országgá [Unausgeglichene Magyarisierung oder wie hat sich Ungarn zu einem ungarischsprachigen Land entwickelt], in: Századvég: Népiek és Urbánosok. Egy mítosz vége? [Populisten und Urbanisten. Ende eines Mythos?], 1990 (2), S. 5-37, hier S. 6.

242 Mehr zur ungarischen Reformation siehe: Péter Katalin: A magyar reformáció kezdetei [Die Anfänge der ungarischen Reformation], in: História, 1994 (4), S. 13- 16.

Religionsausübung, die auf der ins Ungarische übersetzten Bibel²⁴³ basierte. Diese war – wie auch die Rückeroberungsprozesse des Katholizismus – wiederum in die nationalsprachlichen Gruppen eingebettet.²⁴⁴ Im Laufe des 16., 17. und des 18. Jahrhunderts haben sich religiöse Gruppen entlang den damals in Ungarn und in Siebenbürgen ansässigen Nationalitäten herausgebildet: Die reformierten und unierten Religionsgemeinschaften bildeten sich innerhalb der ungarischen Gesellschaft heraus, die griechisch-katholischen und die griechisch-orthodoxen Religionsgemeinschaften waren insbesondere in den durch eine schwächere Adelsstruktur gekennzeichneten östlichen Regionen mit den ruthenischen, rumänischen und serbischen Nationalitäten vertreten. Der Teilerfolg der Gegenreformation des 18. Jahrhunderts hat eine feste Konfliktstruktur geschaffen, in der auf der einen Seite neben den ungarischen die Habsburg-treuen deutschen und österreichischen Aristokraten standen, auf der anderen Seite die das Ungarntum verkörpernde protestantische Gesellschaftsschicht.²⁴⁵ Verschärft wurde diese Tendenz insbesondere Ende des 16. und am Anfang des 17. Jahrhunderts, als auf der einen Seite der König des Reichs die Gegenreformation offiziell unterstützte, jedoch auf der anderen Seite in Siebenbürgen der Protestantismus eine schützende Hand fand. Es entstand also eine neue Dimension der politischen Spaltung, die das ungarische politische Leben und das politische Denken zwischen den Katholiken und Protestanten lange Zeit dominierte.²⁴⁶ Der Religionskonflikt ebnete somit den Weg für den Konflikt zwischen dem katholischen Habsburghaus und der habsburggegnerten Ungarn, die sich für die reformierten Glaubensrichtungen entschieden haben.

Rokkan unterscheidet bei der Betrachtung der Kirchen im Prozess der Nationenbildung zwischen dem protestantischen Norden und dem katholischen Teil Europas, wo die katholische Kirche stets supraterritorial blieb und keine zentrale Instanz bei der Nationenbildung bildete. Vielmehr waren die Kirche und ihre geistliche Autorität unter die kontrollierende Obhut der Monarchie gestellt. Diese stand im Gegensatz zu den protestantischen Regionen, wo die Staatskirchen für die Verbreitung einer gemeinsamen Nationalsprache und kultureller Identität verantwortlich waren. Ähnlich zu den seegerichteten Imperium-Nationen Frankreich, Spanien und Portugal konnte sich die

243 Das erste gedruckte ungarischsprachige Neue Testament von János Sylvester erschien im Jahr 1541.

244 Karády, 1990, S. 6.

245 Vgl. ebd., S. 7.

246 Vgl. István Schlett, 2009, S. 168.

Gegenreformation auch in den landgerichteten Imperien wie Österreich-Ungarn, Bayern und Polen durchsetzen.²⁴⁷

3.2. Die Nationale Revolution

3.2.1 Konflikt zwischen dem Herrscherhaus und den ungarischen Ständen

Die nationalen Selbstbestrebungen und die territorialen Entwicklungen innerhalb des Habsburgerreiches waren durch seine eigenen geoethnischen, geoökonomischen und geopolitischen Gegebenheiten sowie von den Umständen beeinflusst, die auf das Reich Einfluss ausübten. So war das Habsburgerreich gezwungen, bedingt durch seine geoökonomische Lage und die weite Entfernung von den bedeutendsten Handelsrouten entlang des Mittelmeers, ein eigenes territoriales Zentrum mit der Stadt Wien zu errichten. Von Wien aus versuchten die Habsburger eine monocephale Struktur des Reiches auszubauen, in dem sich die militärischen, administrativen und kulturellen Ressourcen in Wien konzentrieren. Im Gegensatz zu Österreich, entwickelte sich Spanien, das sich ebenfalls als ein katholisches Kreuzzugs-Imperium gegen den Islam präsentierte, zu einem Territorium mit polykephaler Struktur, zumal sich dort durch die Nähe der Handelszentren die militärischen und ökonomischen Ressourcen auf mehreren Städte – wie beispielsweise Madrid und Barcelona – verteilten.²⁴⁸ Diese geopolitische Lage beeinflusste die Außenpolitik der Habsburger und folglich die Bestrebungen der Ungarn nach eigener Nationenbildung als Reaktion auf die österreichische Assimilierungspolitik im aufgeklärten Absolutismus²⁴⁹. Diese nahm unter Maria Theresia – durch die Ansiedlung von Schwaben in Ungarn - ihre Anfänge und erlebte unter der Herrschaft von Joseph II. ihre Blütezeit. In die Zentrum-Peripherie Dichotomie übersetzt befand sich Wien in geopolitisches Zentrum und Budapest in der Peripherie des Habsburgerreiches. Entgegen zu Frankreich, das geschafft hat, seine nationale Identität auf dem eigenen Territorium – von der keltischen Bretagne bis in den germanischen, nördlichen Gebieten - erfolgreich aufzubauen, war Wien auf die Ressourcen in den peripheren Territorien angewiesen²⁵⁰ und – im Sinne der Herausbildung eines homogenen Reiches – darauf ausgerichtet, die eigenen Standards in Sprache und Kultur auf seine „Kolonien“ aufzuzwingen.

²⁴⁷ Vgl. Rokkan 1981, n. Flora 2000, S. 179ff.

²⁴⁸ Vgl. ebd., S. 194ff.

²⁴⁹ Die Geschichte datiert den Anfang des aufgeklärten Absolutismus auf das Jahr 1765.

²⁵⁰ Vgl. ebd., S. 205.

1765 brachte mit der Politik von Maria Theresia eine Kehrtwendung, denn seitdem berief sie die ständischen Diäten nicht mehr. Vielmehr regierte sie mithilfe von Verordnungen.²⁵¹ Das hatte zur Folge, dass es zwischen den Ständen und der Regierung nach einer langen Friedenspause erneut zu Konflikten gekommen ist, denen erst der 1790-1791 von Joseph II. initiierte Kompromiss – wenn auch nur kurzzeitig – ein Ende setzte. Während seiner Herrschaft schränkte Joseph II. insbesondere die Macht der Kirchen und des Adels ein, die sich gegen die aufgeklärten Ideen ihres absoluten Herrschers auflehnten. Aufgrund des enormen Drucks von außen und der Ablehnung seiner Politik war Joseph vor seinem Tod gezwungen, die erlassenen Reformmaßnahmen (mit Ausnahme von drei Reformen), welche seine ungarischen Untertanen gegen ihn aufbrachten, zu widerrufen.²⁵² Die Joseph'sche Politik gestaltete sich härter als jene seiner Mutter, und seine Regierung dynamischer: Er hat die Leibeigenschaft und das Rechtsinstrument der Grundherren, das Patrimonialgericht abgeschafft und mit der Einführung des Deutschen als Amtssprache die Assimilierungspolitik von Maria Theresia fortgesetzt. Er verfolgte das Ziel, das Reich in eine „Gesamtmonarchie“ mit einer einheitlichen (deutschen) Amtssprache, sowie einem einheitlichem Verwaltungs- und Rechtssystem umzugestalten.²⁵³ Die absolutistische Vorstellung einer Gesamtmonarchie war jedoch neben dem aufklärerischen Geist auch aufgrund der kulturellen und geschichtlichen Heterogenität und den unterschiedlichen wirtschaftlichen Entwicklungen innerhalb der Monarchie zum Scheitern verurteilt.²⁵⁴ Jene Situation fügte sich in den Jahrhunderte anhaltenden Kampf zwischen dem fremden, „ausländischen“ Absolutismus und den „ungarischen“ Ständen ein.²⁵⁵ Die Joseph'sche Regierungszeit diente zudem zur Verfestigung der bereits im 16. Jahrhundert entstandenen Konfliktlinie zwischen Links und Rechts²⁵⁶ - damals zwischen Kuruzen und Labanzen²⁵⁷, die sogar zu einer doppelten Königswahl geführt hat -.

Nach dem Tod von Joseph II. 1790 bedeutete der Widerruf der Joseph'schen Reformen zunächst den Sieg des ungarischen Adels. Mit dem Ende des Joseph'schen

251 Schlett, 2009, S. 272.

252 Vgl. Helmut Reinalter: Joseph II. Reformier auf dem Kaiserthron, 2011 München, S. 29ff.

253 Vgl. István Hoffman: Kőzjogi viták 1848-49-ben [Rechtsstaatsdiskurse 1848-49], online-Publikation, abrufbar unter: <http://www.jogiforum.hu/publikaciok/44>, S. 1.

254 Vgl. ebd.

255 Vgl. Schlett, 2009, S. 272.

256 Vgl. Kecskeméti 2008, S. 311.

257 Mit dem Wort „kurucz“ bezeichnete man die antihabsburgischen Aufständischen, die „labancok“, die Perücken trugen galten als die Habsburgtreuen. Der Konflikt zwischen den Kuruzen und Labanzen spitzte sich in den Aufständen 1671-1711 zu.

Reformabsolutismus kamen dennoch die Konflikte im Habsburgerreich erneut zum Vorschein. Das gegenseitige Misstrauen zwischen Wien und der ungarischen Opposition verstärkte sich zunehmend und Ungarn bereitete sich auf einen Aufstand vor. Ein Teil der oppositionellen Fraktion begann mithilfe von Preußen, die Pläne für die Loslösung Ungarns vom Habsburgerreich und für die Ausrufung der ungarischen Unabhängigkeit auszuarbeiten. Für die Besetzung der ungarischen Krone war sogar ein englischer Herzog in Erwägung gezogen.²⁵⁸ Statt jedoch, die extremen Pläne durchzusetzen, ist es gelungen, das Konzept eines umstrukturierten Dualismus zu beschließen, der vermutlich von Rakóczi Ferenc²⁵⁹ Politik inspiriert wurde. Rakóczis Freiheitskampf organisierte sich nämlich unter dem Leitsatz: „Freiheit der Nation“ und versuchte auch die titellosen Leibeigenen, also die Nicht-Adligen für den Kampf gegen die „deutsche Nation“ zu gewinnen. Nach dem Plan des umstrukturierten Dualismus wollte der ungarische Adel die Kontrolle der Exekutivmacht auf einen vom Parlament gewählten Senat übertragen und somit die Entscheidungsbefugnisse dem ungarischen „politicum corpus“ überlassen.

3.2.2 Konflikte zwischen dem liberalen Nationalismus vs. Absolutismus und zwischen Ungarisch vs. Deutsch als Amtssprache

In der ungarischen Gesellschaft brachte das Joseph´sche Jahrzehnt neben den bestehenden Pro-Habsburg- und Anti-Habsburg-Lagern und den religiösen Konflikten eine neue, die dritte Konfliktdimension hervor, die sich insbesondere nach 1790 durch die eingeführte Pressefreiheit in den latein-, deutsch- und ungarischsprachigen katholischen, protestantischen und weltlichen Schriften verfestigt hat.²⁶⁰ In das Blickfeld rückte immer mehr der gegen den Absolutismus gerichtete Fortschrittsgeist, der sich sowohl im gesellschaftlichen Leben wie auch im Parlament entfaltete. Gergely Berzeviczy²⁶¹ formulierte die Zeit charakterisierend: „Heterogence tendentice fermentabant, buliebant in regno“²⁶², deren Vertreter die Lösung jeweils vom Parlament erwarteten. Der ungarische Adel nahm bis zur Verbreitung des Fortschrittsgeistes der Aufklärung die Macht ihrer Sprache nicht zur Kenntnis. Mit der Zeit entwickelte sich die Sprache als thematischer

258 Kálmán Benda (Hrsg.): Berzeviczy. De dominio Austriae in Hungaria, 1952-1957, nach Kecskeméti 2008, S. 25.

259 Ferenc Rákóczi II. war seiner Zeit einer der reichsten Adligen in Ungarn. Mit seinem Namen ist der gegen die Habsburger geführte Aufstand zwischen 1703 und 1711, der Rákóczi-Aufstand verbunden.

260 Vgl. ebd.

261 Berzeviczy war ein aufgeklärter Denker und Schriftsteller der Zeit (1763-1822).

262 „Verschiedene Ideologien brausten und kochten im Land“, in: Éva Balázs: Berzeviczy Gergely. A reformpolitikus 1763-1795 [Gergely Berzeviczy. Der Reformpolitiker 1763-1795], Budapest 1967, S. 223.

Schwerpunkt zunehmend zum Gegenstand und sogar zum Ziel des kollektiven politischen Widerstandes des Adels.²⁶³ Die Aufklärung sorgte für die Umerziehung des ungarischen Adels, der folglich einen liberalen Nationalismus vertrat. Der liberale Nationalismus bedeutete eine nationale Kultur, welche das „Herder’sche“ Völkische in sich trug.²⁶⁴ Die Forderung nach einem liberalen, bürgerlichen Nationalstaat mit der Schaffung und Modernisierung einer nationalen Sprache heizte erneut neue Gegensätze zwischen dem ungarischen Parlament und dem Habsburger Haus an. Die Konflikte fanden ihre Einbettung in den zentralen Streitpunkten innerhalb der Entscheidungsfindungen der ungarischen politischen Elite: Den einen Streitpunkt bildete der politische Wille nach der nationalen Freiheit (nemzeti szabadság), der andere war durch das Konzept des „regimen commixtum“ dominiert. Das Streben nach der nationalen Freiheit implizierte das Erhalten einer nationalen Ständeordnung mit einem übergeordneten Adelsbewusstsein nach dem westeuropäischen Muster.²⁶⁵ Nach dem aquinischen regimen commixtum sollte das Königreich formal zwar aufrechterhalten bleiben. In der Praxis sollte jedoch eine eingeschränkte Monarchie mit gemischter Verfassung etabliert werden, in der das Gemeinwohl durch die Regierungsbeteiligung aller Gesellschaftsschichten – jedoch nicht mit Gleichberechtigung aller – erreicht wird. Den ungarischen corpus politicum sollte dabei der Adel bilden.

3.3. Nationale Revolution - Konfliktstrukturen unter Leopold II.

Nun war es die Aufgabe des Thronfolgers Leopold II., dem jüngeren Bruder von Joseph II., die ungarische politische Klasse zu besänftigen. Als ersten Schritt hat er nach der 25jährigen parlamentarischen Versammlungspause am 6. Juni 1790 das Parlament einberufen.²⁶⁶ Aus Sicht der Kirche und des Adels bedeutete dies den ersten Schritt zur Wiederherstellung des Status Quo während der Herrschaft von Maria Theresia, als Ungarn aus der Behördenreform gänzlich ausgelassen worden ist und somit seine Mitwirkungsmöglichkeiten innerhalb der Monarchie erheblich eingeschränkt waren. In Leopold sahen die ungarischen Aristokraten ebenfalls den Anhänger der deutschen Assimilierungspolitik seiner Vorgänger. Für den Nachfolger Leopold war jedoch die Rückkehr zur alten aristokratischen Ordnung unvorstellbar, da er von den Lehren des aufklärerischen Regierens stark beeinflusst war. Und

263 Vgl. Karády 1990, S. 8.

264 Vgl. ebd.

265 Vgl. Schlett 2009, S. 155ff.

266 Jean Bérenger/Károly Kecskeméti: Országgyűlés és parlamenti élet Magyarországon. 1608-1918, [Nationalversammlung und parlamentarisches Leben in Ungarn. 1608-1918], Budapest 2008, S. 180f.

auch die politische Klasse, die sich in der parlamentsdebattenfreien Periode für den aufklärerischen Geist vorbereitete, hatte sich – wenn nur innerhalb der bestehenden Konflikte – gewandelt. Der ungarische Adel betrachtete die Ablösung des Lateins als Amtssprache als Identitätsbruch, denn für die Adelselite bedeutete das Latein den Status quo des Nationalstaates und zugleich diente sie als Symbol für eine gemeinsame europäische Identität. Die Frage um die Erhaltung der Sprache entwickelte sich folglich immer mehr zu einer Prestigefrage. Das Deutsch als neue Amtssprache deutete die Elite als die Abschaffung ihrer adeligen Privilegien, die für den „*politicum corpus*“ gleichzeitig den Tod der Nation bedeutete.²⁶⁷

3.3.1 Die 1790er Gesetze

Infolge der erfolgreichen türkischen Eroberungskriege und der daraus resultierenden Dreiteilung des Landes verlor Ungar seine territoriale Souveränität. Durch die gegen die Türken geführten Rückeroberungskriege der Habsburger im 17. Jahrhundert erfolgte die Eingliederung des Landes in die habsburgische Donaumonarchie. Nach dem Historiker Lajos Rácz genoss das Königreich Ungarn eine staatsrechtliche Autonomie, die auf verschiedenen Ausgleichsverhandlungen fußte.²⁶⁸ Das Staatsrecht war durch die Pragmatische Sanktion²⁶⁹ von Kaiser Karl VI. geregelt. Sie verband das Schicksal Österreichs und Ungarns für weitere zweihundert Jahre und galt zugleich als Grundlage der Ausgleichsgesetze von 1867, denn die Staatsrechtler des 19. Jahrhunderts verwendeten die Pragmatische Sanktion als Grundlage für die Ausarbeitung der gemeinsamen Verteidigung der Österreich-Ungarischen Monarchie.

Im Geiste der Aufklärung, die Ungarn relativ spät, erst in der zweiten Hälfte des 18. Jahrhunderts erreichte, entstanden die 1790er Gesetze von Leopold II., der nach dem Tod von Joseph II. die Aufgabe hatte, das durch Konflikte geschwächte Reich zu stabilisieren. Nachdem er mit seinen außenpolitischen taktischen Zügen neue gegen die Monarchie geführte Kriege abwehren konnte, setzte er die Konsolidierung Ungarns auf die Tagesordnung. 1790 hat er sich zum ungarischen König krönen lassen und handelte einen

²⁶⁷ Karády 1990, S. 8.

²⁶⁸ Vgl. Lajos Rácz: Adalékok Ausztria és Magyarország közjogi viszonyáról – a kezdetektől a kiegyezésig [Zusätze über die staatsrechtlichen Verhältnisse Österreichs Ungarns. Von den Anfängen bis zum Ausgleich], in: Jogtudományi Közlöny [Rechtswissenschaftliche Mitteilungen], 1998 (3), S. 77f, zit. n. Hoffmann.

²⁶⁹ Die Pragmatica Sanctio ist ein am 19. April 1713 von Karl VI. erlassenes Hausgesetz, das die Unteilbarkeit und Untrennbarkeit (*indivisibiliter ac inseparabiliter*) aller Erbkönigreiche und Länder des Habsburgerreichs regelte und eine einheitliche (auch weibliche) Erbfolgeordnung vorsah. Vgl. ebd.

Kompromiss mit den ungarischen Ständen aus, dessen Ergebnisse die berichtigten 1790er Gesetze waren, die es verhindern sollten, dass es erneut zu Josephinistischen Politik kommt.²⁷⁰ Insbesondere mit den Artikeln 10, 12 und 16 sollte die Abkehr von der absolutistischen Politik erreicht werden:

Artikel 10 der 1790er Gesetze besagte – neben der Anerkennung der Pragmatica Sanctio -, dass Ungarn keinem anderen Land innerhalb der Monarchie untergeordnet sei.²⁷¹ Eine informelle Unterordnung Ungarns blieb jedoch erhalten. Die Regelungen untersagten zudem jegliche Beziehungen auf institutioneller Ebene zwischen Wien und Ungarn. Die einzige Verbindung zwischen Österreich und Ungarn stellte der König.²⁷² Zudem verhinderte das Gesetz, dass das österreichische Recht in Ungarn Fuß fassen kann. Wie Deák Ferenc im Ausgleichs-Dialog mit Kossuth Lajos betont, ging es im Artikel 10 „um die gesetzliche Unabhängigkeit Ungarns“.²⁷³ Artikel 12 bestimmte, dass über „das Recht der Gesetzgebung, des Gesetzwiderrufs und der Gesetzinterpretation“²⁷⁴ sowohl der König als auch die Stände verfügen. In diesem Artikel sind die Ansätze von Montesquieu wiederzufinden, denn die ungarischen Stände waren bestrebt, die mächtigen institutionellen Stränge voneinander zu trennen und somit die Dreiteilung der Mächteverhältnisse für die Zukunft vorzubereiten.²⁷⁵ Darüber hinaus war auch das Prinzip des rule of law, die Unterordnung den Gesetzen gegenüber geregelt. Ein wichtiger Gesetzesbeschluss war auch, dass der König auf sein Recht, mit Verordnungen regieren zu können, verzichten musste.

Artikel 16 verbot die Verwendung des Deutschen als Amtssprache. Ungarisch konnte an den Universitäten, Akademien und in den Schulen unterrichtet werden. Latein blieb jedoch in der Regierung weiterhin als Verwaltungssprache erhalten. Insgesamt galten die 1790er Gesetze als erster Grundstein auf dem Weg zum klassischen Nationalismus nach dem französischen Vorbild, auch wenn in Ungarn der ständische Nationalismus dominierte.²⁷⁶ Die 1790er Gesetze bildeten zudem den Ausgangspunkt der Gesetzgebung von April 1848. Es herrscht Uneinigkeit darüber, ob die Gesetze den Anfang einer Monarchie mit

270 Vgl. Hoffmann, o. J., S. 2f.

271 Vgl. Országgyűlési Törvény 1790 [Parlamentsgesetze 1790], in: Kecskeméti 2008, S. 25f, einsehbar unter: <http://www.1000ev.hu/index.php?a=3¶m=4884>, zuletzt abgerufen am 28.5.2014.

272 Vgl. ebd.

273 Ferenc Deák: Az Alkotmány visszaállításakor [Bei der Revision der Verfassung], Pest, 17. Februar 1867, in: Gondolkodó Magyarok, Ausgabe: Deák Ferenc – Kossuth Lajos. Párbeszéd a kiegyezésről [Ferenc Deák – Lajos Kossuth. Dialog über den Ausgleich], Budapest 2003.

274 Vgl. Kecskeméti 2008, S. 25f.

275 Hoffmann, 2009.

276 Vgl. ebd., S. 3.

Verfassung²⁷⁷ oder die Legitimierung einer Stände-Monarchie²⁷⁸ anstrebten. Ein „Dritter Weg“, die Ablehnung der Leopold’schen Scheinverfassung mit der Verfestigung des Absolutismus²⁷⁹ und die Abschaffung des Ständewesens formulierte sich nur in wenigen Köpfen der Elite. Einer der bekanntesten Vertreter der Systemreform war József Hajnóczy²⁸⁰. In seinen Werken stellt er neue Verfassungsnormen auf, die mit dem alten feudalen System brachen. Nach seiner Auffassung mussten neue Gesetze formuliert werden, die die Gleichheit vor dem Gesetz, die Meinungs- und Pressefreiheit, die freie Religionsausübung garantieren. Die 1790er Gesetze haben jedoch die Verfassung der Ständeordnung verfestigt und später den Grundstein für die Entstehung eines bürgerlichen Nationalstaates gelegt und neue Streitthemen entlang der Frage um das ungarische Staatsrecht (közjog) hervorbrachte. Der „közjogi“, also der staatsrechtliche Konflikt hat folglich das politische Leben Ungarns für die weiteren Jahrhunderte bestimmt.

3.3.2 Befürworter vs. Gegner des Ständewesens

Die politische Elite, die sich bereits gegen den Josephinismus aufgelehnt hatte, hat sich Anfang der 1790er Jahre in zwei Lager gespalten: Der aufgeklärte Adel schloss sich den Forderungen der Jakobiner-Bewegung an, die mit dem feudalen System brechen wollten und die bürgerliche Gleichheit anstrebten. Leopold II. jedoch gelang es, die Unterstützung des ungarischen Kleinadels und auch Teile des Großadels - der sich als das ungarische Volk betrachtete – in den Komitaten und den deutschen Städten zu gewinnen. Sie lehnten sich gegen die Reformierung des Ständewesens auf, zum einen, da dieser ihnen auf Komitatsebene ihre Machtpositionen garantierte und zum anderen, da sie nach dem Tod Josephs die Wiedererlangung ihrer alten Privilegien erhofften.

Um der Auflehnung der ständischen Bewegungen entgegenzusteuern, hat Leopold II. ein geheimes Propagandazentrum errichten lassen, dessen Aufgabe es war, Informationen über die habsburgtreuen Schriften zu sammeln und diese in der Öffentlichkeit gezielt zu zerstreuen. Er hat zudem das Ziel verfolgt, das ungarische Bürgertum und die unter den Intellektuellen und dem Bürgertum verbreiteten antifeudalen und antiklerikalen

277 Vgl. János Sári, in: István Kukorelli (Hrsg.): Alkotmánytan [Verfassungslehre], 5. Aufl., Budapest 1998, S. 253.

278 Vgl. Hoffmann 2009.

279 Vgl. Gyula Mérei (Hrsg.): Magyarország története 1790-1848 [Die Geschichte Ungarns 1790-1848], Budapest 1980, S. 110.

280 József Hajnóczy war ein Jurist und gehörte zu den Gründern der Freimaurerlogen. 1795 ist er zum Vorsitzenden der Jakobiner Bewegung gewählt worden. Er verfasste mehrere Schriften über die Rechtsgeschichte Ungarns.

Stimmungen gegen die Vertreter der Ständeordnung auszuspielen. Es erschienen zahlreiche, den ungarischen Adel kritisierende und den König heroisierende Schriften²⁸¹.²⁸² Über die literarischen Schriften hinaus hat sich Leopold II. sogar von der Gefahr eines Aufstandes des ungarischen Bürgertums gegen den Adel nicht erschrecken lassen. Vielmehr hat sich die Vorstellung eines Kampfes gegen den von ihm verhassten Adel in seine antiungarische Denkweise eingefügt. Die Planung der Aufstellung einer städtischen Gendarmerie folgte der Überlegung, den freien königlichen Städten den Selbstschutz vor dem Adel zu garantieren. Der Sohn von Leopold II., Franz I. erwähnte später, dass sich sein Vater sogar zum Ziel gesetzt hat, die ungarischen Bauern gegen den Adel aufzuhetzen.²⁸³ Die Feststellung von Kálmán Benda, wonach Leopold II. mit dem Absolutismus keineswegs gebrochen hat,²⁸⁴ erscheint vor diesem Hintergrund zutreffend.

3.3.3 Anhänger versus Gegner des feudalen Systems

Der plötzliche Tod von Leopold II. führte zum politischen Scheitern der Machtkämpfe zwischen dem Habsburgerhaus und dem ungarischen Adel. Diese Situation begünstigte die Entstehung einer dritten Bewegungswelle in der Zeit der Aufklärung: Es entstand die von Ignác Martinovics²⁸⁵ gegründete zunächst geheime ungarische Jakobiner Bewegung nach französischem Vorbild, dessen Mitglieder aufgrund der Niederlage des Habsburgerreichs gegen Frankreich die Unabhängigkeit Ungarns erhofften. Dort fanden jene – u.a. auch Hajnóczy - ihren Platz, die für die Verwirklichung ihrer antifeudalen Ziele auf der Suche nach neuen Interessenvertretern waren, zumal sie sich sowohl von dem ungarischen Adel wie auch dem Königshaus enttäuscht fühlten.²⁸⁶ Ihr Ziel war es, das „abscheuliche feudale System“²⁸⁷ abzuschaffen. Die Jakobiner Bewegung war von zwei Organisationen vertreten. Die Gesellschaft der Reformatoren strebte die nationale Souveränität an, die für Martinovics lediglich nur eine Übergangsphase bedeuten konnte. Für die Mobilisierung des Bauerntums

281 Vgl. zum Beispiel die Schriften von Leopold Alois Hoffmann: Babel. Fragmente über die jetzigen politischen Angelegenheiten in Ungarn oder auch die Fortsetzung von Babel, die Ninive.

282 Vgl. Schlett 2009, S. 323f.

283 Vgl. ebd.

284 Vgl. Kálmán Benda: A magyar nemesi mozgalom 1790 [Die ungarische Adelsbewegung 1790], in: Történelmi Szemle [Historische Rundschau] 1974 (1-2), S. 183-210.

285 Martinovics galt als enger Vertrauter des Königshauses, der sich nach dem Tod von Leopold II. immer mehr gegen die Habsburger wendete. Seine geheimen Aktivitäten flogen jedoch bald auf und er wurde zusammen mit seinen Komplizen 1795 hingerichtet.

286 Vgl. Schlett 2009, S. 324.

287 Kálmán Benda: A jozefinizmus és jakobinizmus kérdései a Habsburg-monarchiában [Fragen des Josephinismus und Jakobinismus in der Habsburger-Monarchie], in: Ders.: Emberbarát vagy hazafi? Tanulmányok a felvilágosodás korának magyarországi történetéből [Menschenfreund oder Patriot? Studien über die Geschichte Ungarns aus der Zeit der Aufklärung], Budapest 1978, n. Schlett 2009, S. 328.

wurde daher die Gesellschaft der Freiheit und der Gleichheit nach dem französischen Leitbild gegründet. Jedoch blieb ihr Vorhaben, das ungarische Bauerntum umzuerziehen, das sich gegen die feudale Ordnung auflehnt, erfolglos.

3.3.4. „Freezing“ der Konflikte im Überwachungsstaat

Als Folge der ideologischen und insbesondere von Martinovics gepflegten realitätsfernen Vorstellungen ist die Verschwörung gegen Wien bald aufgedeckt worden. Die Leitfiguren der Jakobiner wurden 1794 verhaftet und hingerichtet - darunter auch Martinovics und Hajnóczy. Die Systemreform blieb somit aus und schließlich verschwand die aufgeklärte Politik in Ungarn.²⁸⁸ Bis zur Einberufung des Landtags 1825 verstummte auch das politische Interesse in Ungarn.²⁸⁹ Es wurde zudem offenkundig, dass die Habsburger mit den ideologischen Strömungen des 18. und 19. Jahrhunderts überfordert waren und die beiden politischen Strömungen der Aufklärung: der Liberalismus und der Nationalismus die jahrhundertelangen Konflikte zwischen dem absolutistischen Staat und den adeligen Ständen nicht überwinden, sie lediglich konservieren konnten.²⁹⁰ Aber auch die ungarischen Intellektuellen konnten für sich keinen eigenen Weg erkämpfen. Ende des 18. Jahrhunderts haben sich die Konflikte zwischen dem Königshaus und dem ungarischen Adel verfestigt. Die durch den Einfluss der Aufklärung formulierten Leitsätze sind folglich im Konflikt zwischen dem Absolutismus und der Ständeordnung steckengeblieben.²⁹¹ Verstärkt wurde diese Tendenz zudem dadurch, dass es nach den Jahren 1794 und 1795 zu einer negativen Systemreform gekommen ist. Eine Überwachungsdictatur entstand. Die institutionelle Leitung der zentralen Überwachung übernahm der von Leopold II. etablierte Pressedienst. Zu jener Zeit kam es im Verhalten der ungarischen politischen Elite - aus Sicht der Historiker - zu einem unerklärlichen Wechsel.²⁹² In der Literatur wird dieser Wandel auf den Überwachungsabsolutismus von Franz I., dem Nachfolger von Leopold II., zurückgeführt. Eine Erklärung könnte dafür sein, dass die Vergeltungen von 1795 und die Überwachung der Polizei die Zurückhaltung innerhalb der ungarischen wie auch der österreichischen politischen Elite erzwangen. Trotz der strengen Zensur und der Versammlungskontrollen in

288 Vgl. Schlett 2009, S. 328ff.

289 Vgl. Ilona Reinert-Tárnoky: Das nationale Selbstverständnis der Ungarn, in: Manfred Alexander et al. (Hrsg.): Kleine Völker in der Geschichte Osteuropas: Festschrift für Günther Stökl zum 75. Geburtstag, Stuttgart 1991, S. 93-104, hier S. 97.

290 Vgl. János Poór: Kényszerpályák nemzedéke 1795-1815 [Die Generation der Zwangslaufbahnen 1795-1815], Budapest 1988.

291 Vgl. Schlett 2009, S. 331.

292 Kecskeméti 2008, S. 27.

den Komitaten konnte der Überwachungsstaat lediglich zu einem provisorischen Stillschweigen beitragen. Die bereits eingefrorene negative Haltung gegenüber dem Habsburgerhaus in den Hintergrund zu drängen, ist dem Herrscherhaus nicht gelungen. Wie der damalige französische Gesandte unter Napoleon Adreïn Lezay de Marnesia während seines mehrmonatigen Aufenthaltes in Ungarn im Jahre 1802 feststellte: „Im Prinzip gibt es keinen Ungar, der die Österreicher nicht hassen, das Herrscherhaus nicht verachten und die französische Armee nicht bewundern würde“²⁹³. Später in einer seiner Memoiren zeichnete Lezay de Marnesia die Politik der Habsburger die Zeit charakterisierend auf, in dem er hervorhob, dass die Habsburger weder Interesse daran zeigen, Ungarn stärker an sich zu binden noch daran, das Land weiter vom Reich zu entfremden.²⁹⁴ Während der Zeit des zensierten Ungarns blieb der Konflikt zwischen der ungarischen Opposition und dem Habsburgerhaus für die weiteren Jahrzehnte bestehen. Bis zum Ausbruch der gegen das ganze System gerichteten Märzrevolution von 1848²⁹⁵ – verfestigte sich diese Gegensatzstruktur im parteipolitischen Leben im Konflikt zwischen der habsburgtreuen Staatspartei und der oppositionellen Landespartei, also zwischen den liberalen und den konservativen politischen Kräften.

3.4 Konfliktstrukturen im ungarischen Reformzeitalter

Ab den dreißiger Jahren des 19. Jahrhunderts kristallisierte sich eine neue Strömung entlang den parlamentarischen Diskussionen über die Zukunft des Landes heraus. Es kam zu einer Parteigründung mit dem Leitspruch: „Heimat und Fortschritt“ (haza és haladás).²⁹⁶ Der Konflikt zwischen den konservativen Anhängern des absolutistischen Status quo und den Befürwortern der Ständeordnung verleitete den liberalen, aufgeklärten Geist zu einem neuen Paradigmenwechsel. Die Konflikte verlagerten sich auf die Ebene des Liberalismus, der auch in Ungarn des 19. Jahrhunderts als Sammelbecken für verschiedene, auch für konservativ-liberale Denkströmungen diente. Innerhalb den unterschiedlichen liberalen Denkweisen bildete die ablehnende Einstellung gegenüber dem Habsburgerhaus den gemeinsamen Nenner.

293 Zit. in: Károly Kecskeméti: Notes, rapports et témoignages français sur la Hongrie, 1717-1809, Paris/Budapest/Szeged, n. Kecskeméti 2008, S. 30.

294 Vgl. ebd.

295 Im Vergleich zu den Märzrevolutionen in anderen Teilen Europas, wo im Vordergrund eine Systemreform stand, zielte der ungarische Aufstand die Abschaffung der Monarchie an.

296 István Schlett: A politikai gondolkodás története, II./1., A liberalizmus Magyarországon [Die Geschichte des politischen Denkens, II./1, Der Liberalismus in Ungarn], Budapest 1999, S. 15.

Als der wichtigste Vertreter von liberalen Gedanken jener Zeit galt Graf István Széchenyi²⁹⁷, der durch seine Schriften im ungarischen politischen Denken erstmalig liberale Denkanstöße einleitete, die nicht den gewohnten Argumentationen folgten.²⁹⁸ Széchenyi hat bereits am 3. November 1825 auf der einberufenen Diät Bekanntheit erlangt, als er verkündete, sein Jahreseinkommen für die Gründung der Ungarischen Akademie der Wissenschaften (MTA)²⁹⁹ bereitzustellen.³⁰⁰ In seinem bekannten Werk „Hitel“ (Kredit) aus dem Jahr 1830 setzte sich Széchenyi mit der ungarischen Gesellschaft auseinander und arbeitete ein Lösungsmodell aus, das offen mit dem feudalen System brach und den Vorschlag unterbreitete, den Feudalismus als geschlossenes Institutionensystem möglichst schnell abzubauen.³⁰¹ Dabei bezog er sich auf den aufklärerischen Geist des Josephinischen Zeitalters. Das ungarische Reformzeitalter ist mit dem Erscheinen von Széchenyis *Hitel* angebrochen. Bereits auf dem Landtag von 1830 sind die Liberalen als eine politische Einheit aufgetreten. Durch die Unorganisiertheit der ideologisch gegensätzlichen Kräfte konnten sie gleich die dominante Stellung im politischen Leben einnehmen. Von 1832 an bildeten sie in der Ständetafel die Mehrheit. Von 1840 an verfügten sie zudem mit der von Lajos Kossuth gegründeten *Pesti Hírlap* auch in den Komitaten über ein liberales Sprechorgan³⁰².

3.4.1 Konflikte zwischen den Liberalen und den Konservativen

Als liberaler Fortschrittsdenker formulierte Széchenyi als erster eine allgemeingültige Systemkritik, die auf dem Umstand der verarmten Landbesitzer basierte. Da das ungarische Ackerland sogar für die Versorgung von anderen Nationen geeignet gewesen wäre, fühlte sich Széchenyi vom Elend der Landbesitzer im besonderem Maße betroffen: „Der ungarische Landbesitzer ist ärmer als er gemessen an seinem Besitz sein sollte“.³⁰³ Dies führte er auf den Mangel von Kreditvergaben zurück.³⁰⁴ Eine Lösung suchte Széchenyi in der Reform des Staatsrechts und des Gesellschaftssystems anstelle der bis dahin dominanten und konfliktgeladenen Dichotomie zwischen Regierung und Adel.³⁰⁵ Der Drang nach

297 István Széchenyi gilt als der Initiator der liberalen Reformbewegungen in Ungarn. Mehr über Széchenyis Wirken und seine ideologische Entwicklung Siehe: András Gergely: *Széchenyi eszmerendészerének kialakulása* [Entstehung von Széchenyis Ideologiesystem], Budapest 1972.

298 Schlett 1999, S. 16.

299 Die MTA wurde am 17. November 1830 gegründet.

300 Bérenger/Kecskeméti 2008, S. 212.

301 Vgl. Schlett 1999, S. 16.

302 Vgl. Dénes 2001, S. 107.

303 István Széchenyi: *Hitel* [Kredit], Neudruck, Budapest 1984, S. 21.

304 Vgl. Schlett 1999, S. 17.

305 Vgl. ebd., S. 22.

Reformen, die von der „antiliberalen Verfassung“ blockiert würden³⁰⁶, bestimmte seine Denkweise: Ohne Reformen würde das System untergehen. Zudem lehnte er den von Dessewffy und anderen konservativen Denkern propagierten Status quo der Adelsrechte ab, der – laut Széchenyi – dem Fortschritt im Weg stehe. Ferner würden die Privilegien der Stände die Entstehung einer „einheitlichen Nation“ verhindern.³⁰⁷ Im Gegenzug zu Desewffy, der für die Rückstände in der Gesellschaft die Regierung verantwortlich machte, betonte auch Széchenyi ebenso wie andere liberale Denker, dass nur die Nation ihre Probleme lösen kann. Auch wenn es dem ungarischen Liberalismus auf der Ebene des ideengeschichtlichen Diskurses über das feudale System an eigenen Ideen mangelte, sind insbesondere die wirtschaftswissenschaftlichen Abhandlungen der liberalen Intellektuellen zu beachten. Die „grand-tour“³⁰⁸-Reiseberichte der aristokratischen Intellektuellen³⁰⁹ setzten sich zum Ziel, die „Inkompatibilität des Staatsrechts und der gesellschaftlichen Ordnung mit dem Fortschrittsgeist“³¹⁰ aufzudecken. Dies erreichten sie am besten, indem sie in ihren Abhandlungen die Klassiker des liberalen Denkens wie Smith und Young berücksichtigten. Széchenyi weist in seinem Werk *Hitel* (Kredit) explizit auf die Arbeiten von Smith und Young hin und stellt das Individuum in den Mittelpunkt: „Jeder muss sich bewusst machen, dass der Erfolg nur von ihm selbst abhängt.“³¹¹ Für ihn war eine Erstarkung der ungarischen Nation nur dann möglich, wenn jeder Einzelne im Bewusstsein seiner Verantwortung und seinen Pflichten handelt. Die Handlungen sollten schließlich mit der festen Verkettung der Einzelnen, eine „kluge“³¹² Nation formen.³¹³ Széchenyis *Hitel* inspirierte auch József Dessewffy, den wichtigsten ideologischen Gegner Széchenyis dazu, dem Reformier mit seiner konservativen Sichtweise zu entgegnen.³¹⁴ Dessewffy, der die

306 Zit. n. ebd., S. 52.

307 Ebd.

308 In den Aristokratenfamilien gehörten die Reisen in Westeuropa, also die „grand tour“ (Deutschland, Frankreich, England, Österreich, Schweiz, Italien) zur aufgeklärten Erziehung und zur Vorbereitung zum öffentlichen Leben. Vgl. Kecskeméti 2008, S. 117.

309 Der erste ideengeschichtliche Reisebericht stammt von Farkas Sándor Bölöni aus dem Jahr 1834 mit dem Titel: *Utazás Észak-Amerikában* [Reise in Nord-Amerika], in dem er über die Demokratie des 19. Jahrhunderts berichtet. Aber auch viele andere Mitglieder der aristokratischen Familien nahmen an einer „grand tour“ teil. So auch beispielsweise József Eötvös; József Irinyi; Menyhért Lónyay; Bertalan Szemere, István Széchenyi usw. Vgl. ebd., S. 118.

310 Ebd.

311 István Széchenyi: *Hitel* [Kredit], o.O. o.J., S. 265., zit. n. Gyula Andrassy/Zsolt Beöthy et al. (Hrsg.): *Széchenyi Eszmevilága I.* [Széchenyis Ideologiewelt I.], Budapest 1912, S. 75.

312 Anspielung auf den Wunsch von Széchenyi, das deutsche Wort „Klugheit“ ins Leben der Ungarischen Akademie der Wissenschaften (MTA) und somit in die ungarische Nation zu integrieren. Vgl. Eröffnungsrede von Széchenyi am 24. November 1842 anlässlich der feierlichen Eröffnung der MTA. Vgl. Andrassy et al. 1912, S. 77 in der Fußnote.

313 Vgl. ebd.

314 Vgl. Andrassy et al. 1912, S. 35.

Regierung für das Elend verantwortlich machte, lehnte Széchenyis Urteil über das Ungarnum unmissverständlich ab.³¹⁵ Széchenyis in die Zukunft gerichtete, eine melancholische Opferrolle ablehnende Denkweise stieß bei den konservativen Denkern auf heftigen Widerstand. Der Konservatismus galt in Europa während des 19. Jahrhunderts – mit Ausnahme von Großbritannien und den Niederlanden – zusammen mit dem (königlichen) Absolutismus als das Konfliktpaar zum Liberalismus; so auch in Ungarn.

3.4.2 Parteipolitische Konflikte zwischen den Liberalen und Konservativen

In Ungarn bezeichneten sich die Konservativen selbst als Traditionalisten und Realisten, dagegen galten sie im Kreise der Reformisten als altmodisch, Verteidiger ihrer Sonderrechte und als Beamte der fremden Mächte.³¹⁶ Auf der politischen Ebene meldeten sich die „Neu“-Konservativen erstmalig bei der parlamentarischen Versammlung von 1839/40 zu Wort; zu einem Zeitpunkt, an dem es für beide Lager offensichtlich wurde, dass das „unbiegsame“ System des Regierens nicht länger zu halten war. In der parlamentarischen Praxis verkörperten die Konservativen eine eher zurückhaltende Politik: Ihre Strategie bestand darin, sich der Reformpartei mit allen Kräften zu widersetzen. Unter Leitung von Aurél Dessewffy, Sohn von József Dessewffy entstand der neue konservative Flügel, der mit der bisherigen Politik der Konservativen brach. Dessewffy erkannte, dass in Zeiten, als die alten Systeme Europas nicht mehr überlebensfähig waren, der Fortschrittsgeist akzeptiert werden musste. Im Gegensatz zu den Urkonservativen, die sich als Erbe des Metternich-Regimes betrachteten, inszenierte sich der neue Flügel daher als Vertreter eines „überlegten Fortschritts“ („fontolva haladás“).³¹⁷ Zwar stellten die Konservativen auf der parteipolitischen Ebene mit der 1846 gegründeten Konzervatív Párt (Konservative Partei) einen Gegenpol zu den liberalen Parteiformationen dar, konnten sich allerdings nur für eine kurze Zeit als politisch bedeutendste Kraft etablieren. Die Konservative Partei ist auf die Initiative von Sándor Liphay³¹⁸ und mit der Parteiführung von Emil Dessewffy³¹⁹ und Antal Szécsen³²⁰ als „die Partei der Regierung“³²¹ entstanden. Mit der Einschränkung der

315 Vgl. Gábor Vaderna: Dessewffy József válasza Széchenyi István Világára [Die Antwort József Dessewffy auf Széchenyi's Kredit], in: Gábor Ujváry/Réka Lengyel (Hrsg.): *Lymbus. Magyarorságtudományi Közlemények* [Lymbus. Mitteilungen zu Wissenschaft über das Ungarnum], Budapest 2010, S. 189–240, hier S. 209.

316 Vgl. Dénes 2001, S. 50.

317 Vgl. ebd., S. 53.

318 Chefredakteur der Nationalen Zeitung (Nemzeti Újság).

319 Sohn von József Dessewffy.

320 Historiker, Mitglied der MTA. Wurde mit der Ausarbeitung des Parteienprogramms beauftragt.

321 Schlett 2009, S. 651.

Pressezensur seit den 1830er Jahren konnte sich eine Zeitschriftlandschaft herausbilden, in der politische Diskussionen abliefen.³²² Somit war den Konservativen die Möglichkeit geboten, in den Komitaten und in der Presse eine Gegenoffensive zu den liberalen Positionen zu starten. Im Landtag von 1847 verfügten die Neu-Konservativen sowohl auf der Magnatentafel (ung. förendiház) als auch in der Ständetafel (ung. alsóház) über die politische Mehrheit.³²³ Sie verfolgten das Ziel, Kossuth zu marginalisieren und Deák, Széchenyi und Batthyány auf ihre Seite zu ziehen. Damit die Konservativen die politische Führung übernehmen konnten, spielte die von Metternich, dem Beauftragten des „geheimen Staatsrats“, durchgeführte konservative Offensive gegen die liberalen Reformer eine zentrale Rolle: Die Hauptfiguren der Opposition (u.a. Miklós Wesselényi und Lajos Kossuth) wurden zu einer drei- und vierjährigen Gefängnisstrafe verurteilt. Als stellvertretender Kanzler und später Hauptkanzler wurde Graf György Apponyi zur Führungsfigur der Konservativen Partei ernannt. Außerdem erhielt er den Posten des geheimen internen Beraters der Regierung.³²⁴ Apponyi wurde beauftragt, die liberale Opposition in den Hintergrund zu drängen und die Geheimpolizei zu stärken. Um die Popularität der Regierung zu erhöhen, suchte Apponyi zunehmend die Nähe Széchenyis, der für seine Reformen die (finanzielle) Unterstützung³²⁵ der Regierung dringend benötigte. Széchenyi konnte ferner sicher sein, dass durch Apponyi die ungarische Verfassung unangetastet blieb.³²⁶ Die liberale Reformopposition reagierte auf das Erstarken der Konservativen, indem sie sich 1847 zur Ellenzéki (Liberális) Párt (Oppositionelle Liberale Partei/ELP) formierten. Es ist den Liberalen sogar gelungen, ihr Programm im Landtag von März 1848 anerkennen zu lassen. Einen Monat später stimmten sowohl die Wiener Staatskonferenz wie auch Ferdinand V. dem Programm zu. Die Konservativen waren damit endgültig in den Hintergrund gedrängt worden.³²⁷ Die ELP ist als eine Art Protopartei zu betrachten.³²⁸ Sie entstand aus der Verschmelzung der oppositionellen Bewegungen des 1841 gegründeten Nemzeti Kör (Nationaler Kreis) und des radikaleren Pesti Kör (Pester

322 Vgl. Bérenger/Kecskeméti 2008, S. 220.

323 Vgl. Dénes 2001, S. 107.

324 Vgl. Szilvia Czinege: Gróf Apponyi György közéleti pályája a reformkorban – egy hivatalnok-politikus portré [Laufbahn von Graf György Apponyi. Portrait eines Beamtenpolitikers], Dissertationsschrift, Debrecen 2013, online-Veröffentlichung unter: <https://dea.lib.unideb.hu/dea/bitstream/handle/2437/169673/DisszCzinege-t.pdf?sequence=7&isAllowed=y>, abgerufen am 23.7.2014, S. 17.

325 So auch bei der Regulierung der Theiß. Vgl. ebd.

326 Vgl. ebd.

327 Vgl. Dénes 2001, S. 108.

328 Vgl. István Vida et al. (Hrsg.): Magyarországi politikai pártok lexikona 1846-2010 [Lexikon der ungarischen politischen Parteien 1846-2010], Budapest 2011, S. 49.

Kreis). Die Gründung der ELP wurde noch durch die Gründung der Konservativen Partei 1846 beschleunigt. Die Gegensätze innerhalb der liberalen Bewegungen in den Komitaten wurden beiseitegeräumt, um in Pest auf der nationalen Oppositions-Konferenz am 15. März 1847 die ELP ins Leben rufen zu können. Als Vorsitzender der Partei wurde Graf Lajos Batthyány gewählt. Das Parteiprogramm wurde von Lajos Kossuth ausgearbeitet und von Ferenc Deák fertiggestellt; als Ellenzéki Nyilatkozat (Oppositionsmanifest) ging es in die Geschichte ein. Das Manifest beinhaltete die wichtigsten Forderungen der Regierungsgegner. Sie postulierten unter anderen eine verantwortliche Regierung, Garantien der Presse-, Versammlungs-, Vereinigungs- und Religionsfreiheit, die Auflösung der Leibeigenschaft, Gleichheit vor dem Gesetz, die Einführung einer allgemeinen Steuerpflicht, das Recht für Kreditanspruch und Erwerb von Landbesitz auch für Nicht-Adelige und die Union Ungarns mit Siebenbürgen. Zudem bestanden sie auf der im Jahre 1790 erkämpften Unabhängigkeit Ungarns innerhalb des Habsburgerreichs.³²⁹ Sie berufen sich also auf den Artikel 10 der 1790er Gesetze.³³⁰ Die Forderungen lehnten sich stark an die von Széchenyi im Hittel formulierten Reformen an.

Im Gegensatz zu den klaren und mutigen Forderungen der Liberalen erschien der ungarische Konservatismus bis zum Ende des 19. Jahrhunderts als schwach und wirkungslos.³³¹ Im allgemeinen Bewusstsein galten die Konservativen als die sturen Verfechter adeliger Privilegien, außerdem als die kriecherischen Anhänger der Habsburger, die nicht einmal in Ungarn lebten. Der vorzeitige Tod von Aurél Dessewffy, dem wichtigsten und ehrlichsten Verfechter des Konservatismus Anfang der 1840er Jahre wirkte sich negativ auf die weitere Entwicklung des ungarischen Konservatismus aus.³³² Mit dem Tod von Dessewffy verlor Ungarn den bedeutendsten politischen Anführer des Konservatismus, der im Gegenzug zu Széchenyi und Kossuth eine alternative konservative Politik der Nation vertrat. Das Fundament sollte dabei eine konstitutionelle Monarchie bilden, in der die „überlegten“ Reformen von der Regierung und nicht von der Aristokratie und auch nicht von den Burgkomitaten eingeleitet werden.³³³ Der Konservatismus konnte jedoch zu jener Zeit

329 Vgl. ebd.

330 Siehe Fn 272.

331 Vgl. Gyurgyák 2007, S. 51.

332 Vgl. ebd.

333 Vgl. ebd., S. 52f.

nicht überleben, da offenkundig wurde, dass die ungarische Gutsherrschaft keine Zukunft mehr hatte.³³⁴

3.4.3 Konflikte innerhalb der politischen Elite: Széchenyi versus Kossuth

Nach dem Landtag von 1839/40 ging der Begriff Fortschritt als Schlüsselwort in die politischen Diskussionen ein. Der Fortschrittsgeist dominierte sowohl das rechte wie auch das linke politische Lager. Baron Alajos Mednyánszky baute eine lockere Pressezensur aus. Mit Zustimmung der Behörden gelang es ihm, ein halb freies Pressezentrum auszubauen, das die Verbreitung von Tageszeitungen begünstigte.³³⁵ Nach der Freilassung von Kossuth wurde er mit der redaktionellen Leitung des Pesti Hírlap (Pester Nachrichtenblatt) beauftragt, das sich als erstes erfolgreiches Presseorgan etablieren konnte. Die ersten Exemplare wurden am 2. Januar 1841 gedruckt. Innerhalb von kürzester Zeit erreichte das Blatt mehrere Tausend Leser und stärkte Kossuth als zentrale Figur der liberalen Opposition.

3.4.4.2 „Aristokratieliberalismus“ versus „Adelsliberalismus“

Die politische Pfadsuche ab 1841 führte zu Konflikten innerhalb des oppositionellen Lagers. Einen der bedeutendsten Konflikte bildete der sogenannte Manierstreit zwischen Széchenyi und Kossuth, in dessen Zentrum die Beschleunigung der Reformpolitik stand. Für Széchenyi vertrat das Pester Nachrichtenblatt ähnliche politische Werte wie jene, die zu jener Zeit in Frankreich ihre Blütezeit erlebte. Széchenyi's Enttäuschung richtete sich weniger gegen den Inhalt des Blattes als vielmehr gegen dessen Stil. Seine Denkweise basierte nämlich auf einer Grundeinstellung, wonach das Leben ein dauerhafter Fortschritt und ewige Perfektionierung ist.³³⁶ In dem Buch „A Kelet Népe“ (Das Volk des Ostens) von 1841 formuliert er auf 400 Seiten seine Kritik gegenüber dem Pester Blatt: Die konfliktgenerierende und Leidenschaften erweckende Rhetorik des Blattes würde die Etablierung einer neuen, von feudalen Elementen befreiten Interessenvertretung erschweren – so Széchenyi im Kelet Népe.³³⁷ Diese Studie leitete den bis 1848 andauernde Streit zwischen ihm und Kossuth ein. Kossuth entgegnete Széchenyi, indem er darauf aufmerksam machte, dass die Etablierung eines liberalen Staates in einem absolutistischen System, in dem der Adel auf seinen Privilegien beharrt, nur durch die politische Mobilisierung der Gesellschaft – und vor allem des Gemeinadels – zustande kommen kann. Vor diesem Hintergrund sah Kossuth die von

334 Vgl. Kecskeméti 2008, S. 120.

335 Vgl. Bérenger/Kecskeméti 2008, S. 249.

336 Vgl. István Apáthy et al.: Széchenyi Eszmevilága II. [Ideenwelt von Széchenyi II.], Budapest 1914, S. 39.

337 Vgl. István Széchenyi: A Kelet Népe [Das Volk des Ostens], Budapest 1985, S. 114.

seinem Blatt behandelten Themen von Elend, Ungerechtigkeiten, Rückständen und dem Hochmut der Aristokratie und den provozierenden journalistischen Stil durchaus als angemessen an.³³⁸ Mit dem Streit wurde offenkundig, dass sich auch innerhalb des liberalen Lagers des 19. Jahrhunderts verschiedene Strömungen herausbildeten. Im Gegensatz zu Kossuth, der auf die Rhetorik eines unschuldigen Nationalismus setzte, vertrat Széchenyi einen Liberalismus, der von Lern-, Anpassungsfähigkeit und Selbstkritik sowie von dem Willen zum ständigen Fortschritt geprägt war. Im Kompromiss zwischen dem Habsburgerhaus und dem ungarischen Adel von 1840 sah er den ersten Schritt in Richtung eines „aristokratischen Liberalismus“³³⁹, der im Gegensatz zu Kossuths „Adelsliberalismus“³⁴⁰ stand: Széchenyi träumte nämlich von einer Reform, die von oben, mit der Führung der Aristokratie initiiert wird. Kossuth hingegen sah die stützende Kraft im Adel und in den Burgkomitaten,³⁴¹ zumal die Adelsgemeinschaften der Burgkomitate zwei Gesandte in die Ständetafel entsenden konnten. Alle Komitate und mit ihnen alle gleichberechtigten Verwaltungseinheiten (Bezirke, in Siebenbürgen Stühle) hatten die Möglichkeit, mit zwei Gesandten - unabhängig von der Größe und der Bevölkerungszahl der Verwaltungseinheiten mit jeweils einer Stimme – am Gesetzgebungsprozess teilzunehmen.³⁴² Im Zuge der Reformdebatten der ungarischen Gesellschaft erwartete Kossuth von „seinem“ Adel und Gemeinadel eine Art Metamorphose, sowohl politisch wie auch gesellschaftlich. Damit hat er das Ziel verfolgt, eine ungarische Mittelschicht zu schaffen. Dabei lag die Betonung auf dem Wort „ungarisch“. Eine Mitwirkung aus Wien lehnte er vehement ab. Er strebte sogar die Magyarisierung der deutschsprachigen Städte an und in seinen Aufsätzen über „Zwinkern Richtung Zollunion“ und „Aussichten der Zollunion“³⁴³ griff er die von Széchenyi unterstützte deutsche Zollunion an. Vielmehr vertraute er in das ungarische System der Burgkomitate, die für ihn „die Lebenskraft der Nation“ darstellten.³⁴⁴

338 Schlett 1999, S. 168.

339 Schlett 2009/I., S. 521.

340 Ebd.

341 Ákos Egyed: Széchenyi István hatása Erdélyben [Einfluss von István Széchenyi in Siebenbürgen], in: Ders. et al.: Széchenyi és Erdély. Tanulmányok [Széchenyi und Siebenbürgen. Studien], Cluj 2002, S. 13.

342 Vgl. Zsuzsanna Boros/Dániel Szabó: Parlamentarismus Magyarországon (1867-1944). Parlament, pártok, választások [Parlamentarismus in Ungarn 1867-1944. Parlament, Parteien, Wahlen], 2. verbesserte Aufl., Budapest 2008.

343 Ferenc Kossuth (Hrsg.): Kossuth Lajos hírlapi cikkei [Artikel des Lajos Kossuth Nachrichtenblattes], Budapest o. J., nach Gyurgyák 2007, S. 45.

344 Nach Gyurgyák 2007, S. 45.

In der aufgeheizten revolutionären Atmosphäre der 1840er Jahre konnte Széchenyi die damalige intellektuelle Elite wie Deák und Wesselényi - trotz enger Freundschaft - von seiner pragmatischen Politik nicht überzeugen.³⁴⁵ Die ablehnende Haltung seiner intellektuellen Weggefährten und sein schlechter Gesundheitszustand führten letztlich zur eigenen politischen Marginalisierung. Dahingegen genoss Kossuth zunehmend größere Beliebtheit und zeigte sich politisch immer stärker und konnte schließlich zur führenden Figur des ungarischen Liberalismus, später des konservativen Liberalismus avancieren. Der Ansehensverlust Széchenyis wurde zudem dadurch verstärkt, dass die Führung des gegen die Habsburger gerichteten Freiheitskampfes Lajos Kossuth übernahm.³⁴⁶ Széchenyi blieb im ungarischen Bewusstsein als der wirtschaftliche Führer hinter dem politischen Freiheitskämpfer Kossuth zurück.

Neben den Meinungsverschiedenheiten in Sachen Nationenbildung gab es weitere deutliche Unterschiede, insbesondere den Status quo des Zivilrechts und des Privatrechts betreffend. Széchenyi war um eine Reform des Privatrechts bemüht und strebte die Abschaffung des unzeitgemäßen Privilegiensystems an, welches das Fortbestehen der Ständeordnung stärkte.³⁴⁷

Ende des 18. und während des 19. Jahrhunderts waren also auch in Ungarn die verschiedenen Strömungen des Liberalismus, der klassische angelsächsische und auch der kontinentale Liberalismus vertreten. Allgemein lässt sich jedoch feststellen, dass im 19. Jahrhundert der Liberalismus in Ungarn auf die Forderung nach einer allgemeingültigen Rechtsgleichheit ausgerichtet war.³⁴⁸ Dies sollte nicht mit der Aufhebung der adligen Vorrechte erreicht werden. Vielmehr strebte die Mehrheit der Liberalen den weitreichenden Ausbau der Adelsrechte an, der Széchenyi vorwurfsvoll als „Adelsliberalismus“ bezeichnete.

3.4.5. Parteipolitische Konflikte: Die Konservativen und die Liberalen

Im nächsten Schritt ist zu prüfen, inwiefern sich der Konflikt innerhalb der politischen Elite zum einen im Kreise der Vertreter des Nationalismus und der Anhänger des Liberalismus

345 Siehe beispielsweise den Briefwechsel mit seinem engen Freund Miklós Wesselényi Anfang des 19. Jahrhunderts, Vgl. Sándor Maller: Széchenyi István – Wesselényi Miklós. Feleselő Naplók. Egy barátság kezdetei [István Széchenyi – Miklós Wesselényi. Freche Tagebücher. Anfänge einer Freundschaft], Budapest 2004, insbesondere die Analyse von Maller ab S. 47ff.

346 Vgl. Elek Csetri: Széchenyi István szabadságfelfogása [István Széchenyis Freiheitsbegriff], in: Ebd., S. 49f.

347 Tamás Vécsey: Széchenyi és a magyar magánjog [Széchenyi und das ungarische Privatrecht], Budapest 1895, S. 56.

348 Vgl. Takáts 2007, S. 27.

abgebildet hat, und zum anderen wie der Konflikt entlang den unterschiedlichen Vorstellungen über zivilrechtliche Fragen die Herausbildung von Parteienbündnissen und -programmen bestimmt hat. Darüber hinaus werden die ersten „Spiegelungen“ der Konflikte innerhalb der Bevölkerung beleuchtet, indem die regionalen³⁴⁹ Wählerpräferenzen der beiden parteipolitischen Blöcke aufgelistet werden. Dies soll dazu dienen, die ersten historischen wahlgeographischen Charakteristika der Komitate aufzuzeigen.

Die Gemeinsamkeit der Vertreter beider Strömungen: des Liberalismus und des Nationalismus bestand darin, dass beide Gruppen die Modernisierung des Landes anstrebten, wenn auch mit unterschiedlichen Vorstellungen. Beispielsweise gaben im Landtag von 1840 sowohl das rechte wie auch das linke Lager ihre Zufriedenheit kund. Auf diese Übereinstimmung und die damit verbundenen 1840er Gesetze, die zum ersten Mal auch die Judengesetze beinhalteten, führt der Historiker Andrew C. Janos die Geburtsstunde des bürgerlichen Ungarns zurück, die gleichzeitig auch als erster Schritt zur Emanzipation der Juden betrachtet werden kann.³⁵⁰

3.4.5.1 Das konservative Parteiprogramm

Zur Vorgeschichte der Konzervatív Párt (Konservative Partei) zählen das 1841 von dem frühzeitig verstorbenen und zur damaligen Zeit wichtigsten konservativen Intellektuellen Aurél Dessewffy gegründeten Konzervatív Kaszinó (Konservatives Kasino), Széchenyis Világ (Welt), die Budapester Híradó (Budapester Nachrichten), die Nemzeti Újság (Nationale Zeitung) oder auch das im Juni 1846 etablierte Wahlbüro, das die Gründung der Konservativen Partei vorbereitete.³⁵¹ Die führende Elite innerhalb des konservativen Kreises, die ebenfalls die Mitglieder des Parteiausschusses stellten, darunter u.a. Graf Emil Dessewffy, Graf István Szécsen, Pál Somssich und Sándor Liphay bestimmte die „Parteitaktik“ für die Regierung, und auch für die Wählermobilisierung. Die Konservativen definierten sich als Gegengewicht zu den oppositionellen Liberalen, die die historischen Rechte gefährden und die Krone und die Regierung missachten würden.³⁵² Die Verantwortlichkeit für das Parteiprogramm sah die konservative Elite statt bei der Partei vielmehr bei der Regierung. Nach dem Standpunkt des konservativen Wahlamtes hatte die Regierung die Aufgabe, das Programm zu verkünden. Die Partei sollte erst nach der

349 Die vorhandenen Statistiken über das Wählerverhalten erlauben lediglich eine Auflistung auf der Ebene der Komitate.

350 Vgl. Széchenyi 1985, S. 248.

351 Vgl. Dénes 2001, S. 88.

352 Vgl. ebd.

offiziellen Bekanntgabe gegründet werden und hatte die Aufgabe, in der Öffentlichkeit für Legitimität zu sorgen und diese zu sichern.³⁵³ Daraus lässt sich schließen, dass die Konservativen aus heutiger Sicht eine der wesentlichen Funktionen von Parteien, nämlich die Regierungskontrolle, nicht als ihre Aufgabe ansahen. Zudem betonten sie, dass es nicht sinnvoll sei, wenn sich die Regierung einem ausführlichen Parteiprogramm verpflichtet. Pál Somssich, eine der zentralen Figuren im Parteiausschuss, arbeitete ein dreistufiges Modell für die Veröffentlichung des Regierungsprogramms aus, das gleichzeitig als Parteienprogramm fungierte sollte:

In die erste Gruppe ordnete er jene Fragen ein, die von der Regierung in der Öffentlichkeit thematisiert werden sollten. Diese waren Sachfragen von allgemeiner Bekanntheit, wie beispielsweise infrastrukturelle Fragen der Städte oder die Gesetzesreform der Bergwerke. Die aktuellen politischen Fragen wie jene über die Abgaben oder die Verkehrsinfrastruktur ordnete er in die zweite Gruppe ein, zu der die Regierung Stellung nehmen sollte. In die dritte Gruppe gehörten kurzfristige Fragen, über die die Regierung schweigen sollte. Zudem rechnete Somssich die Reforminitiative nicht in den Aufgabenbereich der Parteien, sondern allein in den der Regierung.³⁵⁴ Die Partei sollte also lediglich dafür sorgen, die Regierungspolitik in der Öffentlichkeit bekannt und beliebt zu machen.

Viele Beobachter betrachteten die Konservative Partei als die Behüterin der aristokratischen Stabilität, die mit der Wahrung der Nationalität und auf der Grundlage des Verfassungsgrundsatzes die Reformen „nur durch eine konservative Sichtweise und einer konservativen Mehrheit gegen die Opposition durchbringen muss“.³⁵⁵ Es galt der allgemeine Standpunkt, dass die Partei die Aufgabe hat, eine Mehrheit für die Regierung zu sichern. Dementsprechend musste die Parteiführung von der Regierung gebildet werden. Sowohl das Parteiprogramm wie auch die öffentlichen Äußerungen der wichtigsten Vertreter und Mitglieder des Parteiausschusses wie von Szécsen und Dessewffy zeugen vom den wichtigsten Selbstdefinierungsaspekt der Konservativen. Sie definierten sich als Gegengewicht zu den liberalen Bewegungen mit dem Ziel, die gemäß den geplanten Reformbestrebungen in dem Landtag von 1843/44 eingebrachten Gesetzesinitiativen gegen den Willen der Opposition, die in der Ständetafel über eine Mehrheit verfügten, durchzusetzen. Damit die Regierung ihr alleiniges Recht auf Gesetzesinitiative geltend

353 Vgl. ebd., S. 89.

354 Vgl. ebd.

355 Ebd., S. 90.

machen konnte, bedurfte es der Mehrheit einer Regierungspartei. Folglich ist 1846 die Konservative Partei (KP) mit einem überparteilichen, beinahe absolutistischen Anspruch entstanden. Als zentrale Führungsfigur wurde der neu gewählte ungarische Kanzler, György Apponyi ernannt. Apponyi bestimmte im Sinne der Politik des Regierungshauses die Programmpunkte der Partei. Diese waren unter anderen das Gesetzesbuch der Bauwerke, die Versorgung des Militärs, die Regelung des Zollsystems, die Modernisierung der Verkehrsinfrastruktur, die Besteuerung des Adels, die Errichtung einer Hypotheken Bank und schließlich die Abschaffung der Avitizität. Die programmatischen Schwerpunkte der KP sollten dazu dienen, Ungarn langfristig den anderen Staaten in der Monarchie wirtschaftlich anzuschließen. Apponyis weitere, die bestehende Rechtsordnung reformierenden Programmpunkte und insbesondere die Neuregulierungsvorschläge der lokalen Selbstverwaltungen zielten auf die Rückgewinnung der Regierungsautorität und auf die innere Sicherheit des Staates ab.³⁵⁶ Der Historiker Zoltán Iván Dénes weist in einer Zusammenfassung des konservativen Programms auf dessen Inkongruenz hin, die schließlich die Erfolgslosigkeit der Partei einleitete³⁵⁷. Als erstes bemängelte er das Fehlen eines verantwortlichen Regierens der Konservativen, den schwachen Willen, das Zins- und das Privilegiensystem abzuschaffen und die Gemeinlast einzuführen. Auch in der konservativen Publizistik war diese Regierungspolitik vertreten, die sich in der Öffentlichkeit statt für einen „überlegten Fortschritt“ für die Erhaltung der Privilegien einsetzte. Dass sich der überlegte Fortschritt gegenüber einem Programm, das an der Fortsetzung des Status quo festhielt, nicht durchsetzen konnte, hing auch mit dem frühzeitigen Tod von Emil Dessewffy im Jahr 1842 zusammen. Der Weg in Richtung einer vorsichtigen dennoch reformorientierten programmatischen Abgrenzung zu den Liberalen, die Dessewffy vertrat, war somit abgesperrt. Infolge ihrer zunehmenden Radikalisierung und schließlich des Erfolgs der Ellenzéki Párt (EP) (Oppositionspartei) im Zuge der Märzrevolution 1848 konnten die Konservativen ihre langjährige Mehrheit weder in den 46 Burgkomitaten noch in der Ständetafel aufrechterhalten³⁵⁸. Dies führte dazu, dass 1849 auch die Konservative Partei von der EP einverleibt wurde.

356 Vgl. ebd., S. 95.

357 Vgl. ebd., S. 96.

358 Vgl. Kecskeméti 2008, S. 290.

3.4.5.2 Das liberale Parteiprogramm

Die erste organisierte Gruppe der Liberalen bildeten die sogenannten Zentralisten, die sich Anfang der 1840er Jahre innerhalb der Reformpartei gründeten. Sie haben sich für die Reformierung des Systems der Burgkomitate eingesetzt und strebten die Einführung von Fachdirektoraten und die Regelung der Rechtsverhältnisse zwischen Staat und Gesellschaft an.³⁵⁹ Das Programm der liberalen Opposition hat Ferenc Deák auf der Grundlage der Vorarbeiten von Lajos Kossuth, der sich im liberalen Lager gegen Széchenyi durchsetzen konnte, ausgearbeitet. Das liberale Programm hat seine endgültige Form im „Oppositionellen Manifest“ (Ellenzéki Nyilatkozat) angenommen, das im Landtag vom 7. Juni 1847 als das offizielle Programm der Opposition verabschiedet wurde. Die verfassungsrechtliche Opposition, wie sie sich selbst nannten, nahm im Manifest zur verfassungsrechtlichen Situation in Ungarn sowie zur parlamentarischen Mehrheitsbestrebung der KP Stellung. Im Fokus der Opposition standen insbesondere der Verfassungsschutz des *regnum* und der *natio*, also des Staates und der Nation sowie die Kritik an der feudalen Ordnung und der absolutistischen Regierungsform. Die Verfassung sollte mit der Einführung eines bürgerlichen Parlamentarismus nach französischem und amerikanischem Vorbild reformiert werden, was schließlich zur Auflösung des Privilegienprinzips führen würde. Auch die Opposition strebte die Abschaffung der Avizität an, neben der Forderung nach einer allgemeingültigen Gleichheit vor dem Gesetz. Dies sollte mit dem Beschluss der Ständetafel an dem Landtag von 1843/44 über die Einführung eines bürgerlichen Gesetzbuches erreicht werden.³⁶⁰

3.4.5.3 Vergleich der Parteiprogramme der Konservativen und der Liberalen

Am meisten uneinig waren die beiden Lager vor allem in Fragen des Bürgerlichen Gesetzbuches, der städtischen Angelegenheiten, der Gemeindelast und des Erbverdienstes. Das Programm der Konservativen betonte die Einheit innerhalb der Monarchie. Sie strebten also die Aufrechterhaltung des Status Quo an. Ihre Reformbestrebungen wie beispielsweise die Einführung einer Gemeindelast³⁶¹ waren vor der Öffentlichkeit verschwiegen. Im Gegenzug bestritten die Liberalen die Pragmatica Sanktion und Artikel 10 der 1790er Gesetze, der Ungarn seine verfassungsrechtliche Souveränität sicherte. Das konservative Programm hatte eine von oben nach unten gesteuerte Ordnung verkündet, dahingegen setzte

³⁵⁹ Vgl. Takáts 2007, S. 26f.

³⁶⁰ Vgl. Dénes 2001, S. 97ff.

³⁶¹ Zwar haben sie diese Initiative auf der Parteikonferenz nicht explizit verworfen, jedoch sie in die Diskussionen über die Etablierung einer Staatskasse integriert und somit verschleiert. Vgl. ebd., S. 101.

die Opposition auf eine Staats- und Gesellschaftsordnung, welche sich von unten nach oben organisiert, wobei sich in diesem Punkt – wie bereits oben beschrieben - die beiden großen Reformer Kossuth und Széchenyi grundsätzlich unterschieden haben. Die Konservativen vertraten die Interessen der Agrargesellschaft, die auf einer Arbeitsteilung innerhalb der Monarchie basieren sollte. Eine wirtschaftliche Expansion konnten sie sich auch nur im Bereich der Agrarwirtschaft vorstellen. Die Opposition strebte den Ausbau einer bürgerlichen Wirtschaftsnation, die Fortentwicklung der Industrie und des Handels ohne dominanten staatlichen Einfluss an. Aus diesen Zielsetzungen entstand auch die Bestrebung einer Zollunion zwischen den Staaten der Monarchie. Dies sollte den freien und vor allem gleichberechtigten Handel zwischen den besser entwickelten ausländischen Wirtschaftspartnern und der rückständischen ungarischen Wirtschaftsnation ermöglichen. Die (wirtschafts)politischen Programme beider Lager haben sich nicht nur in ihrem Stil, sondern auch in ihren Inhalten voneinander unterschieden. Wie Dénes beschreibt: „Das Konzept der Konservativen war durch das Zurückdrängen der Opposition, die Schaffung einer Ordnung [...] und vor allem die Aussicht auf die wirtschaftliche Eingliederung in das Reich: die Modernisierung des Privilegiensystems und die technische Reformierung des absolutistischen Systems bestimmt.“³⁶² Das Programm der Liberalen basierte auf Ideen der Errichtung eines bürgerlichen Staates und des Umbaus der Privilegien in persönliche Freiheiten.³⁶³

3.5 Zwischenfazit: Historische Konfliktanalyse von 1790 bis 1848

Nach der Schlacht von Mohács (1526) standen in Ungarn drei in sich zusammenhängende politische Diskurse im Vordergrund: der Schutz der ständischen Freiheiten gegenüber dem asiatischen und dem Habsburger Absolutismus, der Kampf um die territoriale Integrität und Souveränität Ungarns, der sich gegen die Stärkung und den weiteren Ausbau des Habsburgerreichs richtete und die Errichtung einer Staatskirche vs. Forderung der Religionsfreiheit als Teil der ständischen Freiheiten.

Die Konfliktstruktur des 16. und 17. Jahrhunderts übertrug sich auch ins 18. Jahrhundert. Nach der Türkenbefreiung dominierten drei Konflikte, die sich insbesondere entlang der Ungarischsprachigkeit entfalteten. Durch den Teilerfolg der Gegenreformation des 18.

362 Dénes 2001, S. 106.

363 Vgl. ebd.

Jahrhunderts standen auf der einen Seite die Habsburgtreuen deutschen und österreichischen Aristokraten, auf der anderen Seite die das Ungarntum verkörpernden Protestanten. Den anderen Konflikt bildete die deutsche Assimilierungspolitik des aufgeklärten Absolutismus, die unter Maria Theresia – durch die Ansiedlung von Schwaben in Ungarn - ihre Anfänge und unter der Herrschaft von Joseph II. ihre Blütezeit erlebte. Jedoch konnte sie sich aufgrund der kulturellen Vielfalt und wirtschaftlicher Unterschiede innerhalb der Monarchie nicht durchsetzen.

Den dritten, den beiden anderen innewohnenden Konflikt bildete der Kampf zwischen den fremden, „ausländischen“ Absolutisten und den „ungarischen“ Ständen. Das Joseph'sche Zeitalter verfestigte zudem den im 16. Jahrhundert entstandenen Konflikt zwischen den Kuruzen und den Labanzen, die sich nun erneut als der Konflikt zwischen Pro-Habsburg- und Anti-Habsburg-Lagern manifestierte. Daneben und neben den religiösen Konflikten trat eine neue Konfliktdimension hervor, die sich insbesondere nach 1790 durch die Verbreitung des gegen den Absolutismus gerichteten Fortschrittsgeistes entfalten konnte. Die Aufklärung brachte für den ungarischen Adel die Grundlage eines liberalen Nationalismus und den Willen nach einem liberalen bürgerlichen Nationalstaat mit der Schaffung und Modernisierung einer nationalen Sprache. Konflikte zwischen dem ungarischen Parlament und dem Habsburgerhaus waren also vorprogrammiert. Aber auch innerhalb der ungarischen Elite traten die unterschiedlichen Vorstellungen zum Vorschein: Es standen der politische Wille nach der nationalen Freiheit (nemzeti szabadság) und das Konzept des „regimen commixtum“ einander gegenüber.

Die 1790er Gesetze von Leopold II. haben jedoch die Verfassung der Ständeordnung verfestigt und somit den Grundstein für die Entstehung eines bürgerlichen Nationalstaates gelegt. Das führte wiederum zu neuen Streitigkeiten entlang den grundsätzlichen Fragen um das ungarische Staatsrecht (közjog). Folglich hat die „közjog“-Frage das politische Leben Ungarns für die weiteren Jahrhunderte bestimmt. Die intellektuelle Elite, die sich bereits gegen den Josephinismus aufgelehnt hat, spaltete sich Anfang der 1790er Jahre. Es haben sich zwei Gruppen herausgebildet: Der eine Teil schloss sich den Forderungen des ungarischen Adels an, der andere Teil unterstützte das Habsburgerhaus. Auch die Jakobiner, die nach dem Tod von Leopold II. mit der Umerziehung der Bevölkerung das feudale System abschaffen wollten, blieben erfolglos. Die Systemreform blieb aus und schließlich verschwand die aufgeklärte Politik in Ungarn. Es wurde zudem offenkundig, dass die

Habsburger mit den ideologischen Strömungen des 18. und 19. Jahrhunderts überfordert waren. Weder der Liberalismus noch der Nationalismus konnten die jahrhundertlang andauernden Konflikte zwischen dem absolutistischen Staat und den adeligen Ständen überwinden. Sie haben die Konflikte lediglich konservieren können. Aber auch die ungarischen Intellektuellen konnten für sich keinen eigenen Weg erkämpfen. Dies alles hatte zur Folge, dass sich die Konflikte Ende des 18. Jahrhunderts zwischen dem Königshaus und dem ungarischen Adel verfestigt haben. Unter Franz I., dem Nachfolger von Leopold II. entstand eine Überwachungsdictatur, die lediglich zum provisorischen Stillschweigen des ungarischen Adels beitrug – zu sehr hat sich die negative Haltung gegenüber dem Habsburgerhaus festgesetzt. Der Konflikt zwischen der ungarischen Opposition und dem Habsburgerhaus blieb für die weiteren Jahrzehnte bestehen. Das ungarische Reformzeitalter war durch den Konflikt der wichtigsten politischen Vertretern von zwei voneinander abweichenden ideologischen Strömungen, nämlich von dem Liberalismus und dem Nationalismus³⁶⁴ und durch die Konflikte über staatsrechtlichen Fragen gekennzeichnet.

3.6. Industrielle Revolution - Konfliktstrukturen nach der Märzrevolution von 1848

Im Vorfeld des ungarischen Freiheitskampfes von 1848 fehlte es in beiden politischen Lagern an einer klaren programmatischen Aufstellung der an die Ständeordnung und an den demokratischen Nationalismus gerichteten Erwartungen. Der ungarische Adel und Gemeinadel konnte jedoch der von Kossuth geforderten bürgerlichen Rolle aufgrund einer von Autoritäten geprägten Sozialisationsstruktur nur ansatzweise gerecht werden. Zudem fehlte es an einem politisch motivierbaren und aktionistischen Bauerntum entlang den in Ungarn lebenden Nationalitäten. Trotz des für die ungarische gesellschaftliche Entwicklung fruchtbaren Reformzeitalters war die ungarische Nation nicht in der Lage, das Habsburgerreich zu reformieren.³⁶⁵ Der Niederschlagung des Freiheitskampfes von 1848 folgten 18 Jahre Willkürherrschaft, die in der Geschichtswissenschaft als das Zeitalter als Neoabsolutismus einging. Trotz der Kurzlebigkeit jener Epoche richtete der neu aufflammende Absolutismus in der politischen Kultur Ungarns erhebliche Schäden an. Die führenden Figuren der 1848er Revolution wurden hingerichtet, in einigen Fällen zu

³⁶⁴ Vgl. Gyurgyák 2007, S. 27.

³⁶⁵ Vgl. Iván Dénes (Hrsg.): Bibó István munkái. Eltorzult magyar alkat, zsákutcás magyar történelem [Werke von István Bibó. Deformierte ungarische Gestalt, Sackgasse der ungarischen Geschichte], Budapest 2012, S. 127f.

Gefängnisstrafen verurteilt oder in die Emigration verbannt.³⁶⁶ Als Ziel hat sich der Neoabsolutismus die Etablierung einer übernationalen Union des Habsburgerreiches gesetzt, dem sich Ungarn nach 1848 nicht mehr widersetzen konnte. Durch die 1848er Gesetze hat Ungarn seine verfassungsrechtlichen Institutionen mehr oder weniger aufgeben müssen. Die Systemreformierung des ungarnefeindlichen Innenministers Alexander Bach brachte erneut die Zentralisierungspolitik des Königshauses zum Vorschein. Um Ungarn noch mehr zu schwächen, wurden die Länder der ungarischen Krone aufgeteilt und in fünf Verwaltungseinheiten in das Habsburgerreich eingegliedert: Siebenbürgen zusammen mit dem Partium und Kroatien wurden abgetrennt. Folglich stand Ungarn erneut unter einer von Wien aus gesteuerten Militärdirektion. Die neuen zentralisierten Verwaltungseinheiten (auch Bundesländer der Krone genannt) verloren jegliche Autonomie: sie hatten weder miteinander noch mit dem Mutterland eine gemeinschaftsrechtliche Beziehung pflegen können. Als neue ungarische Zentren waren die Städte: Budapest, Pressburg, Sopron, Kassa und Nagyvárad bestimmt. Nach einer Art Gerrymandering kam es zu neuen Grenzziehungen in den Bezirken mit dem Ziel, den Anteil der Ungarn gegenüber anderen Nationalitäten in der Minderheit zu halten. An der Spitze der Bezirke standen die sogenannten Bezirksgespane. Einem Bezirk gehörten sieben bis zehn Komitate an, die von dem Komitatschef verwaltet wurden. Auch die Komitatsflächen sind umstrukturiert - zusammengelegt, verkleinert und neu aufgeteilt - worden. Auch hier galt die „neue“ absolutistische und zentralistische Politik Wiens, die die frühere selbstverwaltende Funktion der Komitate untergraben hat.³⁶⁷ Mit Hinsicht auf die Cleavage-Theorie und die Anwendung des Konzepts auf das ungarische Reformzeitalter lassen die wissenschaftlichen Diskurse über die Zeit von 1848 bis zum österreich-ungarischen Ausgleich von 1867 die Schlussfolgerung zu, dass es als ein „eingefrorenes Zeitalter“ gedeutet werden kann: In Folge der Niederschlagung des Freiheitskampfes von 1848 richtete sich Wien – nicht zuletzt aus einem machtpolitischen Kalkül - erneut auf eine absolutistische Politik ein, um die Machtposition der Habsburger im Reich zu stärken. Diese Politik führte auf der ungarischen Seite zum Verstummen von radikalen Reformgedanken. Demzufolge ist die Wiederkehr der Konflikte vor 1848 erst nach dem Ausgleich von 1867 zu erwarten. Die Unterdrückung der Konflikte zwischen den Konservativen und Liberalen wurde zudem durch das Erstarren des Parteiensystems begünstigt: Denn das ungarische Parlament war bis zur Niederschlagung

366 Vgl. Zoltán Fónagy: *Modernizáció és polgárosodás* [Modernisierung und Verbürgerlichung], Debrecen 2001.

367 Vgl. ebd., S. 22f.

der März-Revolution durch eine, im Vergleich zu den deutschen, preußischen und österreichischen Parlamenten, gesellschaftliche, politische und kulturelle Homogenität gekennzeichnet, die für Parteinuengründungen keinen Raum ließ. András Gergely stellt für jene Zeit fest, dass die Mitglieder des Parlaments die gleiche Sprache, nämlich die Sprache des nationalen Liberalismus sprachen und statt konfliktreiche Streitgespräche führten sie konstruktive politische Diskurse. Das Parlament, das mehrheitlich aus Mitgliedern eines national-liberalen Bürgertums bestand wurde ebenfalls durch eine homogene Wählerbasis gestützt.³⁶⁸

3.6.1. Konflikt zwischen 1848er und 1867er

Trotz des „eingefrorenen Zeitalters“ nach 1848 existierte der Konflikt innerhalb der Nationalitätenfrage, der bis zu den 70-80er Jahre des 19. Jahrhunderts immer wieder die politische Auseinandersetzung zwischen Wien und der ungarischen Elite – sowohl der konservativen wie auch der liberalen - prägte. Die Konservativen spielten in diesem Konflikt eine weniger bedeutende Rolle, zumal sie sich im Zuge der willkürlichen Politik der Habsburger nach der Niederschlagung der Märzrevolution weigerten, mit Wien zusammenzuarbeiten. Zudem hat die Märzrevolution die politische Linke der Landesversammlung gestärkt und sie durch das Volk legitimiert. Ihr Programm bildete der öffentlich verkündete Zwölfpunkte-Plan der Pester Revolution.³⁶⁹

3.6.1.1 Konflikte in Autonomiefragen

Pál Somssich, der einst das Parteiprogramm der Konservativen ausarbeitete, lehnte sich gegen die Habsburger auf und bezeichnete das in Ungarn eingeführte österreichische System sogar als revolutionär.³⁷⁰ Somssich warf der Regierung vor, selbst zum Revolutionär zu werden, indem sie statt an der altbewährten (Verfassungs)ordnung festzuhalten, auf der Grundlage ihrer illusorischen Pläne und gegen den Willen der ungarischen Gesellschaft einen neuen Staat aufzwingen versucht. Die Konservativen bekamen wieder eine bedeutende Rolle bei der Vorbereitung der Ausgleichsgesetze von 1867. Nach den Verhandlungen zog sich jedoch ein Teil aus der Politik zurück – wie István Szécsén -, ein anderer Teil gliederte sich in die Liberalen ein. Viele, wie auch Somssich politisierten bei den Freimaurern weiter.

³⁷¹ Der Konflikt entlang der Nationalitätenfrage entlud sich zwischen den Befürwortern

³⁶⁸ Vgl. András Gergely: Közép-Európa és liberálisai 1848-ban [Mittel-Europa und ihre Liberalen 1848], Budapest 1987, S. 117.

³⁶⁹ Vgl. Bérenger/Kecskeméti 2008, S. 279.

³⁷⁰ Vgl. Takáts 2007, hier S. 57.

³⁷¹ Vgl. ebd., S. 53f.

eines Autonomiestatus und den Vertretern einer beschränkten Interessenvertretung für die Nationalitäten. Die Mitglieder von Ungarns liberaler politischer Elite wie József Eötvös oder Ferenc Deák strebten in ihrem Programm eine allgemeingültige Rechtsgleichheit für alle, also auch für die Nationalitäten an. Eine Extremform der Gleichsetzung aller in Ungarn lebenden Nationalitäten vertrat László Teleki, der sogar für die territoriale Autonomie in Form von lokalen Selbstverwaltungen der Nationalitäten plädierte. Kossuth dagegen strebte statt einer territorialen eine persönliche Autonomie für die Nationalitäten an.³⁷² Wien lehnte jedoch jegliche Autonomiebestrebungen der ungarischen und auch anderer Nationalitäten wie jene der Serben, Rumänen oder Kroaten ab.³⁷³ Die Diskussionen um die Rechte der Nationalitäten ließen auch in der österreichischen intellektuellen Elite ihre Spuren zurück. Ludwig Gumplowicz, einer der ersten Vertreter der Konfliktsoziologie, prognostizierte in seinem Werk „Der Rassenkampf“³⁷⁴ von 1883 das Scheitern der österreich-ungarischen Monarchie und schließlich den Beginn des I. Weltkriegs. Seine Prognosen führte er auf die unüberwindbaren Gegensätze zwischen den im Habsburgerreich lebenden Nationalitäten zurück, die sein Leben ebenfalls prägten.³⁷⁵ Gumplowicz ging in seinen Analysen soweit, dass er den Nationalitätenkonflikt als wichtiger einstufte als den die Zeit bestimmenden Klassengegensatz zwischen Eroberern und Eroberten.³⁷⁶

3.6.1.2 Slawische Konföderation versus Donaukonföderation

Zugleich dominierte der Konflikt um das Konzept einer ungarischen politischen Nation, das sich in den politischen Diskurs der 60er Jahre des 19. Jahrhunderts über den Ausgleich einfügte und die Streitgrundlage zwischen den Anhängern und den Gegnern des Ausgleichs bildete. Die Frage, welches Lager im Vorverhandlungsprozess des Ausgleichs Recht behielt: die Befürworter des von Ferenc Deák durchgebrachten Ausgleichs oder die Vertreter von Lajos Kossuths Position, der im Ausgleich den Untergang Ungarns sah, beschäftigt Historiker bis heute. Von revolutionären Gedanken hat sich László Teleki, Botschafter der 1848er Regierung in Paris, als einer der ersten verabschiedet. Er vertrat die Ansicht, dass Ungarn nur innerhalb einer Konföderation mit den Kroaten, Serben und Rumänen gerettet werden kann. Vor diesem Hintergrund strebte er die Autonomie und die kollektiven Rechte der benachbarten Minderheiten sowie eine innere Föderation des

372 Vgl. Fónagy 2001, S. 38ff.

373 Vgl. ebd.

374 Siehe das Werk: Der Rassenkampf, soziologische Untersuchungen, Wien 1883.

375 Vgl. Endre Kiss: A k.u.k világrend halála – Bécsben [Der Tod der K.u.K.-Weltordnung – in Wien], Budapest 1978, S. 118f.

376 Vgl. ebd., S. 122.

Landes an. Im Gegensatz zu Teleki bedeutete die Konföderation für Kossuth den Verzicht auf die nationale Souveränität.³⁷⁷ Kossuths Vision über eine Donau-Konföderation, die die Nationalitätenprobleme im Reich lösen sollte, war aus Überlegungen entsprungen, wonach die Lösung der Nationalitätenfrage auf nationaler Ebene als unlösbar erschien.³⁷⁸ Mit der slawischen Konföderation strebte Teleki zugleich die Reformierung des Habsburgerreiches an. Dies bedeutete jedoch die Ablehnung des von der Szemere-Regierung (von Mai bis August 1849) geforderten Konzepts einer einheitlichen ungarischen Nation. Telekis Határozati Párt (Beschlusspartei)³⁷⁹ wurde im Landtag von 1861 von bekannten Akteuren des politischen Lebens wie Kálmán Tisza, den Grafen Sándor und Ede Károlyi oder dem Baron Frigyes Podmaniczky gegründet, die Franz Joseph als gesetzlichen Herrscher ebenfalls nicht anerkannten. Im Gegensatz zu Deáks Adresspartei, die ihren Standpunkt in einer Adresse vor den Herrscher bringen wollten, beabsichtigte die Beschlusspartei, den Monarchen in Form eines Beschlusses über den Willen des Unterhauses zu unterrichten. Sie schlossen jegliche Verhandlungen mit Wien aus. Teleki forderte die Auflösung des Parlaments und wünschte sich die Fortsetzung von oppositionellen Bewegungen der Nation. Für die Mitglieder der Beschlusspartei erschien Telekis Bestreben unrealistisch und führte zur Abwahl Telekis. Anschließend wurde im Landtag vom 5. Juni 1861 mit 155 gegen 152 Stimmen die Forderung der Adresspartei angenommen.³⁸⁰ Zwanzig Mitglieder der Beschlusspartei gründeten daraufhin eine linksradikale Fraktion, die seit 1865 in der Balpárt (Linke Partei) aktiv wurden.³⁸¹ Die Mitglieder der „Szélsőbal“ (Außenlinke) innerhalb der Linken Partei, die die Vorstellungen von Kossuth teilten, gründeten 1868 die 1848-er Partei, welche den bedeutendsten Kontrahenten zu den „67-er“ bildete.

3.6.2 Zwischenfazit: Konfliktstrukturen zwischen 1848 und 1867

Im Rückblick auf die beiden Jahrzehnte nach der Märzrevolution und vor dem Ausgleich ist festzustellen, dass das Hauptdilemma der politischen Elite darin bestand, wie die ungarische Unabhängigkeit und Souveränität zu erreichen sei. Doch konnte weder eine Konföderation mit den slawischen Ländern noch eine Föderation der Donau-Länder Ungarns Unabhängigkeit garantieren.³⁸² Die Debatte über die Zukunft Ungarns als ein

377 Vgl. Gyurgyák 2007, S. 54ff.

378 Vgl. ebd., S. 58.

379 Benannt nach Telekis programmatischer Rede als Abgeordneter von Abony am 16. März 1861. Vgl. Vida et al. 2011, S. 62.

380 Vgl. ebd., S. 62f.

381 Vgl. ebd.

382 Vgl. ebd., S. 59.

multinationaler Staat begünstigte die Etablierung eines dauerhaften Konflikts im liberalen Lager der Parteipolitik. Zudem ging aus der Debatte die den Dualismus bezeichnende politische Kraft der 1848er³⁸³ hervor. Trotz des Einfrierens des Parteiensystems vor 1848 kristallisierte sich der Konflikt zwischen den gemäßigten und den radikalen Habsburggegnern heraus, der zunächst auf der Ebene der politischen Elite – zwischen Teleki, Deák und Kossuth – ausgetragen war.

3.7. Konfliktstrukturen während der Zeit des Dualismus: 1867-1918

Aus Sicht der historischen gesellschaftlichen Konfliktforschung erscheint die Analyse von politischen Diskursen in den Zeiträumen nach dem Ausgleich von 1867 von Interesse, da der Ausgleich zum einen für die Kontinuität der alten Konflikte entlang der beiden Lager Habsburgtreue vs. Habsburggegner spricht und zum anderen da das Jahr als eine „Annus mirabilis“ auch im Hinblick auf die Bildung von neuen Parteien gedeutet werden kann. Der ungarische Parteienforscher Tamás Fritz sieht die historischen Wurzeln der nationalen versus religiösen Gegensätze in der gesellschaftlichen Neustrukturierung nach 1867.³⁸⁴ Nach dem Ausgleich existierten zwei Gesellschaftssysteme nebeneinander: ein Teil der Gesellschaft galt als Anhänger der Industrialisierung, der Urbanisierung und war westlich orientiert. Der Contrapart betrachtete sich als Traditionalist und Bewahrer der nationalen und kulturellen Werte und setzte vielmehr auf die landwirtschaftliche als auf die industrielle Entwicklung³⁸⁵. Es gilt im Folgenden zu prüfen, inwiefern sich diese Gegensätze in Form von Parteibildungen institutionalisiert haben.

3.7.1. Konflikte zwischen den 1867er und 1848er

Den Hauptkonflikt des Dualismus bildete das Verhältnis zum Ausgleich, das wiederum von staatsrechtlichen Fragen („közjog“) bestimmt war. Jene Fragen beeinflussten auch die Entstehung und das Programm der ungarischen Parteien. Der Konflikt um das „közjog“ beinhaltete die unterschiedliche Auffassung der staatsrechtlichen Ordnung und im Allgemeinen die unterschiedlichen Konzeptionen über den Staatsaufbau. Häufig wurden jene Rechte unter „közjog“ verstanden, die nicht zum Privatrecht zählten.³⁸⁶ Vor diesem Hintergrund setzte sich das eine Lager im közjog-Konflikt bei den Ausgleichsverhandlungen

383 Die Partei der 1848er existierte zwischen April 1868 und März 1874, Vida et al. 2011, S. 511.

384 Vgl. Tamás Fricz: Pártrendszer. Nyugat-Európa, Közép-Európa, Magyarország [Parteiensysteme, Westeuropa, Mitteleuropa, Ungarn], Budapest 2001, S. 25.

385 Ferenc Erdei: A magyar társadalom [Die ungarische Gesellschaft], Cluj 1945.

386 Boros/Szabó 2008, S. 23.

dafür ein, dass die staatsrechtliche Konstruktion nur unter den gegebenen, „dualen“ Bedingungen vorstellbar ist. Diese Vorstellung ablehnende politische Kraft lehnte jedoch das gemeinsame Reich ab und strebte nach der Errichtung eines selbstständigen ungarischen Staates. Somit standen die Anhänger des Ausgleichs, auch als 67er genannt, und seine Gegner, die 48er einander gegenüber.³⁸⁷Die parteipolitische Entwicklung verlief ebenfalls entlang dieser Konfliktlinie. Als Befürworter des Ausgleichs galten die Regierungsparteien des Dualismus: die Deák-Partei³⁸⁸, die am 1. März 1875 aus der Fusion der regierenden Deák- und der oppositionellen Balközép Párt (Mittellinks Partei) (auch als Tisza-Partei genannt)³⁸⁹ eine eigene, die Szabadelvű Párt (Freisinnige Partei, SZEP)³⁹⁰ gründeten, die schließlich drei Jahrzehnte lang, zwischen 1875 und 1906 die Regierung stellte, und die Nemzeti Munkapárt (Nationale Arbeitspartei, NMP)³⁹¹. Den Freisinnigen gelang es, als Zusammenschluss der regierungsnahen Deák-Partei und der gemäßigten Opposition, Franz Joseph hinsichtlich seines Misstrauens zu besänftigen. Der Außenminister, Graf Gyula Andrassy spielte im Besänftigungsprozess eine bedeutende Rolle, in dem er den Herrscher davon überzeugte, den Ministerpräsidenten unter seine Aufsicht zu stellen. Am 20. Oktober 1875 wurde mit dem Posten des Ministerpräsidenten der habsburgtreue Kálmán Tisza beauftragt, der bis 1890³⁹² -fünfzehn Jahre lang- das Amt bekleidete.³⁹³ Während seiner Amtszeit als Ministerpräsident sind zum ersten Mal institutionelle Wahlmanipulationen wie die Verfälschung der Namensregister und die Verhinderung der oppositionellen Wählerschaft, an den Wahlen teilzunehmen, an die Oberfläche getreten. Solche Wahltaktiken wurden später auch von den Folgeregierungen adaptiert. Das offene Wahlverfahren begünstigte die Wahlmanipulationen zusätzlich.³⁹⁴ Dies hatte zur Folge, dass die Freisinnigen gegenüber den oppositionellen Angriffen lange Zeit widerstandsfähig bleiben konnten. Durch das Gesetz von 1886 wurde die Amtszeit der Abgeordneten von drei auf fünf Jahre erhöht, was ebenfalls zur Verfestigung der bestehenden Kräfteverhältnisse beitrug.³⁹⁵ Zur Zementierung der Machtposition der Freisinnigen trug die autoritäre und hoch angesehene Führungsfigur Tisza maßgeblich bei, dem es gelungen ist, die

387 Vgl. Fónagy 2001, S. 80.

388 Vom November 1866 bis März 1875, Vgl. Vida et al. 2011, S. 511.

389 Vom November 1866 bis März 1875, geleitet von István Tisza.

390 Vom März 1875 bis April 1906.

391 Vom Februar 1910 bis Oktober 1908.

392 Bis heute (2015) zählt die Amtszeit Tiszas als die längste Amtsdauer eines Ministerpräsidenten.

393 Vgl. Fónagy 2001, S. 83.

394 Vgl. Ferenc Pölöskei: A Szabadelvű Párt fényei és árnyai (1875-1906) [Schein und Schatten der Freisinnigen Partei (1896-1906)], Budapest 2010, S. 12.

395 Vgl. ebd.

Meinungsverschiedenheiten innerhalb der Partei mit taktischen Kompromisslösungen auszubalancieren. Tisza hat zudem ein System um sich ausgebaut, in dem seine Abgeordnete zu „Mamelucks“³⁹⁶, von seiner Person abhängigen Gefolgsleuten avancierten. Die 67er beriefen sich auf Artikel 12. der 1867er Gesetze, die die Rechte des Herrschers beschnitt und bestimmte, dass seine Ernennung zum Oberbefehl über die Streitkräfte nur mit Zustimmung des Parlaments möglich ist.³⁹⁷ Im Gegenzug dazu betrachteten die 48er die Aprilgesetze von 1848 als die Legitimationsgrundlage ihrer Zielsetzungen. Die 67er stimmten der österreichischen Version des Ausgleichs zu, die Franz Joseph zum „Oberbefehl über die Streitkräfte“ erklärte und ihm die Berechtigung erteilte „Macht, Kriege zu erklären und Frieden zu schließen“.³⁹⁸ Die Oppositionspartei, die 1848er Partei (1848P), wurde aus der Szélsőbal Frakció (linksaußen Fraktion) der Mittellinks Partei im Jahre 1868 von den Abgeordneten gegründet, die Kossuths Ansichten über die Unabhängigkeit Ungarns teilten. Die Parteiführung übernahm József Madarász, Imre László und aus der Emigration zurückgekehrter Dániel Irányi, Ernő Simonyi und Ignác Helfy. Innerhalb der Partei existierten verschiedenen Strömungen. Ihr Name wie auch ihre Zusammensetzung änderten sich im Laufe der 80er Jahre: 1874 wurde sie als Függetlenségi Párt (Unabhängige Partei) mit der Parteiführung von Lajos Mocsáry neugegründet und 1884 als Ergebnis der Fusion der Unabhängigen Partei und der von Dániel Irányi geleiteten 1848er Fraktion als Negyvennyolcas Függetlenségi Párt (Achtundvierziger Unabhängige Partei) umgestaltet. Die gesellschaftliche Basis der 48er bildeten die obere Mittelklasse: die adeligen mittleren Grundbesitzer, das städtische mittlere Bürgertum, eine intellektuelle Wählerschicht und das Bauerntum mit Grundbesitz.³⁹⁹

3.7.1.1 Gemeinsamkeiten der 1867 und der 1848er

Im Gegensatz zu den Freisinnigen konnten die 48er keine Wahlerfolge erzielen, zumal sie außer des közjog-Konflikts keine anderen von den Freisinnigen abweichenden programmatischen Punkten bieten konnten, die die Wähler hätte ansprechen können.⁴⁰⁰ Sie glichen sich auch in dem Punkt an, dass sich die beiden politischen Blöcke und ihre Folgeparteien als die wahren Erben der 1848er Revolution ansahen. Die Ausgleichsgesetze

396 Arabische Bedeutung von Mameluck ist Sklave. So bezeichnete man die unter dem Einfluss von Tisza stehenden Abgeordneten.

397 F. Tibor Zsuppán: Die politische Szene Ungarns, in: Mark Cornwall: Die letzten Jahre der Donaumonarchie, Essen 2004, S. 107-126., hier S. 108.

398 Ebd.

399 Vida et al. 2011, S. 35f.

400 Vgl. Pölöskei 2010, S. 14.

betrachteten sie als eine selbstverständliche Fortsetzung der Aprilgesetze vom 11. April 1848. Vor dem Hintergrund der historischen Konfliktforschung galten sowohl die Freisinnigen wie auch die Unabhängigkeitspartei und ihre Nachfolger als Kräfte, die sich gegen die Habsburger und das Habsburgerreich auflehnten, mit dem Ziel, die Monarchie zu reformieren oder sie gänzlich abzuschaffen.

Folglich ist im Vergleich zu den westeuropäischen ideologischen Gegensätzen festzuhalten, dass die bedeutenden Diskurse des 19. Jahrhunderts in Ungarn nicht zwischen den liberalen und den konservativen politischen Lagern, sondern innerhalb den mäßigeren und den radikaleren liberalen Strömungen verliefen.⁴⁰¹ Die Wahlrechtsreform 1874 brachte im Vergleich zum Wahlgesetz zu 1848 die Einschränkung des Wahlrechts mit sich, in dessen Folge der Anteil der in Ungarn ansässigen und wahlberechtigten Bevölkerung auf unter 6 Prozent fiel. Dies verstärkte weiterhin die Tendenz, dass Konflikte durch die öffentliche Austragung der „ideologischen“ Gegensätze zwischen den damaligen parteipolitischen Hauptakteuren Deák und Kossuth sowie seinen Nachfolgern Tisza, Károlyi und Madarász verfestigt wurden. Nach dem österreichisch-ungarischen Ausgleich 1867 symbolisierte die parteipolitische Kontinuität neben der Dauerhaftigkeit des neuen Systems auch die Beständigkeit der Parteienlandschaft des Dualismus.⁴⁰² Für die Stabilität des Parteiensystems sorgte zudem jene politische Normalität, die für die jeweiligen Regierungsparteien absolute parlamentarische Mehrheiten garantierte.⁴⁰³

Neben dem közjog-Konflikt trat Ende des 19. Jahrhunderts für eine kurze Zeit der Konflikt um religionspolitische Fragen auf, die das Potenzial in sich trugen, den Hauptkonflikt um staatsrechtliche Vorstellungen ersetzen zu können. Sowohl die 67er als auch die 48er stimmten im Gegensatz zu den konservativen habsburgtreuen Kräften für die Trennung von Staat und Kirche, im Sinne der Forderung von Eötvös: „Freie Kirche in einem freien Staat“⁴⁰⁴ ab, die letztendlich die Auflösung der Staatskirche und die Einführung einer säkularen Staatsform impliziert hat. Jener Forderung diente auch das kirchenpolitische

401 Vgl. Fónagy 2001, S. 80.

402 Vgl. Endre Kiss/Csaba Kiss/Justin Stagl: Nation und Nationalismus in wissenschaftlichen Standardwerken Österreich-Ungarns, ca. 1867-1918, Wien 1997, S. 67.

403 Vgl. Georg Brunner: Die Entstehung des demokratischen Rechtsstaats in Ungarn, in: Südosteuropa – Studien: Ungarn und Europa - Rückblick und Ausblick nach tausend Jahren, Jg. 68, 2001, S. 55-98, hier. S. 75.

404 Jenő Gergely: Vallási és nemzeti identitás – egyházak, felekezetek és állam kapcsolata 1945 előtt [Religiöse und nationale Identität – Die Beziehung zwischen Kirchen, Glaubensgemeinschaften und dem Staat vor 1945], S. 15-21., unter: http://www.mtatk.hu/interreg/kotet2/02_gergely_jeno.pdf, zuletzt abgerufen am 25.9.2016.

Gesetz von 1894/1896, das besagt hat, dass „jeder frei glauben und sich zu jedem Glaube und zur jeder Religion bekennen und dies innerhalb der durch Gesetze und das Gesellschaftsmoral festgelegten Schranken in der Öffentlichkeit vertreten und ausüben darf“.⁴⁰⁵ In dem 2. § des Gesetzes über Religionsfreiheit aus dem Jahr 1895 hieß es: „Die Fähigkeit zur Ausübung der bürgerlichen und politischen Rechte ist von der Glaubensbekenntnis gänzlich unabhängig“. Zudem machte das Gesetz die israelitische Konfession gleichrangig mit anderen Konfessionen.⁴⁰⁶ Die Bestrebungen der säkularen Ordnung wurden von der „Mittelschicht, die im Volk, abgewendet vom Sinn und den Formen der Religion, die atheistische Lebensweise verbreitete“⁴⁰⁷ im Stillen mitgetragen.

1904 ist es dem liberal-konservativen Lager gelungen, mit der Formung einer gemeinsamen Oppositionskoalition sein Zerwürfnis zu überwinden. Dies bewirkte, dass es verstärkt gegen das österreichische Herrscherhaus auftreten konnte. Um die weiterhin bestehende Machtbestrebung der konservativen Opposition zu bremsen, hat der Ministerpräsident István Tisza das Parlament aufgelöst und im Januar 1905 Neuwahlen abhalten lassen. Infolge des Misserfolgs der Freisinnigen dankte jedoch Tisza mit sofortiger Wirkung ab.⁴⁰⁸⁴⁰⁹ Nach jahrelangen Streitigkeiten zwischen der konservativen Koalition und Franz Joseph insbesondere um die Heeresreform konnte an den Parlamentswahlen am 29. April und am 8. Mai 1906 die im November 1905 gegründete oppositionelle Parteienkoalition der Alkotmánypárt (Partei der Verfassung, kurz AP) unter dem neuen Ministerpräsidenten Sándor Wekerle bestätigt werden. Dies war nur möglich, da die Koalition – zusammen mit den Parteien, die die Unabhängigkeit anstrebten - die Grundwerte des Dualismus anerkannte.⁴¹⁰ Zum Parteivorsitzenden wurde Kálmán Széll, Ministerpräsident von 1899 bis 1903, gewählt, der das Amt des Parteivorsitzenden bis zur Auflösung der AP im Jahre 1910 bekleidete.⁴¹¹ Zwischenzeitlich ist die innere Einheit der dreißig Jahre lang regierenden Freisinnigen endgültig zerbrochen und die Partei löste sich im April 1906 auf.⁴¹² Die

405 Im Original: Mindenki szabadon vallhat és követhet bármely hitet vagy vallást és azt az ország törvényeinek, valamint a közérkölcstől kívánalmainak korlátai között külsöképpen is kifejezheti és gyakorolhatja.”, Ebd., S. 19f.

406 Ebd.

407 Sámuel Szeremlei: Vallás-erkölcsi és társadalmi élet 1848 óta Magyarországon [Religiös-moralisches und gesellschaftliches Leben in Ungarn seit 1848], Budapest 1874, S. 36.

408 Tisza wurde 1913 erneut zum Ministerpräsidenten gewählt und übte sein Amt bis zu seinem Tode 1918 aus. Sein Nachfolger wurde entgegen den Forderungen des Grafen Andrásy der liberale Politiker Mihály Károlyi.

409 Vgl. Brunner 2001, S. 75.

410 Vgl. Fónagy 2001, S. 101.

411 Vgl. Vida et al. 2011, S. 38.

412 Vgl. Pölöskei 2010, S. 157.

gesellschaftliche Basis der AP bildeten die Aristokraten, die Großgrundbesitzer und die hohen Staatfunktionäre, die nach dem Sturz der Koalition größtenteils in die von dem Grafen István Tisza 1910 gegründete Nemzeti Munkapárt (Nationale Arbeitspartei, kurz AP) eintraten. Die Regierung der AP zwischen 1906 und 1910 wich nur wenig von der Vorgängerregierung der Freisinnigen ab, das zur Enttäuschung ihrer Wählerbasis und schließlich 1910 zu ihrer Abwahl führte. An die Macht gelang die als Nationale Arbeitspartei (NMP) neugegründete Freisinnige Partei, die bis 1918 an der Regierung blieb.⁴¹³

Allgemein lässt sich über das damalige Parteiensystem feststellen, dass es während des Dualismus keine Parteien nach dem heutigen Verständnis gab. Es existierten lediglich sogenannte Wahlparteien, die sich in erster Linie anlässlich der Parlamentswahlen zu Klubs oder (politischen) Kreisen formierten. Eine Parteizentrale gab es auch nur in Form eines parlamentarischen Klubs, dessen Vorsitzender nicht immer identisch mit dem Parteichef war. Parteidisziplin als solche hat sich nicht herausgebildet. Unter den Parteieneliten gab es eine hohe Volatilitätsrate. Viele von ihnen wechselten mehrmals die Parteienfahne und spielten lediglich als Oppositionspolitiker und in der Rolle des Ministerpräsidenten eine tongebende Rolle.⁴¹⁴ Die Forderung der politischen Elite nach einem unabhängigen, frei regierbaren Verfassungsstaat Ungarn und die Akzeptanz des ungarischen Zeitgeistes, in einer konstitutionellen Monarchie auf dem historischen Territorium Ungarns zu leben, standen in starkem Widerspruch zueinander. Denn ein unabhängiges Ungarn hätte die Auflösung der Monarchie erfordert, die die führende Elite der 67er wie Deák und Eötvös nicht zu äußern wagten.⁴¹⁵ Der bekannte Philosoph István Bibó sieht daher in der Politik der Freisinnigen nicht die Fortsetzung der 1848er Politik, zumal wichtige Fragen wie die Außenpolitik weiterhin ungeklärt blieben und auch nach 1848 bewusst vage gehalten wurden. Zu sehr fürchtete die Elite die Macht der Habsburger und durch die Unabhängigkeit mögliche Separationsbestrebungen der Nationalitäten.⁴¹⁶ In der religiösen Frage bildeten die ungarischen Akteure einen einheitlichen parteiübergreifenden Contrapart zu den Habsburgern und forderten die Reformierung der römisch-katholischen Staatskirche. Allerdings fügte sich die Kirchenpolitik in die Nationalitätenpolitik ein. Denn mit

413 Vgl. Fónagy 2001, S. 100f.

414 Vgl. Pölöskei 2010, S. 157.

415 Vgl. Dénes 2012, S. 140f.

416 Vgl. ebd., S. 142.

Zugeständnissen hinsichtlich der Religionsfragen in dem Vielvölker- und Vielkonfessionsstaat konnte die innere Stabilität ebenfalls gewährleistet werden.

3.7.2. Zwischenfazit: Konfliktstrukturen im Dualismus

Auch die dualistische Gesellschaft passte sich den politischen Mechanismen an. Tamás Fritz bezeichnet die damalige politische Kultur als eine von außen und oben gesteuerte Entität, die die politischen Wendepunkte und Revolutionen steuerte und diese (nach Möglichkeit) in der Gesellschaft verbreitete. Die politischen Veränderungen wurden stets von den politischen Eliten bestimmt, die von der Mehrheit zu „dulden“ waren. Im optimalen Fall waren Teile der Gesellschaft Nutznießer des Systems, jedoch ohne Mitspracherecht. Dies hatte zur Folge, dass sich zum einen im Kreis der politischen Elite der aufklärerische und der revolutionäre ideologische Geist immer wieder neu erfanden und zum anderen verfestigte sich in der ungarischen Gesellschaft ein Untertanen-Bewusstsein.⁴¹⁷ Die mittragende Stille der Mehrheit wirkte auf die weitere Entwicklung des ungarischen Parteiensystems und formte die politische Kultur. Im Gegensatz zu westeuropäischen politischen Systemen, wo die demokratischen Strukturen als Ergebnis von gesellschaftlichen und politischen Forderungen sowie aus Parteikonflikten resultierten, riefen die demokratischen Entwicklungen in Ungarn Ende des 18. und Anfang des 19. Jahrhunderts allen voran ideologische Machtkämpfe unter den politischen Eliten hervor. Im Vergleich zu Westen verliefen die anfänglichen Demokratisierungsprozesse in Ungarn verkehrt, wo nicht die gesellschaftlichen und politischen Organisationen die demokratischen Entwicklungen erzwangen. Vielmehr wurden sie von oben, durch die politische Elite „aufgedrückt“.⁴¹⁸ Csaba Gombár charakterisierte die ungarische Gesellschaft des 19. und 20. Jahrhunderts vor diesem Hintergrund zutreffend als eine „anonyme Nation“. Das Fehlen einer ungarischen Mittelschicht⁴¹⁹ beflügelte den Prozess der von der politischen Elite eingeleiteten Depolitisierung.

Die politischen Parteien des 19. Jahrhunderts sahen ihre ideologischen Auseinandersetzungen entlang des staatsrechtlichen (közjogi) Konflikts legitimiert, die entlang den Befürwortern und des Gegnern des Ausgleichs verliefen. Die dadurch

417 Vgl. ebd.

418 Vgl. ebd., S. 327f.

419 Vgl. Tibor Hajdú: Az értelmiség számszerű gyarodásának következményei az első világháború előtt és után [Die Folgen des Anstiegs der Akademikeranzahl vor und nach dem I. Weltkrieg], in: György Kövér (Hrsg.): Magyarország társadalomtörténete I. Reformkortól az első világháborúig [Geschichte der ungarischen Gesellschaft. Von der Reformzeit bis zum I. Weltkrieg], 2. Aufl., Budapest 1997, S. 416-426, S. 421.

verinnerlichte und manifestierte Spannung im politischen System und in der politischen Elite trug in der anfänglichen Desorientierung nach der Niederschlagung der Märzrevolution von 1848 schnell zur parteipolitischen Blockbildung zwischen den Bestreibern der ungarischen Unabhängigkeit und den Anhängern des Dualismus, also zwischen den 67ern und den 48ern bei. Dieser Gegensatz, welcher sich in der ungarischen Gesellschaft ebenfalls widerspiegelte, drückte sich auf die weitere Entwicklung des demokratischen Systems in Ungarn auf.

3.7.2.1 Zwischenfazit: Konfliktstruktur im Parteiensystem des Dualismus

Die dominante Konfliktlinie zwischen den habsburgtreuen und den habsburggegnenden Kräften dominierte das Ende des 18. und den Anfang des 19. Jahrhunderts. Ab den 30er Jahren des 19. Jahrhunderts, im Zuge des Liberalismus, ist dieser Konflikt lediglich zwischen den liberalen 67er und den liberal-konservativen Kräften der 48er in gemäßigter Form weiter existiert. Beiden Gruppen verfolgten das Ziel, das System der Habsburgermonarchie zu reformieren. Das liberale Lager um Széchenyi und später Deák war bemüht, dies mit Kompromisslösungen zu erreichen. Die konservativen Kräfte um Kossuth und später Madarász verlangten die radikale Abkehr von der bisherigen Politik und die gänzliche Unabhängigkeit Ungarns in der Tradition der Forderungen der Märzrevolution und der 48er Gesetze. Der Konservatismus um Aurél und später Emil Dessewffy, der seine konservative Sozialisation maßgeblich bei den habsburgtreuen Traditionalisten zwischen 1832 bis 1848 erfuhr, konnte lediglich nur für eine kurze Zeit - in Folge des Metternich'schen Politik – erfolgreich auftreten.

Nach 1848 überwog der Konflikt zwischen den Anhängern und den Gegnern des österreich-ungarischen Ausgleichs. Diese Gegensätze sind auf die die historischen Konflikte Ungarns angewandte Kategorisierung der Traditionalisten versus Westernizer anwendbar, die nun den Konflikt um die Minderheiten- und Nationalitätenfragen abbildet. Im Hinblick auf die Nationalitätenfrage nach 1848 kreuzten sich zwei Standpunkte: Das eine Lager war bestrebt, auch den nicht ungarischen Nationalitäten gewisse Freiheiten, wie zum Beispiel die freie Ausübung ihrer Muttersprache, einzuräumen. Demgegenüber sahen die Vertreter der einheitlichen Komitatsstruktur den Nationalitäten keinerlei Autonomierechte vor.⁴²⁰ Der liberale-konservative Konflikt hinsichtlich der Trennung von Staat und Kirche trat durch die neukonservative Volkspartei (NP95) und die Gemäßigte Opposition (ME) lediglich für eine

420 Vgl. Boros 2008, S. 34f.

kurze Zeit auf. Der Staat-Kirche Konflikt konnte sich erstens aufgrund der Erfolgslosigkeit der Konservativen und zweitens aufgrund des gemeinsamen Standpunktes der 67er und der 48er in Religionsfragen zunächst nicht zu einem, die weitere Parteiensystementwicklung bestimmenden Gewicht entwickeln.

Resümierend gilt, dass die ungarische Konfliktstruktur bis zum letzten Jahrzehnt vor der Jahrhundertwende hauptsächlich durch die Wertekonflikte und ideologischen Gegensätze in den Nationalitätenfragen und den Fragen des Staatsrechts gekennzeichnet war.

3.8. Konfliktstrukturen zwischen 1918 und 1947

3.8.1 Die parteipolitische Ausgangslage

Durch die industrielle Revolution veränderte gesellschaftliche Struktur und die Formierung der ungarischen Arbeiterbewegung zur Ungarischen Sozialdemokratischen Partei (Magyarországi Szociáldemokrata Párt) im Jahre 1890 traten ab dem Jahrhundertwende neue Parteien im Parteienspektrum auf. Die parlamentarische wie auch außerparlamentarische politische Palette wurde immer bunter. Im rechten Spektrum entstand außerhalb des Parlaments nach dem Muster der deutschen Agrarlobby der Bauernverband (Gazdaszövetség), der stark mit der Katholischen Volkspartei (Katolikus Néppárt), die von 1905 bis 1910 als Teil des sogenannten „Oppositionskabinetts“ („szövetkezett ellenzék“) an der Regierung beteiligt war, verbunden war. Der Verband setzte sich für die Interessen der Landbesitzer und Bauern gegenüber dem jüdischen Kapital im Handels- und Bankensektor ein.⁴²¹ Mit ihrem Programm adaptierten sie die am Jahrhundertwende in Deutschland und Frankreich verbreitete populistische Strömung, die den demokratischen Irrweg durch Autorität, die Forderung nach Respekt vor Hierarchie, die Betonung Familie, die Durchsetzung der geistigen Macht der Kirchen und den Ausschluss der Juden aus dem öffentlichen Leben erreichen wollten.⁴²² Da der Bauernverband das Ziel verfolgte, in allen Gruppen des Unterhauses Einfluss auszuüben, konnte er sich zu keiner Partei formieren. Auf parteipolitischer Ebene konnten die antisemitischen Strömungen wie die 1885 gegründete Mäßigte Antisemitische Partei (Mérésékelt Antiszemita Párt) und die Antisemitische Partei der Unabhängigkeit (Függetlenségi Antiszemita Párt) keine Erfolge erzielen. Bei den

421 Vgl. Bérenger/Kecskeméti 2008, S. 388.

422 Vgl. ebd.

Wahlen im 1887 blieben sie erfolglos und lösten sich anschließend auf. Bei den Wahlen 1892 traten sie nicht mehr an.⁴²³

3.8.2 Das Parteienspektrum

3.8.2.1 Die Anfänge der ungarischen Sozialdemokratie

Die industrielle Revolution bestimmte auch in Ungarn die Entstehung eines linken Parteienspektrums, das als ihre gesellschaftliche Basis die Arbeiterklasse betrachtete. Die ideologische Basis der Sozialdemokratischen Partei bildeten die Lehren von Marx und Engels. Sie setzte sich den Schutz der Arbeitnehmerschicht zum Ziel. Die Regierungsmacht und die Übernahme der Produktionsmittel strebten sie mit der Demokratisierung des Staatesystems an.⁴²⁴ Die Sozialdemokratische Partei galt als die erste Massenpartei des Landes. Um 1905 verfügte sie um eine Wählerbasis von etwa 150 Tausend Mitgliedern. Durch das allgemeine Wahlrecht konnte sie bei den Wahlen 1907 87 Parlamentsmandate erzielen.

Trotz des Zuwachses der industriellen Arbeiterschicht konnte sich die Sozialdemokratie bis zum Weltkrieg nicht zu einer politischen Größe entwickeln. Dies lag zum einen an der Starrheit der politischen Elite, die die Arbeiter vom Wahlrechtsgebrauch ausgrenzte und zum anderen am Programm der Sozialdemokraten, die für die größte gesellschaftliche Schicht der verarmten Bauern keine Lösung boten und ebenso wenig beschäftigten sie sich mit der Frage der nationalen Selbstbestimmung.⁴²⁵

3.8.2.2 Die Anfänge der ungarischen Bauernparteien

Auch die Bauernverbände formierten sich zur eigenen politischen Kraft, zumal sie weder von den traditionellen Parteien noch von der neuen Kraft der Sozialdemokraten repräsentiert waren⁴²⁶. Die vor dem ersten Weltkrieg 1908 in Balmazújváros (im heutigen ostungarischen Komitat Hajdú-Bihar) ins Leben gerufene Landespartei der Landwirte (Országos Földművelő Párt, kurz OFP08⁴²⁷) galt als eine oppositionelle Bauernpartei in der 1848er Tradition. Sie vertrat die Interessen der in der Landwirtschaft tätigen verarmten Kleinlandwirte. Als ihr bekanntes Sprachrohr galt die Parteizeitung „Föld Népe“ (Volk des Bodens). Während ihres vierjährigen Bestehens arbeitete die Landwirtepartei eng mit der

423 Vgl. Vida et al. 2011, S. 86f.

424 Vgl. Fónagy 2001, S. 110f.

425 Vgl. ebd.

426 Vgl. Boros 2008, S. 66.

427 Es gab eine gleichnamige nach dem I. Weltkrieg 1918 gegründete Partei mit der Abkürzung OFP18, Vgl. Vida et al. 2011, S. 104.

von András Áchim geführten Ungarischen Unabhängigen Bauernpartei (Magyarországi Független Szocialista Parasztpárt) zusammen. Nach dem Tod des Vorsitzenden Áchim wurde die Zusammenarbeit der Landwirteparteien nicht mehr fortgesetzt und die OVP löste sich 1912 auf.⁴²⁸

Ähnlich wie die sozialdemokratischen Kräfte konnten sich die Landwirte im Parlament vor dem I. Weltkrieg keine Erfolge verbuchen. Denn es wurden bis 1918 keine Wahlen mehr abgehalten und an der Regierung blieben die 1910 gewählten politischen Kräfte.

3.8.3 Ausgangslage: geerbte parlamentarische Konfliktstrukturen

Trotz des - infolge der Industrialisierung und der gesellschaftlichen Umwälzungen - Auftretens von neuen politischen Interessengruppen war die Übertragung der Konflikte ins Parlament durch das eingeschränkte Wahlrecht nicht möglich. Die verfestigten Konfliktstrukturen zwischen den 48ern und den 67ern hinderten die parlamentarische Entfaltung der nach dem I. Weltkrieg und dem Zusammenbruch der Österreich-Ungarischen Monarchie neu entstandenen gesellschaftlichen Interessengruppen der städtischen Sozialdemokraten und der Landwirte in den agrarisch geprägten Regionen. Die neu entstandenen Konflikte jedoch ohne nennenswerte parlamentarische Einbettung wirkten destruktiv und destabilisierend auf das System. Besonders sichtbar wurde es im Jahr 1918, als sich das parlamentarische System in den nach dem Kriegsende aufflammenden stürmischen Auseinandersetzungen der Sozialdemokraten und Landwirten über soziale und Stadt-Land-Fragen auflöste.⁴²⁹ Der ethnische Konflikt⁴³⁰ trennte zudem die von Nationalitäten bewohnten Regionen und Bezirke von dem ungarischen Mutterland. Diese Umstände führten schließlich zum Rücktritt der Wekerle-Regierung am 23. Oktober 1918.

Am Anfang des 20. Jahrhunderts sind also neben dem liberalen Zentrum und den neuen Rechten die modernen linken Massenbewegungen entlang der heutigen Links-Rechts-Achse entstanden. Nichtsdestotrotz blieb die im 19. Jahrhundert gebräuchliche Bezeichnung der regierenden Kräfte als Rechte und die Oppositionellen als Linke erhalten.⁴³¹

428 Vgl. ebd., S. 103.

429 Vgl. Zsombor Bódy: Parlamentarizmus a Parlamenten kívül [Parlamentarismus außerhalb des Parlaments], in: Politikatudományi Szemle [Politikwissenschaftliches Review], 2014 (2), S. 33-58, hier S.40.

430 Vgl. ebd.

431 Vgl. beispielsweise Ferenc Mérei: A magyar polgári pártok programjai 1867-1918 [Programme der ungarischen bürgerlichen Parteien 1867-1918], Budapest 1971, S. 358.

Die mit dem Auflösen der Monarchie neu entstandenen Gegensätze zwischen Legitimisten⁴³² und Oppositionellen beeinflussten in der Zwischenkriegszeit, wenn auch nur für eine kurze Zeit, die Innenpolitik Ungarns wie auch Österreichs. Die Legitimisten in Ungarn strebten die Restaurierung der Monarchie und die Personalunion an, um ihren revisionistischen Forderungen im Hinblick auf die Verluste durch Trianon Geltung tragen und die sozialen und wirtschaftlichen Krisen überwinden zu können. Zudem erhofften sie mit der Wiederherstellung der Österreich-Ungarischen Monarchie die deutsche Übermacht und den slawischen Vormarsch eindämmen und bremsen zu können sowie die Krisen im Donauraum eindämpfen zu können.⁴³³ Die Legitimisten strebten die Stärkung der eigenen Position (oftmals durch eine autoritäre Führungsfigur) und die autoritäre Stellung des Staates an, wodurch sie die Beibehaltung des Status quo im Hinblick auf ihre eigenen Machtpositionen konservieren wollten. Aus diesem Zweck waren sie bemüht, die Parteienkonflikte und die häufigen Personalwechsel intern auszutragen und möglichst geschlossen aufzutreten. Auch ihre makrowirtschaftlichen, ideologiefreien Konfliktlösungsstrategien fügten sich in ihre Strategiewerkzeuge ein. Nichtsdestotrotz können ihre Bestrebungen und ihre Treue zum König Karl IV. als legitim angesehen werden, zumal die Staatsform Ungarns auch nach dem Zusammenbruch der Monarchie ein Königreich – wenn auch ohne König - war.⁴³⁴

Die gesellschaftliche Basis der Legitimisten bildeten in erster Linie die liberale Aristokratie mit Großgrundbesitz, die wohlhabende Adelsschicht in West-Ungarn, die ungarischen Grundbesitzer auf den von Nationalitäten bewohnten Gebieten, einige Abgeordnete in Siebenbürgen und der Großteil des ungarischen Großbürgertums.⁴³⁵ Zunächst war jene gesellschaftliche Basis von der Andrassy-Friedrich Partei vertreten, die 1922 von 11 aus der KNEP ausgetretenen Legitimisten, die die Fusion der KNEP und der Nagyatádi Kleinlandwirtepartei ablehnten, gegründet worden ist.⁴³⁶ 1923 mit dem Austritt Friedrichs löste sich die Partei auf. Die Interessen der Legitimisten übernahm ab 1923 zunächst die

432 Den Begriff verwendete erstmalig Gusztáv Gratz, in: Ders.: Magyarország a két háború között [Ungarn in der Zwischenkriegszeit], Budapest 2001.

433 Vgl. Róbert Fiziker: A legitimista gondolkodók és a nagyvilág. A Lajtán (és az Óperenciás tengeren is) túl [Die Legitimisten-Denker und die große Welt. Jenseits der Leitha (und oberhalb des Enns)], in: Múltunk [Unsere Vergangenheit], 2013 (3), S. 145-167, hier S. 147.

434 Vgl. ebd., S. 152f.

435 Vgl. Vida et al. 2011, S. 44.

436 Vgl. Márton Békés: Legitimista politikai pártok [Politische Parteien der Legitimisten], unter: http://www.rubicon.hu/magyar/oldalak/legitimista_politikai_partok/, zuletzt abgerufen am 23.3.2016.

KNGP⁴³⁷ (Christlich-nationale Wirtschaftspartei), die 1925 mit der von István Haller geleiteten Christlich-soziale Partei zusammenschloss. Bis 1937 fungierte die KGSZP (Christliche Wirtschafts- und Sozialpartei) als eine Sammelpartei der mäßigten Legitimisten, die im Vergleich zu ihren Vorgängern in wichtigen Fragen mit der Bethlen-Regierung zusammenarbeitete. Hier fanden auch Albert Apponyi, György Cziráky, József Károlyi ihren Platz. Die Parteiführung übernahm Károly Zichy.⁴³⁸

Neben den gemäßigten Legitimisten existierte in den 20er Jahren eine Gruppe, die eine radikalere Position vertrat und die Zusammenarbeit mit der Bethlen-Regierung ablehnte. Mit dem radikalen Rechtsruck destabilisierte sich die Konsolidierungspolitik von Bethlen. Dieser Umstand formierte das Lager der Legitimisten ebenfalls neu, dessen Führung im Auftrag von Otto Habsburg Antal Sigray übernahm, der zum Königshaus jahrzehntelang persönliche Kontakte pflegte. Ihm ist es sogar gelungen, in der westungarischen Grenzstadt Körmend bis 1939 in der Nationalversammlung zu vertreten, und immer mehr entwickelte er sich zu einer emblematischen Figur der bürgerlichen Opposition, der auch die von Tibor Eckhardt geleiteten und traditionsgemäß die freie Königswahl bevorzugende Kleinlandwirte angehörten.⁴³⁹ Die 1933 von dem Pfarrer Miklós Griger neugegründeten Partei der Legitimisten, die NLNP (Nationale Legitimisten Volkspartei) entstand, da sich István Bethlens Nachfolger, Gyula Gömbös gegen die Anhänger des Königshauses wandte. Zu den Führungsfiguren der NLNP gehörten u.a. die Grafen Sigray, György Apponyi und József Hunyadi. Während ihres Bestehens bis 1937 waren sie insbesondere in den Budapester Bezirken und ihrer Umgebung sowie in Tarnsdanubien erfolgreich.⁴⁴⁰

Die Oppositionellen in der Zwischenkriegszeit bildeten jene Kräfte um den Ministerpräsidenten Bethlen und seiner Einheitspartei (KNEP + Kleinlandwirte), die den Status Quo ablehnten und die Unabhängigkeit Ungarns im Sinne der Ziele von 1848 jedoch mit der Möglichkeit einer freien Königswahl betonten. Im Zuge der chaotischen Zustände nach dem II. Weltkrieg entwickelten sich die Ziele der Legitimisten zu einem „Luxuskonflikt“, der Bethlen in seiner bekannten Rede am 20. Oktober 1921 in Pécs folgend

437 Keresztény Nemzeti Gazdasági Párt

438 Vgl. Fiziker 2013, S. 152.

439 Vgl. Gergely Egedy: Legitimismus és konzervativizmus - Békés Márton: A becsület politikája [Legitimismus und Konservativismus - Márton Békés: Politik der Ehre], in: Magyar Szemle [Ungarisches Review], Jg. 17, 2009 (9-10), unter: http://www.magyarszemle.hu/cikk/20090101_legitimizmus_es_konzervativizmus_-_bekes_marton_a_becsulet_politikaja, zuletzt abgerufen am 24.3.2016.

440 Vgl. Vida et al. 2011, S. 227.

zum Ausdruck brachte: „Die Königsfrage solle nach der Erledigung der Alltagsaufgaben auf den nächsten Feiertag aufgeschoben werden“.⁴⁴¹ Und auch der plötzliche Tod des Königs Karl IV. 1922 nahm den Legitimisten den Schwung, die erkannt hatten, dass sie „den Geist der gesetzlichen königlichen Dynastie nur mit parlamentarischen und gesellschaftlichen Instrumenten innerhalb der Nation aufrechterhalten können“.⁴⁴² Infolge der Erstarkung der rechtsextremen Kräfte in den 30er Jahren suchte Bethlen aus strategischen Gründen die Annäherung an die Legitimisten.

3.8.3.1 Die Volksrepublik 1918-1919

Während den fünf Monaten (von Herbst 1918 bis zum Frühling 1919) der Volksrepublik kam es zur politischen Wirrnis: Es gab weder Parlamentsarbeit noch Wahlen. Viele Parteien haben sich aufgelöst, neu gebildet und zahlreiche Parteienkoalitionen sind aufgrund von internen Differenzen zerbrochen. Die Regierung ohne Parlament bildete der von - als Pazifist gegoltener - Mihály Károlyi gegründete Nationaler Rat (Nemzeti Tanács) bestehend aus dem Koalitionszusammenschluss der Károlyi Partei, der Radikalen und der Sozialdemokratischen Partei. Während der Zeit der Volksrepublik gab es nach dem Rücktritt der Károlyi-Regierung eine revolutionäre Regierung, geleitet von Dénes Berenkey, in der sowohl die Sozialdemokraten, die Radikale Partei, die Unabhängigkeits- und 48er Károlyi- und die Kleinlandwirte Partei Platz bekamen.

Die Nationale Arbeitspartei, die zuvor zehn Jahre lang die Regierung bildete, wurde in die von Sándor Wekerle geleitete 48er Verfassungspartei (48-as Alkotmánypárt) integriert, die sich schließlich im November 1918 ebenfalls auflöste.⁴⁴³ Die 48er Verfassungspartei wurde im Februar 1918 als ein liberal-konservativer Koalitionszusammenschluss der Nationalen Verfassungspartei (Országos Alkotmánypárt) von Andrássy, der von Apponyi geführten Vereinten Unabhängigkeits- und 48er Partei (Egyesült Függetlenségi és 48-as Párt) und der Christlich-sozialen Volkspartei (Keresztényszociális Néppárt) gegründet. Die Einheit innerhalb des Parteilagers bildete das bedeutendste Programm der Koalition, nämlich die Durchsetzung eines allgemeinen und geheimen Wahlrechts, das im Mai 1918 infolge des von der Nationalen Arbeitspartei ausgeübten Drucks vom Parlament ratifiziert wurde. Dies

441 István Bethlen: Rede über die Königsfrage am 21. Oktober 1921 in Pécs, S. 192ff., unter: http://mtdaportal.extra.hu/books/bethlen_istvan_grof_beszedei_es_irasai_1.pdf, zuletzt abgerufen am 23.3.2016.

442 Vgl. József Kardos: Legitimismus. Legitimista politikusok a két világháború között [Legitimismus. Legitimistische Politiker in der Zwischenkriegszeit], Budapest 1998.

443 Vida et al. 2011, S. 28.

galt als bedeutsamer Fortschritt in der Ausweitung des Wahlrechts. Der Anteil der Wahlberechtigten wuchs auf 50 Prozent der ungarischen Bevölkerung an.⁴⁴⁴

Den „Parteienwettbewerb“ dominierten während des knappen Jahres der Volksrepublik zum einen die Machtkämpfe der Parteien um die Entscheidungsbefugnisse in den politischen Prozessen und zum anderen der Kampf um die Städte und Provinzen.⁴⁴⁵

3.8.3.2 Die Räterepublik 1919

Welche Partei aus den Machtkämpfen nach dem I. Weltkrieg als Sieger hervorgegangen wäre, ist aufgrund der umwälzenden Ereignissen im April 1919 nicht zu rekonstruieren⁴⁴⁶: Die Ungarische Sozialdemokratische Partei (Magyarországi Szociáldemokrata Párt, kurz MSZDP⁴⁴⁷) und die Kommunistische Partei¹⁸ (Kommunisták Magyarországi Pártja, kurz KMP¹⁸) schlossen sich zusammen und riefen am 21. März 1919 die Partei der Ungarischen Sozialistischen Partei (Magyar Szocialista Párt, kurz MSZP¹⁹) ins Leben. Im April verkündete die MSZP¹⁹ die Entstehung der Räterepublik. Die schnellen und teilweise aggressiven Reformen der Räterepublik zerschellten alle anderen Parteien. Als einzige politische Kraft blieb die MSZP¹⁹ bestehen. Aufgrund des militärischen und politischen Drucks von außen und die Ansichtverlust in der Bevölkerung ist der Regierungsrat am 1. August 1919 zurückgetreten⁴⁴⁸ und die Rückkehr zum Mehrparteiensystem war gegeben.⁴⁴⁹

Seit der Krönung Stephans der Heiligen – mit der kurzzeitigen Perioden von 1847 und 1918 - bis zum Jahr 1946 existierte Ungarn als Königreich.⁴⁵⁰ Auch nach der Räterepublik wurde die Monarchie als Staatsform beibehalten, wobei die Bestimmung des Thronfolgers für Konflikte sorgte: die habsburgtreuen „Legitimisten“⁴⁵¹ strebten die Rückkehr des Königs Karl IV an. Ihre Gegner, die „freien Königswählern“⁴⁵² konnten sich schließlich

444 Ignác Romsics: Magyarország története a XX. században [Geschichte Ungarns im 20. Jahrhundert], Budapest 1999, S. 117.

445 Vgl. Boros 2009, S. 159.

446 Vgl. Vida et al. 2011, S. 29f.

447 Ihre Vorgänger war die Ungarische Allgemeine Arbeiterpartei (Magyarországi Általános Munkáspárt), die sich 1890 in die MSZDP umbenannte. Die Eigenheit der MSZDP lag darin, dass sie sich als Partei im Parlament nie etablieren konnte. Ihren politischen Einfluss übte sie über das gut, hauptsächlich in den Städten ausgebaute Gewerkschaftsnetzwerk aus, das zur Verschmelzung von Partei und Gewerkschaft führte. Vgl. Vida et al. 2011, S. 82.

448 Mehr über die Räterepublik in: Tibor Hajdú: A magyarországi tanácsköztársaság [Die ungarische Räterepublik], Budapest 1969.

449 Vgl. Vida et al. 2011, S. 29f.

450 Vgl. Brunner 2001, S. 69.

451 Vgl. ebd., S. 71.

452 Ebd.

durchsetzen: Am 1. März 1920 wurde der Reichsverweser Miklós von Horthy von der Nationalversammlung gewählt. Sein Amt übte er bis 1944 aus.⁴⁵³

3.8.4. Parteienstrukturen in der Horthy-Ära: 1920-1944

Die Regierungsform in der Zwischenkriegszeit gilt offiziell als parlamentarische Demokratie, in der jedoch Horthy als Staatsoberhaupt die letzte Entscheidungsinstanz war. Nach dem Machtverständnis der Konservativen sollten das Parlament und der Staatsoberhaupt hinsichtlich der Machtausübung gleichberechtigt sein. Das Parlament sollte als eine Institution der „nationalen Souveränität“ fungieren – so die von den Konservativen geprägte Bezeichnung der Rousseau'schen Volkssouveränität. Die nationale Souveränität sollte dabei auf die alte und (von fremden Mächten) unabhängige Tradition des Landtags hinweisen.⁴⁵⁴ Infolge des schrittweisen Ausbaus eines autoritären Systems stellt sich die Frage, ob das Horthy-Regime einer konstitutionellen Monarchie, einem semi-präsidentiellen, parlamentarisch-präsidentiellen oder einer Republik glich.⁴⁵⁵ Die konservativen und neukonservativen – bestehend aus den agrarischen Grundbesitzern – betrachteten das Parlament als Ort der Interessenvertretung der „Mitglieder der Nation der Heiligen Krone“ und setzten auf die Konservierung ihrer erkämpften bürgerlichen Rechtsgleichheit. Dagegen sahen die politischen Erben der liberalen 1867er Bewegungen die Festhaltung an den historischen Traditionen im Sinne einer Nation der Heiligen Krone als nicht prioritär an. Im Gegenteil: Für sie galt 1848 und nicht die Lehre der Heiligen Krone als Ausgangspunkt des ungarischen Parlamentarismus.⁴⁵⁶

3.8.4.1 Parteifamilien in der Horthy-Ära

Trotz der Einschränkung des Parlamentarismus sicherte das Parlament für zahlreiche oppositionelle Strömungen eine Plattform für regelmäßige Debatten. Dies bezeugen die über hundert Parteigründungen in dem Zeitraum von 1919 bis 1944 sowie die Präsenz verschiedener parlamentarischer Kräfte.⁴⁵⁷ Die Studie von Hubai et al., die die Wahlergebnisse der sechs Parlaments- bzw. Abgeordnetenwahlen in der Zwischenkriegszeit⁴⁵⁸ prüft, differenziert sechs Parteifamilien unter der Horthy-Ära. Diese werden im nächsten Kapitel dargestellt.

453 Ebd.

454 Vgl. Boros 2006, S. 17f.

455 Vgl. ebd.

456 Vgl. ebd.

457 Vgl. dazu die Werke von Vida 2009, Ilonszki 2009 und Mérei 1971.

458 Es fanden Wahlen 1920/21, 1922, 1926, 1931, 1935 und 1939 statt.

3.8.4.1.1 Rechtsextreme Kräfte

Eine Gruppe bildeten die Rechtsaußen-Kräfte, die sich erstmalig bei den Parlamentswahlen 1926 als von Gyula Gömbös, dem späteren Ministerpräsidenten (1932-36), gegründete „Rassenschutz-Partei“⁴⁵⁹ („Fajvédő Párt“) mit zwei errungenen Parlamentsmandaten behaupten konnten. Ihre größte Wählerbasis entstammte der ostungarischen Tiefebene. Die Rassenschutz-Partei verfolgte eine revisionistische, antisemitistische, nationalistische, antikapitalistische und antikommunistische Politik. Zudem forderte sie die Restrukturierung Ungarns zum Agrarland und die Autonomie der katholischen Kirche.⁴⁶⁰ 1926 gilt daher als die Geburtsstunde des ungarischen parteiförmigen Rechtsextremismus, dessen Ursprung in der nach 1914 aufgetretenen Identitätskrise wurzelt, als die bis dahin gültigen politischen Normen hinterfragt und die politischen Gegner: Juden, Feministen und die Anhänger der Oktoberrevolution benannt wurden. Diese Systemkrise führte zur Verstärkung des Freund-Feind-Denkens,⁴⁶¹ das auch auf das spätere nationalsozialistische Gedankengut wirkte. Der Rechtsextremismus als selbstständige politische Bewegung verlor aber an ihrer landesweiten Bedeutung und blieb nur noch in Transdanubien und im Osten des Landes erfolgreich. Die Rechtsextremen in West-Ungarn integrierten sich in die nationalsozialistische Partei und in die Pfeilkreuzler. Die ostungarischen Kräfte wurden in die späteren nationalen radikalen Parteien (Nationale Radikale Partei, Nemzeti Radikális Párt, kurz NRP) eingegliedert.⁴⁶² 1939 verfügten die Nationalsozialisten und die Pfeilkreuzler zusammen über 50 Parlamentsmandate. Die Pfeilkreuzler Partei (Nyilaskeresztes Párt, kurz NYKP) erzielte bei den Parlamentswahlen 1939 31 Mandate. Ihren Erfolg verdankten sie vor allem der allgemeinen rechtsextremen Grundstimmung der 20er und 30er Jahre.⁴⁶³

Neben den bestehenden Identitätskonflikten war die Parteipolitik in der Horthy-Ära durch den Grundkonsens bestimmt, der die Zeit nach dem Vertrag von Trianon als ein provisorisches Zeitalter betrachtete und den Vertrag entscheidend ablehnte. Einigkeit

459 Offiziell hieß die Partei Ungarische Nationale Unabhängigkeitspartei (Magyar Nemzeti Függetlenségű Fajvédő Párt, kurz MNFFP). Sie existierte von November 1924 bis September 1928, Vgl. Vida et al. 2011, S. 519.

460 Vgl. das Kecskeméti Programm der MNFFP, in: Rudolf Paksa: Gömbös Gyula vezette Fajvédő Párt programja [Das Parteiprogramm der von Gyula Gömbös geleiteten Rassenschutz-Partei], auf: Rubicon-Online, 2010, unter: http://www.rubicon.hu/magyar/oldalak/a_gombos_gyula_vezette_fajvedo_part_programja/, abgerufen am 30.3.2015.

461 Balázs Sipos: A Horthy korszak politikai rendszere (1919-1944) [Das politische System der Horthy-Ära (1919-1944)], in: Vida et al. 2011, S. 137-147., hier. S. 139.

462 Vgl. László Hubai/György Földes (Hrsg.): Parlamenti képviselőválasztások 1920-1990 [Parlamentarische Abgeordnetenwahl, 1920-1990], Budapest 1994, S. 6f.

463 Vgl. Vida et al. 2011, S. 238f.

herrschte auch in der negativen Bewertung der Räterepublik und der daraus folgenden Negierung des Kommunismus.⁴⁶⁴ Der ablehnende Grundkonsens der politischen Elite im Hinblick auf Trianon besteht bis heute. Darüber zeugt auch die parteiübergreifende Zustimmung in der im Rahmen der ungarischen online Wahlhilfe, „Vokskabin“ anlässlich der Parlamentswahl 2014 an die ungarischen Parteien adressierten Frage: „Sind Sie damit einverstanden, dass Ungarn die Autonomiebestrebungen im Seklerland unterstützt?“⁴⁶⁵

3.8.4.1.2 Christlich-konservative und christlich-nationale Parteien

Laut dem ungarischen Parteienforscher, Boros entstand die bedeutendste politische Spaltungslinie in der Nachwirkung der revolutionären Ereignisse von 1918/19. Den „Revolutionären“, also den Sozialisten, wurde der Zugang zur Partiefamilie der Christlich-konservativen verwehrt und sie für die Tragik von Trianon mitverantwortlich erklärt. Eine Ausnahme bildete eine der Agrarparteien, die Kleinlandwirte, die sich trotz ihrer Mitgliedschaft in der revolutionären Berenkey-Regierung in den Kreis der christlich-nationalen Partiefamilien eingliedern konnten.⁴⁶⁶ Dies erreichten sie mit der geschickten Taktik des Parteivorsitzenden István Szabó Nagyatádi, der nach dem Zusammenbruch der Räterepublik die Partei der Kleinlandwirte und Bauer (Országos Kisgazda és Földműves Párt, kurz OKGFP) (neu)gründete und ab August 1919 als Landwirtschaftsminister den Kontakt zu Horthy suchte und später auf den Druck des rechten Flügels der „Horthy-Partei“ mit Horthy den Kontakt ausbaute.⁴⁶⁷ Damit erhoffte er für seine Partei bessere Wahlergebnisse bei den Parlamentswahlen 1920/21, denn das Parlament vom November 1918 bis Januar 1920 nicht mehr einberufen worden war.

Bei den ersten Parlamentswahlen 1920/21⁴⁶⁸ nach dem I. Weltkrieg erzielten die Kleinlandwirte (OKGFP) einen beachtlichen Erfolg. Sie konnten 75 (35,5 %) der 219 Parlamentsmandate für sich gewinnen und bildeten somit, hinter der christlich-sozialistischen Partei der Christlichen Nationalen Vereinigung mit 84 Mandaten (Keresztény Nemzeti Egyesülés Pártja, kurz KNEP), die zweitstärkste Kraft im Parlament.

464 Vgl. Boros 2008, S. 185f.

465 Vgl. Eigene Erkenntnisse der Autorin. Sie ist Mitbegründerin und Projektkoordinatorin der ungarischen online Wahlhilfe Vokskabin.

466 Vgl. Boros 2008, S. 186.

467 Vgl. Vida et al. 2011, S. 243f.

468 Aufgrund der besetzten Gebiete dauerten die Wahlen nahezu zwei Jahre lang an.

3.8.4.1.3 Die drei Agrarströmungen

Am Anfang des 20. Jahrhunderts existierten drei Agrarströmungen, die sich im Laufe der Zeit miteinander vernetzten. In die erste Gruppe gehörten jene Bewegungen, die verarmte Bauern ins Leben riefen und den Kontakt zu der Arbeiterpartei pflegten. Die zweite Gruppe bildeten die spontanen Bewegungen, die insbesondere in den 1890er Jahren aktiv waren. Der dritte Typus, dem auch die Partei Nagyatádis angehörte, formierte sich als eine demokratische Bauernpartei.⁴⁶⁹

Die Bauernbewegungen und später Bauernparteien in Ungarn entstanden – im Gegensatz zu den ausländischen Formierungen – aus der Unzufriedenheit der verarmten Bauern auf dem Land.⁴⁷⁰ Die späteren Agrarparteien entstanden aus dem Stadt-Land-Gegensatz⁴⁷¹ das sich im Zuge der industriellen Revolution entstand.

3.8.4.1.4 Die Sozialdemokraten und die bürgerlich Liberalen

Den bedeutendsten Gegenpart der christlich-konservativen Parteifamilie bildete die Sozialdemokratie. Aufgrund ihrer Beteiligung an den Revolutionen von 1918/19 blieben jedoch die Sozialdemokratische Partei wie auch die Kossuth Partei außerhalb des christlich-nationalen Lagers. Die Nationale Demokratische Partei (Nemzeti Demokrata Párt) konnte an die konservative Parteifamilie wegen ihrer Beziehungen zu den beiden Antisystem-Parteien und des hohen Judenanteils keine Angliederung finden.⁴⁷² Auch die die bürgerlichen Liberalen schafften es nicht, ihre politischen Ziele in einer Partei zu vereinigen. Sie konnten lediglich in Budapest, Szeged und Debrecen bescheidene Erfolge für sich verbuchen.⁴⁷³

3.8.5 Der ungarische Parlamentarismus unter Horthy

Nach den Wahlen von 1920, als es nach der neuen Wahlrechtsreform der damaligen Friedrich-Regierung die Wahlen geheim (inklusive Frauenwahlrecht) abgehalten worden sind, gab es in 1926, 1931 und 1935 erneut offene Wahlen mit dem Wahlsieg der Regierungspartei. Eine Eigenheit der Horthy-Ära ab 1920 bildete auch das Parteiensystem, das unter der Aufsicht von Horthy vom amtierenden Ministerpräsidenten bestimmt war. Es existierte nicht eine Partei, die den Ministerpräsidenten wählte, sondern ein

469 Vgl. Pölöskei 2001, S. 76.

470 Vgl. ebd.

471 Vgl. Ilonszki 2009, S. 85.

472 Vgl. Boros 2008, S. 186.

473 Hubai et al. 1994, S. 6f.

Ministerpräsident, der über die Partei „verfügte“. ⁴⁷⁴ Über den ungarischen Parlamentarismus äußerte sich 1931 in seiner Parlamentsrede der bekannte Publizist und Politiker Endre Bajcsy-Zsilinszky: „Der ungarische Parlamentarismus ist seit 1867 krank. Diese Krankheit verschlechterte sich durch die Gegenrevolution. „[...] dieser Parlamentarismus, dieser Scheinparlamentarismus, diese Diktatur verlor ihre Legitimität in der ungarischen Öffentlichkeit, sodass es keinen Sinn macht, von einer Scheindiktatur in eine institutionelle Diktatur überzugehen“. ⁴⁷⁵ Die Aussage Bajcsy-Zsilinszky's beleuchtet aus einer Innenperspektive die damaligen Machtverhältnisse. Er vertrat die Meinung, dass man statt der bisherigen Politik eine Klassenpolitik schaffen muss, die von der Mittelschicht: den Landbesitzern und Bauern getragen wird. ⁴⁷⁶

3.8.6. Konfliktstrukturen im Horthy-System

Den Dualismus dominierende, aus heutiger Sicht rechte liberale Strömungen, der Adelsliberalismus und der spätere konservativ-nationale Liberalismus - die als Anhänger der 48er galten - wurden im „Horthyismus“ durch die neukonservative, antiliberale christlich-nationale Ideologie abgelöst. ⁴⁷⁷ Ähnlich zu den liberalen Strömungen im Dualismus nahmen auch diese verschiedene Formen an. Infolge der Weltwirtschaftskrise 1929-1933 endete auch in Ungarn die friedliche Konsolidierungsphase der 20er Jahre, die auch auf die Parteienstruktur wirkte. Die frühere „Synthese der christlich-nationalen Ideologien der 20er Jahre begann sich, zu erodieren. Und die Hauptrichtung der Erosion zeigte nach rechts“. ⁴⁷⁸

3.8.6.1 Der „Rechtsruck“

Die KNEP, von 1922 an Einheitspartei (Egységpárt) blieb unter István Bethlen (1921-1931) bis zur Machtergreifung der Szálasi-Regierung an der Macht. Bethlen verhinderte die parlamentarische Etablierung der Ungarischen Sozialdemokratischen Partei (Magyar Szociáldemokrata Párt, kurz MSzDP), die nun gezwungen war, sich außerhalb des Parlaments aufzustellen. Der Bethlen-Peyer ⁴⁷⁹-Pakt von 1921 garantierte die institutionelle

474 Vgl. Sipos 2011, S. 142.

475 Endre Bajcsy-Zsilinszky, n. Peter Sipos: Állam és hatalom a Horthy-korszakban. Kormány, kormányzó, parlament [Staat und Macht in der Horthy-Ära. Regierung, Reichsverweser, Parlament], in: RUBICONline, unter: http://www.rubicon.hu/magyar/nyomtathato_verzio/allam_es_hatalom_a_horthy_korszakban_ormany_kormanyzo_parlament/, abgerufen am 14.4.2015.

476 Vgl. Endre Zsilinszky: Sors bona, nihil aliud, in: Szózat, 1921, S. 1.

477 Vgl. Boros 2009, S. 165f.

478 Miklós Lackó: Válságok.Választások. Történetek a két háború közötti Magyarországról [Krisen. Wahlen. Geschichten aus der ungarischen Zwischenkriegszeit], Budapest 1975, S. 319.

479 Károly Peyer, der damalige Vorsitzender der MSZDP.

Freiheit den seit dem Sturz der Räterepublik in Illegalität tätigen Sozialdemokraten. Dies beinhaltete die freie Gründung von sozialdemokratischen Zirkeln und Medien. Im Gegenzug erwartete Bethlen, dass sie sich an die parlamentarischen Regeln halten. Mit der Eingliederung der KNEP in die Partei der Kleinlandwirte signalisierte Bethlen, dass er die parlamentarische Basis bei der Christlichen Partei der Kleinlandwirte, Landarbeiter und der Bürger (kurz Einheitspartei) sah. Die Parteiführung bestand aus den Politikern der früheren Kleinlandwirte Partei.⁴⁸⁰ Zugleich bewirkte die Fusion Bethlens nationalkonservative Partei mit den Kleinlandwirten, dass die Landwirte ihre bis dahin erfolgreiche politische Position aufgeben mussten. Die Bethlen'sche „Konsolidierungspolitik“ strebte die Stärkung der nationalkonservativen Position und allen voran der herrschenden Elite an. Die Aufrechterhaltung des Status Quo der politischen Elite sah Bethlen durch die Geschichte legitimiert und betrachtete dies als Voraussetzung für seine Modernisierungsbestrebungen.⁴⁸¹

Nach 1932 existierte die KNEP als die Partei der Nationalen Einheit (Nemzeti Egység Pártja, kurz NEP) weiter, die sich unter dem Ministerpräsidenten Gyula Gömbös nach dem Muster des italienischen Faschismus als eine Massenpartei am rechten Rand aufgestellt hat und schrittweise den konservativen Flügel innerhalb der Partei unterdrückte.⁴⁸² Der Rechtsruck verstärkte sich nach 1939 als auf Druck des neuen Ministerpräsidenten Pál Teleki eine weitere rechtsextreme Kraft, die Bewegung des Ungarischen Lebens (Magyar Élet Mozgalom, kurz MÉM), in die NEP – von da an Partei des Ungarischen Lebens (Magyar Élet Pártja, kurz MÉM) – integriert wurde.

3.8.6.2 Staatlicher Korporatismus

Gyula Gömbös ließ nach dem italienischen autoritär-diktatorischen Vorbild einen Gesetzesentwurf für das System eines staatlichen Korporatismus ausarbeiten, um die Arbeiterklasse von den gewerkschaftlichen Bewegungen und fachlichen Interessenvertretungsorganisationen fernzuhalten und die Position der NEP zu stärken. Gömbös wurde in seinem Vorhaben dadurch ermutigt, dass er 1933 zum Vorsitzenden des Verbandes der Gesellschaftlichen Vereinigungen (Társadalmi Egyesületek Szervezete, TESZ) gewählt wurde. Vor dem Hintergrund des anwachsenden industriellen Sektors und der Neubelebung der landwirtschaftlichen Produktion der 1930er Jahre sollte die nationale

480 Vgl. Romsics 2009, S. 77.

481 Vgl. Bódy 2014, S. 53.

482 Vida et al. 2011, S. 221.

Einheit durch die Organisation der Bauern und Arbeiter in eine von dem Staat kontrollierte und geleitete Körperschaft gesichert werden. Der für dieses Vorhaben ausgearbeitete Gesetzesentwurf blieb jedoch unberücksichtigt.⁴⁸³ Folglich wurden in der Zwischenkriegszeit fachliche Interessenvertretungen und Kammern⁴⁸⁴ etabliert.⁴⁸⁵

Die Bestrebungen, Berufsgruppen zu organisieren wurden jedoch durch die Konflikte zwischen den nach Autonomie strebenden Kammern und der die Organisationsformen kontrollierenden und überwachenden staatlichen Organen gebremst.⁴⁸⁶ Auch im Kammersystem existierte eine polarisierende Zweiteilung: Die Vorstrukturen der späteren Handels- und Industriekammern entstanden bereits während der Aufklärung und konnten, trotz gewisser staatlichen Abhängigkeit, autonom funktionieren. Dahingegen wurden die landwirtschaftlichen Interessenvertretungen nach dem I. Weltkrieg unter ungünstigen sozio-ökonomischen Bedingungen gegründet. Dies erschwerte die Anwerbung einer festen Mitgliederstruktur und damit auch ihre gesellschaftliche Einbettung.⁴⁸⁷ Die Aufgaben der landwirtschaftlichen Interessenvertretungen waren von der Ländlichen Landwirtschaftlichen Kammer (OMK)⁴⁸⁸ bestimmt. Die OMK war dem Landwirtschaftsministerium unterstellt, das wiederum die Funktionsträger in der OMK mitbestimmt hat.⁴⁸⁹

Insbesondere die Industrie- und Handelskammern konnten ein anfängliches triparties System ausbauen, in dem sowohl die staatlichen und wirtschaftlichen als auch die gesellschaftlichen Akteure Eingang finden konnten. So nahmen die Kammern auch Aufgaben im Bereich der Informationsverbreitung – durch die Kammerblätter und -Zeitungen -, der Bildung und der Wissenschaft wahr, und waren bemüht, den Austausch mit ihren Mitgliedern zu fördern sowie - in Kooperation mit der hauptstädtischen, städtischen und ländlichen Akteuren⁴⁹⁰ - auf die sozio-kulturellen und sozio-ökonomischen

483 Vgl. Péter Strausz: Kamarák a két világháború közötti Magyarországon [Kammern in Ungarn in der Zwischenkriegszeit], unveröff. Diss.schrift, Budapest 2007, S. 140ff.

484 Da sie den korporatistischen Modellen wenig ähnelten, werden die ungarischen Organisationsformen in der Literatur als fachliche Kammern und Interessenvertretungen bezeichnet.

485 Vgl. ebd., S. 147.

486 Mehr zur Geschichte des ungarischen Kammersystems siehe z.B.: Gyula Szavay: A magyar kamarai intézmény és a budapesti kamarák története [Die Geschichte des ungarischen Kammersystems und der Buapester Kammern], Budapest, 1927 sowie Alajos Diczig/Dezső Rado: A kereskedelmi és iparkamarák hazánkban és külföldön [Die Handels- und Wirtschaftskammern in Ungarn und im Ausland], Debrecen 1938.

487 Vgl. Strausz 2007, S. 94f.

488 Országos Mezőgazdasági Kamara (OMK).

489 Vgl. Strausz 2007, S. 85.

490 Vgl. mehr zur Zusammenarbeit: Strausz 2007, Kapitel V.2., ab Seite 177ff.

Herausforderungen zu reagieren.⁴⁹¹ Über ähnliche Funktionen verfügten auch die Budapester Handels- und Industriekammer (BKIK), die Landwirtschaftskammer des Theisstals⁴⁹² oder auch die fachlichen Kammern wie die Budapester Ingenieurkammer,⁴⁹³ die den fachlichen Austausch sowie durch die Etablierung von Stipendienprogrammen und Stiftungen den wissenschaftlichen Nachwuchs förderten. Strausz unterstreicht in seiner Analyse, dass „die Interessenvertretungsorganisationen um die Wahrung ihrer finanziellen und inhaltlichen Unabhängigkeit für die Zivilspähre warben.“⁴⁹⁴ Trotz ihres autonomen Status zeigten sich die Kammern stets loyal zum Staat, und strebten die Zusammenarbeit mit den Staatsorganen an.⁴⁹⁵

3.8.6.3 Gesellschaftliche Konflikte in der Zwischenkriegszeit

Das Erbe der Polarisierung wirkte auf die Gesellschaftsstruktur der Zwischenkriegszeit. In dem Band „Zwei Ungarn“⁴⁹⁶ zeichnet der Historiker Ignác Romsics den ideengeschichtlichen Diskurs über die Gesellschaftsstruktur der Zwischenkriegszeit auf. Dabei ruft er die Kategorisierungsversuche, die Beschreibungen und die auf persönlichen Beobachtungen basierten Klassifizierungen von fünf Denkern mit unterschiedlichem Zugang zur damaligen ungarischen Gesellschaft in Erinnerung. Der völkische Schriftsteller und Gesellschaftskritiker László Németh teilte die ungarischen Literaten in die Gruppen der „Snobs“ und der „Bauern“ auf. Als Snobs bezeichnete er die „europäischen“ und „gebildeten“ Literaten der 67er Tradition. In den „Bauern“ sah er die 48er, die er auch als „Urkräfte“,⁴⁹⁷ „Wurstgestank“ und „Ureinwohner mit Schamschürzchen“⁴⁹⁸ bezeichnete.⁴⁹⁹ Später übertrug er seine Einteilung auf die Nation und unterscheid zwischen den „tiefen Ungarn“ und „erbeigesessenen Ungarn“ versus den „wässrigen Ungarn“ und den „zugekommenen Ungarn“⁵⁰⁰.⁵⁰¹ Über die Gefahr des politischen Rechtsrucks, der den Gegensatz zwischen den Linken und Rechten in Europa aufweicht, schrieb László Németh: „In den Seelen ist längst eine dritte Kraft vorhanden, die sowohl nach rechts wie auch nach

491 Vgl. Strausz 2007, S. 172.

492 Tiszántúli Mezőgazdasági Kamara.

493 Budapesti Kereskedelmi és Iparkamara (BKIK).

494 Vgl. Strausz 2007, S. 180-181.

495 Vgl. ebd., S. 72.

496 Vgl. Zsolt Enyedi et al. (Hrsg.): Két Magyarország [Zwei Ungarn], Budapest 2005.

497 „Öserő“, kolbászszag“.

498 „Szeméremköténykés“ bennszülött“

499 Vgl. Ignác Romsics: Magyarország(ok) a két Világháború között [Ungarn in der Zwischenkriegszeit], in: Ders., S. 49-101, hier S. 51.

500 „Mélymagyar“, „törzsökös magyar“, „Hímagyar“, „Jött magyar“.

501 Nach Romsics, 2005, S. 51.

links mit Ekel schaut, und beide Seiten auf einmal vernichten will“.⁵⁰² Der ungarische konservative Sozialpolitiker István Weis teilte die ungarische Gesellschaft ebenfalls in zwei Lager auf: in das der „Herren“ versus des „Volkes“. Das ungarische Abgeordnetenhaus der Zwischenkriegszeit beschrieb er folgend: „das wahre Graben zwischen den Nationsvätern besteht nicht in deren unterschiedlichen Parteizugehörigkeit, sondern folgt jener Spaltungslinie, die Personen, die gute Gesellschaften sind, von denen außerhalb der Gesellschaften trennt“.⁵⁰³ Der Graben wurde zudem durch das allgemeingültige und gegenseitige Misstrauen beider Lager immer tiefer. Auch in den Dörfern und in den unteren Gesellschaftsschichten herrschte der Groll gegenüber der Welt der Herren.⁵⁰⁴ Weis zählte zu den ersten, der nach dem Vertrag von Trianon den zunehmend verbreiteten Antisemitismus in unterschiedlichen Bevölkerungsschichten aufzeichnete. Er stellte fest, dass sich antisemitische Ressentiments aufgrund der bedeutenden Stellung von jüdischen Geschäftsleuten im Handel-, Industrie- und Bankensektor zunächst in den Kreisen der oberen Mittelschicht bemerkbar machten. Zusammenfassend resümierte Weis, dass es in Ungarn außer der revisionistischen Forderungen der Staatsgrenze vor Trianon kein einheitlicher Zeitgeist vorhanden war.⁵⁰⁵ Der irisch stämmige Minderheitenexperte Carlile Aylmer Macartney, der mehrmals Ungarn besuchte und der ungarischen Sprache mächtig war, sah die größten Spannungen zwischen den „Herren“ und den „Bauern“ sowie zwischen Juden und nicht Juden. Als die Bevölkerungsschicht der Herren definierte Macartney die Magnaten (Aristokraten) und die Gentry, die über eine allgemeine kosmopolitische Ausbildung verfügte, „beharrten sich die Bauern immer mehr auf den Einfluss des lokalen Geistes“.⁵⁰⁶ In dem Konflikt zwischen Juden und nicht Juden hob er die antisemitische Haltung der Gentry und der in den Städten lebenden Schwaben hervor, die den Juden vorwarfen, durch ihre „revolutionäre“ Rolle in der Räterepublik die Zukunft Ungarns zerstört zu haben sowie ihre Bereicherungsgeschäfte während des Krieges.⁵⁰⁷ Macartney entdeckte zudem einen weiteren Konflikt, allerdings innerhalb der herrschenden Elite, wo zwischen den Glaubensgruppen der reformierten versus der katholischen Kirche die Gegensätze herauskristallisierten, die er mit dem Gegensatz zwischen „Westen“ und „Osten“

502 Nach Ebd.

503 István Weis: A mai magyar társadalom [Die heutige ungarische Gesellschaft], Budapest 1930, nach ebd., S. 61.

504 Vgl. Weis 1930, S. 147.

505 Vgl. ebd., S. 150ff.

506 Nach Romsics 2005, S. 69.

507 Vgl. ebd., S. 68.

verglichen. Horthy, Bethlen und auch Gömbös waren Lutheraner, die sich im Gegensatz zu der die aristokratische Legitimität bewahrenden katholischen Kirche für die freie Königswahl einsetzten. Als Katholiken galten die Aristokraten mit Großgrundbesitz, als die Reformierten die Gentry und die Bauern mit Bodenbesitz – so die Feststellung Macartneys.⁵⁰⁸ Der Historiker Gyula Szekfü bemängelte – ähnlich zu Weis –, dass in Ungarn außer der Ablehnung von Trianon kein nationaler Konsens entstand. Zudem beschrieb er den damaligen ungarischen Geist – reflektierend auf Németh – als Neobarock, der „Autorität“ und eine sich von anderen Klassen isolierende „Herrenwelt“ wertschätzt.⁵⁰⁹ Auch Szekfü machte auf den Konflikt zwischen den Katholiken und die politische Elite dominierenden Protestanten aufmerksam, der die Entstehung einer einheitlichen Nation hindere. Auch den weitläufigen Antisemitismus erkannte er. Zudem betonte Szekfü die Gegensätze zwischen Jung und Alt, und machte auf die Tendenz aufmerksam, dass die Jugend, die die Bethlen'sche Konsolidierungspolitik ablehnt, sich den Revolutionären auf dem Land anschließen wird.⁵¹⁰

Der Soziologe Ferenc Erdei charakterisierte Ungarn als eine „bipolare gesellschaftliche Struktur“ mit einem „mehrfach komplexen Gefüge“.⁵¹¹ Erdei zeichnete zwei Hauptstränge auf: die „historisch-nationale“ und die „modern bürgerliche“. Die erstere verknüpfte er mit christlich-nationalen Werten, letztere mit den westlichen, progressiven – hauptsächlich von dem jüdischen Bürgertum getragenen – Bestrebungen. Darüber hinaus betrachtete er die Bauernschicht als die dritte gesellschaftliche Basis des Landes.⁵¹²

Diese Kategorisierungen reflektierten auf den Umstand, dass es in der Zwischenkriegszeit die Kluft zwischen der wohlhabenden Aristokratie und Großbourgeoisie und der verarmten Bauern- und Arbeiterschicht unüberwindbare Größen annahm. Für die Abschaffung der Armutsschere setzten sich allen voran die Mitglieder der wirtschaftlichen Unterschicht und die jungen Intellektuellen ein, die sich als die wahren Revolutionäre bezeichneten. Ermutigt durch die Schriften der völkischen Intellektuellen Oszkár Jász, Endre Ady, Zsigmond Móricz, Béla Bartók und Zoltán Kodály sowie durch das deutsche „Volkstum“ kämpften sie

508 Vgl. ebd.

509 Vgl. Gyula Szekfü: 3 nemzeték és ami utána következik [3 Nationen und was danach folgt], Budapest 1938, S. 409f.

510 Vgl. ebd., S. 451ff.

511 Ferenc Erdei: A magyar társadalom a két háború között [Die ungarische Gesellschaft in der Zwischenkriegszeit], in: Ferenc Erdei: A Magyar társadalom [Die ungarische Gesellschaft], Budapest 1980, S. 295.

512 Vgl. ebd., S. 365.

für die Rechte der Bauern, die Bodenreform und die Bewahrung des völkischen („népi“) Ideals.⁵¹³

Alle Denker jener Zeit waren sich einig, dass die durch den gesellschaftlichen und folglich wirtschaftlichen Status bedingten Konflikte zwischen den Herren, Snobs, Magnaten, Aristokraten und der Gentry auf der einen und dem Volk, der Bauern- und Arbeiterschicht auf der anderen Seite das Land spalteten. Diese Befunde überraschen insofern nicht, als die Bauern mit einem Anteil von über 50 Prozent in der Gesamtbevölkerung die größte gesellschaftliche Gruppe bildeten. Aufgrund ihrer Zahlengröße und der weit verbreiteten Bauernromantik wurden ihre Forderungen, das Bauerntum in die ungarische Nation zu heben, immer lauter. Um diese kümmerten sich auch die zeitgenössischen Schriftsteller und Intellektuelle, die die Probleme der Bauern in ihren Schriften aufgegriffen und artikuliert hatten.

Der Antisemitismus wurde in der Zwischenkriegszeit ebenfalls sichtbar und fügte sich in den bestehenden Konflikt zwischen den Vertretern der christlich-nationalen Werte und den Anhängern eines westlichen Bezugspunktes ein – ähnlich zum religiösen Konflikt der reformierten und der katholischen Kirche.

3.8.7 Zwischenfazit: Konfliktstrukturen im „Horthysmus“

In der ersten Hälfte der Horthy-Ära bildeten die liberalen politischen Parteien, abgesehen von einigen oppositionellen christlichen Kräften und der Rassenpartei, den größten oppositionellen Widerstand. In den 1930er Jahren galt als die bedeutendste oppositionelle Kraft die neugegründete Unabhängige Kleinlandwirtepartei, die sogar mehrfach mit der Regierung kooperierte. In der letzten Periode der Horthy-Ära blieben die liberalen Parteien unbedeutend. An ihre Stelle traten die Rechtsextremen, die Pfeilkreuzler und die Nationalsozialisten.⁵¹⁴

Der politische Kampf zeigte sich am deutlichsten am Anfang und am Ende der Horthy-Ära. Ab den 20er Jahren entwickelten sich die sozial-liberalen, auch als „destruktive Kräfte“ genannt, zu einem ernstzunehmenden politischen Gewicht, das zur Folge hatte, dass sie ab der Mitte der 30er Jahre gegen die rechtsradikalen und faschistischen Parteien ankämpften. Dieser Kampf kam auch in den parlamentarischen Debatten zum Ausdruck, der später jedoch vom antisemitischen Parlamentarismus überlagert wurde. In der ersten Hälfte der Horthy-

⁵¹³ Vgl. Szekfü 1938, S. 409f.f.

⁵¹⁴ Vgl. Boros 2006, S. 75.

Ära wurden in Parlament vorrangig Interpellationen in Verbindung mit Forderungen nach der Ausweitung von Freiheitsrechten und der Verbesserung der allgemeinen sozialen Lebensumstände der Bevölkerung eingebracht. In der zweiten Hälfte lösten zunehmend antisemitische Inhalte die „linken“ Programmpunkte ab.

3.8.7.1 Agrarpopulisten (népiek) vs. Urbanisten

In der Zwischenkriegszeit strukturierte sich die Gesellschaft ähnlich wie im Dualismus entlang von starren Klassenschichten, die eine strukturelle Reform des politischen Systems verhinderte.⁵¹⁵ Der Gegensatz zwischen den Vertretern des Völkischen als östlicher und der Urbanen als westlicher Pol bestimmten nach 1920 das politische wie das öffentliche Leben. Politische Gegensätze und Auseinandersetzungen gab es auch in anderen Ländern Europas. Solche, die die Geister und die Politik zweiteilen, sind jedoch „östliche Phänomene“,⁵¹⁶ die ihre Wurzeln in den nationalen Revolutionen des 19. Jahrhunderts haben, als sich die „Ablehnung des Westens, des Liberalismus und des Kapitalismus“ – in Ungarn auch des Deutschtums – verbreiteten.⁵¹⁷ Der Blickwechsel Richtung Osten und die Heroisierung der Macht und der Entstehung eines „autokratischen Konservativismus“⁵¹⁸ nach 1920 begünstigten die Etablierung und später die Erstarkung einer für die Zeit allgemeingültigen antisemitischen und antiziganischen Grundhaltung, die sich im Sommer 1944 in der Deportation von beinahe einer halben Million ungarischen Juden und mehreren Tausend ungarischen Roma entlud. Das machiavellistische Machtverständnis brachte auch die „Kultivierung des Militärs“ als Machterhaltungsinstrument mit sich.

Die Verbreitung der „népi“ Ideologie beschleunigten die sozialen Bewegungen in den Bauern- aber auch Intellektuellenkreisen der 20er Jahre, die auf das Elend der entrechteten und verarmten Bauern hinwiesen und schnelle Reformen forderten. Die sogenannte Bauernromantik entstand. Ihre Interessenvertretung fand in organisierter Form in der 1920 gegründeten Ländlichen Landwirtschaftlichen Kammer (OMK) statt. Sie galt als Dachorganisation der ländlichen landwirtschaftlichen Interessenvertretungen (siehe mehr dazu im nächsten Kapitel). Die agrarische Bevölkerung bildete traditionsgemäß eine einflussreiche Wählergruppe,⁵¹⁹ denn, trotz des durch die Industrialisierung drastischen

515 Vgl. Pölöskei 2010, S. 83.

516 Vgl. Ákos Szilágyi: Népi-urbánus. Két jóbarát [Völkische-Urbane. Zwei gute Freunde], in: Századvég 1990 (2), S. 50-59., hier S. 51.

517 Magdalena Marsovszky: Neue Völkische Bewegung und Antisemitismus im heutigen Ungarn, unter: http://buecher.hagalil.com/studienverlag/marsovszky.htm#_ftn9, abgerufen am 28.5.2015.

518 Lackó 1975, S. 337.

519 Vgl. ebd.

Rückgangs der im primären Sektor Tätigen, war 1910 immer noch 62,4 Prozent der Bevölkerung in der Landwirtschaft beschäftigt.⁵²⁰

Bajcsy-Zsilinszky sah am Anfang der 1920er Jahre als überzeugter Antisemit den größten Feind in dem jüdischen Kapitalismus und dem liberalen Sozialismus. Als Verfechter eines nationalen Radikalismus distanzierte er sich später von dem Antisemitismus und lehnte die Judengesetze ab. Er wandte sich anschließend den völkischen Schriftstellern zu und teilte mit ihnen den Glauben an der „sozialen Emanzipation der Bauern“ und betonte, dass sich „die ungarische Kultur auf die unverfälschte und unangetastete Seele des Bauerntums stützen sollte“.⁵²¹ Die „népi“ Bewegung wuchs laut László Németh, der dafür den Begriff des „dritten Lagers“ verwendete, aus dem Kreis der Intellektuellen heran, die ihren Weg zwischen den Rassenhütern und den Kommunisten nicht finden konnten.⁵²²

In eine Konfliktstruktur übersetzt, erschienen auf der einen die liberalen, auf der anderen Seite die antiliberalen christlich-nationalen Kräfte. Der Gegensatz zwischen den Liberalen und den Anti-Liberalen drückte sich verstärkt in dem ab den 30er Jahren zunehmenden Antisemitismus aus, der sich aus dem Neid auf den jüdischen Erfolg und ihre starke Repräsentation im Handel, im Bankensektor und in den Hochschuleinrichtungen speiste. Die jüdische Teilhabe an den linken sozialistischen und kommunistischen Bewegungen löste ebenfalls Missstimmung aus. In Folge stand 1939 die Regierung nicht länger einer mehrheitlich linken, sondern einer sich zunehmend radikalierenden rechten Opposition gegenüber.

Mitte der 1940er Jahre wurde in einem Artikel der ungarischen Tageszeitung Magyar Nemzet (Ungarische Nation) die Frage gestellt: „Was tun“?⁵²³ mit den destruktiven Kräften im Land. Rudolf Andorka definierte die Aufgabe als notwendige Reaktion folgendermaßen: „Man muss die im Land verlorenen, sich verlaufenden und in die Passivität zurückgezogenen Kräfte: die freien Intellektuellen, die Arbeiterschicht und die Bauern zusammenbündeln, um

520 Vgl. Fónagy 2001, S. 169.

521 Takáts 2007, S.109.

522 Nach ebd.,S. 121.

523 Gyula Juhász: Uralkodó eszmék Magyarországon 1939-1944 [Herrschende Ideologien in Ungarn 1939-1944], Budapest 1983, S. 248. Mit dem Kapiteltitel weist der Autor auf den Artikel in der Tageszeitung Magyar Nemzet (Ungarische Nation) von Rudolf Andorka mit dem Titel: „Was ist unsere Aufgabe“ vom 28. Februar 1943 sowie auf den Antwortartikel der linken Tageszeitung Népszava (Volksstimme). Vgl. ebd.

[...] die Gefahr und die Herausforderung zu bekämpfen, die auf diese ungarische Erde ihre Schatten werfen“.⁵²⁴

In der gleichen Ausgabe der Magyar Nemzet betonte der nun gemäßigte Bajcsy-Zsilinszky, dass die illegitime ungarische Mittelschicht – da sie nicht vom ungarischen Volk hervorgebracht wurde – nur durch die Integrierung der Bauern und Arbeiter in die ungarischen Ereignisprozesse ersetzt werden könne.

3.8.8 Zwischenfazit: Konfliktstrukturen von 1918 bis 1947

Der andauernde Konflikt zwischen den Habsburggegnern und den Habsburgtreuen wirkte sowohl auf die Zeit des Dualismus wie auch auf die Zwischenkriegszeit. Als allgemeine Erkenntnis für den Zeitraum zwischen 1918 bis 1947 kann gelten, dass es an einer ungarischen Mittelschicht mangelte. Die verbreitete Bauernromantik begünstigte die Entstehung jener Vorstellungen, die die Bauern in die politische Interessenvermittlung und -Formulierung stärker einzubinden versuchten. Diese Bestrebungen begünstigten die Entstehung von Bauern- und Landwirteparteien.

Der ungarische Politologe und Philosoph István Bibó sah die fehlende Herausbildung eines Bürgertums und einer demokratischen Gesellschaft nach europäischem Muster darin, dass zwei Gesellschaften in einer diffusen Symbiose nebeneinander existierten: zum einen eine aus dem Feudalismus entsprungene historisch-nationale und zum anderen eine durch die industrielle Revolution auch in Ungarn entstandene moderne bürgerliche Gesellschaft.⁵²⁵ Somit rettete sich aus dem Dualismus der bipolare Charakter des Gesellschaftssystems in die Zwischenkriegszeit hinüber. Auch die Elitenstruktur weist Ähnlichkeiten zur Zeit des Dualismus auf. In beiden Epochen wurde das politische Bewusstsein von oben, durch die politische und geistige Elite bestimmt. Die Herausbildung einer demokratischen Bürgergesellschaft von unten war unerwünscht und durch die von oben konstruierte Mittelschicht im besonderen Maße erschwert. Zugleich existierte das zahlenmäßig bedeutende ungarische Bauerntum als eine unsichtbare Schicht außerhalb der privilegierten Klassengesellschaft. Trotz des gegenseitigen, vor allem wirtschaftlichen

524 Ebd.

525 István Bibó, The Elite and Social Sensitivity, in: Review of Sociology, Jg. 10, 2004 (2), S.103-114; István Bibó: Die Misere der osteuropäischen Kleinstaaterie, 5. Aufl., Frankfurt/M. 2005.

Abhängigkeitsverhältnisses zwischen Bauerntum und Elite wurde ihnen die Teilhabe am gesellschaftlichen Leben verwehrt.⁵²⁶

Auf die Konflikte übersetzt, fand ein Teil der früheren habsburgtreuen Anhänger der 67er in der Ungarischen Sozialdemokratischen Partei Zuflucht. Zu diesem Zeitpunkt sind sie keineswegs in der späteren Tradition der Legitimisten zu verstehen. Vielmehr vertraten sie die Werte der von György Márkus erstmalig definierten Gruppe der „Westnerner“.

Die Oppositionellen, folglich die Habsburggegner und die Anhänger der 48er, gründeten die Nationale Verfassungspartei, die später von der Einheitspartei, dem Koalitionszusammenschluss in 48er Tradition abgelöst wurde. Von da an bildeten die Traditionalisten den Kontrapart zu den Westnern. Durch den Erfolg und den taktischen Zusammenschluss der Kleinlandwirte mit den christlich-sozialen Parteien, die sich insbesondere auf dem Land Erfolge erzielen konnten, standen sie mit einer agrarischen Wählerschaft den urbanen, die Arbeiterklasse vertretenden Sozialdemokraten gegenüber. Es entstand der Stadt-Land-Gegensatz, der in Ungarn als der Konflikt zwischen den Agrarpopulisten und den Urbanisten wahrgenommen wurde.

Mitte der 30er Jahre erreichte die Welle des „westeuropäischen“ Antisemitismus auch Ungarn. Unter dem Horthy-Regime verloren die linken politischen Kräfte immer mehr an Bedeutung, und an ihre Stellen traten die rechtsradikalen, die Rassenschutz- und die nationalsozialistischen Parteien, die den Stadt-Land-Gegensatz zunächst überdeckten. Das Wahlverhalten der Komitatsgesandten und Abgeordneten seit 1790 ergibt ein klares Muster in den Konfliktstrukturen: Seit 1790 dominierten im Land die habsburgtreuen und habsburggegnerischen politischen Kräfte, die sich parteiförmig in den Lagern der 48er und 67er wiederfanden. Programmatisch bedeutete diese Spaltung - trotz der konsensualen Bestrebung nach der Reformierung des Reiches - eine politische Zweiteilung in staatsrechtlichen Fragen. Der Konflikt zwischen den 48ern und den 67ern bewahrte seine Kontinuität auch nach 1867. Während des Dualismus zwischen 1867 und 1918 entwickelte er sich zum Gegensatz zwischen den Westnern und den Traditionalisten. Diese bipolare Konfliktstruktur wurde von dem durch die Bauernromantik entstandenen Konflikt zwischen den Agrarpopulisten und den Urbanisten zum Teil überlagert. Teilweise schuf aber die

526 Takáts 2007, S. 122.

Bestrebung, die Bauern in die Nation zu heben, einen Parallelkonflikt neben dem bestehenden Gegensatz zwischen Westernizern und Traditionalisten.

Die Forderung der Legitimisten nach der Rückkehr der alten Ordnung und die Nostalgie der konservativen politischen Elite nach monarchischen Zeiten wurden infolge der massiven Alltagsprobleme nach dem I. Weltkrieg zum Luxuskonflikt.

4. Zusammenfassung der historischen Diskursanalyse 1790 bis 1947

Politische Konflikte sind empirisch unmittelbar erfassbare Phänomene, besonders, wenn es sich um historische, mehrere Jahrhunderte zurückliegende Konfliktstrukturen handelt. Die Notwendigkeit einer historischen Konfliktanalyse ergab sich bei dieser Untersuchung aus der kritischen Betrachtung des klassischen Funktionalismus, worauf auch das Cleavage-Konzept basiert ist, und folglich aus dem Erkenntnisinteresse für historische Ausprägungen eines politischen Systems, die neben der funktionalen Dimension auch die historischen Eigenschaften nach der Deutung der historischen Individualität von Max Weber: „So-und-nicht-anders-Gewordensein“⁵²⁷ berücksichtigt. Die Ergebnisse der historischen Analyse erweisen sich insbesondere dann sinnvoll, wenn die funktionale Erklärung für die Herausbildung und den Fortbestand von Parteien – im Fall von Ungarn mit primärem Fokus auf den Zeitraum nach dem Systemwechsel - nicht standhält.

4.1 Determinanten des politischen Lebens in Ungarn

Die Diskursanalyse der Konfliktstrukturen in dem Zeitraum von 1790 bis 1947 hat vier wesentliche Charakteristika der ungarischen politischen Landschaft aufgezeigt:

1. Ab dem 19. Jahrhundert, innerhalb den Modernisierungsbestrebungen kamen der Wunsch nach der alten nationalen Souveränität und der damit verbundene Kampf um die Erneuerung der nationalen Identität verstärkt zum Vorschein. Der Drang nach der nationalen Selbstbestimmung speiste sich aus der früheren europäischen Machstellung Ungarns, von der sich Ungarn von 1526 an verabschieden musste.
2. Zum einen existierten die von der politischen Elite dominierten und bestimmten Entscheidungsmechanismen, die eine Strategie der Exklusion praktizierten. Dies bedeutete, dass die politische Elite der Mittelschicht im politischen Alltagsleben – neben den institutionellen Einschränkungen wie das an Geschlecht und gesellschaftlichen Status gebundene Wahlrecht – wenig bis gar kein Mitspracherecht eingeräumt hat. Die Mitglieder der Elite stammten vornehmlich aus den vermögenden und privilegierten, oftmals selbtherrlichen Adels- und Großgrundbesitzerkreisen. Durch die tradierte Exklusion der Mehrheitsgesellschaft an den politischen Mitentscheidungs- und Meinungsbildungsprozessen entstand eine

527 Max Weber 1973, S. 186.

„anonyme Nation“, aus der sich eine „Untertanengesellschaft“ herausgebildet hat. Folglich war die Mehrheit von Wenigen geleitet.

3. Es existierte eine die Zeit überdauernde Konfliktstruktur innerhalb der politischen und gesellschaftlichen Elite. Diese Konflikte bekamen ab dem 19. Jahrhundert zunehmend Gesicht und wurden zwischen den bedeutendsten politischen Akteuren wie Kossuth und Széchenyi, Kossuth und Deák oder Tisza und Madarász ausgetragen
4. Die historische Diskursanalyse zeichnete zudem die Persistenz von wahlgeographischen Charakteristika auf, die darauf hindeuten, dass die Konflikte nicht nur auf der Ebene der Parteiorganisation, sondern innerhalb der Gesellschaft vorhanden waren. Die Existenz einer Cleavage-Struktur nach der Definition von Lipset und Rokkan konnte aufgrund der begrenzten Möglichkeiten zur Selbstorganisation und der eigenen Interessenvertretung, welche aus den tradierten Systemeigenschaften resultieren nicht nachgewiesen werden. Dennoch zeigte die historische Diskursanalyse, dass tradierte, mehrere Zeitepochen überdauernde Konfliktstrukturen vorhanden sind.

4.2 Dominante Konfliktstrukturen 16-17. Jahrhundert bis 1947

Die ideologische und strukturelle Zweiteilung des Landes zog sich durch die ungarische Geschichte. Im Folgenden werden die wichtigsten dichotomen Konfliktstrukturen seit 1790 zusammenfassend aufgezeichnet.

16-17. Jahrhundert: Nach der Türkenbefreiung kam zum ersten Mal der Konflikt zwischen den Anhängern der Habsburg-Dynastie und den Habsburggegnern zum Vorschein, die in den gegnerischen Auseinandersetzungen der kaiserlichen Truppen, (Labanzen) und den Kuruzen, den Kreuzzugssoldaten von György Dózsa und später den antihabsburgischen Bauern im Königreich Ungarn (1671-1711) eskalierten.

1790-1848: Nach dem Teilerfolg der Gegenreformation und den Gegensätzen zwischen den ausländischen Absolutisten unter Joseph II. und den ungarischen Ständen kam auch der Konflikt zwischen den Habsburggegnern und den Habsburgtreuen auf der Ebene der Komitatsgesandten zum Vorschein. Während des Reformzeitalters spitzte sich der alte Konflikt zu, und im Zuge der Blütezeit der liberalen Ideologien formierte er sich zum Gegensatz zwischen den Westernizern und Traditionalisten. Dieser Konflikt fand seine

Zuspitzung im Zuge der Märzrevolution sowie in der kritischen Auseinandersetzung über die Bedeutung des Freiheitskampfes.

1848-1867: Aus Sicht der Parteiengründungen gilt dieser Zeitraum als eine der buntesten Perioden. Dennoch, auch aufgrund des „hegemonialen“ Parteiensystems, in dem nur die Freisinnige Partei erfolgreich sein konnte, waren nach der Niederschlagung der März-Revolution (1848) die früheren Konflikte eingefroren, und innerhalb der ungarischen Gesellschaft die alten Gegensätze zunächst verklungen.

1867-1918: Der Konflikt zwischen den Habsburggegnern und Habsburgtreuen überlagerte die Auseinandersetzungen zwischen den Anhängern und den Gegnern von 1867 über, also in den Konflikt zwischen den 1848ern und den 1867ern. Dieser ideologische Gegensatz wirkte auch auf die Parteigründungen.

1918-1947: Der Konflikt zwischen den 67ern und den 48ern wurde im Zuge der Industrialisierung von den gegensätzlichen Interessen in den Städten und auf dem Land, vertreten zum einen durch die sozialdemokratischen Kräften, und zum anderen die christlich-konservativen Landwirten. Die Rechtsextremen bildeten den dritten Block. Die Entstehung einer Bauernromantik und die entsprechenden Parteien schwächten die Gegensätze zwischen den Traditionalisten und den Westernizern zunächst ab. Zum dominanten Konflikt avancierte jener zwischen den Agrarpopulisten und den Urbanisten. Aber auch der Gegensatz zwischen den Traditionalisten und Westernizern, der sich weiterhin aus den kontroversen Debatten um das ungarische Staatsrecht bediente, existierte weiterhin.

1921-1939: Der Konflikt zwischen den Legitimisten und Oppositionellen, also zwischen den Monarchie-Anhängern mit König aus dem Habsburghaus und den Anhängern der freien Königswahl bestimmte das politische Leben der 20er Jahre, die vor allem zwischen der Bethlen'schen Einheitspartei und der Andrassy-Friedrich-Partei und ihrer Nachfolgeparteien sowie um die Führungsfiguren Sigray, Friedrich und Eckhardt auf der einen und Bethlen auf der anderen Seite ausgetragen wurde. Für diesen Konflikt gilt, dass die Vertreter beider Lager im Sinne der Nationsbildung als Traditionalisten anzusehen sind und den christlich-nationalen Werten treu waren.

Nach der Zentrum-Peripherie-Dichotomie Rokkans ist festzuhalten, dass die Konservativen im Prozess der Nationenbildung bis 1848 die Politik der Habsburger, die durch das die obere

Mittel- und die Oberschicht bevorzugende Privilegiensystem bestimmt war befürworteten. Folglich erkannten sie Wien als politisches, kulturelles und gesellschaftliches Zentrum an. Die liberale Opposition dagegen strebte die Abschaffung des Status Quo an und konkurrierte beispielsweise durch die zunehmende Förderung von Budapester Entwicklungsprojekten mit Wien und versuchte Ungarn aus der peripheren Lage innerhalb der Monarchie in Richtung Zentrum zu bewegen. Dieser Grundkonflikt zeigte sich auch in den „Restriktionen der Allianzbildungen“⁵²⁸, welcher nach den Rokkanschen Allianschemata dem Typus 1 zuzuordnen ist, in dem die Akteure „N“ und „D“ sowie „N“ und „P“ stets ein oppositionelles Verhältnis zueinander pflegen, womit eine Allianzbildung beider Parteien ausgeschlossen ist. Im Kampf um den Einfluss der Kirche während der Reformation, im Gefecht um die Kontrolle über die Masseneinrichtungen im Prozess der „Demokratischen Revolution“ und während der industriellen Revolution der Kampf um die Interessen der Grundbesitzer auf dem Land und den städtischen Ansprüchen definierte Rokkan die die Konfliktstrukturen bestimmenden Akteure.⁵²⁹ Mit Akteur „N“ bezeichnet Rokkan als den „zentrale[n] Kern kooperierender „Nationen-Erbauer“, die wesentliche Teile des „Staats“-Apparates kontrollieren“. „D“ steht für „non-konformistische religiöse Dissidenten“ und „P“ für die oppositionellen Bewegungen in der Peripherie, die sich gegen das Machtgefüge im Zentrum auflehnen.⁵³⁰ Im ungarischen Fall bildeten die Konservativen die „N“-, die liberale Opposition die „P“-Akteure. In seinem Akteurskonzept unterschied Rokkan zwischen der „national-territorialen Kirche mit weitreichender Kontrolle über das Bildungswesen“⁵³¹ – „K“ – als eine Institution, die sich dem Volk untergeordnet hat und der „supranationalen, der Römischen Kurie und dem Papst unterstellten Kirche“⁵³² – „R“ – , die als Staatskirche fungierte.

Insgesamt definierte Rokkan sieben Akteure, die in den drei kritischen Phasen fünf Typen von Allianzbildungen, abhängig von den historischen Ausprägungen, in den Ländern hervorbrachten. Bestimmend für die Allianzbildungen war, mit welchen Akteuren „N“ im Zentrum zum einen auf der religiösen und zum anderen auf der ökonomischen Front Allianzen eingeht. Auf der ökonomischen Achse standen die Akteure „L“, symbolhaft für

528 Vgl. Rokkan, n. Flora 2000, S. 379.

529 Vgl. ebd., S. 378ff.

530 Vgl. ebd., S. 379.

531 Ebd.

532 Ebd.

die „kooperierenden Landbesitzer“ und „U“ als „kooperierende städtische Unternehmer in Handel und Industrie“⁵³³ zur Alternative.

Im Vorfeld der Nationalen Revolution suchten die N- Akteure in Ungarn, ähnlich zu Österreich, beeinflusst durch die antireligiöse Einstellung im Josephinismus – auf der religiösen Achse Allianzen mit dem Akteur „R“, wo Kirchen lediglich die Aufgabe hatten, Religion zu unterrichten. Sie wurden von anderen sozialen Aufgaben bewusst ferngehalten. Die Akzeptanz dieser Art von Religiosität zeigte sich auch in der Verbreitung der Freimaurer-Logen, die mit der „Religion ohne Pfarrer“ sympathisierten.⁵³⁴ An der ökonomischen Front wurden im Zentrum mit den Landbesitzern Allianzen geschlossen. Entgegen dem sich säkularisierenden Österreich haben sich die Akteure in der ungarischen Peripherie – ebenfalls bedingt durch die historischen legacies und Interessen – als Reaktion auf die Partnerwahl im Zentrum auf der religiösen Achse den Akteuren „K“ angenähert und strebten die Ausweitung der kirchlichen Zuständigkeitsbereiche an. An der ökonomischen Front waren sie bemüht, die urbanen Interessen zu vertreten und dementsprechend Allianzen zu etablieren.

533 Ebd.

534 Vgl. István Nemeskürty: *Mi Magyarok* [Wir Ungarn], Budapest 1993, S. 328.

4.2.1 Abbildung 6: Übersicht der Konfliktstrukturen bis 1947

Zeitraum	Konflikte	Parteien entlang den Konflikten	Gesellschaft aus Sicht der politischen Kulturforschung	Wahlrecht der Bevölkerung
16-17. Jh.	Kuruzen vs. Labanzen	Keine	Untertanen	Keine
18-19. Jh.	Habsburggegner vs. Habsburgtreue	Rákóczi Freiheitskämpfer, später Jakobiner-Bewegung – Freimaurer vs. Habsburghaus	Zweigespalten: Aufgeklärter Adel = Habsburggegner vs. Kleinadel und Teil des Großadels = Habsburgtreu; Rest: 5. Mio. = anonyme Gesellschaft	Keine
1794/95-1825	Eingefroren durch die Überwachungsdictatur	Konflikte eingefroren	Anonyme Gesellschaft	-
ab 1830	Traditionalisten vs. Westernizer	-	Zweigeteilte Gesellschaft	-
1848-1867	Freezing	Freisinnige Partei	Anonyme Gesellschaft, da Diskurse über staatsrechtliche Fragen im Kreise von einigen wenigen Eliten ausgetragen.	Ab 1848 (1848er Gesetze, Art. 5.) – 7- 9% der Bevölkerung, (Männer ab dem 20. Lebensjahr, religiös, Geburtsort in Ungarn, nach Vermögens- oder Bildungszensus), offene Wahlen
1867-1918: Dualismus	1867er vs. 1848er (früher Westernizer vs. Traditionalisten)	Deák-Partei, später Freisinnige-Partei, später Nationale Arbeitspartei vs. Unabhängigkeitspartei und Katholische Volkspartei	Anonyme Gesellschaft	1867 (Männer 20. Lj, Wohnort in Ungarn, religiös, Steuer- oder Bildungszensus), offene Wahlen 1874 Wahlrechtsreform: unter 6 % der Bevölkerung, da Steuerschuldner, Soldaten, Polizisten ausgeschlossen) Männer 20. Lj., religiös, Steuer- oder/Haus- oder Boden- oder Bildungszensus Gültigkeit bis 1918
1918-1947	Agrarpopulisten vs. Urbanisten und 1921- bis Mitte der 30er Jahre: „Luxuskonflikt“ Legitimisten vs. Oppositionelle	KNEP, Einheitspartei vs. SZDP, Freiheitspartei, liberale Opposition Legitimisten (Christlich-konservativ-bürgerlich): Andrássy-Friedrich Partei (später KNFPP), die Personen Andrássy, Friedrich bis 1923, Sigray, Eckhardt, Lajos Windischgrätz, dann KNEP mit Sándor Ernzt und Károly Huszár (mäßige Legitimisten),), ab 1933 NLNP. Oppositionelle (Christlich-Nationale) : Einheitspartei mit Nagyatádis Kleinlandwirtepartei Personen: István Bethlen, István Haller, Jakab Bleyer, Pál Teleki, Graf Klebelsberg, Ottokár Prohászka	Bauernromantik; Antisemitismus Nostalgie nach der Monarchie vs. freie Königswähler	1919: 40 %, Frauen und Männer ab dem 24. Lj, Geburtsort in Ungarn, ungarische Staatsbürgerschaft, Wohnungsbesitz, Wohnort seit mind. 6 Monaten in der selben Kommune, für Frauen zusätzlich Lese- und Schreibenkenntnisse geheime Wahlen 1922 und 1925: Erhöhung des Vermögens- und des Bildungszensus, Frauen erst ab dem 30. Lj, folglich 29 % der Bevölkerung, teilweise geheime Wahlen 1938: Bildungszensus, ung. Staatsbürgerschaft, Frauen ab dem 30. Lj, geheime Wahlen 1945: kein Zensus, geheime Wahlen

Eigene Darstellung.

Zusammenfassend ist festzuhalten, dass die Bildung der Allianzen und der spätere Charakter des ungarischen Parteiensystems hauptsächlich durch die Ab- versus die Zuneigung zum Habsburgerhaus bestimmt waren. Dies bestimmte auch die Koalitionsbildungen auf der ökonomischen und der religiösen Achse. Denn die Anhänger des Habsburgerhauses waren ähnlich zu dem österreichischen katholischen Herrscherhaus, Verfechter der supranationalen römisch-katholischen Kirche. Vor der Märzrevolution war es die Konservative Partei, die im Hinblick auf die Erhaltung der aristokratischen Vorrechte die Metternich-Regierung unterstützte und innerhalb der Gesellschaft sich vor allem auf den ungarischen Adel und Landbesitzer stützte. Die Konservativen zusammen mit den Habsburggegnern bildeten das Zentrum, also den Akteur „N“, für den im Prozess der demokratischen Revolution die oppositionellen liberalen Partei (ELP) den Erzfeind bedeuteten. Die ELP suchte sich Allianzen aus dem Lager der Habsburggegner und kämpften neben der Versammlungs-, Presse- auch für die Religionsfreiheit. Zugleich muss betont werden, dass die Kirche im Kampf gegen das Herrscherhaus eine eher untergeordnete Rolle spielte. Im Vergleich zum Nordwesten Europas, wo die oppositionellen Kräfte ihre gesellschaftliche Basis auf die orthodoxen Protestanten aufzubauen versuchten⁵³⁵, stand der religiöse Aspekt an marginaler Stelle. Auch der protestantische mittlere Adel und das protestantische Bauerntum (umkämpft vor allem von der Jakobiner-Bewegung) als gesellschaftliche Basis der Opposition, vorrangig im östlichen Teil des Landes, waren Folgeerscheinungen der allgemein verbreiteten antihabsburgischen, anti-katholischen Ressentiments. Aufgrund der anonymen Nation, insbesondere was die unteren Gesellschaftsschichten betraf, forderten die Oppositionellen die Rechtsgleichheit für die „nicht Adelligen allen voran in den freien königlichen Städten und freien Bezirken“.⁵³⁶

Bis 1848 gilt die Formel anlehnend an die Typologisierung Rokkans:

Zentrum: N – R – L

Peripherie: P – U

N-Partei: Die Konservative Partei (KP)

P-Partei: Die Oppositionelle Liberale Partei (ELP)

⁵³⁵ Vgl. Flora 2000, S. 380.

⁵³⁶ Das Oppositionelle Manifest der ELP vom Juni 1847, in: Vida et. al. 2011, S. 49.

Nach dem österreich-ungarischen Ausgleich von 1867 setzte sich die duale Struktur innerhalb der ungarischen Gesellschaft fort: Ein Teil der Gesellschaft galt als Befürworter der Industrialisierung mit der einhergehenden Urbanisierung und orientierte sich, geleitet von Széchenyi Istváns Reformgedanken, an dem westlichen Fortschritt. Dagegen betrachtete sich der andere Teil als Traditionalist und Bewahrer der nationalen und kulturellen Werte und lehnte sich gegen die Industrialisierung auf. Während des Dualismus, im Zuge des Ausgleichs und nicht zuletzt durch die einleitende Industrialisierung änderten sich die machtpolitischen Konstellationen und die aus der ELP stammende Freisinnige Partei (später die Nationale Arbeitspartei) übernahm die Position des Akteurs „N“ als 67er im Zentrum. In der Peripherie dominierten die konservative Unabhängigkeitspartei und die (Katholische) Volkspartei.

1867-1918 gilt die Formel anlehnend an die Typologisierung Rokkans:

Zentrum: N – S – U

Peripherie: P – L

N-Partei: Die Freisinnige Partei, später die Nationale Arbeitspartei (SZEP, NMP)

P-Partei: Die Unabhängigkeitspartei (FP), (Katholische) Volkspartei (KNP/NP95)

Nach 1918 dominierte der Konflikt zwischen den Vertretern der städtischen und der ländlichen Interessen, parteiförmig zwischen den sozialdemokratischen Kräften und der Einigung der christlich-konservativen Landwirten sowie der Rechtsextremen. Daraus lässt sich der Gegensatz zwischen den Agrarpopulisten und den Urbanisten ableiten. Die 20er Jahre waren durch die Diskurse entlang des Staatsrechts gekennzeichnet. Die Legitimisten strebten nach der Fortführung der Monarchie mit einem König aus der Habsburg-Dynastie, dahingegen wünschten sich die Oppositionellen die Einführung der freien Königswahl. Hier standen die KNEP und die Andrassy-Friedrich-Partei und ihrer Nachfolgeparteien einander gegenüber. Im Zentrum suchte sich die Einheitspartei als Sammelpartei für die christlich-konservativen und agrarischen Parteien die Annäherung mit der römisch-katholischen Kirche, die nun auch zur Nationsbildung beitragen sollte⁵³⁷. Dies war auch logisch, denn die

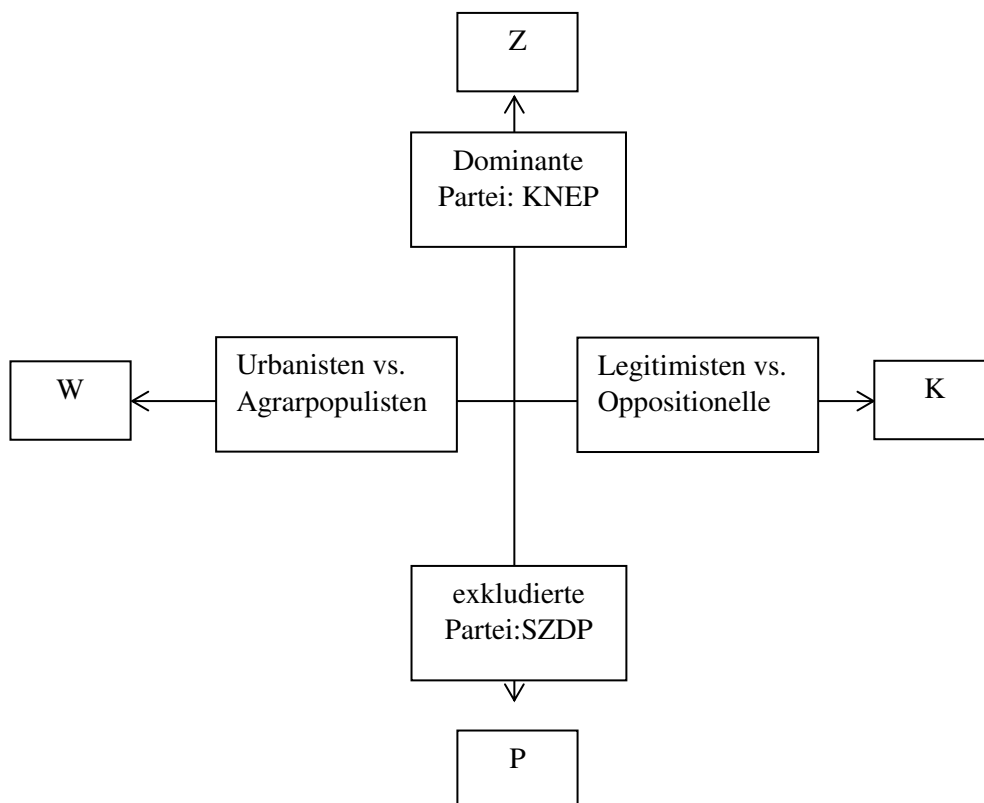
537 Vgl. Gergely o.J., S. 20.

Anzahl der Katholiken in der Zwischenkriegszeit parallel zum Bevölkerungsanteil mit ungarischer Nationalität weiter anwuchs, und Ungarn im Hinblick auf Konfession und Nationalität zu einem homogenen Staat wurde.

Folglich gilt die Formel anlehnend an die Typologisierung Rokkans für den Zeitraum 1918-1947:

- Zentrum: N-R-L
 Peripherie: P-U
 N-Partei: Einheitspartei (KNEP + Landwirte)
 P-Partei: MSZDP19, später SZDP

Kulturelle und ökonomische Konflikte auf der Zentrum-Peripherie-Achse



Resümierend lässt sich unterstreichen, dass die durch die Nationale und Industrielle Revolutionen formierten Gegensätze seit dem Ende des 18. Jahrhunderts in Ungarn zwei Hauptkonfliktströme hervorbrachten: auf der ökonomischen Achse – insbesondere als Folge der Industrialisierung - formierte sich der Gegensatz zwischen den Urbanisten und den

Agrarpopulisten. Die Interessen der agrarischen Bevölkerungsschichten (insbesondere die Landbesitzer) vertrat die Christlich-konservative Einheitspartei um den Ministerpräsidenten Bethlen, die in der Gestalt einer Sammelpartei als eine Nachfolgepartei der bis dahin formierten christlich-konservativen Landwirte- und zum Teil im Sinne der 48er Unabhängigkeitsparteien anzusehen ist. Die Interessen der urbanen Wählerschichten und der industriellen Arbeiter vertrat die aus den 67er Bewegungen hervorgegangene Ungarische Sozialdemokratische Partei (MSZD90) und ihre Nachfolgeparteien MSZDP19 und SZDP. Infolge ihrer aktiven Rolle in der Räterepublik wurde ihre Marginalität mit dem Bethlen - Peyer Pakt - gerade in der wichtigsten Phase der Parteiensystementwicklung – besiegelt und exkludiert.

5. Wahlgeographische Charakteristika 1790 bis 1947

Im folgenden Kapitel sollen die wahlgeographischen Eigenschaften ausgewählter Parlaments- bzw. Nationalversammlungswahlen dargestellt werden. In die Untersuchung werden jene Wahlen aufgenommen, die quantitativ wie qualitativ messbar sind. Im zweiten Schritt werden die Daten auf ihre wahlgeographischen Kontinuitäten überprüft. Dabei finden die regionalen Verteilungen der Wählerstimmen mit Fokus auf das Abstimmungsverhalten in den Komitaten vor dem Hintergrund der regionalen Eigenschaften im Hinblick auf die im historischen Teil beschriebenen politischen Konflikte Berücksichtigung.

5.1. Wahlgeographischen Charakteristika 1790 bis 1848

Betrachtet man die regionale Verteilung der regierungstreuen und oppositionellen Kräfte bis 1848, zeichnet sich in den politischen Einstellungen der Komitate eine tradierte Struktur heraus. Henrik Marczali hat in seiner Untersuchung⁵³⁸ über die parlamentarische Versammlung in den Jahren 1790-1791 die politische Orientierung der damaligen 46 Komitate aufgezeichnet. Er stellte fest, dass in 26 von den insgesamt 46 Komitaten eine liberal-konservative Einordnung möglich ist. Demnach gehörten von den 26 Komitaten 14 zu der liberalen antihabsburgischen Opposition und 12 zu dem habsburgtreuen konservativen Lager. In den Komitaten mit Lagerbildungscharakter war eine Spaltung zwischen den pro- und antihabsburgischen politischen Kräften zu beobachten, die sich über Jahrzehnte hinweg verfestigen konnte. Denn 21 Komitate konnten ihre politische Färbung bewahren.⁵³⁹ Historiker begründen dies vor allem damit, dass sich die Entscheidungsbefugnisse der Wahlkreise in den Händen von jeweils 10 bis 20 Adelsfamilien konzentrierten, die ihre Position weiter vererbten. Diese Entwicklung war wiederum durch den feudalen Parlamentarismus möglich, der für eine gewisse Systemstabilität sorgte.⁵⁴⁰ Diese Stabilität machte es möglich, dass die Konflikte zwischen dem liberalen und konservativen politischen Lager bis zur Mitte des 19. Jahrhunderts erhalten blieben. In der Herausbildung von dauerhaften Konflikten spielten die Familien mit ähnlichen politischen und religiösen Einstellungen eine zentrale Rolle. Im „liberalen“ Komitat Nógrád sorgten beispielsweise die beiden Großfamilien Prónay und Kubinyi für die Aufrechterhaltung der

538 Henrik Marczali: Az 1790-91-es országgyűlés I-II. [Die Nationalversammlungen von 1790 und 1791 I-II.], Budapest 1907, S. 382ff.

539 Vgl. Marczali 1907, n. Kecskeméti 2009, S. 313f.

540 Vgl. Kecskeméti 2009, S. 314.

politischen Einstellung der jeweiligen Wahlkreise.⁵⁴¹ So überrascht es nicht, dass 21 von den 26 Komitaten in den Untersuchungszeiträumen von 1790 sowie von 1832 bis 1848 ihre politische Orientierung beibehalten konnten. Ein weiterer Befund von Marczali zeigt zudem, dass lediglich fünf Komitate gegenüber dem Herrscherhaus bedenkenlose Treue zeigten. Diese waren die Komitate Árva, Bács, Esztergom, Moson und Szepes.⁵⁴² Die einflussreichen Familien bestimmten die politische Einstellung der Komitate. Dies war zum Beispiel im nordöstlichen Komitat Nógrád der Fall, wo die Adelsfamilien Prónay und Kubinyi die Politik bestimmten. Das südwestliche Tolna galt schon damals als ein Schaukel-Komitat, in dem es in den Landtagsperioden zum volatilen politischen Verhalten des Adels gekommen ist.⁵⁴³ Auch die Siedlungspolitik von Maria Theresia implizierte eine Lagerbildung innerhalb der neuen Adelsschicht, die sich an die von den einflussreichen Adelsfamilien geprägten politischen Blöcke (falls es solche gegeben hat) angeschlossen hat. Im Komitat Békés konnte sich ein dominanter „liberale“, im Komitat Bács ein „konservativer“ Block herausbilden. Innerhalb des Komitats Temes war die politische Landschaft zwischen den beiden Lagern zweigeteilt. Prüft man die politische Orientierung⁵⁴⁴ der Komitate, die sich auf dem Gebiet des heutigen Ungarns befinden⁵⁴⁵, so zeichnet sich folgendes Bild ab: Wie bereits erwähnt, galten die Komitate Bács, Esztergom, Moson als konservative Hochburgen. Von den restlichen 22 Komitaten hatten 10 eine liberale politische Zusammensetzung. Diese waren die Komitate: Békés, Bihar, Borsod, Csongrád, Heves, Nógrád, Pest, Somogy – wobei Somogy 1790 noch als konservativ gezählt wurde -, Szabolcs und Zala. Mit Tendenz zum konservativen Charakter zählten die sechs Komitate Baranya, Esztergom, Fejér, Győr, Moson und Veszprém. Die politische Blockbildung war in den sechs Komitaten Abaúj, Sopron, Szatmár, Tolna, Vas und Zemplén anhand der Abstimmungsverhalten der Komitatsgesandten an den vier Landtagen von 1832 bis 1848 am wenigsten ausgeprägt.⁵⁴⁶

Für die über das Reformzeitalter hinaus reichende Konservierung des Liberalismus sorgten die sogenannten Freimaurerlogen, die zwischen 1780 und 1795 in den Komitaten – auch auf

541 Vgl. ebd., S. 314f.

542 Vgl. ebd., S. 313.

543 Vgl. ebd., S. 324f.

544 Diese Berechnung stützt sich auf die Ergebnisse der aggregierten Abstimmungsverhalten der Komitatsgesandten an den Landtagen von 1790, 1832/36, 1839/40, 1843/44 und 1847/48. Eigene Berechnung, basierend auf Kecskeméti 2008, S. 322ff.

545 Von den 46 Komitaten betrifft es 23.

546 Vgl. Fn. 274, S. 373f.

der philosophischen und kulturellen Ebene - die Erbschaft des „Fortschritts“ pflegten. Viele liberale Politiker des Reformzeitalters waren Abkömmlinge der Freimauer wie der General Lajos Kazinczy, Széchenyi oder Wesselényi. Auf den Zeitraum 1790-1848 bezogen stellte Kecskeméti fest, dass in den Komitatswahlkreisen für die politische Kontinuität jeweils 10 bis 20 Adelsfamilien sorgten. Denn die Komitatsabgeordneten, die mit der Zeit zunehmend leitende Funktionen einnahmen, von jenem Adel entsandt worden sind, der sich als niedere Adel ab der Mitte des 18. Jahrhunderts von den für die Belange des Adels regungslosen Höfen der Magnaten emanzipieren begann.⁵⁴⁷ Kecskeméti resümiert zudem, dass die politische Trennungslinie innerhalb des ungarischen Adels nach einem geregelten Muster verlief und von Generation zu Generation weitervererbt wurde.⁵⁴⁸

5.1.1 Abbildung 7: „Konfliktstruktur“ der Komitate bis 1848

Politische Orientierung der Komitate bei den Landtagsabstimmungen in 1790 und von 1832 bis 1848				
Landtag	Konservativ (Habsburgtreu)	Liberal (Gemäßigte Habsburggegner)	Tendenz zu konservativ	Keine Ausprägung
1790	Békés, Somogy, Bács, Baranya, Esztergom, Moson, Veszprém	Borsod, Bihar, Csongrád, Heves, Nógrád, Pest, Szabolcs, Zala, Fejér.	Keine Daten verfügbar	Abaúj, Győr, Sopron, Szatmár, Tolna, Vas, Zemplén.
1832-1848	Bács, Esztergom, Moson	Békés, Bihar, Borsod, Csongrád, Heves, Nógrád, Pest, Somogy, Szabolcs, Zala.	Baranya, Fejér, Győr, Veszprém	Abaúj, Sopron, Szatmár, Tolna, Vas, Zemplén.

Eigene Darstellung, basierend auf Kecskeméti 2008.

Während des Reformzeitalters im 19. Jahrhunderts - bis zur Märzrevolution von 1848 – kam die Gegensatzstruktur zwischen der habsburgtreuen Staatspartei und der oppositionellen Landespartei, also zwischen den konservativen und liberalen politischen Kräften auch im

⁵⁴⁷ Vgl. István M. Sziájtó: Der ungarische Landtag und seine Entscheidungsprozeduren im 18. Jahrhundert: von der Institutionsgeschichte zur Kulturgeschichte. Methodologische Überlegungen, in: Krisztián Csaplár-Degovics/István Fazekas (Hrsg.): Geteilt – Vereinigt. Beiträge zur Geschichte des Königreichs Ungarn in der Frühneuzeit (16.-18. Jahrhundert), Bd. 1, Berlin 2011, S. 359-369, hier S. 360f.

⁵⁴⁸ Vgl. ebd., S. 321.

parteilichem Leben mit der Erstarkung der auf persönlicher Ebene ausgetragenen politischen Diskussionen zum Ausdruck, die sich im Wahlverhalten der Komitatsgesandten auf den Landtagen ebenfalls widerspiegeln. Betrachtet man die wahlgeographischen Charakteristika⁵⁴⁹ der Komitate bis 1848, lässt sich eine politische Zweiteilung des Landes zwischen Konservativen und Liberalen ablesen: 1790 galten sieben Komitate als habsburgtreu und neun als Habsburggegner. Zwischen 1832 und 1848 verschob sich die politische Färbung der Komitate weiter zugunsten der Liberalen, die in zehn Komitaten ihre politische Machtposition sichern konnten. Im Vergleich zu 1790 verloren die Konservativen an ihrer Machtstellung. Nichtsdestotrotz konnten sie drei Komitate für sich behalten und einige dazugewinnen.

5.1.2 Wahlgeographische Kontinuitäten auf Komitateebene 1790-1848:

Als konservative, also nach dem damaligen Verständnis habsburgtreue, das Habsburgerhaus legitimierende Komitate in dem Untersuchungszeitraum 1790-1848 galten die Komitate Bács, Baranya, Esztergom, Moson und Veszprém.

Liberalere Komitate, die sich als mäßige Habsburggegner zeigten, galten die Komitate Békés, Bihar, Borsod, Csongrád, Heves, Nógrád, Pest und Szabolcs.

In den Komitaten Abaúj, Győr, Sopron, Szatmár, Tolna, Vas und Zemplén waren keine wahlgeographischen Kontinuitäten in dem Untersuchungszeitraum 1790-1848 vorzufinden.

In den „konservativen“ Komitaten des 19. Jahrhunderts übten sowohl die katholische wie auch die evangelische Kirche starken Einfluss aus. Auffallend ist zudem, dass sich die „liberalen“ Komitate, in denen sich nach dem französischen Vorbild mäßige antihabsburgische Kräfte angesammelt hatten, im östlichen Teil Ungarns, östlich der Donau befanden. Im Gegensatz waren die „konservativen“ Regionen, die - mit Ausnahme des stark landwirtschaftlich geprägten Komitats Bács - die Beibehaltung des Status quo innerhalb eines feudalen Systems anstrebten, in Westungarn vorzufinden. Vereinfacht ausgedrückt, war das Land bis 1848 auch aus geographischer Sicht zweigeteilt: Westungarn galt als habsburgtreu und Verfechter der adeligen Privilegien, das zugleich die Erhaltung ihrer Machtbefugnisse bedeutete. Östlich der Donau galten die Komitate als habsburggegnerisch, wo nach einer umfassenden Systemreform verlangt wurde. Betrachtet man jedoch die Konfliktstrukturen aus einer in die Zukunft gerichteten Perspektive, bildeten die

549 Basierend auf die Abstimmungsergebnisse der Komitatsgesandten auf den Landtagen von 1790, 1832/36, 1839/40, 1843/44 und 1847/48.

„konservativen“ habsburgtreuen Kräfte die Gruppe der Legitimisten, denen es vorgeworfen wurde, lediglich aus eigenem Interesse das Herrscherhaus legitimieren und konservieren zu wollen.

5.2. Wahlgeographische Charakteristika von 1848 bis 1867

Auf der Grundlage der historischen Diskursanalyse gilt die Epoche nach der Niederschlagung der Märzrevolution von 1848 bis zum österreich-ungarischen Ausgleich als ein „eingefrorenes Zeitalter“. Die als Antwort auf 1848 wieder eingerichtete absolutistische Politik Wiens hatte zur Folge, dass die bis dahin in der Öffentlichkeit formulierten und diskutierten Reformgedanken einfroren, als sie 1867 im Zuge der Verhandlungen der Ausgleichsgesetze erneut zum Vorschein gelangen konnten. Da es in der Periode 1848-1867 keine Wahlen stattgefunden haben, konnten für diese Zeit keine wahlgeographischen Charakteristika definiert werden.

5.3. Wahlgeographische Charakteristika von 1867 bis 1918

Abbildung 8: „Konfliktstruktur“ der Komitate von 1867 bis 1918

	Konfliktstruktur der Komitate bei den Abgeordnetenwahlen 1867-1918	
Unterhaus	Westernizer-Hochburgen - (Mäßige Habsburggegner), 67er⁵⁵⁰ - liberal-konservativ (eher habsburgtreu)	Traditionalisten –Hochburgen (Radikale Habsburggegner), 48er⁵⁵¹ -
1875-1896	Deák-Partei bis 1875: Moson, Sopron, Westliche Teile von Vas und Zala, Baranya, Veszprém, Komárom (40-60 %)	Unabhängigkeitspartei, vorher Beschlusspartei, Linkspartei, 48er Partei (galten als linksextrem): Zemplén, Borsod, Heves, Fejér, Östliche Teile von Zala, Nógrád und die Städte Esztergom, Székesfehérvár, Miskolc (50-70%)

550 Anhand der Wahlergebnisse der Deák-Partei in den Komitaten des heutigen Ungarns, nach Varga 2010, S. 34f.

551 Anhand der Wahlergebnisse der Oppositionsparteien (Unabhängigkeitspartei und ab 1896 Katholische Volkspartei,) in den Komitaten des heutigen Ungarns, nach Varga 2010, S. 34f.

1896-1910 (1905-1906: Oppositionsk abinett an der Regierung)	Freisinnige Partei: Hochburgen in den Städten (70-90%) und in der Hauptstadt,	Katholische Volkspartei: Hochburgen im Komitat Sopron und in den Städten West-Transdanubiens: Zalaegerszeg, Zalaszentgrót, Letenye, Baksa, Nagykanizsa, Keszthely, Zurány, Magyaróvár, Köszeg, Sárvár
--	---	--

Eigene Darstellung.

Anhand der Wahlergebnisse lässt sich ablesen, dass die habsburgfeindliche Unabhängigkeitspartei bis 1918 traditionsgemäß in einigen Komitaten in Transdanubien und auf der Ungarischen Tiefebene stark vertreten war. In Regionen mit hohem Nationalitätenanteil (Slowaken, Serben, Deutsche und Rumänen) – wie zum Beispiel in der Hauptstadt – hat sie eine mindere Rolle gespielt. Auffallend ist, dass die katholischen Regionen des damaligen Ungarns sich vielmehr für die Unabhängigkeitspartei entschieden haben. Die Katholische Volkspartei konnte sich in den Komitaten mit Bischofs- und Erzbischofssitzen wie Esztergom und Székesfehérvár nicht etablieren. Sie entwickelte sich lediglich zu einer subregionalen Partei in West-Transdanubien. Die gemäßigt habsburggegnerische Deák-Partei und die Freisinnigen⁵⁵² konnten sich in den Regionen mit hohem Nationalitätenanteil; in Transdanubien, in den bergwerklichen Regionen, und in den Städten inklusive der Hauptstadt etablieren.⁵⁵³ Die Nachfolgepartei der Freisinnigen, die Nationale Arbeitspartei konnte später jene Regionen für sich gewinnen, die früher als Hochburgen der Freisinnigen galten. Diesen Befund bestätigt die empirische Analyse József Paps über die Wahlergebnisse der Freisinnigen und der Arbeitspartei in dem Zeitraum von 1901 bis 1910.⁵⁵⁴

Als Prägekraft im Dualismus lässt sich die Kontinuität einer von den (wenigen) politischen Eliten geprägten politischen Kultur feststellen, in der die ungarische Gesellschaft über kaum

552 Aufgrund der internen Krisen innerhalb der Deák-Partei und der durch die Politik von Kálmán Tisza ausgelöste Abmilderung der Gegensätze zwischen der Deák und der oppositionellen Mittellinks Partei (Balközép, abgeleitet nach der linken Platzierung der Partei im Parlament) kam es zur Fusion der beiden Großparteien. Am 1. März 1875 wurde die Freisinnige Partei gegründet.

553 Varga 2010, S. 41ff.

554 Vgl. József Pap: Szabadelvü és Munkapárti választási eredmények és képviselők 1901 és 1910 között, [Wahlergebnisse und Abgeordnete der Freisinnigen Partei und der Arbeitspartei zwischen 1901 und 1910], in: Zoltán Maruzsa/László Pallai (Hrsg.): Tisza István és emlékezete: Tanulmányok Tisza István születésének 150. Évfordulójára [István Tisza und seine Erinnerung: Studien über István Tisza anlässlich des 150. Jahrestages seines Geburtstages], Debrecen 2011, S. 59-78., hier. S. 78.

einen Geltungsbereich verfügte. Der Charakter der „anonymen Gesellschaft war zudem durch das geltende eingeschränkte Wahlrecht⁵⁵⁵ gestärkt.

Für den Zeitraum von 1790 bis 1848 konnten – trotz der geringen Aussagekraft – einige wahlgeographische Merkmale festgestellt werden. Wie bereits oben aufgezeichnet, galten die westungarischen Komitate als habsburgfreundlich, jedoch nicht aufgrund einer fortschrittlichen Denkweise, sondern im Gegenteil, im Sinne der „Konservierung“ ihrer alten Vorrechte. Daher trifft auf diese Gruppe die Bezeichnung der Legitimisten zu, da sie das Herrscherhaus und die Herrscherfamilie lediglich aus eigenem Interesse anerkannten.

Infolge des österreich-ungarischen Ausgleichs 1867 änderten sich plötzlich die ideologischen Gegensätze, zumal die Bestrebung nach einem unabhängigen Ungarn im Sinne der 1848er Tradition zunächst an Aktualität verlor. Die alten Gegensätze fanden sich nun entlang des „populären“ Liberalismus wieder, und die politische Landschaft war durch den Konflikt zwischen den moderaten und den radikalen Ablehnern des Habsburghauses geprägt. Die habsburgfeindliche Stimmung wurde durch die in den Ausgleichsgesetzen festgelegte Notwendigkeit der engeren Zusammenarbeit Österreichs und Ungarns in Gesetzgebungsprozessen und wirtschaftlichen Angelegenheiten zusätzlich verstärkt. Der vor 1848 eingefrorene Konflikt zwischen Westernizern und Traditionalisten wurde nach dem Stund Null von '67 – zwar mit etwas verändertem Inhalt – im Konflikt zwischen den 67ern und den 48ern wiederbelebt.

Die 67er, die eine gemäßigte Politik verfolgten, konnten erneut im westlichen Teil Ungarns und in den Städten (inklusive Budapest) nennenswerte Erfolge erzielen. Die radikalen (früher linksradikalen) Kräfte in der Tradition der 48er erhielten in den östlichen Regionen und in den mittelgroßen Städten Zuspruch. Die bipolare Konfliktstruktur des Landes im Zeitraum von 1867 bis 1918 fand wiederholt ihre Ausprägung im regionalen Wahlverhalten. Über die regionalen Hochburgen der Konservativen – nach dem heutigen Verständnis Christlich-Konservativen – um die Familie Dessewffy, die als Nachfolger der habsburgfreundlichen Legitimisten galten, sind keine Daten verfügbar. Sie konnten bei der

555 Durch das Wahlgesetz von 1848 war ca. 7-8 Prozent der Bevölkerung wahlberechtigt, durch das Wahlgesetz von 1874 ist dieser Anteil auf ca. 6 Prozent zurückgefallen. Das Nachkriegswahlgesetz von 1918, das lediglich ein paar Wochen lang in Kraft war, brachte keinerlei Veränderungen. Vgl. Lajos Varga: Országgyűlési választások a dualizmus korában [Unterhauswahlen im Dualismus], in: György Földes/László Hubai (Hrsg.): Parlamenti választások Magyarországon 1920-2010 [Parlamentswahlen in Ungarn, 1920-2010], 3. überarb. Aufl., Budapest 2010, S. 15-46, hier S. 16ff.

Parlamentswahl 1865-68 21 Mandate erringen,⁵⁵⁶ und sich als dritte politische Kraft neben der Deák-Partei und den linken Kräften für eine kurze Zeit etablieren.

5.4. Wahlgeographische Charakteristika von 1918 bis 1947

Die Studien von László Hubai zeugen über tradierte Muster in der regionalen Verteilung der Wählerstimmen. Insbesondere die Wahlen von 1922, 1939, 1945 und 1947 sind vor dem Hintergrund der Forschungsfrage relevant. Die Wahlen von 1926 finden in der Analyse keine Berücksichtigung, da deren Ergebnis durch die Beamten Bethlens bereits im Vorfeld der Wahlen gesteuert und manipuliert wurde. Es existierten zum Großteil regierungnahe Wahlkreise, in denen sich aus den Kreisen der oppositionellen Kräfte niemand zur Wahl stellte. Zudem gelang es Bethlen, das geheime und allgemeine Wahlrecht durch offene Wahlen – zumindest in der Provinz - zu ersetzen. Denn außerhalb von Budapest und in einigen freien königlichen Städten und Ratsstädten wie Győr, Debrecen, Szeged, Pécs und in der Provinz wurden offene und imitierte Wahlen abgehalten, die den Wahlausgang leicht prognostizieren ließen. Zudem war Bethlen bemüht, durch die Abhaltung von geheimen Wahlen mit mehreren Wahlalternativen in Budapest und in größeren Städten, den Schein eines pluralistischen Parteienwettbewerbs aufrechtzuerhalten. Von einer „politischen Wechselwirtschaft“ konnte dennoch keine Rede sein. Vielmehr wurde die Taktik von Tisza im Dualismus verfolgt, eine Regierungspartei aufzubauen, deren Position von den oppositionellen Kräften im Wesentlichen nicht gefährdet werden kann.⁵⁵⁷ Zu Recht wird das Parteiensystem unter Bethlen ab der Mitte der 20er Jahre als Hegemonie bezeichnet.⁵⁵⁸

5.4.1 Parlamentswahlen 1920/21 und 1922

Bei den ersten Parlamentswahlen nach dem I. Weltkrieg, 1920/21⁵⁵⁹ erzielten die Kleinlandwirte (OKGFP) einen beachtlichen Erfolg. Sie konnten 75 (35,5 %) der 219 Parlamentsmandate für sich gewinnen und bildeten somit, hinter der christlich-sozialistischen Partei der Christlichen Nationalen Vereinigung (Keresztény Nemzeti Egyesülés Pártja, kurz KNEP), die 84 Mandate erzielten, die zweitstärkste Kraft im Parlament. Am Anfang des 20. Jahrhunderts existierten drei Agrarströmungen, die sich im

⁵⁵⁶ Vgl. Ihász 1993, S. 5.

⁵⁵⁷ Vgl. Hubai im Interview 2015.

⁵⁵⁸ Iván Szegő Miklós: Horthy-éra: tekintélyelvű korszak, némi amerikanizálódással [Horthy-Ära: autoritäre Epoche, mit ein wenig Amerikanisierung, unter: http://hvg.hu/kultura/20150713_horthy_tekintelyelvu_korszak_ignacz, zuletzt abgerufen am 3.8.2015.

⁵⁵⁹ Aufgrund der besetzten Gebiete dauerten die Wahlen nahezu zwei Jahre lang an.

Laufe der Zeit miteinander vernetzten. Der ersten Gruppe gehörten jene Bewegungen an, die verarmte Bauern gründeten und den Kontakt zu der Arbeiterpartei pflegten. Die zweite Gruppe bildeten die spontanen Bewegungen, die insbesondere in den 1890er Jahren typisch waren. Der dritte Typus, zu dem auch die Partei von Nagyatádi Szabó István gehörte, formierte sich als demokratische Bauernpartei.⁵⁶⁰

Der Vertrag von Trianon führte zu internen Zerwürfnissen innerhalb der KNEP. Folglich war die Partei vom Auflösen bedroht. Um dies entgegenzuwirken, wurde die KNEP in die Partei der Kleinlandwirte eingegliedert. Zugleich signalisierte damit Bethlen, dass er die parlamentarische Basis bei der Christlichen Partei der Kleinlandwirte, der Landarbeiter und der Bürger (kurz Einheitspartei) sah. Die Parteiführung bestand aus den Politikern der früheren Kleinlandwirte.⁵⁶¹ Die Fusion Bethlens nationalkonservativer Partei und der Kleinlandwirte hatte jedoch zur Folge, dass die Kleinlandwirte ihre bis dahin erfolgreiche politische Position aufgeben mussten, bzw. sie von ihren Positionen entfernt wurden. Den Rechtsruck Bethlens begrüßten auch die Kleinlandwirte, zumal sie „das Wirken von geheimen Händen im Hintergrund“⁵⁶² vermuteten. Verstärkt wurde die Umwandlung der Kleinlandwirte in eine konservative Partei durch die bethlen'sche „Konsolidierungspolitik“, die ebenfalls auf die Stärkung der nationalkonservativen Position und vor allem die der herrschenden Elite abzielte. Die Aufrechterhaltung des Status Quo der politischen Elite sah Bethlen durch die Geschichte legitimiert, und betrachte dies als Voraussetzung seiner Modernisierungsbestrebungen.⁵⁶³

Folglich war der Stadt-Land-Gegensatz, der sich am Anfang der Horthy-Ära bemerkbar machte lediglich im Wahlverhalten von 1920 sichtbar, als die Kleinlandwirte und die christlich-konservative KNEP die Wählerstimmen unter sich aufteilten. 60 Prozent der Wählerstimmen erreichten die Kleinlandwirte in den Burgkomitaten und lediglich 1 Prozent in Budapest. Dagegen erzielte die KNEP in Budapest 60 Prozent der abgegebenen Stimmen. Die Konservativen erzielten in den Burgkomitaten West-Transdanubiens 33 Prozent der Wählerstimmen. Dies lässt sich vor dem Hintergrund eines tradierten Katholizismus in West-Ungarn erklären.⁵⁶⁴ Insgesamt stellt Hubai fest, dass die Wahlen von 1920 im Hinblick

560 Vgl. Pölöskei 2001, S. 76.

561 Vgl. Romsics 2009, S. 77.

562 Kisgazda, 11. Juni 1922 n. Paksy 2010, S. 108.

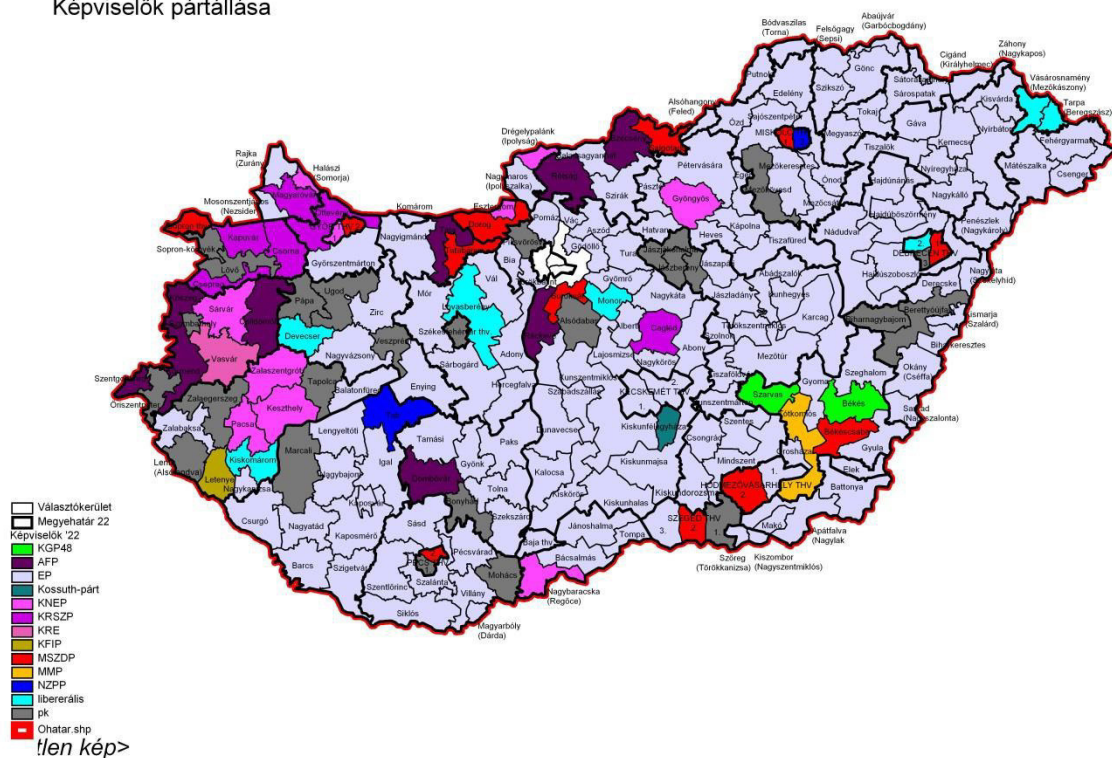
563 Vgl. Bódy 2014, S. 53.

564 Vgl. Magyarország XX. századi választási atlasza [Wahlatlas Ungarns im 20. Jahrhundert], Bd. 1., Budapest 2011, S. 24.

auf wahlgeographische Eigenheiten wenig aussagekräftig sind, da diese wie auch die anzutretenden Parteien (KNEP und die Kleinlandwirte) von der Entente bestimmt wurden.⁵⁶⁵

Wahlgeographische Karte 1: Parteizugehörigkeit der Mandatsträger 1922

1922
Képviselők pártállása



Quelle: Földes et al. 2010, S. 107.

Bei den Wahlen 1922 konnten die nun angetretenen Sozialdemokraten (MSZDP19)⁵⁶⁶ und die liberale Opposition (SZLE) in Budapest über 60 Prozent der abgegebenen Stimmen holen und die zuvor in der Hauptstadt erfolgreichen konservativen Kräfte (also die KNEP, die Einheitspartei, die Vereinte Christliche Opposition um Graf Andrassy und Haller und das Lager der Christlichen Einheit um Wolff), die nun knapp 27 Prozent errungen, in den Hintergrund drängen.⁵⁶⁷

565 Im Interview László Hubai mit der Autorin am 19. November 2015.

566 Die Sozialdemokraten sind bei den Wahlen 1920 aufgrund der nach dem Niederschlag der Räterepublik 1919 erfolgten Vergeltungen aus Protest nicht angetreten, Vgl. Vida et al. 2011, S. 214.

567 Vgl. Zoltán Paksy: Választások Bethlen módra – 1922 [Wahlen nach Bethlen's Art], in: Földes et al. 2010, S. 83-109, hier S. 107.

Insgesamt gewann die Wahlen die Einheitspartei. Die Konservativen Kräfte (die KNEP, die Einheitspartei, die Vereinte Christliche Opposition und das Lager der Christlichen Einheit) konnten insgesamt über 80 Prozent der Mandate für sich gewinnen.

Beide Wahlen zeichneten die politischen Tendenzen vor und legten den Grundstein für das politische System der nächsten Jahrzehnte nieder. Sichtbar wurden zum einen die Zurückdrängung der Vorstellungen über eine Restaurierung der Habsburg-Monarchie und zum anderen der Erfolg der regierenden konservativen Kräfte, die als Nachfolger der antihabsburgischen Traditionalisten agierten. Diese Tendenzen widerspiegelten sich im Wahlverhalten und ergaben spezifische wahlgeographische Muster. Die christlichen Parteien erzielten ihre besten Ergebnisse in den Komitaten Győr-Moson, Sopron, Vas und Zala sowie in den nordöstlichen Komitaten Nógrád und Heves.⁵⁶⁸ Nógrád und Heves dienten bereits im Dualismus als Hochburgen der damaligen Katholischen Volkspartei.

Die konservativ-liberalen Parteien wie die Landarbeiter- und die Bürgerpartei von Rassay konnten lediglich Erfolge in Budapest und auf dem Land erzielen. Die liberale Partei um Vázsonyi erfuhr in Budapest Zuspruch. Beide Kräfte verfügten über eine schmale Wählerbasis, bestehend aus Intellektuellen, Juden, Bauern mit Bodenbesitz und Wählern mit einer sicheren Existenz.⁵⁶⁹

Die Sozialdemokraten waren bei allen Wahlen bis 1935 allen voran in den Kreisen der industriestädtischen Arbeiterschicht in Budapest, Pécs, Miskolc, Salgótarján, Szeged und in Tatabánya beliebt. Die Vertreter der Agrarinteressen konnten auf der agrarisch geprägten Tiefebene, im Südosten des Landes und im Komitat Baranya triumphieren.⁵⁷⁰

Über die Wahlerfolge der Legitimisten ist aus wahlgeographischer Hinsicht wenig bekannt. Die Leitfiguren der radikalen Monarchisten Ságró und später Apponyi, Hunyadi und Gerig waren bis Ende der 30er Jahre in der westungarischen Stadt Körömend sowie in den innerstädtischen und südlichen Bezirken von Budapest sowie in Transdanubien sowohl im Hinblick auf die Mandatsgewinne als auch auf den Aufbau eines regionalen Netzwerks erfolgreich.⁵⁷¹

568 Vgl. Paksy 2010, S. 107.

569 Vgl. ebd., S. 108.

570 Vgl. Bódy 2014, S. 47f.

571 Vgl. Egedy o.J.

Resümierend ist festzuhalten, dass der frühere Streit der 67-er und der 48er in staatsrechtlichen Fragen unter Horthy zwar an seiner Bedeutung verloren hat, doch kam der Konflikt zwischen Traditionalisten und Westernizern neben dem dominierenden Stadt-Land-Gegensatz zum Vorschein. Dieser Konflikt wurde im Streit zwischen der regierenden Einheitspartei als Vertreter der Traditionalisten und den Sozialdemokraten und den Liberalen als Anhänger der Westernizer sichtbar. Der Stadt-Land-Gegensatz war zudem durch das geltende Wahlgesetz mit Doppelcharakter verschärft, das in den Städten offene Wahlen und Parteienpluralismus garantierte, jedoch in der Provinz geschlossene Wahlen ohne Parteienwettbewerb institutionalisierte.

5.4.2 Parlamentswahlen 1939

1938 wurden erneut geheime Wahlen eingeführt. Bei den ersten freien Wahlen nach 1926, im Jahr 1939 lohnt es, einen Blick auf die wahlgeographische Verteilung der Wahlergebnisse der Regierungspartei und der oppositionellen Parteien zu werfen. Zu diesem Zeitpunkt waren die Erfolge der rechtsextremen Pfeilkreuzler bereits erkennbar. Die Regierungsmehrheit erlangte mit 178 aus insgesamt 260 Mandaten die 1939 gegründete beziehungsweise aus der Umbenennung der Einheitspartei entstandene Magyar Élet Pártja (Partei des Ungarischen Lebens).⁵⁷²

Hubai stellte in seiner wahlgeographischen Analyse von 1931 bis 1947 eine durch die damaligen oppositionellen Strömungen hervorgebrachte Zweiteilung des Landes fest, die insbesondere für die Entwicklung des politischen Systems nach 1990 von Interesse sind. Die rechtsextremen und demokratiefeindlichen Kräfte konnten nennenswerte Erfolge oberhalb der von Nordwest über Balaton bis zum Nordosten Ungarns erstreckten geographischen Linie: Balaton-Ráckeve-Karcag-Ózd erzielen.⁵⁷³ Für die demokratischen und linken Parteien votierten die Wähler mehrheitlich unterhalb der oben genannten „geo-ideologischen“ Bruchlinie.

572 Vgl. István Ihász: Országgyűlési választások Magyarországon 1848-1990 [Parlamentswahlen in Ungarn], Budapest 1993, S. 71.

573 Vgl. László Hubai: A Független Kisgazdapárt szavazóbázisának regionális változása 1931-1947 [Die regionale Veränderung der Wählerschaft der Unabhängigen Landwirtepartei 1931-1947], in: Tibor Valuch (Hrsg.): Hatalom és társadalom a XX. századi magyar történelemben [Macht und Gesellschaft in der ungarischen Geschichte des 20. Jahrhunderts], Debrecen 1994, S. 430-443., hier S. 439.

Zwar galten bei den Wahlen 1939 die Kleinlandwirte – aufgrund ihrer programmatischen Nähe mit der Regierungspartei MÉP⁵⁷⁴⁵⁷⁵ – als die großen Verlierer, dennoch konnten sie ihre Hochburgen in den Komitaten Baranya, Somogy und Tolna mit 30 bis 45 Prozent der Einzel- und Listenstimmen⁵⁷⁶ beibehalten. Die Kleinlandwirte konnten in den Wahlkreisen triumphieren, in denen die rechtsextremen Parteien keine Kandidaten aufgestellt hatten.⁵⁷⁷ Dies deutet ebenfalls darauf hin, dass die Kleinlandwirte nicht im Geringsten als eine „linke“ Partei zu betrachten sind. Die Leitfigur der Partei, Tibor Eckhardt begrüßte die Judengesetze und betonte die Bedeutung der christlichen und völkischen Politik, die im Zusammenschluss der Bauern, Bürger und Arbeiter zur Geltung erlangen könne.⁵⁷⁸ Neben der Wahrung traditioneller Werte setzten sich die Kleinlandwirte für einen starken Sozialstaat ein, der sich um das Wohl des Einzelnen kümmert. Ihr zentrales Anliegen bildete aber die Möglichkeit zum Bodenerwerb, weshalb sie sich in allen Richtungen koalitionsbereit zeigten. Aus diesen ableitend wäre die Partei der Kleinlandwirte in der politischen Mitte zu verorten, die sowohl konservative als auch sozialdemokratische Werte vertrat.⁵⁷⁹

Die Sozialdemokratische Partei (Szociáldemokrata Párt, kurz SZDP) erhielt den meisten Zuspruch im Komitat Békés über 40 Prozent der abgegebenen Stimmen und holte sogar ein Direktmandat, was vor dem Hintergrund des Wahlantretens der Regierungspartei, der Kleinlandwirten und den Pfeilkreuzlern überraschte.⁵⁸⁰ Dennoch gilt 1939 auch die SZDP ähnlich wie die Kleinlandwirte als großer Verlierer links von der Regierungspartei MÉP. Sie verlor ihre früheren Hochburgen in den Städten Pécs, Szeged, Hódmezővásárhely, Debrecen und Miskolc.

Die liberale Szabadságpárt (Freiheitspartei), die sich allen voran für die jüdischen Wähler eingesetzt hat, stellte aus taktischen Gründen lediglich in Budapest und in Szeged

574 Magyar Élet Pártja (Partei des Ungarischen Lebens) galt als eine konservative-antisemitische Regierungspartei (1939-1945). Sie wurde aus der von Gyula Gömbös gegründeten NEP (Nationale Einheitspartei) ausgeschiedenen 54 Abgeordneten ins Leben gerufen und damit die NEP in die Minderheit gedrängt.

575 Vgl. István Pintér: A kényszerpályára szavazó ország 1939 [Für den Notausgang votierendes Land 1939], in: László Hubai/György Földes (Hrsg.): Parlamenti választások 1920-2010 [Parlamentswahlen, 1920-2010], 3. überarb. Aufl., Budapest 2010, S. 181-215, hier S. 208.

576 Vgl. Hubai 1994, S. 437.

577 Vgl. Pintér 2010, S. 208.

578 Vgl. ebd., S. 203.

579 Vgl. Hubai im Interview 2015.

580 Vgl. Vgl. Hubai 1994, S. 437.

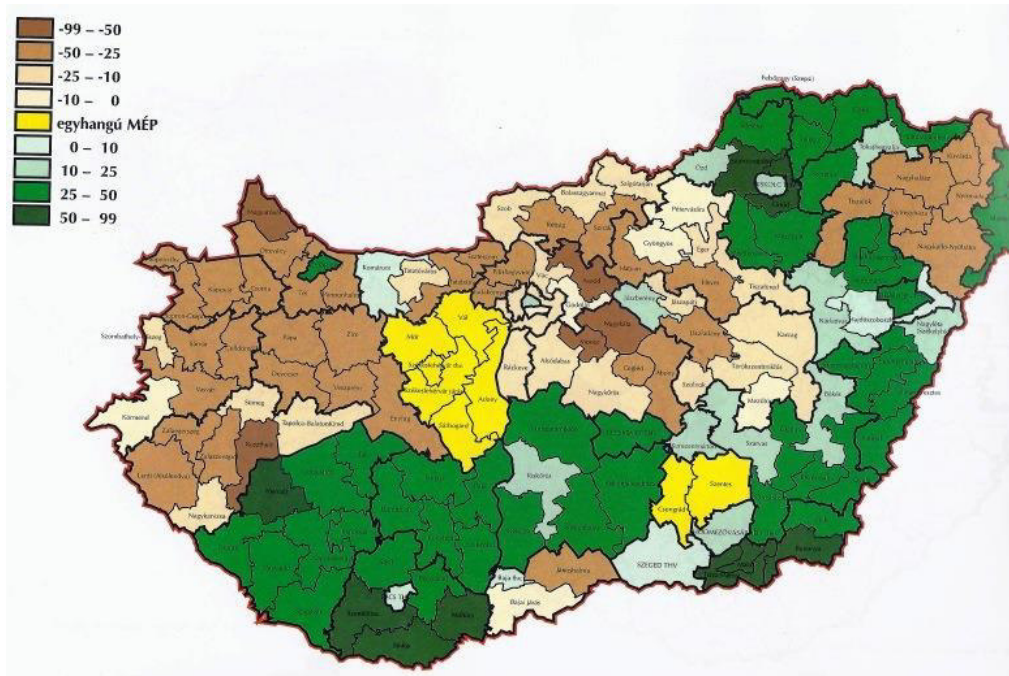
Kandidaten auf – mit Erfolg. Die Mehrheit des jüdischen Bürgertums in Budapest stimmte für die Freiheitspartei und verhalf die Liberalen zu 5 Parlamentsmandaten.⁵⁸¹

Die rechtsextremen Parteien (die Pfeilkreuzler Partei, die Vereinigte Ungarische Nationalsozialistische Partei-Pfeilkreuzler Front, die Christliche Nationalsozialistische Front, die Ungarische Nationalsozialistische Landwirte- und Arbeiterpartei und die Partei der Volkswille) galten mit 49 errungenen Parlamentsmandaten als die überraschenden Wahlsieger. Erstaunliche Ergebnisse erzielten sie in den bürgerlichen Bezirken von Buda, wo sie die Sozialdemokraten hinter sich lassen konnten. In vielen von Arbeitern und deutschen Minderheiten bewohnten Bezirken des Burgkomitats Pest (Kispest, Erzsébet, Lőrincz, Rákospalota, Újpest, Csepel) errangen sie mit 43 Prozent der Wählerstimmen den ersten Platz. Insgesamt erhielten die Rechtsextremen im Komitat Pest 5 der 12 Direktmandate. Auch im Komitat Zala, das als Urheimat der Pfeilkreuzler gilt, konnten sie 4 Mandate erringen. In den Komitaten Jász-Nagykun-Szolnok und Szabolcs gewannen sie jeweils zwei Mandate. Auf der Ebene der Städte waren sie überraschenderweise in Szeged, in Sopron (mit Brennberg zusammen), in Salgótarján und in der katholischen Kalocsa (Erzbischoftum) erfolgreich.⁵⁸² In der Listenabstimmung erhielten die Rechtsextremen in Budapest 30, Sopron 38, Veszprém 40 Prozent, in den Komitaten Bács-Bodrog 30, Győr-Moson 47, Heves 36, Komárom-Esztergom 34, Nógrád 41, Pest-Mitte 52, Pest-Nord 43, Szabolcs 40, Vas 37 und in Zala 44 Prozent der abgegebenen Stimmen.

581 Vgl. Pintér 2010, S. 204.

582 Vgl. Pintér 2010, S. 209f.

Wahlgeographische Karte 2: Differenzen in den Wahlergebnissen der FKGP (Unabhängigen Kleinlandwirte) und der Rechtsextremen bei der Parlamentswahl 1939



Quelle: Politikhistorisches Institut, Kartographie, nach Hubai 1994, S. 438.

Insgesamt lässt sich festhalten, dass 1939 der Antisemitismus mit der Ausnahme der Sozialdemokraten und der Freiheitspartei sowohl das Partei- als auch das Gesellschaftsleben dominierte. Die antisemitische Grundbesinnung im Parlament und die „nationale Solidarität“ vermischten die ideologischen Fronten.⁵⁸³ Allein der Konflikt zwischen den Urbanisten und Agrarpopulisten ist weiterhin erhalten geblieben. Die agrarischen Interessen verkörperten die Kleinlandwirte, die Interessen der Urbanisten vertraten die Freiheitspartei und die Sozialdemokraten, die hauptsächlich in den Städten Győr und Budapest Erfolge erzielten.

5.4.3 Die Parlamentswahlen 1945 und 1947

Bei den freien und demokratischen Wahlen 1945 wurden die Kleinlandwirte für ihre Bemühungen, Wähler in den agrarischen Regionen zu mobilisieren belohnt. Zweidrittel der Stimmen (72-77 Prozent) erhielten sie in West-Transdanubien, in Kiskunság und im

583 Vgl. Tibor Erényi: Többpárti választások és parlamentarizmus Magyarországon 1920-1947 [Mehrparteiensystem und Parlamentarismus in Ungarn 1920-1947], in: László Hubai/György Földes (Hrsg.): Parlamenti képviselőválasztások 1920-1990 [Abgeordnetenwahlen, 1920-1990], Budapest 1994, S. 267-284, hier S. 277.

nordöstlichen Teil Ungarns. Dies umfasst die Komitate Szatmár-Bereg, Abaúj-Torna, Somogy, Zala und Vas.

Die schlechtesten Ergebnisse erzielten sie in den urbanen und industriellen Regionen der Miskolc-Salgótarján-Achse, im Komitat Pest, in dem Becken Esztergom-Tatabánya (die Komitate Békés, Komárom-Esztergom und Csanád: 39 bis 43 Prozent) und in den Städten Pécs (45,2 Prozent), Győr (35,2 Prozent) und Salgótarján (13,9 Prozent). Gleichzeitig bildeten die Wahlkreise in diesen Regionen die Hochburgen der linken Opposition, vertreten durch die SZDP, die NPP (Nationale Bauernpartei) und die 1944 gegründete MKP (Die Ungarische Kommunistische Partei).⁵⁸⁴ Aufgrund der Krise des politischen Katholizismus ist es den Kleinlandwirten zudem gelungen, auch katholische Wähler zu mobilisieren.

In den agrarisch geprägten Komitatshauptstädten Szekszárd (78,7 Prozent) Kecskemét (72,3 Prozent), Jászberény und Nyíregyháza mit jeweils 69,7 Prozent der Wählerstimmen waren sie am erfolgreichsten.⁵⁸⁵ Unter 50 Prozent der Wählerstimmen erhielten sie in sieben der 26 Komitaten: in Békés, Komárom-Esztergom, Csanád, Hajdú, Groß-Budapest, Borsod und Győr-Moson.⁵⁸⁶

Die Wahlen von 1947 zeugen von einer bis dahin unbekanntem Polarisierung der ungarischen Parteienlandschaft. Es traten fünf Parteien mit jeweils unterschiedlicher Ideologie an: die Ungarische Kommunistische Partei (MKP), die politischen Katholizisten (DNP, Demokratische Volkspartei), die Unabhängigen Kleinlandwirte (FGKP), die Sozialdemokraten (SZDP) und die National-Konservativen (MFP, Ungarische Unabhängigkeitspartei). Gemeinsam war es ihnen, dass jede Partei eine Zustimmung von 15 bis 20 Prozent erhielt. Dies bedeutete auch, dass die Kommunisten, trotz der Unterstützung des „Großen Bruders“, die von der FGKP geführte Regierungskoalition nicht ablösen konnten. Es ist ihnen ebenfalls misslungen, als Mitglied in der Regierungskoalition eine eigene hegemoniale Position zu erkämpfen, da dies sowohl die Partner- und Oppositionsparteien wie auch die Wähler verhinderten. Diese bewusste Wahlentscheidung der Wähler bezeugen die gleichmäßigen Wahlergebnisse der angetretenen Parteien. Die geschichtliche Kontinuität der Konflikte wird durch den Erfolg der oppositionellen

⁵⁸⁴ Vgl. Hubai 1994, S. 441.

⁵⁸⁵ Vgl. Sándor Balogh: Szabad és demokratikus választás – 1945, in: György Földes/László Hubai (Hrsg.): Parlamenti választások Magyarországon 1920-2010 [Parlamentswahlen in Ungarn, 1920-2010], 3. überarb. Aufl., Budapest 2010, S. 216-242., hier S. 238ff.

⁵⁸⁶ Vgl. ebd.

bürgerlichen Parteien sichtbar. Werden die Kleinlandwirte auch zu den oppositionellen Kräften gezählt, so konnten die bürgerlichen Parteien (FGKP, DNP, MFP, FMDDP, PDP) 52 Prozent der Wählerstimmen für sich bestimmen. 1947 zeigte sich die durch die bürgerlichen und linken Parteien bestimmte Polarisierung im Wahlverhalten der Bevölkerung in aller Deutlichkeit. Der Ära der demokratischen Konsolidierung war jedoch mit der Gründung der Kominform im Herbst 1947 zunächst ein Ende gesetzt.⁵⁸⁷

Insgesamt dominierte im Zeitraum von 1918 bis 1947 der Hauptkonflikt zwischen den Vertretern der agrarischen und den Anhängern der urbanen Interessen, der sich aus dem Stadt-Land-Gegensatz der 20er Jahre entlehnte. Zugleich diente er als ideologische Basis für Parteinuengründungen. Als Agrarpopulisten galten die Unabhängigen Kleinlandwirte, als Urbanisten die SZDP und die MKP. Von 1931 an bestimmte der Konflikt zwischen den rechteextremen antidemokratischen auf der einen und den linken, demokratischen Parteien auf der anderen Seite das Parteiensystem.

In der Fachliteratur wird die Verflechtung des antisemitischen und projüdischen Diskurses mit dem ideologischen Streit zwischen den Urbanisten und Agrarpopulisten ausgeblendet. Solche Debatten wurden in der literarischen und sozialwissenschaftlichen links-liberalen Zeitschrift „Szép Szó“ (Schönes Wort, 1936-1939) und in der ebenfalls literarischen und sozialwissenschaftliche rechts-konservativen „Válasz“ (Antwort, 1934-1938 und 1946-1949) ausgetragen.⁵⁸⁸ Die Schriftsteller und Denker, die in der Szép Szó publizierten, kämpften gegen die antisemitische Stimmung im Land. Die Publizisten von Válasz warfen ihnen jedoch vor, dass ihre Worte nicht vom Humanismus, sondern ausschließlich von jüdischen Interessen geleitet seien.⁵⁸⁹

Der Staat-Kirche-Konflikt konnte sich in Ungarn aufgrund der frühzeitigen Integration der christlichen Kräfte in die konservativen Parteien nicht entfalten. Aufgrund ihrer Programmatik sind sie als Nachfolgeparteien der habsburggegnenden Kräfte anzusehen.

587 Vgl. Bihari 2005, S. 62.

588 Vgl. Mihály Hamburger/Péter Várdy: Beszélgetés Rejtő Ferencsel, A zsidóság és a népi-urbánus vita [Gespräch mit Ferenc Rejtő. Das Judentum und der Streit zwischen Populisten und Urbanisten], in: Századvég: Népiek és urbánusok – egy mítosz vége [Populisten und Urbanisten – Ende eines Mythos], 1990 (2), S. 106-143., hier S. 125.

589 Vgl. ebd., S. 120.

Abbildung 9: Wahlgeographische Charakteristika von 1918 bis 1947

Politische Konflikte in den Komitaten bei den Parlamentswahlen im Zeitraum 1918 – 1947						
Zeitraum	Urbanisten	Agrar- Populisten	Demokraten	Anti-Demokraten	Legitimisten	Oppositionelle
1918-1947	Budapest, Pécs, Miskolc, Salgótarján, Szeged und Tatabánya Komitate: Pest, Békés, Komárom-Esztergom und Csanád	Tiefebene Städte: Kecskemét, Jászberény, Szekszárd, Nyíregyháza Komitate: Vas, Zala, Somogy, Baranya				
1931-1947			Linke und rechte Parteien Unterhalb der geo-ideologischen Linie: Balaton-Ráckeve-Karcag-Ózd	Rechtsextreme Parteien Oberhalb der geo-ideologischen Linie: Balaton-Ráckeve-Karcag-Ózd		
1921-1939					West-Ungarn (Transdanubien), einige Bezirke in Budapest, die Stadt Körmend.	Die Hochburgen der KNEP und der FGKP (Einheitspartei)

Eigene Zusammenstellung basierend auf Hubai 2010.

5. Konfliktstrukturen im Sozialismus: 1947-1990

Anlehnend an die „Freezing-These“ wird in diesem Kapitel die folgende Hypothese und Gegenhypothese geprüft:

Hypothese:

Während der sozialistischen Epoche haben sich die alten Konfliktlinien aufgelöst, und es sind keine neuen Cleavages entstanden, die bei dem Systemwechsel als Grundlage für die Entstehung einer neuen Cleavage-Struktur hätten dienen können.

Gegenhypothese:

Während der sozialistischen Diktatur sind die tradierten Konflikte als „frozen“ erhalten geblieben und führten zur Herausbildung neuer Cleavage-Strukturen, die das heutige Parteiensystem beeinflusst(en).

Die Erforschung der Freezing-These für den Anwendungsfall Ungarn erfolgt ähnlich wie die Konfliktanalyse bis 1945 auf der Grundlage einer Diskursanalyse der einschlägigen wissenschaftlichen Literatur und der Experteninterviews.

Die historische Diskursanalyse des Zeitraumes von 1790 bis 1947 zeigte auf, dass sich die Zweiteilung des Landes durch jeweils dominante Konflikte die ungarische Geschichte in den untersuchten Epochen bestimmt hat. Der Ausgangskonflikt zwischen Kuruzen und Labanzen, der seine Wurzeln bereits im 16. Jahrhundert hat, transformierte sich zunächst in den Konflikt zwischen Habsburggegnern und –Anhängern, später zwischen den 48ern und den 67ern sowie zwischen Traditionalisten und Westernizern. Im nächsten Kapitel über die Konfliktstrukturen im Sozialismus gilt es, zu prüfen, ob der Hauptkonflikt der Agrarpopulisten und Urbanisten erhalten geblieben ist, wobei dieser Gegensatz den historischen Diskurs über die gesellschaftliche, kulturelle und wirtschaftliche Orientierung Ungarns widerspiegelt.

6.1. Konfliktstrukturen von 1947 bis 1957

Der parteiförmige Konflikt zwischen den Urbanisten und den Agrarpopulisten bzw. der „népi“ Bewegung der Zwischen- und Nachkriegszeit formierte sich im Sozialismus neu. Nach 1945 verfestigte sich die periphere Lage Ungarns innerhalb Europas und die Prognose Barrington Moores, „dass die Wahrscheinlichkeit kommunistischer Siege in den viel

ausgeprägter peripheren Gebieten früherer Imperien des agrarisch-bürokratischen Typs, nämlich Imperien mit einem nur schwach entwickelten Bürgertum in Handel und Industrie, am höchsten war“⁵⁹⁰ schien, sich bewahrheitet zu haben. Auch die korporatistischen Bemühungen der Zwischenkriegszeit waren gezwungen, sich der zentralistischen Macht zu weichen. Die früheren völkischen Akteure der Agrarlobby wurden aufgrund ihrer umstrittenen Äußerungen zur Rassenfrage nicht länger geduldet. Die mäßigeren Schriftsteller und Denker wie Ferenc Erdei oder Péter Veres strebten vor allem nach politischer Macht und fügten sich in das System ein.⁵⁹¹ Auch die Partei der Unabhängigen Kleinlandwirte wählte die Zusammenarbeit mit der Regierung. Rechts von der Mitte stützte sie sich auf die Wählerschaft der Bauern mit Grundbesitz und bildete einen Teil der provisorischen Regierungskoalition. Die Nachfolgeparteien aus der Horthy-Ära wie auch die rechtsextremen Parteien sind infolge der Kriegsverhandlungen der Siegermächte verboten worden. Dieser Umstand wirkte auf den politischen Katholizismus ebenfalls negativ, wovon er sich nur langsam erholen konnte.⁵⁹²

6.1.1 Mächteverhältnisse im Vorfeld der Oktoberrevolution 1956

Während der Oktoberrevolution von 1956 wirkten insgesamt vier politische Kräfte mit. In die erste Gruppe gehörten die Imre Nagy-Regierung, die parteiinterne Opposition, der auch der Schriftstellerverband angehörte sowie die neu gegründete Bauernpartei (Parasztpárt).

Die Mitglieder der ersten Gruppe unterstützten die zweite Wirtschaft, welche aus jenen Kleinarbeitern bestehen sollte, die sich in den agrarischen Produktionsgenossenschaften (ungarisch Termelőszövetkezet, kurz TSZ) organisieren. Zudem strebte dieses Lager einen Dritten Weg nach dem jugoslawischen Modell an, demnach sich Ungarn den Staaten anreihen sollte, die sich ideologisch nicht festgelegt hatten, aber die westliche Annäherung ablehnten.⁵⁹³

In die zweite Gruppe gehörten die Koalitionsparteien der Imre Nagy-Regierung, also die Partner der Ungarischen Unabhängigen Volksfront (Magyar Függetlenségi Népfront). Diese waren die Sozialdemokratische Partei, die Petőfi Partei (frühere Bauernpartei) und die Partei

590 Barrington Moores: *The Social Origins of Dictatorship and Democracy*, Boston 1993, zit. nach Flora 2000, S. 296.

591 Vgl. István Nemeskürty 1993, S. 489.

592 Vgl. Hubai 1994, S. 441.

593 Vgl. László Németh: *A pártok és az egység* [Die Parteien und die Einheit], in: *Új Magyarország* am 2. November 1956 nach Szabó 2013, S. 96. Die Tageszeitung *Új Magyarország* (Neues Ungarn) galt als das Organ der Bauernpartei (Parasztpárt).

der Kleinlandwirte. Trotz des scheinbaren parteipolitischen Pluralismus – entstanden nach der Rundfunkrede von Imre Nagy am 30. Oktober 1956, der die Neugründung von politischen Parteien und die Formierung einer Regierungskoalition verkündete⁵⁹⁴ – konnten diese Parteien keine Erfolge mehr erzielen, und ihre Wählerbasis verloren sie an die kommunistische MSZMP (Ungarische Sozialistische Arbeiterpartei).⁵⁹⁵

Die dritte politische Kraft bildeten die bewaffneten Aufständischen des oppositionellen Volkes, das jedoch nicht in der Lage war, klare Forderungen an das Rákosi System zu formulieren.⁵⁹⁶

Als viertes politisches Gewicht galt die Christdemokratische Partei (KDP), die vor 1945 unter verschiedenen Namen existierte. Um zu verhindern, dass eine politische Kraft außerhalb der Regierung breite Bevölkerungsschichten ansprechen kann, war die Imre-Nagy-Regierung aus strategischen Überlegungen gezwungen, die KDP in die Koalition – solange es Wahlen stattgefunden haben – aufzunehmen.⁵⁹⁷

Der neue liberale Kurs der Imre Nagy-Regierung bedeutete für die oppositionellen Parteien und Koalitionspartner – nach dem anfänglichen Misstrauen gegenüber der Annäherung von Nagy – neue Optionen, ihre Interessen im Parlament zu vertreten. Verstärkt wurde dies durch das Angebot von Nagy an die Sozialdemokratische Partei und der FGKP mit jeweils drei ministerialen Positionen und der Bauernpartei mit einem Regierungsmandat, an der Koalition beteiligt zu sein. Die Kleinlandwirte nahmen dieses Angebot an, und wurden durch die Ämter von Béla Kovács, Zoltán Tildy und István B. Szabó Teil der Regierungskoalition. Das Zusammenfinden der Kleinlandwirte und der Bauernpartei in der Nagy-Regierung überraschte insofern nicht, als sie – trotz ihrer unterschiedlichen ideologischen Ausrichtung – im Vorfeld des Aufstandes bereits eng zusammengearbeitet und sogar die Neubelebung des Bauernverbandes initiiert hatten.⁵⁹⁸

6.1.2 (Agrar)Populisten versus Urbanisten

Die früheren Vertreter der Urbanisten konnten in der kommunistischen Ära keine politischen Ämter mehr bekleiden. Durch den bei den Parlamentswahlen 1947 errungenen Sieg der

594 Vgl. Péter Kende/András Mink: *Kisgazdák, Parasztpártiak és az 1956-os forradalom* [Kleinlandwirte, Bauernparteien und die 1956er Revolution], in: Zsuzsanna Körösi/Pál Péter Tóth: *Pártok 1956* [Parteien 1956], Budapest 1997, S. 9-24, hier S. 14.

595 Vgl. Szabó 2013, S. 97.

596 Vgl. ebd., S. 98.

597 Vgl. ebd.

598 Vgl. Kende/Mink 1997, S. 13ff und S. 21.

Ungarischen Kommunistischen Partei begann auch die Neustrukturierung der Elite. Dies hatte zur Folge, dass sich in den 1960er Jahren die neuen Urbanisten aus dem kommunistischen Umfeld rekrutierten, demzufolge sie auch enge Beziehungen zu den Staatsfunktionären pflegen konnten. Während der Demokratisierungskrise in der Kádár-Ära erlangte der Konflikt auch in der Öffentlichkeit an Bedeutung.⁵⁹⁹ Selbst die Führungsspitze der MKP unterschied die Oppositionellen nach den bürgerlichen und den radikalen Nationalisten,⁶⁰⁰ deren Feindschaft mit der Zeit zunehmend sichtbar wurde.

Im Gegensatz zu den Urbanisten bildeten die „népiek“ - wie oben dargestellt - keine homogene Gruppe mit einem gemeinsamen Weltbild. Denn, „eine gemischtere Gruppe hätte man sich gar nicht vorstellen können.“⁶⁰¹ Unter ihnen gab es Antisemiten, liberale Europäer, Sozialisten und Kommunisten.⁶⁰² Sie“ galten als eine lose und vielfältige Gruppe, die mit der Zeit zerfiel. Laut Ferenc Fejtő lag das Problem darin, dass sich die „Népiek“ von der Bauernromantik nicht distanzieren konnten und den Kapitalismus ablehnten. Zudem sahen sie den Schlüssel zur wirtschaftlichen Entwicklung Ungarns in der Bodenreform. Für die „népi“ Schriftsteller galten der Liberalismus, die Demokratie und der Kapitalismus als Sache der linken und der Juden. Verstärkt wurde der Gegensatz durch die Austragung der ideologischen Kämpfe zwischen den bedeutendsten literarisch wirkenden Künstlern der Zeit wie Attila József als Urbanist in Szép Szó und Gyula Illyés, Publizist in Válasz als Népies. Illyés und viele andere warfen den Urbanisten vor, die Angelegenheiten der Bauer zu ignorieren.⁶⁰³

Im Zuge der Willkür unter Rákosi wuchs die Unzufriedenheit auch unter den Intellektuellen-Kreisen des Landes. Einer der Ziele der politischen wie gesellschaftlichen Elite bestand darin, ihre pluralistische Identität aus der kurzen Epoche von 1945 bis 1948 wieder frei leben zu können. Durch den Warschauer Pakt war die bipolare Weltordnung zwischen der Sowjetunion und den USA besiegelt. Die Angst um einen atomaren Krieg machte die Nichteinmischung-Politik von Eisenhower in die sowjetische Einflussphäre – trotz zahlreicher Befreiungstimmen in der Eisenhower-Regierung – verständlich. Auch die

599 Vgl. Máté Szabó: Urbanisten versus Populisten. Die Pluralität oppositioneller Diskurse in Ungarn als Ausgangspunkt der Polarisierung des postsozialistischen Parteiensystems, in: Initial-Berliner Debatte, Jg. 20, 2010 (3), S. 74-87, hier S. 76f.

600 Vgl. Ervin Csizmadia: Diskurzus és Diktatúra [Diskurs und Diktatur], Budapest 2001, S. 71., nach Szabó 2010.

601 Vgl. Hamburger/Várdu 1990, S. 112.

602 Vgl. ebd.

603 Vgl. ebd., S. 114.

sowjetische Intervention und die blutige Niederschlagung der Revolution begründeten sich aus ihrem Bestreben, ihre Position in einem seit 1955 von dem neutralen Österreich benachbarten Land zu bewahren und das sowjetische System sich zu konsolidieren.⁶⁰⁴

Mit dem Beginn der Kádár-Ära und das einleitende Unsilence des Politischen endete auch der Parteienpluralismus. Die Bauernpartei (Petöfi Partei) kündigte im Januar 1957 an, ihre Tätigkeit zu beenden.⁶⁰⁵

Trotz Zurückdrängung des Mehrparteiensystems und der ideologischen Dominanz der Kommunistischen Partei und der breiten Verbreitung und Adaption der Sowjetideologie konnte der Kreis der agrarpopulistischen Schriftsteller und der Anhänger von Bauernparteien nicht unterdrückt werden. Seine Mitglieder pflegten weiterhin enge Beziehungen zueinander,⁶⁰⁶ die auf die Agrarlobby gewissen Einfluss ausüben konnten.

6.2. Konfliktstrukturen in den 1960er Jahren: Agrar- versus Industrielobby

Nach 1945 wurde der korporatistische Dialog von den inhaltlichen Vorgaben des Staates bestimmt.⁶⁰⁷ Bis 1949 wurde die Tätigkeit sowohl der Industrie- und Wirtschaftskammern wie auch der landwirtschaftlichen Interessenskörperschaften eingestellt. An ihre Stellen trat die staatliche Ungarische Handelskammer, die mit allen autonomen Traditionen der Interessenvertretungen brach.⁶⁰⁸ Trotz der allgemeinen Gleichgültigkeit gegenüber den Interessenvertretungen, die lediglich als Produkt des wohlhabenden Bürgertums des Vorgängersystems betrachtet wurde, gelang es den völkischen Schriftstellern Ferenc Erdei und Ernő Pataky 1957 in ihrem, im Agrarhistorischen Review erschienen Aufsatz⁶⁰⁹ die Aufmerksamkeit auf die landwirtschaftlichen Produktionsorganisationsformen der Zwischenkriegszeit zu lenken. Der Aufsatz sollte vor allem dazu dienen, die „nächste Gründungswelle von Produktionsgenossenschaften vorzubereiten“.⁶¹⁰ Die Agrarlobby konnte ihre Position auch vor dem Hintergrund der nach 1956 dominierten Konsumpolitik etwas stärken, die als Entschädigungsmaßnahme für die blutige Niederschlagung der

604 Vgl. Miklós Szabó: A jó kommunista szilárdan együtt ingadozik a párttal [Der gute Kommunist schwankt fest mit der Partei mit], Budapest 2013, S. 119.

605 Vgl. Kende/Mink 1997, S. 22.

606 Vgl. ebd., S. 23.

607 Vgl. Strausz 2007, S. 183ff.

608 Vgl. ebd., S. 184.

609 Vgl. Ferenc Erdei/Ernő Pataky: Termelői szervezetek a magyar mezőgazdaság kapitalista fejlődésében I. [Produktionsgenossenschaften in der kapitalistischen Entwicklung der ungarischen Landwirtschaft I.], in: Agrártörténeti Szemle [Agrarhistorisches Review], 1957 (3-4).

610 Strausz 2007, S. 14.

Revolution galt und das Ziel verfolgte, den Lebensstandard der Bevölkerung zu erhöhen. Auch die Studien von Zsuzsanna Varga berichten über die erhöhte Aktivität der Agrarlobby ab der Mitte der 1960er Jahre. Sie stellte die Lobbytätigkeit von Lajos Fehér (Vorsitzender der Agrarabteilung des Zentralkomitees) in den Vordergrund ihrer Analyse, der Kádár darüber überzeugte, dass eine Produktionssteigerung nur mit der Einbeziehung der ungarischen Bauern möglich ist.⁶¹¹ Der Erfolg der Agrarlobby zeigte sich auch in der Errichtung des Ministeriums für die Land- und Konsumwirtschaft) (Mezőgazdasági és Élelmezésügyi Minisztérium, kurz MÉM) im Jahr 1967, wodurch die Produktionsgenossenschaften (Termelőszövetkezet, kurz TSZ) scheinbar autonome Interessenvertretungen erhielten. Die zunehmende Bedeutung der agrarischen Produktionsgenossenschaften führte bei den Vertretern der Industrieinteressen zu Missstimmungen, zumal sie sich durch den Kalten Krieg entstandene Notwendigkeit einer Subvention der Schwerindustrie benachteiligt fühlten. Als Reaktion auf die Agrarlobby stellten die Industriellen ihre eigene Lobby auf und setzten die Arbeiterschicht als die für den Aufbau des Sozialismus „berufene“ Gruppe in den Mittelpunkt ihrer Interessenvertretungsarbeit. Der Konflikt zwischen der Agrar- und der Schwerindustrielobby entstand.⁶¹² Entgegen der Agrarlobby widerfuhren der Schwerindustrielobby massive Gegenstimmen, die aufgrund der ab 1968 eingetretenen wirtschaftlichen Rezession in der Industrie formuliert worden sind. Der wirtschaftliche Rückgang der Industrie machte sich in den Einkommensverhältnissen der Bauern und der Industriearbeiter bemerkbar. Es entstand nämlich eine Einkommenskluft beider Klassen. Führende Interessenvertreter der Arbeiter sprachen sogar von einem Arbeiter vs. Bauern Konflikt.⁶¹³ Fragen im Hinblick auf die Einkommens- und Lebensstandarddifferenzen bildeten den Schwerpunkt mehrerer Debatten im Zentralkomitee. Die führende Persönlichkeit der Agrarlobby Lajos Fehér machte in seinem Vortrag im Herbst 1969 an der Politischen Akademie der MSZMP auf die prekäre Einkommenslage der Bauern und die Kluft, in der Lebensqualität der Bauern in den Dörfern und der Arbeiter in den Städten aufmerksam.⁶¹⁴ Trotz Kádárs Unterstützung der Bauernlobby versuchte die

611 Vgl. Zsuzsanna Varga: *Érdekütközések, Lobbi-harcok az MSZMP vezetésén belül az 1970es évek elején* [Interessengegensätze, Lobbykämpfe innerhalb der MSZMP am Anfang der 1970er Jahre], in: Attila Réfi/István Sziklai (Hrsg.): *Pártok, politika, történelem. Vida István 70 éves* [Parteien, Politik, Geschichte. Festschrift zum 70. Geburtstag von István Vida], Budapest 2010, S. 441-456, hier S. 445f.

612 Vgl. ebd., S. 444f.

613 Vgl. ebd., S. 448f.

614 Vgl. Lajos Fehér: *Agrár- és szövetkezeti politikánk 1965-1969* [Unsere Agrar- und Genossenschaftspolitik 1965-1969], Budapest 1970, S. 326-327, nach ebd., S. 450.

Schwerindustrielobby mit Hinweisen auf die Schwächen der Agrarwirtschaft ihre eigene Position zu stärken. Ihre thematischen Vorschläge erreichten die Führungsebene jedoch nicht.⁶¹⁵ Sie sorgten lediglich auf einigen wenigen Ministerratssitzungen für „Chaos“ sorgen.⁶¹⁶

Der „Kampf“ zwischen der Agrar- und der Schwerindustrie-Lobby wurde jedoch in den 70er Jahren zugunsten der Industrielobby entschieden, als gegen Führungsfiguren in den Agrargenossenschaften juristisch vorgegangen worden ist. Die Reformgedanken von 1968, welche das staatliche und das landwirtschaftliche Eigentum gleichwertig behandelten, wurden von der Einstellung abgelöst, demnach das genossenschaftliche Eigentum minderwertiger als das staatliche sei.⁶¹⁷ Infolge der Notwendigkeit von finanziellen Einsparungen ab den 1970er Jahren schwächte sich Kádárs Empathie gegenüber den landwirtschaftlichen Belangen ab.⁶¹⁸

6.3 Gleichsetzungspolitik der 1970er Jahre

Die Gleichsetzungspolitik ab den 1970er Jahren machte sich vor allem darin bemerkbar, dass es sowohl für den Fließband-Arbeiter wie auch für intellektuelle Tätigkeiten der gleiche Lohn galt. Folglich verbreitete sich der Leitsatz: "Vor den Intellektuellen stehen zwei Wege offen: Der eine ist der Alkoholismus, der andere ist nicht begehbar.“⁶¹⁹ Die Gleichsetzungspolitik verschärfte, wenn auch nur latent den Konflikt zwischen den Intellektuellen und der Arbeiterschicht. Dieser Konflikt bewirkte beispielsweise, dass viele, die im Sozialismus Führungspositionen inne hatten, bei den ersten freien Wahlen 1990 die neu gegründete liberale Partei, den Bund der Freien Demokraten (Szabad Demokraták Szövetsége, kurz SZDSZ) wählten, die in ihrem Wahlprogramm die „vernachlässigten“ Intellektuellenschicht ansprachen.

6.4 Der religiöse Konflikt im Sozialismus

Die Entstehung eines staatlichen katholischen Zentrums linderte die Angst vor der Etablierung einer reaktionellen rechten politischen Kraft nach dem vorkrieglichen Muster.

615 Vgl. ebd.

616 Vgl. Mátyás Tímár: Az 1968-as gazdasági reform utáni évek (1969-1975) [Die Jahre nach der wirtschaftlichen Reform 1969-1975], in: Dosszié, 3/2001(2), S. 27.

617 Vgl. Varga 2010, S. 454ff.

618 Varga 2010, S. 453.

619 Interview mit István Kuczik am 10.9.2015, Leiter des Mezőgép- Kombinats im Komitat Bács-Kiskun von 1976 bis 1989.

Aus diesem Ziel hat die Rákosi-Regierung in ihrer Kirchenpolitik die „Salami-Taktik“ angewandt und den staatlichen Einfluss ausgebaut. Es wurde die sogenannte Friedenspriester-Bewegung ins Leben gerufen, in die das ungarische Staatssicherheitsamt (ÁVH) Priester entsendet hat, um Christen für den Sozialismus zu gewinnen. Mit den kirchlichen Angelegenheiten des Staates wurde das Staatliche Kirchenamt (Állami Egyházi Hivatal, kurz ÁEH) im Mai 1951 beauftragt. Gleichzeitig nahm die Staatskontrolle über die Kirchen zu. Ihren Erfolg verdankten sie der Erpressbarkeit der Friedenspriester, die dadurch zur Teilnahme an der Bewegung und deren Gremien gezwungen werden konnten.⁶²⁰

Anfang November 1956 war nicht abschätzbar, ob sich die Katholiken zu einer progressiven Kraft entwickeln oder der antisozialistischen Opposition anschließen werden.⁶²¹ Im Vorfeld der Revolution gründeten sich mehrere christlich konservative politische Kräfte: zum einen die gemäßigte christliche Demokratische Volkspartei (DNP56), die als zweitstärkste Kraft aus den Wahlen 1947 hervorgegangen war, die Christlich Demokratische Partei (KDP 56) nach dem Muster der deutschen CDU, die gleichnamige Christlich Demokratische Partei (KDEMP56) und die Christliche Front (KF). Neben ihrer christlich konservativen Grundgesinnung beinhalteten ihre Programme auch liberale Elemente. Die KDP56 strebte nach einem unabhängigen, neutralen und demokratischen Ungarn, die KDEMP56 beabsichtigte auch liberale Politiker in ihre Reihe aufzunehmen und die KF verfolgte das Ziel, alle konservativen Kräfte zu bündeln und insbesondere den Erzbischof – einen der Symbolfiguren der Revolution – Kardinal József Mindszenty für sich zu gewinnen. Mindszenty ist zum ersten Mal zur Bekanntheit gelangt, als er vehement gegen die Räteregierung Ungarns protestierte und daraufhin verhaftet wurde. Nach seiner Freilassung wurde er zum Stadtpfarrer, später zum Bischof von Veszprém, wo er mehrere Pfarrereien und Schulen gründete und 1946 zum Kardinalen ernannt wurde. Während seinen Reisen in Europa und Kanada verfolgte er das Ziel, seine Gesprächspartner auf die kommunistische Unterdrückung der katholischen Kirche in Ungarn aufmerksam zu machen. Dies führte zu seiner wiederholten Verhaftung. Befreit wurde er während des Volksaufstandes am 30. Oktober 1956.⁶²²

620 Vgl. András Mink: Keresztény politikai pártok és az 1956-os forradalom [Christliche politische Parteien und die 1956er Revolution], in: Körösi/Tóth 1997, S.151-156, hier S. 158f.

621 Vgl. ebd., S. 154.

622 Vgl. ebd., S. 155.

Sowohl die Pläne, ein einheitliches christlich-konservatives Programm als auch die Bemühungen, Mindszenty für sich zu gewinnen scheiterten und blieben erfolglos – verursacht zum einen durch die Auflösung der Verhandlungen über die Zusammenarbeit der drei Parteien durch die Sowjets und zum anderen durch die Flucht Mindszentys in die US-amerikanischen Botschaft am 4. November 1956.⁶²³

Entgegen den Kleinlandwirten, die an der Koalitionsregierung beteiligt waren, haben die christlich Konservativen die Chance verpasst, zumindest als eine latente politische Kraft im Sozialismus präsent zu sein. Die Neugründung der KDP als die Christlich Demokratische Volkspartei (KDNP) im Jahr 1989 kann daher als eine Stunde-Null betrachtet werden.

In der Gesellschaft konnten sich die christlichen Werte als Teil der Forderungen der Opposition und der „Andersdenkenden“ genauso wenig durchsetzen. Lediglich auf dem Land wurde die Christlichkeit unsichtbar gelebt.

6.5 Kritische Gesellschaftsstruktur im Sozialismus

Anfang der 1960er Jahre hat sich die zweipolige Gesellschaftsstruktur bestehend aus den traditionellen Landbesitzern, der Bourgeoisie, der städtischen Mittelschicht und einer breiten Bauernschicht aufgelöst. An ihre Stelle trat eine Gesellschaft mit einer bipolaren Integrationsstruktur.⁶²⁴ Zum einen war sie durch eine von der Staatsmacht gesteuerte „integrative Organisation“ und zum anderen durch eine „integrative Selbstorganisation“ gekennzeichnet. Die staatliche Steuerung erreichte alle Lebensbereiche in allen Lebensphasen vom Kindergarten bis zur staatlichen Beerdigung. Auch die Selbstorganisation galt lediglich als eine geduldete Form innerhalb des staatlich gelenkten Gesellschaftsmodells, das die Entstehung einer von der Politik unabhängigen Zivilgesellschaft verhinderte. Vielmehr trug diese bipolare Gesellschaftsstruktur dazu bei, dass sich ein „unfertiges Kleinbürgertum“ etablierte. Das Konzept des „unfertigen Bürgertums“ basiert auf den Überlegungen des Philosophen Bibó, der für die unvollständige Entwicklung einer Bürgergesellschaft zum einen die Aufrechterhaltung der staatlichen Kontrolle und der institutionalisierten Überwachung der Bevölkerung verantwortlich macht, zum anderen betont er, dass die Entstehung einer (halb)bürgerlichen Existenz gerade die Tolerierung der Schattenwirtschaft ermöglichte.⁶²⁵ Die Einkommen aus der

623 Vgl. Vida et al. 2011, S. 288f.

624 Bilecz 1998, S. 175f.

625 Vgl. ebd., S. 178.

Schattenwirtschaft sollten die durch die wirtschaftliche Rezession verursachte Senkung der Lebensstandards kompensieren. Aber die wirtschaftliche Perspektivlosigkeit lockerte den „gesellschaftlichen Konsens gegenüber das Kádár-System“. Diese Abnabelung trug zur „politische Revitalisierung der Gesellschaft“ bei.⁶²⁶

Kritisches Denken im Sozialismus wird in der Literatur nach dem Begriff der „Andersdenkenden“ (dissidence) und den „Oppositionellen“ unterschieden.⁶²⁷ Ersterer beschreibt jene systemkritische Äußerungen und Tätigkeiten, die beabsichtigten, systemkritische Foren ins Leben zu rufen. Gemeinsam war es ihnen, das sich ihre Forderungen nicht explizit gegen das System richteten. Als oppositionelle Kräfte wurden jene nicht- oder antikommunistischen Kräfte bezeichnet, die sich insbesondere ab der Mitte und am Ende der 80er Jahre gegen das kommunistische System auflehnten.⁶²⁸ Die oppositionelle Welle erreichte Ungarn am Anfang der 80er Jahre als Straßendemonstrationen und parlamentarischen Debatten mit systemkritischem Inhalt vermehrt stattfanden und bis 1987 an der Tagesordnung standen. 1987 steht für den Anfang des parteipolitischen Pluralismus,⁶²⁹ als sich die oppositionellen Zirkeln und Bewegungen zu Parteigründungen entschlossen haben. Die gepflegte legacy und die anhaltende Wirkung der ungarischen „Parteiiisierungskultur“ auf die ungarische Zivilgesellschaft in der Post-Transformation sind unübersehbar.

Es können drei Formen der kritisch-oppositionellen Bewegungen und parteipolitischen Formierungen der 80er Jahre unterschieden werden: die agrarpopulistischen, die urbanen Bewegungen und die reformkommunistische Tradition.⁶³⁰ Im folgenden Kapitel wird auf diese näher eingegangen.

626 Vgl. András Körösenyi: Újjáéledő politikai tagoltság [Független és ellenzéki politikai áramlatok, szerveződések Magyarországon 1988-ban [Neubelebung der politischen Teilung. Unabhängige und oppositionelle politische Strömungen in Ungarn 1988], in: Kurtán et al.: Magyarország politikai évkönyve 1988 [Politisches Jahrbuch Ungarns 1988], Budapest 1989, S. 283-292, hier S. 283.

627 Vgl. Detlef Pollack/Jan Wielgohls (Hrsg.): Dissent and Opposition in Communist Eastern Europe. Origins of Civil Society and Democratic Transition, Aldershot/Burlington 2004, nach Rainer 2005, S. 10.

628 Vgl. ebd.

629 Vgl. János Kis: Demokratikus ellenzék és 1956 [Demokratische Opposition und 1956], Vortrag auf der Konferenz mit dem Titel „Emlékezők, emlékeztetők, felejtők“ – 1956 négy és fél évtizedes emlékezete [„Die Erinrenden, die zum Erinnern Ermutigende, die Vergessenden“. Vier und halbjahrzehntes Errinern an 1956], Oktober 2001, Budapest, nach Ebd., S. 11.

630 Vgl. Sándor Kurtán (Hrsg.): Vor der Wende, Politisches System, Gesellschaft und Reformen im Ungarn der achtziger Jahre, Wien/Köln/Graz 1993.

6.5.1 Die Reformkommunisten und die Anfänge des „korporatistischen Arrangements“⁶³¹
Als Vorgänger der Sozialdemokratischen Partei galt die MSZDP90, die am 7. Dezember 1890 im Zuge der industriellen Revolution gegründet wurde und zusammen mit der Kommunistischen Partei als MSZDP19 an der Ausrufung der ungarischen Räterepublik mitwirkte. Nach der Niederschlagung der Räterepublik suchte sie nach parlamentarischen Verbündeten und schloss mit dem Ministerpräsidenten Bethlen den Bethlen-Peyer Pakt, mit der Hoffnung, ihren politischen Einfluss beibehalten zu können. 1924 wurde sie Mitglied des Demokratischen Parteienverbundes (Országos Demokrata Pártszövetség, kurz ODP). 1939 wechselte sie ihren Namen zur Sozialdemokratischen Partei (SZDP) und ist der Sozialistischen Arbeiterinternationale beigetreten. 1943 trat sie dem antifaschistischen Pakt der Partei der Kleinlandwirte (FgKP) gegen Hitler bei und führte eine Antikriegspropaganda.⁶³² Durch den Einmarsch der Nationalsozialisten wurden zahlreiche Führungsfiguren der SZDP verhaftet und sowohl die SZDP wie auch ihr Parteiorgan, die Zeitschrift Népszava (Volksstimme) verboten.⁶³³ Während der Sowjetisierung wurden die Sozialdemokraten in das kommunistische System eingegliedert und bildeten ab 1948 bis 1956 zusammen mit der Ungarischen Kommunistischen Partei (MKP) die Ungarische Arbeiterpartei (MDP48). Während der ungarischen Revolution im Herbst 1956 wurde die Sozialdemokratische Partei zwar für kurze Zeit neugegründet, existierte sie danach lediglich in der „Emigration“ weiter, da die Vorsitzende der Partei von 1956, Anna Kéthly im Zuge der niedergeschlagenen Revolution nach Belgien emigrierte.⁶³⁴ Die Partei gründete sich im Januar 1989 als die Ungarische Sozialdemokratische Partei (MSZDP) neu. Vorsitzender wurde András Révész, der 1956 das Amt des stellvertretenden Vorsitzenden der gleichnamigen Vorgängerpartei MSZDP bekleidete. Die Sozialdemokraten definierten sich zwar als eine oppositionelle Kraft, boten ihre Zusammenarbeit – wenn auch mit klarer Distanzierung von der Staats- und ihrer Nachfolgepartei – auch den ehemaligen MSZMP-Mitgliedern an. An den Runden-Tisch-Verhandlungen gehörten sie zusammen mit dem Fidesz und SZDSZ dem liberalen Bündnis an. Bei den ersten freien Wahlen suchte die

631 Martin Brusis: Korporatismus als Transformationskonsens. Der Fall Ungarns im osteuropäischen Vergleich, Arbeitspapier der Arbeitsgruppe der Max-Planck-Gesellschaft: Transformationsprozesse in den neuen Bundesländern an der Humboldt Universität zu Berlin, 1994 (3), S. 3.

632 Vgl. Lajos Varga: A szociáldemokrata Párt Magyarország politikai életében [Die Sozialdemokratische Partei im politischen Leben Ungarns], in: Lajos Varga (Hrsg.): A magyar szociáldemokrácia kézikönyve [Handbuch der ungarischen Sozialdemokratie], Budapest 1999, S. 95-111, hier S. 95.

633 Vgl. Vida et al. 2011, S. 216.

634 Vgl. Róbert Gábor: Az igazi szociáldemokrácia. Küzdelem a fasizmus és a kommunizmus ellen, 1944-1948 [Die wahre Sozialdemokratie. Kampf gegen den Faschismus und den Kommunismus, 1944-1948], Budapest 2001, S. 57.

MSZDP die Nähe zu den Gewerkschaften. Die MSZMP-Sympathie und die Annäherung an die Gewerkschaften führten zu einem bescheidenen Ergebnis von 3,55 Prozent. Auch Anna Petrasovits, die neue Parteivorsitzende machte die sozialistischen Hinterlassenschaften für die Wahlmisere verantwortlich.⁶³⁵

Im Zuge der Depolitisierung der Gesellschaft gelang die Großpolitik in das allgemeine Blickfeld der sich neu formierenden politischen Gemeinschaft. László Bruszt stellt für die damalige „korporatistische Arena“ fest, dass die Revitalisierung der politischen Öffentlichkeit hauptsächlich von Intellektuellen vorangetrieben wurde. Weder die Arbeiter noch die in der Landwirtschaft Tätigen nahmen daran teil. Im Vergleich zu Polen, wo die Solidarnosc als eine „catch all“-Dachorganisation fungierte, wurden die Reformbewegungen in Ungarn von den drei ideologischen Intellektuellenkreisen getragen, die ihre inhaltlichen Differenzen in parteipolitischen Programmwettkämpfen klärten.⁶³⁶ Im Kampf um die parteipolitische Macht wurde den Interessenorganisationen kaum Achtung geschenkt und den wenigen korporatistischen Initiativen misstraut.⁶³⁷

Als Erklärung für die korporatistische Sackgasse kann resümierend gelten, dass der Transformationsmoment maßgeblich von Bestrebungen bestimmt wurde, die an Machtverteilung und weniger an Interessenvertretung interessiert waren.

6.5.1.1 Die Kleinlandwirte und die Bauernpartei

Aus Sicht des Cleavage-Bildungscharakters verdient die Partei der Unabhängigen Kleinlandwirte (FgKP), nach 1990 als eine bedeutende politische Kraft angesehen zu werden. Sie war die einzige Partei, die die Interessen einer alleinigen gesellschaftlichen Schicht, und zwar der Kleinlandwirte vertrat. Nach ihrem Erfolg bei den Wahlen 1945 ist die FgKP zu einer „Millieupartei“ mit entsprechenden territorialen Wählerhochburgen avanciert und konnte sich durch die Koalitionsbeteiligung an der Imre Nagy-Regierung bis 1956 auch im Parlament behaupten. Allerdings ging ihre Bedeutung ab den 1970er Jahren deutlich zurück. Zum einen durch den Vertrauensverlust Kádárs in die Agrarlobby und zum anderen durch die Urbanisierungsprozesse, die dazu führte, dass auch die Bauern als ihren neuen Lebensraum die Städte wählten. Mit der Neugründung der Kleinlandwirtepartei 1988 und der geschickten antikommunistischen Rhetorik des Parteivorsitzenden József Torgyán

⁶³⁵ Vgl. Vida et al. 2011, S. 428.

⁶³⁶ Vgl. László Bruszt: Az érdekképviseleti monopóliumok alkonya? [Dämmerung der Interessenvertretungsmonopolen?], in: Kurtán et al. 1989, S. 189-196, hier S. 190.

⁶³⁷ Vgl. ebd.

holte die FgKP bei den ersten freien Wahlen 11,73 Prozent der Listenstimmen und 44 Parlamentsmandate. Die Möglichkeit zur Regierungsbeteiligung mit der national-konservativen Parteikoalition war geschaffen.

Der parteiförmige Nachfolger der Agrarlobby wurde 1989 als Nationale Bauernpartei (MNP-NPP) gegründet. Trotz ihrer Loyalität zu MSZMP setzte sie sich für einen „Dritten Weg“ ein und sympathisierte mit den oppositionellen Kräften. Sie hielt sich jedoch von jeglichen korporatistischen Arrangements fern. Vielmehr strebte sie den Einzug ins Parlament ein. Sie nahm an den Runden-Tisch-Verhandlungen teil und setzte sich für eine Direktwahl des ersten ungarischen Staatspräsidenten ein. Bei den ersten freien Wahlen blieb sie erfolglos und löste sich später auf.⁶³⁸

6.5.3 Agrarpopulistische und urbane Bewegungen

Seit der Mitte der 80er Jahre kam es in Ungarn zu vermehrter Bildung von oppositionellen Versammlungen und Treffen, die vor allem von führenden Intellektuellen initiiert und organisiert wurden. Anders als bei den „Andersdenkenden“ der 60er und 70er Jahre, die das System nicht stürzen, es lediglich reformieren wollten, zielten die „Konferenzen“ der späten 80er Jahre den Sturz des kommunistischen Systems an. Diese Bewegungen sind auch vor dem Hintergrund der Wahlrechtsreform 1983 zu deuten, die aus dem Wunsch nach mehr Wettbewerb der 70er Jahre und den Übergang zum „Mehrheitswahlsystem“ resultierte. Das Wahlgesetz von 1983 schrieb die Aufstellung von mindestens zwei Kandidaten in jedem Wahlkreis vor und trug die Hoffnung in sich, Partei und Staat voneinander zu trennen. Die neue Wahlrechtsreform, die bei den Wahlen 1985 Anwendung fand, stieß im Zentralkomitee der ungarischen Kommunistischen Partei auf Unbehagen. Mehrere Funktionäre berichteten nämlich über den im „Wahlkampf“ anzutreffenden Vertrauensverlust der Bevölkerung gegenüber der Parteiführung.⁶³⁹ Im Zuge der Reformen wurde auch die Erstarkung der gesellschaftlichen Kontrollmechanismen festgestellt.⁶⁴⁰ Die wirtschaftliche Rezession und der Rückgang des Lebensstandards der Bevölkerung schwächten die autoritäre Stellung der Parteiführung zusätzlich. Gesellschaftliche Forderungen auch von Bevölkerungsteilen, die

638 Vgl. ebd., S. 407f.

639 Vgl. István Feitl: Pártvezetés és országgyűlési választások 1949-1988 [Parteiführung und Parlamentswahlen 1949-1988], in: Hubai 2010, S. 302.

640 Vgl. Péter Schmidt: A politikai rendszer és az államszervezet reformja [Das politische System und die Reform der Staatsorganisation], in: Társadalmi Szemle [Gesellschaftliches Review], 1989 (4).

bis dahin die Parteibasis bildeten, wurden immer lauter.⁶⁴¹ Infolge begannen sich, Intellektuelle zu organisieren, um ihre Reformgedanken auszuarbeiten.

6.5.3.1 Oppositionstreffen in Monor 1985

Im Sommer 1985 trafen sich auf einem Campingplatz in Monor (im Komitat Bács-Kiskun) 45 ungarische Intellektuelle, um „unsere Gedanken auszutauschen, da es die bedrückenden Umstände erfordern, dass wir aus dem sich verschlechternden Zustand unserer Gesellschaft und unseres Landes den Ausweg suchen“.⁶⁴² Für das Treffen waren lose Personenzirkel aus den unterschiedlichsten Tätigkeitsfeldern eingeladen, die im poststalinistischen System die Opposition bildeten. Dieses Treffen kann daher in der Geschichte der oppositionellen Bewegungen in Mitteleuropa nach 1956 als Meilenstein gelten. Über das Treffen wurde sogar Gorbatschow informiert.⁶⁴³ Eine der Besonderheiten von Monor war es, dass Denker sowohl aus dem Urbanisten wie auch aus dem „népi“ Kreis zusammentrafen. Das am Treffen Volkswirte (z.B. Tamás Bauer, Soziologen (z.B. Otilia Solt) und „népi“ Schriftsteller wie zum Beispiel Sándor Csoóri und István Csurka, anwesend waren, wurde von Ferenc Donát⁶⁴⁴ mit dem Ziel initiiert, die „Andersdenkenden“ durch den offenen Meinungsaustausch in eine demokratische Opposition zu verwandeln.⁶⁴⁵

Die Differenzen zwischen den Urbanisten und den „népi“ Kreisen beziehungsweise Agrarpopulisten waren dennoch präsent: Sowohl die Festlegung der Konferenz-Inhalte wie auch die Zusammensetzung der eingeladenen Gäste zeugten von der strikten Trennung beider Lager.⁶⁴⁶ Mit dem Tod von Ferenc Donát endete auch die Kooperation beider Gruppen. Auf der von den Urbanisten 1986 organisierten Konferenz anlässlich des 30. Jahrestages der 1956er Revolution waren weder die Reformkommunisten noch die agrarpopulistischen Intellektuellenkreise vertreten.⁶⁴⁷ Dies leitete den Kampf zwischen den beiden Gruppen um die Deutungshoheit über „1956“ ein.

641 Vgl. Wiener 2010, S. 305.

642 Ferenc Donát: Megnyitó szavak [Eröffnungsworte], in: János M. Rainer (Hrsg.): Monori találkozás, 14-16. Juni 1985 [Treffen in Monor, 14-16. Juni 1985], S. 27.

643 Vgl. János M. Rainer: Húsz éve. A „másik Magyarország” Monoron, 1985-ben [Vor 20 Jahren. „Das andere Ungarn“ in Monor, im Jahr 1985], in: Ebd., S. 8.

644 Er galt als illegaler Kommunist, war einer der Initiatoren der „Márciusi Front“ [Märzfront]. Vor ihm schwebte die Idee einer „népfront“, [Volksfront].

645 István Horváth (Ungarischer Innenminister 1980-1985 und 1987-1989) im Interview mit der Autorin am 1. Dezember 2015.

646 Rainer 2005, S. 16.

647 Vgl. Körösi 1989, S. 287.

6.5.3.2 Oppositionstreffen in Lakitelek

Am 27. September 1987 fand in Lakitelek, ebenfalls im Komitat Bács-Kiskun, das Oppositionstreffen von über 140 Intellektuellen statt, wo über die „Chancen und Zukunft des Ungarntums“ diskutiert wurde. Das Treffen in Lakitelek unterschied sich von dem Treffen in Monor dahingehend, als in Lakitelek – in Tradition mit dem 1943 in Balatonszárszó organisierten Treffen von völkischen Schriftstellern – auch nur die „népi“ Vertreter eingeladen wurden.⁶⁴⁸ Hauptveranstalter war Sándor Lezsák,⁶⁴⁹ in dessen Garten das bekannte Zelt von Lakitelek für das Treffen aufgestellt wurde. In Lakitelek wurde erstmalig der Gedanke über die Gründung des MDF zunächst als eine Bewegung (Magyar Demokrata Fórum, Ungarisches Demokratisches Forum) formuliert. Dieser Akt, den sogar Imre Pozsgay⁶⁵⁰ unterstützte, basierte auf dem im Frühling 1987 von der „demokratischen Opposition“ formulierten Gesellschaftsvertrag, der die Reformierung des Staatssozialismus forderte.⁶⁵¹ Allerdings wurde die urbane „Demokratische Opposition“ von diesem Akt ferngehalten, die 1988 ihre eigene Plattform, das Netzwerk der Freien Initiativen (kurz: NETZWERK) ins Leben rief, die jedoch im Vergleich zum parteipolitischen und charismatischen Charakter des MDF einem Intellektuellenclub ähnelte und sich erst Ende 1988 zur Gründung des SZDSZ entschloss.⁶⁵²

Im Hinblick auf die Konfliktstrukturen im Sozialismus ist festzuhalten, dass „even when fairly low levels of change are recorded, these nevertheless might well be sufficient to challenge the notion of freezing“.⁶⁵³ Die Reformen im Sozialismus wurden jeweils vom Staat initiiert und verwirklicht, an denen die Gesellschaft keine Teilhabe hatte, und die Bevölkerung die Repolitisierung lediglich aus der Außenperspektive erleben konnte. Auch die vom Staat als radikal und umfassend verkündete Reformen der 1980er Jahre sind als „traditionelle, von oben gesteuerte Reformen“ anzusehen.⁶⁵⁴ Ervin Csizmadia fasste die

648 Vgl. István Horváth im Interview 2015.

649 Mitbegründer des MDF, Vorsitzender des MDF, später Gründer des Ungarischen Forums, heute Stellvertretender Vorsitzender des Ungarischen Parlaments.

650 1982 zum Generalsekretär der Patriotischen Volksfront ernannt, er galt als Reformkommunist.

651 Vgl. Wiener 2010, S. 305.

652 Vgl. Körösnéyi 1989, S. 287ff.

653 Peter Mair: The freezing hypothesis. An evaluation, in: Lauri Karvonen/Stein Kuhnle (Hrsg.): Party system and voter alignments revisited, London/New York 2002, S. 27-44, hier S. 32.

654 Vgl. Éva Voszka: Reformzsákutca [Einbahnstraße der Reformen], in: Századvég 1988, S. 188-195, hier S. 189.

Opposition der 80er Jahre in fünf Thesen zusammen, deren Inhalte hier in gekürzter Form wiedergegeben werden sollen.⁶⁵⁵

1. Zentrales Element im kádárschen System bildete eine homogene Gesellschaft, die bei dem Systemwechsel weitervererbt wurde;
2. Im Sozialismus gab es kein Institutionensystem, das nach dem Systemwechsel hätte übertragen werden können. Die Interessenverhandlungen erfolgten „entlang von unsichtbaren Kanälen, die zur Entstehung von beidseitigem Abhängigkeitsverhältnis führten, das aber die öffentliche Interessenvertretung blockierte“⁶⁵⁶.
3. Die Opposition, die sich das westliche Wertesystem zu Eigen machte, verpasste es, den ideologischen Wechsel vor dem Hintergrund ihrer Vergangenheit zu reflektieren.
4. Mit dem Vollzug des Systemwechsels wurden Akteure beauftragt, denen der Zugang zur sozialistischen Gesellschaft als Ganzes fehlte.
5. Es gibt keinen Nachlass einer prozeduralen Demokratie. Sie muss erst geschaffen werden.⁶⁵⁷

6.6. Freezing im Sozialismus

Vor der Gesamtkonklusion der Konfliktstrukturen im Sozialismus, lohnt es einen Blick auf das Konzept von Peter Mair aus dem Jahr 2002 zu werfen und sein Modell des differenzierten Freezings auf das ungarische System des Sozialismus zu übertragen.

6.6.1 Abbildung 10: Freezing-Konzept nach Mair

	Parties: Frozen	Parties: Unfrozen
Party system: Frozen	I	II
Party system: Unfrozen	III	IV

Quelle: Mair 2002, S. 41.

⁶⁵⁵ Vgl. Ervin Csizmadia: Hatalom, ellenzék, társadalom a Kádár-rendszerben [Macht, Opposition, Gesellschaft in dem Kádár-System], in: Tibor Valuch 1995, S. 331-337.

⁶⁵⁶ Ebd., S. 336.

⁶⁵⁷ Vgl. ebd., S. 336.

Mair unterscheidet vier verschiedene Prozesse, für die er jeweils unterschiedliche Länderbeispiele anführt. In seinem erweiterten Freezing-Konzept untersucht er nicht nur die Formierung bzw. nicht-Formierung von Parteien, sondern zieht auch die institutionelle Ebene für seine Analyse in Betracht, die die Parteienseigenschaften ebenfalls berücksichtigt. In die erste Kategorie des Freezings, demnach sowohl die Parteien als auch das Parteiensystem gefroren sind, verortet Mair Großbritannien und Westdeutschland der Nachkriegszeit und die erste italienische Republik.⁶⁵⁸ Als zweiten Typus des Freezings definiert er jene Systeme, in denen zwar das Parteiensystem, nicht aber die Parteien gefroren sind. Als Beispiel für die zweite Form des Freezings bringt er die V. Republik in Frankreich, die USA des 20. Jahrhunderts und Irland, in denen sich die Parteiensysteme durch ihre jeweils bipolar gefestigte Parteienstruktur als relativ stabil erwiesen. Die dritte Kategorie ist dadurch gekennzeichnet, dass dort die Parteien, nicht aber das Parteiensystem als Ganzes gefroren sind. Mair zieht als Beispiel die Niederlande des Consociationalism der Epoche 1917 bis 1967 heran, als die Starrheit des Parteiensystems (bedingt durch die dominanten Cleavage-Strukturen) die Koalitionsbildungen von neu gegründeten Parteien blockierte. Systeme, in denen weder die Parteien noch das Parteiensystem gefroren sind, definiert Mair als den vierten Typus. In diese Kategorie ordnet er alle politischen Systeme der postkommunistischen Länder ein.⁶⁵⁹ Mair konkludiert und bezieht sich dabei auf eine seiner früheren empirischen Studien, in der er herausfand, dass politische Systeme, in denen die Parteiensysteme gefroren sind, eine höhere Stabilität aufweisen.⁶⁶⁰

6.6.2 Freezing-Eigenschaften im Sozialismus

Bei Anwendung des Freezing-Modells von Mair auf die Parteienstrukturen und das Parteiensystem im ungarischen Sozialismus zwischen 1947 und 1989, ergibt sich ein differenzierteres Bild. So kann der kurze Zeitraum vor dem Ausbruch des 1956er Aufstandes in die II. Kategorie der Mair'schen Schemata eingeordnet werden, zumal 1956 – trotz des gefrorenen Parteiensystems – zur neuen Parteigründungen gekommen ist. Die zweite Kategorie des Freezings gilt auch für die Phase ab der Mitte der 1980er Jahre bis zum Zusammenbruch des sozialistischen Systems, als es in Ungarn infolge des von Kádár praktizierten Gulaschkommunismus⁶⁶¹ und später der Perestroika neue Parteiformationen

658 Mair 2002, S. 40.

659 Vgl. ebd., S. 40f.

660 Vgl. Stefan Bartolini/Peter Mair: Identity. Competition and Electoral Availability: The Stabilisation of European Electorates 1885-1985, Cambridge 1990, S. 279-307, nach Mair 2002, S. 43.

661 Als „Gulaschkommunismus“ bezeichnet man das ab 1968 von dem ungarischen KP-Führer János Kádár eingeführte wirtschaftliche Reformprogramm, welches das Leben in einer repressiven Diktatur unter

entstanden. Der erste Typus des Freezings, wo die Parteien wie auch das Parteiensystem gefroren sind, gilt für die Zeit der totalitären Diktatur unter Mátyás Rákosi von 1947 bis 1956. Über die Präsenz der eingefrorenen Konflikte zeugen die Neugründungen von historischen Parteien im Jahr 1956 und in den späten 80er Jahren insbesondere entlang der agrarpopulistischen und urbanistischen Diskurse.

6.6.2.1 Abbildung 11: Ungarisches Freezing im Sozialismus

	Parties: Frozen	Parties: Unfrozen
Party system: Frozen	Rákosi: 1947-1956	1956, 1987
Party system: Unfrozen	Kádár: 1985-1990	-

Quelle: Eigene Abbildung anlehnend an Mair 2002.

6.7 Zwischenfazit: Konfliktstrukturen im Sozialismus

Allgemein ist festzuhalten, dass sich die sozialistische Tradition aus der Zeit vor 1948 während des Sozialismus aufgelöst hat. Die neue Tradition ab den 1980er Jahren fand ihren Anschluss nicht an die ungarische liberale Tradition. Vielmehr verkörperte sie eine Denkrichtung, die sich zwar an die gesellschaftlichen Fragen (Kapitalismus durch Globalisierung, Menschenrechte etc.) des britisch-amerikanischen Liberalismus orientierte⁶⁶² und Ende der 80er Jahre diesen als eigenes normatives Wertesystem betrachtete. Dennoch blieb die Selbstreflexion der Akteure über ihren Sinneswandel aus.⁶⁶³ Im Gegensatz zu den Sozialisten reaktivierten die Konservativen die radikale Sprache des rechten Lagers aus der Zwischenkriegszeit, die sie nun mit neuen Inhalten (Kritik des kulturellen Amerikanismus, Migration aus der Dritten Welt etc.) füllten.⁶⁶⁴

Während des Sozialismus haben sich zwar die alten Konflikte gelockert, sind jedoch nicht verschwunden und in Form von latent ideologischen Strömungen zum Teil weiter existent. Davon zeugen auch die Parteibildungen infolge der Tauwetterpolitik nach Stalins Tod und der geduldeten kleinen Freiheiten des Regimes unter János Kádár. Bei den oppositionellen Treffen Mitte der 80er Jahre fand zwar für eine kurze Zeit die Homogenisierung der agrarpopulistischen und urbanen Elite statt, aufgrund der pluralistischen und polarisierten,

sowjetischem Signum erträglich machen sollte. Vgl. z.B.: Paul Lendvai: Die Ungarn. Ein Jahrtausend. Sieger in Niederlagen, München 1999, S. 505ff.

662 Vgl. Takáts 2007, S. 148.

663 Vgl. Csizmadia 1995, S. 336.

664 Vgl. ebd.

von kleinen Intellektuellenkreisen, von oben definierten (Macht)interessen kam es jedoch nicht zu einer Bewegung a lá Solidarnosc. Nach dem oppositionellen Treffen in Lakitelek wurde es offenkundig, dass die Parteigründungen in der postsowjetischen Zeit entlang von Themen, Werten und Symbolen verlaufen werden, die die Entstehung einer, die Parteien von unten stützenden Massenbasis erschwert. Biharis Bezeichnung eines „schwebenden Parteiensystems“ mit zentrifugalem Charakter, das das Zentrum immer mehr abschwächt, hält an dieser Stelle stand.⁶⁶⁵ Im nächsten Kapitel werden mit Berücksichtigung der Ergebnisse der historischen Diskursanalyse die Cleavage-Kategorien für den empirischen Teil angepasst, und die modifizierten Analyseeinheiten bei den Parlamentswahlen 1994, 2006 und 2014 auf wahlgeographische Kontinuitäten untersucht.

665 Vgl. Mihály Bihari: Divergáló pártrendszer és polarizált pártpluralizmus [Divergierendes Parteiensystem und polarisierter Parteipluralismus], in: Ders. 1992, S. 302-317, hier S. 315.

7. Zwischenfazit: Modifizierung der Cleavages für Ungarn

Die Ergebnisse der historischen Konfliktanalyse in dem Untersuchungszeitraum von 1790 bis 1990 lassen einige Modifizierungen an der von Lipset und Rokkan entwickelten Kategorisierung der Cleavage-Strukturen für den Anwendungsfall Ungarn zu, die dazu dienen sollen, im empirischen Teil die an Ungarn angepasste Konfliktkategorien auf wahlgeographische Eigenschaften zu untersuchen. Die historische Analyse ergab, dass es in Ungarn bis 1990 zwei Hauptkonfliktstränge in der Gesellschaft verfestigten, die sich in der Parteiensystementwicklung ebenfalls bemerkbar machten und über bestimmte wahlgeographische Kontinuitäten zeugten. Die historische Untersuchung zeigte bereits auf, dass Cleavages, wenn sie existieren, in Ungarn nicht aus einer links-rechts-Dichotomie entsprungen sind. Vielmehr sind sie Ausdruck der Konflikte zwischen Agrarpopulisten und Urbanisten sowie zwischen Westernizern vs. Traditionalisten, die in der empirischen Untersuchung auf ihre wahlgeographischen Abbildungen geprüft werden. Folglich bleibt im weiteren Verlauf die klassische links-rechts Einordnung des ungarischen Parteiensystems unberücksichtigt. Im nächsten Schritt werden die für die weitere Analyse relevanten Konfliktkategorien bestimmt, und die ökonomischen und die kulturellen Konflikte für den Anwendungsfall Ungarn definiert.

7.1 Abbildung 12: Ausprägung der kulturellen und ökonomische Konflikte 1790-1947

		Kulturelle Konflikte	
		Stark	Schwach
Ökonomische Konflikte	Stark	1931-1947	1918-1931
	Schwach	1790 1832-1848 Dualismus (1867-1918)	1848-1867
		Sozialismus (1947-1990)	

Eigene Darstellung (anlehnd an die Einordnung von Dogan, in: Starvonen/Kuhnle 2001⁶⁶⁶, S. 98.).

666 Vgl. Mattei Dognan: Class, religion, party. Triple decline of electoral cleavages in Western Europe, in: Lauri Karvonen/Stein Kuhnle (Hrsg.): Party Systems and voter alignments revisited, London/New York 2001, S. 93-114, hier S. 98.

7.2 Ökonomische Konflikte

Auf der ökonomischen Ebene standen die Anhänger der christlich-nationalen Werte, die Vertreter der Interessen der Bauernschaft sowie die „népi“ Intellektuellen und die Vertreter von westlichen, liberalen Werten, den Verfechtern der städtischen Interessen, des städtischen Kapitals, sowie der jüdischen Bevölkerung und den Sozialdemokraten gegenüber. In die erste Gruppe gehören jene konträren Werte, die nach der Theorie von Lipset und Rokkan auf die industrielle Revolution zurückzuführen sind. Die Autoren definieren dabei die Gegensatzpaare Arbeit versus Kapital und Stadt versus Land. Im historischen Ungarn entfaltete sich der Geist der industriellen Revolution insbesondere erst nach 1867, als zwei Gesellschaftssysteme im Sinne der Cleavage-Theorie entstanden sind und diese sich in der ungarischen Parteiensystementwicklung widerspiegelten. Die Diskurse in der österreich-ungarischen Monarchie, des Dualismus, der Zwischenkriegszeit und des Sozialismus – wenn beim letzteren wesentlich beschränkter - zeigen, dass die beiden ökonomischen Konfliktpaare nicht voneinander zu trennen sind. Vielmehr bilden sie und ihre Attribute bedeutende Bestandteile des historischen Konflikts zwischen Urbanisten und Agrarpopulisten.

Urbanisten vs. Agrarpopulisten-Begriffspaare: Völkisch vs. Liberal, Bauer vs. Arbeiter, Stadt vs. Land, Juden vs. Nicht-Juden, Arbeit vs. Kapital, links vs. rechts.

7.3 Kulturelle Konflikte

Auf der kulturellen Ebene fanden sich die habsburgtreuen (später mäßigen habsburggegnerschen) aristokratischen Herren, die Magnaten, die Großbourgeoisie, die um die Erhaltung ihrer privilegierten Vorrechte den staatsrechtlichen Status quo immer wieder legitimierten dem habsburggegnerschen, oppositionellen, armen Volk gegenüber, das sich als wahrer Revolutionär das Ziel verfolgte, sich in die Nation zu heben. Auf der kulturellen Achse platzierten Lipset und Rokkan die Zentrum-Peripherie und die Staat-Kirche Cleavages, die sie auf die Ereignisse der Nationalen Revolution zurückführten. In Ungarn fand die nationale Revolution stets als Positionierung gegenüber den fremden Mächten statt, die die Lager der 67er vs. 48er, der Westernizer vs. Traditionalisten und die der Legitimisten und der Oppositionellen hervorbrachte. Der religiöse Konflikt verlagerte sich nach 1918 in den Konflikt zwischen den Legitimisten und den Oppositionellen, in dem die Legitimisten mehrheitlich Mitglieder der reformierten und die Oppositionellen der katholischen Kirche

waren. Folglich gilt auch hier, dass die beiden Konfliktpaare im Sinne der modifizierten Kategorien voneinander nicht zu trennen sind.

Westernizer vs. Traditionalisten - Begriffspaare: Regierende vs. Regierten, Reich vs. Arm, Herren vs. Volk, Oberschicht vs. Unterschicht, Protestanten vs. Katholiken, Westen vs. Osten, EU vs. Nationalstaat.

7.4 Abbildung 13: Wahlgeographische Kontinuitäten 1790-1947

Die historischen Konflikte vor dem Hintergrund der wahlgeographischen Charakteristika lassen sich die kulturellen und die ökonomischen Konfliktstrukturen nach dem Maß ihrer Ausprägung bei den untersuchten Wahlen darstellen. Die wahlgeographischen Eigenschaften bis 1947 zeichnet die folgende Tabelle auf:

		Kulturelle Konflikte	
		Westernizer	Traditionalisten
Ökonomische Konflikte	1790-1947	<p>Komitate:</p> <p>Bács, Baranya, Esztergom, Moson und Veszprém. Moson, Sopron, Westliche Teile von Vas und Zala, Baranya, Veszprém, Komárom</p> <p>Größere Städte und die Hauptstadt</p> <p>Unterhalb der geo-ideologischen Linie: Balaton-Ráckeve-Karcag-Ózd</p>	<p>Komitate:</p> <p>Békés, Bihar, Borsod, Csongrád, Heves, Nógrád, Pest und Szabolcs, Zemplén, Fejér, Östliche Teile von Zala, und die Städte Esztergom, Székesfehérvár, Miskolc (50-70%)</p> <p>Einige Städte in West-Transdanubiens: Zalaegerszeg, Zalaszentgrót, Letenye, Baksa, Nagykanizsa, Keszthely, Zúrány, Magyaróvár, Kőszeg, Sárvár.</p> <p>Oberhalb der geo-ideologischen Linie: Balaton-Ráckeve-Karcag-Ózd</p> <p>Legitimisten: Einige Bezirke in Budapest, Ungarisch-österreichische Grenzstadt Körmend und in West-Transdanubien.</p>
		Urbanisten	Agrarpopulisten

1918-1947	Städte: Budapest, Pécs, Miskolc, Salgótarján, Szeged und Tatabánya Komitate: Pest, Békés, Komárom-Esztergom und Csanád	Tiefebene Städte: Kecskemét, Jászberény, Szekszárd, Nyíregyháza Komitate: Vas, Zala, Somogy, Baranya
------------------	---	--

Eigene Darstellung.

Aus der Tabelle wird es ersichtlich, dass bis zum Zusammenbruch der österreich-ungarischen Monarchie in Ungarn aus wahlgeographischer Sicht insbesondere die kulturelle Achse, also die Konflikte zwischen den Westernizern und Traditionalisten dominierten. Die Gegensätze zwischen den Urbanisten und Agrarpopulisten kommen aus wahlgeographischer Sicht in den Anfangsjahren der Zwischenkriegszeit zur Geltung und werden ab den 1930er Jahren durch den „Rechtsruck“ zunächst in den Hintergrund gedrängt. Im Sozialismus jedoch wird der Gegensatz zwischen den Urbanisten und den „Népiek“ erneut ausgetragen. Aufgrund der gesteuerten Wahlergebnisse und der fehlenden Datenlage hinsichtlich eines heterogenen Wahlverhaltens konnte dieser Gegensatz aus wahlgeographischen Gesichtspunkten nicht untersucht werden.

Insgesamt gilt, dass auf der kulturellen Ebene die Westernizer in den Komitaten Bács, Baranya, Esztergom, Moson und Veszprém, Moson, Sopron, in den westlichen Teilen von Vas und Zala, in Baranya und Komárom sowie in den größeren Städten und in der Hauptstadt Erfolge erzielten.

Die Traditionalisten konnten in den Komitaten Békés, Bihar, Borsod, Csongrád, Heves, Nógrád, Pest und Szabolcs, Zemplén, Fejér und im östlichen Teil von Zala sowie in den Städten mit starker christlicher Tradition wie in Székesfehérvár und Esztergom ihre Hochburgen ausbauen. Auch die nordöstliche Stadt Miskolc gehörte zu den Bastionen der Traditionalisten wie auch die Städte Zalaegerszeg, Zalaszentgrót, Letenye, Baksa, Nagykanizsa, Keszthely, Zúrány, Magyaróvár, Köszeg und Sárvár in West-Transdanubien.

Das westliche Transdanubien galt auch für die Legitimisten als bedeutendes Zentrum. Die Vermutung liegt nahe, dass die geographische Nähe zu Österreich auf das Wahlverhalten der aristokratischen Anhänger des Habsburghauses auswirkte.

Die Literatur, die sich mit politischer Geographie beschäftigt teilt die radikalen Kräfte der 30er Jahre in demokratische und anti-demokratische – rechtsextreme und nationalsozialistische – Parteien auf. Demokratische Parteien erhielten unterhalb der geo-

ideologischen Linie: Balaton-Ráckeve-Karcag-Ózd den meisten Zuspruch, anti-demokratische Kräfte triumphierten oberhalb dieser geographischen Linie.

Der Streit zwischen Urbanisten und Agrarpopulisten entlang der ökonomischen Achse äußerte sich aus wahlgeographischer Sicht entsprechend ihren programmatischen Schwerpunkten. Die Vertreter der städtischen Interessen waren allen voran in den Städten, die Agrarpopulisten auf der Tiefebene und in den agrarisch geprägten Regionen am meisten erfolgreich.

Im Folgenden gilt es zu prüfen, wie sich aus wahlgeographischer Perspektive die historischen Konflikte auf der ökonomischen und auf der kulturellen Ebene nach 1990 präsentieren.

8. Konfliktstrukturen nach 1990

Für den Zeitraum des Sozialismus gilt es, dass die im Untersuchungszeitraum von 1790 bis 1947 vorgefundenen tradierten Konfliktstrukturen aufgrund des Freezings im Sozialismus und durch ihre Eigenschaft, jederzeit aktiviert werden zu können, latent weiter existierten. Auf der Grundlage der Diskursanalyse und der persönlichen Gesprächen mit Parteipolitikern auf lokaler und nationaler Ebene konnte die Freezing-These bestätigt werden, wonach im Sozialismus keine neuen Cleavages entstanden sind. Die historischen Konfliktlinien waren ab der Mitte der 1950er Jahre lediglich für eine kurze Zeit, später nur noch unterschwellig vorhanden und zeigten auf den Einfriereffekt keine Wirkung. Die Untersuchung zeigte jedoch auf, dass Konflikte auf der ökonomischen Achse, speziell zwischen Agrarpopulisten und Urbanisten in der Gestalt der Agrar- und Industrielobby auch während des Sozialismus Teil der parteipolitischen wie auch der Debatten in den Intellektuellenzirkeln bildeten.

In der empirischen Analyse der Konfliktstrukturen und der Parteienentwicklung nach 1989/1990 wird auf die wahlgeographische Ausprägung des agrarpopulistischen und des urbanen Diskurses gesondert eingegangen. Im Sinne der Rokkan'schen Annahme kann 1989/1990 in der europäischen Geschichte als Ausgangspunkt für das Wiederaufleben der „nationalen Revolution“ gelten,⁶⁶⁷ was sich in Ungarn ähnlich wie nach dem I. Weltkrieg und dem Vertrag von Trianon 1920 entlang der kulturellen Konfliktlinien, innerhalb der Konflikte zwischen Legitimisten und Oppositionellen beziehungsweise zwischen den Vertretern und den Skeptikern eines Nationalstaates äußerte.

8.1 Die Etablierung des Staatskorporatismus

Der ungarische Korporatismus nach 1990 geht zurück auf den 1988 gegründeten „Landesrat für Interessenabstimmung“⁶⁶⁸ (kurz OÉT), der hauptsächlich unter staatlicher Aufsicht funktionierte. Der tripartite Charakter sollte durch den staatlich-gesellschaftlich-wirtschaftlichen Dialog erreicht werden. Allerdings wurde die praktische Umsetzung jenes Dialogs von Regierung zu Regierung neu definiert.⁶⁶⁹ Das System erfuhr im Laufe der Jahre mehrerer Umwandlungen von einem „extrem pluralistischen“ und asymmetrischen System

667 Vgl. György Márkus: Törésvonalak szerveződése és a kulturális politizálás centralizálása Magyarországon. Egyedi eset vagy általános modell? [Struktur der Cleavages und die Zentralisierung des kulturellen Politisierens in Ungarn. Sonderfall oder allgemeines Modell?], in: István Stumpf (Hrsg.): Két választás között [Zwischen zwei Wahlen], Budapest 1997, S. 107-115, hier S. 110.

668 Országos Érdekegyeztető Tanács.

669 Dieringer 2009, S. 329.

unter der Antall-Regierung über den Umbau zu einem Konsultationsorgan ohne Einbindung in die Gesetzgebungsprozesse unter der Horn-Regierung bis hin zur gänzlichen Bedeutungsverlust und Ersetzung durch den Landesrat für Arbeitsfragen unter der ersten Orbán-Regierung.⁶⁷⁰

Auch die Vertreter der Urbanisten und Populisten fanden nach 1990 keinen Eingang in den OÉT. Sie traten nach 1990 als frühere Arbeiterkader in den politischen Hintergrund oder gründeten aus den intellektuellen Bewegungen Parteien, die oftmals als eine „übereilte Parteiformierung“ mit „einer Schicht von qualifizierten Technokraten“ bezeichnet wird.⁶⁷¹ In seiner Analyse über den ungarischen Korporatismus stellt Brusis fest, dass die „funktionale Unersetzbarkeit der Technokraten den Handlungsspielraum der postsozialistischen Regierung begrenzt, die erst nach und nach ökonomische Schlüsselpositionen mit den eigenen Leuten besetzen kann“.⁶⁷² Zudem zieht Brusis im Hinblick auf die Hindernisse von korporatistischen Arrangements in Ungarn den Schluss, dass „der ausgehandelte Übergang eine Vertrauenslücke zwischen Eliten und Gesellschaft gelassen hat. Die Bindungsfähigkeit der intermediären Akteure ist begrenzt, sie verfügen nicht über eine breite, mobilisierte und unterstützungsbereite Mitgliederbasis“.⁶⁷³ Auch Dieringer konstatiert, dass der tripartite Interessenausgleich „eine Randerscheinung bleibt“.⁶⁷⁴ Vor diesem Hintergrund bleiben in der weiteren Analyse die Akteure des ungarischen Interessenausgleichs als funktionale Äquivalente unberücksichtigt.

Im nächsten Kapitel sollen exemplarisch Parlamentswahlen aus der Transformationsphase (1994), der Konsolidierungsphase (2006) und der Umbruchphase (2014) auf wahlgeographische Kontinuitäten und Diskontinuitäten untersucht werden, um die tradierten Konfliktstrukturen des ungarischen Gesellschafts- und Parteiensystems definieren zu können.

670 Vgl. ebd., S. 330ff.

671 Brusis 1994, S. 4.

672 Ebd.

673 Ebd., S. 13.

674 Dieringer 2009, S. 335.

8.2. Die ungarischen Parlamentswahlen 1994

8.2.1 Parteipolitische Ausgangslage

Im Zuge der Parlamentswahlen 1994 schafften - trotz der Erhöhung der Parlamentshürde von 4 auf 5 Prozent - jene sechs Parteien (MDF, SZDSZ, MSZP, KDNP, Fidesz und FGKP) den Einzug ins Parlament, die auch bei den ersten freien Wahlen 1990 Parlamentsmandate sichern konnten. Diese Kontinuität und die Ausfüllung der vollen, vierjährigen Legislaturperiode von der Antall-Regierung zeugten von einer gewissen Stabilität des Parteiensystems. Diese formale Stabilität ließ jedoch die ungarische Gesellschaft unberührt.

Die Erwartungen der Bevölkerung nach dem Motto: „Arbeiten wie im Osten, leben wie im Westen“⁶⁷⁵ nach den ersten freien Wahlen 1990 haben sich nicht bestätigt. Die Eurobarometer-Umfrage von 1993 fragte die Bevölkerung der postsozialistischen Länder u.a. nach ihrer Einstellung zu wirtschaftlicher Situation und zu Reformen. 66 Prozent der Befragten gaben an, die „Situation des Landes würde insgesamt in eine schlechte Richtung“ laufen. Bei einer ähnlichen Eurobarometer-Umfrage 1994 berichteten erneut 66 Prozent der ungarischen Befragten, dass sich ihre „persönliche finanzielle Situation im Vergleich zu 12 Monaten zuvor“ verschlechtert hat.⁶⁷⁶

Die allgemein verbreitete pessimistische Grundbesinnung drückte sich auch im Wahlverhalten von 1994 aus, als die Bevölkerung die MDF-FGKP-KDNP-Regierung abwählte und mehrheitlich für die Sozialisten votierte. Die MSZP nutzte das Missgeschick der ersten Mitte-Rechts-Regierungskoalition aus und etablierte sich bis Mitte der 90er Jahre als eine der erfolgreichsten Parteien. Zudem gelang es ihr, innerhalb von einigen Jahren das Vertrauen der „linken“ Wähler (wieder) zu gewinnen, das im Zuge des Zusammenbruchs des Sozialismus und der Umwandlung der MSZMP in die MSZP am 7. Oktober 1989 verlorengegangen war.

8.2.2 Konfliktstrukturen bei den Parlamentswahlen 1994

Nach ihren anfänglichen Orientierungsschwierigkeiten nach dem Systemwechsel begannen die Parteien, ab der Mitte der 90er Jahre an ihrem ideologischen Profil zu arbeiten. Aus soziologischer Perspektive galten die Wahlen 1990 als die ersten freien Wahlen, jene von 1994 als die „founding elections“. Die Parlamentswahlen von 1994 waren im Gegensatz zu

675 Kiszelly Zoltán: Wie konnten die Postkommunisten in Ungarn erfolgreich bleiben?, in: Hans-Joachim-Veen et al. (Hrsg.): Parteien in jungen Demokratien. Zwischen Fragilität und Stabilisierung in Ostmitteleuropa, Köln 2008, S. 127-148, hier S. 143.

676 Vgl. Gázsó/Stumpf 1995, S. 583ff.

1990 nicht von der Negierung des alten Systems bestimmt, sondern standen im Zeichen des Pluralismus. Die Ausgangsposition der oppositionellen Kräfte war durch den an die erste Regierungskoalition gerichteten Vorwurf begünstigt, das Land an den Rand eines Staatsbankrotts geführt zu haben. Der Antall-Regierung wurde zudem vorgehalten, dass sie weder die von den legacies des alten Systems hervorgerufene Transformationskrise überwinden noch „neue“, vor allem wirtschaftliche Krisensituationen bewältigen konnte. Die verfehlte und von Bürokratie und Korruption durchflochtene Wirtschaftspolitik hatte eine massenhafte Langzeitarbeitslosigkeit, den drastischen Rückgang der landwirtschaftlichen Produktion, den Verlust der östlichen Märkte und somit den Bedeutungsverlust der Industrie und die Verarmung der ungarischen Bevölkerung zur Folge.⁶⁷⁷ Auf die Konfliktstrukturen der 90er Jahre wirkten die wirtschaftliche Rezession, die öffentlich gewordenen Korruptionsskandale und schließlich die (N)ostalgie der Bevölkerung gegenüber dem Kádár-Regime. Diese Missstände schufen den Postkommunisten neue Möglichkeiten auf dem parteipolitischen Terrain.

8.2.2.1 Kulturelle Konflikte: Westernizer vs. Traditionalisten

Als bedeutendste Herausforderer der MDF-FGKP-KDNP-Regierung galten der Fidesz, der SZDSZ und die MSZP. Fidesz setzte seine antikommunistische Imagebildung verstärkt fort, und nahm zunehmend die oppositionelle Haltung ein. Während des Wahlkampfes von 1994 milderte der SZDSZ seinen liberalen Radikalismus, und auch der konservativ liberale Kurs des Fraktionsvorsitzenden Péter Tölgyessy, der die Partei mit Fidesz verband, konnte sich innerhalb des liberalen Lagers langfristig nicht durchsetzen. Im November 1992 kam es nach einer einjährigen Amtszeit von Tölgyessy zum Wechsel an der Parteispitze. Zum neuen Parteilvorsitzenden wurde der Mitbegründer des SZDSZ, der Historiker Iván Pető gewählt, der bis 1997 das Amt bekleidete. Im liberalen antikommunistischen Block nahmen der Fidesz, der SZDSZ, die ASZ⁶⁷⁸ und die VP⁶⁷⁹ Platz.⁶⁸⁰ Um Wählerstimmen rangen sie im Wahlkampf 1994 ähnlich zu den Strategien von 1990 mit der scharfen Verurteilung des sozialistischen Systems. Der Fidesz-Wahlkampf gestaltete sich ideenlos. Analog zum Wahlkampf von 1990 stand 1994 auf seinen Wahlplakaten der wenig aussagekräftige

677 Vgl. Mihály Bihari: Parlamenti választások és kormányváltás Magyarországon 1994-ben [Parlamentwahlen und Regierungswechsel in Ungarn 1994], in: Sándor Kurtán et al. (Hrsg.): Magyarország politikai évkönyve I [Politisches Jahrbuch Ungarns], Budapest 1995, S. 30-43., hier S. 31f.

678 Agrárszövetség, kurz ASZ [Agrarbund].

679 Vállalkozók Pártja, kurz VP [Partei der Unternehmer].

680 Vgl. Grotz 1998, S. 636.

Aufruf: „Wenn dir die Banane langweilig ist, wähle die Orange“⁶⁸¹. Dies brachte nicht den erwarteten Ergebnisse mit sich, die der Bund vor dem Hintergrund seiner hohen Popularitätswerte vermutete. Fidesz gelang es, als einzige Partei, ihre Wählerbasis von 1990 an sich zu binden und auch für die von der Systemwechsel-Regierung enttäuschten Wählerschichten eine Alternative zu bieten. 1992 konnten die Jungdemokraten mehr Wählerstimmen hinter sich wissen, als die SZDSZ und MDF zusammen. Diese Sympathiewerte sanken jedoch bis 1994 drastisch ab.⁶⁸² Der MSZP gelang es, die Führung bei den Meinungsumfragen zu übernehmen, die auf den geschickten Wahlkampf mit dem Slogan „Zuverlässige Lösung“⁶⁸³ als gut verkaufte wirtschaftliche Lösungsstrategie zurückzuführen ist. Im Gegensatz gelang es dem MDF nicht, sich von den religiös-konservativen Werten zu distanzieren. Das Forum bildete zusammen mit der KDNP und dem „liberalen Block“ den Gegenpol zu MSZP und zu SZDSZ. Im Wahlkampf definierte sich das MDF weiterhin als der Kämpfer gegen die Erblasten des kommunistischen Systems. Der SZDSZ näherte sich nach der ersten Wahlrunde aufgrund der möglichen Aussichten auf eine gemeinsame Regierungsbildung mit der MSZP und der Verschlechterung der Beziehungen zu Fidesz immer mehr den Sozialisten an. Die frühere Zusammenarbeit von führenden Intellektuellen des SZDSZ und der MSZP in der 1991 gegründeten Demokratischen Charta, die sich für den Schutz der neuen Demokratien stark machte, stimmte ebenfalls für den Plan einer MSZP-SZDSZ Koalitionsbildung. Die künftige gemeinsame Zusammenarbeit auf der Grundlage der „Ideologie der Modernisierung“⁶⁸⁴ wurde von der antiliberalen Einstellung der Antall-Regierung zusätzlich gestärkt. Für die MSZP, die mit 33 Prozent der Stimmen 54 Prozent der Mandate errang, bedeutete der SZDSZ einen Legitimationsausgleich und zugleich einen Partner in der Teilung der Verantwortlichkeiten im Zuge der bevorstehenden Reformen.⁶⁸⁵

Das MDF, das einst aus den Bewegungen der „népi“ Schriftsteller entstand, betonte im Wahlkampf von 1994 sein antikommunistisches Profil. In seinem ausführlichen

681 „Ha unod a banánt, válaszd a narancsot“, ebd.

682 Vgl. Tibor Závecz: A pártok megítélése a két választás között [Parteiensympathien zwischen den zwei Wahlen], in: Rudolf Andorka, Tamás Kolosi, György Vukovich (Hrsg.): Társadalmi riport 1994 [Gesellschaftsreport 1994], Budapest 1994, S. 447-459., hier S. 450f.

683 „Megbízható megoldás“ [Zuverlässige Lösung] stand auf dem Wahlplakat der MSZP vor dem Foto des künftigen Ministerpräsidenten Gyula Horn.

684 András Bozóki: The Ideology of Modernization and the Policy of Materialism: The Day After the Socialists, in: Journal of Communist Studies and Transition Politics, Jg. 13, 1997 (3), S. 56-102.

685 Vgl. Sándor Kurtán: Wahlen in Ungarn. Fakten und Folgen seit Mai 1994, in: ZParl, Sonderband zum 25jährigen Bestehen, Winfried Steffani/Uwe Thaysen (Hrsg.): Demokratie in Europa: Zur Rolle der Parlamente, 1995 Opladen, S. 340-354, hier S. 350f.

Wahlprogramm „Sichere Schritte, friedliche Zukunft“⁶⁸⁶ kam es zur erneuten Verurteilung des Kommunismus und des Sozialismus. Daneben wurde die Fortführung des christlichen Erbes unterstrichen, das von im Winter 1993 verstorbenen Ministerpräsidenten József Antall vertreten war. Der Tod von Antall schwächte das Ansehen des MDF in der Bevölkerung zusätzlich, das bereits unter der Einführung des verpflichtenden Religionsunterrichts und der Exklusion breiter Intellektuellenschichten, die sich gegen die „Wiederkehr des Horthysystems“ auflehnten, litt.⁶⁸⁷

Die Christliche Demokratische Partei führte hingegen einen pragmatischen Wahlkampf und betonte in ihrem 15 seitigen Programm: „Ungarn (die Bevölkerung): 4 Jahre Anstrengung, Ungarn (das Land): 4 Jahre Fortschritt“⁶⁸⁸ die Erfolge ihrer Regierungszeit. Die Versprechungen über wirtschaftliche Entwicklung, den Aufschwung der landwirtschaftlichen Produktion und die Gründung von Bildungseinrichtungen stießen in der Bevölkerung jedoch auf negative Resonanz.⁶⁸⁹ Die Kampagne wirkte in Zeiten der „Verunsicherung, der Instabilität, und der Perspektivlosigkeit“⁶⁹⁰ gerade paradox und führte zur gesellschaftlichen Nostalgie nach der politisch wie ökonomisch „stabilen“ Epoche während des Kádár-Regimes.⁶⁹¹

Die Wahlen 1994 zeigten die Konflikte zwischen den Legitimisten und Oppositionellen deutlich auf. Insbesondere die interessengesteuerte Zustimmung des SZDSZ zur Koalitionsbildung mit der MSZP, die im Sinne der personellen Zusammensetzung als Nachfolgepartei der früheren kommunistischen MSZMP galt, brachte die Gegensätze zwischen den Oppositionellen, die weiterhin mit dem kommunistischen System brechen wollten und den Legitimisten, die als mäßige Gegner des Sozialismus galten, an die Oberfläche. Die viel kritisierte Koalitionsbereitschaft des SZDSZ mit der MSZP ist vor dem Hintergrund, dass der SZDSZ 1988 als einzige Partei von der Notwendigkeit eines Systemwechsels sprach nur durch ein opportunistisches Argumentationsmuster erklärbar.

686 „Biztos lépések, nyugodt jövő“, Vgl. Papp Sándor et al.: Ders., Budapest 1994.

687 Vgl. József Nagy: Kéri László írása [Schrift von László Kéri], vom 10. März 2006, auf: 168ora.hu, unter: <http://www.168ora.hu/cikk.php?id=4888>, zuletzt abgerufen am 15.1.2016.

688 Amt des Ministerpräsidenten (Hrsg.): „Magyarok: 4 év erőfeszítés, Magyarország: 4 év haladás“ [Ungarn (die Bevölkerung): 4 Jahre Anstrengung, Ungarn (das Land): 4 Jahre Fortschritt], Budapest 1994.

689 Vgl. Antal Böhm (1995): Választási magatartások. A szavazás politikai kultúrája [Wahlverhalten. Die politische Kultur des Wählens], in: Ders. Et al. (Hrsg.): Parlamenti választások 1994 [Parlamentswahlen 1994], Budapest 1994.

690 Ferenc Pataki: Rendszerváltás és bűnbakok [Systemwechsel und Sündenböcke], 2000 Budapest, S. 126.

691 Vgl. Zoltán Lakner: Utak és útvésztlők. Az MSZP húsz éve [Wege und Irrwege. 20 Jahre MSZP], Budapest 2011, S. 38.

Der überraschende Sieg der MSZP bedeutete gleichzeitig die „Rehabilitation“ der alten Kader.⁶⁹² Der technokratische und in die Zukunft gerichtete Zugang der MSZP und die Distanzierung ihrer Funktionäre von den Verbrechen im Sozialismus stärkte die ideologische, in die Vergangenheit gerichtete Sicht der Antikommunisten.⁶⁹³

Infolge der Parlamentswahlen 1994 spaltete sich das Parteiensystem in das Lager der radikalen Gegner und der mäßigen Ablehner des Vorgängersystems. Als Legitimisten galten die MSZP und der SZDSZ, als Oppositionelle der Fidesz, die KDNP, das MDF und die FGKP. Für die Spaltung sorgte das Feindbild in der Gestalt der russischen Besatzer. Die Analogie zu 1867, als damals der österreichische Hegemon zum Staatsfeind Nummer 1 berufen wurde, ist unübersehbar. Die Polarisierungstendenzen bediente auch der verstärkt personalisierte Wahlkampf der Parteivorsitzenden. Aus Fidesz wurde die Orbán-, aus der FGKP die Torgyán, aus dem MDF die Boross-, aus der KDNP die Surján- und aus der MIÉP die Csurka-Partei. Auch im MSZP- und SZDSZ-Wahlkampf überwogen die personalisierten Komponenten um den beiden Parteivorsitzenden Gyula Horn und Gábor Kunce.⁶⁹⁴

8.2.2.1.1 Die Rolle der Kirchen

Unter den National-Konservativen konnte die KDNP bei den Wahlen 1994 die besten Ergebnisse erzielen und neben der MSZP als einzige Partei ihre parlamentarische Repräsentation verfestigen. Vor dem Hintergrund des Wählerprofils der KDNP, demnach für ihre Wähler der wichtigste Wahlfaktor in der Religiosität bestand, war das Ergebnis insofern überraschend, als die KDNP 1994 einen säkularen Wahlkampf führte. Innerhalb der KDNP-Wählerschaft gaben 1994 89 Prozent der Befragten mit starker Parteibindung an, die KDNP aufgrund der Religiosität gewählt zu haben. Auch bei Wählern mit geringer Parteibindung spielte die Religion die wichtigste Rolle.⁶⁹⁵ Die Stellung der Kirchen im politischen System und Diskurse über Religion als Teil des Wertesystems spielten im Wahlkampf von 1994 jedoch kaum eine Rolle. Die christliche Tradition Ungarns betonte lediglich das regierende MDF. Die geringe Konfliktträchtigkeit der Kirche war auch dem Umstand verschuldet, dass am Anfang der 90er Jahre die Finanzierungsgesetze von religiösen Einrichtungen gerade am Entstehen und die Entschädigungsansprüche der im II. Weltkrieg enteigneten kirchlichen Immobilien erst vor kurzem gestellt wurden. Zudem

692 Vgl. ebd., S. 39.

693 Vgl. ebd.

694 Nagy 2006.

695 Vgl. Gázsó/Stumpf 1995, S. 575.

wurden die Kompetenzbereiche der religiösen Einrichtungen erst infolge des Beschlusses des Verfassungsgerichts 4/1993⁶⁹⁶, der die Trennung zwischen Kirche und Staat behandelt, definiert. Dort sah der Staat für die Kirche soziale Vorsorgefunktionen vor, denen – wie es sich später herausstellte – die Kirchen nicht gerecht werden konnten. Die Vermutung, wonach sich die KDNP in der Umbruchzeit, als die Missstimmungen innerhalb der Kirchen erstmals laut wurden, von religiös-institutionellen Fragen bewusst ferngehalten hat, gewinnt vor diesem Hintergrund an Legitimation. Zudem lastete auf ihr die negative Erfahrung der Vergangenheit, sich zu wenig profilieren zu können. Ihre parteipolitische Schattenrolle wurde auch durch die Akzentuierung der christlich-konservativen Werte als eine der tragenden parteiprogrammatischen Säulen der Antall-Regierung bekräftigt. Innerhalb der Regierung wurde die kirchliche Fürsorge erstmalig von den Kleinlandwirten formuliert, als sie das Konzept der kirchlichen Bodenentschädigungen ausarbeiteten.

8.2.2.2 Ökonomische Konflikte: Urbanisten vs. Agrarpopulisten

Die innere Krise und der Ansehensverlust des MDF übertrug den 1990 noch vom MDF geführten „népi“ Diskurs auf die Kleinlandwirte, die nun als Unabhängige Partei der Kleinlandwirte (FGKP) mit einem agrarpopulistischen Programm den ersten Riss in der MDF-KDNP-FGKP Regierungskoalition signalisierte. Für den Wahlkampf 1994 wandelte sie sich zu einer Kümmererpartei der kleinen Leute. Zu ihrem charismatischen Sprachrohr wurde der Bauer und Schriftsteller József Torgyán. Im Zentrum seiner Politik standen die Ablehnung der marktwirtschaftlichen „Reprivatisierung“ und die Forderung nach der Rückgabe der Bodenbesitze an die ursprünglichen Eigentümer und ihre Nachkommen. Im Wahlkampf versprachen die Kleinlandwirte sich, neben den Interessen der Kleinlandwirte, für das ungarische Land und die Familien einzusetzen. Dies unterstrichen sie mit den Slogans: „Die Heimat ist nicht zu verkaufen“⁶⁹⁷; „Wenn es Familien nicht gibt, gibt es auch keine Heimat“.⁶⁹⁸ Die ideologische Nähe der FGKP zum Land und Boden wurde mit ihrem neuen Logo der Weizenähre symbolträchtig unterstrichen.⁶⁹⁹ Der smarte Parteigründer und -Vorsitzende Torgyán schlug sowohl das MDF wie auch die im Zuge der innerparteilichen Streitigkeiten entstandene Partei der Vereinigten Kleinlandwirtepartei⁷⁰⁰ mit ihren eigenen Waffen, nämlich der antisozialistischen Rhetorik, die ihre Wählerbasis aus dem Kreis der

696 Vgl. Bernadett Szilágyi: *Az egyházak finanszírozásának kérdései* [Die Finanzierungsfragen der Kirchen], Dissertationsschrift, unveröff., Debrecen 2014, S. 19.

697 „A haza nem eladó“.

698 „Ha család nincs, haza sincs.“

699 Vgl. Nagy 2006.

700 Egyesült Kisgazdapárt (kurz EGKP) erzielte 1994 lediglich 0,82 Prozent der abgegebenen Stimmen.

durch die Produktionsgenossenschaften enteigneten kleinen und mittleren Bauernschaft akquirierte.⁷⁰¹ Trotz des bedeutenden Erfolgseinbüßens zogen sie mit 26 Abgeordneten ins Parlament ein.⁷⁰²

Die Position der Urbanisten vertraten am ehesten die MSZP und die SZDSZ, die gemeinsam das oppositionelle Lager des antisozialistischen und antiliberalen Kurses der Antall-Regierung bildeten. Auch in ihrem Wahlkampf bedienten sie sich des technischen Instrumentariums der Modernisierung. Die Sozialisten und die Liberalen drückten ihre Modernität in ihren Werbefilmen durch die symbolische Verwendung von Computern aus. Kandidaten beider Parteien präsentierten sich in mit Computern ausgestatteten Büros. Die Wahlplakate symbolisierten den Wunsch nach Fortschritt und Modernisierung: Abgelenkt wurden die Arbeiten am Straßenbau und Politiker in westeuropäischen Luxusautos, die die Bedeutung der ungarischen Autoindustrie und die Zugehörigkeit Ungarns zum Westen betonen sollten. Die bildhaften und modernen Wahlinstrumente verwendeten sowohl Regierungs- wie auch Oppositionsparteien.⁷⁰³ Die Hauptstadt als politisches und kulturelles Zentrum spielte in den Werbefilmen der KDNP, der FGKP und des SZDSZ eine zentrale Rolle.

Allgemein ist festhalten, dass sich sowohl die Regierungs- wie auch die oppositionellen Parteien die tradierten Werte der Urbanisten zu Eigen machten. Dies ist vor allem vor dem Hintergrund der wirtschaftlichen Rezession zu deuten, die die Parteien in ihrem Wahlkampf zur Themensetzung mit wirtschaftlichem Schwerpunkt und zu pragmatischen Lösungsantworten zwang.

8.2.2.2.1 Links-rechts

Nach der klassischen Einordnung betonen Parteien im linken Spektrum die Chancengleichheit, die gerechte Verteilung der Ressourcen und setzen auf den Ausbau eines sozialen Staates. Dagegen befürworten Vertreter des rechten „konservativen“ Lagers die freie Marktwirtschaft, den Privatbesitz und die individuelle Freiheit.⁷⁰⁴ Der Systemwechsel erforderte in allen politischen, gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Ebenen tiefgreifende

701 Vgl. György Szoboszlai: Hagymányteremtés. A kormány megbukik a választásokon – 1994 [Traditionsschaffung. Die Regierung stürzt bei den Wahlen ab – 1994], in: Földes/ Hubai 2010, S. 337-358, hier S. 338.

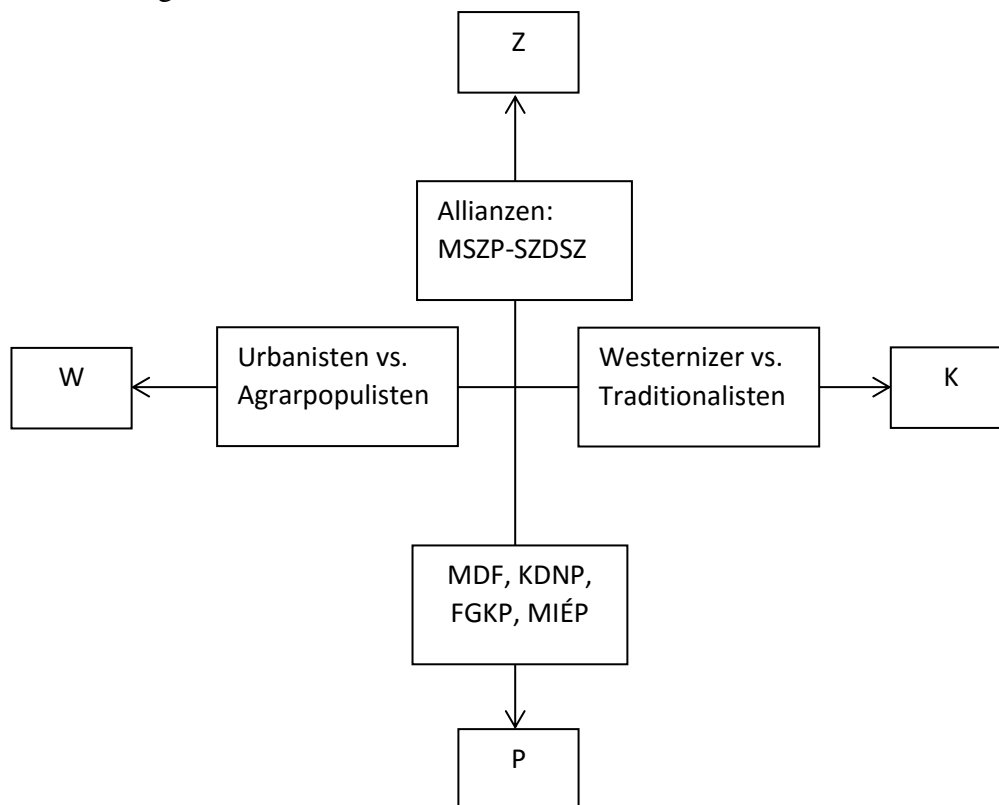
702 Vgl. Schweizer 2007, S. 279f.

703 Vgl. Ágnes Kapitány: Az 1994-es választási kampányfilmek üzenetei [Das Message der 1994er Wahlkampffilme], in: Kurtán et al. 1995, S. 112-126, hier S. 116.

704 Vgl. Dieter Fuchs/Hans-Dieter Klingemann: The Left-Right-Schema, in: Kent M. Jennings et al. (Hrsg.): Continuities in Political Action, Berlin/New York 1990, S. 203-234, hier S. 206f.

Reformen und Modernisierungen, über deren Notwendigkeit unter allen politischen Kräften Einigkeit herrschte. Die allgemein schlechte wirtschaftliche Situation verhinderte die Diskussion über das Wirtschaftssystem entlang der klassischen Links-Rechts-Achse. Zugleich – durch das Versäumnis der Antall-Regierung, die wirtschaftlichen Probleme in Griff zu bekommen – übernahmen die Liberalen und die Sozialisten die Ausarbeitung der Lösungsstrategien nach dem westeuropäischen Vorbild mit der Betonung des Individualismus, der Marktwirtschaft, des Privatbesitzes und des Rechtsstaates. Folglich waren 1994 Konflikte auf der klassischen ökonomischen Achse im Sinne der ideologischen Spaltungen nicht präsent.

Abbildung 14: Kulturelle und ökonomische Konflikte auf der Zentrum-Peripherie-Achse mit Allianzbildungen nach der Wahl 1994



Eigene Darstellung.

8.2.3. Wahlgeographische Gesichtspunkte bei den Parlamentswahlen 1994

In dem Zeitraum von 1990 bis 1994 wuchs die Anzahl der an den Parlamentswahlen angetretenen Parteien an. Um die parlamentarische Zersplitterung zu vermeiden, wurde für

die Parteien der landesweite Sperrklausel von 4 auf 5 Prozent angehoben und für Wahlkoalitionen aus zwei und drei Koalitionspartnern eine Hürde von 10 und 15 Prozent eingeführt. Auch die Kandidatenstruktur änderte sich mit der Zunahme der Parteigründungen: in jedem der 186 Einerwahlkreisen (EWK) traten durchschnittlich 10,6 Bewerber an (1994: 9,2) und es konnten 15 von den 35 registrierten Parteien Landeslisten aufstellen, acht Parteien gelang sogar die Listenaufstellung in allen 20 Komitaten - 1990 schafften dies noch vier.⁷⁰⁵ An den Wahlen nahm knapp 70 Prozent der 8 Millionen Wahlberechtigten teil. In die wahlgeographische Analyse werden jene sechs Parteien aufgenommen, denen der Einzug ins Parlament gelungen ist. Parlamentsmandate konnten die Parteien erlangen, die auch 1990 die damals noch Vier-Prozent-Hürde überspringen konnten. Die neu gegründeten Parteien wie die radikale MZP⁷⁰⁶ (Ungarische Grüne Partei), die aus dem MDF ausgeschiedene MPP⁷⁰⁷ (Die Ungarische Marktpartei) oder die TFGKP (Historische Kleinlandwirtepartei)⁷⁰⁸ erreichten nicht einmal die Vier-Prozent-Marke und lösten sich kurzer Zeit später auf.

705 Vgl. Grotz 1998, S. 635f.

706 Magyarországi Zöld Párt

707 Magyar Piacpárt

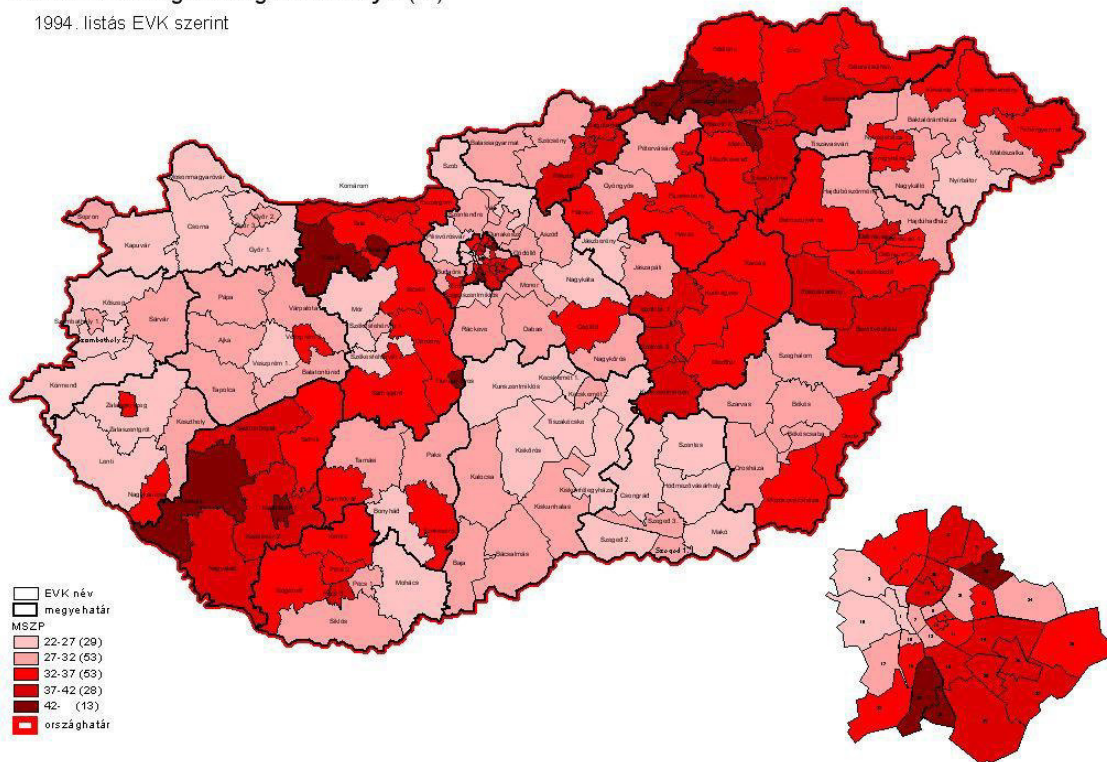
708 Történelmi Független Kisgazdapárt

8.2.3.1 Regionale Verteilung der Wählerstimmen (Listenstimmen)

8.2.3.1.1 Wahlgeographische Karte 3: Regionale Verteilung der Wählerstimmen für MSZP

Az MSZP támogatottságának arányai (%)

1994. listás EVK szerint



Die Wahlen von 1994 mit 33 Prozent der Listenstimmen sicherten der MSZP einen Erdrutschsieg und infolge des kompensatorischen Wahlsystems 54,1 Prozent der 386 Parlamentsmandate. Zwischen den Parlamentswahlen 1990 und 1994 gelang es der MSZP, Wählerstimmen aus den Lagern des MDF, des SZDSZ und der einstigen MSZMP zu gewinnen. Zudem galt sie als einzige Partei, die ihre Wählerschaft von 1990 beibehalten konnte. Dennoch stammte der Großteil ihrer Wählerschaft 1994 aus dem Lager der von der konservativen Regierung enttäuschten Wähler, die aus Protest gegen die Antall-Regierung und mit der Hoffnung „auf eine besser Zukunft“ votierten.⁷⁰⁹

Am erfolgreichsten zeigte sich die MSZP 1994 in den Städten des Nord-Borsod-Industriebeckens Ózd, Sajószentpéter und Kazincbarcika, im Komitat Pest in Kiszér, in

709 Vgl. Gázsó/Stumpf 1995, S. 572.

Tatabánya sowie im Komitat Somogy in den Städten Kaposvár und Marcali, wo die Sozialisten über 42 Prozent der Stimmen für sich gewinnen konnten.

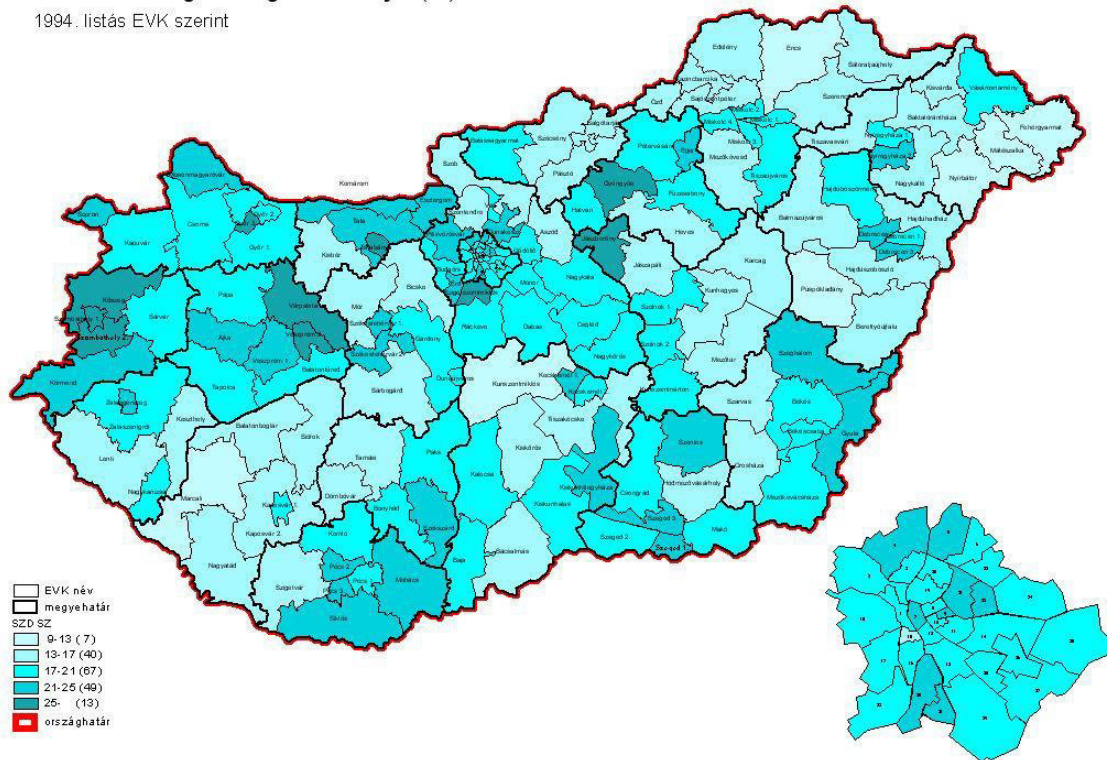
Mit rund 40 prozentiger Zustimmung (37-42 Prozent) war sie auch in den östlichen und nordöstlichen Komitaten Nógrád, Heves und Jász-Nagykun-Szolnok und Hajdú-Bihar sowie in einzelnen Bezirken von Pécs, Dunaújváros, Budapest und Miskolc. Gemeinsame Eigenschaft dieser Gebiete ist die frühere Existenz von Bergbau- und Industrierwerken, die für den Abbau von Uran, Erz und Kohle errichtet wurden.⁷¹⁰ Überdurchschnittlichen Zuspruch (32-37 Prozent) erzielte die MSZP in 53 EWK, hauptsächlich in den Agglomerationsgürteln der MSZP-Hochburgen im Nordosten, Südwesten und in Budapest.

In 30 Wahlkreisen schnitten die Sozialisten am schlechtesten ab (22-27 Prozent). Die größte Einheit mit neun EWK in Form eines Halbmondes bilden in Transdanubien die Bezirke von Győr, entlang des nordwestlichen Grenzgebietes bis Keszthely. In der Hauptstadt schnitt die MSZP am schlechtesten im 1. Bezirk, im historischen Zentrum von Buda, im 2. Und 12. Bezirk sowie in den Agglomerationsstädten Pilisvörösvár und Szigetszentmiklós ab. Die Wahlbezirke des Kiskunság: Kunszentmárton, Kiskörös, Tiszakécske und Kiskunfélegyháza sowie jene der südöstlichen Regionen: in Szentés, Hódmezővásárhely, Makó und in Kecskemét zogen die wenigsten MSZP-Sympathisanten an.

710 Vgl. László Hubai: Választási geográfia a 2006. évi parlamenti választásokon [Wahlgeographie bei den Parlamentswahlen 2006], in: Péter Sándor/László Vass (Hrsg.): Magyarország politikai évkönyve 2006-ról [Politisches Jahrbuch Ungarns über 2006], Bd. 2, Budapest 2007, S. 931-962, hier 941.

8.2.3.1.2 Wahlgeographische Karte 4: Regionale Verteilung der Wählerstimmen 1994 für SZDSZ

Az SZDSZ támogatottságának arányai (%)
1994. listás EVK szerint



Der SZDSZ konnte bei den Parlamentswahlen 1994 mit 19,74 Prozent der Listenstimmen 17,9 Prozent der Mandate für sich sichern, wodurch die Liberalen - neben Fidesz - als die wahren Verlierer der Wahlen von 1994 galten⁷¹¹ und verloren ihren anfänglichen Status, eine Alternative gegenüber den christlich-konservativen und postsozialistischen Parteilagern darzustellen. Seine Wählerschaft bestand hauptsächlich aus Wählern, die über wenig Parteibindung verfügten jedoch aufgrund des SZDSZ-Wahlprogramms für die Liberalen konsequent stimmten, also issue-voter waren.

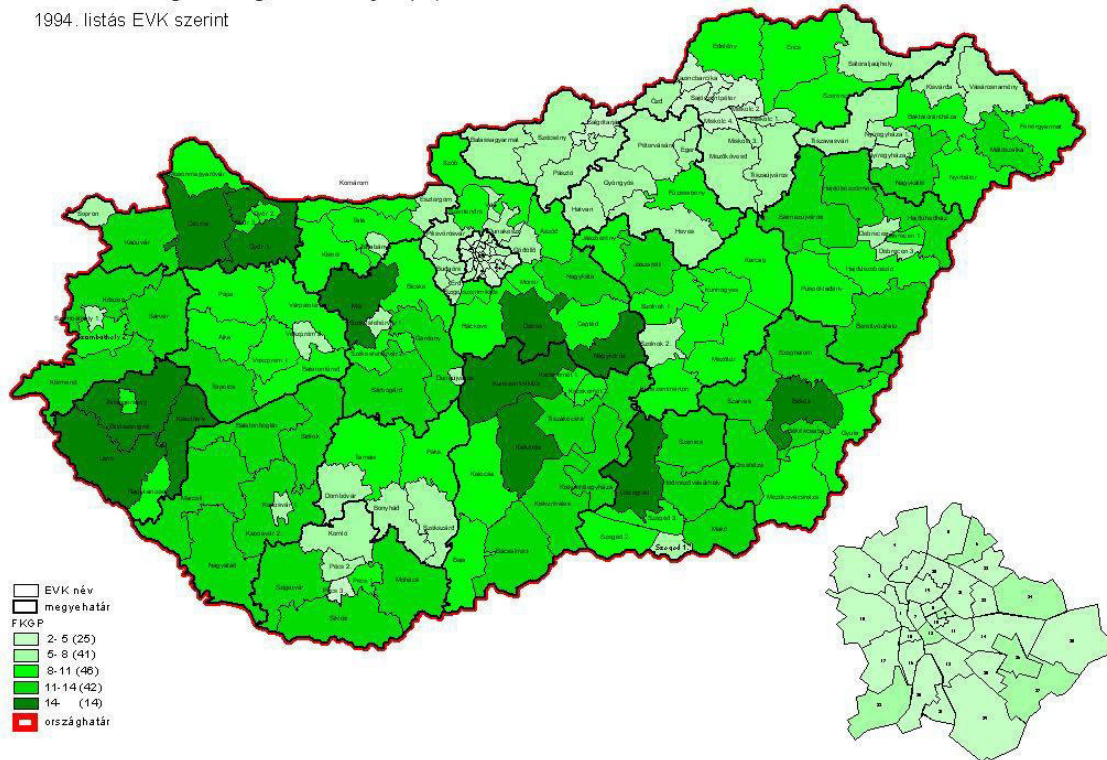
Allgemein gilt für 1994, dass der SZDSZ dort am erfolgreichsten war, wo sich die MSZP am schwächsten präsentierte. Diese waren die Bezirke in den nordwestlichen Komitaten: Győr-Moson-Sopron, Vas, Zala und Veszprém sowie in einigen Bezirken des südöstlichen

711 Vgl. Gázsó/Stumpf 1995, S. 576.

Kiskunság und der südlichen Tiefebene sowie in den innerstädtischen Bezirken von Budapest sowie auf der Halbinsel Budapests Szentendre.

8.2.3.1.3 Wahlgeographische Karte 5: Regionale Verteilung der Wählerstimmen 1994 für FGKP

Az FKGP támogattságának arányai (%)
1994. listás EVK szerint



Die Kleinlandwirte erzielten mit 8,8 Prozent der Listenstimmen 6,7 Prozent der Abgeordnetenplätze und konnten 61 Prozent ihrer Wählerbasis von 1990 beibehalten. Die größte Wählergruppe bildeten jene Anhänger mit geringer Parteibindung, die aufgrund ihrer Interessenvertretung, des Vertrauens sowie der erhofften Kompetenz für die FGKP zu Urnen gingen. Die FGKP zeigte sich ebenfalls als eine Partei der issue-Wähler mit Eigeninteressen als Motivationskraft.⁷¹²

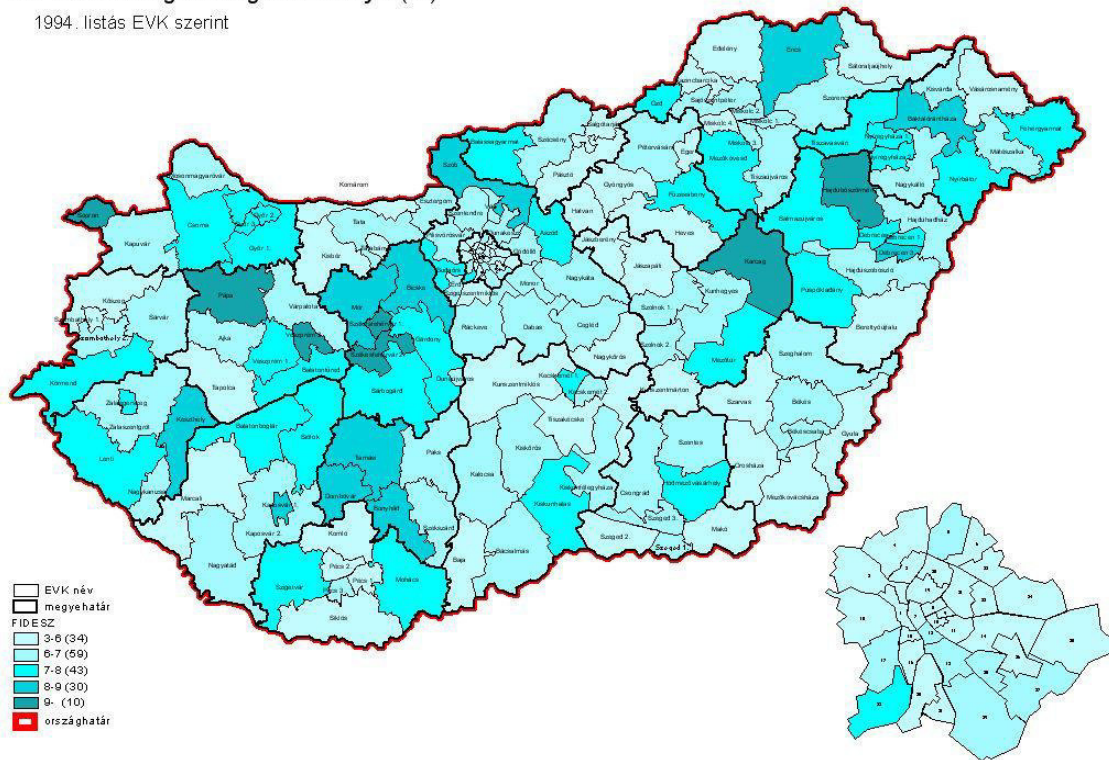
Den größten Zuspruch (über 14 Prozent) erfuhren sie im Komitat Zala sowie in einigen Bezirken der landwirtschaftlich geprägten Komitaten Bács-Kiskun und Békés und in den Städten Csongrád des gleichnamigen Komitats und in den Grenzstädten Körmennd und Győr aus den Komitaten Vas und Győr-Moson-Sopron. Am schwächsten zeigten sie sich in jenen

712 Vgl. ebd., S. 574.

Bezirken und Regionen, wo die Sozialisten und die Liberalen am besten abschnitten, also in der Hauptstadt und in den nordöstlichen Komitaten sowie in den Städten Komló und Pécs sowie in Dombóvár, Bonyhád und Szekszárd aus den Komitaten Baranya und Tolna. Generell gilt, dass sich die FGKP 1994 in den größeren und mittelgroßen Städten wie Budapest, Debrecen, Miskolc, Nyíregyháza, Pécs, Salgótarján, Szombathely, Hatvan, Heves nicht behaupten und nennenswerte Erfolge in den ländlichen, landwirtschaftlichen Wahlkreisen verbuchen konnte.

8.2.3.1.4 Wahlgeographische Karte 6: Regionale Verteilung der Wählerstimmen 1994 für Fidesz

A Fidesz támogatottságának arányai (%)
1994. listás EVK szerint



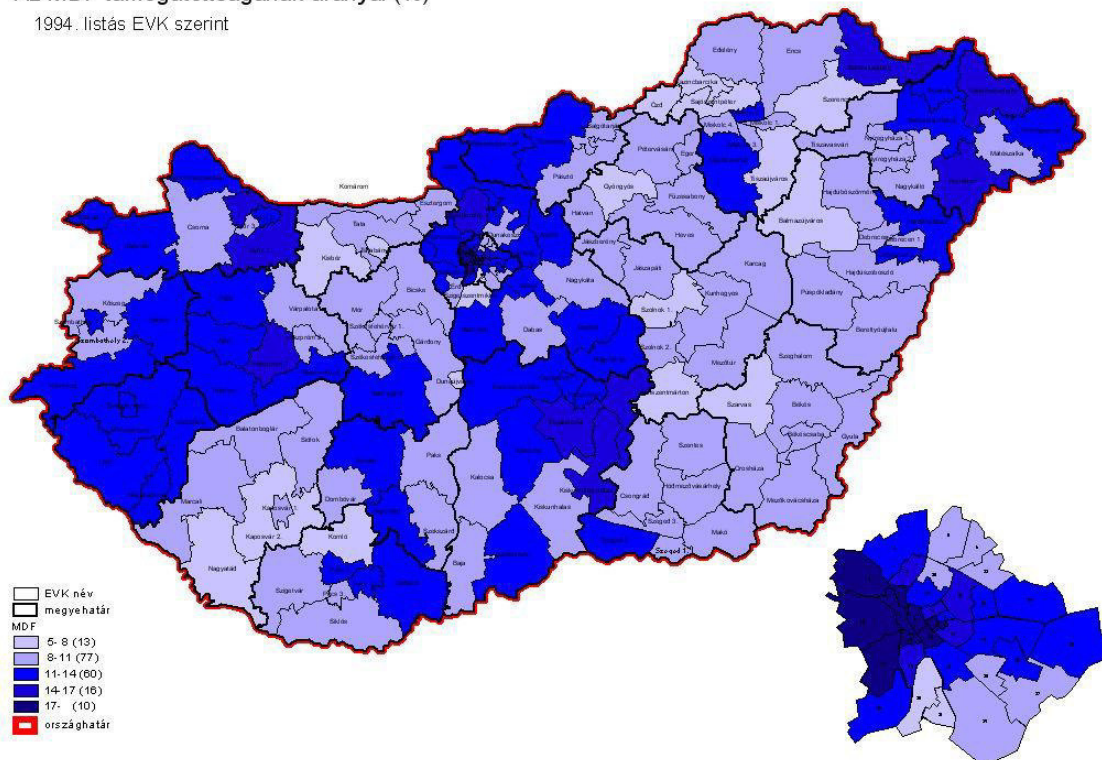
Fidesz galt 1994 neben dem MDF als einer der größten Wahlverlierer, der von der beliebtesten Partei von 1990 in die Rolle der kleinsten Oppositionspartei avancierte und über 60 Prozent seiner Wählerschaft verlor, die zu 42 Prozent zu MSZP, zu 23 Prozent und zu 8 Prozent zu MDF wanderten. Zudem verfügte Fidesz 1994 im geringsten Ausmaß über eine Wählerbasis mit starker Parteibindung. Seine Wähler gaben an, Fidesz aufgrund seines Parteiprogramms (34 Prozent), der Generationsbindung (26,3 Prozent) und der Sympathie

(11 Prozent) gewählt zu haben.⁷¹³ Fidesz galt 1994 als eine Partei der issue-Wähler mit starkem Einfluss ihres Generationsprofils auf die Wähler.

Fidesz erhielt 7 Prozent der Wählerstimmen und 5,7 Prozent der Mandatsanteile. Über die regionalen Charakteristika des Wahlverhaltens lassen sich wenige Schlussfolgerungen ziehen. Über 9 Prozent erhielten die Jungdemokraten in einigen mittelgroßen Städten in West- wie auch in Ostungarn wie Sopron, Pápa, Veszprém, Székesfehérvár, Dombóvár, Szob und Karcag. Ihre schlechtesten Ergebnisse (3-6 Prozent) erzielten sie in der Hauptstadt sowie im Nord- und Südosten des Landes.

8.2.3.1.5 Wahlgeographische Karte 7: Regionale Verteilung der Wählerstimmen 1994 für MDF

Az MDF támogattságának arányai (%)
1994. listás EVK szerint



Das Ungarische Demokratische Forum (MDF) erhielt 11,7 Prozent der Stimmen und knapp 10 Prozent der Mandate. Damit war es der größte Wahlverlierer von 1994. Im Zuge der

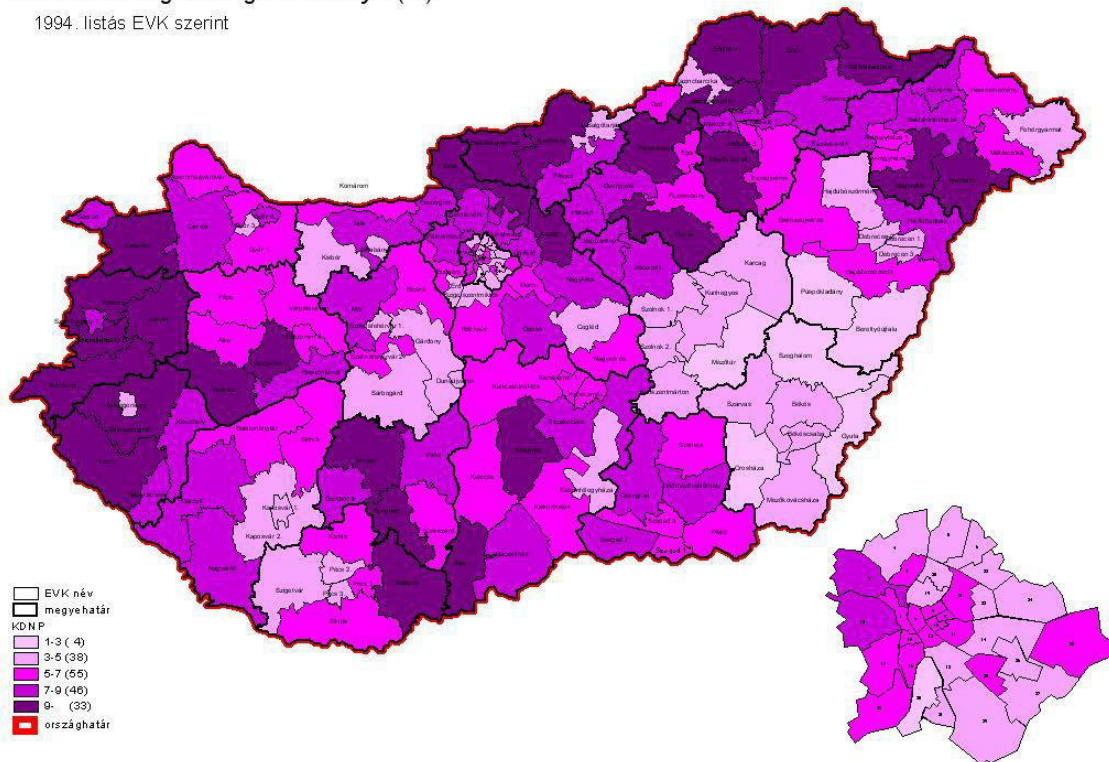
713 Vgl.Ebd., S. 575f.

wirtschaftlichen Rezession verloren die Demokraten zwei Drittel ihrer Wählerschaft, die zum Großteil zu MSZP und SZDSZ strömten.⁷¹⁴

Am stärksten schnitt es in der Hauptstadt, dort auch vor allem in den wohlhabenderen Bezirken ab.⁷¹⁵ Besonders stark zeigten sich die Demokraten in den Komitaten Bács-Kiskun, Győr-Moson-Sopron, Zala, Veszprém und Szabolcs-Szatmár-Bereg. Am wenigsten erfolgreich zeigten sie sich auch in den Komitaten und Regionen, in denen die MSZP besonders hohen Zuspruch erhielt, also in den nordöstlichen Komitaten sowie im Komitat Somogy.

8.2.3.1.6 Wahlgeographische Karte 8: Regionale Verteilung der Wählerstimmen 1994 für die KDNP

A KDNP támogatottságának arányai (%)
1994. listás EVK szerint



Quelle: Hubai/Földes 1994, o.S.⁷¹⁶

Die KDNP holte ähnlich wie der Fidesz 7 Prozent der Wahlstimmen und 5,7 Prozent der Abgeordneten. Die Wählerschaft der KDNP war jene mit der stärksten Parteibindung (16 Prozent). Die FGKP und MDF verfügten über eine Anhängergruppe mit starker

714 Vgl. ebd.,S. 574.

715 Vgl. Szoboszlai 2010, S. 350.

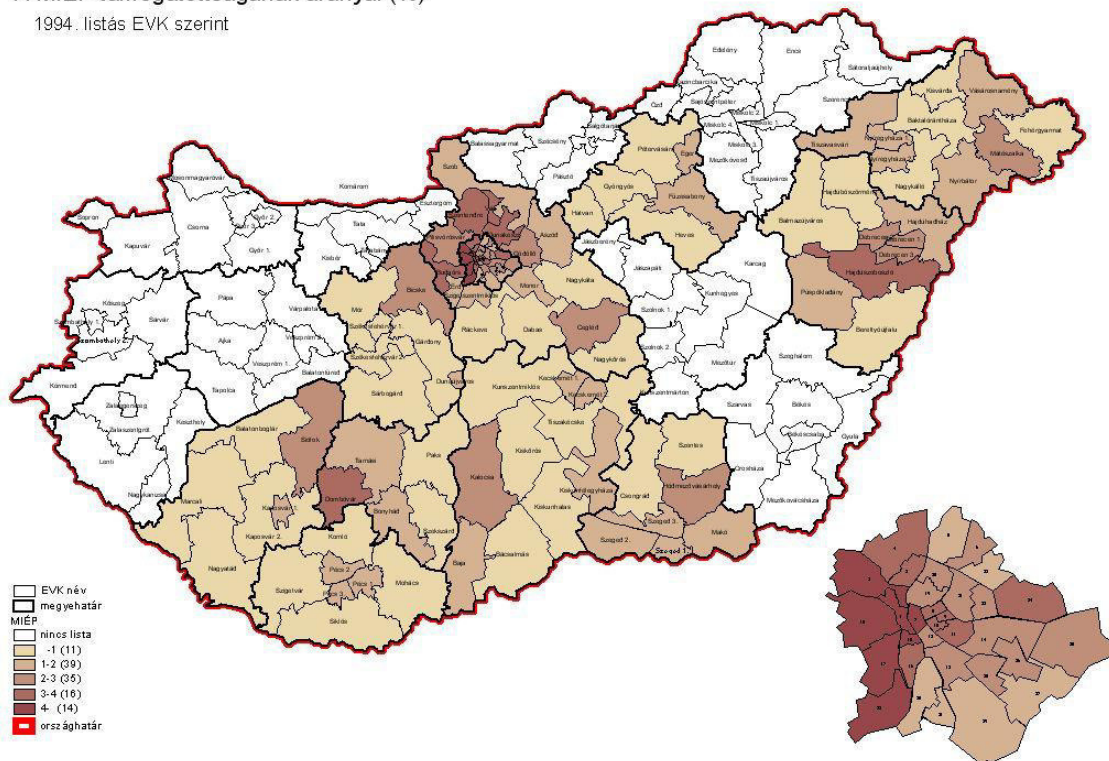
716 Auf Anfrage hat der Autor die Bilddateien gesondert zugeschickt.

Parteibindung von 13 Prozent, die MSZP und der SZDSZ von jeweils 9 sowie Fidesz lediglich von 2 Prozent.⁷¹⁷

Am stärksten präsentierten sich die Christdemokraten in den nordöstlichen Komitaten Nógrád und Heves sowie in den westlichen Komitaten Vas, Zala und Tolna. Geringen Erfolg zeigte sich für sie in den Komitaten Békés, Hajdú-Bihar, Jász-Nagykun-Szolnok und Somogy. In der Hauptstadt erhielten sie in den westlichen Bezirken die besten Ergebnisse.

8.2.3.1.7 Wahlgeographische Karte 9: Regionale Verteilung der Wählerstimmen 1994 für MIÉP

A MIÉP támogatottságának arányai (%)
1994. listás EVK szerint



Quelle: Hubai/Földes 1994, o.S.

Die 1993 aus dem MDF ausgeschiedene rechtsradikale MIÉP schaffte 1994 den Einzug ins Parlament nicht. Sie erreichte lediglich 1,6 Prozent der Listenstimmen. Dieses Ergebnis reichte jedoch zur Parteifinanzierung aus. Da sie jedoch für die künftige Entstehung des ungarischen Rechtsextremismus einen bedeutenden Referenzrahmen darstellt, wird nun auf ihre wahlgeographischen Eigenheiten eingegangen. Die rechtsradikalen zeigten sich in

717 Vgl. Gázsó/Stumpf 1995, S. 579.

Dombóvár im Komitat Tolna, in Hajdúböszörmény im Komitat Hajdú-Bihar sowie in der Hauptstadt und in ihrem Agglomerationsgürtel, dort in denen, wo MDF am besten abschnitt.

8.2.4. Zwischenfazit Konfliktstrukturen 1994

8.2.4.1 Wahlgeographische Charakteristika

Insgesamt gilt für die Parlamentswahlen 1994: Die MSZP erreichte die besten Ergebnisse in dem industriell geprägten Komitat Borsod-Abaúj-Zemplén und in den Städten mit Überrepräsentation des primären Wirtschaftssektors: in Kisbér und Tatabánya (Komitat Pest) sowie in den Städten Kaposvár und Marcali (Komitat Somogy). Auch in den östlichen und nordöstlichen Komitaten Nógrád, Heves, Jász-Nagykun-Szolnok und Hajdú-Bihar sowie in einzelnen Bezirken von Pécs, Dunaújváros, Budapest und Miskolc erhielten die Sozialisten Zuspruch. Am schlechtesten zeigte sie sich in West-Transdanubien und in den Komitaten Győr-Moson-Sopron, Vas, Zala und Veszprém.

Der SZDSZ stoß in denen Komitaten Westtransdanubiens auf die meisten Sympathien, wo sich die MSZP am schlechtesten präsentierte. Zudem waren die Liberalen in der Hauptstadt überdurchschnittlich erfolgreich.

Das MDF schnitt am besten in den wohlhabenderen Bezirken der Hauptstadt und in den Komitaten Bács-Kiskun, Győr-Moson-Sopron und Szabolcs-Szatmár-Bereg ab. Wenig erfolgreich war das Forum dort, wo die MSZP als Sieger hervorgegangen ist: folglich in den Komitaten: Komárom-Esztergom, Somogy und Borsod-Abaúj-Zemplén.

Die FGKP konnte sich in den agrarisch geprägten Regionen, in den Komitaten Bács-Kiskun, Békés, Csongrád sowie in den Komitaten Somogy und Zala des südwestlichen Teils Transdanubiens am erfolgreichsten behaupten. In den industriellen und Bergwerkregionen blieben sie unterrepräsentiert.

Die KDNP erreichte die besten Ergebnisse in den Komitaten, in denen der Einfluss des Katholizismus am stärksten ist: in Heves, Vas, Zala Tolna und Nógrád. In den säkularen und protestantischen Komitaten Békés, Hajdú-Bihar, Jász-Nagykun-Szolnok und Somogy konnte sie sich nicht etablieren.

8.2.4.2 Kulturelle und ökonomische Konflikte

Die Parlamentswahlen 1994 zeugten primär von der Präsenz der Konflikte auf der kulturellen Achse. Die ökonomische Achse zwischen den Agrarpopulisten und Urbanisten konnte sich 1994 aufgrund der Machtverschiebungen und internen

Orientierungsschwierigkeiten wenig entfalten. Den „népi“ Diskurs übernahmen die Kleinlandwirte, nachdem sich das MDF davon distanzierte. Die Interessen der Urbanisten waren aufgrund des allgemeinen Reform- und Modernisierungsbedarfs von den meisten angetretenen Parteien vertreten. Der Westernizer- versus Traditionalisten-Konflikt traf auf neue Akteure innerhalb den zwei etablierten Parteienlagern: Als Traditionalisten galten die abgewählten Regierungsparteien MDF, KDNP und FGKP, und als Urbanisten präsentierte sich das neue links-liberale Bündnis der MSZP und des SZDSZ. Die historisch bedingten kulturellen Konflikte ergeben konstante Strukturen. Der Vergleich der wahlgeographischen Charakteristika der Wahlen 1994 mit den Ergebnissen der historischen wahlgeographischen Analyse zeichnete signifikante Muster im Wahlverhalten auf.

1994 konnten wahlgeographische Kontinuitäten bei der regionalen Verteilung der Wählerstimmen für die christlich-nationalen, konservativen und für die liberalen und sozialdemokratischen Parteien festgestellt werden.

Die regionalen Ausprägungen der Wählerstimmen der sozialdemokratischen (MSZP, SZDSZ) und der liberalen (MDF, KDNP, MIÉP) Parteilager als Vertreter der Westernizer und der Traditionalisten bekunden historische Signifikanzen. Die Aggregatanalyse der Wahlergebnisse der MSZP und des SZDSZ zeigt, dass die Westernizer in den Komitaten Borsod-Abaúj-Zemplén, Somogy Hajdú-Bihar, Győr-Moson-Sopron, Vas, Zala und Veszprém sowie in den innerstädtischen Bezirken von Budapest und auf der Budapester Halbinsel Szentendre am erfolgreichsten waren. Mit Ausnahme des nordöstlichen Komitats Borsod sind diese Komitate und Regionen identisch mit denen, die im historischen Untersuchungszeitraum 1790-1947 von den „Westernizern“ dominiert wurden.

Die Traditionalisten (MDF, KDNP, MIÉP⁷¹⁸) stoßen in den Komitaten Bács-Kiskun, Győr-Moson-Sopron, Szabolcs-Szatmár-Bereg, Heves, Vas, Zala, Tolna und in Nógrád auf die meiste Zustimmung. Auch hier zeigen sich tradierte Muster bei dem Abstimmungsverhalten im Vergleich zum 18. und 19. Jahrhundert auf. Die Traditionalisten konnten 1994 - trotz ihres Ansehensverlustes - nennenswerte Erfolge in den katholischen Städten erzielen.

Auf der ökonomischen Achse zeigten sich die Kleinlandwirte als Vertreter der Agrarpopulisten in den agrarisch geprägten Komitaten Bács-Kiskun, Békés, Csongrád sowie in den Komitaten Somogy und Zala im Südwesten Transdanubiens am erfolgreichsten. Als

718 Aufgrund der Erfolgslosigkeit und der fehlenden wahlgeographischen Ausprägungen werden die Wahlergebnisse von MIÉP an dieser Stelle nicht berücksichtigt.

nach dem I. Weltkrieg infolge der neu aufflammten Identitätssuche der Konflikt zwischen den Urbanisten und den Völkischen zur Geltung erlangte, war die „népi“ Ideologie ebenfalls in den Komitaten Bács-Kiskun, Somogy und Zala am stärksten vertreten.

Über historische Kontinuitäten der wahlgeographischen Muster berichtet auch György Wiener, der in seiner Studie die Budapester Abstimmungsverhalten im Jahr 1922 mit den Wahlergebnissen von 1990 und 1994 anhand einer Regressionsanalyse verglich.⁷¹⁹ Wiener resümiert, dass das Budapester Wahlverhalten des linken und des rechten Lagers – also der Westernizern und Traditionalisten – von historischen Kontinuitäten geprägt ist. Die Korrelationsanalyse über die Verteilung der Wählerstimmen von 1922 und 1994 ergab einen Korrelationswert von 0,76 für die Traditionalisten sowie 0,89 für die Westernizer.⁷²⁰

Aus der Studie von Wiener geht ebenfalls hervor, dass die stärkste Wählerbasis der Sozialisten die früheren Mitglieder der Kommunistischen Partei bildeten, gefolgt von den Arbeitnehmern, Managern und Unternehmern. Bei der Gruppe der Unternehmer stellt der Autor fest, dass sie einst ebenfalls der KP angehörten und von der MSZP die sozialdemokratische Interessenvertretung erhofften.⁷²¹ Folglich ist die Anhängergruppe der MSZP nicht nur auf die klassischen soziodemographischen Variablen, sondern auch auf ihre historischen legacies zu untersuchen. Mit Ausnahme der KDNP, deren Anhänger Religiosität als wichtigsten Faktor für ihre Parteibindung ansehen, erweist sich der historische Vergleich von regionalen Abstimmungsverhalten vor dem Hintergrund der tradierten Konflikte als tragfähig.

8.3. Die ungarischen Parlamentswahlen von 2006

8.3.1. Parteipolitische Ausgangslage: Dominanz der Großparteien

Nach den verlorenen Wahlen von 2002 griff Viktor Orbán als Protagonist seiner Partei zu einer außerparlamentarischen Mobilisierungsstrategie. Der Parteichef der Konservativen schien, den demokratischen Wahlsieg der Sozialisten nicht zu akzeptieren. Unmittelbar nach der gleichermaßen knappen wie überraschenden Niederlage von 2002 äußerte der abgewählte Ministerpräsident sinngemäß im Radio, eine Nation könne sich nicht in Opposition befinden. Im gleichen Atemzug verkündete er die Schaffung einer bürgerlich

719 Vgl. György Wiener: A választói magatartás történelmi meghatározottsága és dinamikája [Die historische Determinante und Dynamik des Wahlverhaltens], in: Stumpf 1997, S. 145-182.

720 Vgl. ebd., S. 162ff.

721 Vgl. ebd., S. 172.

konnotierten „neuen sozialen Bewegung“⁷²² und rief er zur Gründung von bürgerlichen Vereinen (polgári körök) unter dem Namen „Hajrá Magyarok! (Vorwärts, Ungarn!)“⁷²³ nach dem Vorbild von Silvio Berlusconis „Forza Italia“ auf. Mit dieser außerparlamentarischen Strategie sollte die strukturelle Schwäche im Vergleich zur regierenden sozialistischen Regierungspartei behoben werden. Das Ziel von Fidesz bestand darin, eine bürgerliche Werteordnung für die ungarische Nation zu schaffen.⁷²⁴ In diese Bürgerkreise fanden auch Rechtsaußengruppierungen Eingang, die die ideologische Trennung zwischen Demokraten und Extremisten nach und nach aufweichten.

Im Wahlkampf von 2006 zielte die Partei auf Stimmen in der Arbeiterschaft. So sorgte Viktor Orbán bei den Investoren für Unmut, als er diese als „ausländische Kapitalisten“, vor denen das Land zu schützen sei, attackierte. In Oppositionshaltung neigte Fidesz zu antielitärem Protestgestus und appellierte an das homogen verstandene „Volk“. Kurz nach 2002 konnte eine Regierungs- und Koalitionskrise von MSZP-SZDSZ nicht verhindert werden. Das Versagen des Ministerpräsidenten Péter Medgyessy löste den Gedanken eines konstruktiven Misstrauensvotums aus, aber nur für den Fall, dass der Ministerpräsident nicht abdankt. Da er zurücktrat, blieb diese rechtliche Institution unberührt.⁷²⁵ Als Regierungschef handelte Medgyessy nach seinen Wahlversprechen von 2002. Er erhöhte bedenkenlos Gehälter und Renten um 50 Prozentpunkte und bewirkte durch unbedachte Personalpolitik im August 2004 (auch Ferenc Gyurcsány sollte als Minister entlassen werden) den eigenen Sturz. Der 1961 geborene Multimillionär, ebenfalls wie ein Technokrat wirkende Ferenc Gyurcsány übernahm das Amt sowie die Führungsrolle („vezér“) in der Partei. Die oberflächlich gehaltene Programmatik von MSZP gebrauchte gerne Marketingmethoden.

Einst kommunistischer Jungfunktionär, gelang Gyurcsány Anfang der 1990er Jahre im Zuge der Privatisierungsturbulenzen zu Reichtum und stieg zu einem der vermögendsten Ungarn auf. Als Leitbild schwebte ihm, entfernt dem sozialistischen Planwirtschaftsdenken, ein wirtschaftspolitischer „dritter Weg“ vor, den der frühere britische Premierminister Tony Blair zu Anbeginn des neuen Jahrtausends als sozialdemokratische Positionsbestimmung predigte.⁷²⁶ Mit dem Amtsantritt standen bei ihm marktliberale Reformen im Mittelpunkt.

722 Vgl. den Aufruf Viktor Orbáns zur Gründung ziviler Bürgerkreise, in: 16 Óra (16 Uhr/Hörfunksendung), öffentlich-rechtliches Kossuth Rádió, 26.05.2002, 16.00 Uhr.

723 So auch das zentrale Motto auf seiner Homepage www.orbanviktor.hu, abgerufen am 08.11.2008.

724 Vgl. Árpád von Klimó: Ungarn seit 1945, Göttingen 2006, S. 61.

725 Hubai 2007, S. 931.

726 Vgl. die Eigendarstellung Ferenc Gyurcsány, in: Mid-Journey. Forging Ahead Together: My Vision for Hungary's Future, London 2006.

Hintergrund dafür war eine Verflechtung der Altfunktionärskader mit den privatisierten Staatsunternehmen. Im Wahlkampf von 2006 blieb das Programm bewusst vage, um den Spagat zwischen sozialistischer Stammwählerschaft und marktliberaler Öffnung mit schmerzhaften sozialen Einschnitten zu bewerkstelligen.

Die MSZP hat seit dem Anfang der 90er Jahre die Mehrheit der Wählerstimmen aus dem linken Lager aktiviert, ohne jedoch, im Gegensatz zu Fidesz, ihre „Partnerparteien“ zu integrieren. Sie nutzte die verpasste Chance der ersten Mitte-Rechts-Regierungskoalition und etablierte sich als eine der erfolgreichsten Parteien. MSZP gelang es, innerhalb von paar Jahren das Vertrauen der „linken“ Wähler (wieder) zu gewinnen. Von den insgesamt fünf Parlamentswahlen konnte sie in drei Fällen die Regierung bilden.

8.3.2 Konfliktstrukturen bei den Parlamentswahlen 2006

2006 war das Jahr der Kontinuitäten: Zum ersten Mal seit 1990 ist eine Regierung bestätigt worden. Die Wahlen hinterließen an der bis 2002 vollständig abgeschlossen Transformation der Parteienstruktur keine Spuren. Das Quasi-Zweiparteiensystem, das sich bereits 2002 etablierte, blieb weiterhin bestehen, und es konnten fünf Parteien ins Parlament einziehen.

Gleichwohl waren ebenfalls Diskontinuitäten bemerkbar: Die Wahlbeteiligung in 2006 fiel mit 67,83 Prozent in der ersten und 64,39 Prozent in der zweiten Runde im Gegensatz zu über 70 Prozent bei den Wahlen von 2002 zurück.⁷²⁷ Den Großparteien MSZP und Fidesz gelang es, ihre Dominanz in der Gesellschaft zu steigern und die Bipolarität des Parteiensystems vorerst zu besiegeln. Die vor den Wahlen prognostizierte stabile Parteipräferenz der Wähler für die MSZP oder den Fidesz (42 zu 42 Prozent)⁷²⁸ wurde Ende April bestätigt. Die Sympathiewerte der meisten Kleinparteien erreichten einen Tiefstand: Ihre Existenz geriet folglich in Gefahr.

8.3.2.1 Kulturelle Konflikte: Westernizer vs. Traditionalisten

2006 äußerten sich die Gegensätze zwischen den Verfechtern von national-partikularistischen auf der einen und den Vertretern von international-kosmopolitischen Attitüden, Werten und Normen auf der anderen Seite. Im Wahlkampf von Fidesz dominierte erneut das Bild der Nation, symbolisiert durch die gehäufte Darstellung der ungarischen

727 Vgl. o.A.: Az Országos Választási Bizottság közleménye az országgyűlési képviselők 2006. évi választásának eredményéről [Mitteilung der staatlichen Wahlkommission über die Verteilung der Parlamentsmandate bei den Parlamentswahlen 2006], auf www.valasztas.hu/parval2006/hu/03/kozlemenyek/kozl0509.pdf, abgerufen am 06.05.2009.

728 Vgl. www.gallup/20060228gallup.hu/asp, abgerufen am 17.06.2009.

Flagge auf Wahlplakaten und Flyer.⁷²⁹ Die Auseinandersetzung über die ethnisch-partikularistische sowie die universell-kosmopolitische Auslegung der Staatsangehörigkeit wurde im Rahmen des von Fidesz initiierten Referendums über die doppelte Staatsbürgerschaft für die im Ausland lebenden Ungarn im Dezember 2004 ausgetragen.⁷³⁰ Dabei rückten erneut das Verhältnis zur Nation, der Schutz des nationalen Interesses sowie die nationale Selbständigkeit in den Vordergrund. Die Frage der doppelten Staatsbürgerschaft stand zugleich für die nationale Selbstdefinierung des ungarischen Staates.⁷³¹

Die Kampagne zum Referendum ähnelte in ihrem aggressiven Stil und der Absicht, die Gesellschaft entlang jenes Wertekonflikts zu polarisieren der Parlamentswahl von 2002. Den „Wahlkampf“ unterstützten sogar Kirchen und an die Fünfhundert ungarische Pfarrer aus den Nachbarländern, die sich „das Vereinen der ungarischen Seele“ zum Ziel setzten.⁷³² Viktor Orbán sah darin sogar die Möglichkeit zur „nationalen Wiedervereinigung“.⁷³³ Das MDF plädierte neben Fidesz für die Einführung der doppelten Staatsbürgerschaft. Die Regierungskoalition, insbesondere die MSZP, äußerte sich von Anfang an gegen den Volksentscheid und deutete in ihrem Wahlkampf auf die finanziellen Belastungen im Falle eines positiven Ausganges hin.⁷³⁴

Das Referendum scheiterte schließlich am notwendigen Quorum, hinterließ dennoch eine große Wirkung auf die Bevölkerung. Man sprach von einer gespaltenen Nation. Die Zusammenarbeit der katholischen Kirche und der Opposition setzte sich nach 2004 fort. Katholische Pfarrer engagierten sich im Wahlkampf des konservativ-christlichen Bündnisses. So äußerte sich der Pfarrer Mihály Kránitz, der Präsident der Christlichen Zivil-Stiftung, im Vorfeld der Wahlen: „Es sei ausgeschlossen, dass ein Christ linke oder liberale

729 Vgl. Kapitány/Kapitány 2007, S. 1152.

730 Vgl. Thomas von Ahn: Staat, Nation, Europa. Ungarn und die Auslandsungarn, in: Osteuropa, Jg. 57, 2007 (11), S. 177-194, hier S. 190f.

731 Vgl. Zoltán Kántor/Balázs Majtényi: A kettős állampolgárság. Népszavazás, politikai vita, szakmai érvek [Die doppelte Staatsbürgerschaft. Referendum, politischer Streit, fachliche Argumente], in: Péter Sándor/László Vass (Hrsg.): Magyarország politikai évkönyve 2004-ről [Politisches Jahrbuch Ungarns über 2004], Budapest 2005, o.S.

732 Vgl. János Dobszay: Egyházpolitika: fordulat vagy stílusváltás? [Kirchenpolitik: Wandel oder Stilwechsel?], in: Péter Sándor/László Vass (Hrsg.): Magyarország politikai évkönyve 2004-ről [Politisches Jahrbuch Ungarns über 2004], Budapest 2005, o.S.

733 Vgl. Rede von Orbán Viktor auf dem VIII. Ungarischen Ständigen Kongress am 12.11.2004, auf: www.fideszfrakcio.hu/index.php?CikkID=30915, abgerufen am 13.06.2009.

734 Vgl. Zoltán Kántor/Balázs Majtényi: A kettős állampolgárság. Népszavazás, politikai vita, szakmai érvek [Die doppelte Staatsbürgerschaft. Referendum, politischer Streit, fachliche Argumente], in: Péter Sándor/László Vass (Hrsg.): Magyarország politikai évkönyve 2004-ről [Politisches Jahrbuch Ungarns über 2004], Budapest 2005, o.S.

Parteien wählt“.⁷³⁵ Der gemeinsame Auftritt von Orbán mit dem Bischof Lajos Pápai der nordwestlichen Grenzstadt Győr betonte die Zusammenarbeit der katholischen Kirche und der Fidesz-KDNP.⁷³⁶

Die Konflikte zwischen Nationalgesinnten und Liberalen wurden demzufolge ebenfalls zwischen Staat und Kirche ausgetragen: auf der einen Seite vertreten hauptsächlich durch die MSZP, da SZDSZ die Position eines passiven Mitspielers einnahm, auf der anderen durch Fidesz-KDNP-MDF. Der Zentrum-Peripherie und der Staat-Kirche-Konflikt vermischten sich 2006.

8.3.2.1.1 Die Rolle der Kirchen

Die Bindung an die Kirche und an den Katholizismus ist in Ungarn im Gegensatz zu Polen oder Tschechen weniger ausgeprägt.⁷³⁷ Dennoch besitzt die Religiosität, spätestens ab 2002 eine deutliche Einflussgröße auf die Parteienwahl und -bindung der Wähler. Die Christlich-Demokratische Volkspartei erholte sich von ihrem Tief und trat, wieder vereint und losgelöst vom kleinparteiübergreifenden Bündnis der Zentrumpartei, als neuer Bündnispartner von Fidesz bei den Wahlen an. Die neue KDNP als MKDSZ existierte als Minderheitsflügel innerhalb des Fidesz, und es gab keine weitere politische Kraft im religiösen Spektrum. Mit der Integration des MKDSZ in den Bund Junger Demokraten erfolgte dennoch die Übernahme der Wählerbasis aus dem religiösen Milieu. Dies manifestierte sich bei den Parlamentswahlen 2002: 78 Prozent der befragten religiösen Wähler votierten für Fidesz-MDF. Demzufolge stimmten atheistisch Gesinnte kaum für die säkular-laizistischen Parteien MSZP und SZDSZ, die sich stets gegen die kirchliche Einflussnahme auf die Politik auflehnten.

Nach dem Referendum über die doppelte Staatsbürgerschaft wies der damalige Ministerpräsident Gyurcsány jegliche politische Einmischung der Kirche zurück. Dies untermauerte er in seiner Rede, die er im Rahmen seines Besuches im Vatikan im Dezember 2004 hielt. „Dass die ungarische katholische Kirche in Frage des Volksentscheides öffentlich Stellung nahm, bleibt diskutabel und für viele zweifelerregend“.⁷³⁸ Seine Rede löste in der

⁷³⁵ Vgl. die Rede abgedruckt in Népszabadság vom 26.01.2006, auf: www.nol.hu, abgerufen am 15.06.2009.

⁷³⁶ Vgl. Péter Buda: Amiért a harang szól. Reflexiók a politika vallási dimenzióiról [Warum die Glocken läuten. Reflexionen über die Glaubensdimension der Politik], in: Péter Sándor/László Vass (Hrsg.): Magyarország politikai évkönyve 2006-ról [Politisches Jahrbuch Ungarns über 2006], Bd. 2, Budapest 2007, o.S.

⁷³⁷ Vgl. Gerd Meyer: Parteien, Wählerverhalten und politische Kultur in Ostmitteleuropa, in: Der Bürger im Staat, Jg. 47, 1997 (3), S. 150-163.

⁷³⁸ Vgl. die Rede abgedruckt in Népszabadság vom 20.12.2004, auf: www.nol.hu, abgerufen am 15.06.2009.

Opposition Empörung aus, die den Auftritt von Gyurcsány als unverschämt und für einen Gast als unwürdig bezichtigte. Daraufhin betonte Gyurcsány, dass er in der Zukunft von seiner Kirchenpolitik nicht abweichen werde. Die gegenseitigen Vorwürfe lösten Diskussionen auch in vielen Akademiker-Kreisen aus und machten sich bei der Stimmvergabe bei den Parlamentswahlen bemerkbar.⁷³⁹

2006 übernahm Fidesz vollständig die nationalen Positionen, in dem er neben der Christdemokraten gemeinsame Listen mit dem MDF, dem NFE (Verein des nationalen Forums), der Fidelitas, dem KPE (Verein der bürgerlichen Kleinlandwirte) sowie der Lungo Drom aufstellte. 2006 lag der prozentuelle Anteil der Kirchgänger innerhalb der Fidesz-Wählerschaft über dem der MSZP-Anhänger.⁷⁴⁰

8.3.2.2. Ökonomische Konflikte: Urbanisten vs. Agrarpopulisten

Nach den Parlamentswahlen 2002 verlor die FGKP endgültig ihr Image als Partei der Landarbeiter und Bauern. Ihre Wählerbasis wanderte in die von Fidesz. Die Post-FGKP⁷⁴¹ trat 2006 mit dem Vorsitzenden Miklós Réti gemeinsam mit dem MIÉP-Jobbik-Harmadik-Út-Bündnis bei den Wahlen an. Jobbik gilt als parteipolitischer Nachfolger von MIÉP. Mit dem Namen Rechte Jugendgemeinschaft (Jobboldali Ifjúsági Közösség, kurz Jobbik⁷⁴²) legte sie den geistigen Grundstein für den heutigen Rechtsextremismus. 1999 riefen Universitätsstudenten aus Frustration über die politischen Eliten die Jugendgemeinschaft ins Leben, die aus dem von 15-16 Jährigen Gymnasiasten etablierten „Ungarischen Jugendkreis für das Nationale Erwecken“ hervorging. Die Jugendgemeinschaft definierte sich als eine nationalpatriotische Zivilorganisation mit ca. 1500 Mitgliedern, die anfangs ihre Hauptaufgabe darin sah, Vorträge zu organisieren und eine Plattform für Gleichgesinnte an der Philosophischen Fakultät der ELTE⁷⁴³ anzubieten. „Bei den Parlamentswahlen 2002 haben wir gesehen, dass innerhalb der Jugendgemeinschaft das Engagement der Mitglieder außerordentlich stark ist. Wir haben beinahe an den Türen gekratzt, um dabei zu helfen, die

739 Vgl. János Dobszay: Egyházpolitika: fordulat vagy stílusváltás? [Kirchenpolitik: Wandel oder Stilwechsel?], in: Péter Sándor/László Vass (Hrsg.): Magyarország politikai évkönyve 2004-ről [Politisches Jahrbuch Ungarns über 2004], Budapest 2005, o.S.

740 Vgl. Eszter Bakonyi/Endre Hann/Gergely Karácsony/Zsuzsa Lakatos: A politikai közvélemény a Medián kutatásainak tükrében [Die politische öffentliche Meinung im Spiegel der Median-Forschungen], in: Péter Sándor/László Vass (Hrsg.): Magyarország politikai évkönyve 2006-ról [Politisches Jahrbuch Ungarns über 2006], Budapest 2007, o.S.

741 Der offizielle Name ist Kisgazdák (Kleinlandwirte).

742 Der Name hat zwei Bedeutungen (Steigerungsform von „gut“ und „rechts“), ist also ein Wortspiel mit Tiefsinn.

743 Eötvös Lóránd Universität Budapest, kurz ELTE.

Kommunisten an einer erneuten Regierungsbildung zu hindern, und zu erreichen, dass es zu einer Fidesz-MIÉP Regierung kommt.“⁷⁴⁴

Die Jugendgemeinschaft hatte sich zur Aufgabe gemacht, den konservativen Parteien Fidesz, MDF, MIÉP und FGKP, also den Traditionalisten, Agrarpopulisten und Rechtsradikalen an den Hochschulen und Universitäten Sichtbarkeit zu verschaffen. An ihren Tagungen waren führende Regierungspolitiker oftmals zu Gast, um ihnen die Möglichkeit zu bieten, vor Studierenden zu sprechen.⁷⁴⁵ Trotz den zahlreichen Aktivisten und der Einführung der modernsten, aus den USA adaptierten Wahlkampfmittel, ist es den rechten Parteien am Anfang der Jahrtausendwende nicht gelungen, die Regierungsmehrheit zu bilden. Folglich löste der Misserfolg unter der Jugendgemeinschaft starke Enttäuschung und Frustration aus. Vor allem von Fidesz fühlte sie sich im Stich gelassen.⁷⁴⁶ Schließlich kam es zum Bruch zwischen Fidesz und der Jugendgemeinschaft. Selbst die Mitgliedschaft Gábor Vona's in dem von Viktor Orbán initiierten Bürgerkreis „Bündnis für die Nation“ konnte die Loslösung nicht verhindern. Daraufhin formierte sich die Rechte Jugendgemeinschaft im Oktober 2003 zur gleichnamigen Partei Jobbik, die dezidiert mit System- und Gesellschaftskritik hervortritt. Gábor Vona, ein damals 25 Jahre alter, aus einer traditionellen Bauernfamilie stammender Akademiker wurde zum Vorsitzenden der Partei gewählt. Mit der Hoffnung auf Wahlerfolg kam im Oktober 2005 das Bündnis MIÉP-Jobbik-Harmadik-Út zustande und kämpfte, wie ihr Motto verriet: „Se nem jobb, se nem bal – keresztény és magyar“ (nicht Rechts, nicht Links – christlich und Ungar)⁷⁴⁷, gegen die „mainstream“-Realpolitik der beiden Großparteien MSZP und Fidesz.

Im Wahlkampf positionierte sich Fidesz gegen die Kapitalisten bzw. gegen multinationale Firmen, denen die Konservativen vorwarfen, das Land als „Durchgangsstation“ zu benutzen. Die in die Vergangenheit gerichtete Fidesz-Kampagne schlug einen überspitzt negativen Grundton ein. Der zentrale Slogan: „Wir leben schlechter als vor vier Jahren“ war an die kleinen Leute und die Durchschnittsbürger adressiert. Der Slogan des Fidesz-Wahlprogramms hieß: „Arbeit, Familie, Zuhause“. Orbáns veränderte Frisur, die karierten Hemden und schlichten Jackets auf seinen Wahlplakaten stellten den Gegensatz zu der

744 Szabó, Gábor, in: Jobbik Nemzedék [Generation Jobbik], unter: <http://www.youtube.com/watch?v=yIZdjVCAvMo>, zuletzt abgerufen am 20.7.2013.

745 Gábor Vona: Ebd.

746 Ebd.

747 www.miep.hu/index.php?option=com_content&view=article&id=47&Itemid=56, abgerufen am 12.07.2013.

festlichen, hohen gesellschaftlichen Status ausstrahlenden Bekleidung des Ministerpräsidenten und den weltmännischen Auftritten der Liberalen dar.⁷⁴⁸

Der SZDSZ sah sich als Vertreter einer städtischen Modernisierungs- und hauptstädtischen Akademikerschicht. In ihrem Wahlkampf bekam das Individuum eine zentrale Rolle; die Partei warb für ein liberales Weltbild, in dessen Mittelpunkt unter anderen die Bildung stand.⁷⁴⁹ Das Wahlprogramm stand unter dem Motto: „Freiheit, Wettbewerb, Solidarität“⁷⁵⁰ mit Hauptfokus auf Budapest, wo der SZDSZ-Mitbegründer Gábor Demszky seit 1990 das Amt des Oberbürgermeisters bekleidete.

8.3.2.2.1 Links-rechts

In Ungarn war die traditionelle Charakterisierung des Parteiensystems entlang der Links-Rechts-Achse spätestens 2006 hinfällig: Denn das konservative Bündnis von Fidesz-KDNP vertrat sowohl in seinem Wahlprogramm wie ihrem Wahlkampf die Werte der „Linken“, die linksliberale Koalition die der „Rechten“. Die Programmatik der Parteien erschien, durch die westeuropäische Brille betrachtet, geradezu „verkehrt“.⁷⁵¹ Die MSZP und insbesondere der SZDSZ verfolgten 2006 verstärkt den kosmopolitisch-liberalen Kurs. Fidesz und seine Bündnispartner setzten sich noch intensiver für den Schutz der nationalen Interessen ein mit dem Slogan: „Es zähle nur Ungarn“.⁷⁵²

Der Konflikt zwischen Postsozialisten und Antikommunisten zeigte 2006 weiterhin Präsenz. 2003 stellten Wissenschaftler fest, dass die Mehrheit der MSZP-Mitglieder aus der alten Nomenklatura stammte, genauso wie ihre Wählerbasis. Viele ihrer Anhänger, so Körösényi et al., hätten nach dem Systemwechsel eine erfolgreiche Laufbahn einschlagen können und würden noch heute zu der wirtschaftlichen und politischen Elite des Landes gehören.⁷⁵³ Die personelle Struktur der MSZP hat sich zwar verändert, vor allem verjüngt, dennoch behielt sie ihre Grundstruktur bei. So steht spätestens seit 2003 fest und ist nun auch

748 Vgl. Kapitány/Kapitány 2007, S. 1151.

749 Vgl.ebd., S. 1153.

750 Vgl. Zsuzsanna Mihályffy/Gabriella Szabó/Balázs Kiss: Professionalizáció a 2006-os kampányokban. [Professionalisierung in den Wahlkampagnen 2006], in: Péter Sándor/László Vass (Hrsg.): Magyarország politikai évkönyve 2006-ról [Politisches Jahrbuch Ungarns über 2006], Bd. 2., Budapest 2007, o.S.

751 Vgl. Jürgen Dieringer: Die ungarischen Parlamentswahlen 2006, in: Südosteuropa, Jg. 54, 2006 (2), S. 147-163, hier S. 155.

752 Vgl. Kapitány/Kapitány 2006, S. 1156.

753 Vgl. András Körösényi/Csaba Tóth/Gábor Török: A magyar politikai rendszer [Das politische System Ungarns], Budapest 2003, S. 65.

wissenschaftlich belegt: Die MSZP ist eine „Nachfolgepartei“, ⁷⁵⁴ ungeachtet der marktliberal gewendeten Programmatik.

Von ihrer Vergangenheit konnten sich die Sozialisten auch bis 2006 nicht lösen und wurden weiterhin von einer „post-kádárschen“ Wählerschicht unterstützt. Ihre Wählerbasis war breit gemischt mit den unterschiedlichsten beruflichen Hintergründen. Die größten Anhänger-Gruppen blieben mit 53 Prozent die über 50- Jährigen und Pensionierte sowie städtische Wähler der Arbeiter- und Mittelschicht ohne religiösen Hintergrund.⁷⁵⁵ Die MSZP folgte nicht einer sozialdemokratischen Ideologie im westeuropäischen Sinne; vielmehr war sie bemüht, im Wahlkampf ihr „ideologieloses“ Bild zu bewahren. Die MSZP zeigte sich wie eine Kreation, die durch ihren „Netzwerkcharakter“ den Anschein erweckte, das Kádársche System am Leben zu erhalten und sich durch eine „kádársche“ Teilgesellschaft zu legitimieren.⁷⁵⁶

8.3.2.2.2 EU

Am 1. Mai 2004 ist Ungarn mit neun anderen ostmitteleuropäischen Staaten dem europäischen „Club“ beigetreten. Das wesentliche Motiv für den Beitritt postkommunistischer Staaten stellte nicht, anders als für die Gründungsstaaten der EG, die Verringerung der nationalen Souveränität dar. Vielmehr erhofften sie deren Sicherung. Dass die Zugehörigkeit zu der Europäischen Union oftmals mit Souveränitätsverzicht einhergeht, wurde den neuen Mitgliedern erst nach dem Ende ihrer EUphorie bewusst.⁷⁵⁷

2006 gelangte Ungarn zur Erkenntnis, trotz der Mitgliedschaft noch nicht vollständig in der Europäischen Union angekommen zu sein.⁷⁵⁸ Es wurde erkannt, dass die wirtschaftliche Kapazität des Landes, die zu einer Vollmitgliedschaft notwendig erschien, dem EU-Standard nicht entsprach. Die Hauptrolle spielte 2006 die „utopische“ Einführung des Euros und das Konvergenzprogramm, aus dem die Größe des Haushaltsdefizits besonders hervorstach.⁷⁵⁹

754 Vgl. ebd.

755 Vgl. www.forsense.4eversoft.hu/?page=cikk&source=publiclife&id=44&p=1, abgerufen am 12.05.2009.

756 Vgl. Fricz 2006, o.S.

757 Vgl. Anton Pelinka: Bestimmungsfaktoren des Euroskeptizismus. Zu den Ursachen der Krise der europäischen Integration, in: Anton Pelinka/Fritz Plasser (Hrsg.): *Europäisch Denken und Lehren. Festschrift für Heinrich Neisser*, Innsbruck 2007, S. 233-249, hier S. 241.

758 Vgl. Attila Ágh: Az EU modernizációs kihívás és a felemás reformok éve [Die Herausforderung der EU-Modernisierung und das Jahr der Halb-Reformen], in: Péter Sándor/László Vass (Hrsg.): *Magyarország politikai évkönyve 2006-ról* [Politisches Jahrbuch Ungarns über 2006], Budapest 2007, S. 134-152, hier S. 134.

759 Vgl. ebd., S. 137.

Die Erweiterungsmüdigkeit der alten und die Beitrittserschöpfung der neuen EU-Staaten trafen aufeinander.

Innerhalb der ungarischen Bevölkerung machte sich die Ernüchterung und Unzufriedenheit in Form von Empfänglichkeit für nationalen Populismus bemerkbar. Nachdem Fidesz bei den EU-Beitrittsverhandlungen bedeutende Vorarbeit leistete, dennoch die Frucht eine andere Regierung erntete, wandte er sich immer mehr einer populistischen Rhetorik zu.⁷⁶⁰ Seine Zweifel gegenüber der EU äußerte er deutlich kurz vor dem Beitritt, als er die Ergebnisse von Kopenhagen in Frage stellte.⁷⁶¹ In der Argumentation des Parteivorsitzenden Orbán ließ sich Kritik an der Globalisierung sowie der Aushöhlung des Nationalstaates durch die EU erkennen.⁷⁶² Wirtschaftliche Modernisierung kann nur aus eigener, nationaler Kraft erfolgen, so lautete die Fidesz-Position.⁷⁶³

Als Gegenpol zu den eurokritischen Haltungen im rechten Parteienspektrum erschien 2006 die Regierungskoalition MSZP-SZDSZ, die auf die Vorteile durch die marktwirtschaftliche Ordnung und die Entwicklungen in Menschenrechtsfragen durch die Europäische Union aufmerksam machte⁷⁶⁴ und sich als ein kosmopolitisches und europaorientiertes Bündnis präsentierte. Bei dem EU-Beitrittsreferendum am 12. April 2003 entschieden sich die Ungarn mit 83,7 Prozent Ja-Stimmen für die EU-Mitgliedschaft. Die Wahlbeteiligung von 45,6 Prozent fiel allerdings relativ gering aus. Dennoch lag sie über das notwendige Quorum.⁷⁶⁵ Die Euphorie der Bevölkerung setzte sich auch nach dem Beitritt fort. 2005 begrüßten 80 Prozent der Befragten die Mitgliedschaft Ungarns in der Europäischen Union. Im Vergleich zu 2004 bedeutete dies einen Stimmungsrückgang von 2 Prozent.⁷⁶⁶ Lediglich 12 Prozent der Befragten äußerte sich 2005 - ähnlich zu der Befragung 2004 - gegen die Mitgliedschaft.

760 Vgl. József Bayer: Der Fidesz im Wechsel zwischen Oppositions- und Regierungspartei, in: Susanne Frölich-Steffen/Lars Rensmann (Hrsg.): Populisten an der Macht: Populistische Regierungsparteien in Ost- und Westeuropa, Wien 2005, S. 173-189, hier S. 186.

761 Vgl. ebd.

762 Vgl. die Rede Viktor Orbáns vom 11.01.2005 auf dem 10. Ostmitteleuropa-Forum in Wien, veröffentlicht u.a. auf www.nol.hu/archivum/archiv-349372 vom 24.01.2005, zuletzt abgerufen am 20.03.2009.

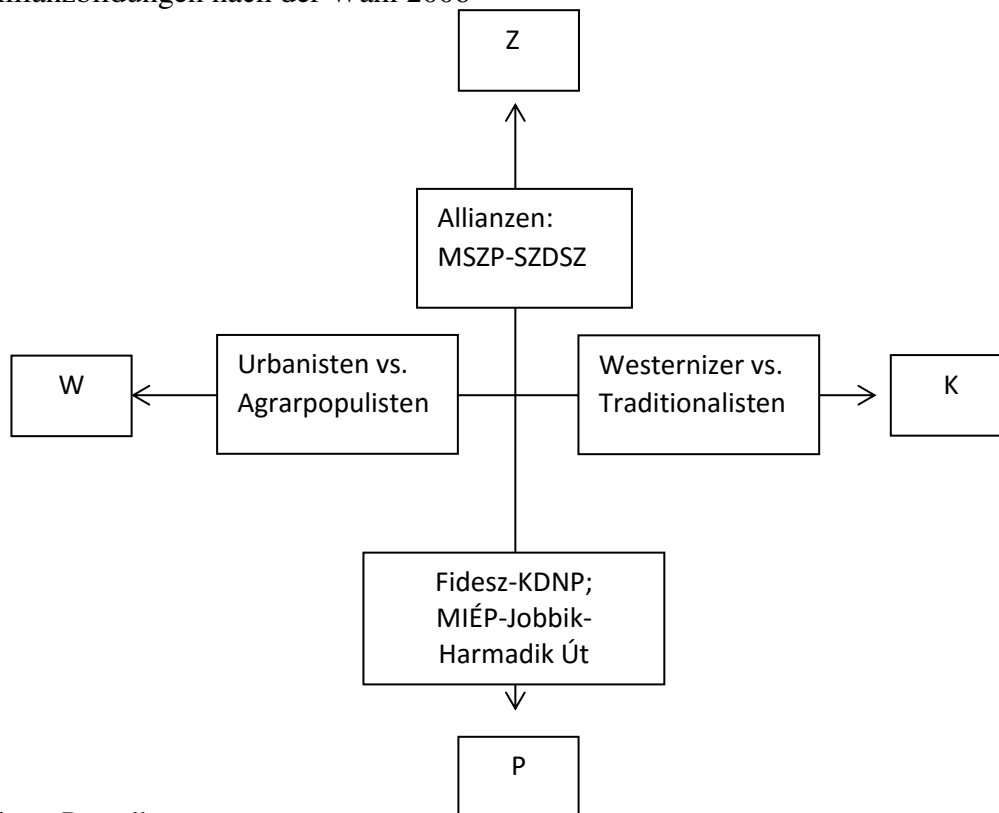
763 Vgl. Reinhold Vetter: Konfliktbeladene Wahlen in Ungarn. Tiefe Gräben in Politik und Gesellschaft, in: Osteuropa, Jg. 52, 2002 (6), S. 806-821, hier S. 813f.

764 Vgl. Petr Kopecký/Cas Mudde: The Two Sides of Euroscepticism. Party Positions on European Integration in East Central Europe, in: European Union Politics, Jg. 3, 2002 (3), S. 297-326, hier S. 308.

765 Vgl. www.valasztas.hu/hu/ep2009/47/47_0.html, abgerufen am 17.06.2009.

766 Vgl. www.median.hu/object.3c1ae067-eee4-4907-845a-b441dc630bf0.ivy, abgerufen am 18.06.2009.

Abbildung 15: Kulturelle und ökonomische Konflikte auf der Zentrum-Peripherie-Achse mit Allianzbildungen nach der Wahl 2006



Eigene Darstellung.

8.3.3. Wahlgeographische Gesichtspunkte bei den Parlamentswahlen 2006

Die ungarischen Parlamentswahlen 2006 fanden in 10.910 Wahlkreisen statt,⁷⁶⁷ und es waren insgesamt 23 Parteien registriert.⁷⁶⁸ Davon konnten 10 Parteien mindestens einen Kandidaten für die Liste der Einzelwahlkreise aufstellen.⁷⁶⁹ Dies ist ein Rückgang von über 50 Prozent im Vergleich zu 2002, als 22 Parteien mit Landeslisten bei den Wahlen antraten.

Für die Parteien blieb auch 2006 die Wahlgeographie von erheblicher Bedeutung. Die Kandidaten- und Listenaufstellung erfolgte in geographischen Gebietseinheiten. Die Wahlvorbereitungen- und Kampagne wurden innerhalb von logistisch definierten Einheiten durchgeführt. Für die Verteilung von Plakaten und Flyern sowie für die an die Wähler durch

767 Vgl. o.A.: Az Országos Választási Bizottság közleménye az országgyűlési képviselők 2006. évi választásának eredményéről [Mitteilung der staatlichen Wahlkommission über die Verteilung der Parlamentsmandate bei den Parlamentswahlen 2006], auf www.valasztas.hu/parval2006/hu/03/kozlemenyek/kozl0509.pdf, abgerufen am 10.05.2009.

768 Vgl. ebd.

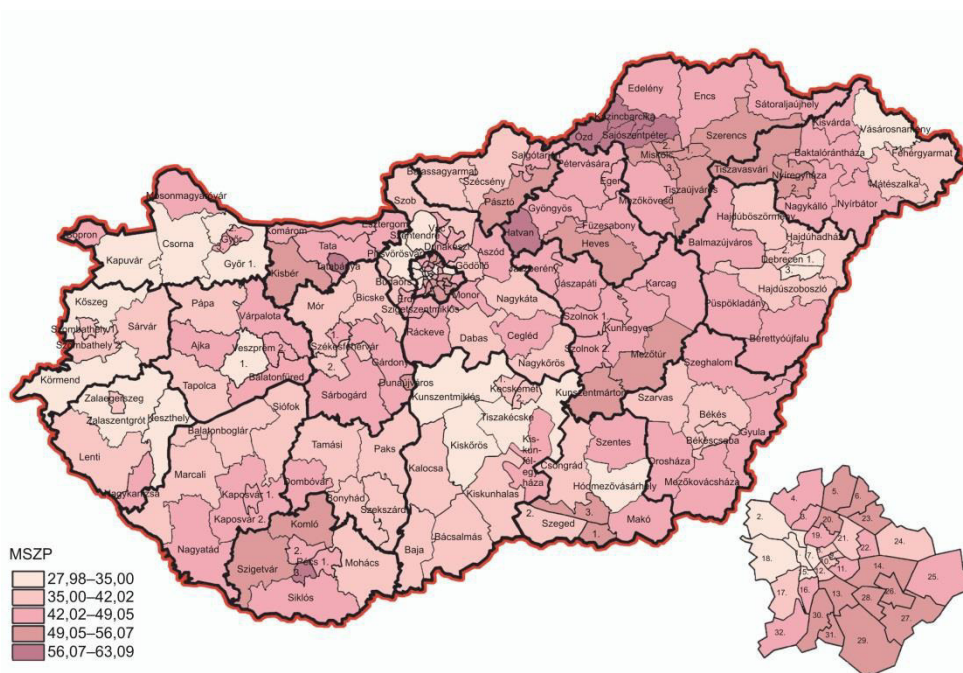
769 Vgl. ebd.

Telekommunikation verbreiteten Nachrichten wie Emails und SMS war eine genaue geographische Planung unabdingbar.⁷⁷⁰

Bei den, seit 1990 abgehaltenen fünf Parlamentswahlen in Ungarn betrug die durchschnittliche Wahlbeteiligung in der ersten Runde 65,73 Prozent, in der zweiten 59,09 Prozent. Die Partizipation 2006 fiel mit 67,83 Prozent in der ersten und 64,39 Prozent in der zweiten Runde im Gegensatz zu 2002 geringer aus; dennoch lag sie über dem Landesdurchschnitt.⁷⁷¹ Im nordwestlichen Teil des Landes zeigten sich die Wähler mit über 70 Prozent überdurchschnittlich aktiv. Die niedrigste Wahlbeteiligung umfasste ein breites Gebiet, von Südwesten nach Nordosten, zusammen mit dem östlichen Teil des Landes. Regionen mit hohem Bildungsstand verfügten über eine höhere, „depressive“ Wahlkreise mit höheren Arbeitslosenzahlen über eine niedrigere Wahlaktivität.⁷⁷²

8.3.4. Regionale Verteilung der Wählerstimmen

8.3.4.1 Wahlgeographische Karte 10: Regionale Verteilung der Wählerstimmen 2006 für MSZP



Quelle: Magyarország politikai évkönyve 2006-ról, [Politisches Jahrbuch Ungarns über 2006], Budapest 2007, Bd. 2, S. 940.

770 Vgl. Hubai 2007, S. 932f.

771 Vgl. Országos Választási Bizottság 2006.

772 Vgl. Hubai 2007, S. 934f.

Die MSZP erhielt bei den Parlamentswahlen 2006 43,21 Prozent, die gemeinsame Liste der Fidesz-KDNP 42,03 Prozent der Stimmen.⁷⁷³ Diese Ergebnisse zeigten, dass sich der Prozess „Eine Flagge, ein Lager“, also der Polarisierung der beiden großen politischen Kräfte etwas verlangsamte.⁷⁷⁴ 2002 votierten 83,12 Prozent der Wähler für beide Parteien(koalitionen), 2006 85,24 Prozent.⁷⁷⁵ Die Prognosen der Meinungsforscher über das Kopf-am-Kopf Rennen zwischen MSZP und Fidesz haben sich bewahrheitet.⁷⁷⁶

Die meiste Unterstützung mit der größten Stimmenanzahl (zwischen 56,07 und 63,09 Prozent) erhielt MSZP in sechs Wahlkreisen: in den Städten des Nord-Borsod-Industriebeckens Ózd, Sajószentpéter und Kazincbarcika, im Weiteren in Tatabánya und in jeweils einem Bezirk von Pécs sowie Hatvan. Diese Region deckt die meisten Teile der Komitate Heves und Jász-Nagykun-Szolnok ab. Gemeinsame Eigenschaft dieser Gebiete ist die frühere Existenz von Bergbau- und Industrierwerken, die für den Abbau von Uran, Erz und Kohle errichtet wurden.⁷⁷⁷ Sozialgeographisch betrachtet, leben in diesen Regionen, wie auch in 2002, die meisten Roma, und die Arbeitslosenquote fällt hier am stärksten aus.⁷⁷⁸

Mehr als 50 Prozent Zuspruch erzielte die MSZP in 31 EWK, hauptsächlich der Hauptstadt sowie der Komitats(haupt)städte wie Miskolc, Nyíregyháza, in einem Bezirk von Pécs, in zwei Bezirken von Szeged sowie in Dunaújváros und Tatabánya. Im Agglomerationsgürtel der Hauptstadt, Nord-Pest, Neupest, Rákospalota und der nördliche Teil von Angyalföld, votierten überdurchschnittlich viele für die Sozialisten. Als MSZP-Hochburg galt 2006 wie auch in 2002 die nordöstliche Region zwischen Miskolc und Nyíregyháza. Erneut gaben Wähler ihre Stimmen in den alten sozialistischen Städten Komló und Oroszlány für die Regierungspartei ab.

In 22 Wahlkreisen schnitt sie am schlechtesten ab. Die größte Einheit mit neun EWK in Form eines Halbmondes bilden in Transdanubien die Bezirke von Győr, entlang des nordwestlichen Grenzgebietes bis Keszthely. In Budapest erfuhr die MSZP die deutlichste Apathie im Zentrum von Buda und im V. Bezirk sowie in Pilisvörösvár und in allen sieben

773 Vgl. www.vokscentrum.hu/valaszt/valeredm.php?mszkod=112405&evvalaszt=2006&jny=hun, zuletzt abgerufen am 11.05.2009.

774 Vgl. György Wiener: A 2006. évi országgyűlési választások [Die Parlamentswahlen von 2006], in: Péter Sándor/László Vass (Hrsg.): Magyarország politikai évkönyve 2006-ról [Politisches Jahrbuch Ungarns über 2006], Bd. 2, Budapest 2007. S. 989-1031, hier S. 1016.

775 Vgl. www.vokscentrum.hu/valaszt/valeredm.php?mszkod=112405&evvalaszt=2006&jny=hun, zuletzt abgerufen am 11.05.2009.

776 Vgl. www.median.hu/object.92048cce-6c83-4a8f-af54-361171f38560.ivy, abgerufen am 11.05.2009.

777 Vgl. Hubai 2007, S. 941.

778 Vgl. www.portal.ksh.hu/pls/ksh/docs/hun/xftp/gyor/fog/fog20904.pdf, abgerufen am 11.05.2009.

Wahlkreisen von Szentendre, also in den Wahlkreisen, in denen der Fidesz-KDNP und der SZSZ überdurchschnittlich hohen Zuspruch fanden.

In den Regionen Westtransdanubiens, wo die Sozialisten kaum Erfolge verbuchen konnten, dominieren der politische Katholizismus sowie die starke Prägung des nationalen Konservatismus der Zwischenkriegszeit, die sich bis heute im Wahlverhalten der Bevölkerung zeigen.⁷⁷⁹ Der Konservatismus herrscht in den drei Wahlbezirken des Kiskunság, namentlich Kunszentmárton, Kiskörös, Tiszakécske, vor und ließ auch 2006 die MSZP-Sympathiewerte fallen. In Debrecen und Hódmezővásárhely erzielten die Sozialdemokraten wiederholt Tiefstwerte.⁷⁸⁰ In beiden agrarisch geprägten Städten zeigten sich die Konservativen jahrzehntelang erfolgreich.⁷⁸¹ In Debrecen wurde der Bürgermeister Kósa Lajos von Fidesz gestellt, der 2006 zum zweiten Mal mit 73,89 Prozent wiedergewählt worden ist.

Die Tendenz, dass es der MSZP immer weniger gelingt, Wählerstimmen aus den traditionellen Schichten der ländlichen Bevölkerung sowie aus dem Kreis junger Leute zu gewinnen, wurde 2006 erneut bestätigt. Diesem Trend versuchte die MSZP in ihrem Wahlkampf entgegenzusteuern, jedoch ohne Erfolg. Ihre Wahlplakate und Parteiwerbungen zielten auf junge Berufsanfänger und Akademiker der größeren Städte sowie auf die Schicht der Besserverdienenden, mit der gleichzeitigen Pflege ihrer Stammwählerschaft.⁷⁸²

Die größten Anhänger-Gruppen der MSZP blieben mit 53 Prozent weiterhin die über 50-Jährigen und Pensionierte sowie städtische Wähler der Arbeiter- und Mittelschicht ohne religiösen Hintergrund.⁷⁸³ Die Hochburgen der MSZP bildeten erneut die Wahlkreise entlang der Miskolc-Salgótarján-Achse, die meisten Bezirke von Budapest sowie die größeren Provinzstädte Miskolc, Szeged und Pécs.

779 Vgl. ebd.

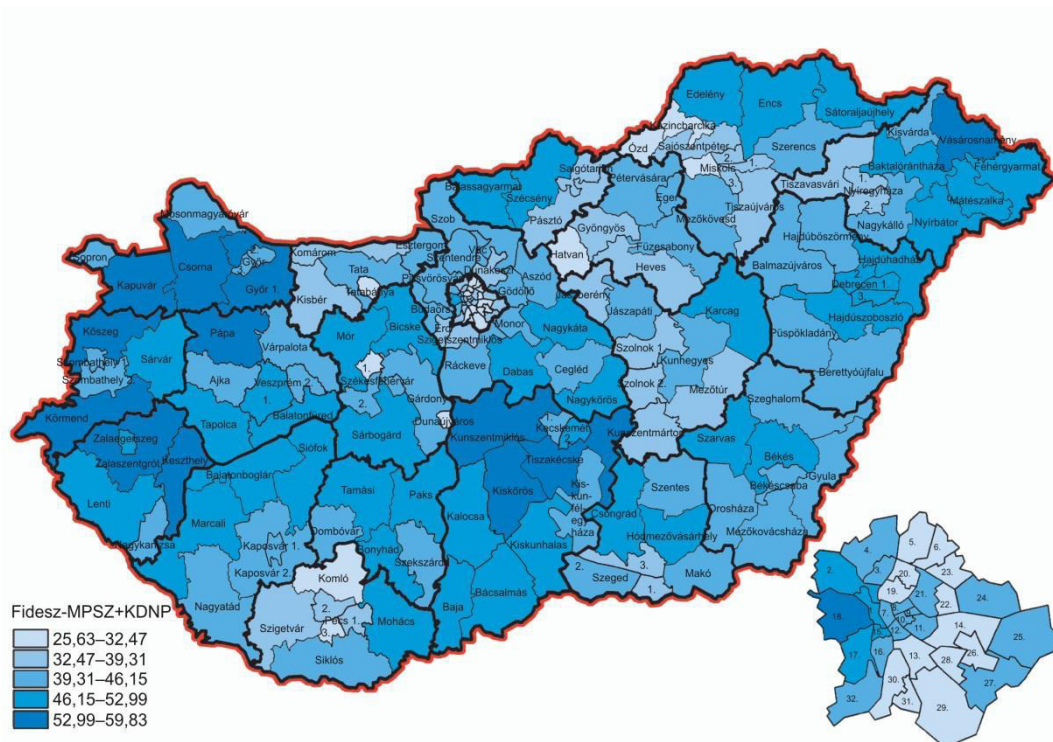
780 Vgl. ebd.

781 Vgl. ebd.

782 Vgl. Kapitány/Kapitány 2007, S. 1150.

783 Vgl. www.forsense.4eversoft.hu/?page=cikk&source=publiclife&id=44&p=1, abgerufen am 12.05.2009.

8.3.4.2. Wahlgeographische Karte 11: Regionale Verteilung der Wählerstimmen 2006 für Fidesz-KDNP



Quelle: Magyarország politikai évkönyve 2006-ról [Politisches Jahrbuch Ungarns 2006], Bd. 2, Budapest 2007, S. 941.

Fidesz verließ vor den Parlamentswahlen 2006 das MDF, seinen Koalitionspartner von 2002. Der neue Hauptgefährte der jungen Demokraten wurde die neu gegründete KDNP. Der Bund Junger Demokraten stellte in Wahlkreisen, wo er wenig etabliert war, gemeinsame Listen mit ihren Bündnispartnern auf. Zudem gelang es ihm, Kandidaten der anderen Parteien zu eigenem Vorteil zum Rückzug zu verleiten.⁷⁸⁴ Es kamen gemeinsame Listen mit der VP (Unternehmenspartei), dem NFE (Verein des nationalen Forums), mit der Fidelitas, die frühere Jugendorganisation von Fidesz, sowie aus 2002 mit der KPE (Verein der bürgerlichen Kleinlandwirte) und der Roma-Partei Lungo Drom zustande. Darüber hinaus standen frühere MDF-Kandidaten auf den Listen von Fidesz-KDNP und bekamen in 9 Wahlkreisen die absolute Mehrheit.

784 Vgl. Hubai 2007, S. 943.

Die Wahlkoalitionen sowie die internen Absprachen der Fidesz-Kandidaten zeugten 2006 weiterhin über wahlgeographische Relevanz. Die Organisationsstruktur der Fidesz wies auf der ungarischen Landkarte heterogene Muster auf.

Zwei Regionen mit dem höchsten Stimmenanteil bildeten die Hochburgen von Fidesz-KDNP: an der ukrainischen Grenze die Bezirke von Vásárosnamény, die EWK im nordwestlichen Teil Transdanubiens von Győr über Keszthely und die Wahlkreise Kunszentmárton, Kiskörös sowie Tiszakécske des östlichen Kiskunság. Auch 2006 galten in diesem Gebiet: geringe Konzentration der Roma und niedrige Arbeitslosenzahl.⁷⁸⁵ Der größte Teil Transdanubiens mit den meisten Kirchengängern ist katholisch. Angrenzend an diese Region erzielten in den agrarisch geprägten Städten Csongrád, Kunszentmiklós sowie Nagyköros ehemalige FGKP-Kandidaten überdurchschnittliche Ergebnisse. Im Bischofssitz Kalocsa holte der KDNP-Fraktionsvorsitzender Zsolt Semjén⁷⁸⁶ ein Direktmandat. Zugleich stellten diese Regionen aufgrund der dortigen mangelnden Unterstützung der Bevölkerung die Sorgenkinder der Sozialdemokraten dar. Ähnlich symmetrische Überschneidungen waren auch in den anderen Bezirken festzustellen, die durch den inversen Charakter des ungarischen Zweiparteiensystems begünstigt wurden. Auch 2006 galt für dieses Gebiet: Wo Fidesz-KDNP stark ist, ist MSZP schwach, und vice versa.

Überdurchschnittlich hohe Unterstützung erhielt die konservativ-christliche Koalition in der Region des westlichen Grenzgebietes bis zum südwestlichen Teil des Kiskunság. Andere Zentren des rechten Lagers waren im nordöstlichen Grenzgebiet die Komitate Nord-Borsod, West-Szabolcs, Szatmár sowie die „Fidesz-Stadt“ Debrecen. Kleinere Gebiete bildeten der östliche Teil von Nógrád, der südöstliche Teil von Pest, Csongrád und Hódmezővásárhely sowie die Bezirke von Szarvas und Békés. Zwei „einsame“ Wahlkreise mit Fidesz-KDNP Mehrheit waren Karcag und der XII. Bezirk von Budapest mit dem Gewinner-Kandidaten Zoltán Pokorni.⁷⁸⁷ Die „Donau-Städte“ Baja, Mohács und Bonyhád votierten auch 2006 mehrheitlich für die Fidesz-KDNP.

Weniger Zuspruch erhielt die Fidesz-KDNP in Nord- und Süd-Pest sowie in den Bezirken der Budapester Innenstadt. Weitere Wahlkreise mit geringer Unterstützung verteilten sich vereinzelt im Land. Die Städte mit sozialistischer Tradition Komló, Dunaújváros,

785 Vgl. www.portal.ksh.hu/pls/ksh/docs/hun/xftp/gyor/fog/fog20904.pdf, abgerufen am 11.05.2009.

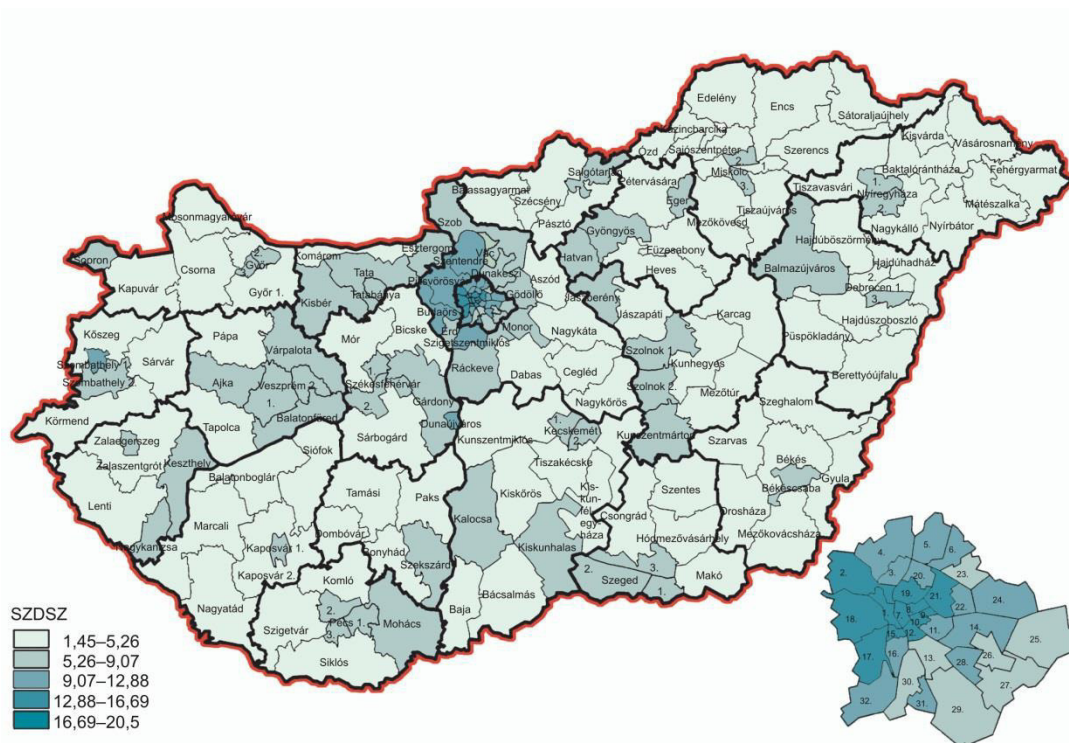
786 Mehr zu seiner Person auf: www.kdnp.hu/kdnp/parlamenti-frakcio/semjen-zsolt, abgerufen am 23.05.2009.

787 Vgl. Hubai 2007, S. 944f.

Tatabánya, Ózd und Kazincbarcika sowie einzelne Wahlkreise von Miskolc, Diósgyőr, Pécs und Hatvan votierten gegen das Rechtsbündnis. Gemeinsame Eigenschaft der Gebiete mit den wenigsten Wählerstimmen für die Konservativen ist ihre durch die Industrialisierungswelle des späten 19. Jahrhunderts und durch den Staatssozialismus stark entwickelte Industrie in den Bereichen Bergbau, Schwerindustrie und Maschinenbau.⁷⁸⁸ Die Erfolgsquote für die Sozialisten blieb hier auch 2006 bestehen.

Der Großteil der Fidesz-KDNP-Wählerschaft vertritt prononciert national-konservative Werte. Die größten Anhängergruppen der Konservativen bildeten auch 2006 mit 56 Prozent die unter 50-Jährigen⁷⁸⁹ der religiösen (durch die KDNP-Koalition) oberen Mittel- und Oberschicht.⁷⁹⁰

8.3.4.3. Wahlgeographische Karte 12: Regionale Verteilung der Wählerstimmen 2006 für SZDSZ



788 Vgl. ebd.

789 Vgl. www.forsense.4eversoft.hu/?page=cikk&source=publiclife&id=44&p=1, abgerufen am 23.05.2009.

790 Selbsteinschätzung der durch das Meinungsforschungsinstitut Forsense durchgeführten Befragung der Wähler.

Quelle: Magyarország politikai évkönyve 2006-ról [Politisches Jahrbuch Ungarns 2006], Bd. 2, Budapest 2007, S. 949.

Auf die geographische Verteilung der SZDSZ-Stimmen ist gesondert einzugehen, da sie eine bedeutende Rolle bei den Wahlen 2006 spielte. Die letzten Prognosen vor den Wahlen berichteten über einen leichten Vorsprung (0,5 Prozent) für die MSZP. Laut Meinungsforscher bewegte sich im Vorfeld der Wahlen der Anteil der SZDSZ-Stimmen zwischen 4,6 und 6 Prozent,⁷⁹¹ der vom MDF blieb weit unter der Fünf-Prozent-Hürde.⁷⁹² Somit hieß es: Erreicht der SZDSZ mindestens 5 Prozent der Stimmen, kann die linksliberale Koalition ihre Macht weiter ausüben. Diese Daten zeigten vorerst, dass die Regierungskonstellation nach April 2006 von den Ergebnissen des SZDSZ abhing.⁷⁹³ Der Slogan der Freien Demokraten „Rajtunk múlik“ („Es hängt von uns ab“) im Wahlkampf unterstrich die Bedeutung ihrer Stimmenergebnisse. Um ihre Chancen zu verbessern, nutzte sie jede Gelegenheit, um gegenüber ihrer Schwesterpartei MSZP Distanz zu demonstrieren und die Koalition einer Kraftprobe zu unterziehen. Bei der Wahl des Staatspräsidenten 2005 unterstützten die Freien Demokraten den von Fidesz aufgestellten und vom Parlament gewählten Rechtsprofessor László Sólyom.⁷⁹⁴

Der SZDSZ erzielte Erfolg. 2006 erreichten die Freien Demokraten 6,5 Prozent⁷⁹⁵ der Wählerstimmen und konnten einen deutlichen Stimmenzuwachs im Vergleich zu 2002 verbuchen. Die größte SZDSZ-Hochburg mit 16,7-20,5 Prozent der Stimmen stellten erneut die inneren Stadtbezirke von Budapest: insbesondere der I. und II. Bezirk von Buda sowie der V., VI. und der XIII. Bezirk von Pest. In den zentralen Budapester Stadtteilen mit hoher Konzentration von Akademikern und Unternehmern leben Wähler mit dem höchsten Bildungsabschluss.⁷⁹⁶ Erneut überdurchschnittlich groß war die Unterstützung in den Außenbezirken der Hauptstadt und ihrem Agglomerationsgürtel. Das „Grüne“ von Budapest bilden die Außenbezirke Szentendre, Pilisvörösvár, Budaörs und Szigetszentmiklós.⁷⁹⁷ Hier

791 Vgl. z.B.: www.gallup.hu/Gallup/release/htuj56kaj.htm, abgerufen am 24.05.2009.

792 Vgl. z.B.: www.tarki.hu/hu/research/elect/ppref_table_01.html, abgerufen am 24.05.2009.

793 Vgl. Wiener 2007, S. 1014.

794 Vgl. András Giró-Szász/Dávid Héjj/Roland Kisgyöri/Gergely Kitta: A politikai erőtér alakulása 2005-ben [Die Entwicklung des politischen Kräftefeldes 2005], in: Péter Sándor/László Vass (Hrsg.): Magyarország politikai évkönyve 2005-ről [Politisches Jahrbuch Ungarns über 2005], Budapest 2006, o.S.

795 Vgl. www.vokscentrum.hu/valaszt/valeredm.php?mszkod=112405&evvalaszt=2006&jny=hun, abgerufen am 24.05.2009.

796 Vgl. Hubai 2007, S. 948.

797 Vgl. ebd.

leben mit hohem Anteil Unternehmer, Akademiker sowie Beamte mit Erwerbstätigkeit in der „City“.

In zwei Städten des Transdanubiens Szombathely und Dunaújváros war der SZDSZ wiederholt erfolgreich. Liberale Einstellungsmuster haben sich in Szombathely bereits seit Anfang der 1990er Jahre etabliert. Ein starkes Wirtschaftsmanagement sowie der taktische SZDSZ-Wählerstamm lieferten die Erklärung für den großen Stimmenanteil in Dunaújváros.⁷⁹⁸ Wenig etabliert zeigten sich die Freien Demokraten in der zusammenhängenden Region, die sich ausgehend von den sechs südlichen Bezirken von Pest über den westlichen Teil des Komitats Komárom und die Stadt Veszprém bis zum Balaton zieht und das Komitat Fejér mit integriert. Nur Städte wie Kalocsa, Balmazújváros, Kunszentmárton und Jászberény mit (früheren) SZDSZ-Bürgermeistern konnten in diesem Gebiet nennenswerte Erfolge verzeichnen.

Die flächendeckende Stärke des Fidesz und der MSZP im Land ließ keinen Raum für die Etablierung eines SZDSZ-Wählerstammes außerhalb der Hauptstadt zu.⁷⁹⁹ Die SZDSZ-Hochburg blieb weiterhin Budapest. 35 Prozent der SZDSZ-Wähler lebten 2006 in der Hauptstadt. Bei MSZP und Fidesz lag dieser Wert unter 20 Prozent.⁸⁰⁰ Im Weiteren verhielt sich der SZDSZ in Bezug auf Alter und Bildungsniveau der MSZP gegenüber komplementär. Die Partei war vor allem in jüngeren Wählerkreisen mit Hochschulabschluss überrepräsentiert.⁸⁰¹

8.3.4.4. Regionale Verteilung der Wählerstimmen für MDF⁸⁰²

Nach der Wahlniederlage von 2002 betrieb das MDF als nun selbstständige Partei eine gemäßigte Mitte-Rechts-Politik. Im Laufe des Jahres 2002 verließen zwei Drittel seiner Abgeordneten die Fraktion. Dennoch gelang es ihm 2006, mit 5,44 Prozent⁸⁰³ die Fünfprozenthürde zu überschreiten. Der Fraktionsvorsitzende Ibolya Dávid bereitete die Trennung seiner Partei von Fidesz bereits von der Wahlnacht 2002 an vor und sah sich 2006 als die politische Kraft der Mitte, die von beiden „Riesen“ in gleicher Entfernung liegt.⁸⁰⁴

798 Vgl. ebd., S. 949f.

799 Vgl. ebd., S. 950.

800 Vgl. www.forsense.4eversoft.hu/?page=cikk&source=publiclife&id=44&p=1, abgerufen am 01.06.2009.

801 Vgl. ebd.

802 Aufgrund der wenig ausgeprägten geographischen Muster der Stimmverteilung des MDF soll die Karte nur im Anhang abgebildet werden.

803 Vgl. www.vokscentrum.hu/valaszt/valeredm.php?mszkod=112405&evvalaszt=2006&jny=hun, abgerufen am 24.05.2009.

804 Vgl. Kapitány/Kapitány 2007, S. 1153.

Geographische Muster bei der Verteilung der Stimmen für MDF konnten 2006 nicht festgestellt werden. Den meisten Zuspruch erhielt das demokratische Forum vereinzelt in einigen Wahlkreisen Transdanubiens und Ostungarns. Gleichwohl stachen keine regionalen Regelmäßigkeiten hervor. Ein überdurchschnittliches Ergebnis erreichte die Partei in Westungarn in Tamási, wo Dávid Ibolya antrat, im ersten Bezirk von Veszprém und Zalaegerszeg, in zwei Wahlkreisen von Szombathely sowie in Ostungarn im dritten Bezirk von Debrecen und in Nagykálló.⁸⁰⁵ Darüber hinaus war die Partei in den Wahlkreisen erfolgreich, wo sie bereits bekannte Parlamentsabgeordnete aufstellte. So konnte sie in der Nähe von Budapest in Gödöllő, in Balatonboglár und Cegléd wichtige Stimmen sichern. 2006 gab es keine gesellschaftliche Gruppe, in der MDF große Sympathien genossen hätte. Nur innerhalb den unentschlossenen Wählern konnten die ungarischen Demokraten die meisten Stimmen auf sich vereinen. 20,5 Prozent der Bürger, die angaben, in den letzten Tagen vor den Wahlen ihre Parteipräferenz festgelegt zu haben, votierten für MDF.⁸⁰⁶

8.3.4.5. Verteilung der Wählerstimmen der nicht-etablierten Kleinparteien⁸⁰⁷

Der „Kampf um Leben und Tod“ der beiden Großparteien MSZP und Fidesz bedeutete für die Kleinparteien einen Kampf ums Überleben in oder außerhalb des Parlaments. Bei den Parlamentswahlen 2006 erreichten die Kleinparteien insgesamt Rückgang im Vergleich zu 2002, als sie zusammen⁸⁰⁸ mehr als 11 Prozent⁸⁰⁹ holten.

Das taktische Bündnis von MIÉP, Jobbik und der Post-FGKP-Vereinigung Kisgazdák (Kleinlandwirte), bezeichnet als MIÉP-Jobbik – A Harmadik Út (Der Dritte Weg) kam im Oktober 2005 zustande und kämpfte, wie ihr Motto „Se nem jobb, se nem bal – keresztény és magyar“ (Nicht Rechts, nicht Links – christlich und Ungar)⁸¹⁰ auch verriet, gegen die „mainstream“- Realpolitik der zwei Lager.

Die „Rechte Jugendgemeinschaft“ (Jobboldali Ifjúsági Közösség, kurz Jobbik⁸¹¹) wurde von Universitätsstudenten 1999 aus Frustration über die politische Elite ins Leben gerufen.

805 Vgl. Hubai 2007, S. 953.

806 Vgl. www.forsense.4eversoft.hu/?page=cikk&source=publiclife&id=44&p=1, abgerufen am 05.06.2009.

807 Die Landkarten über die regionale Verteilung der Wählerstimmen für die Kleinparteien Siehe im Anhang.

808 Zwar traten 2002 mehr Kleinparteien an, zu den Ergebnissen trugen bei beiden Wahlen die vier Parteien: MIÉP, Centrum, FGKP (2002) und MP bei.

809 www.vokscentrum.hu/valaszt/valeredm.php?mszkod=112405&evvalaszt=2002&jny=hun, abgerufen am 12.05.2009.

810 www.miep.hu/index.php?option=com_content&view=article&id=47&Itemid=56, abgerufen am 12.06.2009.

811 Der Name hat zwei Bedeutungen (Steigerungsform von „gut“ und „rechts“), ist also ein Wortspiel mit Tiefsinn.

Jobbik formierte sich im Oktober 2003 zu einer gleichnamigen Partei, die einen starken Anspruch auf System- und Gesellschaftskritik äußert. Ihren Radikalismus sieht die „neue soziale Bewegung“ in ihrer Methodik legitimiert, nach der sie „richtige Fragen und richtige Lösungen“ behandle. Ihr Zukunftsbild bildete die Ideologie „eines moralisch erneuerten, im Sinne der Nation denkenden und handelnden Ungarntums“, die die ganze ungarische Nation zu vereinen vermag. Denn in der ungarischen Politik dominierten Worte, nicht die Taten.⁸¹² Die Rechtsaußenkräfte waren bemüht, losgelöst vom bürgerlichen Spektrum ihre Ziele zu erreichen und nahmen den Charakter von „freien Kräften des Widerstands“ an. Die Jobbik beanspruchte, das Rechtsaußenlager zu repräsentieren und die frühere Rolle von MIÉP zu übernehmen.

Bei den Parlamentswahlen 2006 konnte das Parteienbündnis keinen Erfolg erzielen: Es erreichte 2,2 Prozent der Stimmen und zerstritt sich anschließend schnell.⁸¹³ Geographische Muster bei der Verteilung ihrer Wählerstimmen konnten nicht festgestellt werden. Allein in den Komitaten Pest mit 2,95 Prozent und Heves mit 3,00 Prozent schnitt sie überdurchschnittlich ab. Viele ihrer Stimmen von 2002 sog 2006 das Fidesz-KDNP-Bündnis auf, so beispielsweise in den Budapester Außenbezirken sowie in ihrem Agglomerationsgürtel.⁸¹⁴ Gleichwohl erhielt das Rechts-Bündnis 2006 die meisten Stimmen unter den nicht-etablierten Kleinparteien. Somit ließ sich 2006 vermuten, die nationalen radikalen Kräfte in der Zukunft ihre Infrastruktur zur Sicherung des eigenen Überlebens ausbauen und ihre gesellschaftliche Unterstützung vergrößern werden.

2006 erhielt die Ungarische Kommunistische Arbeiterpartei (MP) 0,42 Prozent, die Zentrum-Partei (CE) 0,32 Prozent der Wählerstimmen.⁸¹⁵ Alle anderen Parteien erreichten weniger als 0,1 Prozent. Die MP verzeichnete 2006 ihre größte Niederlage. Die neutrale Positionierung der CE nach 2002 generierte innerhalb der Arbeiterpartei Konflikte, die schließlich 2005 in ideologischen Streitigkeiten mündeten. Der Vizepräsident Attila Vajnai galt als „Diener der Sozialisten“, dem Parteivorsitzenden Gyula Thürmer wurde, anlässlich

812 Vgl. Jobbik Magyarország alapító nyilatkozat (Gründungsurkunde von Jobbik Ungarn vom 24. Oktober 2003), www.jobbik.hu/modules.php?name=Content&pa=showpage&pid=11, abgerufen am 25.03.2009.

813 Vgl. o.A.: Az Országos Választási Bizottság közleménye az országgyűlési képviselők 2006. évi választásának eredményéről [Mitteilung der staatlichen Wahlkommission über die Verteilung der Parlamentsmandate bei den Parlamentswahlen 2006], auf www.valasztas.hu/parval2006/esz/esz_hu/ovbk_ind.htm, zuletzt abgerufen am 17.06.2009.

814 Vgl. Hubai 2007, S. 957.

815 Vgl. www.vokscentrum.hu/valaszt/valeredm.php?mszkod=112405&evvalaszt=2006&jny=hun, abgerufen am 12.06.2009.

einer öffentlichen Stellungnahme, in der er in Bezug auf das geplante Referendum über die doppelte Staatsbürgerschaft der Auslandsungarn den Standpunkt von Viktor Orbán teilte,⁸¹⁶ die Mitwirkung bei der „antikommunistischen Opposition“ des rechten Lagers vorgeworfen.

Mit knapp 22 Tausend Stimmen verfehlte die MA den Einzug ins Parlament. Da sie weniger als 1 Prozent der Stimmen erhielt, verlor sie zugleich den Anspruch auf die Haushaltssubventionen. Die Existenz der Partei geriet somit in Gefahr. Von der gesellschaftlichen Verankerung von demokratiegefährdenden Machtpotenzialen konnte folglich 2006 nicht die Rede sein.⁸¹⁷

Die Zentrum-Partei erlitt 2006 ein ähnliches Schicksal wie die Arbeiterpartei. Im Vergleich zu 2002 verlor sie fast 90 Prozent ihrer Wählerbasis. 2002 votierten 219.000 für sie, 2006 nur noch 17.000. Das illusorische Wahlprogramm der CE, in dem sie die Auswechslung der ganzen politischen Elite zum Ziel setzte, und die nun zentrale Positionierung des MDF verringerten deutlich ihre Chancen.⁸¹⁸

8.3.5. Zwischenfazit Konfliktstrukturen 2006

8.3.5.1. Wahlgeographische Charakteristika

Insgesamt gilt für die Parlamentswahlen für 2006:

Die MSZP erreichte ähnlich wie 1994 ihre besten Ergebnisse in dem nordöstlichen Industriebecken des Komitats Borsod-Abaúj-Zemplén, in den Komitaten Heves und Jász-Nagykun-Szolnok. Überdurchschnittlich schnitt sie in der nordöstlichen Region zwischen Miskolc und Nyíregyháza ab sowie in den Industriestädten Pécs, Komló, Oroszlány in Baranya, in Kiszér und Tatabánya des Komitats Pest, in Szeged des Komitats Csongrád und in Budapest in den nördlichen Bezirken mit dem 13. sogenannten Arbeiter-Bezirk, Angyalföld als Bestplatziertem. Am schlechtesten zeigten sich die Sozialisten erneut in West-Transdanubien und in den Komitaten Győr-Moson-Sopron, Vas, Zala und Veszprém sowie in den innerstädtischen Bezirken von Budapest und im Agglomerationsgürtel Pilisvörösvár und Szentendre.

816 Vgl. Rede von Gyula Thürmer anlässlich des 21. Kongresses der Ungarischen Kommunistischen Arbeiterpartei, auf: www.munkaspart.hu, abgerufen am 16.06.2009.

817 Vgl. die Gegenposition bei Tom Thieme: Hammer, Sichel, Hakenkreuz. Parteipolitischer Extremismus in Ostmitteleuropa: Entstehungsbedingungen und Erscheinungsformen, Baden-Baden 2007.

818 Vgl. Roland Kisgyöri: Kis pártok a hatalom vonzásában [Kleinparteien im Magnetfeld der Macht], in: Péter Sándor/László Vass (Hrsg.): Magyarország politikai évkönyve 2006-ról [Politisches Jahrbuch Ungarns über 2006], Bd. 2, Budapest 2007, S. 1105-1126, hier S. 1116.

Der SZDSZ zeigte sich erneut - ähnlich zu 1994 in den innerstädtischen Bezirken und auf der Halbinsel Szentendre, am stärksten, wo die MSZP die wenigsten Stimmen holte. Ihr Zuspruch in Westtransdanubien mit Ausnahme der Städte Szombathely und Dunaújvaros nahm ab. Dagegen konnten die Liberalen in den grünen Agglomerationsregionen von Budapest wie Pilisvörösvár, Budaörs und Szigetszentmiklós ihren Stimmenzuwachs erhöhen.

Aufgrund der wahlgeographischen Zersplitterung der Stimmen für das MDF im Jahr 2006 konnten keine Kontinuitäten im regionalen Abstimmungsverhalten festgestellt werden. Die größte Anhängergruppe des Demokratischen Forums bildeten die unentschlossenen Wähler, die wahlgeographisch nicht zu erschließen sind.

Durch die gemeinsame Listen der Fidesz mit der KDNP, der Romapartei und den Nachfolgern der Kleinlandwirte erreichten die National-Konservativen ihre besten Ergebnisse zum einen in den Komitaten, in denen der Einfluss des Katholizismus am stärksten ist: in Vas, Zala, Tolna in den agrarischen Regionen der Tiefebene, in dem östlichen Kiskunság und im allgemeinen dort, wo die MSZP und der SZDSZ am wenigsten erfolgreich waren.

8.3.5.2 Kulturelle und ökonomische Konflikte

Den Großparteien MSZP und Fidesz gelang es, ihre hegemoniale Stellung in der Gesellschaft zu behaupten und die Bipolarität des Parteiensystems durch Verstärkung der gesellschaftlichen Bruchlinien festzuschreiben.

Diese nach dem Freund-Feind-Schema geführte Auseinandersetzung marginalisierte die nicht-etablierten Kleinparteien. Auch ein neues Bündnis von rechtsextremistischen Kräften konnte nicht reüssieren. Der SZDSZ konnte hingegen als „passiver Mitspieler“ der MSZP seine starke Stellung in der Hauptstadt behaupten, da er liberal gesinnte Bildungsschichten ansprach. Der MDF konnte gerade noch in das Parlament einziehen, jedoch ohne größere wahlgeographischen Signifikanzen.

Die Parlamentswahlen 2006 zeugten von der Präsenz der Konflikte sowohl auf der kulturellen wie auch auf der ökonomische Achse. Der Gegensatz zwischen den Westernizern und den Traditionalisten verschärfte sich in Folge des Post-EU-Beitrittssyndroms, das sich in den euroskeptischen und proeuropäischen Diskurs der Traditionalisten und Westernizern einfügte. Die EU-feindliche Rhetorik der

„Antikommunisten“ gegenüber den EUnthusiastischen „Postkommunisten“ ließ die National-Konservativen als oppositionelle Bewegungen in der Tradition der Legitimisten und Oppositionellen nach 1918 erscheinen. Die MSZP nahm zwei nur schwer kompatible Rollen ein: Einerseits vertrat sie auf der kulturellen Achse kosmopolitisch-liberale Einstellungen der Bevölkerung, andererseits repräsentierte sie in der Rolle als Legitimist die kádársche Teilgesellschaft. Diese doppelte Repräsentation erklärt sich aus unterschiedlichen Perspektiven einer Partei, die zwar marktliberal „nach außen“ auftritt, „nach innen“ aber auf einen postkommunistischen Netzwerkcharakter fußt. Ein unmittelbar nach den Wahlen konstatiertes „Post-EU-Beitrittssyndrom“ war in Ungarn indes nicht einschlägig. Bei den Wahlen von 2006 beeinflusste das soziostrukturell wenig verankerte Thema die parteipolitische Auseinandersetzung kaum. Die Einstellungen der Bevölkerung blieben proeuropäisch. Somit konnte sich ein EU-Konflikt lediglich innerhalb der bestehenden Konflikte entfalten, jedoch ohne den Wunsch der Bevölkerung nach einer parteipolitischen anti-Europäischen Interessenvertretung.

2006 wurde der Konflikt auf der ökonomischen Achse revitalisiert, das nach dem Ableben der Kleinlandwirtepartei untergegangen zu sein schien. So wandte sich Fidesz der Landbevölkerung zu, um Ressentiments „gegen die-da-oben“, die in den Städten beheimateten Großkonzerne zu schüren. Elektoral fand diese Hinwendung einen nachweisbaren Nährboden in der „Peripherie“. Selbst der religiöse Konflikt tauchte wieder auf, der durch das Bündnis zwischen Fidesz und KDNP forciert wurde.

Der kontinuierliche Rückgang der Kirchgänger sowie der Anzahl der in der Landwirtschaft Tätigen kann folglich dem Konflikt zwischen Urbanisten und Agrarpopulisten der nicht temporär verankerte Charakter attestiert werden. Im Gegenteil: die wahlgeographischen Muster weisen unabhängig von den soziodemographischen Merkmalen auf historische Kontinuitäten im Abstimmungsverhalten hin. So konnte die Fidesz-KDNP-Koalition beispielsweise auch in den einst agrarisch geprägten Regionen Erfolge verbuchen.

8.4. Die ungarischen Parlamentswahlen 2014

8.4.1 Parteipolitische Ausgangslage

Die seit 2002 angedeutete und 2006 bereits manifestierte Zweispaltung des Parteiensystems hat sich bis 2014 weiter verfestigt. Die Änderung des Wahlgesetzes 2012 – wodurch das Wahlsystem nun den Charakter eines relativen Mehrheitswahlsystems aufweist – sowie die

taktische Gerrymandering zugunsten der regierenden Fidesz-KDNP und zulasten der oppositionellen Parteien verstärkte zusätzlich die bestehenden Machtverhältnisse zwischen dem christlich-konservativen und dem links-liberalen Block. Die oppositionelle Mehrparteienkoalition „Összefogás 2014“ (Zusammenschluss 2014) gründeten die MSZP, der Együtt-PM, die DK und die MLP. Együtt (offiziell Együtt 2014, Gemeinsam 2014, nun nur Együtt) ist eine sozialdemokratische Partei, die 2013 aus drei Bürgerinitiativen, dem Verein „Heimat und Fortschritt“, dem Verein „Eine Million für die ungarische Pressefreiheit“, und der „Bewegung Ungarische Solidarität“ hervorgegangen ist. Bei der Parlamentswahl startete Együtt 2014 im Wahlbündnis mit dem PM (Párbeszéd Magyarországért, Dialog für Ungarn). Die PM ist aus dem internen Zerwürfnis innerhalb der LMP entstanden. Sie kämpft für die ökologische, ökonomische und soziale Nachhaltigkeit in Ungarn.

Der zunehmende nationale Kurs Orbáns nach 2010 bescherte Ungarn internationaler Kritik. Am 18. November 2014 fanden in Ungarn landesweit Massenproteste unter dem Slogan: „Tag der Empörung“ (Közfelháborodás napja) statt. Im Vergleich zu den Demonstrationen 2011 gegen die Einschränkung der Pressefreiheit waren diese Proteste ausschließlich von zivilgesellschaftlichen Akteuren initiiert und organisiert. Als Auslöser der Proteste galt die von Orbán verkündete Einführung einer sogenannten Internetsteuer, der als Angriff auf die persönlichen Freiheitsrechte wahrgenommen wurde. Infolge eines verfassungsgerichtlichen Beschlusses musste der Plan später jedoch zurückgezogen werden. Der zeitgleich von der US-amerikanischen Botschaft in Budapest ausgelöste Korruptionsskandal hob die Proteste auf eine neue Dimension: „Ungarn lehnt sich gegen die politische Klasse auf“⁸¹⁹ titelte die Welt am Tag der Massenproteste, die sich auf 20 Städte ausweitete. Die Demonstranten warfen der Fidesz-Regierung vor, eine russlandfreundliche Politik zu Lasten der innereuropäischen und der US-amerikanischen diplomatischen Beziehungen zu betreiben. Unbeachtet den Wünschen der Organisatoren, die öffentlich gegen parteipolitischen Aktionismus warben, boten Politiker der Oppositionsparteien ihre Unterstützung an und riefen zur Teilnahme an den Kundgebungen auf. Die institutionalisierte Ignoranz des zivilgesellschaftlichen Engagements seitens der politischen Elite wurde erneut sichtbar. Eine zentrale Rolle dabei nahm die 2011 von dem früheren sozialistischen Ministerpräsidenten

819 Boris Kálnoky: Ungarn lehnt sich gegen die politische Klasse auf, unter: <http://www.welt.de/politik/ausland/article134442631/Ungarn-lehnt-sich-gegen-die-politische-Klasse-auf.html>, abgerufen am 19. November 2014.

Ferenc Gyurcsány gegründete linksliberale Partei, die Demokratische Koalition (Demokratikus Koalíció, kurz DK) ein.

8.4.2. Konfliktstrukturen bei den Parlamentswahlen 2014

2014 war ähnlich zu 2006 das Jahr der Kontinuitäten: Erneut wurde eine Regierung bestätigt worden. Das Quasi-Zweiparteiensystem, das sich bereits 2002 etablierte und 2006 weiter verfestigte, blieb weiterhin bestehen. 2014 zogen von den 18 mit Landeslisten angetretenen Parteien sieben ins Parlament ein. Das 2011 reformierte und seit 2012 gültige Wahlgesetz begünstigt die Etablierung von neuen Parteien beispielsweise durch großzügige Wahlkampffinanzierungen, die im Vorfeld der Parlamentswahl zu Parteigründungen motivierte. Der ungarischen Wahlbehörde zufolge waren bis April 2014 147 Parteien registriert. Im Vergleich zu 2010 bedeutete es ein Zuwachs von 20 Prozent.⁸²⁰ Dies stellte das neue Wahlgesetz unter Verdacht, primär als Instrument zur Heterogenisierung des oppositionellen Lagers – allen voran die Anhängergruppen von Jobbik – gedient zu haben. Trotz der klugen Wahltaktik der Regierung brachten die neuen Regelungen nicht die gewünschte Fragmentierung der oppositionellen Hochburgen mit sich. Vielmehr waren die neuen Parteigründungen mit enormen Mehrkosten für den Haushalt verbunden. Zugleich motivierten sie zur Gründung von unseriösen „Feak-“ und Businessparteien“, die sich nach den, trotz eines Misserfolgs, erhaltenen staatlichen Subventionen auflösten.

Die Wahlbeteiligung 2014 fiel mit 61,73 Prozent im Vergleich zu den früheren Wahlen deutlich zurück.⁸²¹ Zwar gelang es den beiden Machtblöcken um Fidesz-KDNP und das liberale Bündnis, ihre Dominanz in der Gesellschaft zu bewahren. Dennoch konnten sie dem Aufsteigen der rechtsextremen Jobbik nicht entgegen. Folglich wandelte sich das ungarische Parteiensystem von einer bi- in eine tripolare Struktur. Fidesz-KDNP sicherte 42,33, das liberale Bündnis 26,21 und Jobbik 20,69 Prozent der Wählerstimmen.⁸²²

8.4.2.1 Kulturelle Konflikte: Westernizer vs. Traditionalisten

In dem Zeitraum von 2011 bis 2014 brachte Fidesz mithilfe der 2010 errungenen Zweidrittelmehrheit vier Verfassungsänderungen im Parlament durch. Aufgrund der harschen europäischen Kritik an diesen Grundgesetzreformen geriet die Partei zeitweilig in eine schwere Legitimitätskrise. Doch als das Brüsseler Defizit-Verfahren gegen Ungarn

820 Vgl. <http://www.valasztas.hu/hu/ogyv2014/index.html>, zuletzt abgerufen am 14.11.2016.

821 Vgl. http://www.valasztas.hu/hu/ogyv2014/858/858_0_index.html, zuletzt abgerufen am 5.5.2016.

822 Vgl. ebd.

eingestellt wurde, verkündete Orbán den „bedeutenden Sieg Ungarns“⁸²³ über die EU. In das Konzept der gegen die EU gerichtete Entfremdungs- und Freiheitskampf-Politik fügt sich die wirtschaftliche Ostöffnung nach Russland, China und Iran ein. In dieser Angelegenheit bat die Regierung im Rahmen der 2011 eingeführten „Nationalen Konsultation“⁸²⁴ die ungarische Bevölkerung um Rat. In einem persönlichen Brief Orbáns wurden Wähler über wirtschaftspolitische Fragen befragt. Die Befragung sollte dazu dienen, die viel kritisierte Ostöffnung der Regierung zu legitimieren.

2013 blieb die nationale Konsultation aus. In dem Jahr wurde die Bevölkerung, ebenfalls von Orbán persönlich, über den Inhalt des Wahlkampfeslogan: „Ungarn leistet mehr“ unterrichtet und gegen die EU und die ausländischen Banken und Großunternehmen alarmiert. Im Wahlkampf 2014 sprach sich der Parlamentspräsident László Kövér gegen die Selbstperzeption der EU als eine Wertegemeinschaft aus und bezeichnete die Union als eine „materialistische Interessengemeinschaft“, die aus „Motivation nach billigen Markterwerb“ auf die kapitalarme Staaten Europas ihre Normen aufzwingen will.⁸²⁵

Die MSZP verlor infolge ihres historischen Misserfolgs 2010 den Charakter einer Volkspartei. Die Parlamentswahlen 2010 waren weiterhin vom unglücklichen Bekenntnis des früheren Regierungschefs Gyurcsány aus dem Jahr 2006 belastet: „Wir haben beschissen und gelogen, morgens, tagsüber und abends! Wir haben es versaut!“ Auch die rechtsradikale Opposition nutzte den Ansehensverlust der Sozialisten geschickt für sich. Jobbik avancierte zur Kümmererpartei der kleinen und jungen Leute und sprach Themen an, die sowohl die Konservativen wie auch die Sozialisten vernachlässigten. Der Grundstein für den institutionalisierten Rechtsextremismus war gelegt.⁸²⁶

Die Issue-Erweiterung von Jobbik und die Krise der Sozialdemokraten führten zur Veränderung des traditionellen Wahlverhaltens der MSZP und der Fidesz-KDNP-Anhänger. Die Konservativen erlangten 2010 auch in den Wahlkreisen die Mehrheit, in denen einst die MSZP dominierte. Fidesz erhielt sogar von traditionellen MSZP-Wählern über 50 Prozent der Stimmen: 2010 votierten mehr Rentner, Hauptstädter, Atheisten und ehemalige MSZMP-Mitglieder für Fidesz als für die MSZP. Im Ergebnis verlor die MSZP 1,5

823 Orbán Viktor im persönlichen Brief an die Wähler, Juli 2013.

824 Vgl. Nationale Konsultation über wirtschaftliche Entscheidungen im Juli 2012, unter: http://static.fidesz.hu/download/201206/Nemzeti_Konzultacio_2012_5846.pdf, zuletzt abgerufen am 4.5.2016.

825 László Kövér im Interview der Sendung „Sonntagszeitung“ im Kossuth Radio am 29.3.2014.

826 Vgl. Melani Barlai: Besorgnis ist angebracht, in: Berliner Republik, 2010 (2), S. 17-18, hier S. 17.

Millionen Stimmen an die Konservativen,⁸²⁷ die die Partei in eine Identitätskrise stürzte. Ihre kommunistische Vergangenheit, die sie stets ignorieren versuchte, holte sie ein. Der Versuch einer technokratischen und strukturellen Westorientierung⁸²⁸ konnte sie von ihren ideologischen Fesseln aus der Vergangenheit nicht befreien. Zudem rechneten sie weiterhin mit Profiten aus der Nostalgie für den Gulasch-Kommunismus. Dieser Doppelcharakter erwies sich spätestens 2010 als unvereinbar. Die Grundsatzdebatten über die ideologischen Strömungen der Traditionalisten und der von Gyurcsány erträumten „westlichen Liberalen“ schwächte die Sozialdemokratie zusätzlich. Es wurde unverkennbar, dass Gyurcsány keine weitere Perspektive in der MSZP hat. Der Ideologiestreit markierte zudem den konsensualen Bruch im linken Lager.

Nach dem der von István Hiller und Gyurcsány favorisierte „Thrid Way“ in der ungarischen Sozialdemokratie in einer Sackgasse mündete⁸²⁹, war Gyurcsány gezwungen, sich zunächst vom politischen Alltag fernzuhalten. „Nach meinem Rücktritt als Ministerpräsident hatte ich drei berufliche Optionen: mich im akademischen Bereich zu etablieren, als Unternehmer in die Privatwirtschaft wieder einzusteigen, oder eben nach Brüssel zu gehen.“ „[...] Nach einer sechsmonatigen Denkpause habe ich mich schließlich entschlossen, wieder Politik zu machen, und zwar Politik auf nationaler Ebene – diesen inneren Drang verspürte ich.“⁸³⁰

Die Distanzierung von der kommunistischen Vergangenheit und die Hinwendung nach Europa und den Westen bildet das Profil der am 12. Oktober 2011 von Ferenc Gyurcsány als eine „progressive, westliche, bürgerliche, links der Mitte“⁸³¹ gegründete Demokratische Koalition. Das „Projekt“ Europa ist in den Mittelpunkt der Kommunikationsstrategie der DK gerückt. Gleich im Eingangstext der DK-Gründungsurkunde heißt es: „Unsere Werte und Ziele binden uns an Europa; wir glauben daran, dass Ungarn des 21. Jahrhunderts nur als ein geschätztes Mitglied der Europäischen Union und der transatlantischen Zusammenarbeit in Sicherheitsfragen erfolgreich sein kann.“⁸³²

827 Vgl. <http://www.median.hu/object.7c017750-53b9-4a03-87c6-a771ee519bb8.ivy>, abgerufen am 10.01.2011.

828 Vgl. Anna Grzymala-Busse: The programmatic turnaround of communist successor parties in East Central Europe, 1989-1998, in: *Communist and Postcommunist Studies*, Jg. 35, 2002 (4), S.51-66.

829 Vgl. Melani Barlai: Drama in zwei Akten: Die ungarische Sozialdemokratie, in: Felix Butzlaff/Matthias Micus/Franz Walter: *Genossen in der Krise? Europas Sozialdemokratie auf dem Prüfstand*, Göttingen 2011, S. 260-271, hier S. 267f.

830 Ferenc Gyurcsány: Im persönlichen Interview mit der Verfasserin am 20.11.2014.

831 Gründungsurkunde der DK, unter: http://dk365.hu/dk_alapszabaly.pdf, zuletzt abgerufen am 28. November 2014.

832 Ebd.

Im Zuge des Internetsteuer-Skandals bedankte sich Gyurcsány bei den Demonstranten, die „[...] Chance und Hoffnung dafür geben dass die Orbán-Regime gestürzt werden kann, und Ungarn wieder zu Europa und zur Gemeinschaft der Freiheit und der Demokratie angehören kann“⁸³³ und forderte sogar vorgezogene Neuwahlen.⁸³⁴ Auch andere Mitglieder des liberalen Bündnisses schlossen sich der anti-Orbán Rhetorik an und bildeten zusammen die Gruppe der Westernizer.

Neben der Fidesz-KDNP formierte sich die rechtsradikale Jobbik zum ernsthaften Mitspieler im Lager der Traditionalisten, die für ihr ehemaliges Vorbild Fidesz die größte Konkurrenz darstellt. Im Zuge des unerwarteten Erfolgs der Sozialisten 2002 kam es zum Bruch zwischen Orbán und seinen enttäuschten Aktivisten, die sich im Bund der rechten Jugend – ebenfalls Teil von Fidesz – für Fidesz jahrelang rechtsradikale Stimmen mobilisierten. Daraufhin gründeten prominente Mitglieder des Jugendbundes, zunächst als eine Jugendbewegung, die Jobbik. Den Vorsitz übernahm der damals 27-jährige Dávid Kovács, der im Zuge der späteren Radikalisierung und der Gründung der paramilitärischen Ungarischen Garde (Magyar Gárda) die Partei verließ.⁸³⁵ Zu seinem Nachfolger wurde Gábor Vona⁸³⁶ gewählt, der bis heute als unbestreitbarer Vorsitzende von Jobbik gilt.

8.4.2.2 Ökonomische Konflikte: Urbanisten vs. Agrarpopulisten

Die Neubelebung des völkischen Diskurses erfolgte bereits im Vorfeld der Parlamentswahl 2014 durch das von Fidesz initiierte und im Mai 2014 in Kraft getretene Bodengesetz, das besagt, dass Ackerböden in Ungarn nur aus land- oder forstwirtschaftlichen Zwecken verkauft werden und Käufer nur als Selbstständige, Familienunternehmen oder als Urerzeuger eingetragene Bauern sein können.

Zugleich etablierte die Regierung das sogenannte Junge-Bauern-Programm, das sich zum Ziel setzt, die Bauern dazu zu motivieren, landwirtschaftliche Betriebe zu gründen. Zudem

833 DK: A Demokratikus Koalíció megköszöni a részvétet [Die DK bedankt sich für die Teilnahme], unter: <http://www.hidfo.net.ru/2014/10/29/demokratikus-koalicio-koszoni-reszvetelt>, abgerufen am 20.11.2014.

834 HVG-online: Gyurcsány előrehozott választásokat akar [Gyurcsány fordert Neuwahlen], unter: http://hvg.hu/itthon/20141122_Gyurcsany_elorehozott_valasztasokat_akar, abgerufen am 22. November 2014.

835 Origo.hu: A gárda miatt kiléptek a párt alapítói a Jobbikból [Wegen der Garde haben die Gründungsmitglieder der Partei Jobbik verlassen], <http://www.origo.hu/itthon/20080310-lemondtak-a-jobbik-alapitoi-a-veszelyes-vallalhatatlan-magyar-garda-miatt.html> (11.3.2008). Neben Kovács sind die Gründungsfiguren Ervin Nagy und Márton Fári aus Jobbik ebenfalls ausgetreten.

836 Weitere Jobbik-Mitglieder der ersten Stunde, die an der philosophischen Fakultät der ELTE studiert haben, sind Ervin Nagy, Márton Fári und László Toroczka.

soll das Programm den Generationenwechsel beschleunigen und für landwirtschaftliche Berufe werben. Die Teilnahme am Programm erfordert von den Bauern im Alter zwischen 18 und 40 Jahren den Ausbau eines funktionierenden landwirtschaftlichen "Betriebs" innerhalb einer fünfjährigen Projektdauer. Als Gegenleistung erhalten sie eine staatliche Subvention in Höhe von 6 bis 13 Millionen Forint (20 bis 40 Tausend Euro).⁸³⁷

Nach zehnjähriger Abwesenheit gründete sich im März 2013 die Kleinlandwirtepartei (FgKP) neu. Sie setzte ihre populistische Rhetorik mit der historischen Devise „Wein, Weizen und Frieden“ und dem Wahlkampflogan „Sei selbst Eigentümer deiner Heimat“⁸³⁸ fort. Das unprofessionelle Auftreten des Parteichefs Péter Hegedüs im Wahlkampf und das lückenhafte und diffuse Wahlprogramm erbrachten weder in den Medien noch in der Bevölkerung die erhofften Sensibilisierungseffekte. 2014 erhielten sie knapp acht Tausend (0,16 Prozent) der Wählerstimmen und konnten auf der parteipolitischen Bühne lediglich den Platz eines externen Beobachters einnehmen. Aufgrund ihrer Bedeutungslosigkeit werden die Ergebnisse der FGKP aus wahlgeographischer Perspektive nicht berücksichtigt.

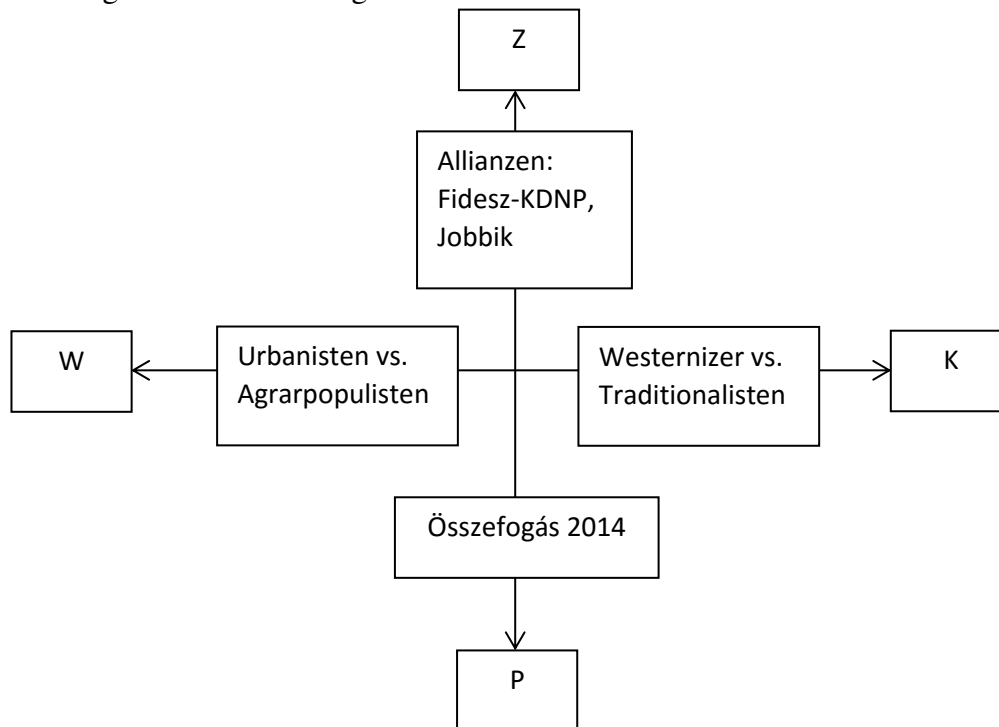
Die Rolle der Urbanisten übernahmen die Koalitionspartner der MSZP im linksliberalen Oppositionsbündnis, im „Zusammenschluss 2014“ bestehend aus MSZP, Együtt-PM, DK und MLP. Mit der Ausnahme der MSZP konzentrierten sich die Bündnismitglieder in ihrem Wahlkampf in erster Linie auf Budapest und die größeren Städte. Der 2009 aus einer linken Bürgerinitiative hervorgegangenen LMP (Politik kann anders sein) gelang es, neben Jobbik, die Jungwähler anzusprechen. Diese Tendenz wurde bei den Parlamentswahlen 2010 bestätigt, als auch die LMP mehrheitlich von Studierenden gewählt wurden.⁸³⁹ Für den urbanen Charakter der LMP spricht auch, dass sie sich in den Budapester Stadt- und Bezirksverwaltungen sowie in den Stadträten von Pécs, Szeged, Szombathely, Kaposvár, Eger und Kecskemét etablieren konnten. Diesen Städten ist es gemeinsam, dass sie alle Universitäts- bzw. Hochschulstädte sind.

837 Vgl. <http://fiatal-gazda.hu/fgit/>

838 Auf Ungarisch heißt es: „Légy a hazád saját gazdája“. Das Wort *gazda* bezeichnet im Ungarischen sowohl den Eigentümer wie auch den Ackerbauer. Vgl. <http://fkp.hu/hu/elnok>, zuletzt abgerufen am 6.5.2016.

839 Vgl. Szabó, Andrea (2013): A magyar egyetemistások és főiskolások Magyarországon. Gyorsjelentés, 2. hullám [Studierende in Ungarn. Schnellreport], <http://aktivfiatalok.hu/wp-content/uploads/2013/07/Gyorsjelent%C3%A9sv.pdf> (15.8.2014); Keil András: Adalékok a critical mass nemzedékről. Az egyetemista-főiskolás LMP szavazók jellemzése, in: Andrea Szabó (Hrsg.): Racionálisan lázadó hallgatók 2012. Apátia, Radikalizmus, Posztmaterializmus a magyar egyetemisták és főiskolások között I. [Apathie, Radikalismus, Postmaterialismus unter den Studierenden an ungarischen Hochschulen und Universitäten 2012], Szeged 2012, S. 157–182.

Abbildung 16: Allianzbildungen nach der Wahl 2014



Eigene Darstellung.

8.4.3. Wahlgeographische Gesichtspunkte bei den Parlamentswahlen 2014

Die Wahlrechtsreformen 2011 und 2013 bedeuteten ein tabula rasa in der Geschichte des ungarischen postkommunistischen Wahlsystems.⁸⁴⁰ Mit der Beibehaltung eines (relativen) Verhältniswahlrechts wurde die Anzahl der Parlamentsmandate von 386 auf 199 reduziert. Seitdem werden 93 Mandate in einem landesweiten Mehrpersonenwahlkreis (über die Landesliste) vergeben. Die Austeilung der restlichen 106 Mandate erfolgt über die Einerwahlkreise, wo ab 2012 für den Mandatsgewinn die einfache Mehrheit ausreicht. Somit wurde die zweite Runde der früheren Parlamentswahlen abgeschafft.⁸⁴¹

Infolge der Wahlrechtsreformen kam es auch zur taktischen Gerrymandering, die mit neuen Grenzziehungen in und zwischen den Komitaten einherging.⁸⁴² Damit verfolgte die Regierung das Ziel, die Anzahl der eignen Hochburgen zu erhöhen und jene der Opposition zu zersplittern. Dies erreichten sie teilweise mit der Zusammenlegung der oppositionellen

840 Vgl. Zoltán Kovács/György Vida: Geography of the new electoral system and changing voting patterns in Hungary, in: Acta Geobalcanica, Jg. 1, 2015 (2), S. 55-64, hier S. 58.

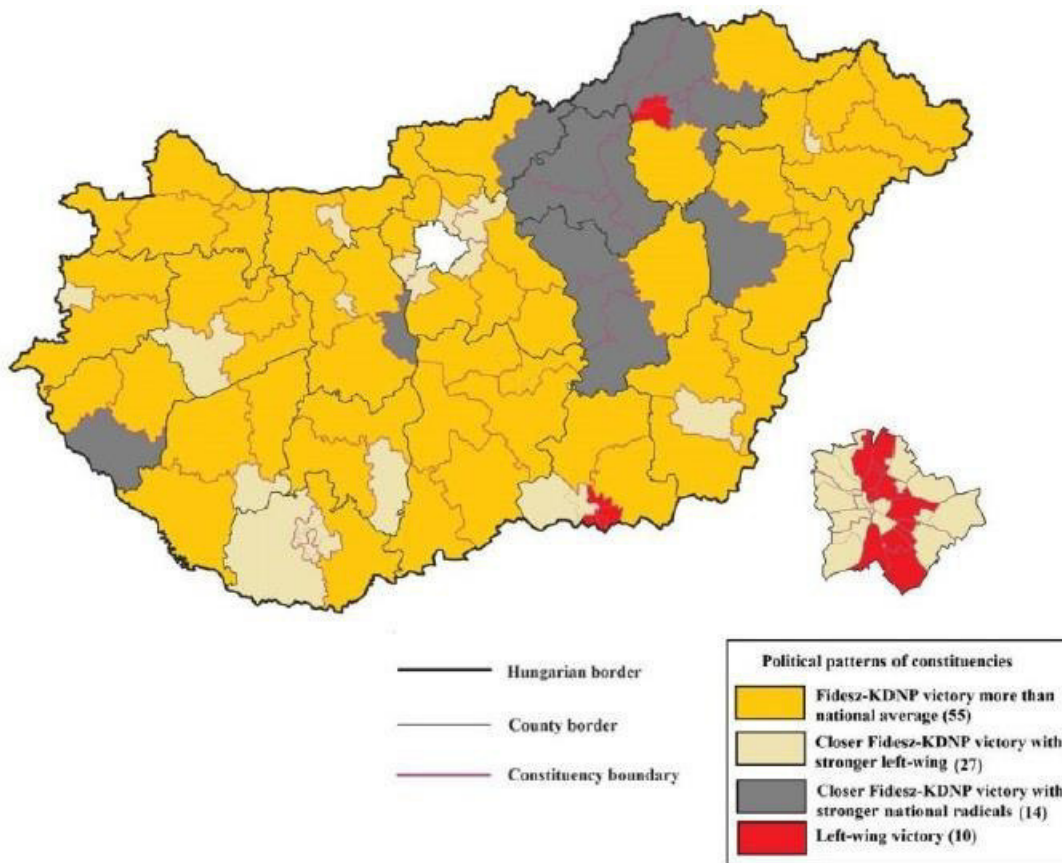
841 Vgl. 2011/CCIII Gesetz über die Wahl der Parlamentsabgeordnete sowie das 2013/XXXVI Gesetz über die Wahlabwicklung, unter: http://www.valasztas.hu/hu/ovi/23/23_1_24.html, zuletzt abgerufen am 15.5.2016.

842 Vgl. ebd.

Wahlkreise – wie beispielsweise in Pécs – und mit der Aufteilung der „eigenen“ Regionen in mehrere Wahlkreise – wie dies in Budapest erfolgte. Die Verzerrung wurde durch „Ghettoisierung“, also durch die Vergrößerung der oppositionellen Wahlbezirke zusätzlich gefördert.⁸⁴³ Die kluge Neuziehung der Einerwahlkreisgrenzen, auch als „partisan Gerrymandering“⁸⁴⁴ bezeichnet, implizierte auch die statistische Unlogik. Denn mit knapp 44 Prozent der Wählerstimmen konnte die Fidesz-KDNP-Koalition 133 von den 199 Parlamentsmandaten und somit die Zweidrittelmehrheit für sich sichern.

8.3.3.1 Regionale Verteilung der Wählerstimmen

8.3.3.1.1 Wahlgeographische Karte 13: Regionale Verteilung der Wählerstimmen für Fidesz-KDNP



Quelle: Kovács/Vida 2015, S. 62.

843 Vgl. ausführlicher die Karte über die Verteilung der Einerwahlkreise nach Bevölkerungszahl, unter: <http://www.geox.hu/category/valasztas/>, zuletzt abgerufen am 15.5.2016.

844 Kovács/Vida 2015, S.62.

Die Fidesz-KDNP zeigte sich bei der Parlamentswahl 2014 in den Einerwahlkreisen (EWK) besonders erfolgreich. Von den 106 erhielten sie in 96 EWK die absolute Mehrheit und somit 96 Parlamentssitze. Der Regierungskoalition gelang es, insgesamt 2,26 Millionen Wählerstimmen – inklusive der Stimmen der Auslandsungarn in den benachbarten Ländern – zu mobilisieren. Dies bedeutete im Vergleich zu 2010 einen Verlust von 564 Tausend Stimmen. Diese Einbuße konnten sie – durch die Vergabe der ungarischen Staatsbürgerschaft und Wahlrecht an die Auslandsungarn – mit den 120 Tausend Stimmen aus dem Ausland⁸⁴⁵ ausgleichen. In den in der obigen Karte mit dunkel gelb gekennzeichneten 55 EWK erhielten sie überdurchschnittlichen Zuspruch. Das national-konservative Bündnis war 2014 allen voran in den ländlichen Regionen mit unterdurchschnittlicher Wahlbeteiligung überrepräsentiert. Dagegen verloren sie im Vergleich zu den vorherigen drei Wahlen in den Komitaten Westungarns: in Baranya, Somogy und Zala sowie in der Hauptstadt weiter an Sympathiewerte. In den Komitaten Jász-Nagykun, Győr-Moson und Szabolcs-Szatmár konnten die Konservativen ihre frühere Anhängerschaft beizubehalten.⁸⁴⁶

8.4.3.1.2 Regionale Verteilung der Wählerstimmen für den „Zusammenschluss 2014“ und die LMP

Das links-liberale Oppositionsbündnis „Összefogás 2014“ erhielt insgesamt 1,3 Millionen Wählerstimmen, die 38 Parlamentsmandaten entsprach. Am erfolgreichsten war das Bündnis in der Hauptstadt, wo es acht Direktmandate sichern konnte. Diese sind zum Großteil tradierte liberale und sozialistische Bezirke wie beispielsweise der 7. Bezirk mit hohem Anteil jüdischer Wohnbevölkerung und der 13. Bezirk als früherer Arbeiterviertel. Im 14. Bezirk konnte der Kandidat des Együtt-PMs die absolute Mehrheit für sich verbuchen. Auch im 3., 4., 20. und im 21. Bezirk sind die Kandidaten des Bündnisses als Sieger hervorgegangen.

Jeweils ein Mandat holte der „Összefogás 2014“ in Miskolc und in Szeged. Ihre besten Ergebnisse erzielten sie vorrangig in den großstädtischen Wahlkreisen und in den Komitatshauptstädten. Im Komitat Pest konnten sie ihre Ergebnisse von 17 im Jahr 2010 auf 26 Prozent erhöhen. In den ländlichen und kleinstädtischen Regionen waren sie am wenigsten erfolgreich. Ihre früheren Hochburgen im Nordosten des Landes verlor das

845 Vgl. http://www.valasztas.hu/hu/ogyv2014/861/861_0_index.html, zuletzt abgerufen am 17.5.2016.

846 Vgl. Kovács/Vida 2015, S. 62.

Oppositionsbündnis an Jobbik. Allein im Komitat Békés konnten sie sich gegenüber Jobbik behaupten und landeten auf dem Platz zwei.⁸⁴⁷ Aber auch die Sicherung des zweiten Platzes blieb, aufgrund der im Vorwahlkampf an die Oberfläche getragenen internen Streitigkeiten und der Orientierungslosigkeit des Oppositionsbündnisses, bis zuletzt vage.

Die LMP erhielt die meisten Stimmen über die Landesliste, zumal ihre Kandidaten aufgrund der prominenten Politiker des Bündnisses wenig profilieren konnten. Die Wahlabsprachen benachteiligten die LMP im besonderen Ausmaß in Budapest, wo sie auf die größte Konkurrenz in den Kandidaten der aus der LMP ausgeschiedenen Együtt-PM traf.⁸⁴⁸

8.4.3.1.3 Regionale Verteilung der Wählerstimmen für Jobbik

Jobbik profitierte aus der Schwäche der links-liberalen Opposition. Den Rechtsextremisten gelang es, sich vom Image des Radikalismus zu befreien. Das Ziel dieses unglaublichen Richtungswechsels war es, zum einen Anhänger unter Wechselwählern und Akademikern mit weniger radikalen Einstellungen zu gewinnen, und zum anderen Wähler aus dem Fidesz-KDNP-Lager abzuwerben. Das Vorhaben führte zum Erfolg: 2014 konnte Jobbik die psychologische Grenze der 20-Prozentmarke überschreiten und im Vergleich zu 2010 die rechtsradikalen Wählerstimmen von 855 Tausend auf über eine Million erhöhen. Dieses Ergebnis reichte für 23 Parlamentsmandate und eine parlamentarische Repräsentation von über elf Prozent. Dennoch bedeutete dieses Resultat im Vergleich zu 2010 Stimmeneinbußen von 0,7 Prozent und brachte Jobbik erneut, wenn auch knapp hinter dem Oppositionsbündnis, auf den dritten Platz.⁸⁴⁹

Die Radikalen zeigten sich in den Komitaten am erfolgreichsten, wo die Fidesz-KDNP am schlechtesten abschnitt: in Baranya, Somogy und Zala. Im Vergleich zu 2010 haben dort die Christlich-Konservativen 17 Prozent an Stimmen verloren, und die Rechtsradikalen 24 Prozent zugewonnen. Die Abbildung von Kovács und Vida zeichnet die Tendenz auf, dass es Jobbik gelang, 2014 Wähler in den einst Fidesz-KDNP Hochburgen für sich zu gewinnen. Ihre Strategie ging in den einst sozialistischen Bastionen im Nordosten des Landes, in den Komitaten Borsod, Jász-Nagykun, Hajdú-Bihar und Nógrád ebenfalls auf und in zahlreichen EWK konnte sie die Kandidaten des Zusammenschlusses auf den dritten Platz verweisen.⁸⁵⁰

847 Vgl. Republikon Intézet [Republikon Institut]: Választás '14. Választási elemzés [Wahl'14. Wahlanalyse], S. 4ff., unter: http://republikon.hu/media/9504/valasztasok_2014_ri.pdf, zuletzt abgerufen am 16.5.2016.

848 Vgl. ebd.

849 Vgl. ebd., S. 10.

850 Vgl. ebd., S. 23.

Im historischen Rückblick weisen die regionalen Jobbik-Hochburgen von 2014 signifikante Ähnlichkeiten mit den Bastionen der antisemitischen Kräfte der Zwischenkriegszeit auf. Denn auch bei den Wahlen 1939 konnten antisemitische und demokratiefeindliche Kräfte im Nordosten sowie in den Komitaten der nordwestlichen Balaton-Region, in Somogy und Zala Erfolge verbuchen.

Jobbik blieb in den urbanen Ballungszentren mit starker links-liberalen Tradition: in den Städten Budapest, Miskolc und Szeged erfolglos. Auch in den größeren Provinzhauptstädten wie in Pécs, Debrecen, Nyíregyháza und Székesfehérvár musste sie sich mit dem dritten Platz zufrieden geben.

8.4.4. Zwischenfazit Konfliktstrukturen 2014

8.4.4.1 Wahlgeographische Charakteristika

Die Wahlsystemreformen nach 2010 und folglich das willkürliche Gerrymandering bescherten der Fidesz-KDNP Regierungskoalition einen Erdrutschsieg, und sicherten ihr – trotz des zahlenmäßigen Rückgangs ihrer Anhängerschaft – einen Drittel (133) der 199 Parlamentsmandate, die sie – ähnlich zu 2010 – zur Fortsetzung ihrer Regierungstätigkeit mit absoluter Mehrheit legitimierte. Trotz des scheinbar einseitigen wahlgeographischen Bildes können einige regionale Charakteristika und historische Kontinuitäten im Wahlverhalten der ungarischen Bevölkerung aufgezeigt werden:

Den Kandidaten des liberalen Oppositionsbündnisses gelang es lediglich in den acht Wahlkreisen in Budapest sowie in den Städten Miskolc und Szeged die notwendigen Stimmen für die Direktmandate zu erreichen. Mit der Erstarkung von Jobbik gelangen sie in den früheren Hochburgen des nordöstlichen Industriebeckens, in den Komitaten Borsod-Abaúj-Zemplén, in den Komitaten Heves und Jász-Nagykun-Szolnok an dritter Stelle. Traditionsmäßig am schlechtesten zeigte sich die linksliberale Opposition in den Regionen, wo die Fidesz-KDNP am erfolgreichsten war, folglich in West-Transdanubien und in den Komitaten Győr-Moson-Sopron, Vas und Veszprém. Durch die Bündnismitglieder mit vorrangigem liberalem Profil (MLP und Együtt-PM) stoßen sie 2014 jedoch auch in der Innenstadt von Budapest auf Sympathie und konnten sich sogar ein Direktmandat sichern.

Die seit spätestens 2010 ernstzunehmende dritte politische Kraft, Jobbik konnte 2014 sowohl aus dem Lager der Fidesz-KDNP wie auch des Összefogás 2014 Wählerstimmen für sich mobilisieren und die früheren Hochburgen der beiden Kontrahenten auflockern, wenn

möglich zum Teil erobern. Insbesondere konnten sich die Rechtsextremen in den nordöstlichen und östlichen, also in den wirtschaftlich schwächeren Regionen sowie in den Komitaten Somogy, Zala und Baranya behaupten.

Durch die gemeinsame Liste der Fidesz mit der KDNP erreichten die National-Konservativen ihre besten Ergebnisse zum einen in den Komitaten, in denen der Einfluss des Katholizismus am stärksten ist: in Vas, Tolna, in den agrarischen Regionen der Tiefebene, in dem östlichen Kiskunság und im allgemeinen dort, wo beide Oppositionslager am meisten erfolgreich waren.

8.4.5.2 Kulturelle und ökonomische Konflikte

Der „prinzipientreuen, konservativen, radikal-patriotischen und christlichen“ Jobbik, deren Gründungsziel ist es, die Legitimation der politischen Elite in Frage zu stellen und „ein moralisch erneuertes, im Sinne der Nation denkendes und handelndes Ungarntum“ zu schaffen⁸⁵¹, das die ganze ungarische Nation vereinen solle, gelang es, den nationalen Diskurs innerhalb des agrarpopulistischen versus urbanen Konflikts neben der Fidesz-KDNP zum eigenen zu machen und sich wahlgeographische Hochburgen auszubauen.

Fidesz gelang es, ihre hegemoniale Stellung in der Gesellschaft weiter auszubauen. Nach der Krise der ungarischen Sozialdemokratie stürzte sich das linksliberale Bündnis in interne Streitigkeiten. Dennoch konnten sie ihre Hochburgen auch in den urbanen Wahlkreisen, insbesondere in der Hauptstadt konservieren. In den wirtschaftlichen schwachen Regionen übernahm jedoch die Jobbik die Rolle der Kümmererpartei. Dies hatte zur Folge, dass sich dort die wahlgeographischen Traditionen auflösten. Das soziodemographische Merkmal in Bezug auf die Beschäftigung der Jobbik-Wähler von 2014 bekräftigt diese Tendenz: Denn der Zuspruch von Jobbik korreliert stark mit dem niedrigen Beschäftigungsgrad.⁸⁵²

Hinsichtlich der Konfliktlinien änderte sich 2014 wenig, denn auch Jobbik wie auch alle anderen Parteien fügten sich in die zwei Hauptkonfliktströme ein. Mit Jobbik wandelte sich das bis dahin bipolare in ein institutionell betrachtet dreipoliges Parteiensystem, das jedoch weiterhin von einer bipolaren Konfliktstruktur geprägt war.

851 Vgl. Jobbik Magyarország alapító nyilatkozat (Gründungsurkunde von Jobbik Ungarn vom 24. 10. 2003), <http://jobbik.hu/modules.php?name=Content&pa=showpage&pid=11>, zuletzt abgerufen am 25. 5. 2016.

852 Vgl. Republikon Institut 2014, S. 12.

Die Parlamentswahlen 2014 zeugten von der Präsenz der Konflikte sowohl auf der kulturellen wie auch auf der ökonomischen Achse.

Die globale Wirtschaftskrise sorgte auch in den Mitgliedsstaaten der EU für innenpolitische Turbulenzen. Ungarn war aufgrund seiner bereits zuvor angeschlagenen Wirtschaft in besonderem Maße betroffen. Innenpolitisch entfalteten sich die Gegensätze innerhalb der verschiedenen Vorstellungen darüber, wie man die eigenen Wirtschaftsprobleme lösen sollte. Folglich standen die Ostöffnung, vertreten von der konservativen Regierung und der rechtsradikalen Jobbik, und der Westverbleib, beansprucht von der linksliberalen Opposition einander gegenüber. Ähnlich zu 2006 ließ die EU-feindliche Rhetorik der „Antikommunisten“, die für das wirtschaftliche Desaster die Vorgängerregierung verantwortlich machten, gegenüber den EU-enthusiastischen „Postkommunisten“ die National-Konservativen als oppositionelle Bewegungen in der Tradition der Legitimisten und Oppositionellen nach 1918 erscheinen. Dem unangenehmen legacy entgegneten die Postkommunisten mit der Betonung der Notwendigkeit eines gemeinsamen linksliberalen Bündnisses, das neben wahlstrategischen Zielen dazu diente, den postkommunistischen Stempel etwas aufzuweichen. 2006 wurde der Konflikt auf der ökonomischen Achse neubelebt. 2014 verschwanden die Kleinlandwirte gänzlich von der parteipolitischen Oberfläche und der Fidesz-KDNP Regierungskoalition gelang es, mit der völkischen, den ungarischen Boden und das Ackerland in Schutz nehmende Rhetorik und dem nationalen jungen Bauerprogramm den agrarpopulistischen Diskurs gänzlich für sich zu beanspruchen und gar die schwindende Bevölkerung in der Provinz zu „reagrarisieren“. Die Zuwendung zur Landbevölkerung mit der gleichzeitigen Entfernung von den „Urbanen“ nahm zu. Wahlgeographisch fanden die Hin- und Abwendung nachweisbare Effekte. Um die Wählerstimmen in den „religiösen“ Regionen mussten die Konservativen nun mit Jobbik ringen.

Vor diesem Hintergrund wäre die langfristige Prüfung, ob die nationalistische, völkische Rhetorik mit entsprechenden Reformen sowie die Revitalisierung eines völkischen Narrativs in den jeweiligen Hochburgen zum Anstieg der „Kirchgänger“ und der in der Landwirtschaft Tätigen nach sich zieht.

9. Analytische Schlussfolgerungen

In diesem Abschnitt werden die empirischen Bestandsaufnahmen der Parlamentswahlen 1994, 2006 und 2014 vor dem Hintergrund der historischen Diskursanalyse vorgestellt. Dabei werden insbesondere die tradierten Signifikanzen sowohl der rehistorisierten Konfliktmuster wie auch der wahlgeographischen Merkmale berücksichtigt und erläutert. Die Rehistorisierung des Cleavage-Konzepts erfolgt in Anlehnung an kritische Betrachtungen der Sozialstrukturanalyse von Parsons und der Strukturationstheorie von Anthony Giddens. Daraus ergibt sich die Annahme, dass die Cleavage-Strukturen in Ungarn primär nicht durch die soziodemographischen Merkmale geprägt sind. Vielmehr werden die historischen Konfliktmuster in Raum und Zeit unter der Kontrolle der politischen Elite reproduziert, wodurch die Systemstabilität gesichert werden kann. Um diese Annahme zu prüfen, wurde das auf sozistruktuelle Variablen fixierte dichotome Operationalisierungskorsett des Cleavage-Konzepts geöffnet und die historischen wahlgeographischen Merkmale auf ihre funktionale Äquivalenz geprüft. Diese analytische Vorgehensweise war notwendig, um die aus der wissenschaftlichen Diskussion über die Null-Stunde-Hypothese in den ostmitteleuropäischen Staaten abgeleiteten zentralen Leitfragen der Arbeit: „Gibt es in Ungarn tradierte Cleavages, die das Wahlverhalten der ungarischen Wähler seit 1990 erklären und zueinander in Bezug setzen?“ und „Deutet die historische Konfliktanalyse auf eine tradierte bis heute überdauernde Konfliktstruktur hin?“ über eine Momentaufnahme hinaus beantworten zu können.

9.1. Signifikanz von historischen Konflikten

Die historische Analyse resultierte in der Modifizierung des ursprünglichen Cleavage-Konzepts und in der Erkenntnis, dass sich in Ungarn die Konflikte aus den historischen Gegensätzen zwischen Westernizern vs. Traditionalisten auf der kulturellen und zwischen Agrarpopulisten und Urbanisten auf der ökonomischen Dimension manifestieren. Zunächst werden die historische Kontinuitäten der Konflikte und der wahlgeographischen Muster auf der kulturellen wie auf der ökonomischen Achse zusammengefasst.

9.1.1 Kulturelle Achse

Nach dem Systemwechsel dominierten die Gegensätze zwischen den Legitimisten und Oppositionellen, demzufolge zwischen den Erben und den Verfechtern des sozialistischen Systems. Das Zusammenfinden des SZDSZ mit der MSZP machte die Liberalen zum

Hauptfeind der Oppositionellen, die sich zunehmend als konservative Nationalisten aufstellten. Erst mit der (Neu)positionierung der Parteien „The question of national identity an historical past have emerged as a divisive issue within the political elite and the parties“⁸⁵³ und bewegte auch die ungarische Gesellschaft. Als Hauptverfechter der nationalen Interessen galt der Fidesz. Nach der Einführung des „Gesetzes über die ungarische Minderheiten im Ausland“ 2001 initiierte Fidesz noch im selben Jahr das Gesetz über die Vergabe des „Ungarnausweises“.⁸⁵⁴ 2004 folgte der, ebenfalls von Fidesz angeregte Volksentscheid über die doppelte Staatsbürgerschaft für die im Ausland lebenden Ungarn. Die Betonung des Ungarntums, die Zusammenarbeit mit der MDF, die Unterstützung der katholischen Kirche, die Integration der KDNP in die Partei sowie die Kontaktaufnahme mit den Vertretern der im Ausland lebenden Ungarn dienten zur Verstärkung der nationalen Besinnung. Die ungarische Kokarde und die nationale Flagge erhielten dabei eine neue Symbolkraft. Um das „Schicksal der Nation“ sowie die Auslandsungarn kümmerte sich, neben Fidesz, insbesondere die MIÉP, die sich 2002 durch ihre revisionistische, teilweise chauvinistische sowie xenophobe und antisemitische Rhetorik charakterisieren ließ. Im Bündnis mit Jobbik 2006 blieb sie mit ihrer Gerierung als Beschützerin des Landes im Hintergrund, da sich die elektorale Aufmerksamkeit auf die konfrontativ gegenüberstehenden Großparteien richtete. Doch im Zuge der Wirtschaftskrise wandelte sich Jobbik als „Beschützer der Nation“ zu strategischen Kümmererpartei der Schlechtgestellten Ungarn und wurde von 2010 an zur dritten politischen Kraft im ungarischen Parlament und auch infolge der ähnlichen, beinahe identischen Agendasetting mit der Fidesz-KDNP zum bedeutendsten Herausforderer der Regierungsparteien.

Als Plattform für die Lösung der nationalen Frage sah die MSZP-SZDSZ-Koalition die Europäische Union. Das Gesetz über die doppelte Staatsbürgerschaft für die Auslandsungarn lehnten die Sozialisten strikt ab. Die Sozial-Liberalen als Vertreter einer städtischen Modernisierungs- und hauptstädtischer Akademikerschicht richteten ihr Augenmerk auf wirtschaftliche Fragen. Die Anhängerschaft wie auch die Wahlkampagne der MSZP-SZDSZ waren auf die Gegenwart mit Blick in die Zukunft gerichtet.

853 Vgl. András Körösényi: Cleavages and the Party System in Hungary, in: Gábor Tóka/Zsolt Enyedi (Hrsg.): The Election to the Hungarian National Assembly 1994, Berlin 1999, S. 52-81, hier S. 63.

854 Aufgrund der im Rahmen der Venedig-Kommission festgestellten Verstöße gegen die territoriale Souveränität von Staaten, gegen das Diskriminierungsverbot usw. wird der Ausweis nicht, wie vorgesehen, von auslandsungarischen Institutionen, sondern von ungarischen Botschaften und Konsulaten in den Wohnstaaten ausgestellt.

Die unwidersprüchliche Präsenz des historischen Ereignisses von Trianon als vergangenheitsorientierter Themenschwerpunkt bildete den Gegenpol. Der Schicksalsschlag der Nation wurde im rechten Lager bei beiden Parlamentswahlen mit der Absicht, Stimmen zu maximieren, emotionalisiert. Der Gegensatz zwischen national und kosmopolitisch Gesinnten, vertreten durch Fidesz auf der einen und MSZP-SZDSZ auf der anderen Seite, kam an dieser Stelle zur Geltung.

Den „Referendum-Wahlkampf“ von 2004 unterstützen sogar Kirchen und Pfarrer aus den Nachbarländern. Ihr Engagement stieß jedoch bei den Sozialisten auf scharfe Kritik: Sie deuteten die Hilfe der katholischen Kirche als Einmischung in innere Angelegenheiten des Staates. Die Mission der Pfarrer, „das Vereinen der ungarischen Seele“, und die Zielsetzung der Opposition, die Nation wieder zusammenzuführen, scheiterten und ließen die Spaltung innerhalb der Gesellschaft größer werden.

Fidesz gelang es, die Wählerbasis der rechten Parteien auf seine Seite zu locken. MIÉP verlor seine Stärke auf dem Land, und die Wählerbasis von FGKP und KDNP wanderte zu dem Bund Junger Demokraten über. Die Wählerbasis von MSZP-SZDSZ blieb ohne nennenswerte Verschiebungen innerhalb des linksliberalen Lagers bestehen. Die Konflikte zwischen den Verfechtern von national-partikularistischen und den Vertretern von international-kosmopolitischen Attitüden wurden 2006 ebenfalls zwischen dem Staat und der (katholischen) Kirche ausgetragen. Auch in den kulturellen Konflikt fügte sich die Beziehung zwischen Staat und Kirche bereits seit 1994 ein, in der die Kirche ihre historisch bedingten Zuständigkeitsbereiche gegenüber dem Machtanspruch des Staates beanspruchte.⁸⁵⁵ Der Bund Junger Demokraten entschied sich, bei den Wahlen 2006 mit der neugegründeten KDNP gemeinsam anzutreten. Dem konservativen Bündnis ist es gelungen, Wähler aus dem religiösen Milieu zu mobilisieren: 60,4 Prozent der religiösen Wähler votierten für die Konservativen, 29 Prozent von ihnen dagegen für die Sozialisten. Durch den erfolgreichen Ausbau der hegemonialen Stellung von Fidesz auf dieser Achse wird der religiöse Konflikt ebenfalls von Fidesz dominiert und beansprucht. Allein Jobbik zeigte sich ab 2010 bei diesem Konflikt als gewichtiger Gegner.

9.1.2. Ökonomische Achse

1994 war der ökonomische Konflikt zwischen Agrarpopulisten und Urbanisten kaum sichtbar. In der Profilierungsphase präsentierten sich die Parteien beinahe ausnahmslos als

855 Vgl. Falter/Schoen 2005, S. 145f.

moderne, urbane Technokraten, die für die Lösung der wirtschaftlichen Probleme über die notwendigen Kompetenzen verfügen. Die innere Zersplitterung der FGKP führte zum Verlust ihrer Anhängerschaft, die schließlich zu Fidesz überging. Nach den Parlamentswahlen 2002 verlor die FGKP endgültig ihr Image als Partei der Landarbeiter und Bauer. Die übrig gebliebene Post-FGKP (Kleinlandwirte) trat 2006 mit dem MIÉP-Jobbik-Harmadik-Út-Bündnis bei den Wahlen an. Der Erfolg blieb aus: Das Bündnis erreichte 2,2 Prozent der Stimmen.⁸⁵⁶ Dennoch wurde der Konflikt auf der ökonomischen Achse durch die gezielte Hinwendung von Fidesz zu Landbevölkerung wiederbelebt. Dies erwies sich im doppelten Sinne als eine kluge Strategie: zum einen sicherte der neu belebte völkische Diskurs weiterhin die tradierten Stimmen der einstigen Kleinlandwirte, und zum anderen beglückten sie die „Postkommunisten“ mit der scheinbar mehr bekömmlichen Bezeichnung ihrer MSZP-SZDSZ-Feinde als elitäre Urbanisten. Nach der Strukturierungstheorie von Giddens bedeutet dies die von der Elite kontrollierte Reproduktion von historischen Strukturen; und zwar in dem von „oben“ definierten Zentrum der Nationsbildung. Räumlich betrachtet betrifft es jene wahlgeographischen Hochburgen, in denen die Allianzbildungen systemkonform sind.

Innerhalb der Links-Rechts-Dimension dominierten im ungarischen Parteiensystem nicht, wie in westeuropäischen Staaten, wirtschaftliche Themen, sondern historisch-kulturelle Fragen. Bei den Parlamentswahlen 2002 und 2006 überwog der Konflikt zwischen Westernizern und Traditionalisten, entsprungen aus dem alten Konflikt zwischen Postsozialisten und Antikommunisten. 2002 beispielsweise votierten 69 Prozent der Wähler, die angaben, vor 1989 Mitglied der MSZMP gewesen zu sein für die Sozialisten und 23 Prozent von ihnen für Fidesz.⁸⁵⁷ Das oberste Ziel von Fidesz und seiner Anhängerschaft war die „Entfernung des alten Kaders“.⁸⁵⁸ Die MSZP wurde im Kreis der Opposition und ebenso in der Bevölkerung (zumindest im „rechten“ Teil) als eine postkommunistische Kreation, die ihre Vergangenheit nur teilweise bewältigte, angesehen.⁸⁵⁹ Die linke Wählerbasis wie auch die MSZP räumten dagegen den marktwirtschaftlichen Themen sowie der Pflege von

856 Vgl. o.A.: Az Országos Választási Bizottság közleménye az országgyűlési képviselők 2006. évi választásának eredményéről [Mitteilung der staatlichen Wahlkommission über die Verteilung der Parlamentsmandate bei den Parlamentswahlen 2006], auf www.valasztas.hu/parval2006/esz/esz_hu/ovbk_ind.htm, zuletzt abgerufen am 17.06.2009.

857 Vgl. www.gallup.hu/Gallup/release/ppref020531.htm, abgerufen am 22.05.2009.

858 Vgl. Gergely Karácsony: Választói magatartás trendjei Magyarországon [Trends der Wählerverhalten in Ungarn], in: Péter Sándor/László Vass (Hrsg.): Magyarország politikai évkönyve 2002-ről [Politisches Jahrbuch Ungarns über 2002], Bd.1, Budapest 2003, o.S.

859 Vgl. ebd.

liberalen Werten oberste Priorität ein.⁸⁶⁰ Zugleich erschien die klassische Einordnung der Parteien entlang der Links-Rechts-Dimension wenig brauchbar. 2006 zeigten sich die programmatischen Kernpunkte der Parteien, durch die westeuropäische Brille betrachtet, als „verkehrt“.⁸⁶¹ Fidesz-KDNP vertrat die Werte der „Linken“, die linksliberale Koalition mit ihrem verstärkten kosmopolitisch-liberalen Kurs die der „Rechten“. Der Links-Rechts-Schema war endgültig hinfällig. Die Mehrheit der MSZP-Mitglieder und der -Wählerschaft stammen aus der alten Nomenklatura: So lautete das Ergebnis einer wissenschaftlichen Studie aus dem Jahre 2003.⁸⁶² Die MSZP galt von da an auch offiziell als eine „Nachfolgepartei“, ungeachtet ihrer marktliberal gewendeten Programmatik. Ihre Anhängerschaft bestand weiterhin aus einer „post-kádárschen“ Wählerschicht. 53 Prozent der über 50-jährigen und Pensionierte sowie städtische Wähler der Arbeiter- und Mittelschicht ohne religiösen Hintergrund votierten für die Sozialisten.⁸⁶³ Die Konservativen wählte 2006 eine bürgerliche Teilgesellschaft, bestehend mehrheitlich aus unter 50-Jährigen der religiösen oberen Mittel- und Oberschicht.⁸⁶⁴

Der Postsozialismus-Antikommunismus-Konflikt blieb 2006 weiterhin präsent: Den einen Endpunkt bildete die MSZP mit einer kádárschen-, den anderen der Fidesz mit einer bürgerlichen Gesellschaft. Das klassische Schema für die Links-Rechts Einordnung der Parteien verhielt sich somit „verkehrt“. 2014 war im Hinblick auf die politischen Kommunikationsinhalte von Déjà-vus gekennzeichnet. Denn ähnlich zu 1994 bildeten wirtschaftliche Lösungsmodelle zum einen mithilfe der Ostöffnung und zum anderen mit Krediten aus der EU und dem Westen die beiden Achsen der politischen Auseinandersetzungen. In die Rolle der Antikommunisten avancierten erneut die christlich-Konservativen mit dem in dieser Beziehung neuen Bündnispartner der Rechtsextremisten. Die Postkommunisten, zweigespalten zwischen der MSZP und der DK des Expremiers Gyurcsány posieren in der Rolle der „EUhusiasten“ und hoffen, ihre Erblast innerhalb eines linksliberalen, mit Neugesichtern aufgestellten, mäßig erfolgreichen Bündnisses hinter sich lassen zu können.

860 Vgl. ebd.

861 Vgl. Dieringer 2006, S. 155.

862 Vgl. András Körösnéyi/Csaba Tóth/Gábor Török: A magyar politikai rendszer [Das politische System Ungarns], Budapest 2003, S. 65.

863 Vgl. www.forsense.4eversoft.hu/?page=cikk&source=publiclife&id=44&p=1, abgerufen am 12.05.2009.

864 Vgl. ebd.

9.1.3 Abbildung 17: Historische Signifikanzen der Konfliktstrukturen

		Kulturelle Konflikte	
		Stark	Schwach
Ökonomische Konflikte	Stark	1931-1947	1918-1931
	Schwach	1790 1832-1848 Dualismus (1867-1918)	1848-1867 Sozialismus (1947-1990)

		Kulturelle Konflikte	
		Stark	Schwach
Ökonomische Konflikte	Stark	2006- 2014	1994-2006
	Schwach		Sozialismus (1947-1990)

Eigene Darstellung.

Insgesamt gilt für den untersuchten Zeitraum nach dem Systemwechsel, dass sich die alten Konfliktstrukturen auf der kulturellen und ökonomischen Achse im parteipolitischen Spektrum ihre Ausprägungen fanden. Der bipolare Charakter der historischen Konfliktstrukturen blieb erhalten und die neu gegründeten wie auch die historischen Parteien fügten sich in die fest verankerte Konfliktlinien ein. Parteigründungen außerhalb der tradierten Konfliktstrukturen blieben meist ohne Erfolg. Sie hatten zwei Alternativen:

Entweder ließen sie sich in die bereits etablierte und innerhalb des jeweiligen Konflikts dominante „Großpartei“ integrieren oder sie passten ihr Programm an, um sich innerhalb des erstrebten Konflikts zu verankern. Die erste Variante wählten beispielsweise die Christdemokraten, die Kleinlandwirte, die Romaparteien, die Liberalen und die Grünen (LMP), die entweder mit Fidesz oder der MSZP und dem „Összefogás 2014“ gemeinsame Koalitionen bildeten bzw. sich in die dominante Parteien integrierten oder integrieren ließen. Allen diesen Parteien ist es gemeinsam, dass ihre Koalitions- und Integrationsbereitschaft den Nährboden für die Aussicht auf künftige Wahlerfolge als eigenständige Parteien entzogen hat, zumal die Zusammenarbeit mit den zugehörigen Privilegien innerhalb der Regierungsbildung zugleich mit einem „votedrain“ einherging. Dies bedeutete jedoch nicht das Auflösen des jeweiligen Konflikts. Im Gegenteil: die zusätzlichen Stimmen – aus wahlgeographischer Sicht Stimmenhochburgen – stärkten zusätzlich den jeweiligen Konflikt, der dem Charakter eines Vakuums ähnelt, das kleinen Parteien wie den Kleinlandwirten, den Christdemokraten oder auch den Liberalen und den ihre Stimmen wegziehen kann.

Die programmatische Anpassung und damit die Schwächung der Machtstellung von Fidesz im Zentrum wählte die rechtsextreme Jobbik, die nach ihren schlechten Koalitionserfahrungen von 2006 den Alleingang wählte. Infolge ihres rhetorischen – nicht aber inhaltlichen - Kurswechsels bereits 2010 gelang es Jobbik, sich innerhalb der bestehenden Konfliktstrukturen zu etablieren. Für den Wahlausgang hatte dies zur Folge, dass sich die Wählerstimmen nicht wie vormals unter zwei, sondern drei Parteien aufteilten. Die parteipolitische Pluralisierung innerhalb der jeweiligen Konfliktstruktur impliziert jedoch keine Fragmentierung, da sich gleichgesinnte Parteien in Koalitionen zusammenfinden und den Konflikt verstärken.

Folglich kann festgestellt werden, dass in Ungarn nicht nur der Parteienwettbewerb einen zentrifugalen Charakter aufweist, in dem vorrangig zwei dominante politische Blöcke mit entfernter ideologischer Distanz den Wettbewerb bestimmen. Vielmehr präsentiert sich auch das ungarische Konfliktsystem als ein historisches Gewordensein, das von zentrifugalen Kräften geprägt ist und selbst diese Eigenschaft annimmt. Daraus ableitend lassen sich zwei Thesen formulieren:

1. Aufgrund des zentrifugalen Charakters des Konfliktsystems ähnelt auch das Parteiensystem dem Typ des zentrifugalen Parteienwettbewerbs.

2. So lange andere Konflikte keinen Eingang in das System finden und zentripetalen Kräften Raum lassen, wird sich an der Struktur des ungarischen Parteiensystem wenig ändern und die Erfolge beispielsweise von postmaterialistischen oder Parteien rechts der Mitte mäßig ausfallen.

9.2 Abbildung 18: Signifikanz von historischen wahlgeographischen Merkmalen

Kulturelle Konflikte		
	Westernizer	Traditionalisten
Ökonomische Konflikte	1790-1947 Bács, Baranya, Esztergom, Moson und Veszprém, Sopron, Westliche Teile von Vas und Zala, Baranya, Veszprém, Komárom Größere Städte und die Hauptstadt Unterhalb der geo-ideologischen Linie: Balaton-Ráckeve-Karcag-Ózd	Békés, Bihar, Borsod, Csongrád, Heves, Nógrád, Pest und Szabolcs, Zemplén, Fejér, Östliche Teile von Zala, und die Städte Esztergom, Székesfehérvár, Miskolc; Städte in West-Transdanubien: Zalaegerszeg, Zalaszentgrót, Letenye, Baksa, Nagykanizsa, Keszthely, Zúrány, Mogyaróvár, Köszeg, Sárvár. Oberhalb der geo-ideologischen Linie: Balaton-Ráckeve-Karcag-Ózd Legitimisten: Einige Bezirke in Budapest, Ungarisch-österreichische Grenzstadt Körmend und in West-Transdanubien.
		Urbanisten
	1918-1947 Städte: Budapest, Pécs, Miskolc, Salgótarján, Szeged und Tatabánya Komitate: Pest, Békés, Komárom-Esztergom und Csanád	Tiefebene; Städte: Kecskemét, Jászberény, Szekszárd, Nyíregyháza Komitate: Vas, Zala, Somogy, Baranya

Eigene Darstellung.

Kulturelle Konflikte

Westernizer

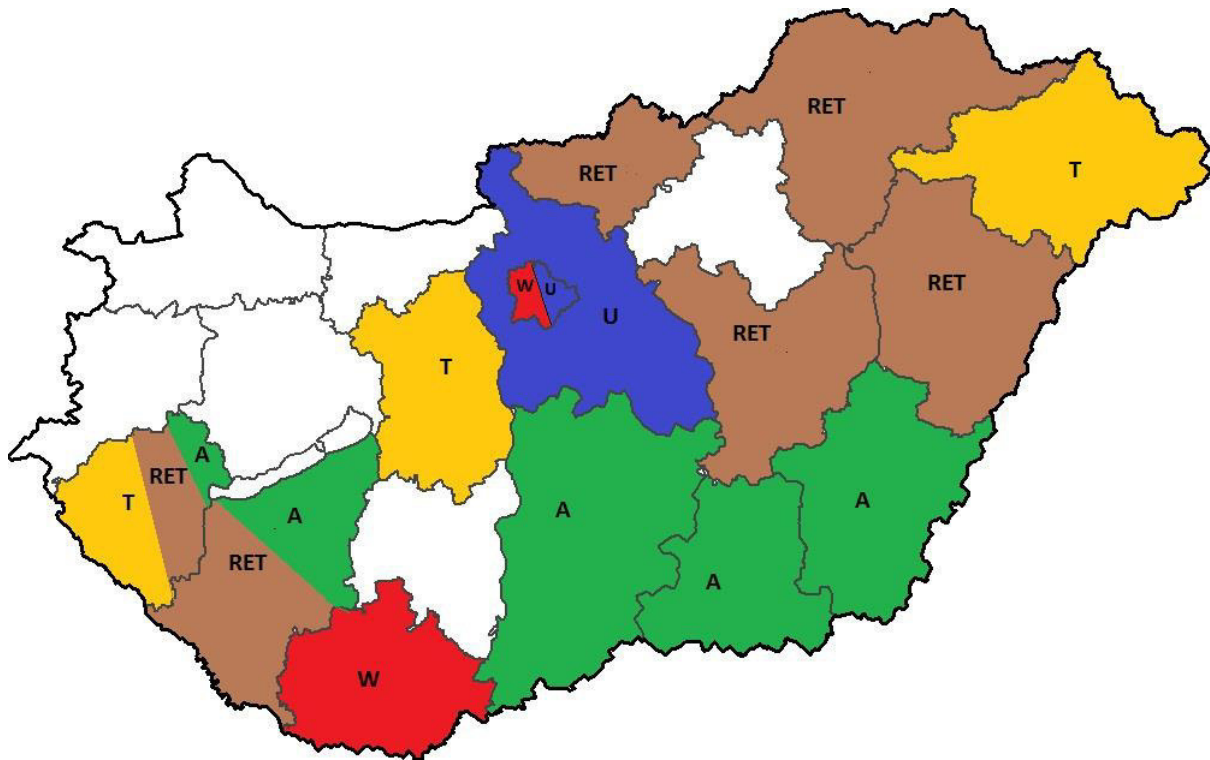
Traditionalisten

Ökonomische Konflikte

1994-2014	<p>Nordöstlicher Industriebecken der Komitate Borsod-Abaúj-Zemplén, in den Komitaten Heves und Jász-Nagykun-Szolnok.</p> <p>Nordöstliche Region zwischen Miskolc und Nyíregyháza</p> <p>Industriestädte Pécs, Komló, Oroszlány in Baranya, Kisbér und Tatabánya des Komitats Pest, in Szeged, nördliche Bezirke in Budapest 13. Arbeiter-Bezirk</p>	<p>Bács-Kiskun, Győr-Moson-Sopron, Szabolcs-Szatmár-Bereg, Fejér</p> <p>Vas, Zala, Tolna, Somogy</p> <p>Katholische Städte in West-Transdanubien wie Veszprém, Zalaegerszeg, Köszeg, Keszthely</p>
	Urbanisten	Agrarpopulisten
1994-2014	<p>Städte: Budapest, Pécs, Miskolc, Szeged Budapester Agglomeration Szentendre, Pilisvörösvár, Budaörs und Szigentszentmiklós, Szombathely, Dunaújváros; Komitat: Pest</p>	<p>Agrarisch geprägte Komitate Bács-Kiskun, Békés, Csongrád (Tiefebene) sowie im Südwesten des Transdanubiens in den Komitaten Somogy und Zala</p>

Eigene Darstellung.

Wahlgeographische Karte 14: W-A-T-U auf der Ebene der Komitate und Budapest 1790-2014



Eigene Darstellung.

Die Karte mit den historischen Signifikanzen zeichnet jene Komitate auf, in denen historische Kontinuitäten rückwirkend, zum Teil bis 1790, im wahlgeographischen Wählerverhalten festgestellt worden sind.

Auf der kulturellen Achse sind folgende Kontinuitäten abzulesen: Budapest und die größeren Städte zeigten sich seit 1790 als die Hochburgen für die Westernizer (auf der Signifikanzkarte mit W versehen). Unter den Komitaten kristallisierte sich im Südwesten Baranya mit den meisten Sympathisanten für die Westernizer heraus. Historische Kontinuitäten im Abstimmungsverhalten für die Traditionalisten (T) sind in den Komitaten Fejér, Zala, Szabolcs-Szatmár-Bereg sowie in den katholischen Städten West-Transdanubiens vorzufinden.

Die ökonomische Achse bot schon aufgrund der einfacheren Abgrenzung der Konflikträger offenkundigere Ergebnisse. Die Urbanisten (U) zeigten sich seit 1918, als der Konflikt erstmalig in der ungarischen Parteiengeschichte auftaucht, in der Hauptstadt, in Miskolc, Szeged und Pécs sowie im Komitat Pest am erfolgreichsten. Für die Agrarpopulisten (A) gelten ebenfalls seit 1918 das Komitat der Ungarischen Tiefebene Bács-Kiskun sowie die Komitate Békés, Csongrád sowie Somogy und Zala. Trotz der Verortung der

rechtsextremistischen Parteien unter den Traditionalisten soll auf ihre historische Kontinuität verwiesen werden. Diese werden auf der Karte mit RET (für rechtsextreme Traditionalisten) angemerkt.

In den sechs Komitaten Győr-Moson-Sopron, Komárom-Esztergom, Heves, Tolna, Veszprém und Vas konnten keine historischen wahlgeographischen Muster definiert werden. Allerdings ist dieses Ergebnis auch in historischer Tradition zu betrachten. Denn die politische Prägung der drei Komitate Sopron (heute Győr-Moson-Sopron), Tolna und Vas wies beispielsweise im Zeitraum von 1790 bis 1848 ebenfalls keine Konturen auf.

Insgesamt ist festzuhalten, dass die Komitate mehrheitlich die tradierten Konflikte entlang der zentrifugalen Struktur des ungarischen Konfliktsystems widerspiegeln. Der allgemeine Rückgang der Religiosität, der in der Landwirtschaft Beschäftigten oder auch die Zunahme des selbstständigen Beschäftigungsverhältnisses und des Anteils der urbanen Bevölkerung - wie die Messungen des Zentralen Statistischen Amtes Ungarns (KSH)⁸⁶⁵ zeigen - sowie die Tendenz, dass Wähler zunehmend issue-orientiert sind, lassen die wahlgeographischen Signifikanzen im neuen Licht erscheinen. Vor dem Hintergrund der soziodemographischen Merkmale, die über einen zunehmenden Urbanisierungs- und Säkularisierungsgrad sowie den Anstieg des Bildungsniveaus berichten, wären in Ungarn – gerade im Sinne der Cleavage-Theorie – Wahlausgänge zugunsten von „linken“ und/oder linksliberalen zu erwarten. Die Manifestation der historischen Konfliktstrukturen in der ungarischen Parteienlandschaft über den Systemwechsel hinaus und der Nachweis, dass jene Konfliktstrukturen die Zeit überdauernde regionale Ausprägungen haben, sind aus dreifacher Sicht erkenntnisversprechend:

1. Sie können zum einen den Nachweis dafür liefern, dass wahlgeographische Merkmale mit den soziostrukturellen Variablen funktional gleichwertig sind;
2. Anhand der Darlegung der bis heute bestehenden Relevanz von historischen Parteien und Konfliktstrukturen kann die auf Ungarn bezogene Stunde-Null-Hypothese relativiert werden;
3. Daraus ergibt sich die Legitimation der Rehistorisierung des Cleavage-Konzepts mit denkbarer Ausweitung auf andere postsozialistische Staaten.

865 Volkszählungen 2001 und 2011, unter: <http://www.ksh.hu/nepszamlalas/?lang=hu>, zuletzt abgerufen am 30.5.2016.

Ferner verdeutlicht die Analyse zum einen, dass die dominanten Parteien in Ungarn die historischen Konflikte auf „ihrer“ Achse instrumentalisieren und zum anderen diese reproduzieren, um ihre Wählerschaft mobilisieren zu können. Von der Reproduktionsstrategie ist zu erwarten, dass sie mittelfristig zur Veränderung der Gesellschaftsstruktur beiträgt, die letztlich den instrumentellen Cleavage stärkt. Zur Gefahr wird es, wenn aus Machterhaltungszwecken die Cleavages mit den zweckgebundenen Allianzpartnern geteilt werden wie im Falle von Fidesz und Jobbik oder auch des linksliberalen Bündnisses. Dies führt zur verstärkten Fragmentierung der Wählerschaft innerhalb den Konfliktlinien und kann Wahlausgänge zum Vorteil von extremen politischen Parteien bewirken. Führen die reproduzierten Konfliktlinien soziostrukturelle Veränderungen herbei, können die ahistorischen Variablenbildungen im Prozess der Operationalisierung zwar (wieder) legitimiert werden. Dennoch kann es aufgrund der von oben, unter Ausschluss gesellschaftlicher Teilhabe geleiteten Reproduktion der Konfliktstrukturen zur Verzerrung in den analytischen Schlussfolgerungen kommen.

10. Fazit

10.1 Zusammenfassung und Schlussbemerkungen

In der Arbeit ging es darum, die Anwendbarkeit des Cleavage-Konzepts von Lipset und Rokkan auf Ungarn zu prüfen und mögliche Erweiterungs- und Modifizierungsansätze zu diskutieren. Mit Hinblick auf dieses Anliegen wurden im ersten theoriegeleiteten Teil der Abhandlung die wissenschaftlichen Diskussionen über die Erklärungskraft des Modells auf die postkommunistischen Staaten skizziert und vor dem Hintergrund der giddens'schen Funktionalismuskritik die Cleavage-Theorie kritisch hinterfragt. Dabei wurde aufgezeigt, dass die Heranziehung der „klassischen“ soziostrukturellen Merkmale für die Bestätigung oder Widerlegung der Existenz von Konfliktlinien im ungarischen Parteiensystem ausgedient hat und die Rehistorisierung des Cleavage-Variablen mit der gleichzeitigen Loslösung der methodischen Dichotomisierung notwendig ist.

Die historische Diskursanalyse hat deutlich gemacht, dass im Zeitraum von 1790 bis 1990 ungarnspezifische Konfliktstrukturen vorhanden sind, und dass diese von top-down-Prozessen gesteuert und kontrolliert werden, die sich schließlich auf die Allianzbildungen im Zentrum und in der Peripherie systematisch auswirken.

Die empirisch-analytische Längsschnittanalyse erbrachte, dass es in Ungarn historische Kontinuitäten im regionalen Wahlverhalten entlang der ökonomischen und kulturellen Achse gibt sowie, dass die regionalen Abstimmungsstrukturen mit den soziodemographischen Variablen funktional gleichwertig sind. Der Teil der Arbeit über die Prägekräft von historischen legacies im Sozialismus entkräftete die These, wonach die vorsozialistischen Konfliktstrukturen im Sozialismus eingefroren sind. Das hätte zur Folge, dass nach dem Systemwechsel eine „Stunde-Null“ in der Parteiensystementwicklung eintrat. Dagegen konnte aufgezeigt werden, dass die historischen Konfliktstrukturen nicht nur auf der gesellschaftlichen Ebene weiter wirkten, sondern auch die Parteigründungen in der Spätphase des Sozialismus beeinflussten.

Die theoretischen Vorüberlegungen und die Ergebnisse der Diskursanalyse wie der empirischen Untersuchung erlaubten es, auf den Anwendungsfall Ungarn angepasste Cleavage-Dimensionen zu bestimmen und die komitatsspezifischen wahlgeographischen Kontinuitäten von 1790 bis 1990 darzustellen. Die wahlgeographische Prüfung der rehistorisierten und angepassten Cleavage-Dimensionen anhand von ausgewählten

Parlamentswahlen nach dem Systemwechsel ergab konstante regionale Muster im Abstimmungsverhalten der ungarischen Bevölkerung seit 1990, die über das hinausreichen.

10.1.1 Ergebnisse der historischen Konfliktstruktur-Analyse

Die historische Untersuchung ergab, dass politische wie gesellschaftliche Konfliktdiskurse in Ungarn vorrangig durch die Ab- versus Zuneigung zum Habsburgerhaus beeinflusst wurden. Die Pfadabhängigkeit des Habsburg-Narrativs konstruierte die Allianz- und Koalitionsbildungen auf der ökonomischen und kulturellen Achse und trug zur Systemstabilität bei, die durch die „top-down“-Steuerung und -Kontrolle der privilegierten politischen Elite zusätzlich gestärkt wurde. Die von oben gelenkte und stets reproduzierte Konfliktstruktur resümierte in einer allgemeingültigen „Habsburg-Angst“, die sich im Zentrum als Furcht vor einem übermächtigen Wien und dem Kontrollverlust Budapests und einem damit einhergehenden nationalen Souveränitätsverzicht äußerte. In der Peripherie manifestierte sich diese Angst in der Sorge um die Einschränkung der Freiheitsrechte und den Bedeutungszuwachs der supranationalen römisch-katholischen Kirche. Die historische Analyse belegte, dass durch die Nationale und Industrielle Revolutionen formierten Gegensätze seit dem Ende des 18. Jahrhunderts in Ungarn zwei Hauptkonfliktströme hervorbrachten: Auf der ökonomischen Achse – als Folge der Industrialisierung - formierte sich der Gegensatz zwischen den Urbanisten und den Agrarpopulisten und infolge der Nationalen Revolution bildete sich der Konflikt zwischen den Traditionalisten und den Westernizern heraus. Hervorzuheben ist, dass sich trotz der tiefsitzenden antihabsburgischen Stimmung die Parteiallianzen in dem untersuchten Zeitraum entlang der ökonomischen und kulturellen Achse weder kreuzten noch kam es zum Positionswechsel – mit Ausnahme der Kleinlandwirte – unter den Akteuren. Die Einordnung der ungarischen historischen Allianzkonstellationen zum Typ I. anhand der rokkan´schen Kategorisierung erschien somit schlüssig. Die „top-down“-Prozesse und die sorgfältige Steuerung, Kontrolle und gar Reproduzierung der „Habsburg-Angst“ schufen nicht nur eine „anonyme Nation“, sondern zum einen strukturierten sie die künftige Cleavage-Dimensionen vor und zum anderen ebneten sie den Weg für die Institutionalisierung eines „gefrorenen“ wie zentrifugalen Cleavage-Systems.

10. 1.2 Funktionale Äquivalenz als notwendiges Korrektiv der Cleavage-Theorie

Um den Stellenwert der Cleavages in vergleichender Perspektive evaluieren zu können, stellte sich eine Mindestanforderung. Erst dann konnte über das Vorhandensein oder

Nichtvorhandensein von Cleavages entschieden werden. Normativ bestimmten Gallagher und Mair strukturelle Kennzeichen, die die Theorie von Lipset und Rokkan überhaupt erst anwendbar machen. Innerhalb einer Gesellschaft müssen Konflikte auf sozialen Unterschieden beruhen, die den Willen zur kollektiven Handlung der Gruppe mit der gemeinsamen Identität erfordern. Schließlich besteht die Notwendigkeit einer Organisation (z.B. religiöse Einrichtungen, Parteien, Verbände), die den Interessen der Gruppen dient. Das funktionalistische, von kausalen Zusammenhängen abhängige Cleavage-Konzept wurde nach Weber und Giddens einer historischen Diskursanalyse der Konfliktstrukturen seit 1790 unterzogen, um das ungarische „so und nicht anders Gewordensein“ und das System der historischen unintendierten Handlungen und ihrer Handlungsfolgen aufzeichnen zu können. Durch die Betrachtung von äußeren Faktoren in unterschiedlichen Zeitepochen wurde das funktionale Analyseraster des AGIL-Modells aufgebrochen. Dies führte zur Aufweichung der klassischen vier Cleavage-Dimensionen, die nach Modifizierung als kulturelle und ökonomische Variable in die Analyse aufgenommen wurden. Beispielsweise der Umstand, dass lediglich die konservativen und rechtsradikalen Parteien einen nationalstaatlichen Diskurs pflegen, erlaubt schon aus diesem Grund kaum die Anwendung einer links-rechts Dichotomie, zumal diese Kategorisierung erst aus dem Zugang zum Nationalstaat erkenntnisversprechend ist.

Die historische Untersuchung resultierte in der Erkenntnis, dass die durch die „Habsburg-Angst“ bedingte Neukonstruktion von Handlungen die Konfliktstrukturen einfrieren ließen. Im Anschluss an die rehistorisierten Vorüberlegungen und die Bildung von a priori Cleavage-Determinanten ging es darum, die Abbildungsmodi der historischen Konflikte in der ungarischen Gesellschaft aufzuzeigen. Die Annahme bestand darin, dass die von der politischen Elite bestimmten Konfliktstrukturen in der anonymen Gesellschaft entlang der klassischen soziodemographischen Merkmalen nicht oder nur begrenzt vorzufinden sind und die gesellschaftlich-strukturellen Kennzeichen gerade ein gegenteiliges Ergebnis implizieren würden. Im Hinblick auf die Operationalisierung erschien es demzufolge notwendig, das enge Variablen-Konstrukt auf mögliche Alternativen zu überprüfen. Angelehnt an das Konzept der funktionalen Äquivalenz überzeugte der wahlgeographische Zugang, wodurch Signifikanzen von tradierten wahlgeographischen Charakteristika in dem Analysezeitraum von 1790 bis 2014 aufgedeckt wurden. Zugleich konnte das Vorhandensein einer sozialstrukturellen Wähler-Partei-Bindung bestätigt werden, nachdem die regionalen Kontinuitäten im Abstimmungsverhalten zu funktionalen Äquivalenten der strukturellen

Merkmale avancierten. Dies war nur über die Erforschung der historischen Prozesse möglich, die den Beweis lieferte, dass auch die unintendierten Handlungen und ihre Handlungsfolgen zur Stabilität des Systems beitragen können, indem sie diese reproduzieren. Diese Erkenntnisgewinne ließen folgende theoriebestätigende wie -erweiternde Rückschlüsse zu:

1. Sie liefern den Beweis für „So und nicht anders“-Wähler-Partei-Bindungen;
2. Sie legitimieren die Erweiterung des Operationalisierungsinstrumentariums des Cleavage-Modells und
3. sie ermutigen zum Rückgriff auf historische Datenbestände.

Die Cleavage-Theorie von Lipset und Rokkan aus dem Jahre 1967 beansprucht, die Entstehung von Parteiensystemen zu erklären; ebenfalls die damit eng verbundene Frage, wie Parteien tradierte Konfliktlinien einer Gesellschaft widerspiegeln. Das Modell fragt nach der Entstehung, Veränderung und Gewichtung von Cleavages und beschreibt das Verhältnis zwischen Parteien (-trägern) und der Wählerschaft.

Ist das Konfliktmodell von Lipset und Rokkan nun auf Ungarn übertragbar? Die Annahmen der Diskontinuitätshypothese führen zu Zweifeln gegenüber der Anwendbarkeit der Cleavage-Theorie. Die Vertreter des Kontinuitäts-Ansatzes betonen, die graduelle Entwicklung von Cleavages sei durch die autoritären kommunistischen Regime lediglich unterbrochen worden. Sie erwarten, dass sich nach dem Ende des Kommunismus das Muster der vorkommunistischen Parteiensysteme, die im Sozialismus eingefroren waren, wieder durchsetzen werde. Die Vertreter der Diskontinuitätshypothese weisen auf die Entwicklungen in Ostmitteleuropa nach dem Systemwechsel hin, als die Neugründungen „historischer Parteien“ ohne Erfolg verliefen. Im Exkurs der vorliegenden Arbeit ist die Freezing-These jedoch widerlegt worden. Auch die von Mair formulierten Anforderungen scheinen in Ungarn fast idealtypisch erfüllt zu sein: Die untersuchten Parlamentswahlen von 1994, 2006 und 2014 zeugen von einer durch das historische Gewordensein geprägten und teilweise rekonstruierten Spaltungen in der ungarischen Gesellschaft, die sich parteiförmig in den Allianzbildungen um die Traditionalisten und Westernizern im Zentrum und den Agrarpopulisten und Urbanisten in der Peripherie niederschlugen. Dabei bilden Cleavages Teile der Reproduktionskette und dienen zugleich als Projektionsfläche für die konstruierten wie reproduzierten Konflikte der politischen Akteure. Für Systemstabilität sorgen die von der politischen Elite kontrollierten und zielgerichtet eingesetzten Cleavage-Strukturen. Die

historische Diskursanalyse hat gezeigt, dass die Elitenkonfrontation über eine lange Tradition verfügt und diese Konfliktkultur im Prozess der Allianz- und Cleavage-Bildung zur strukturellen Geltung gelangt. Folglich könnte es für künftige länderspezifische Cleavage-Studien dienlich sein, die strukturellen Kennzeichen mit dem Merkmal der Elitenkonfrontation zu erweitern beziehungsweise diese auf historische Signifikanzen und persistente Muster zu prüfen. An dieser Stelle soll an die zentrale Annahme von Lipset und Rokkan erinnert werden, die beziehungsweise auf das AGIL-Modell davon ausgingen, dass die soziostrukturell bedingte kollektive Nachfrage die Parteiensystementwicklung prägt. Vor dem Hintergrund der anonymen Gesellschaftsstruktur mit der einhergehenden Überlegenheit der Elite muss der bottom-up-These jedoch widersprochen und Holländers Feststellung über eine von dem Elitenangebot bestimmte Parteiensystementwicklung in den V4-Staaten und folglich auch in Ungarn zugestimmt werden.

Die Erkenntnisse im Hinblick auf die historischen Pfadabhängigkeiten, die Abwandlung der Cleavage-Dimensionen und die methodischen Erweiterungen erheben für künftige länderspezifische Studien über Parteiensysteme zurecht den Anspruch, die Eliten-, Wähler-Parteibindung-Theorien und das Cleavage-Modell durch multidimensionale Operationalisierungslösungen zu einem Erklärungskonzept zu verknüpfen.

Die Erprobung und Anwendung der Cleavage-Theorie auf den ungarischen Einzelfall relativiert das Selbstverständnis des Vergleichs, das die Grundlage des Modells bildet. In Bezug auf die Erforschung von politischen Systemen und Transformationsprozessen in den postkommunistischen Ländern lehrt dieser Zugang, dass es lohnt, den normativ komparatistischen Blick und die daraus resultierenden absoluten Aussagen zu überdenken. Denn nur so ist es beispielsweise möglich, die These von „Parteiensystemen im Fluß“ wie auch die allgemeine Auffassung: Ungarn hat die Transformation abgeschlossen zu widerlegen. Auch das Argument, die mangelnde Anwendbarkeit habe ihre Ursache in instabilen Parteiensystemen, hat im Fall Ungarns wenig Überzeugungskraft. Rein formal hat sich das Parteiensystem stabilisiert, wie die Analyse der Parlamentswahlen 1994, 2006 und 2014 zeigt. Die wahlgeographische Untersuchung der Wahlen seit dem Systemwechsel belegt ein regional konstantes und pfadabhängiges Abstimmungsverhalten. Aus diesen Überlegungen können zwei eng miteinander verbundene Schlussfolgerungen gezogen werden: Die Relevanz von tradierten gesellschaftlichen Konfliktlinien in der Posttransformationsphase wird bestätigt. Und die Anwendung eines für das Fallbeispiel

Ungarn angepasst, rehistorisierten und die dichotome soziostrukturelle Variablenbildung aufbrechenden Cleavage-Modells wird bejaht. Allerdings soll betont werden, dass der Befund über existente Cleavage-Strukturen lediglich indirekte Aussagen über die demokratische Qualität von Parteiensystemen erlaubt. Die Analyse des ungarischen Fallbeispiels hat verdeutlicht, dass Vertreter der politischen Elite die Cleavages bei wiederholter Betonung von konstruierten policy Inhalten für ihre Eigeninteressen instrumentalisieren und reproduzieren. Dieser Selbstzweck hat zur Folge, dass die von den Parteien unterstützten und gepflegten Interessenvertretungen als künstliche Konstrukte zur Systemstabilität beitragen. Gerade solche Strukturen sind symptomatisch für eine niedrige Demokratiequalität.

10.2 Perspektiven

Im Zuge der Flüchtlingskrise gelang es Orbán, durch die paradoxe Analogie zu 1989 ein „Grenznarrativ“ herzustellen, das er im Rahmen der „Nationalen Konsultation“ über Einwanderung und Terrorismus im Sommer 2015 durch seine Wählerbasis legitimieren ließ. Somit schuf er einen Referenzrahmen, dessen er sich seitdem – ungeachtet des am Quorum gescheiterten Referendums über die Verteilungsquote im Herbst 2016⁸⁶⁶ - in Brüssel bedient. Zugleich leitete der Zaunbau an den Schengen-Außengrenzen isolationistische Sonderwege in der EU-Flüchtlingspolitik ein und erzeugte rasch Imitationseffekte. Nationalistische Populismus-Spiralen sind am Entstehen, die die strukturellen Schwächen der EU erneut vors Auge führen. Der verbohrt Fokus auf die Politik Orbáns und seiner Verbündeten führt jedoch die Debatten weg von der Reformdringlichkeit der EU. Denn die breite Zustimmung für demagogische Inhalte ist die Konsequenz von strukturellen Fehlentwicklungen in der EU, durch die Teile Europas schleichend in die Peripherie zentrifugiert wurden. Die Ignoranz und die Verurteilung von „peripheren“ Meinungen mögen zwar den Kern stärken, haben jedoch zur Folge, dass der EU-skeptische- und gar feindliche Rand erhärtet. Wie der ungarische Fall deutlich zeigt, auch gesamteuropäische Krisen werden von den Hütern des „National First“ zur Stabilisierung von rekonstruierten Cleavage-Strukturen zum Nutzen verwertet.

Die nach 2010 eingeleitete und bis 2014 vollzogene Wahlsystemreform mit der taktisch klugen Neuziehung der Wahlkreisgrenzen (Gerrymandering) zugunsten den

866 Siehe weiterführend Ellen Bos: Referendum in Ungarn. Starke innenpolitische Motivation, auf: http://www.deutschlandfunk.de/referendum-in-ungarn-starke-innenpolitische-motivation.694.de.html?dram:article_id=367465, abgerufen am 2.10.2016.

Regierungsparteien sowie die Einschränkung von kritischen Medien und die zeitgleiche Monopolisierung der öffentlich-rechtlichen Medien wird Orbán seine Abschottungspolitik voraussichtlich auch nach 2018 fortsetzen und seinen illiberalen Klientelismus weiter ausbauen können. Dieses Szenario prophezeien die durch den Migrationsdiskurs der ungarischen Regierung erzielten Wirkungsmechanismen in Teilen der ungarischen aber auch europäischen Bevölkerung. Der Fidesz-KDNP gelang es, mit seinem „moralischen“ Aktionismus in der Flüchtlingskrise seine seit 2014 sinkende Popularität zu steigern. Die in den Jahren 2015 und 2016 gegen Flüchtlinge und Asylsuchende gerichteten Regierungsstrategien wie die nationale Konsultation, die Plakat, Medien- und die Referendum-Kampagne erzielten ihre beabsichtigte Wirkung. 2016 erreichte das Grad der Xenophobie innerhalb der Bevölkerung Rekordwerte,⁸⁶⁷ wovon künftig nicht nur die Konservativen, sondern auch die rechtsextreme Jobbik profitieren werden. Die internen Streitigkeiten und Orientierungslosigkeit der links-liberalen Opposition konnte Jobbik auch 2014 für sich nutzen. Seit den Kommunalwahlen im Herbst 2014 stellt sie in 14 Gemeinden – bis dahin waren es drei – den Bürgermeister, darunter auch in mittelgroßen Städten wie in den nordöstlichen Städten Ózd und Tapolca. Jobbik ist bei den lokalen Abstimmungen wiederholt gelungen, die Sozialisten hinter sich zu weisen und als zweitstärkste Kraft aus den Wahlen hervorzugehen. Mit Blick auf die Parlamentswahl 2018 formulierten die Rechtsextremen das nicht ganz utopische Ziel, Fidesz als Regierungsmacht abzulösen. Die Annäherung zur parteipolitischen Mitte ist der logische Schachzug, um künftig Wähler aus dem Fidesz-Lager für sich gewinnen zu können. Im Gegenzug müssen sie aus ihrer zahlenmäßig bedeutendsten Anhängergruppe der „schlecht gelaunten“ Jugend schmerzhaft Stimmenverluste hinnehmen, die sie allerdings durch die kluge Einsetzung zum einen einer moderaten städtischen und zum anderen einer radikaleren ländlichen Programmatik ausbalancieren können. Weiterhin ungewiss bleibt jedoch, ob die sich neu formierenden Sozialdemokraten und die liberalen Kräfte gewollt sind, die wahrhaften Interessen im Land vereint anzusprechen und sich konsequent in die Dienste der entsprechenden policy-Issues zu stellen. Die von der kürzlich gegründeten Momentum-Bewegung (re)aktivierter

867 Weiterführend: Melani Barlai/Endre Sík: A Hungarian trademark (a "Hungarikum"): the moral panic button, in: Melani Barlai/Christina Griessler/Birte Fähnrich/Markus Rhomberg (Hrsg.): The Migrant Crisis: European Perspectives and National Discourses, Berlin u.a. 2017, i.E.

Antikommunismus-Konflikt⁸⁶⁸ ist im Hinblick auf einen Regierungswechsel 2018 gewiss die verkehrte Strategie und deutet auf strukturelle und programmatische Kontinuitäten in dem ungarischen Parteiensystem hin.

868 Vgl. das Interview mit den Vorstandsmitgliedern der Bewegung, in dem sie betonen, dass bei der geplanten Parteigründung ehemalige MSZMP-Mitglieder von einer Mitgliedschaft ausgeschlossen sein werden, unter:
http://index.hu/belfold/2017/01/24/momentum_mozgalom_budapesti_olimpia_nepszavazas_interju/,
abgerufen am 25.1.2017.

Literatur

Monographien und Sammelbände

- Abels, Heinz: Einführung in die Soziologie. Band 1: Der Blick auf die Gesellschaft. 2. Aufl., Wiesbaden 2004.
- Agg, Zoltán: Politikai földrajz és megyerendszer [Politische Geographie und das Komitatssystem], Veszprém 2005.
- Ágh, Attila: The Politics of Central Europe, London et al, 1998.
- Alexander, Manfred et al. (Hrsg.): Kleine Völker in der Geschichte Osteuropas: Festschrift für Günther Stökl zum 75. Geburtstag, Stuttgart 1991.
- Almond, Gabriel: Political Development - Analytical and Normative Perspectives, Boston 1968.
- Amt des Ministerpräsidenten (Hrsg.): „Magyarok: 4 év erőfeszítés, Magyarország: 4 év haladás“ [Ungarn (die Bevölkerung): 4 Jahre Anstrengung, Ungarn (das Land): 4 Jahre Fortschritt], Budapest 1994.
- Andorka, Rudolf/Kolosi, Tamás/Vukovich, György (Hrsg.): Társadalmi riport 1994 [Gesellschaftsreport 1994], Budapest 1994.
- Andrássy, Gyula/Beöthy, Zsolt et al. (Hrsg.): Széchenyi Eszmevilága I. [Széchenyis Ideologiewelt I.], Budapest 1912.
- Angelusz, Róbert/ Tardos, Róbert: Törések, hálók, hidak. Választói magatartás és politikai tagság Magyarországon [Brüche, Netze, Brücken. Wählerverhalten und politische Teilung in Ungarn], Budapest 2005.
- Apáthy, István et al.: Széchenyi Eszmevilága II. [Ideenwelt von Széchenyi II.], Budapest 1914.
- Backes, Uwe: Politischer Extremismus im demokratischen Verfassungsstaat. Elemente einer normativen Rahmentheorie, Opladen 1989.
- Backes, Uwe/Jesse, Eckhard (Hrsg.): Jahrbuch Extremismus & Demokratie: (E&D), Jg. 9, Baden-Baden 1997.
- Baker, Kendall L. /Dalton, Russell J. /Hildebrandt, Kai: Germany Transformed. Political Culture and the New Politics, Cambridge 1981.
- Balázs, Éva: Berzeviczy Gergely. A reformpolitikus 1763-1795 [Gergely Berzeviczy. Der Reformpolitiker 1763-1795), Budapest 1967.
- Barlai, Melani/Griessler, Christina/Fährnich, Birte/Rhomberg, Markus (Hrsg.): The Migrant Crisis: European Perspectives and National Discourses, Berlin u.a. 2017, i.E.
- Bartolini, Stefano/Mair, Peter: Identity, Competition, and Electoral Availability. The Stabilisation of European Electorates. 1885-1985, Cambridge 1990.
- Bell, Daniel: Coming of Post-Industrial Society. A Venture in Social Forecasting, New York 1973/1976.

- Benda, Kálmán (Hrsg.): A magyar jakobinusok iratai 1952-1957 [Schriften der ungarischen Jakobiner 1952-1957], Bd. I-III, Budapest 1957.
- Benda, Kálmán: Emberbarát vagy hazafi? Tanulmányok a felvilágosodás korának magyarországi történetéből [Menschenfreund oder Patriot? Studien über die Geschichte Ungarns aus der Zeit der Aufklärung], Budapest 1978.
- Beöthy, Zsolt et al. (Hrsg.): Széchenyi Eszmevilága I. [Széchenyis Ideologiewelt I.], Budapest 1912.
- Bérenger, Jean/Kecskeméti, Károly: Országgyűlés és parlamenti élet Magyarországon. 1608-1918, [Nationalversammlung und parlamentarisches Leben in Ungarn. 1608-1918], Budapest 2008.
- Bibó, István: Die Misere der osteuropäischen Kleinstaaterei, 2. Aufl., Frankfurt/M. 2005.
- Bihari, Mihály: Többpártrendszer kialakulása Magyarországon 1985-1991 [Die Herausbildung eines Mehrparteiensystems in Ungarn, 1985-1991], Budapest 1992.
- Boros, Zsuzsanna: Parlamenti viták a Horthy korban [Parlamentarische Debatten in der Horthy-Ära], Bd. 1, Budapest 2006.
- Boros, Zsuzsanna/Szabó, Dániel: Parlamentarizmus Magyarországon (1867-1944). Parlament, pártok, választások [Parlamentarismus in Ungarn 1867-1944. Parlament, Parteien, Wahlen], 2. verbesserte Aufl., Budapest 2008.
- Bos, Ellen/Dieringer, Jürgen (Hrsg.): Die Genese einer Union der 27. Die Europäische Union nach der Osterweiterung, Wiesbaden 2008.
- Bos, Ellen /Segert, Dieter (Hrsg.): Osteuropäische Demokratien als Trendsetter? Parteien und Parteiensysteme nach dem Ende des Übergangsjahrzehnts, Opladen, Farmington Hills 2008.
- Böhm, Antal et al. (Hrsg.): Parlamenti választások 1994 [Parlamentswahlen 1994], Budapest 1994.
- Brettschneider, Frank/Niedermayer, Oskar/Weßels, Bernhard (Hrsg.): Die Bundestagswahl 2005. Analysen des Wahlkampfes und der Wahlergebnisse, Wiesbaden 2007.
- Brunotte, Ernst et al. (Hrsg.): Lexikon der Geographie, Band 3, Heidelberg 2002.
- Bugajski, Janusz: Political Parties of Eastern Europe. A Guide to Politics in the Post-Communist Era, Armonk u.a. 2002.
- Burchard, John (Hrsg.): Thoughts from the Lake of Time, New York, 1971.
- Butzlaff, Felix/Micus, Matthias/Walter, Franz: Genossen in der Krise? Europas Sozialdemokratie auf dem Prüfstand, Göttingen 2011.
- Buzogány, Áron /Rolf Frankenberger (Hrsg.): Osteuropa. Politik, Wirtschaft und Gesellschaft, Baden-Baden 2007.
- Clark, Terry Nichols/Lipset, Seymour Martin (Hrsg.): The Breakdown of Class Politics, Baltimore 2001.

- Cornwall, Mark: Die letzten Jahre der Donaumonarchie, Essen 2004.
- Csaplár-Degovics, Krisztián/Fazekas, István (Hrsg.): Geteilt – Vereinigt. Beiträge zur Geschichte des Königreichs Ungarn in der Frühneuzeit (16.-18. Jahrhundert), Bd. 1, Berlin 2011.
- Csizmadia, Ervin: Diskurzus és Diktatúra [Diskurs und Diktatur], Budapest 2001.
- Dahrendorf, Ralf: Class and Class Conflict in Industrial Society, Stanford 1959.
- Dahrendorf, Ralf: Gesellschaft und Demokratie in Deutschland, München 1965.
- Dalton, Russell J./Flanagan, Scott/Beck, Paul Allen (Hrsg.): Electoral Change in Advanced Industrial Democracies: Realignment or Dealignment? Princeton 1984.
- Dénes, Iván (Hrsg.): Bibó István munkái. Eltorzult magyar alkat, zsákutcás magyar történelem [Werke von István Bibó. Deformierte ungarische Gestalt, Sackgasse der ungarischen Geschichte], Budapest 2012.
- Deegan-Krause, Kevin: New dimensions of political cleavage, Oxford 2007.
- Deth, Jan W. van /Scarborough, Elinor (Hrsg.): The Impact of Values, 1995 Oxford/New York.
- Diczig, Alajos/Rado, Dezső: A kereskedelmi és iparkamarák hazánkban és külföldön [Die Handels- und Wirtschaftskammern in Ungarn und im Ausland], Debrecen 1938.
- Egyed, Ákos et al.: Széchenyi és Erdély. Tanulmányok [Széchenyi und Siebenbürgen. Studien], Cluj 2002.
- Elster, Jon/Offe, Claus/Preß, Ulrich: Institutional Design in Post-Communist Societies. Rebuilding the Ship in the Sea, Cambridge 1998.
- Enyedi, Zsolt: Politika a kereszt jegyében [Politik im Zeichen des Kreuzes], Budapest 1998.
- Enyedi, Zsolt/Körösényi, András: Pártok és pártrendszer [Parteien und Parteisysteme], Budapest 2001.
- Erdei, Ferenc: A magyar társadalom [Die ungarische Gesellschaft], Cluj 1945.
- Fábián, György/Kovács, László Imre: Parlamenti választások az Európai Unió országaiban 1945–2002, [Parlamentswahlen in den Staaten der Europäischen Union 1945-2002], Budapest 2004.
- Falter, Jürgen W./Schoen, Harald (Hrsg.): Handbuch Wahlforschung, Wiesbaden 2005.
- Fehér, Lajos: Agrár- és szövetkezeti politikánk 1965-1969 [Unsere Agrar- und Genossenschaftspolitik 1965-1969], Budapest 1970.
- Fehr, Helmut: Eliten und zivile Gesellschaft. Legitimitätskonflikte in Ostmitteleuropa, Wiesbaden 2014.
- Förster, Christian/Schmid, Josef/Trick, Nicolas (Hrsg.): Die nordischen Länder: Politik in Dänemark, Finnland, Norwegen und Schweden, Wiesbaden 2014.

- Flora, Peter/Fix, Elisabeth (Hrsg.): Stein Rokkan. Staat, Nation und Demokratie in Europa. Die Theorie Stein Rokkans aus seinen gesammelten Werken rekonstruiert und eingeleitet von Peter Flora, Frankfurt am Main 2000.
- Fónagy, Zoltán: Modernizáció és polgárosodás [Modernisierung und Verbürgerlichung], Debrecen 2001.
- Földes, György/Hubai, László (Hrsg.): Parlamenti választások Magyarországon 1920-2010 [Parlamentswahlen in Ungarn, 1920-2010], 3. überarb. Aufl., Budapest 2010.
- Franklin, Mark: The Decline of Class Voting in Britain: Changes in the Basis of Electoral Choice, 1964-1983, Oxford 1985.
- Fricz, Tamás: Pártrendszer. Nyugat-Európa, Közép-Európa, Magyarország [Parteiensysteme, Westeuropa, Mitteleuropa, Ungarn], Budapest 2001.
- Frölich-Steffen, Susanne /Rensmann, Lars (Hrsg.): Populisten an der Macht: Populistische Regierungsparteien in Ost- und Westeuropa, Wien 2005.
- Gábor, Róbert: Az igazi szociáldemokrácia. Küzdelem a faszizmus és a kommunizmus ellen, 1944-1948 [Die wahre Sozialdemokratie. Kampf gegen den Faschismus und den Kommunismus, 1944-1948], Budapest 2001.
- Galindo, Jorge: Zwischen Notwendigkeit und Kontingenz. Theoretische Selbstbeobachtung der Soziologie, Dissertationsschrift, München 2005.
- Gallagher, Tom/Laver, Michael/Mair, Peter: Representative Government in Western Europe. New York, 1992.
- Gallina, Nicole: Political Elites in East Central Europe. Paving the way for „negative Europeanisation“?, Opladen 2008.
- Gergely, András: Széchenyi eszmerendszerének kialakulása [Entstehung von Széchenyis Ideologiesystems], Budapest 1972.
- Gergely, András: Közép-Európa és liberálisai 1848-ban [Mittel-Europa und ihre Liberalen 1848], Budapest 1987.
- Giddens, Anthony: Capitalism and Modern Social Theory. An analysis of the writings Marx, Durkheim and Max Weber, Cambridge, London, New York, Melbourne 1971.
- Giddens, Anthony: Central Problems in Social Theory. Action, Structure and Contradiction in Social Analysis, 1979 London, Basingstoke.
- Glaeßner, Gert-Joachim: Demokratie nach dem Ende des Kommunismus, Opladen 1994.
- Gottmann, Jean (Hrsg.): *Centre and Periphery*: Spatial Variation in Politics, London 1980.
- Gratz, Gusztáv: Magyarország a két háború között [Ungarn in der Zwischenkriegszeit], Budapest 2001.
- Gyurcsány, Ferenc: In Mid-Journey. Forging Ahead Together: My Vision for Hungary's Future, London 2006.

- Grotz, Florian: Politische Institutionen und post-sozialistische Parteiensysteme in Ostmitteleuropa, Opladen 2000.
- Hajdú, Tibor: A magyarországi tanácsköztársaság [Die ungarische Räterepublik], Budapest 1969.
- Holländer, Michael: Konfliktlinien und Konfiguration der Parteiensysteme in Ostmitteleuropa 1988-2002, Dissertationsschrift, Tübingen 2003.
- Heberle, Rudolf: Hauptprobleme der politischen Soziologie, Stuttgart 1967.
- Hubai, László/Földes, György (Hrsg.): Parlamenti képviselőválasztások 1920-1990 [Parlamentarische Abgeordnetenwahl, 1920-1990], Budapest 1994.
- Huszák, Loretta: Wettbewerb der Regionen. Regionale Unterschiede in der Absorption der EU-Fördergelder, Dissertationsschrift, Leipzig 2009, S. 147.
- Ihász, István: Országgyűlési választások Magyarországon 1848-1990 [Parlamentswahlen in Ungarn], Budapest 1993.
- Inglehart, Ronald: The Silent Revolution. Changing Values and Political Styles among Western Publics, New Jersey 1977.
- Ismayr, Wolfgang (Hrsg.): Die politischen Systeme Osteuropas, Wiesbaden 2006.
- Jahn, Detlef: Einführung in die vergleichende Politikwissenschaft, Wiesbaden 2006.
- Janning, Frank/Toens, Katrin (Hrsg.): Die Zukunft der Policy-Forschung. Theorien, Methoden, Anwendungen, Wiesbaden 2008.
- Jetzkowitz, Jens/Stark, Carsten (Hrsg.): Soziologischer Funktionalismus: Zur Methodologie einer Theorietradition, Opladen 2003.
- Juhász, Gyula: Uralkodó eszmék Magyarországon 1939-1944 [Herrschende Ideologien in Ungarn 1939-1944], Budapest 1983.
- Kecskeméti, Károly: Magyar Liberalizmus 1790-1848, [Ungarischer Liberalismus 179-1848], o.O., 2008.
- Kailitz, Steffen (Hrsg.): Schlüsselwerke der Politikwissenschaft, Wiesbaden 2007.
- Kardos, József: Legitimizmus. Legitimista politikusok a két világháború között [Legitimismus. Legitimistische Politiker in der Zwischenkriegszeit], Budapest 1998.
- Karvonen, Lauri /Kuhnle, Stein (Hrsg.): Party system and voter alignments revisited, London/New York 2002.
- Kiss, Endre: A k.u.k világtrend halála – Bécsben [Der Tod der K.u.K.-Weltordnung – in Wien], Budapest 1978.

- Kiss, Endre/Kiss, Csaba/ Stagl, Justin: Nation und Nationalismus in wissenschaftlichen Standardwerken Österreich-Ungarns, ca. 1867-1918, Wien 1997.
- Kitschelt, Herbert/Mansfeldova, Zdenka/Markowski, Radoslaw/Tóka, Gábor: Post Communist Party Systems. Competition, Represantaion, and Inter-Party Cooperation, Cambridge 1999.
- Klimó, Árpád von: Ungarn seit 1945, Göttingen 2006.
- Korte, Karl-Rudolf: Wahlen in Deutschland, Bonn 2013.
- Kossuth, Ferenc (Hrsg.): Kossuth Lajos hírlapi cikkei [Artikel des Lajos Kossuth Nachrichtenblattes], Budapest o. J.
- Körösényi András/Tóth Csaba/Török Gábor: A magyar politikai rendszer [Das politische System Ungarns], Budapest, 2003.
- Körösi, Zsuzsanna/Tóth, Pál Péter: Pártok 1956 [Parteien 1956], Budapest 1997.
- Kövér, György (Hrsg.): Magyarország társadalomtörténete I. Reformkortól az első világháborúig [Geschichte der ungarischen Gesellschaft. Von der Reformzeit bis zum I. Weltkrieg], 2. Aufl., Budapest 1997.
- Kukorelli, István (Hrsg.): Alkotmánytan [Verfassungslehre], 5. Aufl., Budapest 1998.
- Kurtán, Sándor (Hrsg.): Vor der Wende, Politisches System, Gesellschaft und Reformen im Ungarn der achtziger Jahre, Wien/Köln/Graz 1993.
- Kutter, Amelie/Trappmann, Vera (Hrsg.): Das Erbe des Beitritts. Europäisierung in Mittel- und Osteuropa, Baden-Baden 2006.
- Lackó, Miklós: Válságok. Választások. Történetek a két háború közötti Magyarországról [Krisen. Wahlen. Geschichten aus der ungarischen Zwischenkriegszeit], 1975 Budapest.
- Lakner, Zoltán: Utak és útvesztők. Az MSZP húsz éve [Wege und Irrwege. 20 Jahre MSZP], Budapest 2011.
- Larra-Bee, Eric/Meversohn, Rolf (Hrsg.): Mass Leisure, Glencoe 1958.
- Lawson, Kay/Römmele, Andrea/Karasimeonov, Georgi (Hrsg.): Cleavages, Parties, and Voters. Bulgaria, the Czech Republic, Hungary, Poland and Romania, London 1999.
- Lendvai, Paul: Die Ungarn. Ein Jahrtausend. Sieger in Niederlagen, München 1999.
- Lewis, Paul: Political Parties in Post-Communist Eastern-Europe, London/New York 2000.
- Lijphart, Arend: The Politics of Accommodation, Berkeley 1968.
- Lipset, Seymour Martin/Rokkan, Stein (Hrsg.): Party Systems and Voter Alignments. Cross-National Perspectives, New York 1967.
- Lipset, Seymour Martin (Hrsg.): Politics and the Social Sciences, New York 1996.

- Luhmann, Niklas: Soziologische Aufklärung , Opladen 1970.
- Maller, Sándor: Széchenyi István – Wesselényi Miklós. Feleselő Naplók. Egy barátság kezdetei [István Széchenyi –Miklós Wesselényi. Freche Tagebücher. Anfänge einer Freundschaft], Budapest 2004.
- Marczali, Henrik: Az 1790-91-es országgyűlés I-II. [Die Nationalversammlung von 1790-91, Bd. I., II.], Budapest 1907.
- Márkus, György: Party politics, party system and the dynamics of political cleavages in Hungary, Final Report to NATIP, Budapest 1998.
- Maruzsa, Zoltán/Pallai, László (Hrsg.): Tisza István és emlékezete: Tanulmányok Tisza István születésének 150. Évfordulójára [István Tisza und seine Erinnerung: Studien über István Tisza anlässlich des 150. Jahrestages seines Geburtstages], Debrecen 2011.
- Mérei, Gyula (Hrsg.): Magyarország története 1790-1848 [Die Geschichte Ungarns 1790-1848], Budapest 1980.
- Mérei, Ferenc: A magyar polgári pártok programjai 1867-1918 [Programme der ungarischen bürgerlichen Parteien 1867-1918], Budapest 1971.
- Merritt, L. Richard/Russet, Bruce M. (Hrsg.): From national development to global community: Essays on honor of Karl W. Deutsch, London 1981.
- Merton, Robert K. et al. (Hrsg.): Sociology Today, New York 1959.
- Moore, Barrington: The Social Origins of Dictatorship and Democracy, Boston 1993.
- Mudde, Cas: Populist Radical Right Parties in Europe, Cambridge 2007.
- Nie, Norman/ Verba, Sidney/Petrocik, John: The Changing American Voter, Cambridge 1976.
- O.A.: Beszámoló a Magyar Köztársaság területén élő nemzeti és etnikai kisebbségek helyzetéről (2003. február-2005. február) [Bericht der ungarischen Regierung über die Situation der, auf dem ungarischen Territorium lebenden nationalen und ethnischen Minderheiten (02.2003-02.2005)], Budapest 2005, S. 1-180.
- Oberschall, Antony: Social Movements. Ideologies, Interests, Identities, New Brunswick 1993.
- Parsons, Talcott/Smelser, Neil J.: Economy and Society, London 1956.
- Parsons, Talcott: The Structure of Social Action, 1967 New York.
- Parsons, Talcott: Das System moderner Gesellschaften, München 1974.
- Pataki, Ferenc: Rendszerváltás és bünbakok [Systemwechsel und Sündenböcke], Budapest 2000.

- Peters, B. Guy: Comparative Politics. Theory and Methods, Houndmills 1998.
- Pelinka, Anton/Plasser, Fritz (Hrsg.): Europäisch Denken und Lehren. Festschrift für Heinrich Neisser, Innsbruck 2007.
- Polambara, Joseph La /Weiner, Myron (Hrsg.): Political Parties and Political Development, 1966 Princeton.
- Pollack, Detlef/Wielgohls, Jan (Hrsg.): Dissent and Opposition in Communist Eastern Europe. Origins of Civil Society and Democratic Transition, Aldershot/Burlington 2004.
- Poór, János: Kényszerpályák nemzedéke 1795-1815 [Die Generation der Zwangslaufbahnen 1795-1815], Budapest 1988.
- Pölöskei, Ferenc: A Szabadelvű Párt fényei és árnyai (1875-1906) [Schein und Schatten der Freisinnigen Partei (1896-1906)], Budapest 2010.
- Rainer, János M. (Hrsg.): Monori találkozás, 14-16. Juni 1985 [Treffen in Monor, 14-16. Juni 1985], Budapest 2005.
- Rainer, M. János: Imre Nagy. Vom Parteisoldaten zum Märtyrer des ungarischen Volksaufstandes. Eine politische Biographie 1898-1958, Paderborn 2006.
- Réfi, Attila/Sziklai, István (Hrsg.): Pártok, politika, történelem. Vida István 70 éves [Parteien, Politik, Geschichte. Festschrift zum 70. Geburtstag von István Vida], Budapest 2010.
- Reinalter, Helmut: Joseph II. Reformen auf dem Kaiserthron, 2011 München.
- Rohe, Karl: Vom Revier zum Ruhrgebiet. Wahlen, Parteien, Politische Kultur, Essen 1986.
- Rokkan, Stein: Vergleichende Sozialwissenschaft. Die Entwicklung der inter-kulturellen, inter-gesellschaftlichen und inter-nationalen Forschung. Hauptströmungen der sozialwissenschaftlichen Forschung, Frankfurt am Main/Berlin/Wien 1972.
- Rokkan, Stein /Urwin, Derek: Economy, Territory, Identity: Politics of West European Peripheries, London 1983.
- Romsics, Ignác: Magyarország története a XX. században [Geschichte Ungarns im 20. Jahrhundert, Budapest 1999.
- Romsics, Ignác: A trianoni békeszerződés [Friedensvertrag von Trianon], Budapest 2001.
- Sándor, Péter/Vass, László (Hrsg.): Magyarország politikai évkönyve 2002-ről [Politisches Jahrbuch Ungarns über 2005], Budapest 2003
- Sándor, Péter/Vass, László (Hrsg.): Magyarország politikai évkönyve 2004-ről [Politisches Jahrbuch Ungarns über 2005], Budapest 2005.

- Sándor, Péter/Vass, László (Hrsg.): Magyarország politikai évkönyve 2005-ről [Politisches Jahrbuch Ungarns über 2005], Budapest 2006.
- Sándor, Péter/Vass, László (Hrsg.): Magyarország politikai évkönyve 2006-ról [Politisches Jahrbuch Ungarns über 2005], Budapest 2007.
- Schimank, Uwe: Theorien gesellschaftlicher Differenzierung, 1996 Opladen.
- Schlett, István: A politikai gondolkodás története Magyarországon [Die politische Ideengeschichte Ungarns], Bd. 1, Budapest 2009.
- Schlett, István: A politikai gondolkodás története, II./1., A liberalizmus Magyarországon [Die Geschichte des politischen Denkens, II./1, Der Liberalismus in Ungarn, Budapest 1999.
- Schmidt, Mária (Hrsg.): Terror Háza. Haus des Terrors, Budapest 2003.
- Schmidt-Schweizer, Andreas: Politische Geschichte Ungarns von 1985 bis 2002. Von der liberalisierten Einparteienherrschaft zur Demokratie in der Konsolidierungsphase, München 2007.
- Sartori, Giovanni: Parties and Party Systems. A Framework for Analysis, Cambridge 1976.
- Siegfried André: Tableau politique de la France de l'Ouest sous la Troisième République, Genf 1913, Nachdruck 1980.
- Steffani, Winfried/Thaysen, Uwe (Hrsg.): Demokratie in Europa: Zur Rolle der Parlamente, Opladen 1995.
- Strausz, Péter: Kamarák a két világháború közötti Magyarországon [Kammern in Ungarn in der Zwischenkriegszeit], unveröff. Diss.schrift, Budapest 2007.
- Stumpf, István (Hrsg.): Két választás között [Zwischen zwei Wahlen], Budapest 1997.
- Szabó, Andrea (Hrsg.): Racionálisan lázadó hallgatók 2012. Apátia, Radikalizmus, Posztmaterializmus a magyar egyetemisták és főiskolások között I., [Rational demonstrierende Studierende 2012. Apathie, Radikalismus, Postmaterialismus unter den Studierenden an ungarischen Hochschulen und Universitäten 2012], Szeged 2012.
- Szabó, Miklós: A jó kommunista szilárdan együtt ingadozik a párttal [Der gute Kommunist schwankt fest mit der Partei mit], Budapest 2013.
- Szavay, Gyula: A magyar kamarai intézmény és a budapesti kamarák története [Die Geschichte des ungarischen Kammersystems und der Buapester Kammern], Budapest, 1927.
- Széchenyi, István: A Kelet Népe [Das Volk des Ostens], Budapest 1985.

- Szekfü, Gyula: 3 nemzetek és ami utána következik [3 Nationen und was danach folgt], Budapest 1938.
- Szeremlei, Sámuel: Vallás-erkölcsi és társadalmi élet 1848 óta Magyarországon [Religiös-moralisches und gesellschaftliches Leben in Ungarn seit 1848], Budapest 1874.
- Szilágyi, Bernadett: Az egyházak finanszírozásának kérdései [Die Finanzierungsfragen der Kirchen], Dissertationsschrift, unveröff., Debrecen 2014.
- Taggart, Paul/Szczerbiak, Aleks: The Party Politics of Euroscepticism in EU Member and Candidate States, Opposing Europe Research Network Working Paper No 6., Brighton 2002, S. 1-54.
- Takáts, József: Modern magyar politikai eszmetörténet [Moderne ungarische politische Ideengeschichte], Budapest 2007.
- Thieme, Tom: Hammer, Sichel, Hakenkreuz. Parteipolitischer Extremismus in Ostmitteleuropa: Entstehungsbedingungen und Erscheinungsformen, Baden-Baden 2007.
- Tardos, Róbert/Enyedi, Zsolt/Szabó, Andrea: Részvétel, képviselet, politikai változás változás [Partizipation, Interessenvertretung, politischer Wandel], Budapest 2011.
- Tóka, Gábor/Enyedi, Zsolt (Hrsg.): The Election to the Hungarian National Assembly 1994, Berlin 1999.
- Turner, Jonathan H.: The Structure of Sociological Theory, Homewood 1974.
- Ujváry, Gábor/Lengyel, Réka (Hrsg.): Lymbus. Magyarságtudományi Közlemények [Lymbus. Mitteilungen zu Wissenschaft über das Ungarntum], Budapest 2010.
- Valuch, Tibor (Hrsg.): Hatalom és társadalom a XX. századi magyar történelemben [Macht und Gesellschaft in der ungarischen Geschichte des 20. Jahrhunderts], Debrecen 1994.
- Varga, Lajos (Hrsg.): A magyar szociáldemokrácia kézikönyve [Handbuch der ungarischen Sozialdemokratie], Budapest 1999.
- Vécsey, Tamás: Széchenyi és a magyar magánjog [Széchenyi und das ungarische Privatrecht], Budapest 1895.
- Veen, Hans-Joachim et al. (Hrsg.): Parteien in jungen Demokratien. Zwischen Fragilität und Stabilisierung in Ostmitteleuropa, Köln 2008.
- Vida, István et al. (Hrsg.): Magyarországi politikai pártok lexikona 1846-2010 [Lexikon der ungarischen politischen Parteien 1846-2010], Budapest 2011.
- Weber, Max: Soziologie, Universalgeschichtliche Analysen und Politik, Stuttgart 1973.
- Weis, István: A mai magyar társadalom [Die heutige ungarische Gesellschaft], Budapest 1930.

Wiesendahl, Elmar (Hrsg.): Parteien und soziale Ungleichheit, Wiesbaden 2017.

White, Stephen/Batt, Judy/Lewis, Paul (Hrsg.): Development in Central and Eastern European Politics, 2. Aufl., London 1998.

Aufsätze in Fachzeitschriften und Sammelbänden

Ágh, Attila: The Year of Early Consolidation, in: Sándor, Péter/Vass, László (Hrsg.): Magyarország politikai évkönyve 1997-ről [Politisches Jahrbuch Ungarns über 1997], Budapest 1998, o.S.

Ágh, Attila: Az EU modernizációs kihívás és a felemás reformok éve [Die Herausforderung der EU-Modernisierung und das Jahr der Halb-Reformen], in: Sándor, Péter/Vass, László (Hrsg.): Magyarország politikai évkönyve 2006-ról [Politisches Jahrbuch Ungarns über 2006], Budapest 2007, S. 134-152.

Ágh, Attila: Hungarian Politics in The Early 21st Century: Reforms and Post-EU Accession Crisis, in: Südosteuropa Mitteilungen, Jg. 48, 2008 (2), S. 68-81.

Ahamer, Vera Sophie: Ungarn 1956. Ein historisches Ereignis als politisches Legitimationsinstrument, in: Zeitgeschichte, Jg. 33, 2006 (6), S. 115-134.

Ahn, Thomas von: Staat, Nation, Europa. Ungarn und die Auslandsungarn, in: Osteuropa, Jg. 57, 2007 (11), S. 177-194.

Allardt, Erik: Party Systems and Voter Alignments in the Tradition of Political Sociology, in: Karvonen, Lauri/Kuhnle, Stein (Hrsg.): Party system and voter alignments revisited, London/New York 2002, S. 13-26.

Angelusz, Róbert/Tardos, Róbert: Régi és új törésvonalak [Alte und neue Konfliktlinien], in: Tardos et al.: Részvétel, képviselet, politikai változás [Partizipation, Interessenvertretung, politischer Wandel], Budapest 2011, S. 347-382.

Angelusz, Róbert/Tardos, Róbert: A választási részvétel csalóka változékonysága [Die täuschende Volatilität der Wahlbeteiligung], in: Politikatudományi Szemle [Politikwissenschaftlicher Rundschau], 2002 (2), S. 24-40.

Angelusz, Róbert/Tardos, Róbert: Lokalitas és választói magatartás. Állandó és változó jegyek a 2002-es választásokon [Lokalität und Wahlverhalten. Konstante und volatile Merkmale bei den Parlamentswahlen 2002], in: Sándor, Péter/Vass, László (Hrsg.): Magyarország politikai évkönyve 2002-ről [Politisches Jahrbuch Ungarns über 2002], Budapest 2003, o.S.

Angelusz, Róbert/Tardos, Róbert: A választói tömbök rejtett hálózata. Tömbösödés, törésvonalak, ideológiai-politikai dimenziók [Latente Netzwerke der Wähler. Blöcke,

- Konfliktlinien, ideologische-politische Dimensionen], in: Ders.: Törések, hálók, hidak. Választói magatartás és politikai tagoltság Magyarországon [Brüche, Netze, Brücken. Wählerverhalten und politische Teilung in Ungarn], Budapest 2005, S. 65-92.
- Bakonyi, Eszter/Hann, Endre/Karácsony, Gergely/Lakatos, Zsuzsa: A politikai közvélemény a Medián kutatásainak tükrében [Die politische öffentliche Meinung im Spiegel der Median-Forschungen], in: Sándor, Péter/Vass, László (Hrsg.): Magyarország politikai évkönyve 2006-ról [Politisches Jahrbuch Ungarns über 2006], Budapest 2007, o.S.
- Balogh, Sándor: Szabad és demokratikus választás – 1945, in: Földes, György/Hubai, László (Hrsg.): Parlamenti választások Magyarországon 1920-2010 [Parlamentswahlen in Ungarn, 1920-2010], 3. überarb. Aufl., Budapest 2010, S. 216-242.
- Barlai, Melani/Sík, Endre: A Hungarian trademark (a "Hungarikum"): the moral panic button, in: Melani Barlai/Christina Griessler/Birte Fähnrich/Markus Rhomber (Hrsg.): The Migrant Crisis: European Perspectives and National Discourses, Berlin u.a. 2017, i.E.
- Barlai, Melani: Drama in zwei Akten: Die ungarische Sozialdemokratie, in: Felix Butzlaff/Matthias Micus/Franz Walter: Genossen in der Krise? Europas Sozialdemokratie auf dem Prüfstand, Göttingen 2011, S. 260-271.
- Bayer, József: Rechtspopulismus und Rechtsextremismus in Ostmitteleuropa, in: Österreichische Zeitschrift für Politikwissenschaft, Jg. 31, 2002 (3), Schwerpunktthema: „Rechtspopulismus und Rechtsradikalismus in Europa“, S. 265-280.
- Bayer, József: Der Fidesz im Wechsel zwischen Oppositions- und Regierungspartei, in: Susanne Frölich-Steffen/Lars Rensmann (Hrsg.): Populisten an der Macht: Populistische Regierungsparteien in Ost- und Westeuropa, Wien 2005, S. 173-189.
- Bauer, Michael: Parlamentswahlen in Ungarn: Das Ende des „kalten Bürgerkrieges“? Die inhaltlich-programmatischen Orientierungen im ungarischen Parteiensystem, in: Osteuropa, Jg. 52, 2002 (6), S. 789-803.
- Beichelt, Tim/Minkenber, Michael: Rechtsradikalismus in Transformationsgesellschaften. Entstehungsbedingungen und Erklärungsmodell, in: Osteuropa, Jg. 52, 2002 (6), S. 248-262.
- Benda, Kálmán: A magyar nemesi mozgalom 1790 [Die ungarische Adelsbewegung 1790], in: Történelmi Szemle [Historische Rundschau] 1974 (1-2), S. 183-210.

- Benda, Kálmán: A jozefinizmus és jakobinizmus kérdései a Habsburg-monarchiában [Fragen des Josephinismus und Jakobinismus in der Habsburger-Monarchie], in: Benda, Kálmán: Emberbarát vagy hazafi? Tanulmányok a felvilágosodás korának magyarországi történetéből [Menschenfreund oder Patriot? Studien über die Geschichte Ungarns aus der Zeit der Aufklärung], Budapest 1978.
- Benkő, Péter: Független Kisgazdapárt [Partei der Unabhängigen Kleinlandwirte], in: Sándor, Péter/Vass, László (Hrsg.): Magyarország politikai évkönyve 2001-ről [Politisches Jahrbuch Ungarns über 2001], Budapest 2002, o.S.
- Benkő, Péter: Volt egyszer egy Kisgazdapárt. Választási kampány [Es gab einmal die Kleinlandwirten. Wahlkampf], in: Sándor, Péter/Vass, László (Hrsg.): Magyarország politikai évkönyve 2002-ről [Politisches Jahrbuch Ungarns über 2002], Budapest 2003, o.S.
- Bibó, István: The Elites and Social Sensitivity, in: Review of Sociology, Jg. 10, 2004 (2), S. 102 – 114.
- Bihari, Mihály: Rendszerváltás és hatalomváltás Magyarországon (1989-1990) [System- und Machtwechsel in Ungarn 1989-1990], in: Sándor, Péter/Vass, László (Hrsg.): Magyarország politikai évkönyve 1990-ről [Politisches Jahrbuch Ungarns über 1990], Budapest 1991, o. S.
- Bihari, Mihály: Divergáló pártrendszer és polarizált pártpluralizmus [Divergierendes Parteiensystem und polarisierter Parteipluralismus], in: Bihari, Mihály: Többpártrendszer kialakulása Magyarországon 1985-1991 [Die Herausbildung eines Mehrparteiensystems in Ungarn, 1985-1991], Budapest 1992, S. 302-317.
- Bihari, Mihály: Parlamenti választások és kormányváltás Magyarországon 1994-ben [Parlamentswahlen und Regierungswechsel in Ungarn 1994], in: Kurtán, Sándor et al. (Hrsg.): Magyarország politikai évkönyve I [Politisches Jahrbuch Ungarns], Budapest 1995, S. 30-43.
- Bódy, Zsombor: Parlamentarizmus a Parlamenten kívül [Parlamentarismus außerhalb des Parlaments], in: Politikatudományi Szemle, 2014 (2), S. 33-58.
- Bozóki, András/Kriza, Borbála: Pártrendszer és közbeszéd: a félig lojális pártok [Parteiensystem und Öffentliches Gespräch: die halbloyalen Parteien], in: Sándor, Péter/Vass, László (Hrsg.): Magyarország politikai évkönyve 2001-ről [Politisches Jahrbuch Ungarns über 2001], Bd.1, Budapest 2002, o.S.

- Bozóki, András: The Ideology of Modernization and the Policy of Materialism: The Day After the Socialists, in: *Journal of Communist Studies and Transition Politics*, Jg. 13 1997 (3), S. 56-102.
- Böhm, Antal: Választási magatartások. A szavazás politikai kultúrája [Wahlverhalten. Die politische Kultur des Wählens], in: Böhm, Antal et al. (Hrsg.): *Parlamenti választások 1994 [Parlamentswahlen 1994]*, Budapest 1994.
- Buda, Péter: Amiért a harang szól. Reflexiók a politika vallási dimenzióiról [Warum die Glocken läuten. Reflexionen über die Glaubensdimension der Politik], in: Sándor, Péter/Vass, László (Hrsg.): *Magyarország politikai évkönyve 2006-ról [Politisches Jahrbuch Ungarns über 2006]*, Bd. 2, Budapest 2007, o.S.
- Brunner, Georg: Die Entstehung des demokratischen Rechtsstaats in Ungarn, in: *Südosteuropa-Studien: Ungarn und Europa - Rückblick und Ausblick nach tausend Jahren*, Jg. 68 (2001), S. 55-98.
- Bruszt, László: Az érdekképviseleti monopóliumok alkonya? [Dämmerung der Interessenvertretungsmonopolen?], in: Kurtán et al.: *Magyarország politikai évkönyve 1988 [Politisches Jahrbuch Ungarns 1988]*, Budapest 1989, S. 189-196.
- Campbell, Angus/Torsvik, Per/Valen, Henry (Hrsg.): *Citizens, Elections, Parties*, Oslo 1970.
- Caramani, Daniele: Party Systems, in: Daniele Caramani (Hrsg.): *Comparative Politics*, New York 2008, S. 318–348, nach Cuneyt Dinç: Societal Cleavages and the Formation of the Turkish Party System since 1950, in: *CEU Political Science Journal* (7) 2012 (4), S. 454-495.
- Cox, Terry: The Politics of Social Change, in: White, Stephen/Batt, Judy/Lewis, Paul (Hrsg.): *Development in Central and Eastern European Politics*, 2. Aufl., London 1998, S. 216-234.
- Csizmadia, Ervin: Győzelem és végveszély. Az SZDSZ 2002. évi kampánya [Sieg und Endgefahr. Der Wahlkampf des SZDSZ 2002], in: *A politika és az értelmiség. Pártok, agytrösztök, hálózatok [Politik und die Elite. Parteien und Netzwerke]*, 2003, S. 181-193.
- Csizmadia, Ervin: Ungarn sucht den Superstar. Die ungarischen Parlamentswahlen 2006, in: *Osteuropa*, Jg. 56, 2006 (5), S.75-86.
- Csizmadia, Ervin: Hatalom, ellenzék, társadalom a Kádár-rendszerben [Macht, Opposition, Gesellschaft in dem Kádár-System], in: Valuch, Tibor (Hrsg.): *Hatalom és társadalom a XX. századi magyar történelemben [Macht und Gesellschaft in der ungarischen Geschichte des 20. Jahrhunderts]*, Debrecen 1994, S. 331-337.

- Crewe, Ivor et al.: Partisan dealignment in Britain 1964-1974, in: *British Journal of Political Science*, 1977 (7), S. 129-90.
- Crome, Erhard: Politische Stabilität im Osten Europas und ihre ethnischnationalen Gefährdungen, in: Dieter Segert (Hrsg.): *Konfliktregulierung durch Parteien und politische Stabilität in Ostmitteleuropa*, Frankfurt am Main 1994, S. 187-205.
- Dalton, Russell J.: Cognitive Mobilization and Partisan Dealignment in Advanced Industrial Democracies, in: *The Journal of Politics*, Jg. 46, 1984, S. 264-284.
- Deák, Ferenc: Az Alkotmány visszaállításakor [Bei der Revision der Verfassung], Pest, 17. Februar 1867, in: *Gondolkodó Magyarok*, Ausgabe: Deák Ferenc – Kossuth Lajos. *Párbeszéd a kiegyezésről* [Ferenc Deák – Lajos Kossuth. Dialog über den Ausgleich], Budapest 2003.
- Dieringer, Jürgen: Die ungarischen Parlamentswahlen 2006, in: *Südosteuropa*, Jg. 54, 2006 (2), S. 147-163.
- Dieringer, Jürgen: Ungarn und Europa – Wandel des politischen Systems im Europäisierungsprozess, in: Buzogány, Aron/Frankenberger, Rolf (Hrsg.): *Osteuropa. Politik, Wirtschaft und Gesellschaft*, Baden-Baden 2007, S. 67-86.
- Dieringer, Jürgen: Ungarn zwischen Regionalwahlen und Reformprojekten, in: EZFFL (Hrsg.): *Jahrbuch des Föderalismus*, Baden-Baden 2008, S. 428-439.
- Dobozay, János: Egyházpolitika: fordulat vagy stílusváltás? [Kirchenpolitik: Wandel oder Stilwechsel?], in: Sándor, Péter/Vass, László (Hrsg.): *Magyarország politikai évkönyve 2004-ről* [Politisches Jahrbuch Ungarns über 2004], Budapest 2005, o.S.
- Dognan, Mattei: Class, religion, party. Triple decline of electoral cleavages in Western Europe, in: Karvonen, Lauri/ Kuhnle, Stein (Hrsg.): *Party Systems and voter alignments revisited*, London/New York 2001, S. 93-114.
- Donáth, Ferenc: Megnyitó szavak [Eröffnungsworte], in: János M. Rainer (Hrsg.): *Monori találkozás*, 14-16. Juni 1985 [Treffen in Monor, 14-16. Juni 1985].
- Eckert, Florian: Wie soll man osteuropäische Parteien einteilen, in: *Mitteilungen des Instituts für Deutsches und Europäisches Parteienrecht und Parteienforschung (PRuF)*, Jg. 12, 2004/2005 (12), S. 30-39.
- Egyed, Ákos: Széchenyi István hatása Erdélyben [Einfluss von István Széchenyi in Siebenbürgen], in: Egyed, Ákos. et al.: *Széchenyi és Erdély. Tanulmányok* [Széchenyi und Siebenbürgen. Studien], Cluj 2002.

- Eith, Ulrich/Mielke, Gerd: Gesellschaftlicher Strukturwandel und soziale Verankerung der Parteien, in: Elmar Wiesendahl (Hrsg.): Parteien und soziale Ungleichheit, Wiesbaden 2017, S. 39-64.
- Enyedi, Zsolt: The Survival of the Fittest: Party Systems Concentration in Hungary, in: Jungerstam-Mulders, Susanne (Hrsg.): Post-Communist EU Member States, Parties and Party Systems, Chippenham/Wiltshire 2006, S. 177-201.
- Erdei, Ferenc: A magyar társadalom a két háború között [Die ungarische Gesellschaft in der Zwischenkriegszeit], in: Erdei, Ferenc: A Magyar társadalom [Die ungarische Gesellschaft], Budapest 1980.
- Erdei, Ferenc/Pataky, Ernő: Termelői szervezetek a magyar mezőgazdaság kapitalista fejlődésében I. [Produktionsgenossenschaften in der kapitalistischen Entwicklung der ungarischen Landwirtschaft I.], in: Agrártörténeti Szemle [Agrarhistorisches Review], 1957 (3-4).
- Erényi, Tibor: Többpárti választások és parlamentarizmus Magyarországon 1920-1947 [Mehrparteiensystem und Parlamentarismus in Ungarn 1920-1947], in: Hubai, László/Földes, György (Hrsg.): Parlamenti képviseléválasztások 1920-1990 [Abgeordnetenwahlen, 1920-1990], Budapest 1994, S. 267-284.
- Feitl, István: Pártvezetés és országgyűlési választások 1949-1988 [Parteiführung und Parlamentswahlen 1949-1988], in: Földes, György/Hubai, László (Hrsg.): Parlamenti választások Magyarországon 1920-2010 [Parlamentswahlen in Ungarn, 1920-2010], 3. überarb. Aufl., Budapest 2010.
- Fiziker, Róbert: A legitimista gondolkodók és a nagyvilág. A Lajtán (és az Óperenciás tengeren is) túl [Die Legitimisten-Denker und die große Welt. Jenseits der Leitha (und oberhalb des Enns)], in: Múltunk [Unsere Vergangenheit], 2013 (3), S.145-167.
- Flanagan, Scott C.: Value change in industrial societies, in: American Political Science Review, Jg. 87, 1987, S. 1303-1319.
- Fricz, Tamás: Mi lesz a bal- és jobboldallal 2001. szeptember 11. után? [Was passiert mit dem linken und rechten Flügel nach dem 11. September 2001?], in: Sándor, Péter/Vass, László (Hrsg.): Magyarország politikai évkönyve 2001-ről [Politisches Jahrbuch Ungarns über 2001], Bd.1, Budapest 2002, o.S.
- Fricz, Tamás: A politikai megosztottság és a törésvonalak természetrajza Magyarországon. Autoritáshiány [Politische Teilung und die Natur der Konfliktlinien in Ungarn –

- Mangelnde Autorität], in: Sándor, Péter/Vass, László (Hrsg.): Magyarország politikai évkönyve 2005-ről [Politisches Jahrbuch Ungarns über 2005], Budapest 2006, o.S.
- Fuchs, Dieter/Klingemann, Hans-Dieter: The Left-Right-Schema, in: Jennings, Kent M. et al. (Hrsg.): Continuities in Political Action, Berlin/New York 1990, S. 203-234.
- Ganser, Karl: Sozialgeographische Gliederung der Stadt München aufgrund der Verhaltensweisen der Bevölkerung bei politischen Wahlen, Regensburg, Lassleben 1966, zitiert in: Falter, Jürgen W./Schoen, Harald (Hrsg.): Handbuch Wahlforschung, Wiesbaden 2005, S. 107-133.
- Gaszó, Ferenc/Stumpf, István: Pártbázisok és a választói magatartástípusok [Parteibasis und Typen des Wählerverhaltens], in: Sándor Kurtán et al. (Hrsg.): Magyarország politikai évkönyve I [Politisches Jahrbuch Ungarns I], Budapest 1995, S. 567-580.
- Geiling, Heiko/Vester, Michael: Das soziale Kapital der politischen Parteien. Die Akzeptanzkrise der Volksparteien als Frage der Individualisierung oder der sozialen Gerechtigkeit, in: Brettschneider, Frank/ Niedermayer, Oskar/Weßels, Bernhard (Hrsg.): Die Bundestagswahl 2005. Analysen des Wahlkampfes und der Wahlergebnisse, Wiesbaden 2007, S. 457–490.
- Giró-Szász, András/Héjj, Dávid/Kisgyöri, Roland/Kitta, Gergely: A politikai erőter alakulása 2005-ben [Die Entwicklung des politischen Kräftefeldes 2005], in: Sándor, Péter/Vass, László (Hrsg.): Magyarország politikai évkönyve 2005-ről [Politisches Jahrbuch Ungarns über 2005], Budapest 2006, o.S.
- Grzymala-Busse, Anna: The programmatic turnaround of communist successor parties in East Central Europe, 1989-1998, in: Communist and Postcommunist Studies, Jg. 35, (2002) 4, S. 51-66.
- Györffy, Iván: A kormány-főváros ellentét kiemelt kérdései a sajtóban [Fragen der Streitigkeiten zwischen Hauptstadt und Regierung im Spiegel der Presse], in: Sándor, Péter/Vass, László (Hrsg.): Magyarország politikai évkönyve 2000-ről [Politisches Jahrbuch Ungarns über 2000], Budapest 2001, o.S.
- Hajdú, Tibor: Az értelmiség számszerű gyarapodásának következményei az első világháború előtt és után [Die Folgen des Anspruchs der Akademikeranzahl vor und nach dem I. Weltkrieg], in: György Kövér (Hrsg.): Magyarország társadalomtörténete I. Reformkortól az első világháborúig [Geschichte der ungarischen Gesellschaft. Von der Reformzeit bis zum I. Weltkrieg], 2. Aufl., Budapest 1997, S. 416-426.

- Hajer, Maarten A.: Diskursanalyse in der Praxis: Koalitionen, Praktiken und Bedeutung, in: Janning, Frank/ Toens, Katrin (Hrsg.): Die Zukunft der Policy-Forschung. Theorien, Methoden, Anwendungen, Wiesbaden 2008, S. 211-222.
- Hamburger, Mihály/Várdy, Péter: Beszélgetés Rejtő Ferencsel, A zsidóság és a népi-urbánus vita [Gespräch mit Ferenc Rejtő. Das Judentum und der Streit zwischen Populisten und Urbanisten], in: Századvég: Népiek és urbánusok – egy mítosz vége [Populisten und Urbanisten – Ende eines Mythos], 1990 (2), S. 106-143.
- Heidenreich, Martin: Die subjektive Modernisierung fortgeschrittener Arbeitsgesellschaften, in: Soziale Welt, Jg. 47, 1996(1), S. 24-43.
- Helms, Ludger: Die politischen Kulturen Osteuropas: Vielfalt und Differenz, in: Osteuropa, Jg. 57, 2007 (7), S. 13-26.
- Hubai, László: Területi eltérések a 2002. évi parlamenti választásokon [Regionale Unterschiede bei den Parlamentswahlen von 2002], in: Sándor, Péter/Vass, László (Hrsg.): Magyarország politikai évkönyve 2002-ről [Politisches Jahrbuch Ungarns über 2002], Bd. 2, Budapest 2003, o.S.
- Hubai, László: Választási geográfia a 2006. évi parlamenti választásokon [Wahlgeographie bei den Parlamentswahlen 2006], in: Sándor, Péter/Vass, László (Hrsg.): Magyarország politikai évkönyve 2006-ről [Politisches Jahrbuch Ungarns über 2006], Bd. 2, Budapest 2007, S. 931-962.
- Hubai, László: A Független Kisgazdapárt szavazóbázisának regionális változása 1931-1947 [Die regionale Veränderung der Wählerschaft der Unabhängigen Landwirtepartei 1931-1947], in: Valuch, Tibor (Hrsg.): Hatalom és társadalom a XX. századi magyar történelemben [Macht und Gesellschaft in der ungarischen Geschichte des 20. Jahrhunderts], Debrecen 1994, S. 430-443.
- Inglehart, Ronald: Traditionelle politische Trennungslinien und die Entwicklung der neuen Politik in westlichen Gesellschaften, in: Politische Vierteljahresschrift, Jg. 24, 1983 (4), S. 139-165.
- Joas, Hans: Giddens Theorie der Strukturbildung. Einführende Bemerkungen zu einer soziologischen Transformation der Praxisphilosophie, in: Zeitschrift für Soziologie, Jg. 15, 1986 (4), S. 237-245.
- Lengyel, György/Ilonszki, Gabriella: Simulated Democracy and Pseudo-Transformational Leadership in Hungary, in: Historical Social Research, 2012 (37), S. 107-126.

- Kántor, Zoltán/Majtényi, Balázs: A kettős állampolgárság. Népszavazás, politikai vita, szakmai érvek [Die doppelte Staatsbürgerschaft. Referendum, politischer Streit, fachliche Argumente], in: Sándor, Péter/Vass, László (Hrsg.): Magyarország politikai évkönyve 2004-ről [Politisches Jahrbuch Ungarns über 2004], Budapest 2005, o.S.
- Kapitány, Ágnes/Kapitány, Gábor: Szimbolikus elemek a 2002-es választási kampányban [Symbole im Wahlkampf von 2002], in: Sándor, Péter/Vass, László (Hrsg.): Magyarország politikai évkönyve 2002-ről [Politisches Jahrbuch Ungarns über 2002], Bd. 2, Budapest 2003, o.S.
- Kapitány, Ágnes/Kapitány, Gábor: Kampány és értékek. A pártok arculatának dimenziói 2002 tavaszán [Wahlkampf und Werte. Dimensionen der Parteigesichter im Frühling 2002], in: Politikatudományi Szemle [Politikwissenschaftliche Rundschau], 2002 (3), S. 167-196.
- Kapitány, Ágnes/Kapitány, Gábor: Értékválasztás 2006. A 2006-os parlamenti választási kampány szimbolikus és értéküzenetei [Wertewahl 2006. Symbole und Werte des Wahlkampfes der Parlamentswahlen 2006], in: Sándor, Péter/Vass, László (Hrsg.): Magyarország politikai évkönyve 2006-ról [Politisches Jahrbuch Ungarns über 2006], Bd. 2, Budapest 2007, S. 1148-1188.
- Kapitány, Ágnes: Az 1994-es választási kampányfilmek üzenetei [Das Message der 1994er Wahlkampf filme], in: Sándor Kurtán et al. (Hrsg.): Magyarország politikai évkönyve I [Politisches Jahrbuch Ungarns], Budapest 1995, S. 112-126.
- Karácsony, Gergely: A választói magatartás trendjei Magyarországon [Trends der Wählerverhalten in Ungarn], in: Sándor, Péter/Vass, László (Hrsg.): Magyarország politikai évkönyve 2002-ről [Politisches Jahrbuch Ungarns über 2002], Bd.1, Budapest 2003, o.S.
- Karády, Viktor: Egyenlőtlen elmagyarosodás, avagy hogyan vált Magyarország magyarnyelvű országgá [Unausgeglichene Magyarisierung oder wie hat sich Ungarn zu einem ungarischsprachigen Land entwickelt], in: Századvég: Népiek és Urbánosok. Egy mítosz vége?, 1990 (2), S. 5-37.
- Katalin, Péter: A magyar reformáció kezdetei [Die Anfänge der ungarischen Reformation], in: História, 1994 (4), S. 13- 16.
- Keil, András: Adalékok a critical mass nemzedékről. Az egyetemista-főiskolás LMP szavazók jellemzése, in: Szabó, Andrea (Hrsg.): Racionálisan lázadó hallgatók 2012. Apátia, Radikalizmus, Posztmaterializmus a magyar egyetemisták és főiskolások között I.

- [Rational demonstrierende Studierende 2012. Apathie, Radikalismus, Postmaterialismus unter den Studierenden an ungarischen Hochschulen und Universitäten 2012], Szeged 2012, S. 157–182.
- Kende, Péter/Mink, András: Kisgazdák, Parasztpártiak és az 1956-os forradalom [Kleinlandwirte, Bauernparteien und die 1956er Revolution], in: Zsuzsanna Körösi/Pál Péter Tóth: Pártok 1956 [Parteien 1956], Budapest 1997, S. 9-24.
- Kenneth, Martis/Kovács, Dezső/Kovács, Zoltán/Péter, Sándor: The Geography of the 1990 Hungarian Parliamentary Elections, in: Political Geography, 1992 (3), S. 283-305.
- Kis, János: Demokratikus ellenzék és 1956 [Demokratische Opposition und 1956], Vortrag auf der Konferenz mit dem Titel „Emlékezők, emlékeztetők, felejtők“ – 1956 négy és fél évtizedes emlékezete [„Die Errinernden, die zum Erinnern Ermutigende, die Vergessenden“. Vier und halbjahrzehntes Errinern an 1956], Oktober 2001, Budapest.
- Kisgyöri, Roland: Kis pártok a hatalom vonzásában [Kleinparteien im Magnetfeld der Macht], in: Sándor, Péter/Vass, László (Hrsg.): Magyarország politikai évkönyve 2006-ról [Politisches Jahrbuch Ungarns über 2006], Bd. 2, Budapest 2007, S. 1105-1126.
- Kiszelly, Zoltán: Ungarn auf dem Weg zum Kartellparteiensystem?, in: Bos, Ellen/Segert, Dieter (Hrsg.): Osteuropäische Demokratien als Trendsetter? Parteien und Parteiensysteme nach dem Ende des Übergangsjahrzehnts, Opladen/Farmington Hills 2008, S. 121-132.
- Kiszelly, Zoltán: Wie konnten Postkommunisten in Ungarn erfolgreich bleiben: Eine unendliche Geschichte?, in: Veen, Hans-Joachim/Mählert, Ulrich/Schlichting, Franz-Josef (Hrsg.): Parteien in jungen Demokratien. Zwischen Fragilität und Stabilisierung in Ostmitteleuropa, Köln u.a. 2008, S. 127-148.
- Kisgyöri, Roland: Kis pártok a hatalom vonzásában [Kleinparteien im Magnetfeld der Macht], in: Sándor, Péter/Vass, László (Hrsg.): Magyarország politikai évkönyve 2006-ról [Politisches Jahrbuch Ungarns über 2006], Bd. 2, Budapest 2007, S. 1105-1126.
- Kitschelt, Herbert: Die Entwicklung post-sozialistischer Parteiensysteme. Vergleichende Perspektiven, in: Wollmann, Hellmut/Wiesenthal, Helmut/Bönker, Frank (Hrsg.): Transformation sozialistischer Gesellschaften: Am Ende des Anfangs, Leviathan, Sonderheft Jg. 15, 1995, S. 475-508.
- Knutsen, Oddbjorn/Scarborough, Elinor: Cleavage Politics, in: Deth, Jan W. van/Scarborough, Elinor (Hrsg.): The Impact of Values, 1995 Oxford, New York, S. 492-523.

- Knutsen, Odbjorn: Social structure, social coalitions and party choice in Hungary, in: *Communist & Post-Communist Studies*, Jg. 46, 2013 (3), S. 25-38.
- Knutsen, Odbjorn: Strukturális hatások, társadalmi koalíciók és pártválasztás [Strukturelle Einflüsse, gesellschaftliche Koalitionen und Parteisympathien], in: Angelusz, Róbert/Tardos, Róbert: *Törések, hálók, hidak. Választói magatartás és politikai tagoltság Magyarországon* [Brüche, Netze, Brücken. Wählerverhalten und politische Teilung in Ungarn], Budapest 2005, S. 119-158.
- Kopecký, Petr/Mudde, Cas: The Two Sides of Euroscepticism. Party Positions on European Integration in East Central Europe, in: *European Union Politics*, Jg. 3, 2002 (3), S. 297-326.
- Kovács, Zoltán: Voksok a térben. A magyar parlamenti választások földrajzi jellemzői [Stimmen in den Regionen. Wahlgeographie der ungarischen Parlamentswahlen], in: Böhm, Antal et al. (Hrsg.): *Parlamenti választások. Politikai szociológiai körkép* [Parlamentswahlen. Politisch-soziologische Rundschau], Budapest 1998, S. 100-115.
- Kovács, Zoltán/Vida, György: Geography of the new electoral system and changing voting patterns in Hungary, in: *Acta Geobalcanica*, Jg.1, 2015 (2), S. 55-64.
- Körösényi, András: Újjáéledő politikai tagoltság [Független és ellenzéki politikai áramlatok, szerveződések Magyarországon 1988-ban [Neubelebung der politischen Teilung. Unabhängige und oppositionelle politische Strömungen in Ungarn 1988], in: Kurtán et al.: *Magyarország politikai évkönyve 1988* [Politisches Jahrbuch Ungarns 1988], Budapest 1989, S. 283-292.
- Körösényi, András: Bal és jobb. Az európai és a magyar palette [Links und rechts. Die europäische und die ungarische Palette], in: *Politikatudományi Szemle* [Politikwissenschaftliche Rundschau], 1993 (3), S. 94-114.
- Körösényi, András: Cleavages and the Party System in Hungary, in: Tóka, Gábor/ Enyedi, Zsolt (Hrsg.): *The Election to the Hungarian National Assembly 1994*, Berlin 1999, S. 52-81.
- Körösényi, András/Fodor, G. Gábor: Das politische System Ungarns, in: Ismayr, Wolfgang (Hrsg.): *Die politischen Systeme Osteuropas*, Wiesbaden 2006, S. 323-373.
- Körösényi, András: A jobboldal elhúzódnó válsága [Lange Krise der Rechten], in: Honi Figyelő [Nationale Rundschau], Jg. 12, 2007 (4), S. 4-10.
- Künzler, Jan: Grundlagenprobleme bei der symbolisch generierten Kommunikationsmedien bei Niklas Luhmann, in: *Zeitschrift für Soziologie*, Jg.16, 1987 (5), S. 317-333.

- Kreckel, Reinhard: Klassenstrukturanalyse zwischen Marx und Weber, in: *Soziologische Revue*, Jg. 3, 1980, S. 251-259.
- Kurtán, Sándor: Wahlen in Ungarn. Fakten und Folgen seit Mai 1994, in: *ZParl*, Sonderband zum 25jährigen Bestehen, Steffani, Winfried/Thaysen, Uwe (Hrsg.): *Demokratie in Europa: Zur Rolle der Parlamente*, 1995 Opladen, S. 340-354.
- Lang, Kai-Olaf: Wallungen des Grolls, in: *Internationale Politik*, Jg. 67, 2007 (10), S. 58-63.
- Lang, Kai-Olaf: Systemtransformation in Osteuropa. Eine erste Erfolgsbilanz, in: *Aus Politik und Zeitgeschichte*, (2001) 15, S. 13-21.
- Lengyel, László: Kétezer-négy. Liberalizációs apályok és centralizációs dagályok [Zweitausend-vier. Liberalisierte Ebben und zentralisierte Flutwellen], in: Sándor, Péter/Vass, László (Hrsg.): *Magyarország politikai évkönyve 2004-ről* [Politisches Jahrbuch Ungarns über 2004], Budapest 2005, o.S.
- Lepsius, M. Rainer: Stein Rokkans Beitrag zur vergleichenden Strukturforschung Westeuropas, in: *Zeitschrift für Soziologie*, Jg. 9, 1980(2), S. 115-117.
- Lipset, Seymour Martin/Rokkan, Stein: Cleavage Structures, Party Systems, and Voter Alignments, in: Dies. (Hrsg.): *Party System and Voter Alignments. Cross National Perspectives*, New York 1967, S. 1-65.
- Lipset, Seymour Martin: Cleavages, Parties and Democracy, in: Karvonen, Lauri/Kuhnle, Stein (Hrsg.): *Party system and voter alignments revisited*, London/New York 2002, S.5-9.
- Machos, Csilla: Parlamentswahlen in Ungarn (1990-2002), in: Ziemer, Klaus (Hrsg.): *Wahlen in postsozialistischen Staaten*, Opladen 2003, S. 345-378.
- Mair, Peter: The freezing hypothesis. An evaluation, in: Karvonen, Lauri/Kuhnle, Stein (Hrsg.): *Party system and voter alignments revisited*, London/New York 2002, S. 27-44.
- Markowski, Radoslaw: Political Parties and Ideological Spaces in East Central Europe, in: *Communist and Post-Communist Studies*, Jg. 30, 1997 (3), S. 221-254.
- Márkus, György: Törésvonalak szerveződése és a kulturális politizálás centralizálása Magyarországon. Egyedi eset vagy általános modell? [Struktur der Cleavages und die Zentralisierung des kulturellen Politisierens in Ungarn. Sonderfall oder allgemeines Modell?], in: István Stumpf (Hrsg.): *Két választás között* [Zwischen zwei Wahlen], Budapest 1997, S. 107-115.

- Meyer, Gerd: Parteien, Wählerverhalten und politische Kultur in Ostmitteleuropa, in: Der Bürger im Staat, Jg. 47, 1997 (3), S. 150-163.
- Merkel, Wolfgang: Gegen alle Theorie? Die Konsolidierung der Demokratie in Ostmitteleuropa, in: Politische Vierteljahresschrift, Jg. 48, 2007 (3), S. 413-433.
- Michaelis, Julia/Strohmeier, Gerd: Wahlkampf 2002 in Ungarn: Grenzen der Amerikanisierung und Westeuropäisierung, in: Zeitschrift für Parlamentsfragen, 34 Jg., 2003 (2), S. 284-296.
- Mihályffy, Zsuzsanna/Szabó, Gabriella/Kiss, Balázs: Professzionalizáció a 2006-os kampányokban. [Professionalisierung in den Wahlkampagnen 2006], in: Péter Sándor/László Vass (Hrsg.): Magyarország politikai évkönyve 2006-ról [Politisches Jahrbuch Ungarns über 2006], Bd. 2., Budapest 2007, o.S.
- MSZP-Fraktion: Az Orbán-kormány három éve [Drei Jahre der Orbán-Regierung, Dokument], in: Péter Sándor/László Vass (Hrsg.): Magyarország politikai évkönyve 2001-ről [Politisches Jahrbuch Ungarns über 2001], Budapest 2002, o.S.
- Mink, András: Keresztény politikai pártok és az 1956-os forradalom [Christliche politische Parteien und die 1956er Revolution], in: Körösi, Zsuzsanna/Tóth, Pál Péter: Pártok 1956 [Parteien 1956], Budapest 1997, S.151-156.
- Németh, László: A pártok és az egység [Die Parteien und die Einheit], in: Új Magyarország am 2. November 1956, S. 96.
- Paksy, Zoltán: Választások Bethlen módra – 1922 [Wahlen nach Bethlen's Art], in: Földes, György/Hubai, László (Hrsg.): Parlamenti választások Magyarországon 1920-2010 [Parlamentswahlen in Ungarn, 1920-2010], 3. überarb. Aufl., Budapest 2010, S. 83-109.
- Pap, József: Szabadelvű és Munkapárti választási eredmények és képviselők 1901 és 1910 között, [Wahlergebnisse und Abgeordnete der Freisinnigen Partei und der Arbeitspartei zwischen 1901 und 1910], in: Maruzsa, Zoltán/Pallai, László (Hrsg.): Tisza István és emlékezete: Tanulmányok Tisza István születésének 150. Évfordulójára [István Tisza und seine Erinnerung: Studien über István Tisza anlässlich des 150. Jahrestages seines Geburtstages], Debrecen 2011, S. 59-78.,
- Parsons, Talcott: General Theory in Sociology, in: Merton, Robert K. et al. (Hrsg.): Sociology Today, New York 1959, S. 39-78.
- Pelinka, Anton: Bestimmungsfaktoren des Euroskeptizismus. Zu den Ursachen der Krise der europäischen Integration, in: Pelinka, Anton/Plasser, Fritz (Hrsg.): Europäisch Denken und Lehren. Festschrift für Heinrich Neisser, Innsbruck 2007, S. 233-249.

- Pickel, Susanne: Bartolini, Stefano/Mair, Peter: Identity, Competition, and Electoral Availability. The Stabilisation of European Electorates. 1885-1985, Cambridge 1990, in: Kailitz, Steffen (Hrsg.): Schlüsselwerke der Politikwissenschaft, Wiesbaden 2007, S. 42-45.
- Pintér, István: A kényszerpályára szavazó ország 1939 [Für den Notausgang votierendes Land 1939], in: Hubai, László/Földes, György (Hrsg.): Parlamenti választások 1920-2010 [Parlamentswahlen, 1920-2010], 3. überarb. Aufl., Budapest 2010, S. 181-215.
- Rácz, Lajos: Adalékok Ausztria és Magyarország közjogi viszonyáról – a kezdetektől a kiegyezésig [Zusätze über die staatsrechtlichen Verhältnisse Österreichs Ungarns. Von den Anfängen bis zum Ausgleich], in: Jogtudományi Közlöny [Rechtswissenschaftliche Mitteilungen], 1998 (3), S. 70-83.
- Rainer, János M.: Húsz éve. A „másik Magyarország” Monoron, 1985-ben [Vor 20 Jahren. „Das andere Ungarn“ in Monor, im Jahr 1985], in: Rainer, János M. (Hrsg.): Monori találkozás, 14-16. Juni 1985 [Treffen in Monor, 14-16. Juni 1985], Budapest 2005.
- Randall, Vicky: New democracies of the Third World, in: Karvonen, Lauri/Kuhnle, Stein (Hrsg.): Party system and voter alignments revisited, London/New York 2002, S. 238-260
- Reckwitz, Andreas: Der verschobene Problemzusammenhang des Funktionalismus. Von der Ontologie der sozialen Zweckhaftigkeit zu den Raum-Zeit-Distanzierungen, in: Jetzkowitz, Jens/Stark, Carsten (Hrsg.): Soziologischer Funktionalismus: Zur Methodologie einer Theorietradition, Opladen 2003, S. 57-81.
- Reinert-Tárnoky, Ilona: Das nationale Selbstverständnis der Ungarn, in: Manfred Alexander et al. (Hrsg.): Kleine Völker in der Geschichte Osteuropas: Festschrift für Günther Stökl zum 75. Geburtstag, Stuttgart 1991, S. 93-104.
- Riesman, David: Leisure and Work in Post-Industrial Society, in: Eric Larra- bee/Rolf Meversohn (Hrsg.): Mass Leisure, Glencoe 1958, S. 358-370.
- Rokkan, Stein: Nation-building, cleavage formation and the structuring of mass politics, in: Angus Campbell/Per Torsvik/Henry Valen (Hrsg.): Citizens, Elections, Parties, Oslo 1970, S. 72-144.
- Rokkan, Stein: A conceptual map of Europe. Suggestions and Reflections, in: John Burchard (Hrsg.): Thoughts from the Lake of Time, New York, 1971.
- Rokkan, Stein: Territories, centres and peripheries: Toward a geo-ethnic-geo-economic-geopolitical model of differentiation within Western-Europe, in: Jean Gottmann (Hrsg.): Centre and Periphery: Spatial Variation in Politics, London 1980, S. 163-204.

- Rokkan, Stein: A conceptual map of Europe. Suggestions and Reflections, in: Burchard, John (Hrsg.): Thoughts from the Lake of Time, New York, 1971, S. 49-69.
- Rokkan, Stein: The Structuring of Mass Politics in the Smaller European Democracies, in: Comparative Studies in Science and History, Jg. 10, 1968 (2), S. 173-210.
- Rokkan, Stein: Territories, nations, parties: Towards a geoeconomic-geopolitical model for the explanation of variations within Western Europe, in: Merritt, L. Richard/Russett, Bruce M. (Hrsg.): From national development to global community: Essays on honor of Karl W. Deutsch, London 1981, S. 70-95.
- Róna, Dániel: A törésvonal fogalma a politikatudományban [Die Cleavage-Definition in der Politikwissenschaft], in: Review of Political Science, 2008 (4), S. 121-144.
- Rose, Richard/Mishler, William: Negative and Positive Party Identification in Post-Communist Countries, in: Electoral Studies, Jg. 17, 1998 (2), S. 217-234.
- Sárközy, Tamás: Kormányzati intézményrendszer és a politikai stratégia. Intézményrendszer a politikai konfliktusokra irányított politikai stratégia szolgálatában [Institutionensystem der Regierung und politische Strategie. Institutionensystem im Dienste der, auf die politischen Konflikte gerichteten politischen Strategien], in: Sándor, Péter/Vass, László (Hrsg.): Magyarország politikai évkönyve 2001-ről [Politisches Jahrbuch Ungarns über 2001], Budapest 2002, o.S.
- Sartori, Giovanni: From the Sociology of Politics to Political Sociology, in: Lipset, Seymour Martin (Hrsg.): Politics and the Social Sciences, New York 1996, S. 65-100.
- Schmidt, Péter: A politikai rendszer és az államszervezet reformja [Das politische System und die Reform der Staatsorganisation], in: Társadalmi Szemle, 1989 (4), S. 30-36.
- Segert, Dieter: Parteiendemokratie in der Krise. Gründe und Grundlagen in Ostmitteleuropa, in: Osteuropa, Jg. 58, 2008 (1), S. 49-61.
- Sipos, Balázs: A Horthy korszak politikai rendszere (1919-1944) [Das politische System der Horthy-Ära (1919-1944)], in: Vida, István et al. (Hrsg.): Magyarországi politikai pártok lexikona 1846-2010 [Lexikon der ungarischen politischen Parteien 1846-2010], Budapest 2011, S. 137-147.
- Szabó, Máté: Kormányból az utcára? A Fidesz-MPP tiltakozásai és mobilizációs stratégiájának megjelenése a választási kampányban és azt követően [Vom Parlament auf die Straße? Demonstration und Mobilisierungsstrategie der Fidesz während und nach dem Wahlkampf], in: Sándor, Péter/Vass, László (Hrsg.): Magyarország politikai évkönyve 2002-ről [Politisches Jahrbuch Ungarns über 2002], Bd. 2, Budapest 2003, o.S.

- Szabó, Máté: A „forró ősz” 2006-ban Budapesten – értelmezési kísérlet politológiai-politikai szociológiai szempontból [Der „Heiße Herbst“ 2006 in Budapest – Interpretation unter politologischen, politischen und soziologischen Gesichtspunkten], in: Sándor, Péter/Vass, László (Hrsg.): Magyarország politikai évkönyve 2006-ról [Politisches Jahrbuch Ungarns über 2006], Budapest 2007, S. 1241-1261.
- Szabó, Máté: Urbanisten versus Populisten. Die Pluralität oppositioneller Diskurse in Ungarn als Ausgangspunkt der Polarisierung des postsozialistischen Parteiensystems, in: Initial-Berliner Debatte, Jg. 20, 2010 (3), S. 74-87.
- Schmitt-Beck, Rüdiger: Essay zu Seymour Lipset/Stein Rokkan (Hrsg.): Party Systems and Voter Alignments. Cross-National Perspectives, New York 1967., in: Kailitz, Steffen (Hrsg.): Schlüsselwerke der Politikwissenschaft, Wiesbaden 2007, S. 251-255.
- Simon, János: Cleavages and Spaces of Competition in Hungary, in: Lawson, Kay/Römmele, Andrea/Karasimeonov, Georgi (Hrsg.): Cleavages, parties and voters: studies from Bulgaria, the Czech Republic, Hungary, Poland and Romania, West Port/Connecticut 1999, S. 215-237.
- Simon, János: A centrumban volt-e a Centrum Párt? A Centrum Párt szereplése a 2002-es választásokon [Gab es eine Zentrum-Partei im Zentrum? Die Zentrum-Partei bei den Parlamentswahlen von 2002], in: Sándor, Péter/Vass, László (Hrsg.): Magyarország politikai évkönyve 2002-ről [Politisches Jahrbuch Ungarns über 2002], Bd. 2, Budapest 2003, o.S.
- Simon, János: Politikai stílus és kampánykommunikáció. A parlamenti pártok politikai stílusának változása [Politischer Stil und Wahlkampfkommunikation. Die Veränderung des politischen Stils der Parlamentsparteien], in: Sándor, Péter/Vass, László (Hrsg.): Magyarország politikai évkönyve 2001-ről [Politisches Jahrbuch Ungarns über 2001], Bd.1, Budapest 2002, o.S.
- Stöss, Richard/Segert, Dieter: Entstehung, Struktur und Entwicklung von Parteiensystemen nach 1989. Eine Bilanz, in: Segert, Dieter/Stöss, Richard/Niedermeyer, Oskar (Hrsg.): Parteiensysteme in postkommunistischen Gesellschaften Osteuropas, Opladen 1997, S. 379- 429.
- Szijártó, István M.: Der ungarische Landtag und seine Entscheidungsprozeduren im 18. Jahrhundert: von der Institutionsgeschichte zur Kulturgeschichte. Methodologische Überlegungen, in: Csaplár-Degovics, Krisztián/Fazekas, István (Hrsg.): Geteilt –

- Vereinig. Beiträge zur Geschichte des Königreichs Ungarn in der Frühneuzeit (16.-18. Jahrhundert), Bd. 1, Berlin 2011, S. 359-369.
- Szilágyi, Ákos: Népi-urbánus. Két jóbarát [Völkische-Urbane. Zwei Freunde], in: Századvég 1990 (2), S. 50-59.
- Szoboszlai, György: Hagyományteremtés. A kormány megbukik a választásokon – 1994 [Traditionsschaffung. Die Regierung stürzt bei den Wahlen ab – 1994], in: Földes, György/Hubai, László (Hrsg.): Parlamenti választások Magyarországon 1920-2010 [Parlamentswahlen in Ungarn, 1920-2010], 3. überarb. Aufl., Budapest 2010, S. 337-358.
- Tiemann, Guido: Euroskeptische Parteien zwischen Strategie und Ideologie, in: Kutter, Amelie/Trappmann, Vera (Hrsg.): Das Erbe des Beitritts. Europäisierung in Mittel- und Osteuropa, Baden-Baden 2006, S. 171-188.
- Tiemann, Guido: “Cleavages” oder “Legacies”? Die Institutionalisierung und Struktur des politischen Wettbewerbs im postsozialistischen Osteuropa, in: Bos, Ellen/Segert, Dieter (Hrsg.): Osteuropäische Demokratien als Trendsetter? Parteien und Parteiensysteme nach dem Ende des Übergangsjahrzehnts, Opladen/Farmington Hills 2008, S. 33-55.
- Tímár, Mátyás: Az 1968-as gazdasági reform utáni évek (1969-1975) [Die Jahre nach der 1968er Wirtschaftlichesreformen 1969-1975], in: Dosszié, Jg. 3, 2001(2), S. 27.
- Tóka, Gábor: A kakukk fészke. Pártrendszer és törésvonalak Magyarországon [Kuckucksnest. Parteiensystem und Konfliktlinien in Ungarn], in: Politikatudományi Szemle [Politikwissenschaftliche Rundschau], 1992 (2), S. 123-159.
- Tóka, Gábor: Pártimázsok Magyarországon 1992–2002 [Parteienimage in Ungarn 1992-2002], in: Péter Sándor/László Vass (Hrsg.): Magyarország politikai évkönyve 2002-ről [Politisches Jahrbuch Ungarns über 2002], Bd. 2, Budapest 2003, o.S.
- Tökéczki, László: Magyar Igazság és Élet Pártja. Adatok, számok és szervezet [MIÉP. Zahlen, Fakten und Organisation], in: Sándor, Péter/Vass, László (Hrsg.): Magyarország politikai évkönyve 2001-ről [Politisches Jahrbuch Ungarns über 2001], Budapest 2002, o.S.
- Tomka, Miklós: Viharos valláspolitiká [Stürmische Religionspolitik], in: Sándor, Péter/Vass, László (Hrsg.): Magyarország politikai évkönyve 2002-ről [Politisches Jahrbuch Ungarns über 2002], Bd.1, Budapest 2003, o.S.
- Tóth, Csaba: SZDSZ: Èlet 5 százalékon [SZDSZ: Leben bei 5 Prozent], in: Péter Sándor/László Vass (Hrsg.): Magyarország politikai évkönyve 2002-ről [Politisches Jahrbuch Ungarns über 2002], Bd.1, Budapest 2003, o.S.

- Török, Gábor: Politikai napirend, 2002: változatlan szerkezet, változó szerepek [Politisches Tagesgeschäft, 2002: unveränderte Struktur, veränderte Rollen], in: Sándor, Péter/Vass, László (Hrsg.): Magyarország politikai évkönyve 2002-ről [Politisches Jahrbuch Ungarns über 2002], Budapest 2003, o. S.
- Török, Gábor: Politikai napirend 2005: a kvázi-kétpárti verseny éve [Politische Tagesordnung 2005: das Jahr des Quasi-Zweiparteienwettbewerbs], in: Sándor, Péter/Vass, László (Hrsg.): Magyarország politikai évkönyve 2005-ről [Politisches Jahrbuch Ungarns über 2005], Budapest 2006, o. S.
- Török, Gábor: Politikai napirend, 2006: tendenciák és határok [Politisches Tagesgeschäft, 2006: Tendenzen und Grenzen], in: Sándor, Péter/Vass, László (Hrsg.): Magyarország politikai évkönyve 2006-ről [Politisches Jahrbuch Ungarns über 2006], Budapest 2007, o. S.
- Vaderna, Gábor: Dessewffy József válasza Széchenyi István Világára [Die Antwort József Dessewffy auf Széchenyi's Kredit], in: Ujváry, Gábor/Lengyel, Réka (Hrsg.): Lymbus. Magyarságtudományi Közlemények [Lymbus. Mitteilungen zu Wissenschaft über das Ungarntum], Budapest 2010, S. 189–240.
- Varga, Domokos György: Két törzs, két média, két választás és egy háború [Zwei Stämme, zwei Medien, zwei Wahlen und ein Krieg], in: Sándor, Péter/Vass, László (Hrsg.): Magyarország politikai évkönyve 2002-ről [Politisches Jahrbuch Ungarns über 2002], Bd.1, Budapest 2003, o.S.
- Varga, Lajos: Országgyűlési választások a dualizmus korában [Unterhauswahlen im Dualismus], in: Földes, György/Hubai, László (Hrsg.): Parlamenti választások Magyarországon 1920-2010 [Parlamentwahlen in Ungarn, 1920-2010], 3. überarb. Aufl., Budapest 2010, S. 15-46.
- Varga, Lajos: A szociáldemokrata Párt Magyarország politikai életében [Die Sozialdemokratische Partei im politischen Leben Ungarns], in: Varga, Lajos (Hrsg.): A magyar szociáldemokrácia kézikönyve [Handbuch der ungarischen Sozialdemokratie], Budapest 1999, S. 95-111.
- Varga, Zsuzsanna: Érdeklődések, Lobbi-harcok az MSZMP vezetésén belül az 1970-es évek elején [Interessengegensätze, Lobbykämpfe innerhalb der MSZMP am Anfang der 1970er Jahre], in: Réfi, Attila/ Sziklai, István (Hrsg.): Pártok, politika, történelem. Vida István 70 éves [Parteien, Politik, Geschichte. Festschrift zum 70. Geburtstag von István Vida], Budapest 2010, S. 441-456.

- Vetter, Reinhold: Konfliktbeladene Wahlen in Ungarn. Tiefe Gräben in Politik und Gesellschaft, in: Osteuropa, Jg. 52, 2002 (6), S. 806-821.
- Voszka, Éva: Reformzsákutca [Einbahnstraße der Reformen], in: Századvég 1988, S. 188-195.
- Wiener, György: A választói magatartás történelmi meghatározottsága és dinamikája [Die historische Determinante und Dynamik des Wahlverhaltens], in: Stumpf, István (Hrsg.): Két választás között [Zwischen zwei Wahlen], Budapest 1997, S. 145-182.
- Wiener, György: A 2002. évi országgyűlési választások. A polgári Magyarország kora [Die Parlamentswahlen von 2002. Die Zeit des bürgerlichen Ungarns], in: Sándor, Péter/Vass, László (Hrsg.): Magyarország politikai évkönyve 2002-ről [Politisches Jahrbuch Ungarns über 2002], Bd. 2, Budapest 2003, o.S.
- Wiener, György: A 2006. évi országgyűlési választások [Die Parlamentswahlen von 2006], in: Sándor, Péter/Vass, László (Hrsg.): Magyarország politikai évkönyve 2006-ról [Politisches Jahrbuch Ungarns über 2006], Bd. 2, Budapest 2007, S. 989-1031.
- Závecz, Tibor: Maradók, lemorzsolódók, érkezők – A pártokhoz való kötődések sajátosságai [Bleibende, Zurückgelassene, Ankommende - Die Eigenheiten der Parteizugehörigkeit] auf der Konferenz: Közvélemény-kutatók: Hogy állnak a pártok a ciklus-féldőben? [Meinungsforscher: Wie stehen die Parteien in der Halbzeit] am 21. April 2016 in Budapest.
- Závecz, Tibor: A pártok megítélése a két választás között [Parteiensympathien zwischen den zwei Wahlen], in: Andorka, Rudolf /Kolosi, Tamás/Vukovich, György (Hrsg.): Társadalmi riport 1994 [Gesellschaftsreport 1994], Budapest 1994, S. 447-459.
- Ziblatt, Daniel F.: The Adaption of Ex-Communist Parties to Post-Communist East Europe: A Comparative Study of the East German and Hungarian Ex-Communist Parties, in: Communist and Postcommunist Studies, Jg. 31, 1998 (2), S. 119-137.
- Zolnay, János: A politikai nyilvánosság vakfoltja. Romák és „romapolitika” 2001-ben [Blindfleck der politischen Öffentlichkeit. Roma und „Roma-Politik“ 2001], in: Sándor, Péter/Vass, László (Hrsg.): Magyarország politikai évkönyve 2001-ről [Politisches Jahrbuch Ungarns über 2001], Budapest 2002, o.S.

Internetquellen

- Barlai, Melani: Der Rechtspopulist Orbán erlebt ein erstaunliches Comeback, auf: www.zeit.de/politik/ausland/2010-04/ungarn-wahl vom 12.04.2010, abgerufen am 12.04.2010.

- Bajcsy-Zsilinszky, Endre: Állam és hatalom a Horthy-korszakban. Kormány, kormányzó, parlament [Staat und Macht in der Horthy-Ära. Regierung, Reichsverweser, Parlament], in: RUBICONline, unter: http://www.rubicon.hu/magyar/nyomtathato_verzio/allam_es_hatalom_a_horthy_korszakban_ormany_kormanyzo_parlament/, abgerufen am 14.4.2015.
- Békés, Márton: Legitimista politikai pártok [Politische Parteien der Legitimisten], unter: http://www.rubicon.hu/magyar/oldal/legitimista_politikai_partok/, zuletzt abgerufen am 23.3.2016.
- Bethlen, István: Rede über die Königsfrage am 21. Oktober 1921 in Pécs, unter: http://mtdaportal.extra.hu/books/bethlen_istvan_grof_beszedei_es_irasai_1.pdf, zuletzt abgerufen am 23.3.2016.
- Bos, Ellen: Referendum in Ungarn. Starke innenpolitische Motivation, unter: http://www.deutschlandfunk.de/referendum-in-ungarn-starke-innenpolitische-motivation.694.de.html?dram:article_id=367465, abgerufen am 2.10.2016.
- Czinege, Szilvia: Gróf Apponyi György közéleti pályája a reformkorban – egy hivatalnok-politikus portré [Laufbahn von Graf György Apponyi. Portrait eines Beamtenpolitikers], Dissertationsschrift, Debrecen 2013, online-Veröffentlichung unter: <https://dea.lib.unideb.hu/dea/bitstream/handle/2437/169673/DisszCzinege-t.pdf?sequence=7&isAllowed=y>, abgerufen am 23.7.2014.
- Daalder, Hans: State formation, parties and democracy. Studies in comparative European perspectives, abrufbar unter: http://www.dbnl.org/tekst/daal024stat01_01/daal024stat01_01_0008.php.
- Demszky, Gábor: www.demszky.hu, zuletzt abgerufen am 06.05. 2009.
- DK: A Demokratikus Koalíció megköszöni a részvétet [Die DK bedankt sich für die Teilnahme], unter: <http://www.hidfo.net.ru/2014/10/29/demokratikus-koalicio-koszoni-reszvetelt>, abgerufen am 20.11.2014.
- Egedy, Gergely: Legitimismus és konzervativizmus - Békés Márton: A becsület politikája [Legitimismus und Konservativizmus - Márton Békés: Politik der Ehre], in: Magyar Szemle [Ungarisches Review], Jg. 17, Nr. 9-10., unter: http://www.magaryszemle.hu/cikk/20090101_legitimismus_es_konzervativizmus_-_bekes_marton_a_becsulet_politikaja, zuletzt abgerufen am 24.3.2016.
- www.election.hu/ep2004/04/de/03/1997-100tvde.html, zuletzt abgerufen am 17.04.2009.

Fábián, Tamás/Gergely Nyilas: Akik szétlopták az országot, azoknak nincs helyük itthon [Die das Land beraubt hatten, haben hierzulande keinen Platz], unter: http://index.hu/belfold/2017/01/24/momentum_mozgalom_budapesti_olimpia_nepszava_zas_interju/, abgerufen am 25.1.2017.

www.forsense.4eversoft.hu/?page=cikk&source=publiclife&id=44&p=1, abgerufen am 12.05.2009.

<http://freedomhouse.org/report/freedom-press/2013/hungary#.U7acq7F9nTU>, zuletzt abgerufen 3.7.2014.

Gergely, Jenő: Vallási és nemzeti identitás – egyházak, felekezetek és állam kapcsolata 1945 előtt [Religiöse und nationale Identität – Die Beziehung zwischen Kirchen, Glaubensgemeinschaften und dem Staat vor 1945, S. 15-21., unter: http://www.mtatk.hu/interreg/kotet2/02_gergely_jeno.pdf, zuletzt abgerufen am 25.9.2016.

2011/CCIII Gesetz über die Wahl der Parlamentsabgeordnete sowie das 2013/XXXVI Gesetz über die Wahlabwicklung, unter: http://www.valasztas.hu/hu/ovi/23/23_1_24.html, zuletzt abgerufen am 15.5.2016.

www.galluporganization.hu, abgerufen am 09.10.2008.

www.gallup.hu/Gallup/release/ppref020531.htm, abgerufen am 05.04.2009.

www.gallup.hu/Gallup/release/bp020326.htm#videk, abgerufen am 22.05.2009.

Hoffman, István: Közjogi viták 1848-49-ben [Rechtsstaatsdiskurse 1848-49], online-Publikation, abrufbar unter: <http://www.jogiforum.hu/publikaciok/44>, zuletzt abgerufen am 15.11.2016

HVG-online: Gyurcsány előrehozott választásokat akar [Gyurcsány fordert Neuwahlen], unter: http://hvg.hu/itthon/20141122_Gyurcsany_elorehozott_valasztasokat_akar, abgerufen am 22. November 2014.

International Institute for Management Development: <http://www.presseportal.ch/de/pm/100006390/100788673>, abgerufen am 29.1.2017.

www.jobbik.hu/modules.php?name=Content&pa=showpage&pid=11, abgerufen am 25.03.2009.

Kálnoky, Boris: Ungarn lehnt sich gegen die politische Klasse auf, unter: <http://www.welt.de/politik/ausland/article134442631/Ungarn-lehnt-sich-gegen-die-politische-Klasse-auf.html>, abgerufen am 19. November 2014.

www.kdnp.hu/kdnp/parlamenti-frakcio/semjen-zsolt, abgerufen am 23.05.2009.

KSH: Volkszählungen 2001 und 2011, unter: <http://www.ksh.hu/nepszamlalas/?lang=hu>, zuletzt abgerufen am 30.5.2016.

Lill, Tobias: Ungarn. Watergate an der Donau, in: Spiegel-online vom 07.04.2006, www.spiegel.de/politik/ausland/0,1518,410180,00.html, abgerufen am 09.06. 2006.

Marsovszky, Magdalena: Neue Völkische Bewegung und Antisemitismus im heutigen Ungarn, unter: http://buecher.hagalil.com/studienverlag/marsovszky.htm#_ftn9, abgerufen am 28.5.2015.

www.median.hu/object.92048cce-6c83-4a8f-af54-361171f38560.ivy, abgerufen am 11.05.2009.

www.median.hu/object.3c1ae067-eee4-4907-845a-b441dc630bf0.ivy, abgerufen am 18.06.2009.

www.miep.hu/index.php?option=com_content&view=article&id=47&Itemid=56, abgerufen am 12.06.2009.

Miklós, Iván Szegő: Horthy-éra: tekintélyelvű korszak, némi amerikanizálódással [Horthy-Ära: autoritäre Epoche, mit ein wenig Amerikanisierung, unter: http://hvg.hu/kultura/20150713_horthy_tekintelyelvu_korszak_ignacz, zuletzt abgerufen am 3.8.2015.

www.munkaspart.hu, zuletzt abgerufen am 16.06.2016.

Nagy, József: Kéri László írása [Schrift von László Kéri], vom 10. März 2006, auf: [168ora.hu](http://www.168ora.hu), unter: <http://www.168ora.hu/cikk.php?id=4888>, zuletzt abgerufen am 15.1.2016.

Nationale Konsultation über wirtschaftliche Entscheidungen im Juli 2012, unter: http://static.fidesz.hu/download/201206/Nemzeti_Konzultacio_2012_5846.pdf, zuletzt abgerufen am 4.5.2016.

www.nol.hu/archivum/archiv-52113 vom 09.03.2002, abgerufen am 22.05.2009.

www.nol.hu/archivum/archiv-349372 vom 24.01.2005, zuletzt abgerufen am 20.03.2009.

www.nzz-online.ch, abgerufen am 28. 02.2008.

O.A.: Csurka mindent alárendel a kormányra kerülésnek [Csurka ordnet alles der Regierungsbildung unter], auf: www.nol.hu/archivum/archiv-52113 vom 09.03.2002, abgerufen am 22.05.2009.

O.A.: Elég komoly probléma az antiszemitizmus és a cigányellenesség [Antisemitismus und Antiziganismus: Ernsthafte Probleme], auf: HVG-online vom

- 19.06.2002, www.hvg.hu/itthon/20090319_antiszemitizmus_ciganyellenesseg_konrad, abgerufen am 19.03.2009.
- O.A.: Az Országos Választási Bizottság közleménye az országgyűlési képviselők 2002. évi választásának eredményéről [Mitteilung der staatlichen Wahlkommission über die Verteilung der Parlamentsmandate bei den Parlamentswahlen 2002], auf: www.valasztas.hu/parval2002/esz/esz_hu/ovbk_ind.htm, zuletzt abgerufen am 06.03.2009.
- O.A.: Az Országos Választási Bizottság közleménye az országgyűlési képviselők 2006. évi választásának eredményéről [Mitteilung der staatlichen Wahlkommission über die Verteilung der Parlamentsmandate bei den Parlamentswahlen 2006], auf www.valasztas.hu/parval2006/hu/03/kozlemenyek/kozl0509.pdf, zuletzt abgerufen am 06.05.2009.
- Oberhuber, Nadine: Hilfszahlungen. Teure Unterlassung, auf: <http://www.faz.net/aktuell/finanzen/krisenregion-osteuropa/hilfszahlungen-teure-unterlassung-1595031.html>, zuletzt abgerufen am 16.03.2015.
- Oláh, János: Nemzeti akarat [Volkswille], Interview mit Mátyás Szűrös vom 29.04.2009, auf: www.miep.hu, abgerufen am 05.05.2009.
- Origo.hu: A gárda miatt kiléptek a párt alapítói a Jobbikból [Wegen der Garde haben die Gründungsmitglieder der Partei Jobbik verlassen], <http://www.origo.hu/itthon/20080310-lemondtak-a-jobbik-alapitoi-a-veszelyes-vallalhatatlan-magyar-garda-miatt.html> (11.3.2008).
- Országgyűlési Törvény 1790 (Parlamentsgesetze 1790), in: Kecskeméti 2008, S. 25f, einsehbar unter: <http://www.1000ev.hu/index.php?a=3¶m=4884>, zuletzt abgerufen am 28.5.2014.
- www.miep.hu/index.php?option=com_content&view=article&id=2393:nemzeti-akarat&catid=39:interju&Itemid=62, abgerufen am 02.05.2009.
- www.orbanviktor.hu, abgerufen am 08.05.2008.
- Orbán, Viktor: Rede auf dem VIII. Ungarischen Ständigen Kongress am 12.11.2004, auf: www.fideszfrakcio.hu/index.php?CikkID=30915, abgerufen am 13.06.2009.
- Paksa, Rudolf: Gömbös Gyula vezette Fajvédő Párt programja [Das Parteiprogramm der von Gyula Gömbös geleiteten Rassenschutz-Partei], auf: Rubicon-Online, 2010, unter: http://www.rubicon.hu/magyar/oldalak/a_gombos_gyula_vezette_fajvedo_part_programja/, abgerufen am 30.3.2015.

www.parlament.hu/kepviselo/elet/t284.htm, abgerufen am 06.05.2009.

www.portal.ksh.hu/pls/ksh/docs/hun/xftp/gyor/fog/fog20904.pdf, abgerufen am 11.05.2009.

Programm für junge Bauer: <http://fiatal-gazda.hu/fgit/>, zuletzt abgerufen am 21.11.2016.

Rokkan, Stein: Eine Familie von Modellen für die vergleichende Geschichte Europas, in: Zeitschrift für Soziologie, Jg. 9, 1980(2), S. 118-128., auch abrufbar unter: <http://www.zfs-online.org/index.php/zfs/article/viewFile/2410/1947>

Republikon Intézet [Republikon Institut]: Választás '14. Választási elemzés[Wahl'14. Wahlanalyse], unter: http://republikon.hu/media/9504/valasztasok_2014_ri.pdf, zuletzt abgerufen am 16.5.2016.

Szabó, Gábor, in: Jobbik Nemzedék [Generation Jobbik], unter: <http://www.youtube.com/watch?v=yIZdjVCAvMo>, zuletzt abgerufen am 20.7.2013.

www.szazadveg.hu/kutatas, abgerufen am 02.04.2009.

Szöcs, Zoltán: A MIÉP genézise [Die Genese der MIÉP], auf: www.miep.hu/index.php?option=com_content&view=article&id=44:parttoertenet&catid=37:fels-menu&Itemid=54, abgerufen am 15.05.2009.

www.tarki.hu/hu/research/elect/ppref_table_01.html, abgerufen am 24.05.2009.

Transpaency International Hungary: CPI 2016. Hungary still in decline vom 25.1.2017, auf: <https://transparency.hu/en/news/cpi-2016-magyarorszag-tovabbra-is-lejtmenetben/>, zuletzt abgerufen am 29.1.2017.

<http://www.valasztas.hu/hu/ogyv2014/index.html>, zuletzt abgerufen am 14.11.2016.

http://www.valasztas.hu/hu/ogyv2014/858/858_0_index.html, zuletzt abgerufen am 5.5.2016.

http://www.valasztas.hu/hu/ogyv2014/861/861_0_index.html, zuletzt abgerufen am 17.5.2016.

Verteilung der Einerwahlkreise nach Bevölkerungszahl, unter: <http://www.geox.hu/category/valasztas/>, zuletzt abgerufen am 15.5.2016.

www.vokscentrum.hu/valaszt/valeredm.php?mszkod=112401&evvalaszt=2002&lvford=1&jny=hun, zuletzt abgerufen 05.04.2009.

www.vokscentrum.hu/valaszt/terkep.php?mszkod=112201&evvalaszt=2002&jny=hun, zuletzt abgerufen am 08.04.2009.

Vokskabin: <http://www.vokskabin.hu/de/Questionnaire/EuropeanParlament2014>, zuletzt abgerufen am 1.12.2016.

World Economic Forum: http://www3.weforum.org/docs/GCR2016-2017/05FullReport/TheGlobalCompetitivenessReport2016-2017_FINAL.pdf, zuletzt abgerufen am 29.1.2017.